



Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.179 16.6.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2.-

Freiburg wird Polizeiburg

Am Sonntag, den 8. Juni wurde in Freiburg von einem Riesenaufgebot Bereitschaftspolizei (1.200 Bullen aus allen Teilen Baden-Württembergs, darunter ein Spezial-Einsatzkommando/SEK) das von Jugendlichen besetzte „Dreieck“ brutal geräumt und die Stadt in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand versetzt.

Der Versuch der Herrschenden, Freiburg in Polizeiburg zu verwandeln und mit Brachialgewalt die Interessen der Hausbesitzer und Spekulanten durchzusetzen, wurde mit Massendemonstrationen und zunehmend militanter werdendem Widerstand beantwortet: Bis zu 12.000 Menschen demonstrierten in der zurückliegenden Woche ihre Solidarität mit den Hausbesetzern und gegen die Vernichtung billigen Wohnraums.

Die Zahl und der Umfang der Verletzungen durch die Räumung und die dauernden Polizeiprovokationen in der Innenstadt waren bisher nicht genau festzustellen. Bei den Bullenüberfällen, die nahezu jede Nacht gegen Leute abliefen, die vor den Barrikaden standen, wurden sehr oft auch völlig unbeteiligte Passanten und Schaulustige verletzt. Fest steht soviel: Bei den Wasserwerfereinsätzen am Sonntag-morgen wurden Leute aus so kurzer Entfernung unter Beschuss genommen, daß es einem das Trommelfell zerriß; eine Frau wurde am Auge verletzt. Als am Montagabend ein Bullenkonvoi aus einem dutzend Mannschaftswagen und Wasserwerfern in die Kundgebung raste, wurde einem Demonstranten der Fuß zerquetscht. Immer wieder gab es Verletzungen durch CN, das Leuten direkt in die Augen gesprüht wurde.

Nachdem am Donnerstag die Polizeitruppen aus der Innenstadt abgezogen worden waren, fand am Tag darauf (13.6.) nochmals eine Massendemonstration von 6.000 - 7.000 Menschen statt. Die Forderungen richteten sich u.a. gegen die Wohnungspolitik der Stadt, gegen die Kriminalisierung der Festgenommenen, für Ersatz für's „Dreieck“ und für den Rücktritt der verantwortlichen Bürgermeister und des Polizeipräsidenten. Da die früheren Bewohner des Dreiecks jedoch nicht bereit waren, einfach nur auf Ersatz durch die Stadt zu warten, wurde während

der Demo dieser Ersatz selbst geschaffen: Die Dreieckler besetzten kurzerhand den „Schwarzwaldhof“, einen ausgedehnten Komplex von Wohnhäusern und Werkstätten, der zu Spekulationszwecken aufgekauft worden war, weitgehend leerstand und in der nächsten Zeit abgerissen werden sollte. Das alte Projekt des „Dreiecks“, Wohnen, Arbeiten, Kommunikation und Kultur unter einem Dach zu vereinen, soll so weiterleben.

Fortsetzung Seite 4

Grüne Partei – Setzt Gruhl sich doch noch durch?

Wichtige Entscheidungen stehen auf dem Parteitag der GRÜNEN am 21./22. Juni in Dortmund an. Auf ihrem Parteitag in Saarbrücken am 22./23. März hatten die GRÜNEN mit deutlichen Mehrheiten ein insgesamt recht fortschrittliches und soziales Programm beschlossen. Bereits in Saarbrücken machten aber die Vertreter des Rechts-außen-Flügels der GRÜNEN deutlich, daß sie dieses Programm keinesfalls akzeptieren würden. Nach dem für die GRÜNEN unbefriedigenden Wahlausgang in Nordrheinwestfalen (11. Mai) sammelte der ehemalige CDU-Abgeordnete Gruhl die Gegner des Saarbrückener Programms zu einer gemeinsamen Erklärung. Darin machten Gruhl & Co. ihre Unterstützung für eine Bundestagskandidatur der GRÜNEN ultimatim von der Erfüllung mehrerer Bedingungen abhängig: 1. Außerkraftsetzung der umstrittenen Programmteile bis nach den Bundestagswahlen. 2. Verabschiedung einer „Wahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt“. 3. Verabschiedung einer Distanzierung von „Kommunismus und Faschismus“.

Nach intensiven Verhandlungen und Intrigen hinter den Kulissen sieht es inzwischen so aus, als würden sich Gruhl und seine Anhänger in Dortmund weitgehend durchsetzen: Die Verabschiedung einer „Wahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt“ – unter Weglassung der meisten sozialen Forderungen des Saarbrückener Programms – scheint fast schon sicher. Diese Wahlplattform ersetzt für die Zeit des Bundestagswahlkampfes faktisch das Programm, das nach den Wahlen – soviel scheint jetzt schon festzustehen – neu diskutiert werden soll.

Der Umschwung zugunsten von Gruhl & Co. kommt einigermaßen unerwartet:

- + Der Bundesvorstand der GRÜNEN hatte sich gegen das Ultimatum von Gruhl & Co. gestellt.
- + Bei der Mehrheit der GRÜNEN herrschte starke Empörung über die erpresserischen Methoden Gruhls, denen man sich keinesfalls unterwerfen wolle.
- + Selbst in Schleswig-Holstein und Bayern gab es keine Mehrheiten für Gruhls Unternehmen.
- + Mehrere Unterzeichner des Gruhl'schen Ultimatums sollen inzwischen ihre Unterschrift zurückgezogen oder eingeschränkt haben.

Daß Gruhl, Springmann, Dinne & Co. trotzdem noch auf einen Erfolg in Dortmund rechnen können, liegt vor allem an folgendem: Die große Mehrheit der Mittelkräfte und der Linken will um jeden Preis zu den Bundestagswahlen antreten und will deshalb (zumindest) bis zur Wahl den totalen Bruch mit Gruhl & Co. vermeiden. Daß diese Kräfte damit genau das nun doch tun, was sie noch kürzlich strikt ablehnten: sich der Erpressung zu beugen! – scheint ihnen kaum bewußt zu sein.

Mit dem faulen „Kompromiß“, der sich für Dortmund abzeichnet, wird der unvermeidliche Krach, die Spaltung der GRÜNEN, allerdings nicht verhindert, sondern nur hinausgeschoben. Der Versuch, reaktionäre und antisozialistische Kräfte mit demokratischen und sozialistischen Kräften in einer Partei zusammenzuschließen, ist ein politischer Irrtum, der sich nicht lange gegen die Realität aufrechterhalten läßt. Das Hinauszögern dieses unvermeidlichen Bruchs und die rein wahltaktischen Zugeständnisse an Gruhl & Co. wäre ein Rückschlag für die Entwicklung einer parlamentarischen Alternative zu den etablierten Parteien.

Fortsetzung Seite 11



50 000 bei Rock gegen Rechts aber am Schluß gab's Putz

Etwa 50.000 Leute (einige schätzen mehr, andere weniger) waren auch zum diesjährigen RGR-Festival nach Frankfurt gekommen. Das entspricht in etwa der Teilnehmerzahl vom vergangenen Jahr, als zehntausende Antifaschisten zunächst durch einen verbotenen Demonstrationsmarsch durch die Frankfurter Innenstadt das in der Mainmetropole traditionell geplante „Deutschlandtreffen der NPD am 17. Juni verhindern konnten, und anschließend diesen Erfolg beim ersten RGR-Festival (nach englischem Vorbild) feiern konnten.

Anders in diesem Jahr: Die NPD und die von ihr gelenkten Nazi-Banden werden voraussichtlich versu-

chen, an der DDR-Grenze in Nordhessen (in Philipstal) ihren Aufmarsch zu veranstalten – nachdem ihnen in Frankfurt kein weiterer „Deutschlandtag“ genehmigt wurde. Frankfurt wird (nach dem RGR-Festival von diesem Wochenende, 14. und 15. Juni) nur antifaschistische Veranstaltungen und Demonstrationen am 17. Juni erleben. Und auch in Nordhessen werden die Nazis sich nicht ungestört zusammenrotten können: In Eschwege wird es ein weiteres RGR-Konzert geben (16. und 17. Juni) – und eine Demonstration zur Verhinderung des „Deutschlandtreffens“, wo immer sich die Nazis in

Fortsetzung Seite 2

Bremen: Anschlag auf das Pro-Familia-Zentrum

„In der Nacht vom Samstag auf Sonntag (14./15.6.) brachen bisher unbekannte Täter in das Beratungszentrum der Profamilia Bremen ein. Durch Brandsätze an verschiedenen Stellen des Zentrums, durch Verspritzen ätzender Chemikalien und Gewalteinwirkung verwüsteten sie fast vollständig Räume, Mobiliar und Unterlagen. Der Schaden wird auf mindestens DM 250.000 angesetzt. Es wurden keine Gegenstände entwendet. Ziel der Zerstörung war offensichtlich, die Arbeit des Beratungszentrums für Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch unmöglich zu machen ... Dieses Ziel ist nicht erreicht: Trotz der Zerstörung wird die Arbeit ohne Unterbrechung fortgesetzt.“ (aus der Erklärung der Profamilia Bremen, 15.6.). Ein anderer Vorfall ereignete sich bereits am Freitag: Ein Mann kam in die Beratungsstelle, bezeichnete die Mitarbeiter/innen als Mörder, sprach Drohungen aus und riß Plakate von den Wänden. Es soll sich dabei um einen Mann aus dem Kreise der Jesus-People handeln. Kurze Zeit später wurde von außen ein Stein in die Fensterscheibe des Behandlungszentrums geworfen.

Das Profamilia Beratungs- und Behandlungszentrum in Bremen ist seit seiner Eröffnung Anfang letzten Jahres besonderen Angriffen der Abtreibungsgegner ausgesetzt. Schon von daher paßt dieser Anschlag ins Bild der massiven Hetzkampagne, die seit Monaten von seiten des Klerus, CDU/CSU-Politikern, reaktionärer Ärzte usw. betrieben wird. Trotz dieser direkten Bedrohung lassen sich die Profamilia-Mitarbeiter/innen nicht einschüchtern.

Auf Initiative mehrerer Bremer Frauengruppen ist für Mittwoch, den 18.6. um 16.30 Uhr ab Hauptbahnhof eine Protestdemonstration geplant.

Eine Genossin aus der KB-Gruppe Bremen

IN DIESER AUSGABE:

Gorleben:
Der Kampf geht weiter

Am 4. Juni schlug die Staatsmacht mit einem Riesenaufgebot an Polizei samt Zubehör (Hubschrauber, Panzerwagen etc.) zu: Das Dorf „Republik Freies Wendland“, wo mehrere Wochen lang zeitweise bis zu 2.000 Menschen gelebt hatten, wurde zerstört und plattgewalzt, um einer Beton-Festung zu weichen. Eine kaum noch zu registrierende Zahl von örtlichen Demonstrationen, Kirchenbesetzungen, Propaganda-Aktionen usw. machte deutlich: Der Widerstand geht weiter. Überall ist „Freies Wendland“! Seite 6

Nicht bloß für
Schwule und Lesben:
Gay Pride Day 1980

Der 28. Juni ist als Gay Pride Day ein internationaler Kampf-, Aktions- und Feiertag für Lesben/Schwule.

Demonstrationen wird es aus diesem Anlaß u.a. in Hamburg, Westberlin und München geben. Hinzu kommen Schwulen- und Lesben-Feste und – wie in Hamburg – ein großes Angebot von Veranstaltungen und Treffpunkten bereits in der Woche vor dem 28.6. Veranstaltungskalender in diesem AK. Seite 30

Außerdem in diesem AK: Ein Interview mit einem sowjetischen Schwulen. Seite 30

Juso-Bundeskongreß:
Ohne Wenn und Aber
für Helmut Schmidt

Am 6. - 8. Juni fand der Bundeskongreß der Jusos statt. Die Jusos demonstrierten erneut, daß sie ihre „wilden Jahre“ weit hinter sich haben und heute nicht einmal mehr linkes Folienblatt für die SPD sein können. Ohne Wenn und Aber wurden die Jusos auf Wahlkampfunterstützung für Helmut Schmidt und auf totale Konfrontation mit Grünen und Sozialisten eingeschworen. Seite 17

Tribunal
gegen den § 218

Mit rund 1.500 Teilnehmerinnen fand am 31. Mai/1. Juni in Frankfurt das seit langem von der Frauenbewegung vorbereitete Tribunal gegen den § 218 statt. 180 Frauengruppen, Frauenzentren, Beratungsgruppen u.a. waren vertreten. Eine Vielzahl von konkreten Beispielen zeigten, daß die Praxis in der BRD weit davon entfernt ist, die Last einer Abtreibung für die Frauen so menschlich wie möglich zu gestalten. Gezeigt wurde aber auch, daß der Widerstand gegen diese Zustände wächst. Weitere Treffen und zentrale Aktionen werden vorbereitet. Seite 24

Zionistischer Terror
in den
»Besetzten Gebieten«

Mordanschläge gegen drei palästinensische Bürgermeister im israelisch besetzten Westjordanien – Beispiele für den von zionistischen Siedler-Banden in den letzten Wochen systematisch gesteigerten Mordterror. Komplize: Die Rechtsregierung des Terroristen Begin! Vieles erinnert an den Terror zionistischer Banden vor und nach der Teilung Palästinas. Die Palästinenserin Raymonda Tawil, auf Vortragsreise in der BRD, berichtet. Seite 44

IN DIESER AUSGABE:

Zu Gast bei Straußens Jubel-Pimpfen

Beifall und orgiastischer Jubel Jugendlicher für F.J. Strauß? Doch, das gibt's tatsächlich: Hinter Stacheldraht veranstaltete die „Junge Union“ ihren „Treffpunkt der Jugend“. Ein Genosse war dabei. Sein Report über Karrieristen, Biedermänner, Brandstifter und sonstige Jugendwerber steht in diesem AK.

Seite 18,19

Türkei: Kampf dem Faschismus!

In der Türkei spitzt sich der Kampf zwischen den Strategen und Mordgehilfen des Faschismus einerseits, Demokraten und Sozialisten andererseits zu. Wir berichten in diesem AK über:

- Den faschistischen Terror in der Türkei, aber auch über den — teilweise schon bewaffneten — demokratischen Widerstand.
- Den Versuch des türkischen Regimes, demokratische türkische Lehrer in der BRD gegen Islam-Reaktionäre und Faschisten auszuwechseln.
- Die religiös verbrämte Unterdrückung und Demütigung türkischer Frauen in Westberlin.
- Eine Demonstration von 3.000 Hamburgern gegen die „Grauen Wölfe“.
- Die Schützenhilfe rechter DGB-Funktionäre für die türkischen Faschisten und ihre Zusammenarbeit mit dem „Verfassungsschutz“.

Seite 39-41

Die Grünen vor dem Dortmunder Parteitag

Hat die Grüne Partei eine Zukunft über die Bundestagswahl hinaus oder ist ihr Zerfall unvermeidlich? Thesen dazu in diesem AK.

Außerdem in diesem AK Interviews mit Hasenclever (Baden-Württemberg), Flechtheim, einem Vertreter des „Parteilosen Bündnisses“ Stuttgart, und Burgmann (Mitglied des bayerischen Landesvorstandes der Grünen) sowie ein Artikel von Hans Weingartz (Grüne Bonn).

Seite 11-16

Seite 11-16

Schweiz:

Straßenkämpfe...

... in Amsterdam, in Bremen und Kopenhagen, schrieben wir im letzten AK (und hatten Paris dabei noch vergessen). Die „Welle der Gewalt“ hat mittlerweile auch die beschauliche Schweiz erreicht. Am 30./31.5. war in Zürich der Bär los.

Die Raumnot für Jugendfeste, für nichtkommerzielle Veranstaltungen und sonstiges alternatives Leben ist in Zürich schon Legende. 1976 wurde daher die „Rote Fabrik“, 1972 von der Stadt gekauft, in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit zum Freizeit- und Kulturzentrum bestimmt. Die Stadt vermietete jedoch einen großen Teil der Räume an das Opernhaus, als Lagerhallen an Boutiquen, Reifenfirmen usw., als Schulungsräume an Versicherungsgesellschaften und sogar als Zuchträume für Kanarienvögel. Nur die große Halle der Fabrik, und das auch nur an drei Monaten im Jahr, konnte als Kulturzentrum genutzt werden.

Als nun die Aktionshalle für vier Jahre (während des Opernhaus-Umbaus) den Jugendlichen völlig genommen werden sollte, hatte die Interessengemeinschaft „Rote Fabrik“, ein Zusammenschluß von dreißig kulturellen und politischen Organisationen, die Nase voll. In der Roten Fabrik wurden im Mai zwei „nicht genehmigte“ große Feste organisiert, an denen Tausende von Jugendlichen teilnahmen. Das Bedürfnis nach einem alternativen Zentrum war überdeutlich.

Und es entstand auch die Aktionsgruppe Rote Fabrik (ARF) aus „Rock als Revolte“, „Freaks am Freitag“, Jungsozialisten und kommunistischem Jugendverband (der revisionistischen Schweizer KP, der Partei der Arbeit).

Eine friedliche Besetzung des Opernhauses wurde für den 30.5. geplant: „Wenn uns schon seit Jahrzehnten ein Jugendhaus vorenthalten wird“, sagte ein ARF-Sprecher, „sollten auch die Opernhaus-Besucher mal eine halbe Stunde warten können“.

Dafür, daß es bei einer kurzen und friedlichen Aktion nicht blieb, sorgte die Zürcher Polizei. Zürich erlebte, wie die „Poch-Zeitung“ (5.6.) schreibt, „die militantesten Demonstrationen seit dem heißen Sommer 1968“.

Als Polizei in Kampfmontur, mit Schild und Helm, aufmarschiert war, versorgten sich die Demonstranten zu ihrer Verteidigung mit Baumaterial. Rund tausend Jugendliche setzten sich in einer mehrstündigen „erbitterten Straßenschlacht“ („Poch-Zeitung“ — „PZ“) und dem Bau von Barrikaden in Zürichs Geschäftsstraßen gegen die

in Zürichs Geschäftsstraßen gegen die Polizei zur Wehr.



Polizeiprovokation in Zürich

„Bemerkenswert ist“, schreibt die „PZ“, „die ungemeine Militanz und Heftigkeit, mit der sich eine wachsende Zahl von Jugendlichen zur Wehr setzte. Diese Militanz kann nicht — wie das Polizeigehirne gern tun — einem organisierten harten Kern zugeschrieben werden. Sie war das Produkt einer weitgehend spontanen Explosion aufgetauter Aggressionen, der aus Ohnmacht in Gewalt umschlagende Protest Jugendlicher gegen eine ihnen aufgezwungene Lebenssituation“.

Am Sonntag, dem 1.6., kamen über zweitausend Jugendliche im Opernhaus-Festzelt zusammen, um die Antwort des Stadtrates auf ihre Forderung nach autonomen Räumen für die Jugend zu hören. Schrilles Pfeifen ertönte die Obrigkeit für ihre anmaßende Antwort, sie lehne es ab, „unter dem Druck von Gewalttätigkeiten Verhandlungen zu führen“.

In einer Diskussion über die Straßenschlacht an den Tagen zuvor zeigte sich, daß die Jugendlichen in ihrer großen Mehrheit nicht bereit waren, „sich von Gewaltanwendung als Reaktion auf Polizeiprovokationen pauschal zu distanzieren“ („PZ“).

45 Demonstrant/innen waren am Freitag/Samstag festgenommen worden und saßen größtenteils auch noch am Sonntagabend im Knast. Die Teilnehmer der Versammlung im Opernhaus-Zelt beschlossen eine Solidaritätskundgebung. Rund 1.500 marschierten trotz strömenden Regens zur Polizeikaserne und zum Bezirksgefängnis und forderten auf gut schwizerisch: „Use mit de Gfängne!“ — „Eus gehört di Roti Fabrik“ — „Mir wänd es Jügedhus!“

(Nach „Poch-Zeitung“, 5.6., und „zeitdienst“, 6.6.)

K. (BO Hamburg-Barmbek)

K. (BO Hamburg-Barmbek)

Südafrika: Was für ein Feuerchen!

Eine der erfolgreichsten Sabotageaktionen seiner Geschichte konnte der südafrikanische ANC verbuchen: Die minuziöse Zündung von drei Brandsätzen bei den Kohleverflüssigungsanlagen Sasol I, Sasol II und der Raffinerie Natrep schockte das Rassistenregime schwer. Während der Schaden bei Sasol II geringfügig gewesen sein soll, wurden Sasol I und Natrep schwer getroffen. Dort gingen insgesamt sieben Tanks, teils mit Öl, teils mit Kerosin gefüllt, in Flammen auf. Die Löscharbeiten dauerten Tage. Der entstandene Schaden wird auf ca. 12 Millionen DM geschätzt, die Produktionsanlagen selbst sollen weniger in Mitleidenschaft gezogen worden sein (bis jetzt...).

Aber wichtiger als der materielle Schaden ist die politische und psychologische Bedeutung dieses sehr erfolgreichen Angriffs, für das der ANC die volle Verantwortung übernommen hat. Die Kohleverflüssigungsanlagen der Firma SASOL sollen nach dem Willen des Rassistenregimes die Energieversorgung Südafrikas von fremden Einfuhren unabhängig machen. Bezeichnenderweise ist für dieses Autarkiemodell eine Technologie der Hitler-Faschisten angewandt worden, das „Fischer-Tropsch-Verfahren“ („Neue“, 5.6.). Mit diesem Verfahren wollten die Nazis sich im Zweiten Weltkrieg von allen Energieimporten

unabhängig machen. Was damals im Versuchsstadium erprobt worden ist, findet heute im Rassistenstaat seine großtechnische Realisierung. Eine würdige Tradition ...

(Anm. d. Setzers: Die Hitler-Faschisten hatten schon große Kohleverflüssigungsanlagen, z.B. Leuna-Werke. Auf dieses Öl waren die Faschisten im Zweiten Weltkrieg angewiesen.)

Bei der Erstellung der Anlagen sind u.a. westdeutsche Firmen beteiligt: Linde, GHH Oberhausen, Siemens und außerdem Lurgi, Sulzer und die US-Firma Fluor. Auch bei Fluor Südafrika wurde eine Zeitbombe platziert, die jedoch vor der Explosion entschärft werden konnte.

Die Bedeutung der Kohleverflüssigungsanlagen ist mit dem Wegfall der iranischen Öllieferungen und dem Öl-Boykott-Beschluß der OPEC für Südafrika von immenser Bedeutung. Des-

wegen werden die Anlagen von Spezialeinheiten rund um die Uhr bewacht, wobei diese Maßnahmen 1978 nach dem Attentat der ZANU auf Treibstofflager in Zimbabwe noch verschärft worden waren. Da blieb dem südafrikanischen Energieminister nichts anderes übrig, als der Maßstabsarbeit des ANC hohes Lob zu zollen: „Es ist klar, daß wir mit einer hochqualifizierten Attacke konfrontiert sind“ („Guardian“, 3.6.80). Schon in den Vormonaten war es dem ANC mehrfach gelungen, Polizeiwagen zu überfallen und Waffen zu erbeuten. Die neue aufsehenerregende Aktion des ANC deutet auf eine recht stabile Untergrundexistenz hin und wurde nicht zuletzt zu einem Zeitpunkt gestartet, wo sich die innenpolitische Situation aufgrund der Massenstreiks der farbigen Schüler zugespitzt hatte (siehe letzte AK-Ausgabe). Der ANC ist in diesen Massenbewegungen stark verankert: Bei der Beerdigung von ANC-Militanten, die bei einem Banküberfall in Siverton von der Polizei erschossen worden waren, folgten 20.000 Menschen den Särgen. Eine Unterschriftenliste für die Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela (er sitzt lebenslanglich auf der KZ-Insel Robben Island ein) brachte es binnen kurzem auf 60.000 Unterschriften, z.T. auch aus dem Lager der weißen Liberalen. Man muß dabei würdigen, daß der ANC verboten ist und die Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ mit dieser Unterschrift leicht konstruiert werden kann. Nach Schätzungen der „International Herald Tribune“ sind seit 1976 (Soweto!) über 4.000 Schwarze in die z.T. fortschrittlichen Nachbarstaaten geflohen und unterziehen sich dort einem Guerillatraining (4.6.80). Prompt hat der Südafrikanische Polizeiminister Louis le Grange damit gedroht, gegen Mosambik und Sambia Vergeltungsschläge zu verüben („SZ“, 4.6.). Die Überfälle auf die VR Angola sind mittlerweile schon zur „Routine“ des Rassistenregimes geworden: Allein im Monat Mai sind 260 Menschen von südafrikanischen Truppen bei Überfällen auf angolanisches Territorium getötet worden! (ebenda).

Afrika-Kommission



Frankfurter RGR-Festival am 14. Juni 1980

Fortsetzung von Seite 1

dieser Region auch zusammenrotten werden.

Das diesjährige Frankfurter RGR-Festival wurde von noch mehr Musikkgruppen, einem noch größeren Spektrum politischer Initiativen, Organisationen etc. getragen und unter-

stützt als die Aktivitäten an gleicher Stelle im letzten Jahr.

Wie der konkrete Verlauf des zurückliegenden Wochenendes gezeigt hat, brachte diese Tatsache (neben unbestreitbaren positiven Aspekten) vor allem auch immense Schwierigkeiten mit sich, so eine politisch kulturelle Veranstaltung in so einem

großen Rahmen auch praktisch durchzuführen. Die Widersprüche innerhalb des versammelten Spektrums (von der DKP bis zu den Punks) brachen insbesondere am zweiten Festivaltag auf und führten zu äußerst unschönen (auch gewaltsamen) Konfrontationen.

Als am Sonntagmorgen Frankfur-

ter Hausbesetzer forderten, über die große Lautsprecheranlage über eine von ihnen gerade durchgeführte Hausbesetzung und die bevorstehende Räumung durch ein Großaufgebot an Bullen zu berichten, wurde ihnen das vom Aktionsbündnis auf Druck von Falken und DKP untersagt. Ordner dieser Organisationen hinderten die Hausbesetzer gewaltsam daran, auf die Bühne zu gelangen.

Dieses bürokratische und gemeine Verhalten wurde damit „gerechtfertigt“, daß im Aktionsbündnis (aufgrund der bestehenden politischen Widersprüche) keine außer Konsensbeiträge gehalten werden dürften ... Dieses Verhalten (zu dem später eine Selbstkritik des Bündnisses abgegeben wurde) stieß unter den Festivalteilnehmern und den beteiligten Musikgruppen auf breite Empörung und lautstarken Protest.

Es ist vor allem den Musikern

zu danken, daß diese kritische Situation schließlich doch noch „gemeistert“ werden konnte: Diese verließen die Erklärung der Hausbesetzer im Rahmen ihres Auftritts und sorgten schließlich dafür, daß die Militanten doch noch auf die Bühne kamen, um ihr Anliegen zu erläutern und auch Kritik an der Art und Weise, wie RGR in diesem Jahr durchgeführt wurde („Konsumfete“), zu üben.

Als schließlich am Sonntagabend vor allem etliche Punks die Bühne eroberten und nicht zu überreden waren, freiwillig wieder runterzugehen, stand das Festival ein zweites Mal „auf der Kippe“.

Über die diesjährigen RGR-Erfahrungen muß grundsätzlich nachgedacht und diskutiert werden, unter den Musikern und Organisationen und zwischen ihnen. Wir werden dazu im nächsten AK einen Beitrag leisten (zusammen mit einem ausführlichen Bericht, versteht sich).

Hafenarbeiterstreik in Schweden

Genau zu dem Zeitpunkt, als nach Einigung zwischen dem schwedischen Gewerkschaftsbund LO und dem Arbeitgeberverband SAF die Massenaussperrung beendet wurde und auch LO alle Kampfmaßnahmen abließ, rief die von der LO unabhängige Gewerkschaft der Hafenarbeiter zum Streik ab 12.5.80 auf. Die wichtigste Forderung des Streiks ist das Recht des Hafenarbeiterverbandes, eigene Tarifverträge abzuschließen. Dieses Recht wird ihm seit seiner Gründung vor acht Jahren verweigert, obwohl er über 3/4 der Hafenarbeiter des Landes organisiert. Weitere Forderungen sind eine Lohnerhöhung um 10 Kronen die Stunde (ca. 30 %), das Recht auf gewerkschaftliche Versammlungen zu bezahlter Arbeitszeit, daß Schichtarbeit und Überstunden nur freiwillig geleistet werden dürfen und 19 Forderungen dazu.

Der Hafenarbeiterverband wurde 1972 von etwa 1000 Hafenarbeitern gegründet, die aus der zum Gewerkschaftsbund LO gehörenden Transportarbeitergewerkschaft ausgeschlossen worden waren, weil sie sich der zunehmenden Zentralisierung und dem Abbau demokratischer Strukturen widersetzt hatten. Ganze Ortsabteilungen schlossen sich dem neuen Verband an, der heute 2500 Mitglieder zählt. Nur einige hundert Hafenarbeiter gehören der „Transport“ an, stellen dort jedoch bei insgesamt 45 000 Mitgliedern nur eine der kleinsten Berufsgruppen. In den größten Häfen Mittelschwedens ist die Mehrzahl der Hafenarbeiter im Hafenarbeiterverband. In den nördlichen Häfen glänzt „Transport“ durch völlige Bedeutungslosigkeit. Nur in einigen Häfen des Südens, wie Malmö und Helsingborg, hält „Transport“ eine meist knappe Mehrheit.

Der Hafenarbeiterverband ist als eine nicht der LO-Zentrale unterstehende Gewerkschaft ein Beispiel, das aus der Sicht sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer auf keinen Fall Schule machen darf. So wird der Hafenarbeiterverband seit seinem Bestehen von dieser Seite heftig bekämpft. Die „Transport“ beansprucht, alleiniger Tarifpartner des Stauereiverbandes (Hafenkapitalisten) zu sein. Regelmäßig läßt „Transport“ durchblicken, daß umfassende Kampfmaßnahmen auch bei Landtransporten die Folge

wären, wenn der Stauereiverband etwa einen Tarifvertrag mit dem Hafenarbeiterverband abschließen würde.

1974 streikten die Hafenarbeiter für ihr Recht auf Tarifabschluß. Ohne Streikkasse hielten sie 19 Tage durch. Am Ende dieses Aushungerns stand ein Tarifvertrag. Unterzeichner: Die Führung der Transportarbeitergewerkschaft. Immerhin war der Abschluß etwas besser als der zentrale LO-Abschluß.

In den folgenden Jahren trat der Hafenarbeiterverband vor allem durch Aktionen der internationalen Solidarität hervor, wie mehrfache, auf einige Monate begrenzte Beschlüsse, chilenische Schiffe zu boykottieren. Tarifverträge wurden weiterhin von „Transport“ gemacht. Allerdings kam es zu Anschlußverträgen mit dem Hafenarbeiterverband, d.h. der Hafenarbeiterverband durfte die ohne sein Mitwirken ausgehandelten Verträge absegnen. Zu solchen Anschlußverträgen kam es vor allem in solchen Häfen, wie Malmö, wo der Hafenarbeiterverband in der Minderheit ist.

Selten wurde so deutlich wie bei dem jetzt aktuellen Streik, wie sehr sich das Ziel der Kapitalisten mit dem der sozialdemokratischen Transport- und LO-Führung deckt: Zerschlagung des Hafenarbeiterverbandes und Eingliederung in eine an Friedenspflicht und LO-Zentrale gebundene Transportarbeitergewerkschaft. Eine kurze Chronik soll das beleuchten:

12.5. Die Führungen von LO und SAF haben sich in ihrem Konflikt geeinigt. Die Massenaussperrung ist beendet. Die Industrie soll wieder auf Touren kommen, vor allem die Exporte. Die Hafenarbeiter nutzen die Gunst der Stunde und legen 30 Häfen fast völlig still, nachdem Verhandlungen des Hafenarbeiterverbandes mit dem Stauereiverband am 5. Mai gescheitert waren. Der Stauereiverband sperrt die Hafenarbeiter aus. Die nordschwedischen Häfen der Holz- und Papierindustrie, der Stahlindustrie und der Häfen von Göteborg, über den 80 % der Volvo-Produktion exportiert werden, liegen still.

13.5. Die Aussperrung wird zurückgezogen. Hafenarbeiter in Göteborg stoppen Lastwagen mit Bananen, um zu verhindern, daß einige Schiffe

umdirigiert werden. In der Presse ist von „Ungesetzlichkeiten“ die Rede.

16.5. Bei Verhandlungen mit dem Stauereiverband, an dem auch „Transport“ teilnimmt, erklärt sich der Hafenarbeiterverband zu einem „Kartellvertrag“ bereit. Das hieße, beide Gewerkschaften unterzeichnen gleichzeitig und gleichberechtigt den Tarifvertrag. Der Stauereiverband kann dem zustimmen, denn „Transport“ lehnt strikt ab.

Die Transportführung hat die Dreistigkeit, dem Hafenarbeiterverband anzubieten, er könnte geschlossen in „Transport“ eintreten. Nur müßte er dazu u.a. seine Satzung entsprechend ändern! Seither haben keine Gespräche zwischen den Führungen beider Gewerkschaften stattgefunden.

Mehrere Schiffe werden zur BRD umdirigiert. Die dänische Hafenarbeitergewerkschaft beschließt, sich nicht mit aus Schweden kommenden Schiffen zu befassen und nimmt damit eine Klage vor dem Arbeitsgericht in Kauf. In Helsingborg stellen sich die streikende Arbeiter vor die Gabelstapler und unter die Krane ihrer streikbrechenden Kollegen von der „Transport“ so daß jegliches Löschen im Containerhafen eingestellt wird.

18.5. Die Sonntagspresse versucht, die Streikfront aufzuweichen, indem sie die Rechtmäßigkeit des Streikbeschlusses anzweifelt, nur eine Minderheit sei für den Streik gewesen. Tatsächlich haben sich aber mehr als 2/3 der abgegebenen Stimmen für den Streik ausgesprochen.

19.5. Die Volvo-Fabrik in Gent/Belgien verhängt Zwangsurlaub für 1250 Arbeiter, weil die Lieferungen aus Schweden nicht an Land kommen. In Stockholm werden die Streikposten nicht mehr auf das Werftgelände gelassen. Als Antwort streiken jetzt auch die sechs Arbeiter, die noch — als Ausnahme — in den Kühl- und Gefrierräumen gearbeitet hatten. Das internationale Dockworkers Committee erklärt seine Unterstützung für die schwedischen Kollegen.

In Helsingborg werden 15 Hafenarbeiter angezeigt, weil sie unbefugt umzäuntes Gelände betreten hätten. Die „Transport“, die in Helsingborg eine knappe Mehrheit der Hafenarbeiter organisiert, veranstaltet in die-

ser Stadt eine Pressekonferenz, auf der die Kapitalisten Gelegenheit haben, nach Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter zu rufen.

20.5. Volvo kündigt die Zwangsbeurlaubung von 6000 Volvoarbeitern in Göteborg an. Tarifverhandlungen finden seit Tagen nicht mehr statt. Stattdessen treffen sich die Führungen von LO und SAF zu „Beratungen“.

22.5. Die gesamte Führung der wegen ständiger Korruptionsskandale ihrer Bosse berüchtigten „Transport“ wird von einem Vertretergremium unter schweren Beschuß genommen. Soll hier ein Selbstreinigungsprozeß vorgetäuscht werden, um nach einem Aushungern der Hafenarbeiter diejenigen Kräfte im Hafenarbeiterverband zu stärken, die u.U. in die „Transport“ eintreten wollen?

23.5. Der Papierkonzern SCA kündigt die Zwangsbeurlaubung von 1100 nordschwedischen Arbeitern an, weil die Lagerkapazität bald erreicht sei und die Häfen im Norden völlig stillliegen.

27.5. Bisher schwerster Angriff auf Streikposten. Nachts hatten Polizisten einen leeren Liegeplatz im Hafen von Västera mit einer Leine abgesperrt. Als Streikposten am frühen Morgen erschienen, lag dort das westdeutsche Schiff „Uwe Kahrs“ und wurde von eifrigen Streikbrechern beladen. Streikposten stellten sich unter die Krane und verhinderten so weiteres Laden. Nach Rücksprache mit dem Reichspolizeichef und der Reichsstaatsanwaltschaft rückten die Bullen mit 20 Mann in neun Wagen und einem Polizeischiff an. Unter Hinweis auf ihre Leine stellten sie fest, daß die Streikposten sich auf umzäuntem Gebiet befänden, was nicht erlaubt wäre. Die Streikposten wurden von den Bullen abgeführt und müssen mit gerichtlichen Klagen rechnen.

28.5. Die norwegische Hafenarbeitergewerkschaft erklärt, den Streik der schwedischen Kollegen nicht unterstützen zu können, weil diese keiner LO-Gewerkschaft angehören. 10.000 Kronen für die Streikkasse wurden aber schnell locker gemacht.

Volvo nimmt die Beurlaubungsandrohung zurück und will nun den Export über norwegische Häfen laufen lassen. Ein Run auf norwegische Häfen setzt ein, dem diese kaum gewachsen sein können.

Die „Transport“ macht den Hafenarbeitern einen neuen Vorschlag zum Eintritt. Der Vorschlag wird aus demselben Grund abgelehnt, aus dem er bereits vor vier Jahren abgelehnt wurde: „Wir wollen uns keiner Gewerkschaft anschließen, in der unsere Forderungen kein Gehör finden“.

30.5. Bulleneinsatz in Helsingborg. Über 20 Hafenarbeiter sperren die Zufahrtswege zum Containerhafen ab. Die Bullen kommen in zahlenmäßiger Übermacht, schleifen die sich hinsetzenden Streikposten weg, kontrollieren die Ausweispapiere, schreiben die Namen auf und führen drei Kollegen zur Polizeistation ab.

Die Streikposten in Helsingborg sind derart rege, daß bereits die Hälfte der „Transport“-Hafenarbeiter beurlaubt wurde — sie hatten nicht mehr arbeiten können.

2.6. Ohne Einbeziehung des Hafenarbeiterverbandes schließt „Transport“ einen Tarifvertrag mit dem Stauereiverband ab. Außer Lohnerhöhungen von ca. 8% (die bereits von der Inflation zunichte gemacht sind, da die alten Tarifverträge schon im vorigen Oktober ausgelaufen sind) kam nichts dabei heraus. Die Hafenarbeiter beschließen, den Streik fortzusetzen.

5.6. Die Staatsanwaltschaften in Helsingborg und Malmö wollen gegen eine große Anzahl von Hafenarbeitern Anklage erheben. Allein in Helsingborg sind etwa 30 aufrechte Streikposten davon betroffen.

In zwei kleinen Häfen, in Oskarshamn und Söderhamn haben die Hafenarbeiter aus Angst um ihre Arbeitsplätze den Streik abgebrochen. Nach der Mitgliederversammlung in Oskarshamn, bei der 19 gegen und sechs für weiteren Streik gestimmt hatten, trat die örtliche Leitung aus Protest zurück, ließ sich aber am selben Abend wiederwählen.

In Västera gingen die Bullen zum zweiten Mal gegen etwa 20 Streikposten vor, die verhindern wollten, daß die deutsche „Wilma Luckner“ von Streikbrechern gelöscht wurde. Die Bullen notierten die Namen der Streikposten und erklärten, sie könnten entweder mit einem Verfahren wegen „ungesetzlichen Eindringens“ oder „Ungehorsam gegenüber der Polizei“ rechnen.

11.6. Ohne daß eine einzige der 24 Forderungen des Hafenarbeiterverbandes erfüllt wäre, beschließt die Verbandsleitung, den Streik zentral abzubauen. Den örtlichen Abteilungen wird es überlassen, ob und welche Maßnahmen sie ergreifen wollen, um den Kampf weiterzuführen. Die Abteilung in Stockholm hat daraufhin sofort beschlossen, den Streik weiterzuführen. Die Gründe für den Beschluß der Verbandsleitung sind uns nicht sicher bekannt. Wir werden darauf zurückkommen. (Angaben nach Dagens Nyheter, Sveriges Radio, Arbeterkamp, Internationalen)

Skandinavienkommission

dem er bereits vor vier Jahren abgelehnt wurde: „Wir wollen uns keiner Gewerkschaft anschließen, in der unsere Forderungen kein Gehör finden“.

Skandinavienkommission

Wahlen in Italien

Nahezu jeder fünfte Wähler Italiens hat bei den Regional- und Kommunalwahlen am 8. Juni keine der kandidierenden Parteien gewählt. Stimmengewinne gab es vor allem für die Sozialisten (PSI), während Democrazia Christiana (DC) und Kommunisten (PCI) sowie die kleineren Parteien der bürgerlichen Mitte ihren Einfluß halten konnten.

Mit 88,5% war die Wahlbeteiligung so niedrig wie noch nie nach dem zweiten Weltkrieg (Parlamentswahlen 79: 90,4%, Regionalwahlen 75: 91,5%). Darüber hinaus gaben über eine Million Wähler weiße Stimmkarten ab (=Enthaltung) und fast noch einmal so viele wählten ungültig.

Damit wurde die „Partei der Verweigerung“, wie sie in der italienischen Öffentlichkeit bereits genannt wird, mit fast sieben Millionen Wählern (16,2%) zur „drittstärksten Kraft in Italien“ („La Stampa“, 11.6.). Aufgerufen zur „Verweigerung“ hatte einzig die Partito Radicale (PR), die die hohe Zahl der Verweigerungsstimmen als großen Erfolg verbucht. Andererseits geht man davon aus, daß ein größerer Teil der Jungwähler aus der völlig enttäuschten Erfahrung mit den etablierten Parteien für sich überhaupt keinen Anreiz zur Wahlbeteiligung sieht und politisch abstinent ist.

Gewählt wurden die Parlamente in 15 italienischen Regionen (entspricht den Bundesländern der BRD), in 86 Provinzen und 6.590 Kommunen. Bei der Regionalwahl 1975 erzielte die PCI mit 33,4% ein außerordentlich gutes Ergebnis und konnte zusammen mit der PSI die Regierungen von Piemont, Ligurien und Latium bilden. Außerdem zogen sie erstmals in die Stadtverwaltungen von Turin, Mailand, Venedig und Neapel ein. Diesmal verlor die PCI gegenüber dem „historischen Ergebnis“ von 1975 etwa 2%, und es ist nicht sicher, ob sie in die Regierungen von Latium und Piemont zurückkehren wird, da dort jetzt auch eine „Mitte-Links-Regierung“ von DC und PSI möglich ist. Die „roten Rathäuser“ und ihre alten Hochburgen Emilia-Romagna (48,2%), Toscana (46,4%) und Umbrien (45,2%) konnte die PCI allerdings fast ohne Verluste behaupten. Verloren hat die PCI vor allem

in den sechs Regionen des unterentwickelten „mezzogiorno“ (Süditalien), während sie im industriellen Norden ihren Stimmenanteil teilweise noch ausbauen konnte — besonders eindrucksvoll in Turin. Dennoch hat sie ihr Ziel, eindrucksvolle Zugewinne zu erzielen, um die Regierung Cossiga, die im wesentlichen von der DC und der PSI getragen wird, zu stürzen, nicht erreicht. Kurz vor den Wahlen war durch Indiskretion und Gerüchte bekannt geworden, daß der Sohn des führenden DC-Funktionärs Cattin schon seit längerem Mitglied der terroristischen „Prima Linea“ ist; Cattin soll davon gewußt haben und über Cossiga von dem Fahndungsversuchen gegen seinen Sohn erfahren haben, um ihn eventuell zu warnen. Dieser konnte sich jedenfalls rechtzeitig absetzen. Die PCI forderte wegen dieser Affäre den Rücktritt Cossigas (Cattin ist schon zurückgetreten) und der Regierung und stellte in den letzten Tagen des Wahlkampfes immer stärker auf dieses Thema ab. Diese Kampagne scheint der PCI allerdings nicht genutzt zu haben.

Die PSI, der Juniorpartner in der Regierung Cossiga, konnte gegenüber den letzten Regionalwahlen 0,7% (und gegenüber den letzten Parlamentswahlen 1979 2,8%) dazugewinnen. Dieses Ergebnis bedeutet eine Stärkung des rechten PSI-Flügels um den Vorsitzenden Craxi, der sich für eine Koalition mit der DC stark gemacht hatte. Damit wurde gleichzeitig die Regierung Cossiga gestärkt. Einen Teil des Zugewinns hat die PSI der Partito Radicale zu verdanken, die neben „Verweigerung“ auch die Wahl der PSI empfohlen hatte. Die PSI hatte dafür ihre Unterstützung für die von der PR geforderten Referenten zugesagt.

Die Parteien der Neuen Linken haben ihren Einfluß in etwa halten können. Die PdUP erreichte 1,2% und acht Regionalsitze, die DP 0,9% und zwei Regionalsitze. Hinzu kommen für beide Parteien mehrere Stadt- und Gemeinderäte. DP, die nur in einem Teil der Wahlkreise kandidierte, hat im Einzelnen vielfach bessere Ergebnisse als die PdUP erreicht. Das beste Ergebnis hatte sie in Mailand mit 2,7% (PdUP: 1,5%). Das beste regionale Ergebnis für die

beiden Parteien gab es in Lombardia (Norditalien): 1,7% für DP und 1,5% für PdUP.

Erstmals kandidierten in Italien auch grüne und alternative Listen. Ihnen waren aber von vornherein keine großen Chancen eingeräumt worden. So versammelten sich zu einem nationalen(!) Treffen dieser Listen ganze 50 Genossen. Nicht selten lehnten sie einen politischen Wahlkampf ab. So gründete sich in Mailand eine „Lista Rock“, die sich nur auf gemeinsame Musikinteressen beschränkte: „Es ist absurd, in Mailand eine ökologische Liste aufzustellen, da wir sowieso seit Jahren im Dreck leben“. (Angaben nach „taz“, 6.6.). „Lista Rock“ erhielt 0,35%. Erfolgreicher war die „Lista del Sole“ in Bologna, die den großen „Dissens“ zur langjährigen PCI-Stadtregerung zum Ausdruck bringen wollte und es auf 4.429 Stimmen (=1,3%) brachte. („taz“, 13.6.). Einen Sitz im Stadtrat verfehlte sie damit nur knapp. Je einen Sitz gewannen ökologische Listen in Mantova und Cuneo. Erfreulich ist, daß es die Liste „Neue Linke/Nuova Sinistra“, der auch Alexander Langer (ehem. Lotta Continua) angehört, in Bozen auf 8% der Stimmen und 4 Sitze brachte. Außerdem bekam sie 3,7% und einen Stadtrat in Trento/Triest sowie einen weiteren Stadtrat in Aosta.

Leider haben sich die Faschisten der MSI im Landesdurchschnitt behaupten können. Gegenüber den Parlamentswahlen von 1979 konnten sie sogar 0,8% gewinnen, womit sie Verluste durch eine Abspaltung (DN= Destra Nazionale) nahezu ausglich haben. Ihre Hochburgen liegen vor allem im Süden des Landes, wo sie im Durchschnitt auf 9,1% in den Regionalwahlen kamen. Ein spektakuläres Ergebnis erzielte ihr Führer Almirante in Neapel, wo es die MSI auf 22,3% brachte und der DC drei Rathäussitze abnahm.

Viel hat sich durch die Wahlen nicht geändert. Die Regierung Cossiga wurde bestätigt, die PCI regiert unterhalb der „Staatsebene“ in Rathäusern, Gemeindeverwaltungen und Regionalregierungen weiter kräftig mit.

Italien-Kommission KB Hamburg

Ausgewählte Ergebnisse der Kommunalwahlen in größeren Städten

	DC	PCI	PSI	DP	PdUP	MSI
Turin	23,5 (20)	39,3 (33)	14,4 (12)	1,2 (0)	0,6 (0)	5,3 (4)
Mailand	26,4 (22)	26,5 (22)	19,6 (16)	2,7 (2)	1,5 (1)	6,6 (5)
Venedig	31,0 (20)	32,6 (21)	17,2 (11)	1,3 (0)	1,0 (0)	3,6 (2)
Bologna	22,5 (14)	46,1 (29)	9,4 (6)	1,7 (1)	0 (0)	4,6 (2)
Florenz	29,9 (19)	40,5 (26)	12,4 (8)	1,5 (0)	1,4 (0)	4,4 (2)
Neapel	25,3 (21)	31,7 (27)	7,7 (6)	1,0 (0)	0,6 (0)	22,3 (18)
Palermo	46,7 (39)	15,4 (12)	11,6 (9)	0 (0)	0 (0)	8,5 (7)

In Rom und Genua wurde nicht gewählt. Vergleichszahlen zu den früheren Wahlen können wir uns an dieser Stelle sparen, da es kaum grundlegende Verschiebungen gab. (Ausnahme: Neapel s.o.; Palermo: DC + 4 Sitze; PCI - 3; Mailand: PCI - 3, PSI + 4).

(aus: „La Stampa“, 11.6.1980)

ELEZIONI REGIONALI (definitivi)

Piemonte, Lombardia, Veneto, Liguria, Emilia Romagna, Toscana, Marche, Umbria, Abruzzi, Molise, Campania, Puglia, Basilicata, Calabria						
REGIONALI 1980						
LISTE	Voti	%	Differenza sulle Regionali 1975	Differenza sulla Camera 1979	Seggi	Differenza sulle Regionali 1975
DC	11.153.439	36,8	+1,5	-1,3	290	+13
PCI	9.555.767	31,5	-1,9	-0,3	233	-14
PSI	3.851.722	12,7	+0,7	+2,8	86	+4
PSDI	1.505.607	5,0	-0,6	+1,3	31	-5
PRI	922.970	3,0	-0,2	=	18	-1
PLI	816.418	2,7	+0,2	+0,7	15	+4
MSI	1.785.750	5,9	-0,5	+0,8	37	-3
DN	—	—	—	-0,6	—	—
PdUP	372.102	1,2	+0,7	-0,2	8	+4
DP	274.100	0,9	=	+0,9	2	-2
NSU	—	—	—	-0,8	—	—
RAD	—	—	—	-3,5	—	—
ALTRI	82.904	0,3	+0,1	+0,2	—	—

Ergebnisse der Regionalwahlen:

1. Spalte: Parteien — 2. Spalte: Wähler — 3. Spalte: in Prozent — 4. Spalte: Unterschied zu den Regionalwahlen 1975 — 5. Spalte: Unterschied zu den Parlamentswahlen 1979 (s.a. AK 155) — 6. Spalte: Sitze — 7. Spalte: Sitzverschiebungen gegenüber den Regionalwahlen 1975. PSDI = Sozialdemokraten; PRI = Republikaner; PLI = Liberale; DP = Democrazia Proletaria (kandidierte 1979 als „NSU“, weshalb nur von einem Zugewinn von 0,1 % gesprochen werden kann); RAD = Partito Radicale („Corriere della Sera“, 11.6.80).

„Geh'n die Bullen an die Häuser ran, wird Freiburg bald zu Amsterdam!“

»Bitte umfahren Sie Freiburg weiträumig ...«
Bericht einer Augenzeugin

Bullen weg vom Dreisameck!

Das Dreisameck in Freiburg, fünf nebeneinander stehende Häuser an der Ecke Kaiser-Joseph/Schreiber-Straße, wurde schon vor zwei Jahren besetzt und sollte schon einmal abgerissen werden. Die Eigentümer dieser Häuser waren zum Teil die Dresdner Bank und die Konkursverwaltung des Spekulantenselz. Die Anteile wurden alle an die Vita-Versicherung verkauft, die daraus einen häßlichen Versicherungspalast bauen will. Zum Kotzen schön! Bis zum Schluß wurden die Häuser von ca. 60 Leuten bewohnt und genutzt, denn die Wohnungsnot ist in Freiburg unwahrscheinlich groß.

Von März bis Juni wurde das Dreisameck als Kommunikationszentrum genutzt. Es fanden hier politische Veranstaltungen statt, für die man sicher keine anderen Räume hätte bekommen können, wie z.B. die Hochsicherheitstraktveranstaltung und eine Veranstaltung der Gegen-„Bild“-Stelle. Außerdem boten die Häuser vielen Musik-Gruppen und Liedermachern gute Auftrittsmöglichkeiten. Für alle Gruppen gab es Platz und Räume und für viele Leute war es unvorstellbar, plötzlich wieder ohne diesen Treffpunkt auszukommen.

Freiburg ist nicht Gorleben

Schon Wochen vor dem geplanten Abriss bereiteten sich die Besetzer auf den Widerstand vor. In allen Häusern wurden Barrikaden errichtet und abends wurden Wachen aufgestellt, denn durch verschiedene Gerüchte wurden immer wieder neue Räu-

mungstermine bekannt. Für die Besetzer war klar, sie gehen nicht ohne Widerstand aus den Häusern heraus, denn Freiburg ist nicht Gorleben. Friedlich auf die Bullen warten und sich lächelnd hinaustragen lassen, das kam nicht in Frage. Wurfgeschosse wie Farbeier und Rauchbomben (nach Kraaker-Rezept) wurden angefertigt und auch ein Alarmsystem entwickelt. So standen z.B. vor den verschiedenen Polizeikasernen und an den Autobahnbühnen Wachen und ein funktionierendes Telefonalarmsystem wurde aufgebaut.

Am Samstag um 19 Uhr schon war klar, daß am Sonntag früh um 4 Uhr geräumt werden sollte. Um 24 Uhr schon sah eine Taxi-Fahrerin die Bullen in Göppingen abfahren und auch aus Lahr (Polizeikaserne) erreichte uns der Bericht, daß die Bullen unterwegs sind. Das Alarmsystem der Telefonkette funktionierte. Schon um 3 Uhr fanden sich 3-400 Unterstützer vor den Häusern an und begannen wenig später mit dem Bau von Straßenbarrikaden. Dazu wurden alle verwendbaren Sachen aus den Häusern hinunter auf die Straße geworfen.

Um 4 Uhr heulte die Alarmsirene auf dem Dach der Kajo (Kaiser-Joseph-Str.) erneut auf. Die Bullen waren auf dem Dach der Schreiberstr. 4 gesehen worden. Die Barrikaden wurden dichtgemacht und wir zogen uns aus der Schreiberstraße in die Kajo aufs Dach zurück. Dort konnten wir die Bullen, Mitglieder des Spezialeinsatzkommandos aus Göppingen, auf dem Dach der Schreiberstraße sehen. Doch mit Farbeiern und Rauchbom-



ben konnten wir nicht verhindern, daß sie einfach ein Loch in's Dach schlugen und hineinkletterten. Wir beschossen, uns durch angefertigte Durchbrüche in die Kajo 284 zurückzuziehen und die Barrikaden dichtzumachen. Von den Fenstern aus wurden die Bullen mit Farbeiern beworfen.

Vor dem Haus gingen die Spekulantenschützer inzwischen mit Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Ein Demonstrant mußte mit geplatztem Trommelfell ins Krankenhaus, eine Frau mit Augenverletzungen.

Durch die Kajo 284, 282 und einem Notausgang gelang es uns, die Häuser zu verlassen. Niemand blieb zurück, niemand wurde verhaftet.

Polizei probt den Bürgerkrieg

Von den Bullen, denen es gelang, die Schreiberstraße und die Kajo von den Demonstranten freizumachen, wurde das gesamte Gelände mit Zäunen und doppeltem Nato-Draht abgesperrt. Der Anblick der Polizisten und der festungsähnliche Charakter der Absperungen erinnerten mich an Brokdorf oder an Grohnde. Es hatte den Eindruck, als führten die Herren des Staatsschutzes hier eine Übung durch: 1200 Polizisten probten den Bürgerkrieg.

Der Widerstand geht weiter

Die Leute, die vorher von der Polizei vertrieben wurden, trafen sich gegen 13 Uhr in der Innenstadt und ließen ihre Wut erstmal an einigen Fensterscheiben aus. Alle wichtigen Häuser der Stadt, wie z.B. das Münster konnten Polizeischutz vorweisen. Zu einer spontanen Demo am Sonntag-Nachmittag erschienen über 4 000 Leute. Die Parolen der Demo waren z.B.: „Geh'n die Bullen an die Häuser ran, wird Freiburg bald zu Amsterdam“ und „Freiburg - Bullenburg“. Bis in die Nacht hinein fanden Auseinandersetzungen mit den staatlich legetimierten Schlägertrupps statt, die auch z.B. am Sonntag-Abend einen Ausfall wagten und mehrere Leute

Fortsetzung nächste Seite

Schon seit mehreren Tagen rechneten wir damit, daß das Dreisameck geräumt wird. Jeden Abend der Anruf: „Es ist soweit, heute Nacht kommen sie“. Wieder eine Nacht, halb durchgewacht, und wieder Fehllarm. Wenn das noch ein paar Tage so weitergeht, dann können wir nicht mehr, dachten wir, aber was war das schon gegen den Bullenaufmarsch, der uns erwartete? Samstagnacht wußten wir sicher, daß es jetzt soweit war und die ersten Bullenkolonnen sich in Marsch gesetzt hatten.

Am frühen Morgen des Sonntags versammelten sich ca. 500 Leute vor den besetzten Häusern, bauten Barrikaden, Musik tönte aus den Fenstern und es machte sich eine ängstlich-erwartungsvolle Stimmung breit. Weit und breit war kein einziger Bulle zu sehen. Dann kamen sie... zuerst nur 6-8 Bullen. Locker liefen sie in die Arena ein wie eine Fußballmannschaft aufs Spielfeld und verschwanden in einem der nicht besetzten Häuser. Wir beruhigten uns wieder, das konnte ja noch nicht alles gewesen sein. Eine halbe Stunde später setzte der große Aufmarsch ein. Aber die anderen Bullen, wo waren sie geblieben? Als sie auf den Dächern der besetzten Häuser wieder auftauchten, begriff ich: sie wollten das Haus von oben entern. Es war etwas glatt da oben, die Schmierseife tat ihre Wirkung! Trotzdem, das Dach war von den Hausbesetzern als letzte Rückzugsmöglichkeit ausgewählt worden und die war ihnen durch die Akrobaten auf dem Dach nun versperrt.

Mittlerweile marschierte die Polizeiarmee auf: Wasserwerfer, unzählige Mannschaftswagen, 1200 Bullen gegen 60 Hausbesetzer und ca. 500 Sympathisanten, wie es später in der Presse hieß. Von drei Seiten rückten sie an, bauten ihre Wasserwerfer auf, kurz: sie rüsteten zum großen Sturm. Die Demonstranten bildeten Ketten und machten sich Mut. Doch wir hatten kaum Helme, kaum Ölzeug, wir standen diesem Aufmarsch völlig ungeschützt gegenüber. Damit hatte keiner gerechnet und schon gar nicht in Freiburg, der kleinen idyllischen Schwarzwaldmetropole.

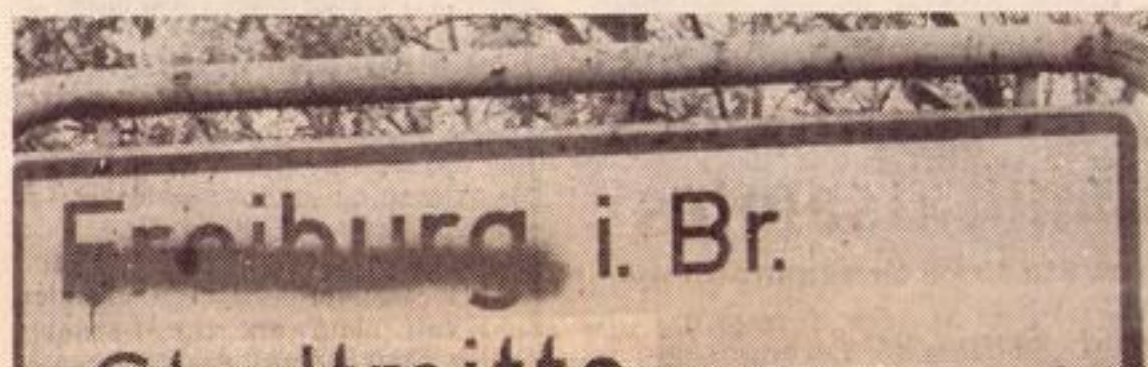
Nach der dritten Aufforderung, doch freiwillig zu gehen, legten sie los: Mit Wasserwerfern und Knüppel-einsätzen rückten sie vor und trieben uns 200 m vom Haus weg. Die ersten Verletzten kamen blutüberströmt an und wurden verarztet. Die Letzten rannten. Diesem Wasseransturm konnte keiner standhalten. Jetzt räumten sie von der anderen Seite, wieder Verletzte, Eier, Knüppel. Nach einer halben Stunde waren die Straßen vor dem Dreisameck geräumt. Naß, wütend, verzweifelt und voller Haß standen wir herum und wußten mit unserer Ohnmacht nichts anzufangen. Was war bloß mit den Leuten geschehen, die im Haus geblieben waren?

Später erfuhren wir, daß sie über ein anderes Haus unbemerkt geflüchtet waren.

Nachdem die Straßen frei von Demonstranten waren, begannen die Bullen sofort damit, das ganze Gelände hermetisch abzuriegeln. Die ersten Natodrahtrollen wurden ausgepackt, die Wasserwerfer wie Panzer vor den Übriggebliebenen aufgebaut... offensichtlich wollten sie sich in dieser Stadt für längere Zeit breit machen.

Seit Sonntag nachmittag herrscht in Freiburg das totale Chaos. In den Verkehrsnachrichten heißt es: „Bitte umfahren Sie Freiburg weiträumig, die Stadt ist wegen einer Veranstaltung gesperrt“. Das ist noch eine sehr harmlose Beschreibung für das, was sich dort zur Zeit abspielt. Die ganze Stadt ist von Bullen belagert, überall Natodraht, unsere Häuser, in denen wir gefeiert, Veranstaltungen gemacht und gewohnt haben, werden systematisch zerstört und abgerissen. Da kann kein Auge trocken und keine Hand ruhig bleiben. Wir antworteten mit vielen Aktionen und einer Demo, an der 12.000 Leute teilnahmen. Dabei gingen einige Scheiben von Banken und Versicherungen zu Bruch, aber was sind schon ein paar Scheiben gegen fünf zerstörte Häuser und 1200 Bullen! Es flogen Farbeier gegen Häuser und... gegen Fotografen vom Verfassungsschutz. Solange die Bullen Freiburg belagern, geben wir keine Ruhe mehr.

Eine Genossin aus Freiburg



Fortsetzung von Seite 4

zusammenprügelten. Nicht alle Leute auf der Demo wollten gegen die Polizeiwilkkur nur mit Sprüchen antworten und so wurde z.B. das Haus von Bürgermeister Kiefer mit Farbe und kleinen Steinen etwas verschönert. Als jedoch einige Leute ihm seinen Müllimer in den Garten kippen wollten, wurden sie von Gewaltfreien und Revis gewaltsam daran gehindert. Die DKP sprach am nächsten Tag auf einem Flugblatt von Aktionen von „bezahlten Provokateuren“. Am Abend gingen noch einige Polizeiwagen kaputt oder verloren ihre Reifenluft. Für den Rest der Nacht gab es keine Ruhe für die Spekulantenschützer.

Über 10 000 Demonstranten

Am Montag fand dann die erste etwas langfristige geplante Demonstration statt, zu der über 10 000 Leute kamen. Es war die größte Demonstration in Freiburg in der Nachkriegszeit. Aus der Demo heraus wurden die Klimaverhältnisse in der Dresdner und Deutschen Bank sowie im Regierungspräsidium etwas verbessert und Farbeier und Wandsprühereien gaben Freiburg ein etwas bunteres Bild. Laut „Badischer Zeitung“ ist ein Sachschaden von 62 000 DM (für alle Tage) entstanden. Na, bitte!

Am Abend ging ein Teil der Demonstranten sich den Zaun an der Kaiserbrücke ansehen. Sie versuchten ihn mitzunehmen, was aber nur beim Nato-Draht gelang. Fliegende Steine beantworteten die Bullen mit der Drohung, gleich herauszukommen. Wenig später preschten auf der anderen Seite mehrere Mannschaftswagen in die Menge hinein. Jetzt flogen Steine und die Polizisten sahen einige Zeit sehr alt aus. Die Wagen wurden beschmissen, ihre Scheiben gingen zum Teil zu Bruch und die Reifen leerten

sich. Daraufhin antworteten die Bullen mit einem Angriff und trieben die Demonstranten bis an das Martinstor zurück. Es entstand der Eindruck, daß die Polizei beabsichtigte, bald ganz Freiburg abzusperren und mit Nato-Draht einzuspannen.

Deutsche Polizisten sind die Terroristen!

Die Polizisten, so gut sie auch bewaffnet waren, mit Helmen, mit Schilden und Knüppeln, wagten stets nur Ausfälle dann zu machen, wenn wenig Leute vor den Barrieren standen. Nur dann waren sie stark und prügelten auf alles ein, was sich bewegte; vor Rentnern und Stadtratsabgeordneten wurde da dann auch nicht haltgemacht. Wenn sie diese Ausfälle machten, wirkten sie völlig enthemmt und schonten ihre Knüppel nicht.

Solidarität mit den Dreisameck-Besetzern!

Von Montag an sollte in Freiburg ein internationales Straßen- und Theaterfestival stattfinden. Die Schauspieler, auch die der Städtischen Bühnen solidarisierten sich mit den Besetzern und verurteilten den Polizeieinsatz aufs schärfste. Sie nahmen an der Demo mit dem verwandelten offiziellen Transparent des „Freiburger Theaterfestival 1980“ teil: „Freiburger Polizeifestival“. Auf allen Veranstaltungen sollte jetzt eine Protestresolution verlesen werden. Offiziell wurde dann das Theaterfestival mit dem Video-Film der Medien-Werkstatt über die brutale Räumung vom Sonntag eröffnet.

Hausbesetzung am Werderring

Gegen 18 Uhr wurde am Dienstag ein Haus am Werderring, das dem Land Baden-Württemberg gehört, von ca. 7 000 Leuten besetzt und für ein Fest genutzt. Mit der Besetzung soll-

te demonstriert werden, daß die ehemaligen Bewohner des Dreisamecks immer noch keine Ersatzwohnungen haben und praktisch auf der Straße sitzen.

Die Bewohner des Dreisamecks waren der Meinung, daß dieses Haus kein Ersatz für die Kajo- und Schreiberstraße sein könne, wollten es aber als Treffpunkt und Anlaufstelle nutzen.

Auch Schauspieler der Städtischen Bühnen solidarisierten sich wieder und lasen vom Balkon Gedichte u.a. von Brecht und Zahl, vor:

„Die Herrschenden reden nicht von Gewalt — sie üben sie aus und gießen sie in Gesetze“ (Zahl). Bis 24 Uhr verlief alles friedlich, dann stürmten die Bullen in der Kajo auf eine Gruppe von Demonstranten zu, verprügelten sie und nahmen sie mit.

Der Häuserkampf geht weiter!

„Jeder Stein der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen“, das war z.B. eine Parole während der Demonstration. Über 10 000 Leute waren dabei und vielen ist klar, daß der Kampf für menschenwürdiges Wohnen weitergeht, denn wir wollen nicht Betonkästen oder Glaspaläste, wir wollen Wohnraum, in dem wir uns auch wohlfühlen.

Neben der riesigen Zahl von Demonstranten gibt es einen weiteren Erfolg: Für viele, die an den Aktionen teilnahmen, hat sich die Gewaltfrage erneut gestellt, für viele aber ist sie nun endgültig abgeschlossen. Das Gefühl, ohne Helm, ohne Schutz vor den bewaffneten Bullen zu stehen, das soll nicht noch einmal da sein. Wenn die Bullen den Bürgerkrieg proben — dann sollte man auch entsprechend antworten können.

Der Häuserkampf geht weiter!

Die nächste Räumung machen wir!

Wilhelm Wild, Freiburg

Der Häuserkampf geht weiter

In vielen Städten der BRD vermehren sich die Hausbesetzungen — aber auch die Räumungen durch Massenaufgebote der Polizei und Sondereinheiten.

Noch ist die Bilanz positiv — der Mietkampf erlebt einen heißen Sommer, insbesondere in den Städten, wo Hausbesetzergruppen und Mieterinitiativen z.T. schon seit Jahren „bei der Arbeit“ sind.

Wir geben im folgenden eine kurze Übersicht über neue Besetzungen und Räumungen.

Besetzt

Aachen. In den letzten Jahren fielen den Straßenbauplänen der CDU-Stadtverwaltung 90 Häuser zum Opfer. Jetzt reichte es der Aachener Wohnraumrettungsgesellschaft und der Bürgerinitiative Oppenhoffallee. Sie besetzten am 30.5. das Haus Goerdelerstraße 20. Sie wollten damit auch auf die Wohnungsnot in Aachen hinweisen: 8000 offiziell registrierte suchen eine Wohnung. Die Stadt schickte nach der Besetzung einen Baurupp der Stadtwerke, um Gas-, Wasser- und Stromleitungen zu zerstören, geschützt durch 30 Polizisten.

Die neuen Bewohner haben in dem Haus ein Café eingerichtet und Infostände aufgebaut. Nicht nur die Nachbarschaft begrüßte die Aktion, sogar Politiker von SPD und FDP haben ihre Solidarität erklärt.

Geräumt

Westberlin. Am 3.6. wurde das gerade 5 Tage besetzte Haus am Chamissoplatz in Berlin-Kreuzberg geräumt. In der kurzen Zeit ihres Aufenthaltes hatten die Instandbesetzer bereits zwei Wohnungen vollständig renoviert.

Die Besetzer, die passiven Widerstand leisteten, hatten gegen die 200 Bullen keine Chance. 14 Besetzer und zwei Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen. Noch während der Räumung fingen Bauarbeiter an, unter Polizeischutz Fenster und Türen zuzumauern.

Instandbesetzt

Westberlin. Um die Bilanz zumindest in Westberlin auszugleichen, wurde am 7.6. das Haus Adalbertstr.6 von 30 Leuten besetzt. Das Haus in Ber-

lin-Kreuzberg, das noch gut erhalten ist, gehört der Gewerbe-Siedlungsgesellschaft, die hier angeblich ein Parkhaus bauen wollte — obwohl es das dritte im Umkreis von 100 Metern wäre. Der letzte Mieter in dem Haus besitzt nach Gerichtsbeschluss Wohnrecht auf Lebenszeit. Jetzt hat er Gesellschaft bekommen. Die Besetzer wollen mit der GSG über Mietverträge verhandeln.

Besetzt

Frankfurt. Der Jugendinitiative Ginnheim glückte am 5.6., was vielen anderen Hausbesetzern in Frankfurt verwehrt blieb: Sie besetzten erfolgreich das Haus Ginnheimer Landstr. 176 als Jugendzentrum, für das sie seit Jahren kämpften. Die Besitzer, das Spekulantenduo Preisler und Herscovic halten sich z.Z. im Ausland auf und konnten daher noch keinen Räumungsauftrag erteilen. Allerdings hat ihr Anwalt Strafanzeige angeordnet.

Die Polizei hielt sich gegenüber den Besetzern, die gewaltfrei handeln wollen, bisher zurück.

Brauerei besetzt

Wuppertal. Nicht die Arbeiter — die gibt es hier seit 73 nicht mehr — sondern die Bürgerinitiative „Rettet die Adler Brauerei“ besetzte dieses denkmalwürdige Fabrikgebäude, das der jetzige Besitzer, die Wicküler Großbrauerei, abreißen lassen wollte. Die Bagger waren am 30.5. klammheimlich angerollt und hatten bereits ein Loch in die erste Wand geschlagen, als 80 couragierte Besetzer dem eine Ende machten.

Trotz befürchteter Räumung arbeiten und übernachten 40 bis 50 Leute in den Räumen der Brauerei. Ein Info-Büro wurde eingerichtet und die Stadtzeitung richtete ein Redaktionsbüro ein. Kinder malten sich eine Spielstube an und eine Kantine ist im Aufbau.

Nach dem Willen der Besetzer sollen in den weitläufigen Gebäuden auch kunsthandwerkliche Betriebe, Ateliers, Initiativen, Kino, Theater und alle anderen kulturellen und sozialen Inis, die keine Räume haben, Platz finden.

Nachbarschaftliche Hilfe leisteten Besetzer aus der Kölner Stollwerck-Fabrik.

Wohnungskommission

ein Loch in die erste Wand geschlagen, als 80 couragierte Besetzer dem eine Ende machten.

Trotz befürchteter Räumung arbeiten und übernachten 40 bis 50 Leute in den Räumen der Brauerei. Ein Info-Büro wurde eingerichtet und die Stadtzeitung richtete ein Redaktionsbüro ein. Kinder malten sich eine Spielstube an und eine Kantine ist im Aufbau.

Nach dem Willen der Besetzer sollen in den weitläufigen Gebäuden auch kunsthandwerkliche Betriebe, Ateliers, Initiativen, Kino, Theater und alle anderen kulturellen und sozialen Inis, die keine Räume haben, Platz finden.

Nachbarschaftliche Hilfe leisteten Besetzer aus der Kölner Stollwerck-Fabrik.

Wohnungskommission

Frankfurt-Ginnheim: Jugendinitiative besetzt Haus

Am 5. Juni besetzten im Frankfurter Stadtteil Ginnheim ca. 30 Jugendliche der „Jugendinitiative Ginnheim“ (JIG) ein Nebengebäude des im Abriss befindlichen sogenannten 'Predigerseminars' und erklärten es zum Jugendhaus.

Am nächsten Tag konnte der erstaunte „Rundschau“-Leser erfahren, daß der CDU-Fraktionsvorsitzende im Ortsbeirat 9, Fritz Goeder, „Verständnis“ für die Besetzung aufbringe. Inwieweit diese zweifelhafte CDU-Solidarität nur als eine kleine Wahlkampfeinlage hinsichtlich der Kommunalwahlen im nächsten Jahr zu verstehen ist, darüber konnten sich Besetzer der JIG beim Besuch der Ortsbeiratsitzung am folgenden Montag ein Bild machen. Der erst so verständnisvolle Goeder versagte die Zustimmung seiner Fraktion zu einem entsprechenden SPD-Antrag (das Haus beim Eigentümer anzumieten und der JIG als Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen) mit Hinweis auf die Illegalität der Besetzung. Goeder: „Wenn wir unter dem Druck einer Besetzung verhandeln, dann bestimmen nicht mehr Recht und Gesetz, sondern Hausbesetzer, was geschieht.“ (Schön wär's.) Im Falle einer freiwilligen Räumung durch die Jugendlichen ließe er mit sich reden...

Frankfurt-Ginnheim: Jugendinitiative besetzt Haus

Am 5. Juni besetzten im Frankfurter Stadtteil Ginnheim ca. 30 Jugendliche der „Jugendinitiative Ginnheim“ (JIG) ein Nebengebäude des im Abriss befindlichen sogenannten 'Predigerseminars' und erklärten es zum Jugendhaus.

Am nächsten Tag konnte der erstaunte „Rundschau“-Leser erfahren, daß der CDU-Fraktionsvorsitzende im Ortsbeirat 9, Fritz Goeder, „Verständnis“ für die Besetzung aufbringe. Inwieweit diese zweifelhafte CDU-Solidarität nur als eine kleine Wahlkampfeinlage hinsichtlich der Kommunalwahlen im nächsten Jahr zu verstehen ist, darüber konnten sich Besetzer der JIG beim Besuch der Ortsbeiratsitzung am folgenden Montag ein Bild machen. Der erst so verständnisvolle Goeder versagte die Zustimmung seiner Fraktion zu einem entsprechenden SPD-Antrag (das Haus beim Eigentümer anzumieten und der JIG als Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen) mit Hinweis auf die Illegalität der Besetzung. Goeder: „Wenn wir unter dem Druck einer Besetzung verhandeln, dann bestimmen nicht mehr Recht und Gesetz, sondern Hausbesetzer, was geschieht.“ (Schön wär's.) Im Falle einer freiwilligen Räumung durch die Jugendlichen ließe er mit sich reden...

Doch „geredet“ worden war schon genug. Nunmehr 5 Jahre dauert der Kampf der Jugendinitiative um ein eigenes Haus an (bis jetzt war sie Gast im völlig ungeeigneten „Bürgerhaus“), wobei auch gerade jener Fritz Goeder mit leeren Versprechungen und Lippenbekenntnissen eine traurige Rolle einnahm. Als Anfang des Monats, nach unglaublichen Mauseheleien, mit dem Abriss des bildschönen Gebäudes des alten „Predigerseminars“ begonnen wurde, war für die JIG das Maß voll. Ungeachtet einiger Stimmen, die meinten, eine solche Aktion würde eh nix bringen, denn es würde sowieso wieder geräumt, wurde kurzhand beschlossen, nun wenigstens das Nebengebäude vor einem möglichen Baggerunfall (denn eine Abrissgenehmigung für das Nebengebäude existiert nicht, und wer weiß, was dann so alles passieren kann...) oder ähnlichen „Zufällen“ zu retten, und für die eigenen Belange herzurichten. Günstigerweise ist das Haus in einem ausgezeichneten Zustand und bedarf kaum größerer Renovierung.

Eher ungünstig ist, daß es die JIG bei den Eigentümern Herskovits + Preisler mit zwei der dicksten Fische in der berühmten Frankfurter Spekulant-Mafia zu tun hat. So lag denn auch schon eine „prophylaktische“ (!) Räumungsanordnung bei den Bullen vor. Diese hing bis zum

folgenden Montag (9.6.) wie ein Damokles-Schwert über dem frischgebackenen JUZ Ginnheim, jeden Morgen wurde mit der Räumung gerechnet. Doch die Ordnungshüter ließen sich Zeit und beschlossen schließlich, vor einer entsprechenden Gerichtsentscheidung nichts zu unternehmen. Ein Freund und Helfer deutete an, worum es geht: „Bei einer normalen Hausbesetzung hätten wir schon längst geräumt...“ Will heißen: Eine Räumung des Jugendhauses ohne Gerichtsverfügung ist politisch unklug (die frankfurter Polizei untersteht Polizeipräsident Karlheinz Gemmer, SPD). Der Anwalt von Herskovits + Preisler ließ inzwischen durchblicken, daß diese zu keinerlei Verhandlungen bezüglich eines Nutzungsvertrags bereit sind und auch die verantwortlichen Stellen der Stadt stellen sich taub. Die Lage ist also ziemlich verfahren, doch noch sind die Besetzer drin. Der Anwalt der JIG (der seine Dienste freundlicherweise kostenfrei zur Verfügung gestellt hat) versucht

Wieder ein Haus in Aachen besetzt

Aachen, den 31. Mai:

Anfang Mai hatte die Stadt Aachen gehofft, dem Spuk der Hausbesetzungen ein Ende zu setzen. Einige Hundertschaften Polizei sollten Aachens Haus- und Grundstücksspekulanten Ruhe verschaffen. Sie räumten das Haus im Templergraben von Besetzern.

Aber jetzt (keinen Monat später) ist wieder ein Haus besetzt. Diesmal haben sich Leute ein Haus der Stadt genommen.

Das Haus Goerdelerstraße Nr. 20

Die Stadt will in der Goerdelerstr. eine ganze Häuserfront abreißen lassen, um die Straße zu verbreitern. Seit fünf Jahren bemühte sich die Bürgerinitiative Oppenhoff Allee, die Häuser zu erhalten. Doch die Stadtverwaltung ging zielstrebig daran, die Häuser zu zerstören. Die Häuser Nr. 18 und 16 und das Hinterhaus von Nr. 20 sind nicht bewohnbar. Regenwasser wurde ins Haus geleitet, Decken eingerissen, um den Abriss vorzubereiten.

Als Haus Nr. 20 besetzt wurde, hatte die Stadt nichts eiligeres zu tun, als dessen Strom- und Wasseranschluß unter Polizeischutz zerstören zu lassen. — Die Stadt tut was für die Wohnungsnot! Ausländer und Stu-

nun, die Räumungsverfügung so lange wie eben möglich hinauszuzögern. Die gewonnene Zeit soll genutzt werden, um nochmal ordentlich Druck auf die verantwortlichen „Volksvertreter“ auszuüben. Bisher haben sich solidarisch erklärt: ca. 600 Ginnheimer Bürger per Unterschrift, 2 frankfurter Rockgruppen, der SPD-Ortsverein Ginnheim, zahlreiche frankfurter Jugendzentren, der Stadtschülerrat sowie das frankfurter Aktionsbündnis Rock gegen Rechts. Trauriges Bild beim DGB. Funktionäre der DGB-Jugend lehnten eine Unterstützung ab, da die Besetzung „illegal“ sei.

Inzwischen wird es jeden Tag wohnlicher in den drei Geschossen des neuen Jugendzentrums, die Stimmung ist optimistisch. Für den Fall der Räumung haben sich die Besetzer auf ein bestimmtes Maß passiven Widerstands geeinigt.

Schüler im KB/Gruppe Frankfurt mit Unterstützung eines Besetzers der Jugendinitiative Ginnheim

ANZEIGE



Am 29. Februar 1980 wurde in der Amsterdamer Vondelstraat ein Haus besetzt. Angreifende Mobile Einheiten wurden zurückgeschlagen. Drei Tage lang lebte die „Freie Vondel-Republik“ von hohen Barrikaden geschützt. Dann kamen die Panzer...

Der Amsterdamer Verlag „Lont“ hat eine 80seitige Bild- und Textdokumentation über die Kämpfe in der Vondelstraat herausgebracht; wir haben eine vollständige Übersetzung angefertigt, die als Faltblatt beiliegt.

80 Seiten mit über 140 Fotos, mit Berichten und Dokumenten

8,—DM

Bezug über: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

Bürgerkriegstruppen zerschlagen das Besetzerdorf 1004

An der Stelle des ersten Dorfes, das die Atombetreiber in der BRD ausgelöscht haben, steht inzwischen die Atomfestung 1004 – versehen mit Schießscharten und Sicherungsmasten, und geschützt durch mehrere 1000 Meter NATO-Draht und Sperrketten der Polizei. Soweit das Resultat des bürgerkriegsmäßigen polizeilichen Großeinsatzes vom 4. Juni, der trotz beispielloser Einschüchterungs- und Provokationsversuche die ca. 2500 Besetzer weder zu spalten noch zu demoralisieren vermochte.

Der Landkreis wird dichtgemacht

Bereits am Vorabend der Räumung werden Bullensperren an allen Zufahrtswegen zum Besetzerdorf aufgebaut. Alle verdächtigen PKWs werden durchgewühlt, Benzinkanister, Helme und ähnliches „Demonstrationsgut“ beschlagnahmt. Auch mehrere Hundert gefährliche Flaschen (Leergut) eines Getränkeliheranten werden eingesackt. Mit Beginn des Räumungstages wird jedem auswärtigen Fahrzeug die Weiterfahrt generell verweigert – der gesamte Berufs- und Privatverkehr der einheimischen Bevölkerung wird langwierigen Kontrolluntersuchungen unterzogen. Einige ausgesperrte AKW-Gegner errichten eine PKW-Blockade. Die Bullen gehen mit 10 scharfen Hunden auf sie los, drei Teilnehmer werden gebissen. Bei einem weiteren Blockadeversuch schmeißen die Bullen einen schweren Citroen in einen Straßengraben und demolieren ihn völlig.

Trotz dieser Schikanen treffen in der letzten Nacht stündlich etwa 200 durch die Alarmkette mobilisierte AKW-Gegner mit PKWs und Bussen ein. Die Zahl der Besetzer erhöht sich innerhalb weniger Stunden von 600 auf 2500. Auch die hermetische Abriegelung am 4. Juni kann teilweise unterlaufen werden.

Einzelne Gruppen gelangen durch mehrstündige Geländemärsche zum Dorf; eine Gruppe von 500 Teilnehmern wird durch einen älteren Landkreisbewohner über Schleichwege zum Platz geführt.

Die Staatsgewalt marschiert

Etwa 8000 aus allen Teilen der BRD zusammengezogene Bullen werden für die Räumung eingesetzt. Mit dutzenden von Schützenpanzern ca. 120 weiteren schweren Fahrzeugen (vom Wasserwerfer bis zur BGS-Planierdraupe) einer Hunde- und einer Pferdestaffel sowie 3000 Bullen wird der Platz gegen 6 Uhr morgens umstellt.

Als erste Maßnahme errichten die Bullen um das Dorf einen Zaun aus einer Doppelrolle Natodraht. Während die Bullenhäuten den Kreis um die vorwiegend auf dem Dorfplatz versammelten Besetzer immer enger schließen, beginnt eine Horrorschow, die zwangsläufig an den Film „Apocalypse Now“ erinnert: 13 Großhubschrauber des BGS (Marke Puma) fliegen in Formationen, umkreisen das Dorf mehrmals in einer Tiefe bis zu 5 Metern, entladen jeweils 300 BGSler und verschwinden mit ohrenbetäubenden Getöse. Dies wiederholt sich drei Mal.

Daß bereits vor der Räumung mit der brutalen Niederwalzung der Dorfhäuser durch 4 Planierdraupen begonnen wird, muß ebenfalls als besondere Provokation bewertet werden.

Dennoch herrscht auf dem Dorfplatz eine überwiegend mitreißende und kämpferische Stimmung: die Bullen erhalten die 1. und 2. Aufforderung, das Gebiet der Freien Republik Wendland zu verlassen, das Dorforchester begleitet die Kampfgesänge der freien Wenden, die Anordnungen der Bullen gehen regelmäßig in Gejohle unter. Walter Mossmann singt seine Lieder, es wird von Solidaritätsaktionen aus anderen Orten berichtet und einige ältere Bürger aus dem Landkreis wie auch Heinz Brand ergreifen das Wort. (Ebenfalls zur Räumung erschienen sind die grünen Abgeordneten aus Baden-Württemberg und Bremen sowie Ex-CSU-MdB Gruhl, zum „vermitteln“ wie er sagt.)

Räumung des Dorfplatzes

Es zeigt sich erneut, daß auch ein gewaltfreier Widerstand unsererseits die Gegenseite absolut nicht friedlich stimmt. Die Bullen knüppeln völlig wahllos auf die am Boden Sitzenden ein, ziehen Leute an den Haaren und an Handknäbeln durch den Sand und treten auf wehrlos am Boden Liegende ein. Ein einheimischer AKW-Gegner schildert in der Lokalzeitung, wie er vom Dach des Freundschaftshauses auf den Boden geworfen, sofort von drei Uniformierten in Geschlechtsteil, Gesicht und Lenden geknuppelt, mit den Worten „Schweine, alle umlegen!“ in einen PKW geworfen und erkennungsdienstlich mißhandelt wurde (EJZ, 9.6.).

Drei Personen werden krankenhaushausreif geschlagen. Sanis werden in jeder Weise behindert: eine verletzte Frau mit Verdacht auf Herzkrankheit wird aus dem Sani-Wagen gezerrt und kontrolliert, Sanis und Patienten werden häufig zurückgedrängt bzw. ihnen wird per Knütteldrohung der Weg ins Freie versperrt (Taz, 10.6.).

Um freie Hand zu haben, wird nicht einmal davor zurückgeschreckt, die anwesenden Journalisten gewalttätig vom Platz zu drängen, wobei ein „Morgenpost“-Redakteur im Arm-drehgriff weggeschleppt und ein Redakteur des „Niedersächsischen Tageblatts“ erheblich verletzt wird.

Räumung der Turmbesetzer

Die Turmbesetzer als angeblich chaotisch-anarchistischer militanter Flügel

Räumung der Turmbesetzer

Die Turmbesetzer als angeblich chaotisch-anarchistischer militanter Flügel der Platzbesetzer sind seit längerem Angriffsziel insbesondere der Springerpresse.

Während der Räumung betrieben sie den im „Gorleben-Turm“ installierten Sender „Radio Freies Wendland“, der den gesamten Ablauf der Räumung mit einer Reichweite von ca. 40 km dokumentierte.

Allein deshalb wird gegen die 14 Besetzer dieses Turmes ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen das Fernmeldeanlagen-gesetz durchge-



führt. Ob es hierbei bleibt, ist noch unklar: „Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums teilten am Freitag in Hannover mit, die Frage der Kostenbeteiligung und Regreßpflicht werde zwar noch geprüft, es seien aber keine Namenslisten von Demonstranten angefertigt oder Vorkehrungen für die Einleitung von finanziellen Verfahren getroffen worden. Den Verwaltungsvorschriften nach sind Personen, die einen aufwendigen Polizeieinsatz verursachen, auch für die Zahlung der Kosten haftpflichtig zu machen“ (Neue Osnabrücker Zeitung, 7.6.).

Tatsächlich sind allein von den Besetzern des Gorleben-Turms Namenslisten angefertigt worden! Immerhin ist es ihnen zu verdanken, daß sich die Platzräumung bis in die Abendstunden hinein verzögerte. Bevor sie sich nach längeren Verhandlungen angesichts einer auf sie angesetzten MEK-Truppe (und um die Einheit der eigenen Gruppe zu wahren) gegen 20.30 Uhr zur freiwilligen Räumung des Hauptturmes im Besetzerdorf entschlossen, führten sie in Korrespondenz mit den AKW-Gegnern hinter den Polizeiketten vom Dach ihres Hochhauses aus eine kurze und kämpferische Kundgebung durch.

Kaum waren sie vom Turm herunter, ließen sich die Bullen mit mehrmaligen Leibesvisitationen und anderen Schikanen an ihnen aus. Zur ED-Behandlung wurden sie in die Bohr-festung 1003 gebracht. Hier wurde ein Turmbesetzer systematisch zusammengeschlagen (er liegt mit Schädel-fraktur im Krankenhaus).

Möcklinghoff: Polizeieinsatz war „hervorragend“

Während selbst ein Teil der Massenmedien über die Polizeibrutalitäten berichtete, wußten die verantwortlichen Politiker mal wieder von nichts. Lt. SPD-Chef Ravens war „der Wille zur Vermeidung von Gewalt auf beiden Seiten vorhanden“ und der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff war „vor allem froh, daß es

bei der zwangsweisen Räumung keine Gewalttätigkeiten gegeben habe“. Auch „Verletzte habe es nicht gegeben ... Möcklinghoff wies den Vorwurf zurück, Journalisten seien bei der Arbeit in Gorleben behindert worden“ (Hannoversche Allgemeine, 5.6.).

Wer was anderes behauptet, wird belagert. So ist bereits auf Intervention von Stoltenberg „eine gründliche Überprüfung der Berichterstattung des NDR über die Räumungsaktion“ angekündigt worden; einzelne Journalisten sollen bereits wegen ihrer Berichterstattung massiv unter Druck gesetzt worden sein (HAZ, 5.6.).

Während so die Bullen reingewaschen werden, wird das absolut friedfertige Verhalten der Besetzer teilweise honoriert und zum anderen Teil lächerlich gemacht. So konnte nach Auffassung des Hamburger Abendblatts „die Verfolgungspsychose der Atomkraftgegner nicht nachhaltiger sein. Den Frauen und Mädchen liefen die Tränen hinunter. Die „La Passionaria“ der Kernkraftgegner ... heizte weiter ein ... Nicht Bürgerkrieg wie in Brokdorf sondern Märtyreratmosphäre sollte geliefert werden.“ In einem Schweinskommentar dieser Zeitung „gebürden sich Kernkraftgegner plötzlich als Heimatvertriebene“ und fallen Gewerkschaftler (gemeint ist Heinz Brand) in ein weinerliches Pathos, das an die schlimmsten Schwarzwaldmüdel-Filme erinnert“. Die „Glückssucher“ würden „von Ängsten geplagt, von Sehnsüchten getrieben ... gleich Lemmings ins Pathos, das an die schlimmsten Schwarzwaldmüdel-Filme erinnert“. Die „Glückssucher“ würden „von Ängsten geplagt, von Sehnsüchten getrieben ... gleich Lemmings ins Chaos marschieren“ (HA, 5.6.).

Schluß mit dem „irritierten Rechtsbewußtsein“?

Nach dem Wunsch der niedersächsischen Landespolitiker soll die Dorfplatzräumung bei den Kernkraftgegnern zur totalen Einschüchterung führen. Schon äußert Albrecht die Hoffnung, „daß sich Besetzungsaktionen wie in Gorleben nicht ständig auf Bohrplätzen wiederholen werden. [...] Ich glaube also nicht, daß wir bei den kommenden Bohrarbeiten noch die gleichen großen Probleme haben werden, wie in der Vergangenheit. Vielleicht noch ein- bis zweimal, aber dann wird es geschafft sein. Die

Kernenergiegegner, aber auch die professionellen Chaoten würden einsehen müssen, daß weiter gebohrt werden wird und später über einen Zeitraum von sieben bis acht Jahren auch ein Schacht abgeteuft werden müsse“ (Neue Osnabrücker Zeitung, 5.6.). Ebenso SPD-Chef Ravens. Ihmzufolge „darf es von Kernenergiegegnern, die sich um Gewalt herum gruppieren, keine Reaktionen auf die Untersuchungen in Gorleben geben. Er könne nur zu dieser Einsicht auffordern“ (NOZ, 5.6.).

Innenminister Möcklinghoff bezeichnet es als „die zentrale Aufgabe für die Zukunft, das offenbar irritierte Rechtsbewußtsein der vornehmlich jungen Besetzer von Gorleben wieder an Normen zu orientieren, die für den Bestand unserer Demokratie unverzichtbar erscheinen“ (NOZ, 5.6.). Das hätten sie wohl gerne!

Die Besetzung in Gorleben hat gezeigt, daß im Kampf gegen Atomenergie der „bürgerliche Ungehorsam“, das bewußte und massenhafte Übertreten bestehender Gesetze eine zentrale und von großen Teilen der Bevölkerung mit Wohlwollen begleitete Widerstandsform ist. Diesem „Sog in die Ungesetzlichkeit“ schlossen sich dann auch die Jugendorganisationen der Atomstaatsparteien SPD und FDP an, die sich zuguterletzt eindeutig hinter die Besetzung gestellt hatten.

Nur mit der besetzten Tiefbohrstelle als Faustpfand konnten die AKW-Gegner auf diplomatischer Ebene dem Innenministerium das

Nur mit der besetzten Tiefbohrstelle als Faustpfand konnten die AKW-Gegner auf diplomatischer Ebene dem Innenministerium das Zugeständnis abringen, die Ergebnisse der Tiefbohrungen noch in diesem Jahr einer öffentlichen Anhörung zu unterziehen, was innerhalb der Atomindustrie mit Beunruhigung zur Kenntnis genommen wurde. Ein weiterer Erfolg der Besetzung besteht darin, daß alle Strömungen der Anti-AKW-Bewegung ein gemeinsames, der Situation angemessenes Vorgehen beschlossen und verwirklicht haben, was gute Voraussetzungen für weitere offensive Aktivitäten der gesamten Anti-AKW-Bewegung geschaffen hat. Darüber gilt es, gemeinsam in nächster Zeit zu beraten.

Ein Genosse aus Lüneburg



Anzeige

Soeben erschienen:

Broschüre über die Besetzung und die Räumung des Dorfes 1004 bei Gorleben mit umfangreichem Bildmaterial und Textdokumenten;

herausgegeben von der WAA-Gruppe Lüneburg und der BUU-Hamburg.

48 Seiten 3,-DM + Porto (Preisstaffel I)
Bestellungen an:
BUU-Hamburg, Bartelsstr. 26, 2 Hamburg 6, 040/4398671



Nach der Räumung in Gorleben:

Die bisher größte Solidaritätswelle der Anti-AKW-Bewegung

GORLEBEN SOLIDARITÄT

Die gewaltsame Räumung des Anti-AKW-Dorfes in Gorleben hat über das gesamte Bundesgebiet hinweg zu der bisher größten Solidaritäts- und Protestwelle in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung geführt. In mindestens 50 Städten (darüber liegen uns Berichte bzw. Angaben vor) wurden unmittelbar oder in den nächsten drei Tagen Protestaktionen organisiert. Noch am Tage der Räumung demonstrierten mindestens 60.000 Menschen, in den folgenden Tagen kamen nochmal rund 20.000 hinzu. In rund 20 Städten wurden zum Zeichen des Protestes Kirchen besetzt, hinzu kommen in einer Reihe von anderen Städten die Errichtung von Anti-Atom-Zeltlagern, symbolische Besetzung von öffentlichen Plätzen usw. Diese Vielzahl von Aktionen zu einem konkreten Anlaß ist in diesem Ausmaß eine durchaus neue Komponente in der Anti-AKW-Bewegung. Damit ist gleichzeitig erstmals im breiten Maßstab die Organisation von dezentralen Protestaktionen erprobt worden. Stand schon die Räumung in der ersten Hälfte der Woche im Mittelpunkt der Medien, so wurde durch die weiteren Aktionen erreicht, daß auch in den folgenden Tagen regelmäßig berichtet wurde. Unsere bisherige Presseübersicht (überregionale und lokale) zeigt, daß in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß über die Aktionen vor Ort berichtet wurde. Die uns vorliegenden Berichte belegen darüberhinaus, daß den Aktionen aus der Bevölkerung heraus mit großem Verständnis und Sympathie begegnet wurde. Selbst die zahlreichen Kirchenbesetzungen und die Verkehrsbehinderungen im Verlauf

Verkehrsbehinderungen im Verlauf der Demonstrationen haben nur in Einzelfällen zu aggressiven Ausfällen geführt.

Nur scheinbar im Gegensatz hierzu steht, daß sich an den direkten Aktionen insgesamt weniger (oder höchstens gleichviel) Menschen beteiligt haben als z.B. an den Demonstrationen in Hannover und Bonn. Nur in wenigen Fällen hat es eine längerfristig vorbereitete Mobilisierung für den Tag der Räumung gegeben. In der Regel wurde spontan am Tage der Räumung zu Demonstrationen aufgerufen, teilweise nicht einmal schriftlich, sondern lediglich über Telefonketten und Mund-zu-Mund-Agitation. Dies hat die Demo-Teilnehmerzahlen in vielen Fällen auf einen aktuell erreichbaren Kern reduziert, wobei aber auch in diesen Fällen gilt, daß die Bereitschaft zur Teilnahme sehr groß war. Andererseits wurden in den Städten, in denen längerfristig auf den Tag X hin mobilisiert wurde, Bündnisse der möglichen und erreichbaren Kräfte geschlossen wurden, Teilnehmerzahlen erreicht, die die bisherigen Vorstellungen sprengten. Dies gilt z.B. für Hamburg, Westberlin, Tübingen, Heidelberg, Braunschweig, Darmstadt.

Die hohe Zahl von Kirchenbesetzungen, die symbolische Besetzung von öffentlichen Plätzen, die bewußten Verkehrsblockaden während der Demonstration und z.B. auch eine Aktion im Bezirksparlament Tübingen (bei der die bürgerlichen Parteien mit der Polizei antworteten) haben zum Ausdruck gebracht, daß innerhalb dieser Bewegung der Wille wächst, mehr zu tun als 'nur' zu demonstrieren. Hierin drückt sich eine (vorsichtige) Form der Radikalisierung aus. Andererseits steht diese Form unter dem Diktat der „Gewaltfreiheit“. Insofern ist es natürlich kein Zufall, daß für die Besetzungsaktionen die Kirchen ausgesucht wurden, während die Gebäude der AKW-Betreiber (Elektrizitätsgesellschaften) gänzlich verschont blieben, weil dann die Konfrontation mit der Polizei unausweichlich gewesen wäre. Die „Gewaltfreiheit“ ging dabei teilweise soweit, daß selbst das Sprühen von Parolen an Häuserwände militant verhindert wurde (Tübingen). Diese aggressive Form der „Gewaltfreiheit“ wird nach den uns vorliegenden Berichten jedoch nur von einem sehr kleinen Teil der Bewegung propagiert und von einem noch kleineren Teil praktiziert.

Über das Spektrum der an den Aktionen beteiligten Kräfte können wir bisher nur sehr allgemeine Aussagen machen. In der Regel haben die Anti-AKW-Initiativen den Kern der Mobilisierung gebildet. Teilnehmer der Aktionen kamen jedoch aus dem gesamten Spektrum der links von der SPD angesiedelten Organisationen, Gruppierungen, Initiativen, von den Jusos, Judos und der DKP. Angaben über Aktionsbündnisse liegen uns nur

in wenigen Fällen vor. Dort ist jedoch auffallend, daß es möglich war, selbst die Jusos zur Unterstützung einer gemeinsamen Demonstration z.B. mit dem KB zu bewegen. Weiterhin ist es ein Novum, daß die DKP öffentlich zur Unterstützung der Demonstration der BUU in Hamburg aufrief, was sie bisher mit dem Hinweis auf die angebliche KB-Majorisierung abgelehnt hat.

Weitere Angaben und Berichte liegen uns hierzu nicht vor. Weder geht dies aus der „taz“ hervor (für die das aber wegen ihrer politischen Linie auch nicht wichtig ist), noch aus den Berichten aus dem KB. Diese Berichte beschränken sich in der Regel auf die Beschreibung der Aktionen, weshalb eine politische Auswertung darüberhinaus kaum möglich ist.

Dennoch kann man schon jetzt sagen, daß die Besetzungsaktion, die Räumung und die anschließende Protestwelle die Möglichkeiten der Anti-AKW-Bewegung enorm verbessert haben. Dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen, was die Sympathie aus größeren Teilen der Bevölkerung anbelangt, zum anderen, was Bündnismöglichkeiten betrifft.

Steglitzer (Atom)Protest-Woche

Wie jedes Jahr veranstaltete das Bezirksamt Steglitz vom 24. Mai bis 8. Juni die Steglitzer Festwochen zusammen mit einer Partnergemeinde des Bezirks. Das besondere der diesjährigen Festwochen war, daß das Bezirksamt sich als Partnergemeinde ausgerechnet den Landkreis Lüchow-Dannenberg ausgesucht hatte. Unter dem schönen Motto: 'Ferienland

Lüchow-Dannenberg weil's nahe liegt' sollte im Rahmen der Festwochen, deren Kernbestandteil ein grosser Rummel ist, Werbung für den Landkreis gemacht werden, nur vergaß das Bezirksamt leider zusammen mit den Honoratioren aus Lüchow-Dannenberg auf ein gewisses Problem der Steglitzer Partnergemeinde überhaupt hinzuweisen: auf die dort geplante Errichtung eines atomaren Entsorgungszentrums. Die Veranstaltungen der unpolitischen Steglitzer Festwochen sollten auch unpolitisch bleiben, so unpolitisch wie im letzten Jahr, als kräftig für Europa Propaganda gemacht wurde. Einige Steglitzer Gruppen wollten sich das nun nicht bieten lassen und gründeten auf Einladung der Alternativen Liste Steglitz eine Aktionseinheit 'Steglitzer (Atom) Pestwochen'. Außer der AL nahmen noch die Steglitzer Anti-AKW-Gruppe, die evangelische Jugend, eine Schülerzeitung, ein Jugendclub, die Kulturinitiative Thalia Lankwitz und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg an der Aktionseinheit teil. Die Jusos, die anfangs noch mitgemacht hatten, ließen sich von ihrem Kreisvorstand dann noch zurückrufen. Begründet wurde ihnen das Verbot damit, daß die AL eine konkurrierende Partei sei, und deshalb eine Zusammenarbeit ausgeschlossen ist. Zur 'Strafe' mußten die Jusos nun aus 10.000 fertigen Flugblättern ihren Namen herausstreichen. Die AL wird an diesem Punkt nochmal nachhaken, da diese Begründung eine Zusammenarbeit ein für alle Mal verhindert. Aus Juso-Krei-

sen verlautete, daß man sich beim nächsten Mal nicht wieder vom Kreisvorstand erschrecken lassen will. Man wird sehen.

In Ergänzung zum offiziellen Informations- und Kulturprogramm wurden von den Atom-Wochen-Veranstaltern verschiedene Veranstaltungen angeboten, wie Filmabende, Liedermacher, Dia-Vortrag, Diskussionen und sogar eine Fahrraddemonstration. Die Veranstaltungen, zu denen auch Kirchengemeinden ihre Räume zur Verfügung gestellt haben, waren mit 30 bis über 100 Leuten recht gut besucht. 10.000 Flugblätter, Plakate und einige recht gelungene Aktionen sorgten für eine breite Öffentlichkeit. So marschierte der Gorleben-Wurm durch die Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung und stiftete dort erhebliche Unruhe. Die Sitzung wurde, kaum das der Kopf des Wurms zur Tür herein guckte, für eine Stunde unterbrochen, und alle Bezirksverordneten sprangen durcheinander. Am Eröffnungstag der offiziellen Festwochen reihte sich der Wurm in den Festzug der Kapellen, Schützenvereine und Trachtengruppen aus Lüchow-Dannenberg ein, unaufgefordert natürlich, der über die Haupteinkaufsstraße von Steglitz marschierte. Der Bezirksbürgermeister beschimpfte die Atomkraftgegner zwar als grüne Frösche, die alles nur aus ihrer Froschperspektive sehen würden, viele Bürgerinnen und Bürger sahen das allerdings anders. Besonders hat uns der Zuspruch von anwesenden Lüchow-Dannenbergern gefreut, die, wie einer von ihnen sagte, schon fast ein schlechtes Gewissen hatten, bei dieser unkritischen Werbekampagne mitzumachen.

Fast alle Westberliner Medien berichteten über die Atom (Pest)wochen und am Ende der Aktionszeit traf man viele Leute, die schon etwas davon gehört hatten und ihre Zustimmung äußerten. Alles in allem eine gelungene Aktion, die oft auch noch Spaß gemacht hat.

Ein Genosse aus Westberlin

Tübingen: GORLEBEN soll LEBEN WIR AUCH

In Tübingen hatten AKW-Gegner schon einige Tage vor dem Räumungstermin die Stiftskirche besetzt. Auf wirksame und spektakuläre Art sollte die Solidarität mit den Gorleben-Besetzern zum Ausdruck gebracht und ein Forum der Diskussion und Aktionsvorbereitung geschaffen werden. Videofilme über Brokdorf und die jüngsten Auseinandersetzungen in Bremen anlässlich der Militärschau boten Gelegenheit zur Diskussion über Widerstandsformen, Angst vor dem Polizeiapparat usw. In der Tagespresse und in der Bevölkerung wurde die Besetzungsaktion positiv aufgenommen. Als die Nachricht von der Räumung bekannt wurde, mobilisierten die AKW-Gegner innerhalb eines Tages fast 4.000(!) Leute zu einer Demonstration, die von zahlreichen linken und demokratischen Gruppen unterstützt wurde. Am Rande der Demo kam es zu einem üblen Zwischenfall: ein Demonstrant, der die Leitparole der Demo an einer Mauer verewigen wollte, wurde von einigen „Gewaltfreien“ festgehalten und konnte so von einem Fotografen abgelichtet werden.

Im Laufe der Woche erschien in der Tagespresse eine Anzeige der rechtsradikalen „Bürgeraktion für Recht und Ordnung“ (hinter der sich der eng mit Hoffmann befreundete Faschist Heinzmann verbirgt), in der zu „verstärktem Vorgehen gegen Kirchenbesetzer, Hausbesetzer, Asoziale, Kriminelle und Kommunisten“ aufgerufen wird. An Fronleichnam kam es -nach vorausgegangenen üblen Beschimpfungen („Ihr seid alle Ratten und gehört nach Dachau zum Vergasen“) und Provokationen- zu einem Angriff rechter Schläger gegen einige Besetzer, die die Schläger am Abreißen der Gorleben-Transparente hindern wollten. Resultat: drei der Stiftskirchenbesetzer mußten ins

Krankenhaus eingeliefert werden! Während der Besetzungsaktion wurde von einigen immer wieder „prinzipielle“ Gewaltfreiheit gefordert. So nahm man auch gegenüber den Schlägern eine recht defensive Haltung ein, die sogar soweit ging, daß man darauf verzichtete, die Transparente als sichtbaren Protest wieder aufzuhängen, um die Schläger auch ja nicht „zu provozieren“.

Neben Theater, Filmvorführungen und einer Erklärung, die vor dem Gottesdienst verlesen wurde, fanden auch Aktionen außerhalb der Kirche statt. An Fronleichnam kam es zu einem Protestmarsch von 80 AKW-Gegnern zum Sitz der „Energieversorgung Schwaben“, die an mehreren Atomkraftwerken beteiligt ist. Über Mahnwachen und einen Menschenteppich wurde die Betroffenheit demonstriert.

Bericht von Sympathisanten aus Tübingen

Braunschweig am 4.6.80

Da ja klar war, daß bald in Gorleben abgeräumt werden sollte, begann einige Tage vorher schon das Verteilen eines Informationsflugblattes in 20.000er Auflage, in dem über die Situation in Gorleben, weshalb keine WAA und natürlich speziell über das Anti-Atom-Dorf und die drohende Räumung informiert wurde. Ausserdem war klar, daß am Tag der Räumung eine Demo stattfinden sollte. Ab Mittwoch morgen dann überall Aktivitäten: Schilder für die Demo machen, ein Flugblatt zur Räumung machen, ein Flugblatt zur Räumung wurde schnell gedruckt usw. Um 17.30 dann die Demo. Gut 1.200 und nochmal 300 mit Fahrrädern waren gekommen. Aus vielen Häusern hingen Transparente, und auch die Bevölkerung war durchaus diskussionsbereit und verfolgte alles mit viel Sympathie. Nach kurzer Kundgebung ging es dann durch die Stadt, am Gewerkschaftshaus vorbei zum Grottrian, einer alten Fabrik, die abgerissen werden soll (und teilweise noch von der Uni benutzt wird), wo dann eine Botschafteröffnung war. Die Botschaft der „Freien Republik Wendland“ wurde ausgerufen und die Fabrik besetzt. Auch an den nächsten Tagen überall Flugblattverteiler und am Samstag die Eröffnung einer 2. Botschaft im Braunschweiger Stadtpark auf einer Juso-Fete. Gorleben soll leben - Wir auch!

Hamburg: Breites Bündnis mobilisiert 12.000 AKW-Gegner

In Hamburg wurde schon über eine Woche vor der Räumung mit der Organisation einer Protestdemonstration begonnen. Ausgehend von der BUU wurden die Initiativen und das gesamte Spektrum der linken Organisationen angesprochen, für den Abend der Räumung zu einer gemeinsamen Demo aufzurufen. Schließlich wurde der Aufruf unterstützt von: BUU, Stromboykott-Gruppe AKL, Jusos, Judos, SHB, SB, AStA der Uni (gestellt von Jusos, MSB und SHB), AStA Rauhes Haus, KB, SSB, Gruppe Z, Bunte Liste, Die Grünen. Die DKP unterstützte zwar nicht diesen Aufruf, brachte jedoch einen eigenen heraus, in dem sie „zur Demonstration der BUU“ aufrief. Dies ist ein in Hamburg einmaliger Fall, da sich die DKP bisher strikt geweigert hat, zu Aktionen aufzurufen, die nicht von ihr organisiert waren (außer selbstverständlich DGB-Aktivitäten). Der Erfolg dieser Bündnisbemühungen lag in der Mobilisierung von 12.000 AKW-Gegnern, womit dies die größte Demo der letzten Jahre war. Auf der Abschlussskundgebung wurde aufgerufen, am folgenden Tag den Innenstadtbereich mit Fahrrädern aufzusuchen. Im gesamten Innenstadtbereich kam daraufhin der Verkehr zum Erliegen, ca. 5000 Fahrraddemonstranten waren dafür verantwortlich. Schon am Morgen der Räumung hatten Schüler verschiedener Schulen Kreuzungen besetzt und damit zeitweilig den Verkehr lahmgelegt.

Ort	Demo am Tag der Räumung	Demo später bis 7.6.	Kirchenbesetzung	Andere Aktionen
Flensburg	80			Gründung einer Botschaft in der Einkaufsstraße
Kiel	500		ja/120	
Lübeck		300		Botschaftsgründung
Hamburg	12.000			Straßenblockaden von mehreren tausend am 5.6.
Bremen	3.000			
Hannover	300	7.000		
Braunschweig	1.500			
Göttingen	2.000			Bohrturmerrichtung
Osnabrück	200		ja	
Cuxhaven		150		
Bremerhaven		120		
Emden				150 errichteten ein Zeltlager auf dem Rathausplatz
Salzgitter				60 Jugendliche besetzten symbolisch den Eingang des Rathauses
Bielefeld	300	3.000		Botschaftsgründung im Büro der BuLi
Dortmund	500		ja/50	
Ahaus				150 besetzten symbolisch den Platz für ein Atommüllager
Münster		1.000		
Essen		3.000		Republik vor dem RWE-Haus ausgerufen, das mit Nato-Draht abgesichert war
Aachen	500			
Paderborn			ja/60	
Bochum	150			
Duisburg	150			
Hagen			ja/40	
Hamm	150			
Minden			ja	
Wetzlar			ja	
Mönchengladbach			ja	
Waltrop			ja	
Schondorf			ja	
Marburg	300		Versuch mit 40 Leuten	
Darmstadt	1.200			Versuch einer HEAG-Besetzung
Kassel	280			Anti-Atomdorf mit 30 Zelten
Frankfurt	2.000		Versuch, von Polizei geräumt	Bühnenbesetzung im Schauspielhaus
Fulda			ja	
Freiburg	700	2.000	ja/70	
Tübingen	4.000		ja/150 schon vor der Räumung	
Heidelberg	2.000		ja/80, wurde zur Botschaft erklärt	
Karlsruhe	500			
Mannheim	500			
Aschaffenburg	200			
Reutlingen			ja	
München	2.000			
Nürnberg	450		ja/120	
Erlangen	100		ja	
Bayreuth			ja	
Saarbrücken	800			
Westberlin	20.000			



Berufsverbot gegen AKW-Gegner aufgehoben

Das Berufsverbotsverfahren im Fall des Münsteraner Lehrers Uwe Köhler wurde vor Gericht mit einem Vergleich beendet. Der Regierungspräsident hatte die Einstellung Uwe Köhlers mit dem Hinweis auf dessen Beteiligung an den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde 1977 verweigert, da er sich dort an militanten Aktionen beteiligt haben soll, was wiederum seine Staats- und „Verfassungstreue“ infrage stellt. Als diese „Zweifel“ nicht stichhaltig bewiesen werden konnten (über die angebliche Beteiligung an Gewalttätigkeiten lag nur eine anonyme Denunziation vor), wurde auch noch die „charakterliche Eignung“ angezweifelt, was mit der Verurteilung wegen eines Warenhausdiebstahls untermauert wurde (siehe

hierzu AK 176). Doch die Behörden hatten die Solidarität der Anti-AKW-Bewegung unterschätzt. Der Arbeitskreis Umweltschutz Münster (AKU) organisierte eine Kampagne für die Einstellung von Uwe Köhler, in deren Verlauf tausende von Unterschriften aus dem In- und Ausland zusammenkamen. Protestschreiben an das Gericht geschrieben wurden usw. Selbst dem Kultusminister von NRW wurde der Fall so kurz vor den Landtagswahlen mulmig, und er sprach sich öffentlich vor Pressevertretern gegen dieses Berufsverbot aus.

Am 7. Mai war die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Arnsberg. Der Richter wies in der Einleitung darauf hin, daß in den Vortagen dieser Verhandlung ein reges Treiben

eingesetzt habe. Ständig seien Anrufe beim Gericht eingegangen, sowohl vom Kultusministerium als auch vom Büro des Regierungspräsidenten, die (angesichts der Landtagswahlen) auf eine Verschiebung drängten — womit einmal mehr die „Unabhängigkeit“ der Gerichte bewiesen ist. Die Verhandlung fand dennoch statt, und der Vertreter des Regierungspräsidenten überraschte die Anwesenden mit der Mitteilung, er schlage einen Vergleich vor (d. h. „gütliche“ Einigung ohne Gerichtsverhandlung). Dabei verstieg er sich sogar zu der Behauptung, die Behörde hätte sich immer um einen Vergleich bemüht, wobei er zu „vergessen“ schien, daß dieses Berufsverbot durch seinen eigenen Chef initiiert worden ist.

Nach einigen Verhandlungen nahmen Uwe Köhler und sein Rechtsanwalt an, wonach er nun zum 1.2.1981 zu den jetzt geltenden Bedingungen eingestellt werden soll.

Uwe Köhler hat das Glück gehabt, in der Anti-AKW-Bewegung eine starke Solidarität und Unterstützung zu finden — diesmal mußte der Staat zurückstecken.

2.000 Leute beim Aktionstag gegen den Hochtemperaturreaktor in Hamm

Am 31.5. wurde seit langer Zeit mal wieder in einer größeren Aktion demonstriert, daß der Widerstand gegen den im Bau befindlichen Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) nicht eingeschlafen ist: Fast 2000 Leute beteiligten sich an dem Aktionstag und der anschließenden Demonstration, zu dem BIs und Umweltschutzgruppen aus Hamm, Soest, Unna, Dortmund, Arnsberg, Kamen, Beckum und Münster sowie Jusos, Falken und die Westfälisch-Lippische Landjugend aufgerufen hatten.

Der THTR, dessen Bau 1972 begann, soll 1984 in Betrieb genommen werden und ist dann das vierte Kraftwerk in Hamm-Uentrop (drei Kohlekraftwerksblöcke sind bereits in Betrieb). Außerdem ist demnächst mit der Weiterführung eines schon länger beantragten Genehmigungsverfahrens für ein weiteres „normales“ AKW zu rechnen. Das Interesse der Betreiber und der nordrhein-westfälischen Landesregierung am Bau des THTR wird damit begründet, daß die Technologie des Hochtemperaturreaktors die Möglichkeit der Veredelung und Verflüssigung von Kohle erschließt, eine für NRW sehr „attraktive“ Argumentation. In der Entwicklung befindet sich in der BRD diese Technologie seit Mitte der fünfziger Jahre: Vor allem in der Kernforschungsanlage Jülich wird schon seit längerem an

der HTR-Technologie gearbeitet. 1967 wurde dazu der Versuchsreaktor AVR in Betrieb genommen. Außerdem wird in NRW an verschiedenen Projekten zur Kohlevergasung mit HTR-Prozesswärme gearbeitet. Der Hammer THTR soll als Prototyp beweisen, daß diese Reaktortechnologie funktionsfähig ist, eine weitere Stufe ist dann der Bau eines kleinen HTR in Zusammenhang mit einer Kohlevergasungsanlage (Möglicher Standort: Lingen!). (Angaben nach: Bericht des BMFT über die Entwicklung des HTR, 5.6.1978). Finanziert wird das Projekt, an dem die VEW maßgeblich beteiligt ist, zu 90% aus Mitteln des Landes NRW und des Bundes. Die Baukosten, für die 1971 noch etwa 700 Millionen veranschlagt worden waren, haben sich inzwischen auf 2,6 Milliarden DM hochgeschraubt. Eventuell ist das Geld bestenfalls zum Fenster rausgeworfen, denn es ist für die Betreiber selbst fraglich, „ob die Errichtung und Inbetriebnahme dieses Kernkraftwerks überhaupt noch sinnvoll sei“ (Betriebsdirektor Glahe bei der 12. nichtöffentlichen Sitzung der Kraftwerksgesellschaft am 8.6.1979, Quelle: Protokoll der Sitzung). Auch der VEW-Direktor Hirschfelder überlegt, „ob der HTR überhaupt noch fertig werde“ (Protokoll, s.o.).

Zum Aktionstag der BIs marschierte die Atomindustrie provoka-

tiv mit ihrem „Aktionskreis Energie“ und der „Deutschen Bürgerinitiative für Energiesicherung“ auf und stellte drei Informationsbullis zwischen die Büchertische und Informationsstafeln der AKW-Gegner. Auf teuren Hochglanz sollte für teuren AKW-Schrott geworben werden. Dafür wurden dann Kisten aufgestellt, in denen das Papier zur Altpapierverwertung gesammelt wurde, und die Busse wurden mit schönen Aufklebern geschmückt. Die Hammer Bevölkerung konnte sich dann noch an vielen Infotischen der AKW-Gegner informieren.

Gegen Nachmittag setzte sich dann ein Demonstrationzug mit fast 2000 Teilnehmern durch die Wohngebiete in Bewegung: Eine so große Demo hat es in Hamm seit ewigen Zeiten nicht gegeben. Auf der Abschlussskundgebung sprachen neben Vertretern der BIs ein Kollege vom Arbeitskreis Leben aus Dortmund, ein Wissenschaftler vom Heidelberger Institut für Energie und Umweltschutz sowie ein Pfarrer aus Hamm — die sich alle zumindest in den zentralen Forderungen einig waren:

- Soffortiger Baustopp des THTR in Hamm-Uentrop!
- Einstellung des HTR-Programms der Bundesregierung!
- Keine Atomanlagen in Hamm und anderswo!

Genossen des KB/Münster

Bedenken ausgeräumt?

In Brokdorf soll weitergebaut werden ...

... das teilte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltz (Zentrum) am 28. Mai auf einer Pressekonferenz in Kiel mit. Allerdings wolle die Landesregierung in dieser Frage keinen Alleingang machen, sondern warte zunächst die Zustimmung des Bundesinnenministeriums für die zweite Teilerrichtungsgehmigung ab. Nachdrücklich ermahnte Stoltz auch den Hamburger SPD-Senat, nunmehr endgültig über eine Beteiligung der HEW am AKW Brokdorf zu entscheiden. Die SPD-Landespolitiker in Hamburg (und natürlich auch in Schleswig-Holstein) sollten endlich der energiepolitischen Planung der Bundesregierung (die u.a. den Bau der Brokdorfer Atomanlage vorsieht) folgen.

Von der schleswig-holsteinischen SPD, die sich noch vor nicht allzu langer Zeit gegen den Bau des AKW Brokdorf ausgesprochen hatte, war zu den jüngsten Stoltz (Zentrum)-Äußerungen nichts zu hören.

... und in Brunsbüttel soll der Schrottreaktor wieder in Gang gesetzt werden

Bundesinnenminister Baum hat seine Zustimmung dazu bereits gegeben. Er stützte seinen Entschluß auf Stellungnahmen der Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission sowie auf ein Expertengespräch mit der schleswig-holsteinischen Aufsichtsbehörde und den Betreiberfirmen. Unverwundlich, diese Experten, Unfälle können sie nicht davon abhalten, das AKW für „sicher“ zu erklären. Der neue Versuch soll im Juli steigen.

AKW-Nein-Kommission

Das folgt noch auf die Grohnde-Prozesse: Rechtsanwalt Axel Galette vor Gericht!

Axel Galette war der Anwalt von Wolfgang Giesler, der in einem der letzten von 14 Grohnde-Prozessen nach 12-tägiger Verhandlung, in der es zu tumultartigen Szenen kam, von der Anklage, er habe mit einem Spaten auf Polizeibeamte eingeschlagen, freigesprochen wurde. In der Öffentlichkeit und auch in der hannoverschen Justiz hatte eine Vorverurteilung von W.G. stattgefunden, die von der Verteidigung im Prozeß benannt wurde. Das Anwaltsbüro schreibt dazu: „Der Angriff gegen jegliche Vorverurteilung ist notwendiger Bestandteil einer sachgerechten Verteidigung. Wenn in dem Prozeß strafbare Äußerungen gefallen wären, hätten diese sofort von dem Gericht nach § 183 GVG protokolliert werden müssen. Dies ist nicht geschehen. Statt dessen soll Axel Galette sich heute gegen angebliche Äußerungen ... verteidigen, die er selbst heute nur schwer widerlegen oder in den richtigen Zusammenhang stellen kann.“ Tatsache ist, daß die Verteidigung damals in einem zähen Kampf Punkt für Punkt eine konstruierte Anklage zu Fall brachte, gegen die Zurückhaltung von Beweismit-

teln durch die Staatsanwaltschaft, gegen falsche Aussagen von Zeugen der Anklage, gegen die Versuche von Staatsanwaltschaft und Gericht, die Belastungszeugen zu „halten“ u.v.m. Solche Sachverhalte in einem Prozeß auch zu benennen soll jetzt kriminalisiert werden! Dies ist ein Angriff auf das freie Wort des Verteidigers, der sich in seiner Schutzfunktion für den Angeklagten, seinen Mandanten, geäußert hat!

Zusätzlich wurde auch noch ein Ehrengerichtsverfahren gegen Axel Galette eingeleitet, das bis zum Abschluß des Strafverfahrens ausgesetzt worden ist. Hier soll ein weiterer linker Verteidiger mundtot gemacht und seiner Existenz beraubt werden!

Ob fünf Verhandlungstage erforderlich sein werden, steht noch nicht fest. Die Prozeßtermine sind am 12., 16., 18., 23. und 25. Juni vor dem erweiterten Schöffengericht in Hannover, jeweils ab 9.00 Uhr.

Wer seine Solidarität bekunden oder dem Gericht seine Meinung sagen möchte, wende sich bitte direkt an's Anwaltsbüro: 2300 Kiel-Gaarden, Augustenstr. 36. IKAH

Atom-Land Irland?

Bekanntlich ist Irland das einzige EG-Land, das noch nicht unter Atomkraftwerken zu leiden hat. In der Zukunft sollen aber auf der Insel 4 AKWs gebaut und das Land zu einem NATO-Beitritt genötigt werden. Diesen Plänen hat die irische Gewerkschaftsbewegung eine klare Absage erteilt. Auf der Jahresdelegiertenversammlung wurde eine einstimmige Ablehnung der atomaren Pläne beschlossen — schon deshalb, weil ein atomares Irland zwangsläufig der NATO beitrete. Der Vize-Präsident der ITGWU (Irische Transport und Allgemeine Arbeitergewerkschaft) meint: „Meine Gewerkschaft hat in der Vergangenheit immer eine sehr konsequente Haltung gegen einen Nato-Beitritt eingenommen, d.h. für die Neutralität Irlands und gegen jede Form von Militarisierung.“

Schon der EG-Beitritt wirkte sich zum Nachteil der irischen Bevölkerung aus. Carroll: „Seit dem EG-Beitritt — ich war ein Gegner davon, hat sich der Charakter Irlands grundlegend geändert. Die ausländischen Firmen, die Multis, die giftigen chemischen Industrien, z.B. aus der Bundesrepublik und den USA werden förmlich eingeladen. Und irgendwann, wenn sie genügend Profite gemacht haben, verschwinden sie wieder, hinterlassen soziales Elend, Arbeitslosigkeit.“

Um nun die Debatte über die Atomenergie unter den Arbeitern in Irland und anderswo zu aktivieren, gaben Petra Kelly und John Carroll die Beiträge eines Gewerkschaftsseminars über Atomenergie

als Buch heraus. Dort hatte z.B. Dr. Helen Caldicott über Auswirkungen der Radioaktivität unter den Arbeitern der amerikanischen Atomindustrie und über den Aufbau der australischen Anti-Uran-Gewerkschaftsbewegung berichtet. Dr. Sternglass und Alice Stewart berichteten über die Auswirkungen der Niedrigstrahlung. Auch EG-Atomlobby-Vertreter waren zu diesem Seminar eingeladen.

All diese Referate liegen nun als Buch der ITGWU vor, eine für BRD-Verhältnisse undenkbar Situation. Carroll: „Es gibt eine Reihe von kritischen Anti-Atom-Gewerkschaften, z.B. Arthur Scargill in England, auch solche in der holländischen und dänischen Gewerkschaftsbewegung — aber in der DGB-Hierarchie, da gibt es keine! Absolut keine!“ Sogar in den USA gibt es laut Petra Kelly rühmliche Ausnahmen: „Die Maschinen-Gewerkschaft und die Arbeiter in der chemischen Industrie sind sehr kritisch in der Atomfrage und leisten auch praktischen Widerstand. Sie packen auch die Multis wie Dupont an und stehen den Arbeiterinnen bei, die sich aus Angst vor Arbeitsplatzverlust sterilisieren lassen.“

Obwohl dieses Buch leider nur in englischer Sprache erhältlich ist, empfehlen wir es gerade für diejenigen, die in den Gewerkschaften versuchen, eine Anti-AKW-Arbeit zu machen.

Zu bestellen ist das Buch für den Solidaritätspreis von DM 18 bei: Petra Karin Kelly 105, av. GE Lebon B-1160 Bruxelles / Belgique

Harrisburg: Jetzt wird Radioaktivität in großem Stil freigesetzt!

Nach dem Unfall Ende März letzten Jahres waren die Betreiber sehr schnell mit Erklärungen bei der Hand, daß nun alles unter Kontrolle sei und keinerlei Gefahr mehr von dem Reaktor ausgehe. Nach einem Jahr wandelte sich das Bild gründlich: „...die Bildschirme der noch funktionierenden Fernseherüberwachung (zeigen), daß im Reaktorinneren dichter Nebel herrscht: An den heißen Brennstäben verdunstet das Wasser, steigt zur Kuppel hoch und schlägt sich dort nieder. Der Ingenieur Bill Murray (...) erklärte, die „Atmosphäre im Innern“ des Reaktors sei „gelinde gesagt, äußerst korrosiv“ („FR“, 4.8.80). Nach einem Jahr Schmörens des Reaktorkerns ist das AKW dermaßen verrottet, daß akute Gefahr (so die Betreiberfirma) besteht, daß die immer noch notwendigen Kühltürme ausfallen und es erneut zu einem Verschmelzen des Reaktorkerns kommen kann. Die Betreiberfirma sieht ihre einzige Chance darin, die radioaktiven Gase aus der Reaktorkuppel ins Freie zu blasen, um so in das Innere zu kommen. Da die Türen z.T. so verrostet sind, daß beim Öffnen

die Gummidichtungen zerstört würden, heißt eine „Reparatur“ nichts anderes als die Schaffung eines AKWs der „Offenen Tür“! Die derzeitige Hektik der Betreiber, das Ablassen der radioaktiven Gase der Bevölkerung „schmackhaft“ zu machen, das Abblöcken jeder öffentlichen Diskussion um den Zustand des AKWs, läßt nichts Gutes ahnen. Diesmal schürt die Atomindustrie die Angst vor einem erneuten Zusammenbrechen des Reaktorkerns in der Bevölkerung, um auf diesem Wege das „geringere Übel“, das Herausblasen der radioaktiven Gase, genehmigt zu bekommen.

Mittlerweile hat die NRC (Nationale Atombehörde) die Pläne der Betreiber genehmigt — die Betreiber dürfen die Gase sogar statt wie vorgesehen innerhalb von 50 Tagen in ganzen 5 Tagen ins Freie blasen, um den „langanhaltenden psychologischen Stress“ zu mildern („taz“, 30.5.80).

Die Folgen der nunmehr beginnenden AKW-Entsorgung für Menschen und Umwelt sind unübersehbar. Schluß mit dem Atom-Wahnsinn!



ALS ATOMLEICHEN verkleidet wollten Demonstranten auf die Gefahren der Kernenergie hin weisen. AUSSCHANK in der Fußgängerzone: statt Bier und Würstchen gab es Milch, Müsli und Pfannkuchen.

Argentinien

Atommacht von bundesdeutschen Gnaden

Anfang Juni weilte Martinez De Hoz, Wirtschaftsminister der blutigen Militärgesellschaft Argentinien, in Bonn. Seine erlauchten Gesprächspartner waren Otto Graf Lambsdorff, Alt-Nazi Carstens, Bundeskanzler Schmidt, Mochtegerkanzler und Junta-Freund Strauß und die Spitze der bundesdeutschen Industrie.

Wenig erfährt die Öffentlichkeit vom Inhalt der Gespräche mit dem begehrten Gast. Eines wurde jedoch nicht verschwiegen: das Atomgeschäft der BRD mit Argentinien ist perfekt — die Erteilung der Exportgenehmigung nur noch eine Frage von Tagen.

Damit hat die bundesdeutsche Nuklearindustrie nach dem Geschäft mit Brasilien einen neuen atomaren Milliardencoup gelandet: Die KWU wird das dritte AKW Argentinien, einen schwerwassermoderierten Natururanreaktor erbauen. Die dazugehörige Schwerwasseranlage wird von der Schweizer Firma Sulzer geliefert. Darüberhinaus wird die KWU bis 1997 an allen weiteren nuklearen Planungen Argentinien beteiligt — drei weitere Natururanreaktoren sollen u.a. errichtet werden. Hierzu soll ein bilaterales Planungsunternehmen gegründet werden, an dem die staatliche Atomenergiekommission Argentinien, CNEA mit 75% und die KWU mit 25% beteiligt sind (SZ vom 31.8. u. 3.10.79; FAZ vom 3.6.80).

Dieses Geschäft ist für uns Anlaß, die atomare Geschichte Argentinien, die traditionelle Zusammenarbeit zwischen BRD und Argentinien und die Bedeutung des jetzigen Atomgeschäftes zu untersuchen.

Nazi-Wissenschaftler als Geburtshelfer

Schon frühzeitig begann Argentinien mit dem Aufbau seines atomaren Potentials. Bereits 1950 wurde unter der Regierung Perons die staatliche Atomenergiebehörde CNEA aufgebaut, die sich in den ersten Jahren auf die Ausbildung von Personal und die Errichtung von Forschungszentren konzentrierte. Gleichzeitig wurde mit der Suche nach den umfangreichen Uranvorkommen begonnen, erste Abbauprogramme für uranhaltige Mineralien entstanden.

1958 wird der erste Forschungsreaktor in Bariloche in Betrieb genommen, dem bis 1967 drei weitere folgen. 1963 vereinbart die CNEA mit Israel die Lieferung seiner gesamten Urankonzentrationsproduktion in Höhe von 83 t. Aber bereits 1961 ging die allererste Lieferung von 5 t Uran — wen wundert's — an die BRD! Daß Argentinien (anders z.B. als Brasilien) frühzeitig eigene Atomtechnologie entwickelte, ist wesentlich auf die rührigen Aktivitäten ehemaliger Nazi-Atomwissenschaftler wie Schnurr, Richter, Quinzer u.a. zurückzuführen, die dort ihr verlorenes „Heil“ suchten. So wurde Walter Schnurr bald nach '45 wissenschaftlicher Berater der argentinischen Regierung und widmete sich vor allem der Forschung von Wiederaufbereitungsprozessen. Später setzte Schnurr seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe fort, wo er sich zeitweilig für eine gute Zusammenarbeit mit Argentinien einsetzte. Roland Richter gründete und leitete das erste

Atomlaboratorium in Bariloche, Argentinien. (Neue, 18.3.80).

Der erste Atomexport

Auf so gut von ihren Amtsvorgängern bereitetem Boden hatte die bundesdeutsche Atomindustrie leichtes Spiel.

1965 wurde eine britische Firma mit dem Bau eines Reaktors in der Nähe von Buenos Aires beauftragt. Aus bislang unklaren Gründen wird der Auftrag widerrufen und nach einer öffentlichen Ausschreibung erhält ein bundesdeutsches Firmenkonsortium aus Siemens, AEG (die KWU gab es damals noch nicht) Telefunken und Hochtief den Zuschlag.

Die Attraktivität des von Siemens angebotenen Natururanreaktors bestand darin, daß Argentinien unabhängig von Lieferungen angereicherter Urans aus den USA das eigene, reichlich vorhandene Natururan verwenden konnte. Darüberhinaus erzeugt der Reaktortyp, obwohl bedeutend unwirtschaftlicher, die doppelte Menge des Bombenstoffs Plutonium. Gleichzeitig übernahm Siemens die Ausbildung des argentinischen Betriebspersonals, verpflichtete sich, für 100 Mio. DM Aufträge an argentinische Firmen zu vergeben zwecks technologischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit zu vergeben zwecks technologischer und wissenschaftlicher Förderung des Landes und baute direkt neben dem AKW noch eine Fabrik zur Herstellung der dort benötigten Brennelemente.

Nicht unwesentlich beteiligt am Zustandekommen dieses ersten Exportgeschäftes der deutschen Nuklearindustrie war die Bundesregierung. Eigens zu diesem Zweck schloß der damalige Bundesminister Stoltenberg (heute Mochteger-Vize) mit Konteradmiral Quihilla einen „Vertrag über wissenschaftliche Zusammenarbeit“. Großzügig wurde auch mit der Vergabe von Krediten zur Finanzierung des

Baues umgegangen: Im Rahmen eines Kapitalhilfeabkommens wurden 100 Mio. DM gewährt, weitere 75 Mio. wurden aus den Mitteln der „Marshall-Plan-Hilfe“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau bewilligt.

Der Auftrag zum Bau eines zweiten AKW wurde an Kanada vergeben, neben der KWU einziger Hersteller dieser Reaktorart. 1974 begonnen, soll das AKW 1982 in Betrieb gehen.

1971 trug die lange atomare Zusammenarbeit zwischen Argentinien und der BRD auch auf der Ebene der Forschungszentren ihre vertraglichen Früchte. Eine in diesem Umfang einmalige Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung wird zwischen der CNEA und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe abgeschlossen. Geregelt wird der „Austausch von wissenschaftlichen und technologischen Forschungsergebnissen, Austausch und Ausbildung von Wissenschaftlern... gemeinsame oder koordinierte Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen, Benutzung von wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen und Ausrüstungen, sowie die Entsendung von Experten“ (NfA, 5.8.71 zitiert nach COSAL, Nr. 5, 15.12.76).

Atommacht Argentinien

So massiv, vor allem von der BRD hochgepöbelt, verfügt Argentinien mittlerweile über ein für Lateinamerika einzigartiges Atomarsenal: Vier Forschungsreaktoren, eine Uranaufbereitungsanlage, eine WAA zur Plutoniumgewinnung, eine Pilotanlage zur Herstellung von Brennelementen und einem jährlich 200kg Plutonium produzierenden Natururanreaktor. Zwar immer noch abhängig von den hochindustrialisierten Ländern ist Argentinien dadurch in die Lage versetzt, nun wiederum selbst Atomlagen in Drittländer zu exportieren:

In Chile wird das erste Atomkraftwerk, ebenfalls auf Natururanbasis arbeitend, mit argentinischer Ausrüstung erbaut. Der dortige erste Forschungsreaktor arbeitet nach denselben Prinzipien, wie die argentinischen (NfA, 12.8.77).

Seit 1978 ist in Peru ein Forschungsreaktor in Betrieb, erbaut von Argentinien, das auch ein Labor für Uranisotopen einrichtete. Ein erstes kommerzielles AKW soll ebenfalls von Argentinien geliefert werden.

An Ecuador und Uruguay wird ein Forschungsreaktor geliefert, in Bolivien und Venezuela ist Argentinien am Aufbau von Atomforschungszentren beteiligt.

Mit Paraguay und Kolumbien bestehen Kooperationsabkommen (Neue, 18.3.80).

Von weitreichender Konsequenz

wird die kürzlich eingeleitete atomare Koordination zwischen Brasilien und Argentinien sein. Vor allem auf Drängen der KWU, die bekanntlich zu beiden Juntas beste Kontakte pflegt, schloß der brasilianische Staatspräsident mit Juntachef Videla neben anderem ein Abkommen über nukleare Zusammenarbeit. Dieses Abkommen, so orakelt hoffnungsfroh die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine, „ist geeignet, das geopolitische, machtpolitische Panorama in Lateinamerika zu verändern“ (FAZ, 25.5.80).

Brasilien will bei der „Uran-Technologie“ behilflich sein, Argentinien vor allem seine umfassenden wissenschaftlich-technologischen Kenntnisse zur Verfügung stellen.

Der letzte Coup

Dem jetzigen Atomgeschäft war ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen Kanada und der BRD vorausgegangen. Die politische und militärische Brisanz des Geschäfts lag vor allem in dem Verlangen der Argentinier, neben dem AKW eine industrielle Schwerwasseranlage zu erhalten. Hat sie diese in ihrem Besitz, verfügt sie über den gesamten Nuklearkreislauf — vom Rohstoff Uran bis zum Bombenstoff Plutonium.

Die Kanadier, gebrannt von den schlechten Erfahrungen mit Indien, das ausgerüstet mit einer Sulzer Schwerwasseranlage und Plutonium aus einem kanadischen Natururanreaktor 1974 seine erste Atombombe zündete, verlangte weitreichende Sicherheits- und Kontrollgarantien, vor allem, daß Argentinien den Atomwaffensperrvertrag von 1970 nicht unterzeichnete und sich ständig weigert, dem Vertrag von Tlatelolco beizutreten, der die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika vorsieht.

Unberührt von alledem verlangte die KWU nur oberflächliche Sicher-

So gedrängt erklärte die Junta dann wenige Wochen später ihre Kaufabsicht gegenüber der KWU. Eine wahre Schmierkomödie begann! Kanada protestierte, die USA verlangten mehr Sicherheitsgarantien und die Bundesregierung wußte nicht so recht — zu frisch noch waren die Erinnerungen an das Aufheben um das auf Sand gebaute Jahrhundertgeschäft mit Brasilien. Und wie bei Komödien üblich, fanden die Beteiligten glücklich zueinander: eine bundesdeutsche Delegation reiste im März dieses Jahres nach Argentinien, redete der Junta ins Gewissen, „trotzte“ ihr die Zusicherung ab, nur friedlich mit dem Atom umzugehen, alles atomare Material im Auge zu behalten und keinen Nachbau der gelieferten Anlagen zu betreiben („Süddeutsche Zeitung“, SZ vom 26. und 28.3.1980). Wenige Tage später erteilte das Bundeskabinett seine grundsätzliche Zustimmung (Welt, 29.3.80).

Und damit ist alles klar: Die KWU wird Argentinien über Jahrzehnte hinweg beim Aufbau der heimischen Atomindustrie behilflich sein, zum eigenen Nutzen selbstverständlich. Der Importanteil des vierten geplanten AKW soll nur noch 20% betragen, alles andere soll im argentinischen Eigenbau gefertigt werden.

Allerdings kann das Atompotential Argentinien, Marke „made in Western Germany“ jederzeit explodieren.

Aus der Absicht, gegebenenfalls zur Atomwaffe zu greifen, hat die argentinische Junta nie ein Hehl gemacht.

1975 sprach sich der peronistische Parlamentsabgeordnete Edgar Cossy Isasi im argentinischen Parlament unversprochen für ein Atombombenprojekt seines Landes aus... (Neue, 18.3.80).

Nach Darstellung des US-Wissenschaftlers John R. Redick verfügt Argentinien über die einzige und unkontrollierte Wiederaufbereitungsanlage



Deutsch-argentinische Kommission

Deutsch-argentinische Kommission heitsbedingungen — nur die gelieferte Anlage sollte kontrolliert werden. Zudem konnte sie erneut auf massive Schützenhilfe der Bundesregierung hoffen.

So reiste Lambsdorff im letzten Jahr nach Argentinien und erklärte den Herrschenden dort, „daß die Bundesregierung an solch großem Exportauftrag... selbstverständlich interessiert ist, und ein Zustandekommen des Auftrags an eine deutsche Firma begrüßen würde“ (Lambsdorff gegenüber dem WDR im August 79, lt. Neue, 18.3.80).

zur Plutoniumherstellung in Lateinamerika. Seines Wissens hat das Land seit 1974 (Inbetriebnahme von Atucha I) insgesamt mehr als 200 kg Plutonium, Ausgangsstoff zur Bombenproduktion, angesammelt (Neue, 13.5.80).

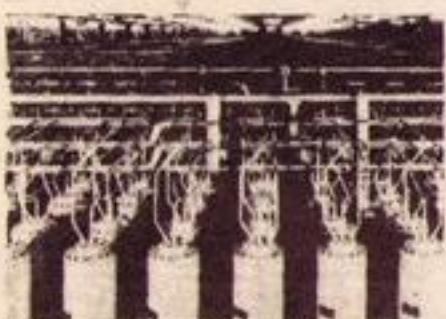
Damit nimmt die KWU mit Unterstützung der Bundesregierung wesentlich in Kauf, Argentinien mit dem ehrgeizigen Atomexport die Möglichkeit zum Atomwaffeneinsatz mitgeliefert zu haben!

KB-Gruppe Nürnberg

VORWÄRTS
SPEZIAL

M.A.N.
PARTNER IN DER
EUROPÄISCHEN
WIRTSCHAFT

Interview mit Dr. Dr. Friedrich Lauerbach,
Mitglied des Vorstandes der M.A.N.,
zuständig für „Forschung und Entwicklung“.



In einer Anzeige in VORWÄRTS-Spezial Heft 1, 1979, wirbt die Firma M.A.N. für die Uran-Anreicherungsanlage, die auch auf dunklen Kanälen an Pakistan geliefert und Libyen angeboten wurde. Das Foto zeigt eine Anlage mit tausenden hintereinander geschalteten Zentrifugen.

Nanu: Was tut sich denn da? Urananreicherungs-Anlage aus der BRD für Libyen?

Das Schreckgespenst der „islamischen Atombombe“ gehört zum Standard-Repertoire der rechten Presse der BRD. Die Araber würden durch eine Atombombe „vor Entzücken ins Delirium, auch ins politische“ abgleiten, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ (18.8.79). Schon lange soll Super-Terrorist Carlos hinter Atomgeheimnissen her sein. Seit Mitte der 70er Jahre sind angeblich auch die Palästinenser, allen voran George Habasch, auf die Bombe scharf — da nützte es auch nichts, daß Habasch derartige Gerüchte in der BRD-Presse dementieren ließ.

Hauptinteressent und Finanzier im Hintergrund für das kostspielige A-Bomben-Projekt, so wurde stets gemutmaßt, sei Libyens Staatschef Ghadaffi. Ghadaffi soll bereits das pakistanische Milliardenprojekt einer Anreicherungsanlage (geliefert von der BRD und der Schweiz!) finanziert haben.

Nunmehr sind Dokumente aufgetaucht und z.B. in der „Neuen“ veröffentlicht worden, die belegen,

daß dem exzentrischen libyschen Staatschef von bundesdeutschen Firmen eine Anlage zur Urananreicherung zum Kauf angeboten worden ist.

Wie in solchen Fällen üblich (siehe Südafrika, Pakistan ...) werden die Bonner Politiker vermutlich erstmal wieder ihr „Erstaunen“ oder ihre „Bestürzung“ über die „ohne ihr Wissen“ laufenden Geschäfte äußern.

In der „Neuen“ (vom 6.6.80) ist ein Dokument der Firma „Consolidated Planers Enterprises GmbH“ (CPE) abgedruckt, in dem es heißt:

„Bei unseren wiederholten Unterredungen hatte ich Ihnen mitgeteilt, daß ich im Verbund mit der Firma Balzers in Liechtenstein bereit und in der Lage bin, der libyschen Regierung eine komplette Uran-Aufbereitungsanlage zur Verfügung zu stellen“. Es wird ausdrücklich betont, daß diese Anlage bei der Urenco (britisch-holländisch-westdeutsche Urananreicherungs-gesellschaft) zwar nur geringfügig (nämlich auf 3% Uran 235) für AKWs anreichert, mit

der Anlage aber auch „eine Anreicherung bis zu 95% erfolgen kann“, nämlich zu Bomben-reinem Uran.

Sowohl die CPE als auch Balzers sind einschlägig bekannte Firmen für derartige Schiebergeschäfte.

Laut „Neue“ ist Geschäftsführer der CPE der Libanese Hasan M. Zaher. Aufsicht führe Baurechtler Wolfgang Heiermann, 5000 DM Monats Honorar beziehe Ex-Bundeswehr-Generalinspekteur Schnez. Kapitalgeber sei der Londoner Libanese Albert Abela, der 1975 der Frankfurter SPD mit 200.000 DM aushalf, sich umgekehrt in Frankfurt Flughafen einkaufte, wo auch die CPE ihren Sitz hat. Über diese Firma sollten Militär-Lastwagen und Leopard-Panzer an Saudi-Arabien, Syrien und den Irak geliefert werden. Die Firma Balzers wiederum wurde schon von dem südafrikanischen Botschafter in der BRD, Sole, seinerzeit empfohlen, weil sie auch den Rassenisten anstandslos solche Anlagen liefern würden. Im Dokument der CPE heißt es, daß die notwendigen Zusatzgeräte von

„Fachleuten der libyschen Regierung“ an „Ort und Stelle in Liechtenstein“ besichtigt werden könnten. Im übrigen kam die Geschichte heraus, nachdem am 11.5. in Bonn der Libyener Omran Mehdawi erschossen worden war. Angeblich sollte Carlos „Kadhafis Terroristen“ dafür ausgebildet haben („FAZ“, 23.5.80). Mehdawi fungierte in diesem Geschäft als Vermittler.

Erstaunlicherweise behauptet im Anschluß an diese Enthüllung die „Neue“, das Geschäft sei seinerzeit nicht zustande gekommen: „Die Regierung der Libyschen Volksmähria hatte inzwischen durchschaut, daß sie durch Medawi und seine Hintermänner in eine gegen sie gerichtete internationale Affäre verwickelt werden sollte“ (ebenda).

Die Begründung erstaunt — allerdings weniger in der „Neuen“, deren Artikel ja insgesamt die libysche Regierung reinzuwaschen versucht.

Wir mögen uns der Ansicht, daß solche Geschäfte nur „zum Schein“ getätigt werden sollen, nicht anschließen.

Zu den Frühjahrskonferenzen der NATO Neue imperialistische Strategie

NATO-Kernwaffenträger in Europa



1) Jagdbomberschwader der USA; 2) Strategische Bomberkräfte Großbritanniens; 3) Flugzeugträger der USA; 4) Der NATO unterstellte Raketen-U-Boote der USA; 5) Raketen-U-Boote Großbritanniens; 6) Geplante Stationierung von Pershing II-Raketen in der BRD; 7) Geplante Basen für Fliegerkometen (Cruise Missiles) in der BRD, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Italien; 8) Künftige Marinejagdbomber der BRD; 9) Pershing I-Raketen in der BRD
Karte: ZB

Die „weltpolitische Lage“ habe die USA gezwungen, „in aller Stille eine grundlegende Revision eines bisher bestehenden politisch-militärischen Konzepts vorzunehmen“ — so die „Welt“ vom 3.6.80.

In der Tat wollen die Imperialisten ihre neue Eindämmungspolitik in der Welt mit einer entsprechenden neuen militärischen Gewichtung wirkungsvoll ergänzen. Kern dieser militärpolitischen Modifizierung der US-Globalstrategie bildet dabei die Abkehr von der sogenannten „Swing“-Strategie. Diese bedeutete im wesentlichen, daß einem Krieg in Europa die größte Bedeutung beigemessen wurde und sich somit auch die Militärstrategie hauptsächlich auf Europa konzentrierte. So besagte diese „Swing“-Strategie beispielsweise, daß die USA „ihre im Pazifik stationierten See- und Luftstreitkräfte im Fall eines sowjetischen Angriffs in Mitteleuropa rasch verfügbar machen“ („Welt“, 3.6.80).

Der neuen Lage könne aber nur „mit einem neuen strategischen Konzept begegnet werden“, räumte die „FAZ“ (16.5.80).

Dieses neue Konzept besagt im wesentlichen, daß die amerikanischen Kriegsplanungen „nicht mehr für ein- oder zwei Kriege (ein „ganzer“ in Europa, ein „halber“ in Übersee), sondern für drei Schauplätze gleichzeitig: Europa, Persischer Golf, Fernost“ bestimmt sind („Welt“, 3.6.80). Der stellvertretende US-Kriegsminister Komer begründete die Veränderung der amerikanischen Globalstrategie mit der „neu hinzugekommenen Verantwortung der USA im Persischen Golf und seinen Umkreis sowie ... Fernost, vor allem im Raum zwischen Korea und Vietnam“ („Welt“, 3.6.80).

Schon im Jahresbericht des US-Kriegsministeriums vom 29.1.80 wurde konstatiert, daß die „internationalen Turbulenzen“ zugenommen hätten und damit „unser Verteidigungsestablishment ... durchaus mit einer bisher präzedenzlosen Zahl von Anforderungen konfrontiert werden“ („Die Neue“, 20.5.80). Der ehemalige US-Außenminister Kissinger wurde konkret: „Die unmittelbare Krise (Afghanistan, Iran, Anm. d. Red.) sollte uns nicht von anderen potentiellen Gefahrenbereichen ablenken. Die Situation in der Türkei verlangt unsere dringende Aufmerksamkeit. In Thailand könnte eine gefährliche Lage entstehen, Marokko wird weiterhin von Gegnern angegriffen... Mitteleuropa befindet sich in einem Chaos. Wir könnten vielleicht in Südafrika benötigt werden“ („Die Neue“, 20.5.80).

Dieser — wohl keineswegs vollständige — Rundumschlag Kissingers macht deutlich, daß sich die USA nicht mehr allein auf den Schwerpunkt Europa beschränken, sondern weltweit eskalieren wollen. „Lebenswichtig“ ist nunmehr für den Imperialismus vor allem Brzezinski's „Krisengürtel“ rund um die Sowjetunion herum. Damit fällt natürlich auch die Strategie der „begrenzten Kriege“ — schon aus anderen „lebenswichtigen“ Regionen steigt damit die Weltkriegsgefahr enorm an. Die Modifizierung der US-Strategie trägt damit auch der Vorbereitung einer massiven Konfrontation des Im-

perialismus mit der Dritten Welt voll Rechnung.

Die Folgen für Westeuropa

Das „Ende“ der „Swing“-Strategie bedeutet deshalb, daß auf „die Europa der Aufgabe zukommt, die entstehenden strategischen Lücken mit eigenen Mehrleistungen aufzufüllen“ („Welt“, 3.6.80).

Nun, diese Tatsache ist nicht neu; der sogenannte „Nachrüstungs“-beschluß der NATO vom vergangenen Jahr zur Einführung neuer Mittelstreckenraketen hatte genau die Funktion, daß Westeuropa diese „Lücken“ schließt und nunmehr auch unabhängig vom amerikanischen Territorium die Sowjetunion atomar angreifen kann.

Der schon zitierte amerikanische „Jahresbericht“ empfiehlt denn auch in diesem Sinne, zusätzliche Rüstungsanstrengungen könnten dazu beitragen, „der NATO mehr Optionen für zurückhaltende und kontrollierte atomare Reaktionen bereit zu stellen“ („Die Neue“, 20.5.80).

Daß die Abkehr vom „Swing“ bedeutet, daß für die USA „der Vorrang für Europa schwindet“, wie die „Welt“ unterstellt, ist natürlich Unsinn. Das Gegenteil ist der Fall: Die Abkehr vom „Swing“ beinhaltet geradezu eine gewaltige Eskalation der amerikanischen „Interessen“, die auf andere Regionen ausgedehnt werden, ohne die Hochrüstung des westeuropäischen Raumes auch nur im geringsten zu vernachlässigen. Auf den Frühjahrstagungen der NATO haben die USA auch erklärt, daß sie ihre in Westeuropa stationierten Streitkräfte weder abziehen noch „verdünnen“ werden.

Die von den USA von ihren westeuropäischen „Verbündeten“ geforderten „erhöhten Verteidigungsanstrengungen“ konzentrieren sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Die westeuropäischen NATO-Staaten haben sich verpflichtet, ihre Rüstungsetats um jährlich mindestens 3 % (real) zu steigern,
2. Kurzfristig sollen einige Maßnahmen im Rahmen des NATO-Langzeitprogramms von 1978 beschleunigt verwirklicht werden. Dazu gehört vor allem die Auffüllung der Munitionslager, die Bereitstellung der Reservisten und eine schnellere Mobilisierung, außerdem die Einführung des NATO-Frühwarnsystems „AWACS“.

Friedensaktivitäten 1980 (3. Teil)

Die im ARBEITERKAMPF 172 (S. 35) und 174 (S. 42) begonnene Vorstellung von verschiedensten Friedensaktivitäten wird hier fortgesetzt.

Aktionswoche „Frieden schaffen — ohne Waffen“ vom 16.-22. November

Über Pfingsten fand in Beienrode bei Braunschweig das „7. Festival der Friedensdienste“ statt, das seit 1974 jährlich von der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ und der „Aktionsgemeinschaft Dienst am Frie-

3. Die westeuropäischen NATO-Staaten sollen grünes Licht dafür geben, daß die USA westeuropäisches Territorium als Zwischenstation, Auf- und Nachschubbasis ihrer Streitkräfte u.a. für die Golfregion zur Verfügung stellen. U.a. verlangen die USA von der Türkei, die dort vorhandenen Flugplätze im Falle eines militärischen Eingreifens im Nahen Osten zur Verfügung zu stellen.

4. Vor allem England, Italien, Frankreich und die BRD sollen im Rahmen dieser NATO-Arbeitsteilung ihre Marine- und Luftstreitkräfte erheblich ausbauen.

5. Absoluter Schwerpunkt für die Pläne und Vorhaben der NATO bildet der Mittelmeerraum und die NATO-Südflanke. Griechenland und die Türkei sollen sowohl wirtschaftlich wie militärisch auf „Vordermann“ gebracht werden, wo insbesondere der BRD-Imperialismus eine führende Rolle übernehmen soll und ja auch schon übernommen hat. Auch der britische Militärstützpunkt auf Zypern soll reaktiviert werden.

6. Die BRD hat das ihrige dazu getan, den portugiesischen Luftwaffenstützpunkt Beja wieder „flott“ zu machen. Neben der Türkei stand eben dieses Portugal an oberster Stelle der amerikanischen Prioritätenliste, was die wirtschaftliche Hilfe anbelangt.

7. NATO-Generalsekretär Luns hat laut darüber nachgedacht, ob „die europäischen Staaten zur Entlastung der USA im Mittelmeer einen multinationalen Flottenverband aufbauen können“ („Welt“, 16.5.80).

In diesem Zusammenhang wirft auch die Aufhebung von Rüstungsbeschränkungen im Bereich der Seestreitkräfte für die BRD (sie dürfen nach einem Vertrag mit der WEU, Westeuropäische Union, aus dem Jahre 1954 Zerstörer nur bis zu einer Größe von 6.000 Tonnen bauen; auch hinsichtlich der U-Boote war die BRD gewissen Beschränkungen unterworfen) ein bezeichnendes Licht auf die aggressiven Absichten.

8. Die USA beabsichtigen die zusätzliche Stationierung von Kampfflugzeugen vor allem in Italien, Griechenland, der Türkei und Zypern („Die Wahrheit“, 24.5.80).

Im Bereich der Rüstung und Modernisierung der NATO arbeitet die US-Kriegsindustrie fieberhaft an sogenannten „denkenden Bomben“ oder auch „Assault Breaker“ (Angriffsbrecher). Dieses „Glanzstück der neuen Waffengeneration“ („Welt“) soll in etwa fünf Jahren einsatzbereit sein und die Funktion dieser Waffen besteht darin, daß eine „großkalibrige Lenkwaffe oder eine Bombe in der Nähe des Feindes einen Schwarm von 40 „denkenden“ Kleinbomben freisetzt“, die ihre Ziele mit „tödlicher Präzision ansteuern und treffen“ („Welt“, 21.5.80).

Diese von NATO-Strategen gefeierte technische Revolution zielt auf die Panzer des Warschauer Paktes. Die „Welt“ schwelgt schon, daß diese Bomben „eine Panzerlawine im Handumdrehen in ein Trümmerfeld verwandeln“ können („Welt“, 21.5.80).

Eine weitere militärische Eskalation soll laut Beschluß der „Nuklearen Planungsgruppe“ der NATO darin bestehen, daß die westeuropäischen Staaten mit der Produktion von chemischen Offensivmitteln beginnen (laut „Welt“, 5.6.80).

Der BRD-Imperialismus spielt bei diesen Planungen eine zentrale Rolle — wie auch bei den jüngsten Beratungen immer wieder vor allem von den US-Strategen hervorgehoben und gelobt wurde.

Kampf den Kriegstreibern!

Antimilitarismus-Kommission

den ausgerichtet wird. Das mit 300 Jugendlichen gut besuchte Festival endete mit einem Aufruf an alle interessierten Gruppen und Organisationen, vom 16.-22. November überall in der BRD unter dem Motto „Frieden schaffen — ohne Waffen“ gemeinsame Friedenswochen durchzuführen (nach „Neue“, 28.5.80).

Kontaktanschrift:

Aktion Sühnezeichen/
Friedensdienste e.V.
Jebenstraße 1
1000 Berlin 12
Tel. 030/310261

Fortsetzung nächste Seite

Offener Brief

An die
Bundesregierung
z.Hd. Herrn Bundeskanzler
Helmut Schmidt

5300 Bonn

Wir sind Kriegsdienstgegnerinnen und -gegner, Zivildienstleistende und ehemalige Zivildienstleistende. Zusammengefunden haben wir uns, weil der Frieden gefährdet und ein dritter Weltkrieg näher denn je ist. Uns erschreckt die zunehmende Bereitschaft in der ganzen Welt, militärische Gewalt als Mittel der Politik einzusetzen. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan erschreckt uns dabei gleichermaßen wie die mißlungene amerikanische Geiselnbefreiung im Iran. Auch in der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Bereitschaft zu, sich an kriegerischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Das zeigt sich an folgenden Tatsachen:

- 1) Die Beschlüsse der NATO zur atomaren Aufrüstung in Mitteleuropa, besonders forciert von Bundesaußenminister Genscher auf der NATO-Rats-tagung im Dezember vergangenen Jahres (Stationierung von Mittelstreckenraketen, sog. „Nachrüstungsbeschuß“).
- 2) Die sich häufenden Erwägungen, wirtschaftliche Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen (z.B. die Sicherung der Ölversorgung).
- 3) Pläne zur Bereitstellung von Eingreiftruppen, die in Krisengebieten der Dritten Welt eingesetzt werden sollen.
- 4) Die bevorstehende Entscheidung von vier deutschen Kriegsschiffen in die Region des Persischen Golfs.
- 5) Die Diskussion um die Einführung der Wehrpflicht für Frauen, die wohl kaum einen Beitrag zur Gleichberechtigung der Frau darstellt, sondern zur weiteren Militarisierung der Gesellschaft.
- 6) Die Einschränkung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung (durch die „Gewissensprüfung“), um die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr zu gewährleisten (Urteil des BVerfG vom 13.4.1978).
- 7) Die angekündigte nachträgliche Aufstockung des Verteidigungshaushaltes um voraussichtlich 1 Mrd. DM.

Im Kriegsfall werden Kriegsdienstverweigerer zu einem unbefristeten Ersatzdienst herangezogen, um für die Kriegsführung wichtige Funktionen zu übernehmen (Zivilverteidigung — § 79 ZDG). Ebenso können Frauen dienstverpflichtet werden (Art. 12a, 4 GG). Wir sind demnach genauso in die militärische Planung miteinbezogen wie Soldaten. Als Kriegsdienstgegner haben wir uns aber gegen jede Beteiligung an kriegerischen Handlungen entschieden.

Wir verweigern deshalb die Dienstverpflichtung im Kriegsfall und jede Zusammenarbeit mit militärischen und militärähnlichen Behörden (BAZ).

Wir weigern uns, die Pflichten, die uns das Zivildienstgesetz durch Zivildienstüberwachung (§ 23 ZDG) auferlegt, zu erfüllen.

Wir fordern alle Menschen auf, sich der militärischen Einplanung zu widersetzen!

Krieg ist kein Mittel, internationale Konflikte zu lösen!

Seckach, den 3. Mai 1980

Anmerkung zum Offenen Brief:

Beiliegenden Brief haben wir an Bundeskanzler Helmut Schmidt geschickt. Die Zdi und ehemaligen Zdi unter uns haben auch an das BAZ (Bundesamt für den Zivildienst) geschrieben und ihm mitgeteilt, daß sie nicht bereit sind, sich im Kriegsfall zu einem Zwangsdienst verpflichten zu lassen, der eben auch ohne Waffen ein Kriegsdienst wäre, und daß sie sich deswegen auch nicht der Zivildienstüberwachung unterziehen werden, d.h. die Pflichten, die uns das Zivildienstüberwachungsgesetz auferlegt, nicht zu erfüllen.

Die Frauen unter uns haben in gleicher Weise dem zuständigen Ordnungsamt (Einwohnermeldeamt etc.) geschrieben und ihm mitgeteilt, daß sie jede Zwangsdienstverpflichtung im Kriegsfall verweigern werden (Die Möglichkeit einer Zwangsdienstverpflichtung für Frauen besteht jetzt schon nach Art. 12 a Abs. 4 GG).

Sollte irgendjemand diese Aktion auch für sich gutfinden und sich zu einem ähnlichen Schritt entschließen, so möchte er bitte eine Kopie seiner Erklärung an die unten angegebene Kontaktadresse schicken. Möchte jemand genaueres wissen, wende er sich ebenfalls an die genannte Adresse. (Übrigens haben wir gehört, daß auch Reservisten Kriegsdienst oder Wehrüberwachung verweigert haben).

Stellt euch vor,
sie gäben einen Krieg,
— und keiner käme!

Kontakt: Gudrun Hahn, Oldenburgerstr. 10, 1000 Berlin 21

Diesen Brief haben bisher über 60 Leute unterschrieben und erklärt, eine persönliche Zwangsdienstverweigerung abgeben zu wollen.

Totalverweigerer zu acht Monaten auf Bewährung verurteilt

Am 22.5. fand vor dem Jugendstrafgericht in Hamm der Prozeß gegen den Totalverweigerer Siegfried Künzel statt. S. hatte bisher jede Einbindung in das militaristische System der Bundeswehr und auch einen möglichen Zivildienst konsequent verweigert.

Als ihm im vergangenen Jahr der Einberufungsbefehl zugesandt wurde, zerschneidete er ihn und sandte ihn zurück. Als wegen Fahnenflucht nach ihm gefahndet wurde, besichtigte er in Afrika Entwicklungshilfeprojekte. Schließlich ließ er sich während einer öffentlichen Verurteilung von 1000 Rekruten im Hammer Jahnestadion demonstrativ festnehmen. Als er sich nach seiner Festnahme immer noch weigerte, seinen Wehrdienst in einer Ausbildungskompanie abzuleisten, wurde der dreimal zu 21 Tagen Arrest verurteilt und schließlich unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen.

Wegen Fahnenflucht und fortgesetzter Gehorsamsverweigerung saß er nun vor Gericht. S. gab alle Gesetzesverstöße zu und begründete, warum er als Pazifist weder in der Bundeswehr noch als Zivildienstleistender dem „Staat dienen“ wolle: Auch der Zivildienst gehe aus der Wehrpflicht hervor und diene dazu, den

Bestand der Bundeswehr zu sichern; in Kriegszeiten könnten auch Zivildienstleistende zum Wehrdienst herangezogen werden. Das Gericht verurteilte ihn schließlich zu acht Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung, die Staatsanwaltschaft hatte 12 Monate ebenfalls mit Bewährung gefordert. Unter Anrechnung der U-Haft und der bereits abgesessenen Arreststrafen wurde das Urteil auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Obwohl der Richter anerkannte, daß die Haltung für S. persönlich akzeptiert werden müsse, führte er aus, daß die große Mehrheit des Volkes die Notwendigkeit der Bundeswehr und ihren Auftrag, den Staat zu schützen, anerkannt habe. Die Rechte des Einzelnen fänden daher ihre Grenze dort, wo das Gemeinwohl berührt werde. „Es kann unmöglich dahin kommen, daß jeder, der meint, diese oder jene Vorschrift gefalle ihm nicht, sie ablehnt. Das würde letztlich zum Boykott des Staates führen...“ (alle Angaben nach „Westfälische Rundschau“, Hamm, 23.5.80 und „Westfälischer Anzeiger“ — Hammer Stadtanzeiger, 23.5.).

Ein Genosse aus Münster

Fortsetzung von Seite 10

Fahrraddemos für Entmilitarisierung

Im Zusammenhang mit dem 5. Internationalen gewaltfreien Marsch für Entmilitarisierung sollen am 28./29. Juni 1980 an mehreren Orten (z.B. Garlstedter Heide bei Bremen) Fahrraddemos gemacht werden. Informationen bei:

Graswurzelwerkstatt
Steinbruchweg 14
3500 Kassel-Bettenhausen
Tel.: 0561/515953

(zit. aus „Antimil-Info“ 5/80)

Pazifistisches Sommerlager

Vom 5.-11. Juli führen pazifistische Gruppen (IPK, PSG) an der Ostseeküste ein Sommerlager durch, um über pazifistische Strategie und Politik für die 80er Jahre zu diskutieren. Information und Anmeldung bei:

Wilfried Twachtman
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

(nach „Antimil-Info“ 5/80)

Sommerseminar „Erziehung zum Frieden“

Vom 9.-13. Juli 1980 gibt es ein internationales Sommerseminar „Erziehung zum Frieden“ im internationalen Pax-Christi-Sekretariat in Antwerpen/Belgien. Interessenten melden sich bei:

Pax-Christi-Sekretariat
Postfach 16 680
6000 Frankfurt/Main 1

(zitiert aus „Antimil-Info“ 5/80)

Bremen war erst der Anfang!

Ganz im Sinne der nach Bremen angekündigten Propagandaoffensive der Militäristen wird die Bundeswehr-Show „Unser Heer“ vom 3.5. bis zum 26.10. in folgenden Städten aufgeführt: Buren, Diepholz, Herford, Bramsche, Soest, Bitburg, Saarburg, Pirmasens, Hochheim, Schwabach, Kulmbach und Schwandorf.

Die Wanderausstellung „Unsere Luftwaffe“ wird von Anfang Mai bis Mitte Juli in Schneverdingen, Geesthacht, Bad Oldesloe, Oldenburg/Holstein, Rendsburg, Brunsbüttel, Quickborn, Nordenham, Friesoythe und Syke aufgebaut sein.

(Nach „Antimil-Info“, 5/80)

Bremen im (in den)**Schulunterricht****Bremen im (in den)****Schulunterricht**

Noch vor der Sommer- und Wahlkampfpause wird der Verteidigungsausschuß des Bundestages über „Probleme der Landesverteidigung im Schulunterricht“ beraten. „In diesem Zusammenhang sollten dann auch die tieferen Beweggründe für das Bremer Debakel diskutiert werden“, fordert die „Wehrtechnik“ 6/80 („Wehrtechnik“ ist eines der führenden Sprachrohre der Rüstungsindustrie). Es bahnt sich offenbar eine neue „Wehrkudenkampagne“ an. Also aufgepaßt!

Frauen für den Frieden

Parallel zur internationalen Frauenkonferenz der UNO findet vom 14.-20. Juli in Kopenhagen die alternative Konferenz „Frauen als Friedensstifterinnen“ statt. Genauere Informationen erhält frau über:

Frauen für Frieden
(Kvinder for fred)
c/o Bodil Grae + Janne Houmand
Suomisvej 1
Kopenhagen V

oder über

Rotstrümpfe (Rødstrømperne)
Gothersgade 67

DK-1123 Kopenhagen K

Im Rundbrief (Nr. 1 und 2) „an alle grünen Frauen“ ruft Petra Kelly dazu auf, gemeinsam einen Zug nach Kopenhagen zu organisieren und nach Unterstützung bei der Koordination bzw. der Bildung einer Arbeitsgruppe auf. Adresse:

Petra Kelly
105, av. GE Lebon
B-1160 Bruxelles/Belgien

Grüne Partei – Setzt Gruhl sich doch noch durch?

Wahlplattform und Grundsatz-erklärung

Eine „Wahlplattform“ und eine „Grundsatzklärung Ökologie-Ökonomie“ – beide in Dortmund zu verabschieden – sollen dazu dienen, den Forderungen der rechten Kräfte um Gruhl, Springmann und Dinne stärker Geltung zu verschaffen. Auf diesem Weg soll nachträglich das in Saarbrücken beschlossene Programm im Sinne der Rechten „korrigiert“ werden.

Zu beiden Texten hat die Programmkommission Entwürfe ausgearbeitet. Im Entwurf zur Wahlplattform sollen demzufolge ein Großteil der sozialen Forderungen des Saarbrücker Programms weggelassen werden; die umstrittenen Passagen zur Homosexualität sollen bis auf einen unverbindlichen Satz gestrichen werden; auch soll der Passus zur Abtreibung/§ 218 noch mehr verschleiert werden (ausführlicher Artikel dazu in diesem AK). – Die Vorlage der Programmkommission zur Grundsatzklärung Ökologie – Ökonomie kommt den Rechten insgesamt weniger entgegen als der Entwurf zur Wahlplattform, macht aber ebenfalls starke Zugeständnisse. So sollen dort beispielsweise „Haushaltsdefizit“ und „Staatsverschuldung“ angegriffen werden – bekannte Steckpferde von Olaf Dinne (und von F.J. Strauß). Polymisiert wird in dem Entwurf zur Grundsatzklärung auch gegen „die Auffassung, daß der Staat für alles und jeden zu sorgen hätte“ sowie gegen „die Einstellung zu Konsumgütern, von welchen der Glaube ausgeht, daß sie glücklich und zufrieden machen: wie das (zweite) Auto, die dreimalige Urlaubsreise pro Jahr usw.“. Diese überschäumende Konsumveressenheit der Bevölkerung wird in dem Entwurf der Programmkommission mitverantwortlich gemacht für die Aufrechterhaltung des quantitativen Wachstums, der ökologischen Krise und der gesellschaftlichen Machtverteilung.

Alternativ zu den Vorlagen der Programmkommission gibt es eine Reihe von Anträgen zur Wahlplattform und zur Grundsatzklärung, die in noch schärferer Form dem Saarbrücker Programm widersprechen und stattdessen den „Dritten Weg“, den „Ökologischen Humanismus“ und den Anti-Kommunismus propagieren. – Baldur Springmann, unterstützt von weiteren 160 Unterzeichnern, hat eine Grundsatzklärung formuliert, die „allen programmatischen Aussagen der Grünen voranzustellen“ sein soll. „Alle dieser Grundsatzklärung widersprechenden Passagen des nach Saarbrücken als „Bundesprogramm“ veröffentlichten Papiers, insbesondere der Programmteile II und V, werden zu einer Materialsammlung ausschließlich zur partei-internen Diskussion erklärt“. Die Grundsatzklärung enthält alle dunkelgrünen Standardformeln wie „Verantwortung für alles Leben“, wobei Springmann speziell auch das „werdende Leben“ im Auge hat; die Abgrenzung von der „Haben-Mentalität“, die Ablehnung der „veralteten, kapitalistisch, faschistisch oder kommunistisch orientierten Politik“. Springmann geht es außerdem um die Neuverteilung der Posten: „Als Konsequenz der nunmehr wieder eindeutig ökologischen Programmgrundlage findet eine Neuwahl des gesamten Bundesvorstandes statt“.

– Der Kreisverband Regensburg fordert, die Punkte Arbeitszeitverkürzung/ 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Abtreibung und „sexuelle Außenseiter“ aus dem Saarbrücker Programm erneut an die Programmkommission zur Beratung zurückzuverweisen. In einem Präambelentwurf dieses KV's für die Wahlplattform heißt es z.B.: „Die Hauptursachen der bedrohlichen Entwicklung sind: 1. Das maßlose Streben der Menschen nach materiellen Gütern...“ – Der Kreisverband Fürth fordert in seinem Vorschlag für eine Wahlplattform „einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus“. – Dasselbe fordern die „Achberger“, die ungerührt und zum wiederholten Male ihre drolligen Spezialthesen der gesamten Grünen Partei aufzwingen wollen. Auch mit ihrer antikomunistischen Abgrenzungsresolution „Die Grünen zum Kommunismus“ wollen sie es in Dortmund noch einmal versuchen.

– N. Nestitsch vom Kreisverband München und weitere 20 Unterzeichner wollen mit ihrem Entwurf einer „Verbindlichen Handlungsgrundlage der Grünen“ die Formulierung von der „Überschätzung des materiellen Lebensstandards“ bei den Grünen fest verankern.

– Die „Arbeitsgemeinschaft ökologische Politik bei den Grünen“ fordert in ihrem Antrag zum Wirtschaftsprogramm vor allem „ein umfassenderes Programm zur Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe“.

– Der Kreisverband Hildesheim (Josefski, Lippelt, Otto) fordert in seinem Präambel-Entwurf die „Leitidee des ökologischen Humanismus“, „Evolution statt Revolution“ und eine Distanzierung von den „Kommunistischen Staaten“.

– Die „Bremer Linie“, ein Papier des Bremer Landesverbandes vom 19.4., bemüht sich vor allem, plausibel zu machen, daß „die Überlebensforderung... für uns Vorrang vor allen anderen Forderungen“ haben muß, „mögen sie auch noch so berechtigt sein“. Auch Olaf Dinnes Sparpolitik ist in die „Bremer Linie“ eingegangen: „Statt weiterer Aushöhlung unserer Währung durch expansive Haushaltspolitik (Staatsinvestitionen mittels Schulden und inflationären Steuern), weniger Staat und mehr Gerechtigkeit“.

Ob diese teilweise sehr überzogenen Anträge in Dortmund eine Chance haben, kann stark in Zweifel gezogen werden. Ganz bestimmt tragen sie aber auf ihre Weise dazu bei, den „ausgewogenen Kompromißformulierungen“ der Programmkommission eine Mehrheit zu sichern.

Neubesetzung des Bundesvorstands

Um die zukünftige Besetzung des Bundesvorstands der Grünen wird es wahrscheinlich in Dortmund Gerangel und Kampfabstimmungen geben. Zumindest sind in Dortmund sechs bis zehn Mitglieder neu in den bisher nur fünf-köpfigen Vorstand zu wählen. Sicher scheint aber außerdem, daß der derzeitige Vorstand, insbesondere A. Haußleiter, sich nicht mehr halten kann. Hierzu hat der Bundeshauptausschuß (in dem außer dem Bundesvorstand auch die Landesverbände vertreten sind) schon Anfang Juni mehrheitlich beschlossen, daß der in Saarbrücken gewählte Vorstand nur als provisorisch zu betrachten sei und in Dortmund zurücktreten solle.

Außerdem liegen u.a. folgende Anträge vor: – Neuwahl des Bundesvorstands „auf der Grundlage des geplanten Programms“, d.h. im Sinne der Rechten (KV Merzig). – Der Bremer Landesverband – eine Hochburg der Rechten – will eine Unterstützung für die grüne Bundestagskandidatur von der Neuwahl des gesamten Vorstands abhängig machen. Speziell wird die Abwahl von Grete Thomas gefordert, weil sie seinerzeit bei den Bremer Bürgerchaftswahlen die Alternative Liste (und nicht die rechten Grünen) unterstützt hatte.

Aufforderungen an A. Haußleiter, sich zu den Vorwürfen wegen seiner Vergangenheit in der rechtsradikalen Szene zu äußern und auf dieser Grundlage in Dortmund die Vertrauensfrage zu stellen (KV Stadt). – Antrag auf Abwahl Haußleiters unter Hinweis auf seine Vergangenheit (KV Böblingen).

In dieselbe Richtung gehen starke Tendenzen im eher linken Landesverband NRW. In Westberlin haben Schily, Steinke und Sellin eine Dokumentation gegen Haußleiter zusammengestellt und fordern ebenfalls seinen Rücktritt bzw. Abwahl.

Der amtierende Bundesvorstand scheint allerdings nicht bereit, kampflös das Feld zu räumen, und will auch Haußleiter nicht fallen lassen. Es scheint, daß der Bundesvorstand kollektiv (unklar ist dabei die Position von Petra Kelly) zurücktreten will, falls Haußleiter abgewählt bzw. zum Rücktritt gezwungen wird. Auf der letzten Sitzung des Bundeshauptausschusses (am 14./15. Juni) erklärte der Vorstand, er begreife sich nicht als provisorisch; er sei angetreten, um das in Saarbrücken beschlossene Programm zu verteidigen. Haußleiter hat ebenfalls eine Dokumentation zu seiner Ver-

gangenheit vorgelegt und hat eine persönliche Erklärung für Dortmund angekündigt.

Unterstützt wird der Bundesvorstand dabei bisher nur vom Hamburger Landesverband: In einer Erklärung „mißbilligt“ der Hamburger Landesvorstand die „Empfehlung“ des Bundeshauptausschusses nach Rücktritt des Bundesvorstandes. Haußleiter sei nicht mit „Filbinger und Puhvögeln“ vergleichbar.

Es sie „nicht fair“, mit „zusammengesuchten Argumenten“ gegen Haußleiter anzugehen. Es müsse eine „offene Debatte“ über Faschismus und Antifaschismus bei den GRÜNEN geben, die nicht mit „taktischen Winkelzügen“ verbunden werden dürfe. Man erwarte allerdings von Haußleiter eine „eindeutige Erklärung, die den Meinungswandel und Veränderung belegen müßte“.

Diese Erklärung ist zu begrüßen, denn sie trägt der Tatsache Rechnung, daß die meisten der Angriffe gegen Haußleiter wenig mit konsequentem Antifaschismus zu tun haben. Im besten Fall handelt es sich um eine opportunistische Reaktion auf die Attacken der SPD gegen Haußleiter. Es ist auch auffällig, daß sich jetzt an vorderster Front gegen Haußleiter Personen wie Schily (bisher vor allem durch seine antikomunistischen Tiraden gegen die AL Westberlin aufgefallen) und Steinke (Bahro-Komitee, sozialdemokratischer Karrierist) engagieren.

Es ist eindeutig, daß die Angriffe auf Haußleiter – ohne den ehrlichen Kritikern Haußleiters vor allem in NRW zu nahe treten zu wollen! – derzeit im Wesentlichen darauf abzielen, einen deutlich rechte r e c h t e r e n Vorstand einzusetzen. Gruhl hat bereits klargemacht, daß er nun doch einen Vorstandsposten will, was er in Saarbrücken noch abgelehnt hatte. Ein recht interessantes Modell fordert an der Spitze des neuen Bundesvorstandes ein Dreiergremium, bestehend aus Gruhl, Amery (Mitunterzeichner des Gruhl-Ultimatums) und Bahro – also eine Koalition von Rechten und antikomunistischen Linken.

Aus den Landesverbänden

Niedersachsen: Auf der Landesversammlung am 17./18. Mai wurde der Beschluß gefaßt, die Diskussion des Saarbrücker Programms auf nach der Bundestagswahl zu verschieben: „Der Landesverband Niedersachsen der Grünen fordert, daß das Saarbrücker Bundesprogramm zur Grundlage für die Diskussion der zu erstellenden Bundestagswahlplattform gemacht wird.“

Das Saarbrücker Programm für die Diskussion der zu erstellenden Bundestagswahlplattform gemacht wird. Das Saarbrücker Programm enthält eine Reihe von konkurrierenden Zielvorstellungen, die erst durch einen langen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in Einklang zu bringen sind. Materielle Forderungen, welche die Masse der Bevölkerung heute legitimweise stellen kann, lassen sich erst durch den allmählichen Aufbau von alternativen Strukturen abbauen, die eine Befriedigung der echten menschlichen Bedürfnisse nach Liebe, Zuneigung, Solidarität, Anerkennung und Selbstverwirklichung durch sinnvolle Arbeit gewährleisten. Das Programm bedarf daher noch sorgfältiger Ausarbeitungen, bevor es als endgültige Aussage gelten kann...“ (Dieser Erklärung, die für die weitere Entwicklung des Programms in Richtung „Abbau der heute legitimen materiellen Forderungen“ alles offen läßt, hat sich auch der Bundeshauptausschuß einstimmig angeschlossen – der erste Satz, daß das Saarbrücker Programm

Grundlage für die Wahlplattform sein soll, wurde dabei allerdings nicht mit beschlossen.

Zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl kam es auf der Landesversammlung nicht mehr. Die heikle Frage, ob Platz 1 für Gruhl freigehalten werden soll, konnte damit vertagt werden.

Baden-Württemberg:

Gleich nach der NRW-Landtagswahl hatte sich der baden-württembergische Landesvorsitzende Hasenclever gegenüber der „FR“ dafür ausgesprochen, in Dortmund Gruhl & Co. programmatisch entgegenzukommen und den „ökologischen Humanismus“ zur Grundlage des grünen Programms zu machen. Seit kurzem gibt es auch eine Stellungnahme vom Landesvorstand und der Landtagsfraktion der Grünen. Dort heißt es u.a.: „Im Hinblick auf den Bundesparteitag im Juni halten wir folgende Maßnahmen für dringend nötig:

1. Die Grünen müssen ihre Stellung als Friedenspartei gerade in der jetzigen Weltlage verdeutlichen und sich in ihrem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit nachdrücklich von der herrschenden kommunistischen, kapitalistischen oder faschistischen jeweiligen Politik distanzieren.

2. Die Grünen müssen eine Bundestagswahlplattform mit eindeutigem Gewicht auf ökologischen und friedenspolitischen Fragen verabschieden.

3. Die umstrittensten Teile aus den Abschnitten Wirtschaft und Arbeitswelt sowie Mensch und Gesellschaft sollten an die Basis zur weiteren Diskussion zurückverwiesen werden.“

Dieser Text orientiert sich insgesamt sehr stark an der Gruhl-Erklärung, von der er sich aber in zwei Punkten abhebt:

1. Die Betonung des „friedenspolitischen“ Aspekts grüner Politik; 2. Der Verzicht auf eine erpresserische Zuspitzung des Konflikts.

Schleswig-Holstein: Aus Protest gegen einen angeblichen „Linksruck“ bei den Vorstandswahlen in Schleswig-Holstein haben auf bzw. nach der Landesversammlung am 1. Juni 100 bis 150 Mitglieder der rechten GLSH ihren Austritt aus dem grünen Landesverband angekündigt. Allerdings scheinen Meldungen, die den Austritt als vollzogen darstellen, zumindest voreilig. Wirklich ausgetreten sind nach den uns vorliegenden Informationen nur wenige rechte Grüne, darunter allerdings der bekannte Boje Maßen und weitere Vertreter aus den Kreisen Nordfriesland und Steinburg, wo die rechten Grünen Parlamentsitze haben. Auf jeden Fall noch nicht ausgetreten ist Baldur Springmann, der auch ängstlich darüber wacht, daß derzeit keiner der rechten Delegierten für Dortmund austritt. So scheint die spektakulär verkündete „Austrittswelle“ erst einmal nur eine zusätzliche Erpressung.

verkündete „Austrittswelle“ erst einmal nur eine zusätzliche Erpressung.

Hamburg: Der Hamburger Landesvorstand hat am schärfsten gegen den Erpressungsversuch von Gruhl & Co. Stellung genommen (vgl. Abdruck in AK 178). Andererseits haben einige Mitglieder der Hamburger Grünen den Gruhlischen Erpresserbrief unterschrieben. Diese Gruppe ist aber bei den Hamburger Grünen total isoliert.

Der Hamburger Vertreter in der Programmkommission, Jürgen Reents („Gruppe Z“) hat als einziger in der Programmkommission grundsätzliche Einwände gegen den vorliegenden Entwurf zur Wahlplattform erhoben. Andererseits wird von der „Gruppe Z“ jetzt schon vorbeugend gegenüber ihren Anhängern argumentiert, die Wahlplattform sei ohnehin „nur ein Fetzen Papier“, den man den Rechten ruhig überlassen könne. Viel entscheidender sei die in Dortmund anstehende Vorstandswahl, für die man sich in Hamburg einiges erhofft.

Briefwechsel mit Rudolf Bahro

Nach Erscheinen des AK 178, in dem Interviews mit August Haußleiter, Ernst Hopfischek, Hermann Schulz und Kay Hoffmeister abgedruckt waren, sind wir auch an Rudolf Bahro mit der Bitte herangetreten, seine Position „zur Lage der Grünen“ im AK darzustellen – wahlweise als Interview oder als persönliche Stellungnahme. Die Position von Bahro wäre in der gegenwärtigen Situation auch gerade deshalb besonders interessant, weil er vom Kreisverband Bremen-Nord als Delegierter für Dortmund nominiert worden ist und dort sicherlich in die Debatte eingreifen wird. Bahro reagierte mit einem Brief, den wir den AK-Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Lieber...! Mir gefällt die Art und Weise nicht, in der Ihr die Sache an-

packt. Das geht von der Oberzeile der ganzen Zeitung bis zu den Fragen. Möchte unter diesen Umständen kein Interview geben. Mit freundlichem Gruß Rudolf Bahro.“

Hier die Antwort der AK-Redaktion:

„Lieber Rudolf Bahro, Du hast inzwischen u.a. dem „Spiegel“ und „Konkret“ Interviews gegeben, unterhältst in „Pardon“ eine regelmäßige Seite. Wir waren bisher nicht auf die Idee gekommen, daß Du damit ein Einverständnis mit der Art und Weise, wie die jeweiligen Zeitschriften „die Sache anpacken“, signalisierst. Mit anderen Worten: Wir haben schon intelligentere und akzeptablere Absagen gelesen als Deine. Trotzdem mit freundlichen Grüßen.“

Demontage des Saarbrückener Programms?

In der letzten Phase vor dem Dortmunder Parteitag der GRÜNEN ist ein Kuhhandel mit der „Ablehnungsfront“ um Herbert Gruhl im Gange, um zumindest bis zur Bundestagswahl eine Spaltung der GRÜNEN zu verhindern. Ein zentrales Objekt dieses Kuhhandels ist das auf dem Saarbrückener Parteitag der GRÜNEN (22./23.3.) beschlossene Programm. Zur Erinnerung: Die „Ablehnungsfront“ hatte ultimativ folgende Forderungen gestellt, von deren Erfüllung sie ihre Unterstützung für den Bundestagswahlkampf der GRÜNEN abhängig machen wollte:

1. Verabschiedung einer „Bundesrats-Wahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt“.
2. Die umstrittenen Teile des in Saarbrücken beschlossenen Programms („Wirtschaft und Arbeitswelt“, „Mensch und Gesellschaft“) sollten „zur Diskussion an die Basis bis nach den Bundestagswahlen zurück“ verwiesen werden. Diese Teile sollten also – zumindest bis nach der Bundestagswahl – nicht Bestandteil des Programms der GRÜNEN sein.
3. Verabschiedung einer Erklärung, die eine Distanzierung von „kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik“ zu enthalten habe.

Hinsichtlich dieser drei Forderungen der „Ablehnungsfront“ ist der Stand kurz vor Dortmund so einzuschätzen:

Zu Punkt 1: Bereits am 12.4. – also vor Aufstellung des rechten Forderungskatalogs – hatte der Bundesvorstand der GRÜNEN beschlossen, „auf der Grundlage des Saarbrückener Programms“ eine Wahlplattform für den nächsten Parteitag (Dortmund) vorzulegen. Außerdem wurde zugleich beschlossen, eine „Stellungnahme zum Verhältnis Ökonomie und Ökologie“ zu erarbeiten – angeblich zur Beseitigung von „Unklarheiten“, Unvollkommenheiten etc. im Saarbrücker Programm.

Die Formulierung „... auf der Grundlage des Saarbrückener Programms“ war von linken GRÜNEN voreilig bereits als Niederlage der Rechten abgefeiert worden, da hiermit festgelegt sei, daß sich die Wahlplattform am Saarbrückener Programm zu orientieren habe. Mittlerweile allerdings lautet die Formulierung des Bundesvorstands, es gehe um eine Wahlplattform, „die von allen Strömungen der GRÜNEN getragen werden kann“ (Rundschreiben des BV vom 5.6.).

Das kann nach Lage der Dinge nur bedeuten, daß die Wahlplattform sich keineswegs an der Gesamtheit des in Saarbrücken beschlossenen Programms zu orientieren habe, sondern daß die umstrittenen Passagen nun „ausgeklammert“ werden sollen zugunsten eines kassierten Textes, der auch von den Rechten „mitgetragen“ werden kann. Wir werden in diesem Artikel konkret am Entwurf der Programmkommission für die Wahlplattform zeigen, daß genau dies der Fall sein soll.

Zu Punkt 2: Die Forderung der „Ablehnungsfront“ nach Aufhebung von umstrittenen Passagen des Saarbrückener Programms bis nach den Bundestagswahlen hat in dieser Form in Dortmund wahrscheinlich keine Chance. Dabei sticht vor allem das Argument des Bundesvorstands, daß es rein zeitlich nicht praktikabel sei, in Dortmund die Programm-Diskussion noch einmal zu beginnen.

Trotzdem scheint sich ein „konsensfähiger Kompromiß“ abzuzeichnen, der die „Ablehnungsfront“ weitestgehend zufriedenstellen dürfte – abgesehen vielleicht von ein paar total durchgeknallten Rechtsstaßen: Das Saarbrückener Programm wird zwar nicht angetastet, aber „relativiert“, das heißt in seinem praktischen Wert stark herabgesetzt. Zum einen wird stark betont, daß das Programm einer „kontinuierlichen Weiterentwicklung“ bedürfe (BV, Rundschreiben vom 5.6.) und daß man nach der Bundestagswahl die Diskussion um das Programm wieder aufnehmen wolle (Haußleiter im AK 178, S. 8). Und zweitens erfolgt eine Abwertung des Saarbrückener Programms durch die in Dortmund zu beschließende Wahlplattform. Diese wird vom BV ausdrücklich damit begründet, daß „das Saarbrückener Programm als Orientierungshilfe für die Wähler zu umfangreich ist“ (Rundschreiben vom

5.6.). Zum einen wird also die Geltungsdauer des Saarbrückener Programms ausdrücklich auf die Zeit bis zur Bundestagswahl beschränkt; nach der Wahl steht es wieder zur Diskussion. Zugleich wird aber für eben diese Zeit des Bundestagswahlkampfes das Saarbrückener Programm durch eine eigens zur Bundestagswahl erarbeitete weitaus rechtliche Wahlplattform in Frage gestellt bzw. verdrängt. Diese geplante Lösung kommt der ursprünglichen Forderung der „Ablehnungsfront“ sehr nahe, die umstrittenen Teile des Saarbrückener Programms bis zur Bundestagswahl aus dem Verkehr zu ziehen und dann neu zu diskutieren. Den linken GRÜNEN bliebe bei dieser Regelung lediglich der Spielraum, ihrerseits einen autonomen Wahlkampf – unter Berufung auf das Saarbrückener Programm – zu führen.

Zu Punkt 3: Die von der Rechten geforderte Distanzierung der GRÜNEN von „kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik“ hat in der von ihnen ursprünglich formulierten Form keine Chance. Ausdrucksreicher ist ein Antrag von Georg Otto (GLU Niedersachsen) und dem Kreisverband Hildesheim der GRÜNEN, der folgende Formulierung (als Teil des Präambel-Textes der Wahlplattform) vorschlägt: „Die grünen Grundwerte sind mit kapitalistischer, einschließlicher faschistischer Politik unvereinbar. Sie stehen auch mit der Politik der sogenannten kommunistischen Staaten in Widerspruch“. Diesem Vorschlag hat u.a. Rudolf Bahro bereits ausdrücklich seine Unterstützung zugesichert. Diese Formulierung erfüllt zwar die ursprüngliche Forderung der „Ablehnungsfront“ nur zur Hälfte. Dies dürfte aus ihrer Sicht aber erträglich erscheinen, da sie sich mit ihren ersten beiden Forderungen in der Praxis sehr weitgehend durchzusetzen scheint.

Zum Entwurf der Wahlplattform

Für die Wahlplattform wird die Programmkommission in Dortmund einen Entwurf vorlegen. Ausgearbeitet wurde dieser Entwurf im Wesentlichen von Hopflitschek (AL Westberlin) und Lippelt (Niedersachsen, steht Gruhl nahe). Weitgehende Einwände gegen diesen Entwurf hat der Hamburger Vertreter in der Programmkommission, Reents, gemacht. Außerdem will Gruhl noch einige Punkte in seinem Sinne verändert sehen. Diese Fragen sollen kurz vor Dortmund in der Programmkommission nochmals beraten werden. Diese Fragen sollen kurz vor Dortmund in der Programmkommission nochmals beraten werden. Im Folgenden können wir uns also noch nicht auf den endgültig in Dortmund vorliegenden Entwurf der Programmkommission beziehen, sondern nur auf den vorläufigen Entwurf, der aber – mit Ausnahme der umfangreicheren Einwände von Reents und der nur als „punktuell“ gekennzeichneten Änderungswünsche von Gruhl – vom Rest der Programmkommission zunächst getragen ist.

Wir beschränken uns auf eine Analyse dieses Entwurfs – es liegen noch mehrere alternative Entwürfe aus dem rechten Spektrum der GRÜNEN für Dortmund vor –, da dieser Entwurf voraussichtlich der „beste“ sein wird, der in Dortmund auf den Tisch kommt, dort also eher noch Verschlechterungen zu befürchten sind.

Ein zentraler Kritikpunkt der Rechten am Saarbrückener Programm war, daß dort viel zu viele „Versprechungen“ (Forderungen) bezüglich sozialer Leistungen des Staates enthalten seien (Gruhl), daß „ein naiver Selbstbedienungsladen“ sozialer Forderungen ausgebreitet werde (Springmann). Dieser Kritik der Rechten wurde im vorläufigen Entwurf der Programmkommission konsequent Rechnung getragen: Unter dem Vorwand, das Saarbrückener Programm zu „kürzen“, um es „für den Wähler überschaubar“ zu machen, wurde ein Großteil der sozialen Forderungen „rausgeklürzt“. Nur eine stark reduzierte Auswahl der teilweise sehr konkreten und ausführlichen Forderungen des Saarbrückener Programms soll in die Wahlplattform übernommen werden. Im einzelnen sieht das beispielsweise so aus:

Frauen: Weggefallen sind die Forderungen nach Kündigungsschutz

für alleinstehende Frauen/Männer mit Kindern und nach Anerkennung und sozialer Absicherung der Hausarbeit als Vollberuf. Der sehr detaillierte Forderungskatalog zum Punkt „Gewalt gegen Frauen“ wurde reduziert auf das wenig konkrete Sätzchen „Förderung autonomer Fraueninitiativen (wie Frauenhäuser), die sich gegen die alltägliche Gewalt gegen Frauen wenden“ (Wir drucken nebenstehend zum Vergleich diesen Punkt des Saarbrückener Programms im Wortlaut ab, um an diesem typischen Beispiel das katastrophale Ausmaß der beabsichtigten „Kürzungen“ zu veranschaulichen). Ebenso wurde der Punkt „Mutterschutz“ rigoros zusammengehackt; weggefallen sind konkrete Forderungen nach Schaffung von mehr Beratungsstellen für Schwangere und Mütter, Förderung des Tages-Mütter (Väter)-Modells, „umfassenden gesellschaftlichen Hilfen“ für alleinstehende Eltern sowie nach 14-tägigem Bildungsurlaub für Elternkurse.

4. Gewalt gegen Frauen

In der Bundesrepublik Deutschland werden jährlich ca. 4 Millionen Frauen geschlagen und mißhandelt. Sie sind Opfer einer Gesellschaft, in der Macht und Unterdrückung tagtäglich ausgeübt und getragen werden. Frauenhäuser, die diese Frauen mit ihren Kindern aufnehmen, bekommen in der Regel keine bedingungslose staatliche Unterstützung. Die Zunahme der Vergewaltigungen von Frauen ist besorgniserregend. Deshalb fordern wir:

- Finanzielle Unterstützung autonomer und selbstverwalteter Frauenhäuser sowie Anerkennung von Frauenhausvereinen als Trägern.
- Keine Kontrolle und keine Eingriffe in das Konzept autonomer Frauenhäuser.
- Diskriminierung von Frauen muß unter Strafe gestellt werden. Einzuwickeln ist eine Institution unter Vorsitz einer Beauftragten für Frauenfragen, gegen Diskriminierung und Benachteiligung im Arbeitsleben und in der Gesellschaft. Sie hat das Recht und die Pflicht, Diskriminierungsmaßnahmen aufzuheben, notfalls über die Gerichte. Jede Frau kann sich an diese Stelle wenden.
- Gerichtsverfahren unter dem Vorsitz von weiblichen Richtern zum Schutz der betroffenen Frauen, die oft noch unter dem Schock der Straftat stehen.
- Strafrechtliche Verfolgung der Vergewaltigung und Gewalt in der Ehe. Nur weibliche Beamte sollten die Vernehmungen durchführen.
- Zur medizinischen Versorgung müssen auch nachts Frauenärztinnen im Notdienst zur Verfügung stehen.

Zum Vergleich: Ein Abschnitt mit

Zum Vergleich: Ein Abschnitt mit konkreten Forderungen aus dem Saarbrückener Programm. Soll das alles in Dortmund den Rechten geopfert werden?!

Im umstrittenen Punkt „218“ wurde bei den Verhütungsmitteln kurzerhand die Forderung nach deren „kostenloser Abgabe“ gestrichen; die Kürzungswut der Programmkommission ging sogar soweit, statt der in Saarbrücken beschlossenen „volle Übernahme der Abtreibungskosten durch die Krankenkasse“ nur noch deren Übernahme zu fordern – was immer auch damit bezweckt werden mag. Der „größeren Übersichtlichkeit für den Wähler“ soll außerdem ersatzlos die Forderung zum Opfer fallen: „Keine Strafverfolgung und Einschüchterung von Frauen und Ärzten, die abgetrieben haben“!

Kinder: Weggefallen sind die meisten konkreten Forderungen wie „Erziehungsgehalt“ (für Eltern, die zugunsten eines Kleinkindes ihren Beruf nicht ausüben), Urlaub bei vollem Lohnausgleich für Eltern kranker Kinder, „Ausbau ausreichender und für kleine Einkommen kostenloser Kindertagesstätten“. Statt dieser immerhin sehr konkreten Forderungen an den Staat stehen im vorläufigen Entwurf der Programmkommission nun unkonkrete Forderungen wie „Mehr Autonomie für Kinder und Jugendliche“ oder „Menschenwürdige Verhältnisse für aufwachsende Menschen“. Nicht zufällig soll es statt der Forderung nach „Staatlicher Unterstützung von Eltern/Kind-Initiativen“ (Saarbrücken) nun heißen: „Förderung von Kinderhäusern“. Ebenso wie z.B.



bei der Forderung nach Häusern für geschlagene Frauen soll der Charakter einer Forderung an den Staat verwischt bzw. verändert werden – im Sinne der Demagogie von Gruhl, Springmann, Dinne usw. gegen „zuviel Sozialstaat“.

Alte Menschen: Der vorläufige Entwurf der Programmkommission wendet sich in sehr unkonkreter Form „gegen ein „Abschieben“ in Altersheime“, ohne zu erklären, an wen sich diese Forderung richtet und wie sie zu realisieren wäre. Im Saarbrückener Programm hingegen – das sicher auch noch nicht „das Gelbe vom Ei“ war – hieß es hierzu immerhin: „stationäre Versorgung in Wohnnähe“, ein „Heimhelferdienst“ für ambulante und medizinische Betreuung alter Menschen; „Einrichtung von Tagesstätten, in denen ältere Menschen sich schöpferisch betätigen können“. Diese konkreten Alternativen zum Altersheim-Betrieb sollen nun nicht mehr erwähnt werden. Weggefallen soll auch die Forderung nach flexibler Altersgrenze ab 55 Jahren. Statt „Rentner sollen ein unversteuertes Einkommen erhalten, das den Mindestlohn für Arbeitnehmer nicht unterschreitet“, soll es in der Wahlplattform nur noch unkonkret heißen: „Für mehr Hilfe der unteren Rentnerempfänger“.

Das vorgeschobene Argument, durch solche „Kürzungen“ das „umfangreiche“ Saarbrückener Programm „für den Wähler überschaubar“ zu machen, ist offensichtlich lächerlich und absurd: Diese Punkte machen im gedruckten Saarbrückener Programm insgesamt nur sechs Seiten aus – die zudem weit mehr Bilder als Text enthalten. Hinzu kommt, daß „die Wähler“, sofern sie sich überhaupt mit Parteiprogrammen befassen, selbstverständlich gerade an den konkreten sozialen Forderungen äußerst interessiert sind. Demnach ist eindeutig, daß es sich nicht um eine sinnvolle „redaktionelle Bearbeitung“ des Saarbrückener Programms handelt, sondern um eine weitgehende und beabsichtigte Liquidierung gerade seiner konkreten sozialen Inhalte – zugunsten der Versöhnung mit Gruhl, Dinne & Co.

der Versöhnung mit Gruhl, Dinne & Co.

Gegen „Lernfabriken“ und „Groß-Krankenhäuser“

Derselbe Geist prägt besonders die Aussagen zu „Bildung und Forschung“ und „Umwelt und Gesundheit“ im vorläufigen Entwurf der Programmkommission. Diese Passagen waren schon im Saarbrückener Programm miserabel, sollen jetzt aber noch mehr verschlimmert werden. Für jeden halbwegs fortschrittlichen Menschen wäre es selbstverständlich, hier die Kritik an der „Sparpolitik“ des Staates zu Lasten der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen. Stattdessen finden sich im vorläufigen Entwurf der Programmkommission Polemiken gegen „Schulmaschinen“, gegen „technokratische Lehr- und Lerninhalte“, gegen einen angeblichen „Riesenaufwand an Medikamenten und Apparaten“ sowie gegen „Großkrankenhäuser“ – eine Kritik, die in diesem konkreten Zusammenhang reaktionär ist. Selbstverständlich konnten sich die GRÜNEN schon in Saarbrücken nicht zur Unterstützung von Gesamtschulen durchringen (die von den rechten Grünen als „Lernfabriken“ etc. diffamiert werden), sondern fordern jetzt – so stattdessen im vorläufigen Entwurf der Programmkommission – „dezentrale, überschaubare Schulen aller Stufen“. Außerdem sollen jetzt konkrete Forderungen des Saarbrückener Programms auf der Strecke bleiben: „Einheitliches, integriertes Schulwesen“ (Ausbildung aller Jugendlichen bis zur 10. Klasse), kleinere Klassen.

Zum Gesundheitswesen haben bei den GRÜNEN schon im Saarbrückener Programm die Scharlatane das Sagen gehabt – was mit einer weitgehenden Enthaltensamkeit der Linken

zu diesem Thema sicher zusammenhängt. Im vorläufigen Entwurf der Programmkommission zur Wahlplattform wird der Unfug noch auf die Spitze getrieben: Konkrete Forderungen an den Staat tauchen gar nicht mehr auf, dafür stehen Forderungen wie „kritische Aufklärung über Ernährungsgewohnheiten und Konsumgewohnheiten ... (Nikotin, Alkohol usw.)“ und „Erziehung der Menschen über die Zusammenhänge von äußerer und innerer Natur“ jetzt ganz im Vordergrund. – In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß Olaf Dinne in Bremen ja schon Streichungen am Gesundheits-Haushalt gefordert hat, verbunden mit heftigen Attacken gegen die „Mammut-Krankenhäuser“.

Zur Vervollständigung: Auch im Abschnitt „Raumordnungs- und Siedlungspolitik“ (Wohnen) soll für die Wahlplattform selbstverständlich der detaillierte – und recht brauchbare – Katalog konkreter sozialer Forderungen des Saarbrückener Programms entfallen zugunsten von ein paar unverbindlichen und unkonkreten Schnacks. Nur der Kuriosität halber sei abschließend ein Satz aus dem Punkt „Verkehrspolitik“ im vorläufigen Entwurf der Programmkommission zitiert: „Autobahnen, Straßen, Kanäle und Flughäfen dienen dem grenzenlosen Wachstum“.

Insgesamt kommt die „Ablehnungsfront“ mit ihrer Forderung nach einer „Wahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt“ (und mit einem Minimum an „sozialstaatlichen“ Forderungen durch den vorläufigen Entwurf der Programmkommission voll auf ihre Kosten.

Weitere „Kürzungen“

Weitere wichtige vorgesehene „Kürzungen“ bzw. Änderungen betreffen zwei zentrale, in und seit Saarbrücken umstrittene Programmpunkte.

Da ist zum einen der Punkt „Diskriminierung von sexuellen Außenseitern“. Hierzu wurde (unter wütendem Protest der Springmann-Truppe) in Saarbrücken ein relativ langer Text beschlossen, der – mit kleinem Bild – immerhin eine ganze Seite der gedruckten Fassung des Programms einnimmt. Dieser Programmpunkt, von linken GRÜNEN aus der Schwulen- druckten Fassung des Programms einnimmt. Dieser Programmpunkt, von linken GRÜNEN aus der Schwulenbewegung formuliert, enthielt sehr weitgehend alle wesentlichen Forderungen der Schwulenbewegung, beispielsweise Streichung des § 175, Neufassung der §§ 174 und 176, sofortige Vernichtung polizeilicher „rosa Listen“, Rehabilitierung und Entschädigung schwuler KZ-Opfer u.a.m. Stattdessen ist im vorläufigen Entwurf zur Wahlplattform nur noch ein einziger Satz vorgesehen: „Homosexualität und Heterosexualität sind gleichwertige Ausdrucksformen von menschlicher Sexualität“. Nicht viel besser geht es einer weiteren „sozialen Randgruppe“, den Sinti(Zigeuner): Statt konkreter Forderungen wie Beendigung der Behörden- und Polizei-Schikanen, „rückhaltlose Entschädigung“ der Sinti für die Verbrechen der Nazis und einem sehr guten Katalog weiterer Forderungen im Saarbrückener Programm soll es nun in der Wahlplattform nur noch heißen: „Die Roma-Sinti (Zigeuner) haben ein Recht, nach ihrer eigenen Kultur und Geschichte zu leben.“

Ein weiterer Streitpunkt war die in Saarbrücken beschlossene Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, woran den Rechten speziell der Lohnausgleich sehr mißfiel. Im Entwurf der Programmkommission zur „Grundsatzerklärung Ökologie-Ökonomie“ (entworfen von E. Hopflitschek, nicht zu verwechseln mit der Wahlplattform) wurde dieser Kritik der Rechten bereits Rechnung getragen: „Die konkrete Forderung, nämlich 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ist allerdings nicht isoliert von unserer Zielsetzung, die Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung aufzuheben, zu sehen. Daher muß die Forderung bei

Fortsetzung nächste Seite

Thesen zur Perspektive der Grünen Partei

Zweckbündnis gegen die 5%-Klausel

Die Grüne Partei ist bisher in der Hauptsache ein geradezu klassisches Zweckbündnis und als solches ein Kind der bundesdeutschen 5%-Klausel. In der Grünen Partei sind unterschiedlichste, teilweise offen antagonistische Strömungen zusammengekommen, die jede für sich selbst derzeit nicht in der Lage wären, mit hinreichender Erfolgchance auf Überwindung der 5%-Hürde an den bürgerlichen Wahlen teilzunehmen, zumal dann nicht, wenn diese unterschiedlichen Strömungen mit separaten Listen gegeneinander konkurrieren würden.

Um dem Bündniszweck näher zu kommen, muß das Spektrum der Grünen Partei nach rechts und links so breit sein, daß sich keine relevanten konkurrierenden Parteien mit grün/alternativem Anspruch bilden können. Diese Breite des Spektrums muß auch im Programm, in der Verteilung der innerparteilichen Macht usw. durchschlagen.

Entgegen Thesen aus unterschiedlichen Teilen der Grünen Partei ist diese aber weder der „historische Kompromiß“ jenseits angeblich überholter politischer Definitionen („Rechts und Links“, „Fortschrittlich und Konservativ“), noch ist sie die „Synthese von ökologischer und radikaldemokratischer Bewegung“.

Eine „Synthese“ oder ein „Kompromiß“ zwischen den Strömungen des derzeit in der Grünen Partei vertretenen Spektrums ist nicht möglich. Das gilt zugespitzt vor allem für die Widersprüche zwischen Marxisten in der Partei einerseits und dem Spektrum der selbsternannten Gralshüter des „wahren Ökologismus“ andererseits (die Ablehnungsfront gegen das Saarbrückener Programm). Das gilt ähnlich auch für die Widersprüche zwischen einer marxistischen Sicht der Weltlage einerseits und der sozialchauvinistischen Sicht andererseits, wie sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit von den Resten der aufgelösten „KPD“ innerhalb der Grünen Partei verfochten wird. Das gilt für die unterschiedlichen Positionen in der „Gewaltfrage“ usw.

Derart antagonistische Widersprüche können zwar in punktuellen Aktionsbündnissen ausgehalten werden – vor allem dann, wenn der Gegenstand des Aktionsbündnisses nicht die zentralen Widersprüche berührt – beispielsweise in der Anti-AKW-Bewegung, wo es starke gemeinsame Interessen gibt. Es ist aber unmöglich, diese Widersprüche in einer Partei auf längere Sicht zu ertragen oder gar miteinander zu versöhnen. Denn die Partei muß zwangsläufig programmatische und praktische Antworten auch und gerade für die innerhalb der Partei kontrovers beantworteten Fragen (z.B. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Außen- und Friedenspolitik) geben. Und sie muß diese Antworten mit einer gewissen Einheitlichkeit geben. Eine Situation, bei der beispielsweise die Landesverbände je nach Dominanz der einen oder anderen Orientierung kontroverse Politik in zentralen Fragen betreiben, ist zwar kurzfristig denkbar – würde aber rasch zu Unzulänglichkeiten der Partei führen.

Dominanz der „Mittelkräfte“

In der heterogenen, teilweise antagonistisch zusammengesetzten Grünen Partei könnte – selbst bei einer hypothetischen Parteitage-Mehrheit – weder der marxistische noch der „wahrhaft ökologische“ Teil die eigenen programmatischen und politischen Vorstellungen durchsetzen, ohne den Zerfall des Bündnisses zu provozieren. Das Wesen dieses Zweckbündnisses drängt zum „Kompromiß“. Hieraus ergibt sich die starke Stellung der „Mittelkräfte“.

Entgegen den Siegesfeiern einiger Marxisten in der Grünen Partei hat der Parteitag von Saarbrücken nicht die Linke, sondern die „Mittelkräfte“ als Sieger gesehen. Das in Saarbrücken beschlossene Programm enthält kaum spezielle Auffassungen der Linken. Vor allem für die umstrittenen Programmpunkte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zur Außen- und Friedenspolitik gilt, daß diese mit dem Programm der AUD – der am besten organisierten Gruppe der „Mittelkräfte“ – viel mehr Ähnlichkeit haben als mit marxistischen Programmen.

Beispielsweise enthält das in Saarbrücken beschlossene Programm den Satz: „Die Großkonzerne sind in überschaubare Betriebe zu entflechten, die von den dort Arbeitenden demokratisch selbstverwaltet werden“. Abgelehnt wurde ein Antrag, der in diesen Satz noch die „Überführung in gesellschaftlichen Besitz“ einfügen wollte. Das AUD-

Programm, zum Vergleich, enthält in diesem Zusammenhang die Forderungen nach „politischer Entmachtung des Großkapitals“, „Beseitigung aller Monopole auf dem Zeitungsgebiet“, „Vergesellschaftung der Großunternehmen, die allein oder als wenige den Markt bestimmen“, „Umwandlungen der Konzerne und aller für die Gesellschaft wichtigen Betriebe in Genossenschaften“, „Vergesellschaftung des Bankwesens“.

Das ist zwar kein sozialistisches Programm (auch wenn die AUD es als „Sozialismus der Zukunft“ bezeichnet), aber es geht insgesamt weiter als das, was in Saarbrücken zu diesem Punkt beschlossen wurde.

Auch in den außenpolitischen Aussagen steht das Saarbrückener Programm der AUD näher als marxistischen Vorstellungen und Schlussfolgerungen. Das AUD-Programm geht davon aus, daß „der Imperialismus mit seinem Ausweitung, Unterwerfung und Ausbeutungswillen... überwunden“ werden müsse zugunsten eines „Weltgleichgewichts“, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem „freien Sozialismus“ beruhen müsse. Im Einzelnen wird im AUD-Programm gefordert:

- + Überwindung und Auflösung der Militär- und Wirtschaftsblöcke.
- + „Gesicherte Neutralität“ für „ganz Deutschland“ und Mitteleuropa. Blockfreiheit.
- + Abzug aller Besatzungstruppen aus BRD und DDR.
- + Verzicht auf Atomrüstung.
- + Atomwaffenfreie Zone und „umfassende Abrüstung“ in Mitteleuropa.

Spaltung des „grünen“ Spektrums

Bereits in Saarbrücken zeigte sich die Unmöglichkeit, das gesamte Spektrum der Grünen Partei mit diesem Programm zusammenzuhalten. Erhebliche Kräfte haben sich nach Saarbrücken zu einer Ablehnungsfront zusammengeschlossen, um eine Revision des Programms durchzusetzen.

Diese Formierung zeugt nicht von besonderer Starrköpfigkeit und Kompromißunfähigkeit dieser Kräfte, sondern entspricht der realen Unversöhnlichkeit der Widersprüche im derzeitigen grünen Spektrum.

Es kann beispielsweise gar keinen Kompromiß oder Mittelweg geben zwischen der Unterstützung der Arbeiterkämpfe einerseits und Verzichtspredigten an die Arbeiterklasse andererseits. Es kann keinen „Kompromiß“ geben zwischen einem Olaf Dinne, der Streichungen am Bremer Sozialhaushalt fordert und jenen anderen Kräften bei den Grünen, die sich für eine Erhöhung der Sozialausgaben (auf Kosten von Rüstung, Polizei etc.) einsetzen. Es kann keinen Kompromiß geben zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper und der faschistoiden Verteufelung der Abtreibung beispielsweise durch die Mehrheit der GAZ.

Für alle diese Widersprüche lassen sich vorübergehend möglicherweise raffinierte Formulierungen und Tauschgeschäfte auskugeln, nicht aber dauerhaft tragfähige Lösungen innerhalb einer Partei finden.

Die Grüne Partei scheint noch schneller als bei ihrer Gründung zu erwarten auf den Punkt zuzusteuern, an dem sich das in Karlsruhe zusammengeführte Spektrum als zu breit erweist. Diese Beschleunigung des Wieder-Auseinanderfallens des grünen Spektrums hängt eng mit der offensichtlichen Chancenlosigkeit der grünen Bundestagskandidatur in diesem Jahr zusammen. Unmittelbarer Zweck dieses Bündnisses war die Erreichung eines möglichst respektablen Ergebnisses bei der Bundestagswahl, optimal die Eroberung einer parlamentarischen Repräsentanz.

Realistisch betrachtet sehen aber die Chancen, diesen Bündniszweck zu erreichen, nicht gut aus: Wenn man die Ergebnisse der Landeswahlen von Bremen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit den entsprechenden Ergebnissen der Europa-Wahlen 1979 „hochrechnet“, so ergibt sich, daß die Grüne Partei im Bundesdurchschnitt ungefähr auf 3,5 – 3,6% kommen könnte. Real wird das Ergebnis voraussichtlich noch schlechter aussehen, da „Protestparteien“ durchweg bei Kommunal- und Landeswahlen mehr Stimmen bekommen als bei den Bundestagswahlen. Dies gilt erst recht

Dieser Text wurde für eine inzwischen erschienene Broschüre von KB, „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ und Z-Gruppe geschrieben; er ist also nicht mehr ganz aktuell. Insbesondere ist nach dem sich anbahnenden faulen „Kompromiß“ für den Dortmunder Parteitag der Grünen die Frage, nach welcher Seite es zu einer Reduzierung des Spektrums der Partei kommt, wieder offen.

Die Angabe über „Massenaustritte“ in Schleswig-Holstein entsprach den damaligen ersten Informationen; real scheinen bisher aber nur wenige Grüne dort ihre Austritts-Ankündigungen verwirklicht zu haben.

in einer Situation, wo wahrscheinlich bis zum letzten Tag des Wahlkampfes die Möglichkeit eines Sieges von F.J. Strauß beschworen werden wird.

Da von dem Wahlausgang ohnehin eher eine Schwächung als eine Stärkung der Grünen zu erwarten ist, fällt es der Ablehnungsfront leicht, mit ihrer Unterstützung für diesen Wahlkampf zu pokern.

Eine Reduzierung des Spektrums der Grünen Partei ist somit vorprogrammiert. Rein hypothetisch könnte diese Reduzierung sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite des Spektrums erfolgen. Der derzeitige Stand spricht aber dafür, daß die Reduzierung wahrscheinlich auf dem rechten Flügel des Spektrums erfolgen wird, d.h. bei den selbsternannten Gralshütern des „wahren Ökologismus“. Mit den Massenaustritten rechter Grüner in Schleswig-Holstein hat diese Reduzierung bereits begonnen. Diese Reduzierung wird sich wahrscheinlich in Schüben vollziehen, teilweise erst nach der Bundestagswahl.

Die bereits erkennbare Spaltung der in Karlsruhe gegründeten Grünen Partei würde vor allem in zwei Punkten das zukünftige Gesicht der alternativen Wahlbewegung wesentlich beeinflussen:

1. Das Ziel, durch einen denkbar breiten Zusammenschluß konkurrierende Kandidaturen zu vermeiden, wäre wieder in Frage gestellt.
2. Jede mögliche Reduzierung des Spektrums der Grünen Partei würde eine Verschiebung des inneren Kräfteverhältnisses zuungunsten der „Mittelkräfte“ zur Folge haben. Diese würden faktisch ihre bisherige dominierende Stellung verlieren. Eine solche Verschiebung des inneren Kräfteverhältnisses würde mit einiger Wahrscheinlichkeit auch auf Programmatik, Politik und Personalentscheidungen der Partei durchschlagen. Das würde zu einer stärkeren Differenzierung der „Mittelkräfte“ führen und für Teile dieser Kräfte nicht mehr akzeptabel sein – sodaß schließlich eine weitere Reduzierung des Spektrums folgen würde. Nach Lage der Dinge weist diese Perspektive auf eine Trennung der Grünen Partei von ihren konservativen, aber teilweise auch von ihren „undogmatisch linken“ Komponenten hin.

Perspektiven nach der Bundestagswahl

Eine grüne Bundespartei als real einheitlich handelnde Organisation (und nicht bloß als leere Hülle des vermeintlich handelnden Organismus) ist aus den oben angeführten Gründen nach Abschluß der diesjährigen Bundestagskampagne kaum vorstellbar:

1. Die Konzentration auf ein gemeinsames Ziel entfällt. Stattdessen gewinnen die Sonderinteressen (Kommunal- und Landtagswahlen) an Bedeutung.
2. Der Vergleich zwischen den Landtagswahlen in Hamburg und Westfalen einerseits, Baden-Württemberg andererseits, zeigt eindeutig, daß stark voneinander unterschiedliche soziale Potentiale angesprochen worden sind. Der Versuch, diese Potentiale bundesweit durch eine Partei zu gewinnen, hat wenig Erfolgsaussichten. Die sich abzeichnende Spaltung der Grünen Partei ist gerade auch Ausdruck der Schwierigkeit, eine gemeinsame Basis für die Protestpotentiale aus dem „alten“ und „neuen Mittelstand“, aus der Jugend und möglichst auch noch aus der Arbeiterklasse zu finden.

Nach Abschluß der Bundestagswahl werden daher die kommunalen bunten und alternativen Listen sowie die sie tragenden Basisinitiativen wieder an Bedeutung gewinnen. Die Programme dieser Initiativen und Listen werden sich vom Saarbrückener Programm der Grünen Partei deutlich unterscheiden. Klar ist beispielsweise, daß der klägliche Kompromiß in Sachen § 218, der in Saarbrücken vereinbart wurde, eindeutigen Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 weichen wird. Klar ist beispielsweise auch, daß allerlei Verquollenes und Konfuse im grünen Wirtschaftsprogramm „überarbeitet“ werden muß, um auf diesem Gebiet zumindest den Stand der Jusos zu erreichen bzw. möglichst darüber hinauszugehen.

Grüne Partei und Massenbewegungen

Aus diesen Thesen zur Perspektive

der Grünen Partei geht hervor, daß wir den Behauptungen linker Grüner, ihre Partei sei Ausdruck der realen Bewegungen („ökologische und radikaldemokratische Bewegung“) und als solche zentrales Kettenglied eines (sozialistischen bzw. radikaldemokratischen) Parteibildungsprozesses, nach wie vor skeptisch gegenüber stehen. Hierzu ein paar interessante Anhaltspunkte aus der Praxis, die in den Analysen linker Grüner meist unberücksichtigt bleiben:

– In keiner einzigen Massenbewegung oder Massenaktion hat bisher die Grüne Partei eine relevante Rolle gespielt. Im besten Fall sind Massenaktionen von der Grünen Partei unterstützt worden. Selbst solche Unterstützung hielt sich aber bisher in bescheidenem Rahmen und hatte oft eher den Charakter von Eigenwerbung (z.B. Besuch von Gruhl im 1004-Dorf).

– In den Basisinitiativen ist die Grüne Partei – anders als Bunte/Alternative Listen – nur in seltenen Fällen praktisch verankert. Der vor und nach Karlsruhe prophezeite „Sog“ aus den Basisbewegungen in die Grüne Partei ist ausgeblieben, die Tendenz teilweise sogar wieder rückläufig.

– Die Mitglieder-Entwicklung der Grünen Partei stagniert seit Karlsruhe, nachdem sie sich vor Karlsruhe innerhalb weniger Wochen im Bundesmaßstab verdreifacht hatte. Nicht einmal die Niederlage der Rechten in Saarbrücken hat zu einer neuen „Eintrittswelle“ geführt. Besonders eindrucksvoll ist die Entwicklung in Hamburg, dem linken Landesverband der Grünen: Hier gab es zwischen dem 30.11. und 20.12.79 eine Versechsfachung der Mitgliederzahl, auf 734. Danach trat Stagnation ein. Zum Zeitpunkt von Karlsruhe gab es etwa 750 Mitglieder, Anfang Februar 785, Ende April rund 800.

– Der Anteil der wirklich Aktiven unter den eingetragenen Mitgliedern ist sehr gering. Ein neuer Motivierungsschub ist von der Grünen Partei nicht ausgegangen. Teilweise wird diese Problematik durch eine fleißige Stellvertreter-Politik linker Grüner überspielt.

Die Desillusionierung nach der Bundestagswahl dürfte die hier ange deuteten Tendenzen noch verstärken.

Die Grüne Partei ist also unserer Einschätzung nach durchaus nicht das „Ei des Kolumbus“, als das sie in ihrer Gründungsphase (Winter 79/80) einem Teil der Linken erschien. Insgesamt scheint hier Ernüchterung eingetreten zu sein – was parallel auch der sinkende Stern Rudolf Bahros signalisiert. Wir halten deshalb die bisherige Politik mancher linker Grüner für sehr kurzfristig, zugunsten einer totalen Konzentration auf die Grüne Partei den engeren Zusammenschluß der örtlichen bunten/alternativen Listen nicht nur zu vernachlässigen, sondern eindeutig zu boykottieren. Wir stellen aus eben diesem Grund auch die Praxis der linken Grünen in Frage, die ihre ganze politische Arbeitskraft und Erfahrung aufwenden, um die schlichte Entdeckung hinauszuzögern, daß die Grüne Partei als solche den Basisinitiativen und realen Bewegungen kaum etwas zu bieten hat.

Daß die Grüne Partei allerdings Teil (aber eben nicht Zentrum) des Prozesses der Herausbildung einer sozialistischen Partei in der BRD ist, ist kaum zu bestreiten. Insofern müßte es eine Aufgabe von Kommunisten sein, auch innerhalb der Grünen Partei diesen Prozeß voranzutreiben. Das bedeutet u.a. Forcierung der „historisch“ unvermeidlichen und notwendigen Trennung der Grünen Partei von ihren konservativen und reaktionären Elementen.

Der KB hat zwar niemals grundsätzlich gegen eine Mitarbeit in der Grünen Partei Stellung genommen – auch wenn von interessierter Seite zum 100. Mal das Gegenteil behauptet wird. Der KB hat sich aber bisher nur mit geringen Kräften und wenig Einsatz innerhalb der Grünen Partei engagiert. Seit dem Saarbrückener Parteitag ist diese Praxis Gegenstand interner und öffentlicher kontroverser Diskussionen im KB. Diese Diskussionen haben allerdings bisher ein explizites oder stillschweigendes Votum für die bisherige Praxis – also Mitarbeit nur in geringem Umfang – ergeben. Nach dem Dortmunder Parteitag wird diese Frage erneut auf der Tagesordnung stehen.

Fortsetzung von Seite 12

vollem Lohnausgleich“ so differenziert werden, daß die erheblichen Unterschiede zwischen den unteren und den höheren Einkommen reduziert werden.“ In diesem Sinne schlägt die Programmkommission im vorläufigen Entwurf für die Wahlplattform folgende Formulierung vor: „Verkürzung der Arbeitszeit (35-Std.-Woche) ohne materielle Einbußen gerade der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen.“ Dies sagen wir GRÜNEN deshalb, weil die Ungleichheit der Einkommensverteilung sehr groß ist und bei Zeitverkürzung der Arbeit die sozial Schwachen nicht noch ärmer werden dürfen.“

Der Stein des Anstoßes, der volle Lohnausgleich, soll also als Wort gar nicht mehr auftauchen.

Zur Reaktion der linken GRÜNEN

Die Wahlplattform soll offiziell das zentrale Papier der GRÜNEN für den Bundestagswahlkampf sein und muß an diesem Anspruch gemessen werden. So ist es offensichtlich, daß diese Wahlplattform erschreckend weit hinter die Programme und Forderungen der bunten/alternativen Listen wie auch der verschiedenen realen Bewegungen zurückzufallen droht. Vor allem von deren konkreten Forderungen findet sich in dem vorläufigen Entwurf der Programmkommission fast gar nichts mehr wieder. Diese Wahlplattform wäre auch erheblich schlechter und reaktionärer als beispielsweise das Programm der DKP zur Wahl oder die Aussagen linker Sozialdemokraten, an denen es zwangsläufig im Wahlkampf gemessen werden wird.

Sollte diese Wahlplattform so oder noch verschlechtert in Dortmund verabschiedet werden, wäre die Revanche der Rechten für ihre Saarbrückener Niederlage geglückt.

Interview mit Wolf-Dieter Hasenclever

AK: Die „Erklärung zur Lage der Grünen“ ist von Ihnen nicht mit unterzeichnet worden. Ihre Erklärung gegenüber der „FR“ kurz nach der NRW-Wahl und die jetzt von der Landtagsfraktion der Grünen in Baden-Württemberg abgegebene Erklärung müssen aber doch wohl als Unterstützung der „Erklärung zur Lage der Grünen“ verstanden werden?

Hasenclever: Es handelt sich bei der Erklärung, die wir vom Landesvorstand und von der Landtagsfraktion verabschiedet haben, um eine differenzierte Unterstützung dieser Erklärung. Sie ist deswegen differenziert – der Wortlaut ist ja an einigen entscheidenden Punkten anders – als sie keine ultimativen oder sonstigen Drohungen enthält oder einen Druck ausüben soll, sondern sie ist ein Diskussionsbeitrag und auch als solcher gefaßt. Drei Punkte sind daran wesentlich, wobei die ersten zwei Punkte eigentlich ziemlich selbstverständlich sind und wohl auch von allen akzeptiert worden sind. Das eine ist die Wahlplattform, in der eine größere Verbindung von Ökologie zum Ausdruck gebracht werden soll. Das zweite ist, daß unseres Erachtens eine starke Akzentuierung im Wahlkampf auf die Gebiete der Ökologie im weiteren Sinne und vor allem auch der Friedenspolitik erfolgen sollte – als Vorschlag. Ich denke, das ist gegenwärtig auch relativ unstrittig.

AK: Aber gerade Herbert Gruhl hat doch öffentlich gegen das friedenspolitische Programm von Saarbrücken Stellung genommen, insbesondere gegen die dort verabschiedete Abrüstungsvorleistungen der BRD. Hasenclever: Ich halte gerade diese Forderung für ganz wichtig. Sie kommt ja wohl auch mit hier aus Baden-Württemberg. Ich habe sie immer sehr unterstützt, das war eines unserer Argumente schon im Landtagswahlkampf, eine solche Politik der schrittweisen Vorleistungen. Insofern stehe ich voll hinter diesen Forderungen, die im Saarbrückener Programm stehen. Ich meine sogar, daß die Grünen hier sich bewußt profilieren müssen als Friedenspartei, die das nicht nur im Munde führt, son-

dern mit sehr konkreten und verwirklichtbaren Vorschlägen auch an die Öffentlichkeit tritt – im Gegensatz zu den anderen, die immer nur davon reden, aber keine Handlungsvorschläge machen. Ich denke aber auch, daß Gruhl – so weit mir das bekannt ist jedenfalls, eine Revision der Saarbrückener Friedensteile zu fordern, und ich halte das schon für sehr wichtig.

AK: Das heißt also, es geht Ihnen in Dortmund nicht um eine Veränderung des Saarbrückener Programms insgesamt. Kommt es Ihnen im wesentlichen darauf an, daß sich ihre Vorstellungen in der in Dortmund zu beschließenden Wahlplattform wiederfinden?

Hasenclever: So ist es. Ich halte die Substanz des Saarbrückener Programms für im Grundsatz in Ordnung. Ich halte einige Einzelpunkte im Saarbrückener Programm für unüberlegt und für unausgegoren und auch für schlecht. Ich denke da z.B. an so einen Punkt, was da diskutiert worden ist, wie Streichung des Paragraphen 174 bis 176 StGB. Das ist ein Punkt, den ich für schlecht halte. Das müßte man zumindest sehr differenzieren. Oder ich denke an die pauschale Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ohne zu sagen, für welche Einkommensgruppen das gelten soll. Und ich denke einfach an den optischen Eindruck, im Wirtschaftslebens teil eine Art Forderungskatalog zu haben, ohne daß irgendwelche Querverbindungen sichtbar werden zu grundsätzlichen Fragen einer Wirtschaftsstruktur oder einer ökologischen Gleichgewichtswirtschaft, was immer das auch sein mag. Da habe ich Kritikpunkte ganz konkreter Art.

AK: Was die drei genannten Kritikpunkte angeht, ist die Programmkommission mit ihrem Entwurf für die Wahlplattform Ihren Vorstellungen doch gefolgt? Sie könnten mit der Vorlage der Programmkommission also ganz zufrieden sein?

Hasenclever: Ich sehe das weitgehend so. Ich habe das zwar noch nicht so genau durchstudiert, aber ich sehe, daß die Programmkommission sich wirklich bemüht hat, in Richtung auf

die Mitte zu gehen und zu versuchen, diese ernst aufgetretenen Konflikte im Interesse einer Einheit aufzufangen und abzubauen. Ich habe gehört, daß in Hildesheim noch einmal eine Sitzung stattgefunden hat, bei der etwas überarbeitet worden sein soll zwischen den Achbergern und der Programmkommission, aber das liegt mir noch nicht vor, dazu kann ich also noch nichts sagen. Aber ich glaube, wenn es gelingen könnte, sich in diese Richtung zu einigen in Dortmund, wäre das schon ein echter Fortschritt. Umgekehrt würde ich es für schlecht halten, wenn jetzt in Dortmund nochmals Verschärfungen der Wahlplattform oder, was ja auch immerhin noch in der Diskussion ist, Verschärfungen der Radikalität der Aussage des Saarbrückener Programms beschließen würde; das würde ich für außerordentlich schädlich halten.

AK: Denken Sie, daß auch die Unterzeichner der „Erklärung zur Lage der Grünen“ mit den Anträgen der Programmkommission einverstanden sein werden?

Hasenclever: Ich weiß, daß Gruhl selbst am Wochenende noch einmal mit der Programmkommission zusammen einige Dinge beraten will. Ich glaube, daß sicher einige der Unterzeichner – ich denke da an Hoss oder so – mit dieser Unterschrift zum Ausdruck bringen wollten, jetzt einmal unabhängig von einzelnen Punkten im Saarbrückener Programm oder auch unabhängig von der doch ziemlich emotional geführten Diskussion, daß die Zukunft der Grünen nicht darin liegen kann, aus den Grünen eine linke Partei zu machen, also eine Partei links von der SPD, daß sie das damit zum Ausdruck bringen wollten in einer Form, die natürlich in dieser Diskussion ziemlich Aufsehen erregt hat: Die Grünen sollen eine eigenständige politische Kraft sein, die sich von ihren Wurzeln her natürlich definieren muß als aus der grünen Bewegung entstanden. Das ist ja der Konflikt. Die einen sagen: wir wollen eine grüne Partei haben mit dem Ausgangspunkt der Sorge um die Vernichtung der Umwelt. Was natürlich nicht heißt, daß man eine



Ein-Punkt-Partei hat, das ist ja völlig klar. Und die anderen sagen: wir wollen die bunte Konzeption beispielsweise der Bunten Liste Hamburg auch auf das Bundesgebiet übertragen. Ich denke, daß unabhängig von Einzelforderungen, unabhängig von der wahrscheinlich guten Formulierung der Programmkommission, dieser Konflikt natürlich noch nicht ausgetragen ist.

AK: Das heißt, daß man sich in Dortmund zunächst bis nach der Bundestagswahl einigen sollte; oder ist für Sie die Beteiligung an der Bundestagswahl noch offen?

Hasenclever: Ich bin für eine Beteiligung an der Bundestagswahl und habe das verschiedentlich auch gesagt, weil für mich das Problem Strauß schon eine Rolle gespielt hat, aber nun nach der NRW-Wahl meines Erachtens politisch vom Tisch ist, so daß man unbeschwert an die Dinge herangehen kann. Deshalb bin ich also für eine Beteiligung an der Bundestagswahl, wenn die Sache in Dortmund halbwegs vernünftig ausgeht, also wenn es nicht zum Riesenkollaps kommt – was ich aber nicht annehme. Auf der anderen Seite gibt es natürlich Vorgänge, die mich auch

etwas besorgt stimmen, beispielsweise die Nachrichten aus Schleswig-Holstein, über die ich nicht sehr viel weiß; aber es stimmt mich besorgt, wenn gute Leute wie Boje Maaßen aus den Grünen ausgetreten sind, und ich finde, wenn sich so etwas durchsetzen sollte auch auf Bundesebene, wäre es natürlich auch sehr schlecht für die Grünen insgesamt – in meinen Augen. Ich möchte meine Sorge ausdrücken, daß sich so etwas breit macht wie Resignation oder Unlust der mittleren Kräfte, wozu ich bisher auch immer Boje Maaßen gezählt habe. Wenn da nur noch auf der einen Seite eine Gruppe – ohne Euren Lesern zu nahe zu treten – wie Jürgen Reents übrig bleibt und auf der anderen Seite Baldur Springmann, würde ich das für schlecht halten für die Grünen, weil ich meine, daß man so auf die Dauer jedenfalls keine durchschlagskräftige politische Gruppe bilden kann. Das verbindende Element (die mittleren Kräfte, AK) muß meines Erachtens politisch gestärkt werden. Daran wird sich auch der Erfolg von Dortmund zeigen. Das heißt, man muß aufeinander zugehen in einem sozusagen mittleren arithmetischen Punkt.

Interview mit Professor Ossip K. Flechtheim

AK: Herr Professor Flechtheim, was ist dran an dem Gerücht, Sie hätten Ihre Unterschrift unter die „Erklärung zur Lage der Grünen“ zurückgezogen?

Flechtheim: Ich habe formell nichts zurückgezogen. Ich habe nur, nachdem mir gesagt worden ist, daß diese Erklärung problematisch ist, sie mir noch einmal genau angesehen und gesagt, daß ich vielleicht einiges etwas anders formulieren würde und einiges anders interpretieren würde. Es geht ja im wesentlichen um drei Punkte. Erstens, der ökologische Schwerpunkt; ich glaube, das kann man durchaus vertreten.

AK: Bedeutet das für Sie, daß das Saarbrücker Programm eben keinen „ökologischen Schwerpunkt“ hat und deshalb geändert werden muß? Flechtheim: Nein, höchstens, daß man den ökologischen Schwerpunkt vielleicht noch deutlicher herausarbeiten kann. Zum zweiten Punkt war ich der Auffassung, daß wegen der Meinungsverschiedenheiten und der Schwierigkeit des Programms Wirtschaft und Arbeitswelt, Mensch und Gesellschaft – wohl einer der schwierigsten – es denkbar sei, daß hier noch einmal gründlich diskutiert würde, daß aber bis zu einem neuen Beschluß natürlich das Programm, so

wie es nun einmal akzeptiert worden ist, als Programm für alle gültig ist. Zum dritten Punkt scheint mir vor allem die Bedeutung der Friedenspartei wichtig. Das verstehe ich auch international, daß die Grünen sich für Abrüstung und eventuellen gewaltfreien Widerstand einsetzen sollen und auf die Gefahren nicht nur der Atomenergie in Friedenszeiten verweisen, sondern natürlich auch auf die Gefahr eines atomaren Krieges und das Bewusstsein zur Gewaltfreiheit ernst nehmen im doppelten Sinne. Erstens im Sinne des Verzehrs auf physische Gewalt, also Verletzung des Lebens von Menschen, Angriffe auf deren Gesundheit; aber auch in dem Sinne, daß eben gewaltfreie Aktionen im Sinne der Theorie der gewaltfreien Aktion als begrenzte Regelverletzung durchaus erforderlich sein können, auch wenn dabei gegen bestimmte geltende Gesetze verstoßen wird.

AK: Noch einmal zurück zur Friedenspartei: Gruhl als Mitinitiator der „Erklärung zur Lage der Grünen“ hat doch in der Presse zu verstehen gegeben, daß er das in Saarbrücken beschlossene friedenspolitische Programm, insbesondere die Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD, nicht mittragen könne.

Flechtheim: Ich habe Gruhl neulich gehört und hatte nicht den Eindruck, daß er auf diesem Standpunkt noch steht. Ich bin durchaus der Auffassung, daß wir mit Abrüstungsschritten beginnen sollten und daß das durchaus im Sinne der Gewaltfreiheit und der Grünen als Friedenspartei liegt. Es ist da noch die Frage der Abgrenzung von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik. Die Abgrenzung von faschistischer Politik ist ja wohl nicht problematisch. Die Abgrenzung von kapitalistischer Politik für mich auch nicht, auch in dem Sinne, daß man sowohl in der Innenpolitik wie auch in der Weltpolitik sich von den kapitalistischen Mächten abgrenzt und gegen sie Stellung bezieht. Der Ausdruck „kommunistisch“ ist natürlich heute, mehr als noch vor zehn Jahren, vieldeutig. Ich selber würde ihn genauer umschreiben im Sinne von stalinistisch oder sowjetkommunistisch oder realsozialistisch usw., um einen Unterschied zu machen zwischen dieser vorherrschenden Variante des Kommunismus, wie er in den autoritären Staatssystemen der Sowjetunion, der Ostblockstaaten, aber auch Chinas zum Ausdruck kommt, und gewissen kommunistischen Strömungen, wie sie von mir auch durchaus positiv bewertet worden sind: etwa in Jugoslawien in den vierziger und fünfziger Jahren oder auch in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 oder auch jetzt im Euro-Kommunismus. Da würde ich durchaus demokratische Ansätze sehen, die positiv bewertet werden sollten.

AK: Meinen Sie nicht, daß es bei der geforderten „Abgrenzung von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik“ – das ist doch eine Standardformel etwa von Baldur Springmann – weniger um eine Ablehnung des Stalinismus oder des „realen Sozialismus“ geht als vielmehr darum, die grüne Partei noch weiter nach links abzuschotten?

Flechtheim: Ich glaube, auch da kann man eine differenzierte Abgrenzung durchaus vertreten, weil es doch auch in der BRD kommunistische Gruppen gibt, die revolutionäre Gewalt positiv bewerten, sei es im Innern des Landes, sei es sogar im Sinne eines revolutionären Krieges. Das ist das eine. Die Stellungnahme von Springmann selber ist mir nicht so

bekannt. Aber dieses Schreiben ist ja nicht nur von Springmann unterschrieben, sondern von Carl Amery, Joseph Beuys, Heinz Brandt, Delphine Brox usw., Wilfried Heidt. Das sind doch sicher Leute, denen man nicht vorwerfen kann, daß sie nun etwa in der Abgrenzung eine konservativ-kapitalistische Position vertreten wollen.

AK: Nun ja...

Flechtheim: Jedenfalls wäre das bei mir nicht der Fall. Ich möchte mich durchaus als Öko-Sozialisten bezeichnen, habe dazu auch einiges in meinem Buch „Von Marx bis Kolkowski“ ausgeführt und würde es auch so verstehen.

AK: Sind die von der Programmkommission zur Wahlplattform und zur Grundsatzklärung „Ökologie/Ökonomie“ vorgelegten Entwürfe für Sie akzeptabel?

Flechtheim: Ich bin da noch nicht genau informiert. Ich möchte zweierlei dazu sagen. Ich glaube, daß das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie ein sehr neuartiges ist, daß gerade Sozialisten vor einer neuen Fragestellung stehen und sehr viele alte Positionen überdenken müssen. Ich möchte das an folgendem Beispiel klarmachen: zunächst einmal wäre für einen Sozialisten die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich selbstverständlich. Bei näherem Zusehen wird das aber problematisch. Ich möchte nach wie vor betonen, daß eine solche Forderung vertreten werden muß in Bezug auf die unteren Einkommensgruppen. Ich halte sie für nicht vertretbar in Bezug auf die hohen Einkommensgruppen. Ich würde also sagen, daß ein Universitätsprofessor, ein Minister oder ein Ministerialrat oder Regierungsrat nicht unbedingt die Arbeitszeit herabgesetzt bekommen müssen und nun auch noch einen vollen Gehaltsausgleich brauchen.

AK: Ich glaube nicht, daß die Frage der Ministergehälter und der Gehälter von hohen Regierungsbeamten irgendwie problematisch ist.

Flechtheim: Da könnten wir uns vielleicht einigen. Das scheint mir doch ein sehr wesentlicher Punkt. Im übrigen stellt sich hier natürlich die gesamte Problematik des Wachstums, zu der ich keine endgültige Antwort habe, nur in dem Sinne, daß es nicht so weitergehen kann wie bisher, im Sinne eines unbegrenzten quantitati-

ven Wachstums. Auch nicht in dem Sinne, daß nun – sagen wir mal – immer mehr Automobile auf den Markt kommen und auch den Leuten mit mäßigem Einkommen der Zugang zum Automobil in der Weise erleichtert wird, daß sie sich auch ein zweites anschaffen können oder jedes zweite Jahr ein neues Automobil. Hier müßte eine gewisse qualitative Begrenzung auch stattfinden, nicht nur bei den extremen Luxusbedürfnissen, sondern bis in die Mittelgruppen hinein. Da scheint mir eine sehr schwierige Problematik vorzuliegen, die wir sachlich diskutieren und eventuell weiter klären sollten und wo wir uns auch unbedingt auf Kompromisse einlassen müssen.

AK: Stichwort Kompromisse – werden Sie sich persönlich in diesem Sinne in Dortmund engagieren? Was erwarten Sie vom Dortmunder Parteitag?

Flechtheim: Ich werde selber nicht da sein; ich bin ja kein Delegierter. Ich habe nach einigen Gesprächen, die wir hier hatten, nach einer Podiumsdiskussion, an der Gruhl, Martin Jaenicke, eine Betriebsrätin von Bayer Leverkusen – Marianne Hürten – und andere teilgenommen haben, den Eindruck, daß auf beiden Seiten, bei den sogenannten Rechten und bei den sogenannten Linken, doch die Bereitschaft besteht, aufeinander zuzugehen und auch in Dortmund Kompromisse zu schließen im Interesse der Partei und der Bewegung; daß wir hier sehr vorsichtig und offen vorgehen sollten. Ich würde dieses Wort, was ja oft gebraucht worden ist – Vielfalt in der Einheit oder Einheit und Vielfalt – durchaus für einen positiven Ansatz halten. Ein letztes noch: ich habe ja immer wieder betont, daß die Grünen nur eine Chance haben, wenn sie nicht die alten Parteien nachahmen, sondern sich als eine neue Partei der Zukunft und zunächst einmal durchaus als eine Klempartei der Zukunft verstehen in dem Sinne, daß sie die umfassenden, globaleren und langfristigeren Aspekte immer wieder betonen. Auch gegenüber den etablierten großen Parteien und damit auch bewußt in Kauf nehmen, daß manche Wähler noch nicht grün wählen wollen, sondern an den etablierten Parteien festhalten, weil die in einer direkteren Form ihre unmittelbaren Interessen ansprechen.

Buchhinweis

Die Geschichte alternativer Projekte von 1800 bis 1975 hrsg. von Jan Peters mit Beiträgen von Bruno Buckler, Reinhard Feld, Ludwig Goergens, Joseph Huber, Lutz Jung, Jan Pätzold und Jan Peters, Verlag Klaus Guhl, 1980, 383 S., ISBN: 3-88220-144-4, DM 24,80.

Dieses Buch bringt einen Überblick über die Geschichte und Theorie der alternativen Projekte in den letzten 200 Jahren. Dabei werden viele Kollektive mit ihren Hoffnungen und Schwierigkeiten beschrieben. Das Spektrum reicht von den utopischen Sozialisten und ihren Kommunen in den USA im 19. Jahrhundert über die Lebensreformbewegung in Deutschland von der Jahrhundertwende bis zum Faschismus, Ascona, die Arbeitslosenselbsthilfen und Coops in den USA, die Kollektive im spanischen Bürgerkrieg bis zu den Landkommunen und zur internationalen Jugendkultur- und Alternativszene von heute.

Besonderes Gewicht wurde auf die Probleme des täglichen Lebens und die ökonomische Organisation gelegt. Weiter geht es um die ökologische Krise und deren Überwindung, um das Problem der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und die neofaschistischen Einverleibungsversuche der Kollektive. Jan Peters diskutiert mit Rolf Schwendter, Arno Klönne, Walter Hollstein und Reimar Lenz den Charakter und die Zukunft der Alternativbewegung im Vergleich zur Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre.

Einzelbestellungen bitte bei Peter van Spall, Spenerstraße 2, 1 Berlin 21, nur gegen Vorkasse von 23 DM (Vorzugspreis) auf das Bankkonto 0240190041 bei der Sparkasse der Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00.

Interview mit Dieter Burgmann

Mitglied im Landesvorstand der Grünen/Bayern

AK: Dieter, du bist maßgeblich an der Erstellung des Programnteils Wirtschaft und Arbeit beteiligt gewesen und hast in der Zeitung „Die Grünen“ in einigen längeren Artikeln diesen Programnteil verteidigt. Für die Diskussion in Dortmund liegt nun ein Entwurf der Programmkommission für eine Wahlplattform vor. Siehst du in diesem Entwurf Abstriche vom Saarbrücker Programm und welche Bedeutung hat diese Plattform im Unterschied zum Programm von Saarbrücken?

D. Burgmann: Auf jeden Fall steht fest, daß es schon rein mengenmäßig erheblich zusammengestrichen worden ist. So stellt das, was in der Wahlplattform zu finden ist, nur einige Punkte heraus aus dem, was wir in Saarbrücken verabschiedet haben. Als eine Zusammenfassung in Kurzform mag das ausreichend sein, aber für die Wahlarbeit im Einzelnen, da, wo solche Probleme vorrangig behandelt werden wie in den Großstädten, z.B. in Nürnberg oder anderen Industriezentren, ist das, was in der Wahlplattform drinsteht, auf jeden Fall vollkommen unzureichend. Ich halte es deshalb für unbedingt notwendig, daß neben der Wahlplattform das Papier „Wirtschaft und Arbeitswelt“, das wir in Saarbrücken verabschiedet haben, gleichwertig bestehen bleibt – auch im Wahlkampf, als Unterlage für unsere Arbeit – und es wird unsere Aufgabe sein, da, wo solche Probleme vorrangig anstehen, in Flugblättern u. ä. dieses Papier dann an die Arbeitnehmer heranzutragen und ihnen damit zu beweisen, daß die Grünen eine ganz wesentliche Aussage zu ihrem Problemkreis haben. Ich halte es deshalb für unbedingt notwendig, daß in Dortmund das Papier „Wirtschaft und Arbeitswelt“ nicht zurückgestellt wird, sondern als ein Teil des grünen Programms bestehen bleibt.

AK: Nun ist ja die Tatsache, daß überhaupt eine solche Wahlplattform verabschiedet werden soll, Ausdruck der großen Widersprüche, die in Saarbrücken aufgetreten sind. Es wird ja sicherlich in Dortmund den Versuch geben, über das Vehikel der Wahlplattform wesentliche Grundgedanken des Saarbrücker Programms zu revidieren oder sogar ganze Teile des gültigen Programms bis zur Bundestagswahl zu streichen, wie z. B. in der Erklärung der 24 gefordert wird. Für wie real hältst du die Gefahr einer Spaltung seitens dieser Kräfte für den Fall, daß sie sich nicht durchsetzen?

D. Burgmann: Ich glaube, daß zunächst ein Teil darauf bestehen wird, das Papier „Wirtschaft und Arbeitswelt“ zurückzustellen, wie sie das in ihrem Aufruf und in ihren Beschlüssen auch gemacht haben. Ich glaube aber nicht, daß die Delegierten in ihrer Mehrheit dazu bereit sind, das zurückzunehmen, was wir in Saarbrücken doch mit sehr klaren Mehrheiten beschlossen haben.

So wird also im Vordergrund die Frage stehen, ob für Leute wie Gruhl

und auch die anderen Prominenten, die diesen Aufruf unterschrieben haben, die Entscheidung der Delegierten, das Papier „Wirtschaft und Arbeitswelt“ nicht zurückzustellen, schon Grund genug ist, die grüne Bewegung zu spalten. Ich glaube, daß alle diejenigen, die wirklich die Problematik voll erkannt haben, die lebensbedrohende Situation, sowohl wirtschaftlicher und ökologischer Art als auch militärischer Art, daß die wegen solcher Unstimmigkeiten und relativ kleiner Meinungsverschiedenheiten es nicht zum Scheitern der grünen Partei kommen lassen werden. Es werden sich vielleicht einzelne zurückziehen, wie es auch nach Saarbrücken schon geschehen ist, ich glaube aber nicht, daß es zu einer breiten Spaltung kommen wird.

AK: Eine Reihe von Abstimmungen in der letzten Zeit, ich denke da z. B. an die bayerische Landesversammlung, in der mit sehr eindeutiger Mehrheit abgelehnt worden ist, eine Zurücknahme dieser Programmteile zu fordern, hat zwar das bestätigt, was du sagst. Aber siehst du nicht die Gefahr, daß, wenn Leute wie Gruhl und andere Unterzeichner der Erklärung der 24 doch bereit sind, eine Spaltung durchzuführen, daß dann ein ernstzunehmender Teil der Delegierten zurückweicht und das Manöver von Gruhl u. a. aufgehen könnte? Bzw. was würde es deiner Meinung nach überhaupt für die grüne Partei bedeuten, wenn sich diese Kräfte zur Spaltung entschließen?

D. Burgmann: Ein Druck besteht schon heute durch diesen Aufruf und ich finde es sehr schlecht, wenn die Prominenten den bestehenden Konflikt dahingehend auslegen und versuchen, die Basis unter Druck zu setzen, anstatt durch Argumente zu überzeugen. Ich sehe vielmehr ihre

Aufgabe darin, ihre Autorität, die sie vor allem in den Reihen der Konservativen haben, dazu zu benutzen, hier integrierend zu wirken, d. h. zu versuchen, die verschiedenen Strömungen zusammenzufügen. Ich betrachte diesen Aufruf als einen sehr unglücklichen Versuch, die Basis unter Druck zu setzen. In Saarbrücken hat sich eigentlich sehr klar gezeigt, daß solche Versuche bei der breiten Basis der Grünen auf sehr starkes Mißfallen gestoßen sind und stark abgelehnt worden sind. Ich nehme an, daß sich das in Dortmund nicht ändern wird, und ich hoffe, daß die Unterzeichner dieses Aufrufs bereit sind, die Entscheidungen der Basis zu akzeptieren. Ich betrachte das als eine Voraussetzung in einer basisdemokratischen Partei, und ich nehme an, daß zumindest die Mehrheit dieser Leute das dann auch akzeptieren wird.

Wenn es aber tatsächlich zu einer breiten Verweigerung dieser Leute kommen würde – bei der Bundestagswahl, so würde es ja wohl zunächst aussehen – dann könnte das vielleicht Auswirkungen haben auf Beschlüsse, die die Teilnahme an der Bundestagswahl betreffen, dann könnte es vielleicht auch in der Öffentlichkeit einigen Schaden für die Grünen bedeuten. Ich glaube aber nicht, daß die Grünen an sich deswegen zur Spaltung kommen würden. Die grüne Partei hat im allgemeinen an der Basis soviel Selbstsicherheit und Selbstverständnis entwickelt, daß sie von sogenannten Führungspersönlichkeiten und Prominenten nicht mehr derart abhängig ist, daß sie durch deren Rückzug zur Spaltung oder zur Aufgabe bewegt werden könnte.

AK: Zu einer anderen Frage: Wird in Dortmund der Beschluß der GAZ, sich vorerst nicht aufzulösen, zur Sprache kommen?

D. Burgmann: Er wird sicher angesprochen werden von einzelnen. Ich bin der Meinung, wir sollten ihn aber nicht in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen. Ich selber war ja schon ursprünglich der Meinung, daß die Frage der Doppelmemberschaft insbesondere in der Gründungsphase einer Partei nicht hochgespielt werden sollte, sondern daß man hier tolerant verfahren sollte. Wenn nun gerade die Toleranz die beanspruchen, die sie früher abgelehnt haben, dann beweist das eigentlich nur, wie richtig die gelegen haben, die früher so argumentiert haben. Ich meine aber, wir sollten jetzt nicht mit Steinen nach ihnen werfen. Wir haben andere Aufgaben und andere Probleme und wir sollten uns bemühen, uns in Dortmund auf die Probleme zu konzentrieren, die im Mittelpunkt stehen, d. h. eine gemeinsame Plattform zu finden und die notwendigen Vorbereitungen für die Bundestagswahl zu treffen und zum anderen endlich einen vollständigen Vorstand zu wählen, mit dem sich auch dann die Parteibasis voll solidarisieren kann.

Vorstand zu wählen, mit dem sich auch dann die Parteibasis voll solidarisch erklären kann und mit der sie auch dann die notwendige gemeinsame Arbeit und Anstrengung in den nächsten Monaten durchführen kann.

Da betrachte ich Diskussionen über solche Lächerlichkeiten am Rande, wie die Doppelmemberschaft von GAZ, eigentlich als überflüssig. Das ist ein Problem, was die mit sich selber zu lösen haben.

AK: Ist es aber in dem Zusammenhang nicht doch von Bedeutung, daß auch innerhalb der AUD die notwendige Urabstimmung zur Auflösung bisher nicht stattgefunden hat? Könnte das ein „Hintertürchen“ sein im Falle einer Spaltung der Grünen?

D. Burgmann: Nein, ich glaube nicht. Die AUD hat sich auf ihrem abschließenden Parteitag eindeutig für die Auflösung ausgesprochen, mit sehr breiter Mehrheit, das ist also der erklärte Wille ihrer Mitglieder einschließlich ihres Vorstandes, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Wenn diese Urabstimmung bisher nicht stattgefunden hat, dann liegt das einfach daran, daß der Vorsitzende Haußleiter im Augenblick derart eingespannt ist, daß er nicht dazu kommt, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten und daß mehr oder weniger alle anderen an dem Problem schon gar nicht mehr so interessiert sind, daß sie hier noch groß nachgehakt haben.

AK: Damit wären wir bei einem anderen Punkt: Nicht nur die inneren Auseinandersetzungen haben die letzten Wochen bestimmt, auch die Angriffe von außen haben zugenommen. Beispiel ist die im wesentlichen von Kräften der SPD angelegte Kampagne gegen August Haußleiter. Welche Bedeutung mißt du dieser Kampagne und auch diesen Enthüllungen bei und was meinst du zu der Resonanz, die diese Kam-

pagne in weiten Teilen der Grünen findet?

D. Burgmann: Die Angriffe gegen Haußleiter haben zwei Gesichtspunkte. Einerseits den Widerhall, den sie in der Öffentlichkeit finden und da tragen sie sicher dazu bei, dem Bild der Grünen zu schaden. Sie tragen aber auch innerhalb der Grünen zu erheblichen Konflikten bei, ganz einfach deswegen, weil eine antifaschistische Grundhaltung zum Selbstverständnis eines großen Teils der Grünen gehört. Vorwürfe, wie sie gegen Haußleiter erhoben wurden, treffen hier natürlich auf viel Argwohn und treffen viele Grüne sehr tief, so daß zweifellos damit ein Grund für erhebliche innere Diskussionen und Schwierigkeiten geschaffen worden ist und das war offensichtlich wohl auch ein Ziel der Veröffentlichungen, hier hatte man einen Hebel gefunden, den man ansetzen konnte.

Worauf es in diesem Fall ankäme, ist eine deutliche Erklärung von Haußleiter zu diesen Vorwürfen, die nicht wie eine Ausrede klingt, sondern die das, was richtig ist, bestätigt und zu erkennen gibt, wie er und wir zu den Dingen stehen, die er früher einmal gesagt hat. Es wäre dann eine Sache der Grünen zu entscheiden, ob sie diese Erklärung akzeptieren, oder ob sie es für zweckmäßig halten, lieber einen neuen Vorstand zu wählen.

Ich muß sagen, daß ich aufgrund der Integrationsfähigkeit, die Haußleiter innerhalb der Grünen bewiesen hat, es bedauern würde, wenn er nicht mehr im Vorstand wäre.

Für entscheidend halte ich eben, daß die Grünen in jedem Fall voll hinter den Leuten stehen können, die sie in Dortmund in den Vorstand wählen.

AK: Nun zu einer etwas allgemeineren Frage: Die Widersprüche, die in Dortmund auf der Tagesordnung stehen, sind in komprimierter Form die gleichen Widersprüche, die sich eigentlich seit zwei Jahren durch die gesamte Diskussion zwischen Grünen und Bunten durchziehen und die ja Ausdruck von sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen sind. Selbst wenn in Dortmund noch einmal ein Kompromiß, vielleicht bis zu den Bundestagswahlen, gefunden werden kann, hältst du es überhaupt für möglich, daß so eine Partei, so ein Gebilde wie die Grünen, auf Dauer zusammenbleiben kann, auf Dauer lebensfähig ist, auch unabhängig von unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahlen?

D. Burgmann: Ja. Ich halte das grundsätzlich für möglich. Einerseits, weil der Wille zur Einheit sehr stark ist, das hat sich auch wieder in den letzten Monaten, auch auf den Parteitag z. B. in Bayern dokumentiert. Dafür entscheidend ist, daß mit der lebensbedrohenden Zerstörung unserer Umwelt ein neuer Faktor in die Politik gekommen ist, der eine neue Ausgangslage schafft und der dazu führt, daß eine neue Partei, so ein Gebilde wie die Grünen, auf Dauer zusammenbleiben kann, auf Dauer lebensfähig ist, auch unabhängig von unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahlen.

Hier ist also ein grundsätzlich neuer gemeinsamer Ansatz da für eine neue Bewegung, die meiner Meinung nach in ihrer Art so grundsätzlich ist, daß sie vergleichbar ist nur mit anderen großen Bewegungen wie mit der Arbeiterbewegung, mit der sie auch vieles gemeinsam hat.

Tatsache ist aber, daß wir trotz des gemeinsamen großen Zieles unterschiedliche Ausgangspunkte, Probleme und Bewußtseinsentwicklungen haben. Deshalb ist auch eine große Toleranz von allen Seiten notwendig, dahingehend, daß man dem anderen einen Lernprozeß zubilligen muß. Daß man ihm zuzubilligen muß, zunächst von ganz anderen Punkten auszugehen als man selber. Ich glaube, daß, wenn man von dieser Erkenntnis ausgeht, die Möglichkeit und die Notwendigkeit sieht, die verschiedensten Strömungen zusammenzufassen und zusammenzuhalten. Die Erfahrungen, die ich innerhalb der Grünen gemacht habe, scheinen mir das zu beweisen, und ich glaube, je mehr wir uns auch persönlich kennenlernen, die Vorurteile abgebaut werden, die Ängste abgebaut werden, daß es um so leichter wird, auch die inhaltlichen Schwierigkeiten sachlich zu diskutieren und dadurch auch zu gemeinsamen Haltungen und Stellungnahmen zu kommen. Was natürlich nicht besagt, daß nicht einzelne am Rande sich abgestoßen fühlen durch die Beschlüsse, die dann gemeinsam gefaßt werden. Aber ich glaube, daß die breite Mehrheit der grün-bunten-alternativen Bewegung in der grünen Partei eine gemeinsame Heimat finden kann.

Hans Weingartz

Mangelnde »Ökologische Orientierung«? Zur Lage bei den Grünen

Vorbemerkung der AK-Redaktion: Hans Weingartz war Kandidat der Grünen Partei bei den NRW-Landtagswahlen. In seinem Wahlkreis, Bonn I, wurde mit 4,7 % eines der besten grünen Ergebnisse erzielt. Der folgende Text ist ein Diskussionsbeitrag, den Hans Weingartz auf der NRW-Landesdelegiertenkonferenz der Grünen am 7. Juni gehalten hat.

Der Ausgang der Wahl in NRW hat ernüchternd gewirkt. 3 % der Stimmen reichten für einen Achtungserfolg, die Aussichten auf eine Grüne Bundestagsfraktion wurden damit nicht verbessert. Eine Menge Leute hat auch in NRW zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Alternative zu den etablierten Parteien will; alles deutet jedoch darauf hin, daß für die Mehrzahl der bundesdeutschen Stimmbürger die Alternative im kommenden Oktober Strauß oder Schmidt heißen wird.

Nun hat der grandiose SPD-Sieg in NRW zwar den SPD-Slogan „Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern“ praktisch widerlegt, für die Grünen kann das aber nur ein schwacher Trost sein. Eine sehr viel nachhaltigere Wirkung wird die Tatsache haben, daß die Grünen eben „nur“ 3 % der Stimmen auf Landesebene bekommen haben. Auf Leute, die zwischen SPD und Grünen schwanken, wird dieses Ergebnis nicht gerade stimulierend wirken. Da macht es sich schon besser, seine Stimme gleich dem sich abzeichnenden strahlenden Sieger zu geben ...

Wenn es nun darum geht, über die Ursachen für das Abschnitten der NRW-Grünen nachzudenken und die Frage zu beantworten, warum letztlich doch eine ganze Reihe potentieller Grünen-Wähler sich für die SPD entschieden haben, dann sind die Ursachen ganz entscheidend bei den Grünen selbst zu suchen.

Das haben mittlerweile denn auch eine ganze Reihe von Leuten gemacht. So befanden eine Handvoll mehr oder weniger prominenter Grüner in einer „Erklärung zur Lage der Grünen“, „daß die grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik bei den Grünen in der letzten Zeit nicht deutlich genug vertreten worden sind.“ Darin liege denn auch das Wahlergebnis in NRW begründet. Mit diesem Urteil waren Gruhl und Hasenclever schon zu einem Zeitpunkt aufgewartet, als das Ergebnis einzelner Stimmbezirke in NRW noch überhaupt nicht vorlag. Eine genauere Analyse des Wahlausganges zeigt, daß ein solches Urteil völlig unhaltbar ist. Die besten Wahlergebnisse sind durchweg dort erzielt worden, wo es vorher Alternative/Grüne Listen gab und links grüne Kreisverbände die Arbeit getragen haben. Kreisverbände, die im Gruhl'schen Sinn „ökologisch“ ausgerichtet waren, haben z.T. katastrophale Ergebnisse erzielt.

Dasselbe Bild ergibt sich auf lokaler Ebene. In Bonn hat der linke Wahlkreis 31 eines der besten Ergeb-

nisse in NRW erzielt und die 5 %-Hürde nur ganz knapp verfehlt.

Soweit ein paar Zahlen. Nun zu den Trägern der Arbeit der Grünen und der inhaltlichen Gestaltung des Wahlkampfes. Die wesentlichen Voraussetzungen für das relativ erfolgreiche Abschnitten in Bonn sind dadurch gelegt worden, daß große Teile der Alternativen und Grünen Liste in die Grünen integriert worden sind. Sie haben ganz wesentlich das Erscheinungsbild der Grünen geprägt und die Arbeit getragen. Demgegenüber haben Teile des GAZ-Flügels die Arbeit der Grünen ganz offen boykottiert – im Einklang mit ihrem Vorsitzenden Gruhl, der sogar über die lokale Presse verlauten ließ, er denke nicht daran, auf Veranstaltungen der Bonner Grünen aufzutreten. Geschadet hat dies offensichtlich nicht.

Wenn es in diesem Bonner Wahlkreis gelungen ist, sich bis auf wenige Zehntelprozente der 5 %-Hürde zu nähern, dann entscheidend deshalb, weil sich die Grünen hier, wenn auch nicht in allen, so doch in ganz wesentlichen Fragen, als Alternative zur SPD versucht haben, darzustellen. Das gilt für ökologische Fragen genauso wie für Fragen der Friedenspolitik, zur Frauenfrage oder zu Fragen der nordrhein-westfälischen Berufsverbote-Praxis. Daß es sich dabei um eine linke Alternative handelt, ist nicht verheimlicht worden. Erst diese eindeutige Stellungnahme hat es ermöglicht, den Anti-Strauß-Effekt auch für die Grünen nutzbar zu machen. Waren in einer Reihe anderer Städte die Leute im Unklaren darüber gelassen, worum es sich bei den Grünen nun eigentlich handelt – vielleicht doch um eine neue Partei irgendwo zwischen SPD und CDU? – so ist in Bonn kein Zweifel daran gelassen worden, daß die Grünen links von der SPD stehen und jede Stimme für die Grünen auch eine Stimme gegen Strauß ist. Angesichts der Polarisierung Schmidt – Strauß dürfte dies auch auf Bundesebene der einzig erfolgversprechende Weg für die Grünen sein. Nach dem kommenden Bundeskongreß in Dortmund wird man schlauer sein, ob die Grünen bereit sind, diesen Weg zu gehen.

Wer dafür pädiert, daß sich die Grünen auf ein ökologisches Programm beschränken, darauf läuft die „Erklärung zur Lage der Grünen“ hinaus, der überläßt es der SPD, sich in gesellschaftlich ganz wichtigen Fragen als die Alternative zu Strauß und seiner Garde darzustellen. Die Grünen müssen demgegenüber umfassend ihre politischen Positionen darstellen und in allen wesentlichen Fragen die Bundestagsparteien, besonders die SPD, herausfordern. Dies ist keine unerfüllbare Forderung. In den letzten Jahren haben sich in vielen Teilen der BRD Ansätze dazu herausgebildet. Das Saarbrücker Programm der Grünen bildet einen richtigen Schritt dazu, sie zu integrieren und für die Politik der Grünen fruchtbar zu machen.

Neu!

Marxismus,

Ökologie

und grüne Partei

Texte zur Diskussion von

Kommunistischer Bund
Zentrumsfunktion

Es ist geschafft!
Trotz zahlreicher Querelen und Widersprüche beim Abfassen eines konsensfähigen Vorworts, ist es nunmehr doch gelungen, erstmals eine gemeinsame Broschüre von den „Komitees...“, der Gruppe Z und dem KB herauszubringen. Gegenstand sind die in der Linken und anderswo heiß diskutierte Ökologiefrage sowie das Verhältnis der Linken zur Grünen Partei. In dieser dickleibigen Broschüre wurden ausschließlich solche Artikel zusammengestellt, die schon in den Organen der beteiligten Gruppen veröffentlicht wurden.

Insgesamt ein wichtiger Ansatz zu einer notwendigen Auseinandersetzung und Zusammenarbeit!

120 Seiten

zu bestellen über: Hamburger Satz- und Verlagskooperative 2 Hamburg 50 Lerchenstr. 75

4 DM (+ Porto)

Zur Lage in der Grünen Partei

24 Mitglieder der grünen Partei empfehlen in einer „Erklärung zur Lage der Grünen“, sozialpolitische Forderungen in den grünen Programnteilen „Wirtschaft- und Arbeitswelt“ und „Mensch und Gesellschaft“ aus den Bundestagswahlen herauszuhalten. Als eine Begründung wird das Wahlergebnis in NRW herangezogen.

Wir, Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Grünen, erklären dazu:

Das Wahlergebnis in NRW zeigt, daß erst wenige Arbeitnehmer Vertrauen in die grüne Partei setzen. Zu den Hauptproblemen der Arbeitnehmer zählen: Rationalisierungsdruck, Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsintensivierung, Isolierung in der Arbeit, Verschlechterung ihrer Versorgung und der schärfere Kampf der Unternehmer, die durch Massenausparungen den Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung brechen wollen. Der grüne Programnteil zur Arbeitswelt enthält wichtige sozialpolitische Forderungen gegen die wachsende Verelendung der Arbeiterfamilien.

Wenn ausgerechnet dieser Teil aus dem Bundestagswahlkampf herausgehalten werden soll, muß sich kein Grüner wundern, wenn die Menschen, die am meisten unter den bestehenden Produktionsverhältnissen zu leiden haben, auch weiterhin in den Grünen keine Perspektive sehen können.

Die Empfehlung der 24, die vorwärtsweisenden Programnteile zur Arbeitswelt und zu „Mensch und Gesellschaft“ zurückzustellen, ist geeignet, es der SPD zu erleichtern, sich auch künftig den Arbeitnehmern als eine scheinbare Alternative zur CSU/CDU abzugeben. Der Begriff Ökologie darf nicht dazu benutzt werden, wichtige Forderungen der Unterdrückten in diesem Land als zweitrangig zu betrachten.

Unabhängig davon sind auch wir der Auffassung, daß wir gemeinsam das Programm der Grünen fortentwickeln müssen. Das gilt jedoch für alle Programnteile.

Diese Erklärung wird von folgenden Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die Mitglied in der grünen Partei sind, unterstützt:

Unterzeichner

Bernd Amtag
Dieter Burgmann
Egon Caune
Dorothea Fischer

Lothar Gentzsch
Marion Henze
Wolfgang Henze
Bettina Hölte
Marianne Hürten
Otto Hut
Wilfried Jalass
Ilona Kiene
Helmut Kynast
Karin Mündel
Marita Pawlis
Marion Pain
Harro Pusch
Jan Schlichting
Ernst Stuckert
Rainer Titz

Reiner Trampert
Franz Zellner

Ursula Gläßner

IG Chemie, Texaco
BR-Mitglied MAN, Nürnberg
IG Metall, Krupp-MAK, Kiel
BR-Vors. Gemeinnützige Ges.f.paritätische Sozialarbeit, Hannover
BR-Mitglied, Lufthansa
ÖTV, Arbeits- und Sozialbehörde
BR-Mitglied, Texaco
BR-Mitglied, TÜV
BR-Mitglied, Bayer, Leverkusen
BR-Vors. Ford-Rolf, Hannover
BR-Mitglied, Danzas int. Spedition
BR-Mitglied, Beiersdorf
BR-Vors., Texaco
BR-Mitglied, Reemtsma
BR-Vors., Storno, Flensburg
BR-Mitglied, Beiersdorf
Mitglied der Landesvertretervers. GEW
BR-Mitglied, Texaco
BR-Mitglied, Texaco
Mitglied im Ortsverwaltungsstellenvorstand der DPG, Landshut
BR-Mitglied, Texaco
Personalrat Post und Bezirksjugendleiter der DPG, Landshut
Personalrätin Freie Universität

Mitglied im Landesverband der Grünen:

Hamburg
Bayern
Schleswig-Holstein

Niedersachsen
Hamburg
Hamburg
Hamburg
Hamburg
NRW
Niedersachsen
Hamburg
Hamburg
Hamburg
Schleswig-Holstein
Hamburg
Hamburg
Hamburg

Bayern
Hamburg

Bayern
Berlin (West)

DKP flirtet im Grünen

Ohne jeden Kommentar, als wär's eine Selbstverständlichkeit, brachte die „UZ“ am 11.6. die nebenstehende Meldung. Immerhin dürfte es sich um das erste Mal handeln, daß die DKP auf gleichberechtigter Basis zu einem solchen Dialog mit den Grünen bereit war. Wenn das Beispiel Schule macht und die DKP diese Öffnung zum Gespräch auch noch auf Bunte/Alternative und — es wäre gar nicht auszudenken! — auf den KB ausdehnt, soll es uns recht sein.

Gespräch „DKP und Grüne“

47 Gemeinsam 11.6.80 gegen „Raketen-Apel“

Volkskorrespondenz

Hamburg. P.S. — Zu dem Thema „Ist Strauß schon gestoppt? Ist die Rechtsentwicklung gebannt? Ist der Frieden gesichert?“ trafen sich in Hamburg-Eppendorf der Schriftsteller und DKP-Bundestagskandidat in Hamburg Nord und der Springer-Betriebsrat Hinnerk Weichert für die DKP und für die Grünen deren Sprecher Ulli Schmors und Wolfgang Henze zu einem Gespräch „DKP und Grüne“. Trotz zum Teil kontroverser Standpunkte, besonders in außenpolitischen Fragen, stellten die Teilnehmer bei den wichtigsten innenpolitischen Fragen gemeinsame oder bündnisfähige Standpunkte fest. Einige waren sich die Diskutanten in der unterschiedlichen Ablehnung des Rüstungskurses von Hans Apel, der in Hamburg Nord für die SPD zum Bundestag kandidiert. Auf Wahlveranstaltungen wollen Kommunisten und Grüne im Bezirk Hamburg Nord „Raketen-Apel“ künftig gemeinsam entgegentreten. Die Teilnehmer des Gesprächs „DKP und die Grünen“ verurteilten in einer Erklärung mit Empörung den brutalen und bürgerkriegsähnlichen Einsatz von Polizei und Grenzschutz in Gorleben. Der Überfall auf die „Freie Republik Wendland“ macht deutlich, daß die Befürworter des Bonner Atomprogramms vor nichts zurückschrecken, wenn es darum geht, die Interessen der Atom- und Rüstungsindustrie gegen den erklärten Bürgerwillen durchzusetzen.

Die Gesprächsteilnehmer bekundeten einmütig ihre Solidarität mit den Bohrplatzbesetzern und fordern gemeinsam: Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und anderswo — kein Kernkraftwerk in Brokdorf — Schluß mit dem Bonner Atomprogramm.

Interview mit Peter Grohmann vom »Parteifreien Bündnis Eugen Eberle« in Stuttgart

In Baden-Württemberg finden am 22. Juni 1980 Gemeinderatswahlen statt. In einigen Städten (Tübingen, Eßlingen, Heidelberg) kandidieren die Grünen mit einem relativ starken „linken“ Kern.

In Stuttgart arbeitet seit acht Jahren das Parteifreie Bündnis (PFB) mit Stadtrat Eugen Eberle — dort werden (neben der DKP und dem KBW) auch die Grünen zur Wahl antreten, die bei der Europawahl 5,7% der Stimmen in Stuttgart erreichten.

Um die Arbeit dieser — vor allem in ihrer langjährigen „Tradition“ — in der BRD beispiellosen kommunalen alternativen Liste vorzustellen, sprachen wir mit Peter Grohmann, „2.Mann“ auf der Liste des Bündnisses, das sich mit 24 Frauen und 36 Männern zur Wahl stellt. Peter Grohmann war einige Jahre lang Regionalsekretär des Sozialistischen Büros in Stuttgart, er war Betriebsrat in einem Verlag und ist Herausgeber der Daimler-Benz-Betriebszeitung „plakat“ (Gruppe Hoss/ Mühleisen). Mit ihm kandidieren zwei weitere Kollegen von Daimler-Benz für das Bündnis: Betriebsräte Mühleisen und Kneer. Willi Hoss, ebenfalls Daimler-Benz-Betriebsrat hat sich seit seinem Engagement für die Grünen aus dem Parteifreien Bündnis zurückgezogen.

In Stuttgart sitzt ununterbrochen seit 1946 ein Kommunist im Stadtparlament: Eugen Eberle. Wer ist Eugen Eberle?

Eberle, früherer Betriebsratsvorsitzender bei Bosch und Mitglied im Hauptvorstand der IG Metall, war in Stuttgart schon vor dem Machtantritt der Nazis eine bekannte Persönlichkeit: in den dreißiger Jahren gründete er mit Genossinnen und Genossen die IFA, die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur und die MASch, die Marxistische Arbeiterschule, die in Stuttgart eigene Räume hatte. Während der politisch bedingten Arbeitslosigkeit war Eberle bis kurz vor dem Faschismus Leiter der KPD-Buchhandlung in Stuttgart und kurze Zeit auch Betriebsratsvorsitzender bei Kodak.

Die „Linken“ waren immer im Stuttgarter Stadtrat vertreten — in der „Hochperiode des Antikommunismus“, als tausende von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in die BRD strömten und die Transporte deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR nach Hause zurückkehrten, nahm der Einfluß der Partei rapide ab — bis in die sechziger Jahre hinein waren jedoch unter den 60 Stadträten nie weniger als zwei Linke, auch während der Illegalität der KPD.

Es gab doch in Stuttgart und in Baden-Württemberg die „Demokratische Linke“ ...

1967/68/69 zeichnete sich bundesweit eine linke Partei ab, bestehend aus den verschiedenen Kadern linker Gruppen, aus unabhängigen Linken, ausgeschlossenen Sozialdemokraten, Kommunisten, Rüstungsgegnern. Die DKP kam durch ihre eigene Gründung diesem Prozeß der Zusammenführung zuvor. In Baden-Württemberg allerdings entstand in dieser Zeit unter dem Drängen Eberles die „Demokratische Linke“ (DL), die sich an Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen beteiligte und auf Anhieb rund 3 % der Stimmen erhielt — in einigen Wahlkreisen (z. B. Stuttgart) bis zu 5 %. Auch die DL war allerdings der Vorläufer einer radikal-demokratischen linken Partei, wenn gleich wichtige Funktionen von Kadern der alten KPD besetzt waren.

Als die DKP gegründet wurde, konnte sich diese Gruppe durchsetzen, die DL mußte, gegen den Protest Eberles und zahlreicher Gruppen, die in der Partei mitgearbeitet hatten, aufgelöst werden.

Was passierte nach der Auflösung der „Demokratischen Linken“?

In Stuttgart selbst war der „Stamm“ der DL relativ groß. Viele Genossinnen und Genossen, die früher in der KPD oder der FDJ aktiv gewesen waren, traten nicht in die DKP über, sondern bildeten um Eugen Eberle und andere aktive Linke (ausgeschlossene Sozialdemokraten, Sozialistische Linke/Sozialistisches Büro, Naturfreunde, Falken, Club Voltaire, Frauenfriedensbewegung, gewerkschaftliche Arbeitskreise, „plakat“ und andere mehr) eine lockere Gruppe. Diese Gruppe verfolgte vor allem die Absicht, im kommunalen Rahmen eine fortschrittliche, linke Politik zu entwickeln, die nicht allein auf das Rathaus beschränkt bleiben sollte. Dabei ging es um zweierlei:

— die Handlungsfähigkeit der Linken zu erhalten und zu erweitern und einen Zusammenhang zwischen der studentischen Protestbewegung und den vielen anderen kritischen fortschrittlichen Arbeitsansätzen in der Stadt herzustellen

— diesen Ansätzen durch Anfragen, Anträge, Kritik, Reden auch von der Rathaustribüne her Ausdruck zu geben

(wobei zu bemerken ist, daß in Stuttgart wöchentlich eine kommunale Zeitung, das „Amtsblatt“ erscheint, in der die wichtigsten Redepassagen und alle Anträge abgedruckt werden, Auflage: 40.000!).

Wie sah diese Arbeit konkret aus?

In der Praxis sah das so aus, daß das „Parteifreie Bündnis“ — so nennt sich die Gruppe seit acht Jahren und unter diesem Namen tritt/trat sie auch zu den Wahlen an — einen offenen „kommunalen Arbeitskreis“ bildete, gemeinsam mit dem Sozialistischen

Zentrum. In diesem Arbeitskreis stellte Eberle als der Vertreter der Gruppe im Stadtrat die Grundzüge der Politik der Stadt dar, um dann gemeinsam mit der Gruppe Initiativen für den Gemeinderat zu entwickeln. Im ganzen gesehen ist das eine sehr kontinuierliche Arbeit, aber es gibt dabei halt auch immer wieder ein „Auf und Ab“.

Ein Beispiel: Im Parlament der Stadt wird der neue Haushalt beraten. Die gewerkschaftlichen Gruppen der Stadt, in denen auch Genossinnen und Genossen des PFB/Parteifreien Bündnis mitarbeiten, machen den „Stellenplan“ zum Schwerpunkt ihrer Arbeit, d.h., sie fordern die Schaffung von mehr Stellen im Krankenhaus- und Sozialbereich. Hier muß also erst mal der Druck von unten, von den Kolleginnen und Kollegen da sein, es muß Klarheit über die Forderungen bestehen, es müssen die Mißstände benannt werden, Fakten auf den Tisch. Druck von unten heißt natürlich auch, der Gewerkschaft Beine zu machen, die Dinge auf den Betriebs- und Personalversammlungen zu vertreten, sie der örtlichen Presse bekanntzumachen, auch auf die Straße zu gehen. Mit dem Faktenmaterial, den Analysen, den Forderungen erst kann dann auch das Parteifreie Bündnis arbeiten, Anträge und Anfragen stellen, Pressekonferenzen machen. Ohne diese Gleichzeitigkeit läuft auch keine parlamentarische Arbeit.

Ein zweites Beispiel, nur kurz, was das Zusammenwirken mit diversen Bürgerinitiativen, weil die dezentralen Kinderkliniken (die auch eine wichtige Funktion als Ambulatorium haben) geschlossen werden und in ein Großkrankenhaus überführt werden sollten. Ein Vertreter im Stadtrat erfährt von solchen Absichten sehr früh — es geht also auch darum, diese Informationen weiterzugeben, zu vermitteln, damit sich Widerstand organisieren kann.

In diesem speziellen Fall gelang es dem Bündnis nicht, wichtige Gruppen oder Personen hinter die Forderungen gegen eine Schließung der Kliniken zu bringen — auch nicht jene, die heute bei den „Grünen“ agieren. Trotzdem gelang es aber, innerhalb von 14 Tagen rund 16.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren zu sammeln — aber 24.000 wären erforderlich gewesen.

Es ist überhaupt so, daß sich nur wenige der traditionellen linken Gruppen und auch der Gruppen der „neuen“ Linken für das interessierten, was da im Stadtrat vermauschelt wurde. Erst in jüngster Zeit hat sich das, auch dank unserer Öffentlichkeitsarbeit, dank der vielen Diskussionen, Seminare und Veranstaltungen, die das PFB organisiert hat, geändert. Die Probleme, die „vor der eigenen Tür“ liegen, werden eben leider viel zu selten oder viel zu spät beachtet.

Für uns gilt es nun, diese Zusammenarbeit zu den einzelnen Arbeitsfeldern, den Gewerkschaftsgruppen und Gewerkschaftlern im ÖTV-Bereich, aber auch in allen anderen relevanten Sektoren, zu verbessern: Das kann nicht Eugen Eberle allein, dazu braucht er Verstärkung auch im Rathaus selbst und deshalb kandidieren wir mit ihm.

Nahezu alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten arbeiten in solchen gewerkschaftlichen Bereichen, in der Bildungsarbeit, bei den Naturfreunden, in Frauengruppen, im Sozialistischen Zentrum, in Initiativen, und zwar schon sehr, sehr lange. In Stuttgart weiß man also, mit wem man es zu tun hat. Jeder Kandidat, jede Kandidatin kann darauf geprüft werden, was sie/er in der Vergangenheit tatsächlich getan haben, was sie vertreten und verfochten haben. Das ist bei den meisten Leuten, die sich auf der Liste der „Grünen“ bewerben, anders: Die meisten sind aus unserer Sicht sozusagen „unbeschriebene“ Blätter. Diese „Nachprüfbarkeit“ gerade vor Wahlen halten wir für eminent wichtig.

Das alles sagt noch nichts über den möglichen Erfolg bei einer Wahl aus — die meisten Menschen wählen nach anderen Kriterien. Aber wir brauchen solche Kriterien nicht zu akzeptieren, denn dann sind wir schnell bei der Omo-Reklame gelandet.

Du hast die Grünen erwähnt. Was hältst Du von den Grünen? Wie kam es dazu, daß sie sich in Konkurrenz zu Eurem Bündnis an der Wahl beteiligen?

Ich selbst möchte meine Kritik an den Grünen so zusammenfassen: Sie sind halbherzig und haben die wichtigsten Probleme unserer Stadt nie im Auge gehabt. Gesellschaftliche Veränderungen können nur durch eine Massenbewegung bewirkt werden, in der die Arbeiterklasse im weitesten Sinne eine zentrale Funktion hat. Parlamentarische Arbeit wird sinnlos, wenn sie diesen Zusammenhang aus den Augen verliert. Man darf vor allem bei den Wahlversammlungen, in der eigenen Argumentation nach aus, nicht so tun, als könne sich durch die Stimmabgabe allein etwas ändern. Sowas ist geradezu lächerlich — das läuft darauf hinaus zu sagen: Wählt uns nur, wir machen das schon — und in fünf Jahren sprechen wir uns dann wieder.

Konkrete Politik in Stuttgart heißt ja auch: Wie weit können wir das Grün — oder wie weit muß ein

tragbarer Kompromiß gemacht werden, um den 40.000 Wohnungssuchenden ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Oder: Soll der § 218 halb fallen oder dreiviertel? Oder muß er, wie wir sagen, ganz weg? Oder: Wen vertreten wir eigentlich, für wen und mit wem erheben wir unsere Stimmen? Für die Menschen in den vornehmen Wohnvierteln, die keinen Kickplatz vor ihrem Haus wollen oder Angst vor dem Lärm der Straße haben — oder gibt es zentrale, wichtigere Probleme, auf die wir uns konzentrieren müssen? Kein Hahn, auch kein Grüner, kräht danach, wie zehntausende von Rentnern und Gastarbeitern, von Alten und Alleinstehenden, von Arbeitern in den schmutzigsten, lautesten Vierteln wohnen, wo Kindergärten und Schulen überfüllt sind, es keine Grünanlagen und keine Tennisplätze gibt. Und vor allem: Wie muß die Gesellschaft aussehen, die diesen Menschen — sie sind die Mehrheit! — ein menschenwürdiges Dasein garantiert? Ich fürchte, daß die Grünen darauf keine Antwort geben. Sie haben eben nur Antworten für Teilaspekte dieser Gesellschaft, dieser Stadt — und das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung.

Meinst Du, daß zumindest nach der Wahl doch noch eine Zusammenarbeit möglich ist — gegebenenfalls im Stadtrat?

Wie eine Zusammenarbeit nach den Wahlen aussehen könnte (22. Juni), wird sich zeigen an den konkreten Forderungen, an der konkreten Politik. Wir haben schon 1972 die Schließung des AKW Neckarwestheim gefordert, den Rückzug der städtischen Technischen Werke aus jedem atomaren Engagement — da wird es also kaum Probleme geben.

Es wird sich auch zeigen, ob die Grünen 5 oder 7 Prozent der Stimmen bekommen — oder wir (was unwahrscheinlich ist), ob sie einen oder drei Vertreter im Gemeinderat haben — oder wir. Mit vier jedenfalls kann man eine Fraktion bilden und damit die wichtigsten Ausschüsse besetzen. Aber: Eine Fraktion ist noch keine Koalition, auch keine in der Opposition. Hier kann man, nach dem, was die Vertreter der Grünen bislang gemacht und gesagt haben (oder besser: nicht gemacht!) nur hoffen. Vor allem aber gilt es, deutlich zu machen, daß die Arbeit im Stadtrat nur ein einziger Aspekt der Gesamtarbeit ist. Auf eine Stellvertreterpolitik pfeifen wir. Vor den Wahlen gab es schon das Angebot zu einem Zusammenschluß. Aber was da an inhaltlichen und personellen Alternativen sichtbar war, war für uns nicht akzeptabel.

Wie Grüne Antifaschismus praktizieren

Beim letzten Treffen der Kieler Grünen ereignete sich Folgendes: Ein Genosse kommt etwas später, unterbricht die laufende Debatte mit der Frage, wem denn das Mofa unter gehöre; es laufe Benzin aus dem Tank. Ein alter Herr steht auf, äußert, das sei sein Mofa und geht hinaus. Als er draußen ist, erklärt der Genosse, das mit dem auslaufenden Benzin stimme gar nicht, auf dem Mofa befände sich ein Aufkleber, der die Wiederherstellung eines „Deutschland in den Grenzen von 1937“ fordere. Er habe nur herausbringen wollen, ob sich dieser Vogel bei den Grünen aufhalte. Daraufhin große Empörung bei den Anwesenden: allerdings nicht über den rechten Vogel, sondern über den Genossen. Der Aufkleber bewiese gar nichts, der Genosse würde den alteren Herrn ja gar nicht kennen und überhaupt seien solche Entlarvungen „zum Kotzen“. Die Stimmung gegen den Genossen steigerte sich weiter, als der Genosse seinen Standpunkt verteidigte, solche Leute hätten bei den Grünen nichts zu suchen. Erste Stimmen forderten, den Genossen rauszuschmeißen; anderenfalls würden sie gehen.

Schließlich wurde abgestimmt: Mit 16:8 wurde der Rausschmiß beschlossen, der Genosse mußte gehen. Vier Grüne verließen aus Protest gegen den Rausschmiß ebenfalls den Raum.

Besonders erschütternd für mich ist das Verhalten der Gruppe Z: Während sie sich vorher an der Diskussion kaum beteiligt hatten, stimmten sie für den Rausschmiß, eine Z-lerin enthielt sich schamhaft der Stimme. Nachträglich von mir befragt, erklärte ein Z-ler sein Abstimmungsverhalten damit, daß der Genosse „gestört“ und sich „tolpatschig“ aufgeführt habe. Er sei natürlich (?) auch der Meinung, daß solche Leute, wie jener alter Herr eigentlich (?) nichts bei den Grünen zu suchen hätten. Das würde allerdings nicht von der Mehrheit geteilt. Der müsse man das „geduldig erklären“, eben nicht so „tolpatschig“. Abgesehen davon, daß bei diesem Treffen nichts vom „geduligen Erklären“ zu spüren war, hat es Zeiten gegeben, wo auch die jetzigen Z-ler(innen) der Meinung waren, daß „geduliges Erklären“ gegen Revanchisten und ihre verständnisvollen Freunde fehl am Platze ist.

Ein Kieler Genosse

Parteijugend im Griff — die Jugend geht verloren Zum Juso-Bundeskongreß

Vom 6. bis 8. Juni fand in Hannover der Bundeskongreß der Jungsozialisten statt. Notwendig geworden war er durch den Rücktritt des bisherigen Juso-Vorsitzenden, Schröder, der aus Altersgründen ausscheiden mußte. Schröder war vor zwei Jahren Nachfolger des nur wenige Wochen amtierenden Vorsitzenden Benneter geworden und unter seiner Regie sind die Jusos in den festen Griff der SPD-Führung genommen worden. So stand dieser Bundeskongreß unter drei Vorzeichen: Erstens ging es um die Frage, inwieweit es ein wirkliches Protestpotential gegen die SPD innerhalb der Jusos noch gibt; zweitens ging es um die Nachfolge Schröders; drittens war dies gedacht als Einschöpfung der Jusos auf die SPD im Wahlkampf.

Schon vor dem Juso-Kongreß war der sozialdemokratische „Vorwärts“ im Einklang mit allen anderen bürgerlichen Zeitungen davon überzeugt: „Juso-Bundeskongreß vermutlich ohne spektakuläre Beschlüsse“.

Die politische Linie, um die diskutiert werden sollte, wurde diesmal im Gegensatz zu den letzten Jahren von höchster Stelle vermittelt, Brandt und

Holstein darf sich nicht wiederholen.“ In der Folge der Kandidatur der Grünen sei es Stoltenberg möglich gewesen, den NDR-Vertrag zu kündigen, da der SPD ein paar hundert Stimmen gefehlt hätten.

Schröders Rechenschaftsbericht:

Der „Rechenschaftsbericht“, den Schröder den Delegierten vorlegte, erfüllte diesen Anspruch mit keinem Wort. Nichts steht darin zur konkreten Politik der letzten zwei Jahre. Nichts zu den Ausgangsbedingungen vor zwei Jahren, dem Ausschlußverfahren gegen Benneter, den Ausschlußdrohungen und Verfahren gegen eine ganze Reihe weiterer „Stamokap-Jusos“. Nichts zu den Angriffen von Schmidt auf dem SPD-Parteitag, der den Jusos vorschlug, sich um seltene Vögel zu kümmern statt zu „kritikastern“.

Stattdessen erging er sich darin zu beteuern, daß die Jusos unter allen Umständen und zu jeden Bedingungen der Partei zum Sieg verhelfen werden. „Strauß ist am 5. Okt. zu stoppen. Jeder muß wissen, daß dies nur durch die Wahl der SPD geht.“ Könnte man dies zur Not noch mit der parteibornierten Sichtweise entschuldigen, zeigt er in den gleich anschließenden Sätzen, welche Arroganz schon die Jusos gegenüber allen anderen demokratischen Kräften an den Tag legen: „Nur die Jungdemokraten dürfen es auch durch die Wahl der FDP versuchen. Sonst keiner.“ Wehe dem, wenn die Jusos die Macht hätten, dies durchzusetzen!

Hundertprozentig auf parteioffiziellem Kurs bewegte er sich mit der Feststellung: „Um des Friedens Willen, um des nackten Überlebens Willen, muß der deutschen Rechten, muß Strauß eine Abfuhr erteilt werden. Die deutsche Rechte, geführt von Strauß, ist unfähig, den Frieden zu erhalten.“ Diese beiden Sätze sind überhaupt das einzig Inhaltliche zu Strauß und

seiner Bedeutung. Schmidt und Brandts Forderung, die Bedeutung Straußens nicht „künstlich aufzuwerten“, scheint sich auch hier vollständig durchgesetzt zu haben.

Brandt neuer Juso-Vorsitzender?

Das erste Mal seit fünf Jahren begab sich Brandt wieder auf einen Juso-Kongreß.

Die SPD müsse als eindeutig stärkste Bundestagsfraktion aus dem Wahlkampf hervorgehen. Die Jusos sollten mehr junge Leute aus den Betrieben an ihrer Arbeit beteiligen. Er warnte aber ausdrücklich vor kompromittierenden Bündnissen und einer Außen-seiterrolle gegenüber der Partei.

Zum Wahlprogramm, das jetzt auf dem SPD-Parteitag verabschiedet wird, meinte er, daß seine Begeisterung dafür sich in Grenzen halte, damit stünden die Jusos nicht allein. Trotz des Wahlprogramms gehe die Diskussion um den Orientierungsrahmen 85 weiter, daß sei viel wichtiger...

Zur Auseinandersetzung mit Strauß meinte er: Strauß sei kein Faschist, wie Schröder in seinem Rechenschaftsbericht richtig gesagt habe, Strauß sei auf schwammige, sumpfige Weise rechts. Entlarven sei notwendig, aber es sei wichtiger „zur Sache zu kommen“ (wovon die SPD weiß Gott was versteht). Strauß solle durch Aktionen nicht aufgewertet werden. Es gehe um die Stimmen derer, die bisher CDU und in Bayern CSU gewählt haben.

Danach gab Brandt die inzwischen obligate Zugabe, es gäbe zwar keine Berufsverbote, die Beschlüsse von 72 seien ein „Irrtum“ gewesen, er hätte die Folgen nicht bedacht.

Nach dieser Rede erhielt Brandt minutenlangen Beifall, alle Delegierten waren aufgestanden, nur noch Zugabeurufe haben gefehlt. Schröder scherzte nachher: In den Wendelgängen diskutierte man, Brandt zu neuen Vorsitzenden zu machen...

kommen hatte (zumindest die Zukunft der Funktionäre ist bei den Jusos gesichert). Schulz rief dann für die Wahl von Piecyk auf. Dies ist deshalb von großer Bedeutung, weil Benneter als Repräsentant des Stamokap-Flügels noch mit den Stimmen der „Anti-Revisionisten“ gewählt wurde (damals trat der gleiche Schulz zugunsten von Benneter zurück). Auch dies charakterisiert den Umburch bei den Jusos. Piecyk wurde schließlich im zweiten Wahlgang knapp gewählt. Er wird weiter den „Konsolidierungskurs“ Schröders fahren, der die Wogen nach der Benneter-Auseinandersetzung glätten sollte, um die Jusos wieder auf Kurs zu bringen.

Wolf konnte deshalb keine Mehrheit zu seiner Wahl finden, weil vor allem seine Bündnispolitik zu „kompromittierend“ sei, wie Brandt es ausdrückte. Er wollte auch mit MSB und SHB in Initiativen gegen Strauß zusammenarbeiten. Dagegen konnte sich die Linie durchsetzen, nur in Initiativen mitzuarbeiten, die zwar auch gegen Strauß, aber vor allem zur Wahl der SPD aufrufen, wie z.B. die Initiative von Klaus Steack.

Jusos zum Anfassen ...

Einziger Lichtblick in der sonst trüben Kongreßatmosphäre war der Besuch des Juso-Kongresses im besetzten Dorf in Gorleben. Lichtblick und Schmierentheater zugleich, denn dieser Besuch war eindeutig auf den bevorstehenden Wahlkampf orientiert, was von Schröder in aller Offenheit zugegeben wurde. Aber dennoch durfte auch hier nicht die notwendige Distanzierung fehlen. „Die Jusos werden sich durch nichts und niemanden provozieren lassen. Die Solidarität der Jusos mit den Platzbesetzern ist gebunden an deren strikte Einhaltung des Prinzips der Gewaltfreiheit bei dem Versuch, die Weiterführung der Bohrungen zu verhindern“ („FR“, 2.6.80).

Das war auch die Hauptlinie, die Gerd Schröder in seiner Rede auf dem besetzten Platz propagierte: „Schröder meinte auch, die Jusos wollten mit den Atomgegnern ins Gespräch kommen. Dies sei der erste Anfang. Über den Weg das Atomprogramm zu verhindern, gäbe es unterschiedliche Auffassungen. Sie wollten sich auch weiterhin wie bisher über den Weg dagegen einsetzen, über den alle politische Macht entstünde, „ihr dürft dies nicht überschätzen, wir sind weiterhin fest eingefügt in der SPD...“ („TAZ“, 2.6.80).

Wenn er seine Erklärung auf dem besetzten Platz, der Juso-Kongreß wolle den Platzbesetzern zu einer guten Presse verhelfen, gar so uneigennützig nicht gemeint haben dürfte, konnten die Platzbesetzer von dieser Publizitätstüchtigkeit dennoch profitieren.

SPD-Kommission



Jan Peters

Rechtsextremisten



als Umweltschützer

Die „Freunde der Erde“ (West-berlin) haben eine Broschüre zur schnellen Information über „Rechtsextremisten als Umweltschützer“ herausgebracht. Eingeleitet durch zwei Überblicksaufsätze (von Jan Peters und O. Rammstedt) sind — für alle, die's nicht glauben wollen — einige aktuelle Beispiele braun-grüner Propaganda als Dokumente abgedruckt.

Bezugsadresse:

Freunde der Erde
D. Witt
Burgemeisterstr. 74 a
1000 Berlin 42

DM 2,60
(beim Kauf im Laden: 2,- DM)



Zur Person Schröder

Den scheidenden Jusovorsitzenden Schröder ereilt nun das gleiche Schicksal wie seine Vorgänger Wolfgang Roth, Carsten Voigt und Heidi Wizcorek-Zeul — er bewirbt sich um ein (gesichertes) Mandat für den Bundestag. Dort will er sich mit Fragen der „Verteidigungspolitik“ beschäftigen, wofür er erst kürzlich seinen Einstand gab:

GERHARD SCHRÖDER, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, hat vor der Forderung „Raus aus der NATO“ gewarnt. Auch die bundesdeutsche Linke muß erkennen, meinte er in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur, daß man von diesem Wunsch Abstand nehmen müsse, weil die NATO ein Element der Stabilität in Europa sei. Schröder, der sich nach dem 5. Oktober als Bundestagsabgeordneter Verteidigungsfragen widmen will, forderte, daß auch in der gegenwärtigen Lage Entscheidungsprozesse in der NATO sich mehr an nationalen Interessen der Bundesrepublik orientieren müßten.

Zur Wahl des neuen Vorsitzenden

Um die Nachfolge Schröders bewarben sich: „Willi Piecyk aus Schleswig Holstein und Klaus Peter Wolf aus Berlin. Piecyk, der den reformistischen Flügel der Jusos repräsentiert, gilt als Favorit. Sein Gegenkandidat Wolf wird der sogenannten Stamokap-Fraktion zugerechnet. Ein weiterer Bewerber, Reinhard Schultz aus dem Bezirk Westliches Westfalen, hat seine Kandidatur in der letzten Woche überraschend zurückgezogen“ („SZ“, 30.5.80).

Schulz gehört der dritten Fraktion innerhalb der Jusos an, er gilt als Repräsentant der anti-revisionistischen Linie. Er zog seine Kandidatur aus beruflichen Gründen zurück, da er inzwischen einen gutdotierten Posten als Hochschulangestellter angeboten be-



Damit es auch keiner übersehen konnte, wurde natürlich auch der Wimpel mitgebracht. Man vergleiche einmal im Geiste die Reaktionen auf die Aktion mit denen, die auf den gleichen Vorgang bei einer „K-Gruppe“ erfolgt wären.

Ein Tag bei der Jungen Union

Reportage vom Jugendfestival „JU 80 – Treffpunkt der Jugend“

„JU tritt Strauß vor's Schienbein“, hatte ich vor ein paar Tagen in der „Neuen“ gelesen. Die Junge Union aus dem Rhein-Sieg-Kreis hatte in ihrem Parteiblatt „Siegburger Presse“ dem „Kanzlerschaftserhoffer Strauß“ vorgeworfen, er marschiere seit eh und je allen voran, wenn es gelte, den „chilenischen Staatsterror“ hoffähig zu machen, und dann gefolgert: „Daß bei den engen Chile-Kontakten letztendlich die Glaubwürdigkeit der gesamten Christenunion in Menschenrechtsfragen vor die Hunde gehen muß, scheint die Verantwortlichen nicht sonderlich zu belasten.“

Na, dachte ich mir, bißchen spät diese Erkenntnis, aber doch besser als nie.

Und jetzt bin ich auf dem Weg nach Mainz, wo CDU und Junge Union am heutigen Tage, dem 31. Mai, ein Jugendfestival „JU 80 – Treffpunkt der Jugend“ angerichtet haben. 6.000 Anmeldungen lagen vor, hatte der Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU gemeldet, und die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ hat die Zahl brav übernommen. Gut die Hälfte, dreitausend waren es dann.

„Treffpunkt der Jugend“? Mir schien das – CDU und Jugend, Jugend und CDU – eher ein Widerspruch.

Wer erinnert sich nicht an führende Jücker aus Hamburg, die durch Denunziation und provokatorische Aktionen das Verbot des Bundes Demokratischer Jugend betrieben? Wer erinnert sich nicht an die Pimpfe der Schüler-Union, die ihren Lehrer an Schwärzten, weil er ein Buch aus dem Rotbuch-Verlag im Unterricht verwendete? Und wer erinnert sich nicht mehr an die RCDSler an der Uni Hamburg, die ihr ganzes Streben darin setzten, dem ASTA das politische Mandat zu rauben? Alles in allem, dachte ich, nicht sehr motivierend für Jugendliche, solchen Haufen anzuhängen. Ich sollte mich getäuscht haben ...

Volkspark in Mainz. Vor mir die „Zeltstadt“ (CDU-Pressemitteilung).

Volkspark in Mainz. Vor mir die „Zeltstadt“ (CDU-Pressemitteilung). Oder genauer: Vor mir erstmal, locker in Gruppen zusammenstehend und weiträumig verteilt, einige Hundertschaften Polizei im Kampfanzug; dann: ausgerollter Nato-Stacheldraht; dann: die rot-weißen Absperrgitter; und dann noch: ein rund um die „Zeltstadt“ neu gezogener, zwei Meter hoher Maschendrahtzaun, über Rasen und Wege hinweg. Ein schmaler Durchlaß und scharfe Kontrollen. Die Einlaß-Buttons, auf denen jeder seinen Namen einzutragen hatte, wurden nur von den CDU- und JU-Geschäftsstellen ausgegeben.

Ein erster Rundgang durch die Zeltstadt: ein Stand mit Fischbrötchen, daneben einer mit der Aufschrift „Fachleute informieren PRO Kernenergie“ (zur Vermeidung von Irrtümern ist das „pro“ in Versalien geschrieben), es gibt mancherlei hochglanzbrochiertes und – sehr begehrt – einen Comic, kostenlos wie alles andere, „Quo vadis?“, herausgegeben vom „Informationskreis Kernenergie“ – eingeschlossen ein Preisausschreiben, bei dem „Traumreisen zu Energie-Brennpunkten“ verlost werden, Trostpreis ist Anton Zischkas „Das Menschenrecht auf Energie“, desselben Zischka, der 1940 seinen „Ölkrieg“ zur Rechtfertigung des nazistischen Eroberungskrieges auf den Markt warf; dann ein Bratwurstand. Acht Zelte – „Märkte der Mitarbeit“ genannt – mit Platz für jeweils mehrere hundert Menschen und ein Bierzelt für gut dreitausend. Vor dem „Markt der Mitarbeit: Menschliche Schule“ ein Ordner, etwas mißmutig in die Sonne blinzend, das Eiserne Kreuz am Lederband um den Hals. Am Ende des Platzes vier große Feldküchen – mittags wird es Erbsensuppe satt und kostenlos geben. Unpolitisch wie diese Vereine nun mal sind, stellen Ro-

tes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst und Technisches Hilfswerk Gerätschaft und Personal in Uniform.

Die freundlichen jungen Männer im Arbeitsanzug vorm Eingang, sehe ich jetzt, waren nur die Vorspeise. Ein paar Meter von den Feldküchen entfernt und auf der anderen Seite des neugezogenen Zaunes stehen Polizeibusse, mehrere Wasserwerfer und ein Laster, vollgepackt mit fünfzig Rollen Nato-Stacheldraht. Die CDU, habe ich den Eindruck, scheint sich ihres Verhältnisses zur Jugend noch nicht recht sicher zu sein.

Im Presse-Zelt rund ein Dutzend Informationsstände. Die „Gesellschaft für Menschenrechte e.V.“ hat es derzeit mit der „Volksminderheit der Deutschen in der UdSSR“. Per Flugblatt werde ich aufgefordert, mit „einer deutschen Familie in der UdSSR“ zu korrespondieren. Vorab wird mir versichert, daß ein Brief von mir „ein heller Lichtstrahl, ein Hoffnungsboten und eine große moralische Hilfe im Meer des Elends und der Einsamkeit sein wird“. – Der RCDS („entschieden demokratisch“) versichert im Titel seines „RCDS-Magazin“: „Der Kurs bleibt der gleiche“. – Die Schüler-Union verteilt ein Flugblatt „Jungsozialisten auf Volksfrontkurs“ und ihr Programm zum „Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel“, das – 1976 verabschiedet – zur Basis der Schüler-Union jedoch noch nicht vorgedrungen scheint. – Am Stand der Bundesgeschäftsstelle der CDU gibt es auf sechzehn Seiten kunstgedruckt „Der Mann“, der im Heftinteneren zerfällt in „Der Politiker“, „Der Mensch“ und „Die Gegner“; letzteren wird bescheinigt, „zahllose Diffamierungskampagnen gegen Strauß ... mit theatralischem Pomp“ und „mit dem Aufwand stalinistischer Schauprozesse“ inszeniert zu haben. – Weiter ein (erstaunlich) selbstgebastelter Stand „Jugend für Strauß“. – Recht schmucklos auf einen Tisch hingestapelt die „bi“ (Betriebsinformationen) der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer-schaft (CDA); auf Seite 4 des Blattes: „Margrets Modecke: Kommt der Mini wieder?“. Sowjets nur defen-

lich-Demokratischen Arbeitnehmer-schaft (CDA); auf Seite 4 des Blattes: „Margrets Modecke: Kommt der Mini wieder?“, „Sowjets nur defensiv?“, „Unsere jungen Abgeordneten waren ganz schön fleißig“ und „Viel Lärm um nichts – Rechtsextremismus ist für die Jugend kaum eine Gefahr“. – An einem weiteren Stand gibt's die „Schülerpresse aktuell“; dieser „Presse- und Informationsdienst für Schülerzeitungen“ (Herausgeber: Karl-Arnold-Bildungsstätte in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung) beliefert unionstreue Schülerzeitungen mit Nachrichten – „Fließig bereiten sich junge Chinesen für ihr Studium in Deutschland vor!“ – und grundsätzlicherem: „17. Juni: Freiheit oder Freizeit?“. – Einige Schritte weiter wird mir ein 400seitiges „Bürgerhandbuch – Informationen, Tips, Adressen“ in die Hand gedrückt. – Der „Wirtschaftsrat der CDU e.V.“ hält Aufklärung über die bundesdeutschen Gewerkschaften bereit und die Konrad-Adenauer-Stiftung (Ausgaben 1979: 92,0 Mio. DM) ihren „Jahresbericht '79“ bereit sowie die „Politischen Studien“ der Hans-Seidel-Stiftung e.V. (u.a. mit einem Aufsatz zum „Verbot der Politisierung von Betriebsversammlungen“) ... meine Tasche wird langsam schwer. Und ich bin überzeugt, daß die CDU und die CSU und ihr breitgefächertes Umfeld zur Beantwortung jeder Frage etliche Pfund Papier parat haben.

Noch ein Gang übers Gelände. Im Filmzelt läuft „Die wunderbaren Jahre“ – die JU Westfalen-Lippe hat „Materialien zum Film“ des „Dichters aus der DDR“, Reiner Kunze, herausgegeben. Ex-DDR-Bürger und Ex-Wehrdienstverweigerer Niko Hübner bescheinigt Kunze darin, er schildere „sehr gut die Wirklichkeit der DDR in ihrer Alltäglichkeit ...“. Die JU Westfalen – die mit rund 80 Mitgliedern angetreten ist, was



noch rund sieben Mal an diesem Tage erwähnt werden wird; verteilt Berliner Bären, Berliner Fähnchen und ähnlichen Schnick-schnack. Im Vorbeigehen höre ich, wie ein zwölfjähriger Berliner einem Standbesucher mitteilt: „Wir sind eine Großstadt!“

Auf den Wegen zwischen den Zelten ist es voller geworden. Jetzt fallen mir auch die schmucken Jungs auf, die – alleine, zu zweit, zu dritt – in ihren knappsitzenden, grünen Kombis und Baretts auf dem Kopf herumstolzieren, am Gürtel ein ganzes Waffenlager: Pistole, Schlagstock, Handschellen und einen länglichen, schwarzen Gegenstand, in dem ich eine Chemische Keule vermute. Ob er von einer „besonderen Einheit“ sei, möchte ich von einem wissen, da er eine „andere Uniform trägt als die Kollegen vorm Tor“. Nein, nein, wehrt der Angesprochene ab: er sei von einer „fast gewöhnlichen“ Einheit – so kann man das SEK natürlich auch nennen.

Leute über dreißig sind sehr selten auf dem Gelände, fast nur Jugendliche, die meisten so zwischen fünfzehn und fünfundzwanzig. In Jeans, in T-Shirts, in Cordhosen, sogar ein paar gemäßigte Punker sind darunter – Jugendliche, wie sie bei einem beliebigen Pop-Festival oder auch einer Anti-Strauß-Veranstaltung zu sehen wären. Besonders schneike Typen sind nicht häufiger als auf irgendeiner Großstadtstraße. Nur: Das mindeste sind Buttons „JA zur Kernenergie“, absolute Renner Strauß-Buttons, die sich manche gleich mehrfach angesteckt haben; ein langer, schlaksiger Typ hat sich gar ein Farbfoto des Kandidaten ausgeschnitten und trägt es, geschützt von einer Plastikhülle, mit einer großen Sicherheitsnadel am Pullover.

Der Karrierist

Halb zwölf. Die Jugendpressekonferenz beginnt. Rund hundert Jugendliche, zumeist wohl Redakteure von

Halb zwölf. Die Jugendpressekonferenz beginnt. Rund hundert Jugendliche, zumeist wohl Redakteure von Schülerzeitungen, und wenige Journalisten sind im Raum.

Die dabefragt zu werden wünschen, gehen – von artigem Beifall begleitet – zu einem Tisch zwischen aufwendigen Blumengestecken und völlig überdimensionierten Lautsprechern: CDU-Vorsitzender Dr. Helmut Kohl, ein braungebranntes Riesenbaby, ziemlich muffig; Dr. Heiner Geissler, Generalsekretär der CDU, einem angegrauten Luden ähnlich; Hermann-Paul Schlüter, jugendpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Typ Kolpingbruder (magenleidend? oder nur getretener Hund?). Und Mathias Wissmann, Jahrgang 1949, ein unheimlich dünamischer junger Mann mit einer musterhaften Laufbahn: Juristische Staatsexamen 1974 und 1978; 1971 Mitglied des Bundesvorstandes und 1973, 24jährig, Bundesvorsitzender der Jungen Union („Deutschlands“); 1975 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU; 1976 Präsident der Europäischen Union, Junger Christlicher Demokraten und Abgeordneter im Bundestag.

Wissmanns Auftreten hat in der Stuhlreihe hinter mir zu gedämpftem Erstaunen geführt: „Mein Gott, der Wissmann, mal ohne Anzug.“ murmelt es zum Nachbarn gewendet. Und: „Beim letzten Jugendkongress ist der Wissmann doch tatsächlich im 450er Mercedes mit Chauffeur gekommen und hat einen Nadelstreifenanzug mit Weste angehabt.“ Demgegenüber wirkt Wissmann heute geradezu jugendbewegt in seinem Pullover mit Wildledereinsatz und einem seidenen Halstuch. Dies Jugendbewegtsein versucht Wissmann allerdings, und das ist etwas peinlich, durch fortwährendes s-t-a-h-l-e-n-d-e-s Lächeln („cheese“) zu unterstreichen und durch eine Gestik, die wohl locker-locker wirken soll,

aber mehr von ungeschickten Übungen am Punching-Ball an sich hat.

Wissmann eröffnet: „Dieses Jugendtreffen hier in Mainz ist der Auftakt einer breiten Jugendkampagne, die die Union quer durch die Bundesrepublik ... und möchte Sie bitten, jetzt Ihre Fragen an Helmut Kohl (er zeigt auf ihn wie auf ein Sonderangebot), Heiner Geissler (dito), Hermann-Paul Schlüter (nicht anders) und (ganz Sunny-Boy) an mich.“

Der erste Fragesteller tritt vor, zehnte, elfte Klasse Gymnasium, er liest vom Zettel ab, eifrig und dienstfertig, weniger Fragesteller als Stichwortgeber: „Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Kohl: Was gedenken Sie gegen die laufend auftretenden Krawalle während der Kundgebungen mit Franz Josef Strauß, unserem Kanzlerkandidaten, zu unternehmen?“

Kohl, dem sichtlich unwohl ist gegenüber den Jugendlichen, der noch kein Lächeln zustande gebracht hat (oder ist heute die Nummer vom ernsthaften Staatsmann dran?), ist doch dankbar für die Vorgabe: „Zunächst einmal bin ich der Meinung, daß wir unseren Wahlkampf führen, in unserem unverwechselbaren Stil, in unserer unverwechselbaren Handschrift ... Unser Wahlkampf ist wie unsere Politik: a r g u m e n t a t i v.“ – Auf diese (überraschende) Behauptung scheint die gesamte CDU-Spitze eingeschworen zu sein: „argumentativ“ ist – neben „Deutschland“ und „Sozialisten“ – das meistgebrauchte Wort des Tages. Generalsekretär Geissler will den Wahlkampf geführt sehen in der „Sprache der Argumentation, der Sprache der Überzeugung“; Wissmann hatte schon in der Einführung die Linie ausgegeben, „in der Form des Dialogs, in der Form der Argumente“ sei die Diskussion „gerade mit den skeptischen Jugendlichen“ zu führen und dann im Verlauf der Pressekonferenz eingestanden, „daß wir gelegentlich zu stark darauf konzentriert waren, nur die Anti-Effekte zum Sozialismus herauszuarbeiten und zu wenig darauf, den sachalternativen Weg der Union an den Wähler heranzubringen“. Und wiederum Kohl: „Die Härte ist für uns nicht, ich sage das noch einmal, nicht das tragende Element dieses Wahlkampfes.“

Der nächste Fragesteller, etwas zögernd: „Eine Frage, Herr Dr. Kohl, glauben Sie, daß man von einer Frau erwarten kann, daß sie den Mann liebt, der sie gestern noch vergewaltigt hat?“

Ein Moment Ratlosigkeit. Der Schnellste war Kohl ja noch nie. Er antwortet erst schlappend, dann seinen eigenen Einfall begründend: „Ja, ich muß sagen, ich habe noch keine Frau vergewaltigt ...“ Dankbares Gelächter allenthalben, Beifall. Auch die wenigen Mädchen im Raum scheinen das irre komisch zu finden.

Dann wird der Frager deutlich: Nach allem, was „Franz Josef“, wie er den Kandidaten familiär nennt, der CDU an Drohungen mit einer vier-

Dann wird der Frager deutlich: Nach allem, was „Franz Josef“, wie er den Kandidaten familiär nennt, der CDU an Drohungen mit einer vierten Partei geboten habe, könne er von der CDU doch nicht erwarten, „daß wir anfangen, uns zu lieben“.

Kohl stellt klar: „In der Politik ist mir überhaupt noch kein Fall bekannt, wo es um ein Liebesverhältnis gegangen ist.“ Und doziert: „Es geht also in der Politik darum, daß man für die richtigen Ideen, für die richtige Überzeugung ...“

Aber seinen kleinen Groll gegenüber dem großen Vorsitzenden kann er doch nicht gänzlich unerwähnt lassen: „Wir schauen nicht zurück im Zorn; unsere Aufgabe, Politik in den achtziger Jahren zu gestalten, erlaubt niemand von uns den Luxus, beleidigt abseits zu stehen.“

„Die Kulturszene“, sagt ein nächster nun zu Geissler gewandt, „ist doch

hauptsächlich in der Hand der Linken. Welche Möglichkeiten sieht die CDU, hier christlich-soziales, christlich-demokratisches Gedankengut einzubringen?“

Geissler tröstet, zur Kulturszene gehöre ja nicht nur der Bereich der Kunst sondern auch der der Wissenschaften, und da sei „bei objektiver Betrachtung festzustellen, daß die Christlich-Demokratische Union in den wichtigsten kulturellen und geistigen Fragen die Initiative übernommen hat.“ Und er führt zum Beweise an: „Wir sind die einzige Partei gewesen, die z.B. unter großer wissenschaftlicher Beteiligung – die gesamte deutsche Wissenschaft ist vertreten gewesen – eine über drei Jahre gehende Diskussion über die Grundwerte in der Politik durchgeführt hat. Ein großes Grundwerteforum in Berlin – wie gesagt: unter Beteiligung der gesamten deutschen Wissenschaft. Wir haben als erste Partei ...“ – die gesamte deutsche Wissenschaft war natürlich wieder dabei – „... und waren die einzige Partei, die einen großen wissenschaftlichen Kongreß durchgeführt hat über die geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus“. Im schriftstellerischen Bereich allerdings, gesteht Geissler ein, gibt es „zur Zeit mehr negative als positive Stimmen“. Nachdem Geissler solchermaßen eine ganz neue literaturwissenschaftliche Betrachtungsweise eingeführt hat – Literatur wird daran gemessen, ob sie „negativ“ oder „positiv“ zur Union steht – läßt er auch die letzten Hemmungen fallen: „Die deutsche Wissenschaft legt großen Wert darauf, was die Christlich-Demokratische Union zu diesen wichtigen Fragen zu sagen hat.“

Herrmann-Paul Schlüter, von Geisslers Fabulieren angesteckt, will nun endlich auch mal drankommen: „Wenn Sie zum kulturellen Angebot auch das nehmen, was Ihnen angeboten wird, wo Sie leben, nämlich in Ihren Gemeinden, die vielfältigen Angebote der Kommunen, freien Verbände, wird hier besonders deutlich, wie n a h wir mit unserem geistigen Gut, mit unseren Grundsätzen und Zielen die Kulturszene der einzelnen Gemeinden beherrschen.“ Dem stünden zwar „die Belletristik“ und „das Wirken der Sozialpädagogen“ (hät?) entgegen, man könne „aber schon absehen, daß die Jugendbewegung der achtziger Jahre mehr bei unseren Grundsätzen und Kulturwerten und Zielen (im Schützengraben?) liegen wird“ als bei jenen der sechziger und siebziger Jahre.

Das alles aber meinte unser Kulturfreund eigentlich gar nicht – es ging ihm um die „Protestlieder“. „Wir erinnern uns noch der Zeit, als die USA in Vietnam standen, wie sich in den USA Protestlieder aufmachten, und die dann gegen die ... (er stockt, aber dann hat er's) Dinge sangen, die die Amerikaner in Vietnam machen.“ Und nun vermisst er „Protestsänger, die Lieder singen gegen die Verbrechen (nicht Dinge?) der Sowjets in Afghanistan, ich vermisste Protestsänger, die Lieder singen gegen den Schießbefehl an der Mauer, die Lieder singen für den Erhalt der Familie ...“ Afghanistan, ich vermisste Protestsänger, die Lieder singen gegen den Schießbefehl an der Mauer, die Lieder singen für den Erhalt der Familie. So sechzehn, siebzehn mag das Kerlchen sein ...

Das erste Mädchen, das sich zu Wort meldet, konstatiert die „Entpolitisierung der Jugend“ und geht Wissmann um Rat an.

Der nutzt die Gelegenheit, in ein selbstkritisches Kleid gewandelt, über den Wahlkampf neuen Stils zu referieren: „Man kann einen, der uns kritisch gegenübersteht, nicht dadurch gewinnen, daß wir ihm sagen, die soziale Marktwirtschaft ist darum gut, weil sie 'ne höhere Produktivität sichert und das Bruttosozialprodukt und dicke Wachstumsraten, sondern Jugendliche wollen heute mit Recht wissen, was ist denn eure langfristige Perspektive? Habt ihr denn zur sozialen Dimension der Marktwirtschaft,





zu einer menschlichen Gesellschaft etwas anzugeben, was über den Tag hinausgeht? Das herauszuarbeiten ist die Bedingung dafür, daß uns mancher skeptische Jugendliche zumindest ohne Vorurteile gegenübertritt."

Ein junger Herr sorgt sich um das ungeborene Leben, will wissen, ob, wenn die Union an der Macht ist, "das Gesetz zum §218 geändert" wird.

Kohl: „Es gibt eine Reihe von Gesetzen, die wir mit absoluter Sicherheit ändern werden!“ Über den §218 will er aber Endgültigeres nicht sagen.

Ein Journalist hakt nach: „Herr Kohl, welche Gesetze wollen Sie mit ‚absoluter Sicherheit‘ ändern?“

Au wei, da hat sich Kohls Helmut doch zu weit vorgewagt. Wie kommt es da wieder raus, schwitzt er vor sich hin. Vergnügt: „Das ist nun heute nicht mein Job ... öh ... öh ... öh ... in jedem Detail die Gesetzgebung der letzten Jahre aufzu..., zu qualifizieren“ und flüchtet sich ins Allgemeine und zum Wahlprogramm.

Nach diesem Mißklang kehrt wieder Frieden ein und Harmonie. Die Ferkel schmatzen selig an der Mutter-sau.

Nur Wissmann, der schon aus dem Trog fressen kann, wagt am Schluß ein pflichtgemäßes Aufbegehren: Er sieht seine Junge Union — „und da bin ich anderer Meinung als Dr. Kohl“ — weder auf kommunaler, noch auf Landes- oder Bundesebene, „hinreichend vertreten“. Was ihm, ebenso im Rahmen des Spiels Parteijugend/Parteiliste, die Belehrung von Kohl einbringt: „Wir sind erst einmal Mitglieder der Union, dann der Jungen Union ...“

Die Biedermänner

Im Bierzelt hat die erste Kundgebung des Tages begonnen. Über das ganze Gelände und weit in den Park schallt: „... und CDU und CSU sind aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus entstanden“. Wodurch mir die (kostenlose) Erbsensuppe auch nicht besser schmeckt.

Am Nachmittag werden die „Märkte der Mitarbeit“ geöffnet: Im Zelt

Am Nachmittag werden die „Märkte der Mitarbeit“ geöffnet: Im Zelt „Demokratische Solidarität und Menschenrechte“ haben sich unter dem Vorsitz des (neuen) RCDS-Vorsitzenden Stefan Dingerkus und Assistenz des alten je ein Sprecher aus Vietnam, Polen, Chile und El Salvador versammelt.

Pedro Merano von der Christdemokratischen Partei Chile kommt nach pflichtgemäßer Erwähnung „der Mißachtung oder Verletzung der Menschenrechte“ schnell zur Sache: Den „Militärdiktaturen“ hat er im wesentlichen vorzuwerfen, daß sie die sozialen Unterschiede noch vertiefen und damit „eine zunehmende politische Polarisierung begünstigen bis hin zur Gewaltanwendung von Extremisten“. Knapp vierzig Leute drängen sich auf den hundertfünfzig Stühlen.

Überfüllt hingegen ist das Zelt „Auf der Suche nach Sinn“. Rund hundertfünfzig Jugendlichen wird mitgeteilt: „Das Thema, das wir in diesem Arbeitskreis haben, ist, der Sache, dem Leben, einen Sinn geben.“ Ein Dr. Alt (nomen est omen) doziert pastoral über „das Sein, das Nicht-Sein und das Doch-Sein“. Das trägt ihm keinen Protest ein, sondern vielmehr andächtige Zuhörer. Später jedoch wird er von einem Jungfunktionär ermahnt, dieserlei Erwägungen über „das Sein“ erinnerten doch stark an Camus (der bekanntlich weder Mitglied der CDU noch der CSU war).

Bombenstimmung beim „Markt der Mitarbeit: Was gehen uns die Jugendlichen in der DDR an?“ Beim Betreten des Zeltes höre ich Axel Mitbauer, laut Programmschrift „Düsseldorf, früher DDR“, sagen: „... und dann bin ich 25 Kilometer durch die Ostsee hierher in die Freiheit geschwommen“. Riesenbeifall, Trampeln und Pfeifen der dreihundert Zuhörer. Ne-

ben ihm auf dem Podium der DDR-Wehrdienstverweigerer - BRD - Wehrdienstbefürworter Niko Hübner und der Westberliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz, 1975 zeitweise Gast der Bewegung 2. Juni. Von deren Untergrundarbeit scheint er gelernt zu haben. Den Zuhörern, die wissen wollen, was sie „konkret“ tun können, rät er eindringlich: „Sie sollten alles tun, um in die DDR zu fahren. Und dann natürlich gut vorbereitet, innerlich und praktisch vorbereitet und mit der vollen Absicht, Kontakte aufzunehmen und mit den Menschen zu sprechen, über die persönlichen und privaten Dinge zu sprechen, da kommt man natürlich auch auf Fragen der Politik ...“.

Beim „Markt: Menschliche Arbeitswelt“ wirken mit ein Jugendvertreter, ein Malermeister, ein Unternehmensberater, ein Mitglied des Bundesvorstandes der JU, ein Vorstandsassistent und als Star Dr. Norbert Blüm, Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der sogenannten Rosenkranz-Marxisten. Für die Verhinderung einer Diskussion sorgt Ludger Reuber, Pressereferent der Sozialausschüsse, der hier die Conference inne hat.

Blüm ist schon bei seinem Lieblingsthema, dem „Klassenkampf in der Arbeitnehmerschaft“: „Denkt doch mal dran, wir sind jetzt schon dabei, die schwächeren Arbeitnehmer — nicht zynisch formuliert, sondern 'n bißchen salopp — diejenigen, die 'ne kleine Macke haben, das muß nicht nur gesundheitlich sein — die Ungelernten, die sind von vielen Betrieben ausgeschwitzt, mit Hilfe guter Sozialpläne ins Freie gesetzt worden. Nur die nachwachsenden Schwächeren, die kommen gar nicht mehr rein ... Der Arbeitslose, der vor der Tür steht, der hat nichts von einem verbesserten Kündigungsschutz. Da kann man den Kündigungsschutz verdreifachen, wer draußen ist, ist draußen. Und da meine ich schon, daß wir nicht nur eine Tarifpolitik betreiben dürfen, die auf die Arbeitsbesitzer gerichtet ist, sondern auch auf die Wiedereingliederung der Arbeitslosen.“

Nachdem er so — von hinten durch die Wiedereingliederung der Arbeits-

Nachdem er so — von hinten durch die Brust ins Auge — einen Schwachpunkt gewerkschaftlicher Tarifpolitik angekratzt hat und ihm dazu nichts mehr einfällt, stellt er seine „menschliche Arbeitswelt“ vor: „Wenn wir schon rationalisieren müssen, dann laßt uns doch (kleine Pause, dann neckisch) die schlechten Arbeitsplätze wegrationalisieren. Das können wir zweifellos durch Lohnstruktur und -bestimmungen. Je höher der Lohn an 'ner bestimmten Stelle ist, umso mehr richtet sich der Rationalisierungsdruck darauf. Also müssen wir (Kunstpauze) schlechte Arbeitsplätze (mit erhobener Stimme) teuer machen, damit sie als erste wegrationalisiert werden. Dann wird derjenige, der 'ne interessante Arbeit macht, nicht im gleichen Schritt (zögernd) Lohnerhöhungen fordern können (verlegenes Lachen) — das hört sich alles sehr paradox an, aber das zeigt“, und damit ist er wieder, ohne es direkt angesprochen haben zu müssen, beim Hauptfeind DGB, „das zeigt, das wir 'ne andere Tarifpolitik betreiben müssen, als im herkömmlichen Kolonnenschema.“

Die meisten der rund fünfzig Anwesenden erzählen sich einen oder dösen vor sich hin. Nur ein rheinpfälzischer Drucker meint, daß der Norbert da wohl was durcheinander bekommen hat: „Zwei Klassen innerhalb der Arbeiterklasse, also, das ist ja schon, das ist ja 'n bißchen dubios. Die Technik wird ja nicht bestimmt von denen, die den besseren Arbeitsplatz haben, sondern die Technik wird ja bestimmt von denen, die die Fabriken gehören — soweit sind wir uns doch einig?“

Stille. Keine Antwort. Der Kollege versucht nochmal: „Und die Fabriken gehören eben den Leuten, die die Fabrikbesitzer sind.“

Blüm ist nicht beeindruckt. Er findet den „Kampf um Prozente“

eh ziemlich blöd, weil unterm Strich doch nichts überbleibt; die Arbeitnehmer sollen lieber, meint er, „an dem Teil des Volksvermögens beteiligt werden, der nicht verfüttert werden darf, an den Maschinen. Ich glaube auch, daß wir auf diese Weise Maschinenstürmerei verhindern. Wer sagt denn, daß es demnächst nicht mal 'nen Aufstand gibt gegen den technischen Fortschritt, wenn Arbeitsplätze wegfallen? Die Arbeitnehmer werden die Maschinen nur verteidigen, wenn sie mitbeteiligt sind.“

Um 17 Uhr beginnt die Kundgebung mit Kohl und Strauß. Für die Märkte, auf denen Energie, Familie, Berufsentscheidung und Anderes Leben gehandelt werden, fehlt mir die Zeit. Aber den „Workshop: Spontane Kreativität“ will ich noch besuchen.

Ein, laut Programm „Künstler“, führt dort Zingiebereien vor. Spontan hat er schon, als Statue, die Mutter Maria geschaffen und, als Porträt zum Aufhängen, den Vater Josef, genauer: Franz Josef. Dieser Ausdruck spontaner Kreativität scheint den Jugendlichen doch nicht zu genügen, viel mehr Zuspruch findet eine meterlange weiße Wand nebst einer Sammlung Filzstifte. „Kein Saft ohne Kernkraft“ steht nun dort, liebevoll ergänzt mit einer instruktiven Zeichnung. „Stoppt Wehner“, das erste „e“ in seinem Namen ist von kundiger Hand als Hammer und Sichel ausgeführt. Und es fehlt, spontan kreativ, auch nicht das Gelöbniß: „Bis in den Tod gegen Rot!“

Der Brandstifter

Zum „Treffpunkt der Jugend“ haben sich nun auch ein paar hundert Ältere im großen Bierzelt eingefunden. Die Kundgebung mit Kohl und Strauß beginnt. Aber erst muß die rechte Stimmung hergestellt werden. War am Morgen bei der Jugendpressekonferenz noch das Fehlen von Protestliedern mit „christlich-sozialem, christlich-demokratischem Gedankengut“ beklagt worden, kann jetzt Wissmann, der den Conferencier macht, bekanntgeben: Im „Workshop Spontane Kreativität“ haben sich zwei Jugendfreunde zusammengesetzt und „ganz spontan“ ein Protestlied gedichtet. Da die Produzenten-Sänger jedoch (kleiner Mangel) weder singen, noch spielen können und überhaupt Probleme mit der Sprache und dem Sprechen haben, ist, trotz ausgezeichneter Lautsprecheranlage, ihr Protest nur fragmentarisch zu verstehen.

„Wie wird unsre Zukunft sein, gehen wir ins Gefängnis hinein? Glaubst du denn in Wirklichkeit dran, daß ...“

Vielleicht haben wir dann keine Arbeit mehr ...

Nein, wir wollen diese Zukunft nicht, die allen Menschenrechten

widerspricht, so haben wir uns das nicht vorgestellt, wir wollen eine menschliche Zukunft.

widerspricht, so haben wir uns das nicht vorgestellt, wir wollen eine bessere Welt.“

Begeistertes im ... na ja — im Takt klatschen (oder sollte der schaurige Gesang nur übertönt werden?).

„... denn wir sind für Demokratie, Kommunismus wollen wir nie, Kommunismus ist mit Leid verbunden und reißt in die Menschheit tiefe Wunden.“

Das wurde wohl als Höhe- und Endpunkt des Vortrages angesehen, Beifall rauscht und einer der Protestsänger muß mit einem „Moment bitte“ auf die Fortsetzung der Anklage aufmerksam machen.

„Nun sitzen wir hier, und trinken unser Bier (Bravo!), doch woanders haben die Menschen nicht mal Wasser.“

Glaubst du nicht auch, daß es so nicht weitergeht, daß soooo die Welt nicht mehr lange lebt?

Ajatollah brüllt (2.Stimme im Hintergrund: Ajatollah brüllt)

Hängt sie alle auf (2.Stimme: Hängt sie alle au-auf)

Schießt sie alle ab (2.Stimme: Schieß sie alle a-ab)

Und werft sie auf einen Haufen

Doch denk' dir nichts dabei

Denn irgendwann geht er selber ein-mal drauf

(Schallendes Gelächter, Beifall)

In Afrika hungern Menschen Tag für Tag,

doch den Russen ist das egal, sie handeln viel zu kurzsichtig,

sie sagen: Hauptsache, die Schwarzen sind für uns strategisch wichtig.

Nun sitzen wir hier, und trinken unser Bier,

doch woanders haben die Menschen nicht mal Wasser.“

Wahrlich, ich sage euch: Das christlich-soziale und christlich-demokratische Protestlied hat eine große Zukunft!

„Ich darf“, verkündet Wissmann, „Helmut Kohl bitten, zu uns zu sprechen.“ Die Stimmung steigt. Kohl ist schnell beim Thema: „Treten Sie ein für unsere gemeinsame großartige Sache, für die Idee der CDU/CSU, für die Wende in der deutschen Politik...“

Das hatte ich heute schon. Noch ein paar Schritte laufen, bißchen die Sonne angucken. Bevor Strauß hier einfällt.

Vor dem Tor hat sich eine kleine Demonstration versammelt, zwei, dreihundert Leute, ein Transparent „Strauß go home — Gott schütze Bayern“. Ein Ordner am Tor will mich erst nicht vorbeilassen. Ich bescheide ihn kurz: „Presse, will mir das mal ansehen.“ Er naßforsch: „Wenn du nur nicht selbst was abkriegst.“ Wie bitte? Habe ich mir an diesem brüllheißen Tag einen Anzug angezogen, einen Schlips umgewürgt und mein seriösestes Gesicht aufgesetzt, damit dieser Pimpf mich duzt? Er bekommt eine Blitzlektion über den korrekten Gebrauch von „du“ und „Sie“. Er stutzt, steht stramm. Na also!

Der Einsatzleiter der Polizeitruppe vorm Tor zeigt sich, trotz vorgewiesenen Presse-Ausweises, absolut auskunftsunwillig. Auskunft darüber, was hier geschieht, bekomme ich bei der Polizei-Pressestelle. Meiner streng logischen Frage, wie denn diese Instanz — irgendwo in Mainz — mich darüber informieren könne, was hier vor seinen, des Einsatzleiters Augen geschieht, vermag er nicht zu folgen.

Zurück zum Zelt. Kohl ist immer noch oder schon wieder bei der „Wende“.

„Die Wende zum Besseren, der Aufbruch zu einer besseren Politik für Deutschland ist Franz Josef Strauß.“

Wissmann, um die Stimmung weiter aufzuheizen, hat „soeben erfahren“, daß der in Hannover tagende Bundeskongreß der Jusos sich mit der Anti-Strauß-Kundgebung in Mainz solidarisiert hat, die gemeinsam von Personen der (DKP-nahen) Kühn-Initiative und des SPD-Wahlvereins von Klaus Staack getragen wird. Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, heult Wissmann auf, we-he! Und die dreitausend hier Versammelten heulen mit ihm. „Ich glaube“, sagt Wissmann, „jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo ich Franz Josef Strauß das Wort erteilen kann.“ Das reicht, um das Publikum zu 55 Sekunden Beifall und Trampeln zu veranlassen.

Und dann kommt ER, der Bringer des Heils, der Geliebte Führer. Nicht vorn am Podium taucht er auf, sondern vom andern Ende des Zeltes ... Jubelstost auf ... Sportpalast? ... Sportpalast! ... und ich frage euch, wollt ihr ... Er ist dicht umdrängt von zwanzig, dreißig Bodyguards und Funktionären, selbst hier scheint Sorge um seine Sicherheit zu herrschen ... der lange Weg zum Podium ... einige Tausend springen auf ... klettern auf die Stühle ... brüllen: hei, hei, hei ... klatschen wie irrsinnig. Nur zwei Meter entfernt von mir geht Strauß vorbei, ich zittere, heule fast vor Wut, nicht auf ihn zustürzen, ihn zusammendreschen, zusammenreten zu können. Ich brauche Zeit, mich wieder zu fassen. Strauß muß jetzt vorne am Podium angekommen sein, denn Conferencier Wissmann meldet „nochmals sehr herzlich unseren Kanzler-Kandidaten begrüßen“ zu dürfen. Und das kaum verebbte Johlen schwillt wieder an. Die rund dreitausend, Fünfzehn- bis Fünfundzwanzigjährige größtenteils, toben. Wie kann diese Verkörperung des häßlichen Deutschen, dieser Trunkenbold, wie kann dies polternde, dies feiste Ungetüm die Begeisterung dieser Jugend für sich erobern? Was muß diesen Jugendlichen angetan worden sein, daß sie sich einem ihrer ärgsten Feinde zu Füßen werfen??

„Meine lieben Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zunächst (10 Sekunden Beifall), zuerst ein herzliches Wort des Dankes (10

Sekunden Beifall), des Dankes für diesen im besten Sinne des Wortes heißen Empfang (Johlen, 15 Sekunden Beifall), ein Wort des Dankes (Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä — 20 Sekunden), ein herzliches Wort des Dankes dafür, daß Sie an diesem ausnahmsweise mal schönen Wochenende ...“ — Strauß steht jetzt anderthalb Minuten auf der Bühne, hat in einer halben Minute viermal „Danke“ gesagt und eine Bemerkung übers Wetter gemacht — eine Minute lang wurde ihm dafür gehuldigt. Strauß wird später in seiner Rede sagen: „Die glücklichen Sklaven sind die stärksten Feinde der Freiheit!“

... und herzlichen Dank für dieses Zeichen politischer Aufmerksamkeit, kritischer Aufgeschlossenheit, staatsbürgerlicher Verantwortungsbereitschaft und damit für das gute Beispiel, das Sie geben. Das gute Beispiel im Kampf um eine demokratische Ordnung, im Kampf um eine rechtsstaatliche Zukunft und im Kampf um die Sicherung unserer Freiheit.“ Er hat sein höchstes Sprechtempo und die größte Lautstärke zwar noch nicht erreicht, seir „Kampf um ... Kampf um ...“ bellt aber schon aus ihm heraus wie ein Feldwebel beim Morgenappell.

Ihm ist, nachdem er seinen Zuhörern mitgeteilt hat, was sie alle für tolle Menschen sind, wiederum johlender Beifall sicher und die Franz-Jo-sä-Sprechchöre und das Schwingen von „Deutschland“- und Berlin-Fahnen.

Die Solidarisierung der Jusos mit der Mainzer Anti-Strauß-Kundgebung ist sein Stichwort: „Das sind genau die Vorgänge (das sagt er noch leise, aber schon sich anschleichend, gefährlich), die uns aufrüblen müssen (bellend), die uns mobilisieren müssen, die dem L e t z t e n (er betont jeden einzelnen Buchstaben) die Augen öffnen müssen, (er brüllt) daß dieser Staat vor der SPD gerettet werden muß.“ Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä ... (Sagte Kohl nicht noch vor wenigen Minuten: „Wir wollen keinen Haß, wir wollen aus der Geschichte lernen ... Wer Haß sät, wird das Chaos dieser Republik ernten ... Wer den Andersdenkenden ver-teufelt, trägt dazu bei, daß sich diese Republik selbst das Grab gräbt“?).

... sind wir ja überzeugte Anhänger eines demokratischen, liberalen, freiheitlichen, toleranten Parteiensystems.“ Leicht angewidert, wie Strauß diese Begriffe herunterleiert ist deutlich, daß sie ihm nur eine rhetorische Brücke sind für die Behauptung, daß die SPD „Schulter an Schulter, Arm in Arm mit den Kommunisten marschiert“. Und dann hat die SPD auch schon ihren Landesverratsvorwurf weg, da sie nämlich „lieber mit ausländischen Kommunisten paktiert, als mit dem demokratischen Partner“ — der Anwurf hat Geschichte!

Nach den Paukenschlägen sanftere Töne: „Ich darf Sie herzlich bitten, ganz vorsichtig, aufmerksam und kritisch gegenüber all-ge-meinen Formulierungen zu sein.“ Und formuliert dann all-ge-mein was als Kreuzsticke-ken gegenüber all-ge-meinen Formulierungen zu sein.“ Und formuliert dann all-ge-mein, was als Kreuzsticke-ken überm Küchensofa seinen Platz hätte, nie und nimmer aber beanspruchen dürfte, eine politische Aussage zu sein: „Bewährtes wollen wir erhalten, Überholtes ersetzen und Schlechtergewordenes verbessern.“

Denn: „Was uns von den Sozialisten unterscheidet, ist die Tatsache, nicht, daß wir am Vergangenen hängen, sondern daß wir Politik aus einem Geiste machen, der immer gilt.“ Auch der Anspruch hat Geschichte! „Aus einem Geiste, meine Damen und Herren, dessen geistige Bauelemente geschaffen worden sind von der großen Kultur des Griechentums, von der Zivilisation der Römer, von der Religiosität des Christentums und von den großen schöpferischen Leistungen der großen europäischen Volksgruppen, der Romanen, der Slawen und der Germanen. Das ist unser geistiges Erbe ...“ Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä ...

Und jetzt, Trommelwirbel, aller Augen starren gebannt auf den Meister der Demagogen, der zur Widerlegung des Marxismus ansetzt: „Eine Ideologie, die ihre Doktrin und die Folgerungen daraus in einer Zeit aufgebaut und abgeschlossen hat, bevor es den Verbrennungsmotor gab, bevor die elektrische Energie in der Wirtschaft in Anwendung war, als Luft- und Raumfahrt noch unbekannte Größen waren, als es noch keine elektronische Datenverarbeitung gab und keine Mikroprozessoren und Mikrobiologie gab — wer würde sich denn heute von einem Arzt operieren lassen, der sagt, ich hab' meine Ausbildung 1847 abgeschlossen?“ Er ist auch diesmal bei seiner (seit fünf Jahren häufig absolvierten) Paradenummer nicht abgestürzt und mir steht schon jetzt der Pimpf von der Schüler-Union vor Augen, der mich mit der Feststellung abfertigt: „Marx?

Fortsetzung nächste Seite



Repressionen gegen Strauß-Gegner

Herne: In Kürze wird vor dem Amtsgericht in Herne ein Prozeß gegen die 26-jährige Feinmechanikerin Verena Weisbecker stattfinden. Der Prozeß wurde von F.J. Strauß angestrengt, der durch seine Anwälte als Nebenkläger auftritt. Die Anklage lautet auf Beleidigung. V. Weisbecker zeichnet für ein Flugblatt der KPD/ML presserechtlich verantwortlich, das im vergangenen Jahr unmittelbar nach Bekanntwerden der Kanzlerkandidatur von Strauß erschienen ist.

Angeklagt sind Passagen, in denen Parallelen zwischen Politik und Person des F.J. Strauß und dem Hitlerfaschismus gezogen werden, u.a. die Aussage, „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg.“ Vorläufig ist der Prozeß auf Antrag der Verteidigung vertagt worden. Es wird versucht, eine Solidarität zu organisieren. Schreibt, wenn ihr gegen diesen Prozeß protestieren wollt, bitte an: W.-J. Herzog, Grenzweg 72, 4690 Herne 1



Fortsetzung von Seite 19

Ein Tag bei der Jungen Union

Der hatte ja noch nicht mal'n Führerschein!"

Ziemlich spät fällt Strauß ein, daß er ja vor Jugendlichen redet — dies Thema war noch nie seine Stärke — und es gerät ihm auch reichlich alt-

Fortsetzung von Seite 19

Ein Tag bei der Jungen Union

Der hatte ja noch nicht mal'n Führerschein!"

Ziemlich spät fällt Strauß ein, daß er ja vor Jugendlichen redet — dies Thema war noch nie seine Stärke — und es gerät ihm auch reichlich altbacken: „Nicht wer den jungen Leuten schöntut, wer ihnen sagt, Leistungsverweigerung ist gut, wer Fleiß, Können, Tüchtigkeit in der Öffentlichkeit verächtlich macht, heruntersetzt, ist ein Freund der Jugend, sondern der, der ihr offen aus seiner Lebenserfahrung heraus sagt, was die Voraussetzungen sind, damit sie auch als erwachsene Menschen und im Alter noch ein menschenwürdiges, kulturwertes modernes Dasein führen können.“ Erst in gewohnterem Fahrwasser kommt er wieder in Stimmung: „Wir wollen die Zukunft Deutschlands in Ordnung und Freiheit ... Wir wollen diesen Staat vor Unrecht und Gewalttat schützen, unsere Sympathie und unser Mitleid gelten den Opfern der Verbrechen und nicht den Urheber (Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä) ... Meine Damen und Herren, Sie können sich darauf verlassen: Wir sagen, was wir denken. Wir denken, was wir sagen. Wir tun, was wir denken.“ Eben!

„Wir wollen, daß dieser freiheitliche Rechtsstaat seine Faszination erhält, daß die junge Generation sich zu ihm bekennt, damit die Hoffnung für den anderen Teil Deutschlands nicht verloren geht. Wir werden die Bundesrepublik ausbauen und sichern, aber nie vergessen, daß unser Vaterland größer ist als die Bundesrepublik Deutschland.“ Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä, Franz-Jo-sä ...

Es war, zugegeben, etwas überflüssig, aber ich hätte doch gerne den Artikel in der „Siegburger Presse“, in dem die dortige JU dem Kandidaten seine Chile-Kontakte vorwirft, vollständig gelesen. Die Pressestelle der JU in Bonn, die ich der Adresse wegen anrufe, reagiert verschreckt: „Ich bitte Sie, bewerten Sie das nicht über. Die Junge Union hat 4.127 Ortsverbände, 4.126 haben mit solchen Sachen überhaupt nichts zu tun!“ — Das hatte ich mir allerdings auch schon gedacht ...

K. (BO Hamburg-Barmbek)

(Die Fotos stammen aus der CDU/CSU-Broschüre „Der Mann“)

Regensburg: Mit den Sanktionen des Arbeitsamtes Regensburg gegen Umschüler wegen Tragens von Anti-Strauß-Plaketten muß sich jetzt auch Bundesarbeitsminister Ehrenberg befassen. Der bayerische Bundestagsabgeordnete Alfons Bayerl will von Ehrenberg vor allem wissen, auf welche Rechtsgrundlage sich das Arbeitsamt Regensburg bei seinen Strafmaßnahmen stützt. Bayerl ist der Ansicht, daß die Maßnahmen (7 Umschüler waren von Ausbildungsmaßnahmen ausgeschlossen worden, das Arbeitsamt stimmte ihrer Entlassung zu und die Unterhaltzahlungen wurden gestrichen) gegen die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit verstoßen. Diese erfreuliche Erkenntnis wird durch die Feststellung, daß diese Maßnahmen außerdem den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Verwaltungsrecht verletzen, leider etwas getrübt. Mal sehen, was Bayerls Parteifreund Ehrenberg dazu sagt (nach „SZ“, vom 30.5.; „TAZ“, 9.6.80).

Kempten/Allgäu: Das Schöffengericht in Kempten hat gegen die Rockgruppe „Checkpoint Charlie“ (bekannt u.a. von Rock-gegen-Rechts-Auftritten) ein Verfahren wegen Beleidigung und Verunglimpfung eines Symbols des Staates angestrengt. Der Strafantrag kommt von Strauß.

„Checkpoint Charlie“ benutzt bei ihren Auftritten häufiger eine Sau aus Pappe, auf die der Name „Franz-Josef“ aufgemalt ist. Dazu wird in einem Textvortrag folgendes gesagt: „Franz-Josef, die Sau, Franz-Josef, das geile Schwein.“ Das Gericht meint nun, daß sich dies alles eindeutig auf F.J. Strauß bezieht. Zudem habe „Checkpoint Charlie“ während einer Veranstaltung auf einer Bundesfahne herumgetrampelt.

„Checkpoint Charlie“ erklärt dazu, daß ihre Sau Franz-Josef niemals solche Dinge tun oder sagen werde, wie sie von F.J. Strauß kennen.

Interessant ist, daß insgesamt von 5 Veranstaltungen in einem Zeitraum von 4 Monaten in der Anklageschrift berichtet wird, wo die Beleidigungen stattgefunden haben sollen. Da sind die Spitzel aber ganz schön fleißig gewesen. Zur Unterstützung der „Checkpoint Charlie“ gibt es vom Hallenkollektiv des UJZ Glocksee/Hannover eine Erklärung, die gegen dieses Verfahren protestiert und herausstellt, daß hier eine kritische Rockgruppe mundtot gemacht werden soll. Bisher haben u.a. diese Erklärung unterschrieben: Hansa-

5 Veranstaltungen in einem Zeitraum von 4 Monaten in der Anklageschrift berichtet wird, wo die Beleidigungen stattgefunden haben sollen. Da sind die Spitzel aber ganz schön fleißig gewesen. Zur Unterstützung der „Checkpoint Charlie“ gibt es vom Hallenkollektiv des UJZ Glocksee/Hannover eine Erklärung, die gegen dieses Verfahren protestiert und herausstellt, daß hier eine kritische Rockgruppe mundtot gemacht werden soll. Bisher haben u.a. diese Erklärung unterschrieben: Hansa-



„Niemand würde unser geliebtes Schwein Franz-Josef solche Dinge tun oder sagen wie wie sie von FJS kennen... Wenn hier jemand beleidigt sein kann, dann sind wir das, ist doch klar, oder?“ (Rockgruppe Checkpoint Charlie).

„Symptom Strauß — Wissenschaftler gegen Rechts“

Unter diesem Titel führt die Hamburger Sektion des „Bundes demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi) eine Veranstaltungsreihe durch.

18.6.: Zum Thema „Strauß verhindern — und was dann?“ diskutieren auf dem Podium Prof. Dr. N. Paech (Uni Hamburg), Dr. W. Goldschmidt sowie K.-H. Maldauer und W. Braun.

25.6.: Prof. Dr. W. Dankwerts (Uni Duisburg) spricht zum Thema „Armut in der BRD — Sozialpolitische Vorstellungen der Rechten“.

2.7.: Sigurd Asper von der Kölner Initiative „Rettet die Rundfunkfreiheit“ und der NDR-Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Bombosch diskutieren über das

plast, Kaltwetterfront, Atommusikanten, Schedderhecks und Gegenwind.

Schickt Protestschreiben bitte an: Hallenkollektiv, UJZ Glocksee, Glockseest. 35, 3 Hannover 1

Augsburg: Wie im letzten AK berichtet, hat Filmpreisträger Werner Schroeter große Schwierigkeiten, in Augsburg seine Inszenierung der „Salome“ von Richard Strauss auf die Bühne zu kriegen — nicht zuletzt wohl wegen seiner öffentlich geäußerten Anti-Haltung zu Strauß, dem Politiker. Die Sache nimmt nun auf juristischer Ebene einen wirklich erbärmlichen Fortgang: Das Interview der „Zeit“ mit Schroeter, in dem dieser sich — zum Gaudi für alle Leser mit Köpfchen und Humor — allerlei satirische Antworten auf Fragen zur Strauß-Kandidatur einfallen ließ, soll nach dem Willen der Augsburger Staatsanwaltschaft als Verherrlichung von Gewalt und damit als „Offizialdelikt“ strafbar sein. Dies bezieht sich wohl auf „das Bombchen in Form einer Weißwurst“, das Schroeter dem Strauß am liebsten zu essen gäbe. Jetzt wird der Fall zwischen Augsburger und Hamburger Staatsanwaltschaft hin und her geschoben, weil unklar ist, wo der Gerichtsstand ist („SZ“, 10.6.80).

Nochmal Augsburg: Welches Klima in dieser Stadt herrscht, mag der Umstand verdeutlichen, daß sämtliche privaten Kinos der Stadt „kein Interesse“ an einer Aufführung des Films „Der Kandidat“ von Schlöndorff und anderen Regisseuren haben. Nur die „Komödie“, in der vorwiegend avantgardistische Filme gezeigt werden, zeigte Bereitschaft. Doch bei der „Komödie“ ist die Stadt Augsburg Teilhaber und als solcher legte sie über das Kulturamt ein Veto gegen die Präsentation des Films ein. „Die Stadt tut gut daran, sich nicht in diese brisante Angelegenheit hineinzubegeben.“, begründete Anton Kriebel, der Leiter des Kulturamtes diese Zensurmaßnahme („SZ“, 10.6.80).

IKAH

Morddrohung gegen Strauß-Gegner

Hamburg

Am Freitag, dem 30.5. fand in der Gesamtschule Hamburg-Steilshoop ein „Rock gegen Strauß“-Konzert

IKAH

Morddrohung gegen Strauß-Gegner

Hamburg

Am Freitag, dem 30.5. fand in der Gesamtschule Hamburg-Steilshoop ein „Rock gegen Strauß“-Konzert statt, das von einem sehr breiten Bündnis — Jusos, Judos, DKP, KB, Grüne, Z-Gruppe, „Volksfront“ u.a. — getragen wurde. Dieses Bündnis gilt es u.E. zu festigen und weiter zu stabilisieren, wenn möglich auch über den Wahltermin hinaus.

Presserechtlich verantwortlich für das Aufrufblatt und -plakat zeichnete ein fortschrittlicher Lehrer aus dem Schulkreis. 2 Tage nach der Veranstaltung erhielt er einen anonymen Anruf, „er solle sich in acht nehmen, sonst werde ihm noch die Gurgel durchgeschnitten werden. Er stehe an 1. Stelle in ihrer Liste.“ Und er als Lehrer, das müsse „verbieten“ werden.

Gegen diese ungeheuerliche Morddrohung stellte der Kollege umgehend Strafanzeige, wobei wohl Zweifel angebracht sind, daß von Seiten der Polizei etwas geschehen wird.

Wie wir wissen, häufen sich solche Morddrohungen und es wird notwendig, daß das oben genannte „Rock gegen Strauß“-Bündnis geschlossen antwortet.

Ein Genosse aus HH-Wandsbek

Breites Anti-Strauß-Bündnis in Hamburgs Nord-Osten

Am 30.5. fand in Hamburg-Steilshoop ein „Rock gegen Strauß“-Konzert in der Gesamtschule statt, das von einem sehr breiten Bündnis getragen wurde, gemessen daran aber leider nur mäßig besucht wurde. Es kamen ca. 250 Besucher, meist Jugendliche und Schüler.

Obgleich deswegen wohl ein finanzielles Minus übrig blieb, ist das Bündnis selbst und das Zustandekommen dieser Veranstaltung als großer Erfolg zu werten. Leider war die Zeit der Mobilisierung sehr knapp, kaum eine Woche, und dazu wurde die Propagierung in der Schule selbst durch Verbot durch die „linke“ Schulleitung fast unmöglich gemacht. Weder Plakate dürfen ausgehängt werden noch Karten im Vorverkauf abgesetzt werden, so daß nur Mundpropaganda und „heimlicher“ Verkauf übrigblieb.

Unterstützung leisteten folgende bezirkliche Organisationen und Initiativen: Jusos, Judos, DKP, Bunte Liste, Die Grünen, KB, „Z“-Gruppe, „Volksfront“, Rote Garde, Anti-Strauß-Initiative, Chilegruppe Steilshoop, JZ-Initiative, Lehrer aus dem GEW-Schulkreis, Rock gegen Rechts, Schüler gegen Rechts, Ingegen „Graue Wölfe“, eine Frauengruppe und — mit Einschränkungen (s.u.) — die SDAJ. — Es traten auf: eine Schülerband der Gesamtschule, die „Power-Rockgruppe“ Loudn Proud, das Kabarett „Ratte und Schmeißfliege“ und das „Ein-Mensch-Theater“ Natias Neutert.

Schwierigkeiten, ein Bündnis zu bilden

Ausgehend von der örtlichen Bunte Liste-Gruppe fand schon früh eine Debatte darum statt, wie in Steilshoop eine Anti-Strauß-Arbeit zu entwickeln sei. Ergebnis dieser Diskussion war, eine Initiative für einen Anti-Strauß-Arbeitskreis unter Einbeziehung aller Strauß-Gegner zu starten. Es wurde von diesem Kreis eine kleinere Diskussionsveranstaltung durchgeführt, zu der alle möglichen Organisationen und Initiativen eingeladen wurden. Bis auf zwei Jusos, einen DKP'ler, einen „Z“-Grünen und KB-Mitglieder fand dies im Kreis der BuLi-Leute statt, wobei die beiden letztgenannten Organisationsvertreter eh schon in der BuLi-Gruppe mitarbeiteten.

Trotz dieses schwachen Beginns hielt man/frau an dem gesteckten

Ein Genosse aus Wandsbek

ziernung aller Strauß-Gegner zu starten. Es wurde von diesem Kreis eine kleinere Diskussionsveranstaltung durchgeführt, zu der alle möglichen Organisationen und Initiativen eingeladen wurden. Bis auf zwei Jusos, einen DKP'ler, einen „Z“-Grünen und KB-Mitglieder fand dies im Kreis der BuLi-Leute statt, wobei die beiden letztgenannten Organisationsvertreter eh schon in der BuLi-Gruppe mitarbeiteten.

Trotz dieses schwachen Beginns hielt man/frau an dem gesteckten

Ziel fest. Bei den darauffolgenden Bündnis-Gesprächen unter BuLi, „Z“-Grüne und KB gesellten sich lediglich als ernsthaft an diesem Bündnis interessierte GEW-Lehrer aus dem Schulkreis, die Jusos und die „Volksfront“ (KPD/ML-nah) dazu. Dabei stellte sich bald heraus, daß das Konzept eines kontinuierlich arbeitenden Arbeitskreises scheiterte. Verantwortlich dafür waren vor allem die Jusos. Ihre Begründung war, daß es nicht ausreiche, gegen Strauß zu sein, sondern die Notwendigkeit der Alternative zu Strauß bestehe. Für sie sei dies — bei aller Kritik — die SPD. Sie wollten aber nicht einem „Modetrend, gegen alles Etablierte, also auch die SPD, zu sein, nachgeben und durch ihre Teilnahme an solcher Initiative oder Komitee die anderen teilnehmenden Gruppen/Organisationen aufwerten“. Es gehe letztlich um das „Ringen um das Wählerpotential“, wobei sie durch ihre Teilnahme politisch nichts gewinnen. Außerdem hielten sie solche Komitees nicht „für die zeitgemäße und politisch wirksame Form der politischen Werbung in der Bevölkerung“.

Die übergroße Mehrheit der Anwesenden beugte sich dieser Absage an eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zugunsten parteibornierter Interessen (oder soll man/frau „Zwangslage“ der Jusos sagen?), und es wurde beschlossen, ein Bündnis erst einmal an einer konkreten Sache zusammenzubringen. So wurde die Idee eines „Rock gegen Strauß“ geboren.

Ein politischer Streitpunkt wurde später von der SDAJ hineingetragen: als Aufhänger diente die Teilnahme der „Volksfront“, mit der sie unmöglich zusammenarbeiten könne. Trotzdem wurde beschlossen, auf den weiteren Treffen eine für alle Beteiligten akzeptable Basis zu suchen. Nach dem Willen der SDAJ sollte dies der Aufruf der Hamburger „Initiative gegen Rechts! Stoppt Strauß!“ sein. Leider entzog sich die SDAJ selbst dann der weiteren Diskussion und erschien erst gar nicht zu den letzten Treffen.

Wir streben an, auf dieser trotzdem insgesamt erfolgreichen Grundlage die Zusammenarbeit zumindest bis zur Wahl zu intensivieren und gegebenenfalls auch nach der Wahl weiter fortzusetzen.

Leider entzog sich die SDAJ selbst dann der weiteren Diskussion und erschien erst gar nicht zu den letzten Treffen.

Wir streben an, auf dieser trotzdem insgesamt erfolgreichen Grundlage die Zusammenarbeit zumindest bis zur Wahl zu intensivieren und gegebenenfalls auch nach der Wahl weiter fortzusetzen.

Ein Genosse aus Wandsbek

Strauß

NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß — ein Faschist?
Die „Sonstfener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.a.m.

erschiene im Buntbuch-Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
in der 3. Auflage: 11.000

100 S.

DM 7,50

Gespräch mit einem Initiator des Gesundheitstages

»Überrascht von der Wucht des Andrangs«

Das nachfolgende Interview bietet u.E. einige interessante Hintergrund-Informationen zur Organisation und Durchführung des Gesundheitstages vom 14. - 18.5. in Westberlin.

Wegen der auch im Interview angesprochenen Finanzschwierigkeiten wollen wir noch mal das Konto des Gesundheitstages zwecks Spenden angeben:
Postcheckkonto Westberlin
13966 - 105.

AK: Vielleicht könntest Du am Anfang erzählen, wie sich die Idee vom Gesundheitstag entwickelt hat?

S.L.: Im Sommer 1979 hat sich eine sehr kleine Gruppe zusammengefunden — in Erwartung des Ärztetages in Berlin —, um die Möglichkeiten der Aufnahme des Ärztetages durch die kritischen Berliner Mediziner und Beschäftigten im Krankenhaus zu diskutieren.

Die haben dann angefangen, die verschiedenen Möglichkeiten durchzuspielen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Oppositionsbewegung, die es bei den verschiedenen Ärztetagen gegeben hat, eigentlich jetzt neue Kräfte haben sollte.

Sie haben gesagt, daß es nicht mehr ausreicht, mit Go-Ins oder Demonstrationen oder kritischen Stellungnahmen im Grunde eine Randexistenz gegen den Ärztetag zu dokumentieren, sondern daß es inzwischen genügend eigene Ansätze gibt, sowohl inhaltlicher Art (beispielsweise Kahlke aus Hamburg mit didaktischen Vorstellungen), über andere Vorstellungen von Heilmethoden (z.B. die deutsch-zeylonische Akupunkturgesellschaft), auch politisch neue Ansätze (z.B. den Gesundheitsladen oder die Gründung eines neuen Krankenpflegeverbandes). Wir hielten es für notwendig, daß sich die unterschiedlichsten Ansätze von Medizin-Opposition auch einmal positiv ausdrücken würden.

Ein anderer Punkt, weshalb wir die Medizin-Opposition dokumentieren wollten, war, daß hier in Berlin zu der Zeit eine sehr resignative Stimmung da war, eine abwartende Stimmung; wegen der Verschärfung der politischen Situation und auch bestimmt wegen der Verschärfung der Situation im Berliner Krankenhauswesen.

AK: Mit wieviel Leuten habt Ihr an der Sache gearbeitet?

S.L.: Wir haben angefangen mit einem Treffen im Keller der Alternativen Liste. Aufgerufen hat eine Gruppe von 8 Berliner Ärztinnen und Ärzten. Schon da war das erste Interesse unglaublich groß, es kamen 50 - 60 Leute. Durch persönliche Kontakte stellte sich dann rasch ein Netz her. Aufgerufen hat eine Gruppe von 8 Berliner Ärztinnen und Ärzten. Schon da war das erste Interesse unglaublich groß, es kamen 50 - 60 Leute. Durch persönliche Kontakte stellte sich dann rasch ein Netz her und ich glaube, es war sehr wichtig für diese Vorbereitungsphase, daß Berlin mit seinen 33% für eine fortschrittliche Liste in der Ärztekammer eben auch in der Medizin-Opposition eine Tradition hat, und daß es auch für Berlin typisch ist, daß zwar nicht immer und konti-

nuierlich was läuft, aber doch ein großes Potential von Leuten da ist, mit denen man bei solchen Sachen zusammenarbeiten kann und die auch zu Aktivitäten bereit sind.

Es sind dann jeden Donnerstag Koordinationstreffen gemacht worden, die offen waren für jeden, der hinkommen wollte, wo dann erstmal die grundsätzliche Ausrichtung des Gesundheitstages diskutiert wurde. Dann wurde aber auch sehr schnell darauf gedrängt, daß sich „Bereichskoordinatoren“ bilden (für die 10 verschiedenen Bereiche). Es kamen noch viel mehr Vorschläge, in rauen Mengen, was da alles noch rein müßte; diese 10 Bereiche haben da schon einen Kompromiß dargestellt.

Das ging alles bis zum Januar/Februar, und da war auch schon relativ klar, daß es eine sehr große Veranstaltung werden würde. Wichtig war auch, daß diese Bereichskoordinatoren Kontakte genutzt haben und in einer Art Schneeballsystem über den Gesundheitstag informiert haben.

Der Gesundheitstag ist dann später technisch/organisatorisch ein großes Problem geworden, worin sich aber vor allem die Eigeninitiativen ausdrückten.

AK: Dieses Konzept, relativ offen allen die Möglichkeit zu geben, ihre Sachen in Veranstaltungen darzustellen, war das von Anfang an da oder gab es darum Kontroversen?

S.L.: Da gab es durchaus kontroverse Meinungen; es stand dem z.T. ein Konzept gegenüber, themenzentrierter zu arbeiten; und es stand dem auch noch ein Konzept gegenüber, in dieser Phase der Resignation nicht die ganze Medizin-Opposition zu repräsentieren, sondern in erster Linie linke, bewußte Ansätze von Medizin-Kritik zusammenzufassen.

Diese Meinungen wurden aber nicht antagonistisch diskutiert (obwohl das z.T. traditionelle Kontroversen sind, nicht nur auf den Gesundheitstag bezogen). Aufgrund der Einschätzung, was an Bewegung da ist, und vom Ergebnis des Gesundheitstages hat sich dieses „Wiese-Konzept“ dann auch bestätigt.

AK: Hat Euch das Echo auf den Gesundheitstag eigentlich überrollt?

S.L.: Wir haben den Eindruck von dieser Riesigkeit eigentlich schon ziemlich früh gehabt. Die Einschätzung, daß so 10.000 kommen würden, haben wir so von Februar an gehabt. Im September hatten wir noch mit 3-4.000 gerechnet.

Einige Leute aus dem Büro (z.B. die Christel oder der Ellis), die hatten eben auch eine ganze Menge Fähigkeiten zur Hoffnung, zu sagen, jetzt stellen wir die Veranstaltung organisatorisch auf die Beine für 10.000 Leute, weil es ja auch notwendig war, zu diesem Zeitpunkt die Deutschlandhalle anzumieten, die Räume in der TU und FU...

Einige Leute aus dem Büro (z.B. die Christel oder der Ellis), die hatten eben auch eine ganze Menge Fähigkeiten zur Hoffnung, zu sagen, jetzt stellen wir die Veranstaltung organisatorisch auf die Beine für 10.000 Leute, weil es ja auch notwendig war, zu diesem Zeitpunkt die Deutschlandhalle anzumieten, die Räume in der TU und FU...

AK: Gab es eigentlich politische Schwierigkeiten, die Räume anzumieten?

Staatlich abgesegnet: Abfall im Brot

Am 26. April kaufte ich bei einem Aldi-Markt in Pinneberg eine 500 g-Packung Vollkornbrot „Westfalia: Das gute Grander Schinkenbrot“. Auf zwei Scheiben dieser Packung waren helle Brotteile (1,8x0,8 und 1,0x0,5cm) deutlich sichtbar, die vermuten ließen, daß alte Brotreste mit eingearbeitet waren. Ich ging zur Lebensmittelaufsicht beim Veterinäramt des Rathauses in Pinneberg und erbat eine Untersuchung der beiden Brotscheiben. Am 22. Mai erhielt ich Antwort vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt Kiel. Die Untersuchung ergab, daß alte aufgeweichte Brotreste beigemischt worden waren. Dazu schrieb das Nahrungsmitteluntersuchungsamt:

„Grundsätzlich muß hierzu gesagt werden, daß ein Zusatz von maximal 3% Altbrot, bezogen auf die verwendeten Getreideerzeugnisse, bei der Brotherstellung gestattet ist. Der Zusatz darf sogar bis zu 10% betragen, wenn es sich um im Betrieb anfallende frische Brotreste von Pumpernickel, Schrotbrot und Vollkornbrot handelt, soweit diese Brotreste für die Herstellung derselben Brotsorte verwendet werden. Diese Regelung ist von der Ordnung des Marktes

für Backwaren vom 1.7.1944 (!) enthalten (§127, Absatz 1, Nr.3), die zwar inzwischen außer Kraft ist, aber gerade in bezug auf den Altbrotzusatz die auch heute noch geltende Verkehrsauffassung wiedergibt.“ Daher, so die Behörde, liege eine „Wertminderung“ nicht vor.

Eine Verordnung der Nazis aus der letzten Phase des 2. Weltkrieges, die dazu diente, die eh schon knappen Lebensmittel für die werktätige Bevölkerung noch etwas zu „strecken“, gibt also, die auch heute noch geltende Verkehrsauffassung“ wieder. Ob das vielleicht gesundheits-schädlich sein könnte, untersuchte die Behörde gar nicht erst.

Ob die Brotkapitalisten auch schimmeliges Brot (krebsfördernd!) wiederverwenden (Recycling?), bleibt ungeklärt — fest steht nur, daß der Wagen der Brotfabrik „Westfalia“ regelmäßig von Kunden beantragtes verpacktes geschnittenes Weißbrot bei dem oben erwähnten AldiMarkt abholt...

Ein Genosse aus Pinneberg

S.L.: Nicht so unmittelbar. Ich möchte das mal vorsichtig umschreiben; es gab in einigen Fällen eine bestimmte Unwilligkeit, aber in der FU, die waren ziemlich liberal. Unangenehm waren einige Herren in der TU.

Auch sonst wurden keine unmittelbaren politischen Schwierigkeiten gemacht, bis auf die Sachen mit dem Marburger Bund, wo der Berliner Landesverband zurückgepfiffen wurde.

AK: Ich selber hatte den Eindruck, daß viele Teilnehmer Studenten waren; könnt Ihr vielleicht etwas über die Zusammensetzung der Teilnehmer sagen?

S.L.: Wir haben Schätzungen aufgrund unseres eigenen Eindrucks und aufgrund der Karteien; es sind eine ganze Menge Studenten gewesen, wir würden schätzen, so 40%. Dann etwa 30% Ärzte und 15% Krankenpflegepersonal und 15% Leute aus anderen Berufen. Vielleicht war die Zahl aus anderen Berufen sogar noch höher, Sozialarbeiter und ähnliche Leute. Das fanden wir auch gut, weil sich da eine Vorstellung artikuliert hat, die wir auch haben; Medizin bei Abschaffung des Behandlungsmonopols, Medizin durch qualifizierte Sozialteams. Das sind allerdings keine Strukturvorstellungen, etwa daß wir vom Staat fordern, überall solche Sozialteams einzusetzen.

AK: Kannst Du etwas sagen zur Motivation der verschiedenen Leute, zum Gesundheitstag zu kommen?

S.L.: Ich kann dazu vor allem was aus der Berliner Sicht sagen; wir hatten hier im Frühjahr 1979 die erste große übergreifende Krankenhausdemonstration, die auch autonom von den Beschäftigten organisiert worden ist.

Das hat eine Rolle gespielt zusammen mit der Verschärfung der Situation im Gesundheitswesen.

Auf der anderen Seite sind viele auf der Suche; das Gefühl, fertige Konzepte zur Veränderung zu haben, das ist weg.

Dazu kommt auch die „Politik der ersten Person“; die an vielen Stellen aus ihrem ursprünglich emanzipativen Ansatz heraus zu einer Individualisierung, zu einem Rückzug ins Private geführt hat, den ich auf der einen Seite akzeptieren würde, der aber auch oft Resignation und politische Perspektivlosigkeit zum Ergebnis gehabt hat. Irgendwie hatten wir den Eindruck in der Vorbereitung des Gesundheitstages — man muß sagen, eher „atmosphärisch“ als inhaltlich —, daß sich der Wind gedreht hat. Und da war wohl auch das Bedürfnis, sich wieder mal in einer solidarischen, großen Atmosphäre zu erleben.

„atmosphärisch“ als inhaltlich —, daß sich der Wind gedreht hat. Und da war wohl auch das Bedürfnis, sich wieder mal in einer solidarischen, großen Atmosphäre zu erleben.

AK: Ich würde die Situation eigentlich beschreiben als Mischung aus Orientierungslosigkeit und Aufbruchsstimmung.

S.L.: Ja, genau!

AK: Ich würde auch meinen, daß der Zeitpunkt gut paßte; vor 1-2 Jahren wäre wohl eine so große Zahl nicht zustande gekommen. In dieser Zeit hat sich offensichtlich etwas getan.

S.L.: Das stimmt schon. Ich will jetzt nicht behaupten, daß der Zeitpunkt aus der Einschätzung der politischen Situation heraus entstanden ist.

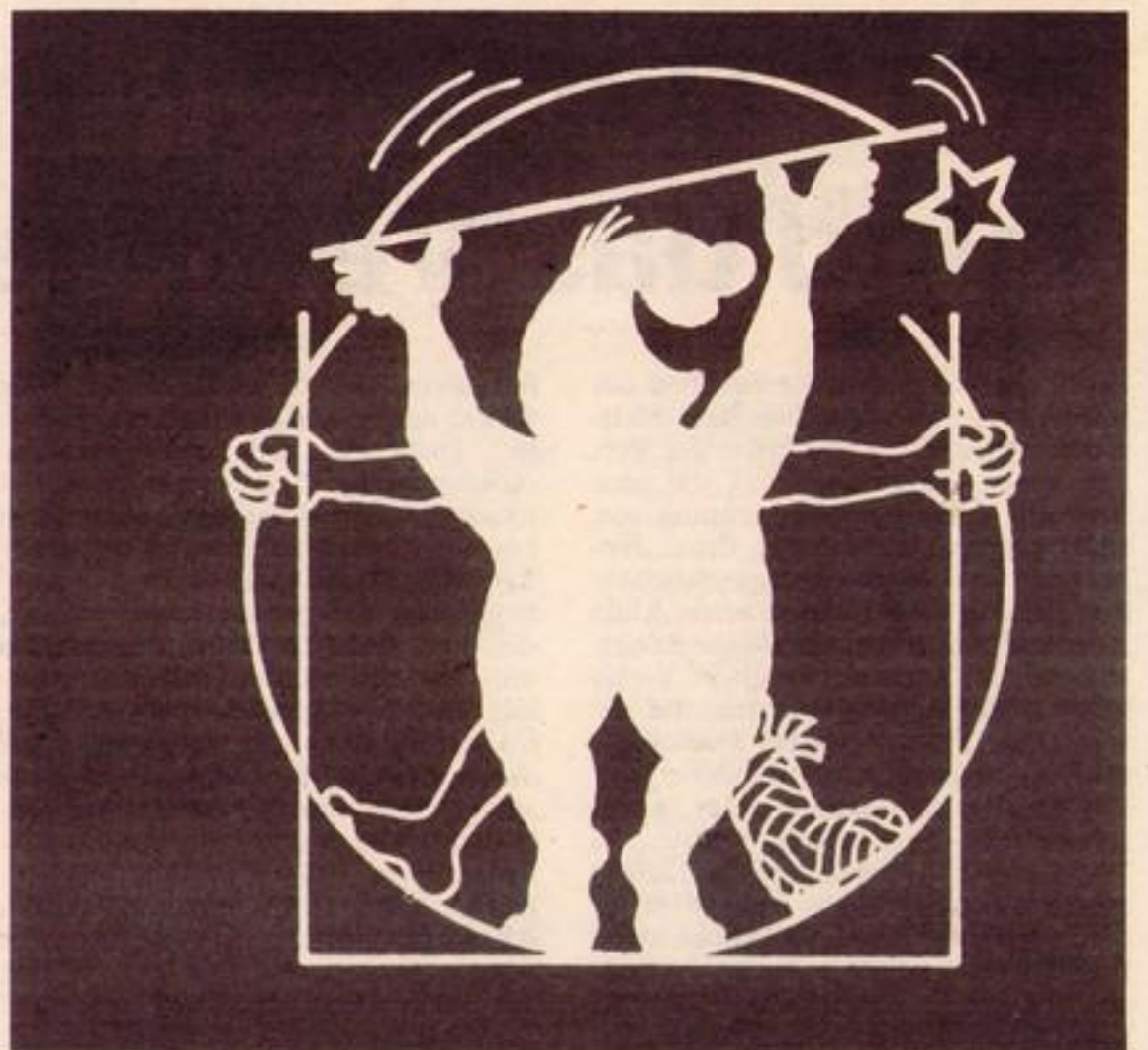
Aber diese Lage hat bestimmt einen Einfluß darauf gehabt, daß sich das „Wiese-Konzept“ durchgesetzt hat.

Ich glaube, das Wesentliche ist, daß sich jetzt so was umsetzt wie eine sehr subjektive, sehr emotionale Verweigerungstendenz, die sehr weitgehend ist, sich auf den Staat bezieht, gesellschaftliche Institutionen, Arbeit, Wohnformen; die sich jetzt die politische Perspektive sucht.

Bei der gegenwärtigen Lage der BRD und der Linken in der BRD ist es sehr schwierig, eine positive Aussage zur Perspektive zu treffen. Solche Veranstaltungen drücken atmosphärisch sehr viel mehr schon von so einer Perspektive aus, als bewußt ist.

AK: Ich hatte den Eindruck, daß man sehr viele Leute sehen konnte, die lange Zeit nichts gemacht haben. Was erwartest Du eigentlich, wenn die jetzt wieder in den konkreten Alltag zurückkommen? In der „taz“ hat es ja Meinungen gegeben, daß nach dem Erlebnis des Gesundheitstages im Alltag wieder der große Frust kommt. Oder erwartest Du eher positive Auswirkungen?

S.L.: Ich glaube, beides stimmt ir-



gendwie. Z.B. die Erfahrungen vom „Tunix“-Kongreß — obwohl dies jetzt eigentlich eher ein „Tuwas“ gewesen ist — da sind z.B. Leute mit sehr hohen Erwartungen hingefahren und haben sich in der Atmosphäre sehr wohl gefühlt und waren dann am nächsten Morgen ganz schön kalt, als sie wieder ins Krankenhaus gingen und von da kommt diese Einschätzung auch her.

Ich glaube auch, daß auf dem Gesundheitstag viele die Erwartungshaltung hatten, was dieser inhaltlich an Perspektive und an Konkretisierung bringen kann, die dann enttäuscht worden ist.

Auf der anderen Seite glaube ich auch, daß der Gesundheitstag eine Art Multiplikatorwirkung gehabt hat. So eine unheimlich große Bedeutung hat der Gesundheitstag gar nicht für die Leute gehabt, die aus den großen Metropolen kamen. Die größte Bedeutung besteht eigentlich für die Leute aus den kleineren Städten, die zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, das Angebot an Gedanken und Praktiken von Medizin-Opposition kennenzulernen.

Aber auch in Berlin — das immer sehr stimmungssensibel ist — glaube ich, daß der Gesundheitstag wieder eine mehr optimistische Sicht ans Tageslicht geholt hat. Ich glaube nicht, daß das sich jetzt unmittelbar in Arbeit am Krankenhaus umsetzt, daß aber eine Tendenz gestärkt wird, die auch zum Gesundheitstag geführt hat: Daß Leute gesagt haben, „schießegal, wir fangen jetzt an einem Punkt an, wir machen jetzt ein politisches Projekt“. Und da hat sich eine kleine Gruppe von Leuten durchgesetzt, hat ihre Hoffnung durchgesetzt und nicht ihre resignative Distanz.

AK: Habt Ihr einen Überblick darüber, wie sich die Zahl der Teilnehmer auf die verschiedenen Schwerpunkte verteilt hat?

S.L.: Wir hatten da am Anfang, kurz vor dem Gesundheitstag, ein etwas falsches Bild. Die meisten Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl waren ja aus dem Bereich Alternativ-Medizin und da kamen dann auch die meisten Anmeldungen. So sah es dann aus, als ob die Leute alle nur da hingehen würden. Wir waren da am Anfang schon fast ein bißchen erschreckt — also nicht, daß wir etwas dagegen haben — von der Wucht, und haben gesagt: Mein Gott, da wird also in dieser Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, da werden 3-4.000 rumstehen und die anderen Veranstaltungen werden leer sein.

Dieser Bereich Alternativ-Medizin war ein zentraler Bereich, aber auch wie erwartet der Bereich Psychiatrie. Und was uns gefreut hat, war das große Interesse an der Diskussion Medizin und Nationalsozialismus. Das kam sicherlich von der Qualität der Veranstaltungen, aber auch von dem Ansatz der Veranstalter, dies als Selbstverständnisproblem zu diskutieren und auch ganz klar zu sagen, wir haben das auch in unserem eigenen Selbstverständnis drin.

AK: Gerade deshalb fand ich es eigentlich sehr schade, daß auf der Abschlußveranstaltung dieses Thema in den Hintergrund getreten ist.

S.L.: Wir haben uns inzwischen auch Gedanken über die Abschlußveranstaltung gemacht und sind damit auch nicht zufrieden. Das sagen wir ganz offen. Dabei geht es nicht um einige Forderungen nach „Perspektivenkatalogen“, darauf haben wir nicht großen Wert gelegt. Das wäre ein Vorschützen von Positionen gewesen. Was wir aber schon ganz gern gehabt hätten, wäre neben den Erfahrungsberichten eine intensivere inhaltliche Diskussion auf dem Podium und mit dem Auditorium gewesen.

Aber da spielten auch technische Gründe eine Rolle, z.B. daß die Deutschlandhalle in der Stunde 4.000 DM kostet; und auch daß viele von uns in den letzten beiden Tagen physisch bis an den Rand angespannt waren und da auch die Vorbereitung für die Veranstaltung gelitten hat.

AK: Mich hat persönlich auch ziemlich betroffen, daß ich zu Hause von den tierischen Hauerien der Bullen — bei der alliierten Truppenparade — gehört habe und mich hat schockiert, daß man davon auf dem Gesundheitstag nichts mitbekommen hat.

S.L.: Ganz offen, da habe ich selber nichts von mitbekommen.

Was z.B. auch nicht so gut gelaufen ist, sind die Resolutionen. Wir hatten ja auch in der letzten Zeitung die Geschichte von den zwei Leuten, die im Knast medizinisch unterversorgt sind, abgedruckt; da sollte die Abschlußveranstaltung genutzt werden, um sie durch unsere Solidarität zu unterstützen.

Das hat auch durch Organisationsfehler nicht geklappt, nicht weil wir etwa was ausgrenzen wollten. Wenn wir gewußt hätten, daß wir bei diesen Sachen mit der alliierten Parade was hätten unterstützen können, dann hätten wir das ja auch gemacht.

AK: Es sind ja einige konkrete Sachen beschlossen worden: Der neue Krankenpflegeverband, der Nachrichtenpool für die alternativen Gesundheits-/Medizin-Zeitungen, die psychiatrische Beschwerdestelle, ... Kannst Du da schon was über die Umsetzung sagen?

S.L.: Da kann ich noch nichts übersehen.

AK: Wie sieht denn Eure zeitliche Planung für die Dokumentation aus?

S.L.: Wir hoffen, bis Ende des Jahres die inhaltliche Erstellung so weit fertig zu haben, daß die technische Erstellung beginnen kann.

Planung für die Dokumentation aus? S.L.: Wir hoffen, bis Ende des Jahres die inhaltliche Erstellung so weit fertig zu haben, daß die technische Erstellung beginnen kann.

AK: Und wie sieht es mit einem neuen Gesundheitstag aus?

S.L.: Wenn irgendeine regionale Initiative einen Gesundheitstag machen will, sind wir gerne bereit, ihnen alles, alle Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, sie tatkräftig zu unterstützen. Wir wollen gerne, daß der Gesundheitstag eine bleibende Institution wird. Wir wollen auch gerne was dazu tun, aber nicht in dem Sinne, daß wir den Leuten einen Alternativ-Ärztetag anbieten, der konsumiert wird, der halt zu einer gewöhnlichen Einrichtung wird.

Oder wenn sich an den einzelnen Ansätzen was abspielt, können themenzentriert neue Sachen laufen, z.B. Medizin und Nationalsozialismus, da werden sich auch in Berlin Sachen weiterentwickeln.

AK: Und was macht Euer Defizit?

S.L.: Es sind doch noch eine ganze Menge Spenden reingekommen; es ist viel gespart worden, weil Referenten auf ihre Reisekostenerstattung verzichtet haben, sehr großzügig die Hotelkosten selber getragen haben.

Wir wollen auch versuchen, einigen von den Helfern, die z.T. seit November kostenlos gearbeitet haben, mindestens 40 Stunden in der Woche, Geld zukommen zu lassen. Dann kommen wir wahrscheinlich auf Null. Wir sind nach wie vor ein bißchen vergrätzt über viele Leute, die als Ärzte 5.000 DM im Monat verdienen, die nicht von selbst kommen und was bezahlen. Oft hatte ich den Eindruck, daß es nur noch arbeitslose Ärzte gibt.

Wir hätten gern mehr übrig behalten für die Dokumentation, weil wir glauben, daß man das nicht schafft, wenn man nicht noch 2-3 alternative Arbeitsplätze schafft.

Die Seuchen des 20. Jahrhunderts — und das Versagen der bürgerlichen Medizin

Wer kennt sie nicht, die Seuchen des Mittelalters, die Tausende von Menschen dahinrafften und heute der Vergangenheit angehören. Und wie gern wird die weitgehende Ausrottung von Pest, Cholera, Typhus etc. dem „Siegeszug“ der Medizin zugeschrieben. Daß diese Erfolge nicht in erster Linie aufgrund medizinischer Behandlungsmethoden, sondern vor allem durch Maßnahmen erreicht wurden, die die Ursachen dieser Seuchen beseitigten, soll im folgenden am Beispiel der Typhus-Erkrankungen — einer Darminfektion — verdeutlicht werden. In Wiesbaden (Einwohnerzahl ca. 12.700) starben im Zeitraum von 1878 bis 1887 mehr Menschen an Typhus als in irgendeiner anderen Stadt Deutschlands. Die Mortalitätsquote betrug durchschnittlich 20,6 Todesfälle (auf 10.000 Einwohner berechnet) und setzte sich zum Vergleich von anderen Städten deutlich ab: Bromberg mit 9,8 ‰, Posen mit 11,6 ‰ oder Nassau mit 3,1 ‰, das damit knapp unter dem deutschen Schnitt lag. (1) Die Erkrankungen tauchten immer dann auf, wenn infolge von heißen Sommermonaten Wassermangel in den Städten eintrat und infolgedessen auf minderwertiges Trinkwasser zurückgegriffen werden mußte. Die Qualität war derartig schlecht, daß diese Brunnen zwar polizeilich geschlossen worden waren, das Wasser daraus aber immer wieder als Trinkwasser benutzt wurde.

Als sich Mitte des letzten Jahrhunderts die Typhus-Epidemien nicht eindämmen ließen, versuchten die einen den Bau von Wasserleitungen hierfür verantwortlich zu machen; andere entwickelten die Theorie, daß der Luftdruck an den Erkrankungen schuld sei. Die Ursache allerdings lag in der mangelhaften Hygiene aufgrund völlig untauglicher Kanalisationsbauten. Ein wesentlicher Ver-

fertiggestellten Kanäle hatten nur 28 km das „richtige Profil und Gefälle“, wodurch sich der Fäkalien-schlamm staute und sich genügend „faulfähiges Material“ ansammeln konnte. Des weiteren wurden von der Kommission die mangelhafte Wasserdichtigkeit der Abortgruben beklagt, die eine Durchdringung des Bodens mit dem Grubeninhalt zuließ und somit den Typhuskeimen ermöglichte, ins Grundwasser zu gelangen! Auf diesen Bericht hin wurde nur ein Jahr später (1886) unter großem finanziellen Aufwand das alte System der Entfernung von Fäkalien-schlamm umgebaut. Statt der wasserdurchlässigen Abortgruben traten die heute üblichen Wasserlosetts, und durch die strikte Trennung von Schmutz- und Trinkwasser waren die hygienischen Bedingungen geschaffen, die den Typhusbazillen den Boden entzogen, die sich erst mit zunehmender Verstädterung ganzer Landstriche und der damit verbundenen Massierung von Fäkalien-schlamm an einem Ort entwickelt hatten.

Die Typhus-Epidemien waren nicht durch ausgeklügelte medizinische Behandlungsmethoden erfolgreich bekämpft worden, sondern durch die Beseitigung der Entstehungsursachen dieser Seuchen.

Die heutigen Volksseuchen

Heute stehen wir wie damals vor einer ähnlichen Situation, in der die Menschen mit krankmachenden Lebensumständen konfrontiert sind.

Jährlich sterben 150.000 Bundesbürger den Krebs (s. Tabelle) und die doppelte Anzahl erliegt dem Herzinfarkt. Diese Zahlen haben trotz Intensivierung der medizinischen Betreuung nicht ab- sondern zugenommen.

Wurden 1960 von der Gesetzlichen

mal erwähnt worden ist.

Der amerikanische Arbeitsminister Califano äußerte die Befürchtung, daß „innerhalb der nächsten 30 Jahre 20 Prozent aller Neuerkrankungen durch krebserregende Substanzen ausgelöst werden, denen der Mensch in der Berufswelt ausgesetzt ist.“ (5) Zu dem gleichen Ergebnis kam die Bundesregierung, als sie am 9.2.76 eine große Anfrage der SPD und FDP beantwortete, in der es heißt: „...daß derzeit jeder fünfte Todesfall (in der BRD) auf Krebs zurückzuführen ist, daß voraussichtlich jeder dritte oder vierte Einwohner bei gleichbleibenden Verhältnissen (!) an Krebs erkranken und nur jeder zehnte eine Krebskrankheit übersteht.“ (6)

Und Kurt Blüchel drückte dies noch deutlicher aus:

„Insgesamt 18 Millionen der heute (1976) lebenden 63 Millionen Bundesbürger werden voraussichtlich an Krebs erkranken, 12 Millionen werden daran sterben.“ (7)

Trotzdem waren es 1958 in der Bundesrepublik nur ganze drei Arbeitsstoffe, die als krebserregend eingestuft wurden; inzwischen ist die Zahl stetig auf 46 Stoffe im Jahre 1978 gestiegen. Etwa die gleiche Anzahl steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Kein Wunder, daß Krebs als kommende Volksseuche Zukunft hat, denn immer noch werden durch die jährlich 2.000 neu auf dem Markt erscheinenden Chemikalien mehr krebserzeugende Substanzen zugelassen als verboten.

Doch damit dürfte die Gesundheitsgefährdung durch Chemieanlagen längst nicht ausreichend beschrieben sein. Der UNO-Direktor Mollenhauer hatte in einem von ihm selbst erstellten Register 20.000 Substanzen als „potentiell giftige chemische Stoffe“ eingestuft. (8) Welche Sicherheitsrisiken von Chemieanlagen im Normalbetrieb ausgehen, sollen einige Beispiele verdeutlichen. In den USA kam eine 1975 erstellte Studie von den Epidemiologen Hoover und Fraumeni zu dem Schluß, „daß in 139 Bezirken der USA, in denen die chemische Industrie überproportional vertreten ist, bei Männern eine überdurchschnittliche Häufigkeit von u.a. Blasen-, Lungen- und Leberkrebs zu registrieren ist.“ (9) Und im italienischen Turin hatte der Inhaber einer Farbenfabrik seine Arbeiter überdurchschnittlich entlohnt, um ihren Unmut gegenüber der steigenden Zahl von Blasenkrebstoten zu besänftigen. Der krebserzeugende Stoff Naphthylamin hatte 140 Menschen den Tod gekostet, ehe die Turiner Staatsanwaltschaft die Fabrik schließen ließ. (9)

Auch in bundesdeutschen Landen ist Sterben am Arbeitsplatz angesagt. Für das Jahr 1977 stellte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr fest, daß offiziell „...nur 163 Fälle von Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang erfaßt worden (seien)“. Eine auf Sterbegeldfälle und den Zugang an Witwenrenten gestützte Analyse des DGB habe indessen ergeben, daß 1977 über 2.000 Arbeitnehmer an den Folgen einer Berufskrankheit gestorben seien.“ (10) Doch damit dürfte der Kreis der Betroffenen bei weitem nicht abgedeckt sein. Nach vorsichtigen Schätzungen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ sterben in der Bundesrepublik allein 4.000 bis 10.000 Arbeiter durch den Werkstoff Asbest. Trotzdem wird dieser Stoff fast uneingeschränkt weiterverwendet. (11)

Im Jahre 1975 hatte die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Forschungsprojekt abgeschlossen. Danach hatten 50 Wissenschaftler in den letzten zehn Jahren 13.000 Arbeiter auf chronische Bronchitis durch Umweltchemikalien hin untersucht. Der 560 Seiten starke Forschungsbericht kommt zu dem Schluß, daß die „chronische Bronchitis“ nach § 551 der Reichsversicherungsordnung (als Berufskrankheit) eingestuft werden mußte. Trotz dieser klaren Dokumentation steht die „chronische Bronchitis“ als entschädigungspflichtige Berufskrankheit für die demnächst zu verabschiedende Berufskrankheitenverordnung nicht einmal zur Debatte. Der Grund: Man schätzt, daß mit der Aufnahme dieser Krankheit in die Liste der Berufskrankheiten rund 50.000 Renten neu berechnet werden müßten. (12)

In schon anerkannten berufsbedingten Schadstoffen sieht die Erfolgsquote für die Anerkennung einer Berufskrankheit nicht besser aus. Während bei Asbestose auf zwei An-

zeigen ungefähr eine anerkannte Rente entfällt, beträgt das Verhältnis von Anzeige zur Rente bei der Berufskrankheit Nr. 43 (Erkrankung der Sehnerven oder des Sehnervengebietes usw.) 400 : 1!! Im Fall der Berufskrankheiten durch Halogenwasserstoffe führte jeder zehnte Fall und bei Erkrankungen durch Blei gar nur jeder 30. Fall zur Renten-Anerkennung. (13) Ähnlich ist das Verhältnis bei den jährlich 30.000 mal auf Verdacht gemeldeten beruflich bedingten Hautschädigungen: Von diesen gemeldeten Berufskrankheiten werden ganze 8.000 von der Berufsgenossenschaft als solche anerkannt!

Das Vorstandsmitglied Otto Hornstein von der Dermatologischen Universitätsklinik (für Hautkrankheiten) Erlangen erklärte hierzu, daß schon heute in Allgemeinpraxen von Industriegebieten bereits 20 % aller Behandlungsfälle dermatologischer Art seien. (14) Hautkrankheiten sind in der Regel durch äußere Faktoren, wie Chemikalien, verursacht worden.

Bei den oben angegebenen Werten und Verhältnissen muß im übrigen bedacht werden, daß die maximalen Arbeitsplatzkonzentrationswerte — kurz MAK-Werte genannt — für Schadstoffe von einer 39köpfigen MAK-Wert-Kommission festgelegt werden, die zur Hälfte aus Vertretern der Industrie besteht und entsprechend „wirtschaftliche“ Grenzwerte ermittelt. Und dort, wo dies nicht ausreicht, werden diese kurzerhand erhöht oder wie z.B. beim Asbest durch Technische Richtkonzentrationswerte (TRK) ersetzt, bei deren Größenordnung eine Gesundheitsgefährdung nicht vermutet wird, jedoch nicht ausgeschlossen werden kann. (15)

Und sollte dennoch einmal eine beruflich bedingte Krankheit — z.B. Krebs — nachweisbar auftreten, wird

geht er zum Mediziner und dieser verschreibt ihm ein Medikament, z.B. Morphin. Dieses wirkt lähmend auf die Muskeln des Atmungsapparates ein. Der Husten verschwindet und der Kranke freut sich ob der schnellen Heilung. Aber der hinkende Bote kommt nach. Es war nur eine Scheinheilung, eine Unterdrückung des Heilbestrebens der Natur. Der Staub ist in der Lunge sitzengeblieben. Ist das Medikament ausgeschieden und die Lähmung der Muskeln aufgehoben, so beginnt der Husten von neuem, um vielleicht abermals durch Medizin unterdrückt zu werden. Die Fremdstoffe können nach und nach so reizend auf das Lungengewebe wirken, daß sich eine Lungenentzündung entwickelt ... Der Mediziner wirkt mit giftigen Fiebermitteln und Eis auf das ganze Nerv- und Blutleben lähmend ein. Die Lungenentzündung verschwindet, aber die Fremdstoffe, die Krankheitsstoffe bleiben in der Lunge sitzen. Aus der hitzigen, heilkräftigen akuten Lungenkrankheit wird eine langwierige, chronische. Die Krankheitsstoffe gehen nach und nach in Zersetzung über und mit ihnen das Lungengewebe, es entwickelt sich die Lungenschwindsucht.“

Otto Rühle kommentiert dieses Zitat wie folgt: „Nun beginnt die Tätigkeit des Arztes von neuem. Mit Pulvern und Dämpfen, Alkohol und Kreosot, Serum und anderen Medikamenten werden die Symptome der Krankheit kuriert, wird der Krankheitsprozeß zum Stillstand zu bringen versucht. Das Radikalmittel wäre: Den Arbeiter sofort aus Betrieb und Arbeit zu entfernen, ihn in reine Luft und unter günstigen Lebensbedingungen mit guter Kost, ausreichende Ruhe und verständnisvoller Pflegebehandlung zu bringen. Aber davon kann keine Rede sein. Wer soll die Kur bezahlen? Wer soll die Kur bezahlen?“

Die Entwicklung der Krebssterblichkeit in der Bundesrepublik

Jahr	Einw.	Kr. Tote	KSt	Jahr	Einw.	Kr. Tote	KSt
1949	50	86 675		1964	58,588	123 773	211
1950	50,336	86 574	172	1965	59,297	127 310	215
1951	50,726	89 549	176	1966	59,793	129 770	217
1952	51,052	92 161	180	1967	59,949	129 935	217
1953	51,640	92 680	179	1968	60,463	133 577	221
1954	52,127	94 725	182	1969	61,195	134 084	219
1955	52,698	97 273	186	1970	61,001	134 301	220
1956	53,319	101 505	191	1971	61,503	136 918	223
1957	53,994	105 033	194	1972	61,809	135 722	220
1958	54,606	105 099	193	1973	62,101	138 236	223
1959	55,123	108 686	197	1974	61,992	139 983	226
1960	55,785	112 005	201	1975	61,645	143 325	232
1961	56,589	114 012	202	1976	61,577	143 392	233
1962	57,247	116 867	204	1977	61,418	143 864	234
1963	57,865	120 751	209	1978	61,282	145 404	237

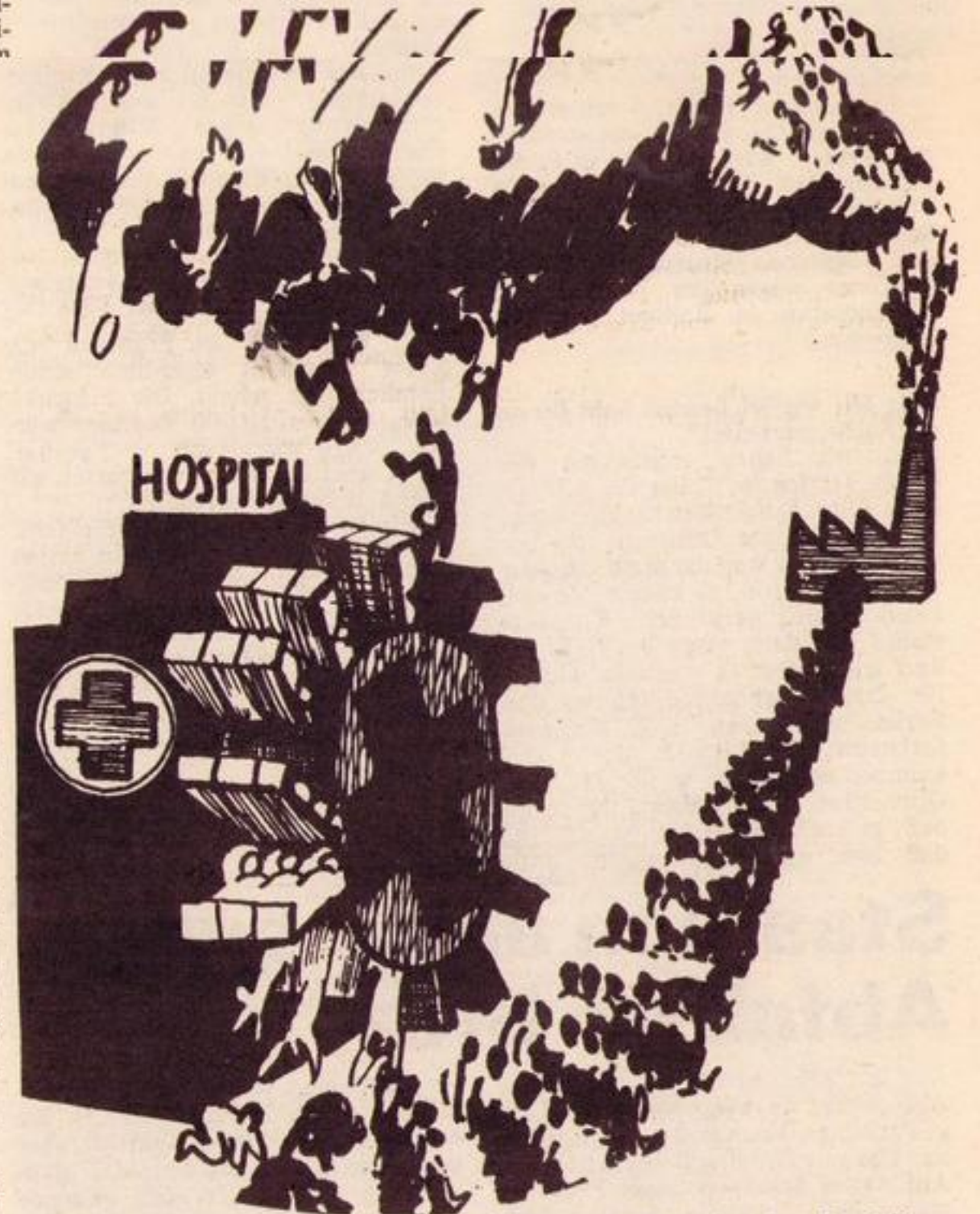
Erläuterungen:
Die zweite Kolonne enthält die Einwohnerzahlen in Millionen. Die Angaben beziehen sich auf die Wohnbevölkerung im Bundesgebiet (Gebietsstand 31.12.1977) und schließen Westberlin ein, sowie für die Jahre 1950 bis 1955 das Saargebiet. Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stand und Entwicklung der Bevölkerung, Fachserie 1, Reihe 1.1.-Verlag: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz.
Die dritte Kolonne enthält die Krebstoten. Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Todesursachen, Fachserie 12, Reihe 4 - Verlag: W. Kohlhammer GmbH.
Die vierte Kolonne (KSt) enthält die Krebssterblichkeit für 100 000 Einwohner. Die Angaben in dieser Kolonne erhält man dadurch, daß man die Anzahl der Krebstoten (3. Kolonne) durch die Einwohnerzahl (2. Kolonne) dividiert und das Ergebnis mit 100 000 multipliziert.

fechter dieser Theorie war Rudolf Virchow (2), der sich mit seiner These noch zu Lebzeiten durchsetzen konnte und als der wissenschaftliche Begründer der heute so selbstverständlichen Kanalisation angesehen werden kann. Statistische Untersuchungen von ihm ergaben, daß mit zunehmenden Kanalisierungen in den Städten die Typhus-Mortalität abnahm. Kamen im Jahre 1838 in Hamburg auf 1.000 Gestorbene 44,3 Todesfälle infolge von Typhus, sank diese Zahl, als 1845 mit dem Bau der Kanalisation begonnen wurde. Nach deren vorläufiger Fertigstellung im Jahre 1853 hatte sich die Typhussterblichkeit auf 34,4 reduziert und war mit der fortschreitenden Benutzungsdauer auf über die Hälfte — 22,4 im Jahre 1869 — gesunken. (3)

Doch die ersten Kanalisationen waren von derart schlechter Konstruktion, daß die Typhus-Erkrankungen immer noch — wenn auch im geringeren Umfang — auftraten. Das mangelhafte Schwemmsystem hatte zur Folge, daß der Fäkalien-schlamm sich im Kanalsystem ablagern konnte, und somit Fäulnisprodukte bildete, wovon eins das der Typhusbazillen war. Eine 1885 vom Magistrat in Wiesbaden eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Typhussterblichkeit kam in ihrem Bericht zu der gleichen Erkenntnis. Von dem 37 km der bis 1885

Krankenversicherung (GKV) für Arzneimittel rund eine Milliarde DM ausgegeben, hatte der Verbrauch 1972 rund 5,8 Milliarden DM erreicht und nähert sich trotz Kostendämpfungs-gesetz — die jährliche Kostensteigerung für Arzneimittel wird hier u.a. festgelegt — der 10-Milliarden-DM-Grenze! Der pro-Kopf-Verbrauch an Medikamenten ist seit 1960 stetig von 40 DM auf heute rund 200 DM angestiegen. Trotz Verkürzung der Liegezeiten in Krankenhäusern und der Bettenzahl-reduzierung steigt die Zahl der Krankenhauspatienten stetig und hat seit 1973 die Zehn-Millionen-Grenze überschritten. Die gleiche Anzahl von Bundesbürgern gilt als psychisch gestört! Und die von Krankheiten am stärksten betroffene Bevölkerungsgruppe, die Arbeiter und Angestellten, sind am schlechtesten medizinisch betreut. 18 Millionen von ihnen müssen ohne ärztliche Aufsicht auskommen. (4)

Nach Berechnungen der „Jahres-tagung Arbeitssicherheit 78“ werden 1,2 Millionen (!) Menschen an „beruflich“ bedingtem Krebs erkranken, und der Internationale Krebskongreß in Buenos Aires kam zu dem Schluß, daß 90 % aller Krebsarten auf die Produktion chemischer Gifte zurückzuführen sind, wobei die Radioaktivität als Krebsauslöser noch nicht ein-



diese in der Regel statistisch erfaßt und bleibt somit konsequenzlos, da die Ursachen verschleiert werden.

Ein bundesweites zentrales Krebsregister gibt es bis heute nicht, obwohl es mittlerweile ein offenes Geheimnis ist, daß zum Beispiel die Menschen im Ruhrgebiet bei Bochum rund 1,6 mal so häufig an Lungenkrebs erkranken wie in Landstrichen ohne Industrie, im Sauerland, in Ostfriesland oder im bayerischen Wald. (16)

Krebs — so die offizielle Version — sei auf das Rauchen, falsche Ernährungsgewohnheiten etc. zurückzuführen. (17)

Kapitalistische Medizin

„Ein Arbeiter ist gezwungen, in seiner Werkstatt Staub einzatmen. Der Staub reizt die Schleimhäute der Lunge, diese sondern Schleim ab. Durch Hustenstöße sucht die Lunge den in Schleim eingewickelten Staub hinauszubefördern. ... Der Arbeiter möchte aber seinen Husten los werden. Da

Wer den Profit für den Kapitalisten schaffen? So bleibt es bei der medizinischen Reparaturschusterei...“ (18)

Auch heute werden gegen die Chemiegifte weitere Gifte für die „Gesundheit“ verschrieben. So offen wie das „Handelsblatt“ — Sprachrohr der Großbourgeoisie — spricht es kaum jemand aus.

„Der hohe Anteil von Medikamenten ... der aus den ständig steigenden medizinischen Behandlungsmöglichkeiten resultiert ... soll bestimmte Umweltbedingungen kompensieren...“ (19)

Diese Art der „Kompensierung“ kostet alljährlich 17.000 Patienten in der Bundesrepublik den Tod infolge verfehlter Medikamentierung. (20) Das Zentrum der Weltgesundheitsorganisation registrierte seit 1968 insgesamt 50.000 Nebeneffekte von Arzneimitteln. Durch den verordneten Selbstbetrug, den Drogeneffekt, werden Tausende von Patienten süchtig. Mittlerweile ist jeder siebte Suchtkranke von Medikamenten abhängig. Und

Fortsetzung nächste Seite

von der indirekten Gesundheitsschädigung in Form von Krebs ganz zu schweigen.

Diese Tatsachen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 500 Krankheiten verzeichnet, und etwa 150, die häufiger sind. Somit erscheint der Heilbehandlungsmarkt weitläufig, aber doch klar umgrenzt. (21) Trotzdem kommt in der Bundesrepublik auf jede in die Umwelt gelangene Chemikalie ein Medikament — 63.000 an der Zahl. Und jährlich werden 2.000 Präparate neu auf dem Markt zugelassen, wobei „nur knapp 5 % der Medikamente älter als zehn Jahre werden.“ (22)

Auch weiß die Pharma-Industrie, so Hoechst-Direktor Bäumler, daß „überhaupt nur 30 % aller Krankheiten durch Medikamente heilbar sind.“ (23)

Doch die Skrupellosigkeit, mit der die Pharmaindustrie das Geschäft mit der Gesundheit betreibt, kennt keine Grenzen:

Die enormen Profite der Pharmakonzerne beschäftigen seit Ende der sechziger Jahre in regelmäßigen Abständen Gerichte, Kartellämter und ähnliche juristische Institutionen. (26) Nach Berechnungen des Bundeskartellamtes in Westberlin hatte der Hoffmann-La Roche-Konzern an 1 kg Diazepam (Valium-Grundstoff) eine Gewinnspanne von 10.399 (zehntausend!) Prozent erreicht! (27) Das Bundeskartellamt forderte daraufhin eine lächerliche Preissenkung von bis zu 40 % — verlor aber selbst diesen Rechtsstreit im Februar dieses Jahres. (28)

Und das ist kein Einzelfall: Die Pharmazie-Giganten Glaxo, Pfizer, Hoechst, Ciba-Geigy und Hoffmann-La Roche erzielen z.B. in Indien Gewinnspannen, die im Schnitt 357 % höher liegen als in den entwickelten westlichen Ländern. (29)

Die zügellose Preispolitik der Pharmaindustrie wird mit den hohen Forschungs- und Entwicklungskosten gerechtfertigt. Jedoch gehen 95 % der

verzeichnis von 1.000 Seiten angelegt werden mußte!

3) R. Virchow, Aufsatz „Typhus und Städtereinigung“, entnommen aus den „Gesammelten Abhandlungen...“ Bd. 2, S. 438ff. Lt. „Handelsblatt“ (30.8.71) ist der Anteil der Infektionskrankheiten an der Gesamtsterblichkeit von 1927 bis 1970 von 20 auf 4 Prozent gesunken, und der Anteil der Herz-, Gefäß- und Kreislauferkrankungen im gleichen Zeitraum von 15 auf 43 Prozent gestiegen!

4) Die Zahlen sind der „Spiegel“-Serie vom April 1975 entnommen und müssen entsprechend hochgerechnet werden.

5) „Gewerkschaftspost“, Zeitung der IG-Chemie, 11/78, s.a. Arbeiterkampf Nr. 143, 146, 156 zum Thema Krebs.

6) Arbeiterkampf Nr. 146, entnommen aus „Krebsforschung“, Dokumentation der Bundesregierung.

7) Kurt Blüchel, Die weißen Magier, S. 75. Kurt Blüchel wurde kurz nach Erscheinen dieses Buches von den Pharmajuristen unter Beschuß genommen.

8) „Der Spiegel“, 35/76

9) „Seveso ist überall“, Koch, Vahrendholdt, S. 123 und S. 128

Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040 / 43 53 46

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heilmstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurlenplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelsstraße 39
Stoppenberger Str. 13-15

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: **Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abfr., sonst PSchA Hamburg 27175-203 (BLZ 200 100 20) oder Dresdner Bank Hamburg 4810 68500 (BLZ 200 800 00); Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 8.800. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.**

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremen

Bremerhaven
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

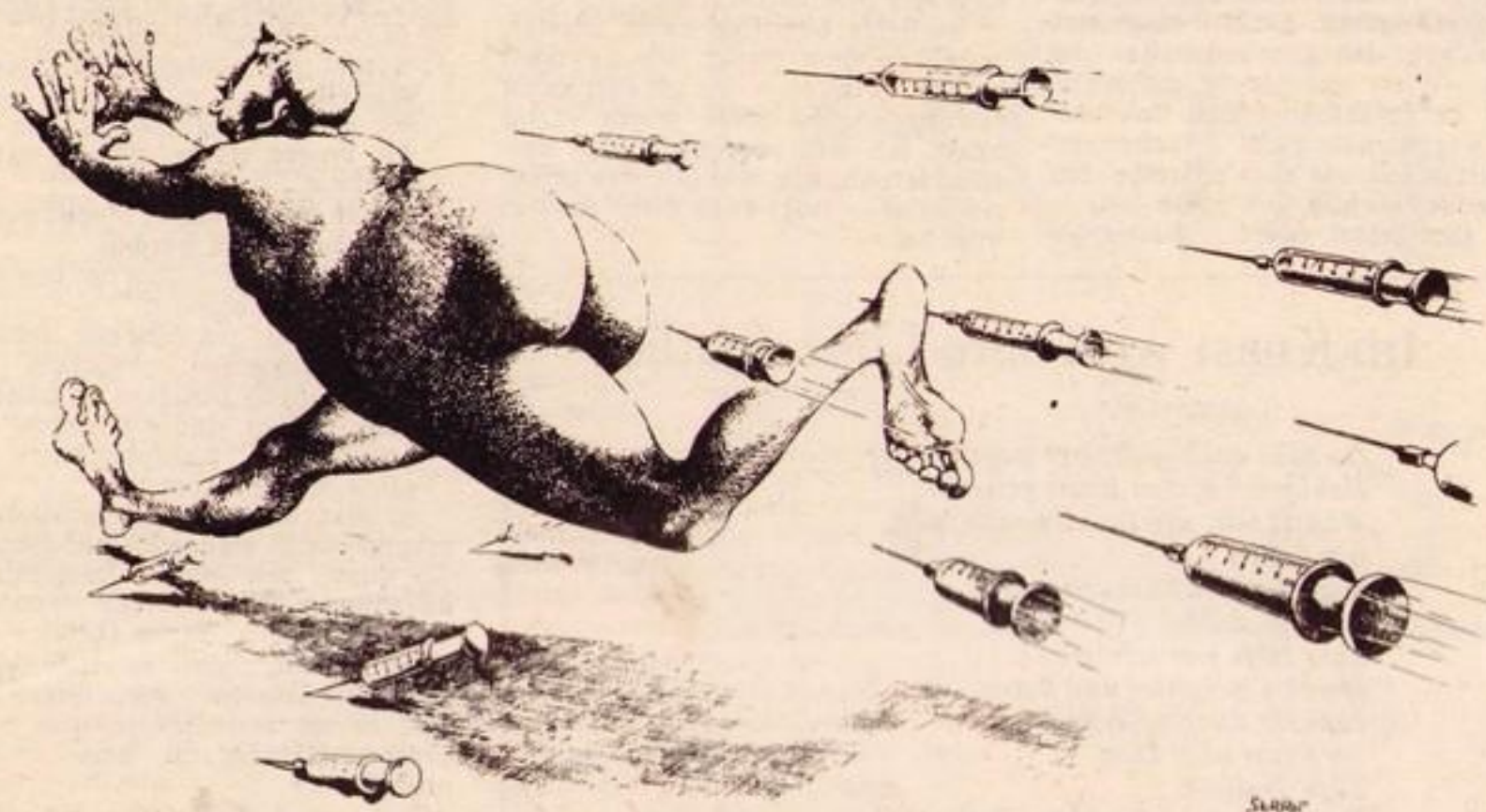
Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr



„Librium — ein Element der Ordnung, die rosa Brille für die Seele — nicht Scheinlösung von Problemen, sondern Lösung von Scheinproblemen“

Mit diesem Werbespruch leitete der Multikonzern Hoffmann-La Roche, der seit dem Seveso-Unglück bestens bekannt ist, die letzte „Revolution“ auf dem Pharmazie-Markt ein. Seit der Entdeckung der Psychodrogen (Valium, Librium, den sogenannten Tranquilizern) vor 20 Jahren ist von der Wirkung her kein neuartiges Medikament auf den Markt gekommen. Valium stand in den fünfziger Jahren für die humane „offene“ Psychiatrie ohne Elektroschocks, Fenstergitter oder Zwangsjacken, kurz für eine neue Klasse von Medikamenten. Die mit diesen Drogen behandelten Patienten wurden als geheilt entlassen und kehrten dann aber immer wieder für längere Zeit zurück. Experten sprechen von „Drehtür-Psychiatrie“.

Die Schizophrenie-Kranke Helga Schilffarth beschrieb gegenüber dem „Spiegel“ den Drogeneffekt so: es sei, als ob der „Geist zerfetzt“ und das „Gehirn meilenweit ins Nichts“ gerissen werde. (24)

Obwohl die „Nebenwirkungen“ dieser Medikamente (Apathie, Konzentrationsschwäche, Angstzustände oder Depressionen, die bis zum Selbstmord gehen können) mittlerweile bekannt sind, werden alljährlich in der Welt fünf Milliarden Valium-Tabletten (!) an über 500 Millionen Menschen verabreicht und haben die Hoffmann-La Roche-Aktie zu der teuersten der Welt werden lassen. (25)

Gelder für Entwicklungskosten drauf, die darauf abzielen, die Konkurrenz (u.a. durch Umgehung der Patentbestimmungen, die 17 Jahre lang gelten) auszuschalten, um dann ein „neues“ Präparat auf den Markt zu werfen. (30) Neben „Forschungs“-geldern, die 15 % des Umsatzes ausmachen, werden für Werbezwecke mittlerweile schon über 30 % ausgegeben, während die eigentlichen Herstellungskosten eines Medikaments nicht einmal 10 % vom Gesamtumsatz erreichen. So gesehen könnten Medikamente für ein paar Pfennige an die Bevölkerung abgegeben werden. (31)

Unter dem Strich bleibt, daß Medikamente die große Einzelsparte des Heilmittelmarktes sind, mit allem, was zur „ärztlichen Kunst und Technik“ gehört. (32)

(wird fortgesetzt)

Quellen:

- 1) Dünschmann in „Vierteljahresschrift für gerichtliche Medizin“, Bln. 1902, Bd. 23, S. 14
- 2) Rudolf Virchow (1821 - 1901) war einer der führenden Pathologen und Anthropologen des letzten Jahrhunderts. Begründete u.a. die Theorie, daß jedes Leben aus einer Zelle besteht und hatte bei Kaninchenversuchen die bahnbrechende Entdeckung gemacht, daß Krebs durch mechanische Einwirkung von außen entstehen kann. 1868 Begründer der ersten modernen Partei, der Deutschen Fortschrittspartei, die 1888 in die Freisinnige Partei überging. Als er 1901 im Alter von 80 Jahren starb, umfaßte sein Lebenswerk soviel Schriften, daß ein Inhalts-

- 10) „Frankfurter Rundschau“, 28.10.78 s.a. Arbeiterkampf Nr. 157, der einen ausführlichen Bericht zu den Berufskrankheiten enthält
- 11) Arbeiterkampf Nr. 155
- 12) „Vorwärts“, 30.1.75, s.a. AK 157
- 13) Rolf Kasiske, Gesundheit am Arbeitsplatz, S. 72
- 14) „Süddeutsche Zeitung“, 8.6.78
- 15) Arbeiterkampf Nr. 156
- 16) „Seveso“ ... Koch/Vahrendholdt, S. 129
- 17) Der 83. Deutsche Ärztetag forderte aufgrund dieses „individuellen Fehlverhaltens“ eine noch stärkere Beteiligung der Kranken an den Kosten.
- 18) Otto Rühle, Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, ... Berlin 1930, S. 514
- 19) „Handelsblatt“, 30.8.71
- 20) Kurt Blüchel, Die weißen Magier, S. 291 ff.
- 21) Charles Levinson, Valium zum Beispiel, S. 45
- 22) „Chemische Rundschau“, 14.7.71
- 23) „Spiegel“-Serie „Die ehrenwerte Familie“, die über die Praktiken der Pharma-Konzerne berichtet. Aus dieser im September bis Mitte Oktober 1976 erschienenen Serie sind zahlreiche Fakten entnommen worden.
- 24) „Spiegel“, 12/80
- 25) „Spiegel“, 8/80
- 26) Neben Hoffmann-La Roche standen die Firma Merck (Darmstadt) wegen ihrer Vitamin-Präparate vor dem Kartellamt („FAZ“, 20.4.74); und die Firma Boehringer (Mannheim) wegen ihres Chinin-Kartells Mitte der sechziger Jahre und wurde 1973 rechtskräftig verurteilt („Europäische Gemeinschaft“, 1/73)
- 27) „stern“, 3/77
- 28) „SZ“, 13.2.80
- 29) Charles Levinson, Valium zum Beispiel
- 30) ebenda, S. 48. Welcher Unsinn als Forschung verkauft wird, hatte der „Spiegel“ (38/77) an dem von Merck herausgegebenen Abmagerungsmittel „Bio-norm“ festgemacht. Die Firma Merck brachte es auf 89 Millionen DM Forschungsgelder, ehe sein Wirkstoff „biologisch hochwertiges Eiweiß“ zur Marktreife gelangte. Chemisch gesehen ist es gleichwertig mit reinem Quark.
- 31) Seit 1968 stagniert der Medikamenten-Verbrauch und hat sich bei 1,3 Milliarden Packungen eingependelt. Um die Profitspanne überhaupt zu halten, werden zunehmend Großpackungen auf den Markt geworfen.
- 32) Nach einer amerikanischen Erhebung von 1967 wurden für Medikamente rund 4,15 Milliarden Dollar umgesetzt, wobei der gesamte anderweitige medizinische Bedarf von der Einspritznadel bis zum Röntgengerät nur knapp 950 Millionen Dollar erreichte. (Levinson, Valium..., S. 65)

AKW-Nein-Kommission

Aus einem von der Schweizer Pharmaindustrie produzierten Film „Die lautlose Revolution“, der den Absatz von Psychodrogen ankurbeln sollte. Zitiert nach: Charles Levinson, Valium zum Beispiel, S. 31



„... es wird eine langfristige und demoralisierende Arbeit sein“

Seit einiger Zeit liegt uns der nachfolgende Leserbrief von Anita aus dem Frauenknastr Preungesheim vor. Sie schrieb uns diesen Beitrag als Antwort auf unseren Aufruf und zum Artikel „Wohin wächst der Baum? – Aufrüstung statt Therapie!“ (AK 173); wir hatten darin die staatlichen Aufrüstungs- und Repressionsprogramme untersucht, die derzeit mit der angeblichen Zielrichtung „Rauschgiftbekämpfung“ und „Therapie statt Strafe“ durchgesetzt werden. Wir halten Ihren Brief aus zwei Gründen für wichtig: 1. Auch unter den sog. sozialen Gefangenen regt sich Widerstand, und es gibt praktische Ansätze. Preungesheim ist ein Beispiel, über Berichte von Anderen würden wir uns freuen. 2. Wir hoffen, daß dieser Brief dazu beiträgt, innerhalb der Linken die Arbeit im Drogenbereich nicht als ausschließlich soziale Aufgabe, sondern als politische Arbeit zu betrachten. Anitas Vorschläge zur Aufgabe der Linken halten wir in diesem Zusammenhang für interessante Diskussionsansätze. Ihr Brief wurde redaktionell nicht verändert.

Drogenkommission KB Hamburg

– JupoFo – jugendpolitisches Forum

Staatliche Drogenpolitik: Friede dem Markt – Krieg den Opfern

Auftaktveranstaltung zum Arbeitstreffen „Jugend und Drogen“, 20. bis 22.6. in Hamburg

1. Staatliche Drogenpolitik – „Strafe statt Therapie“ und Ausbau des Repressionsapparates (Julia Rasch, Psychologin, „Jugend hilft Jugend e.V.“)
2. Die Ware Drogen – zur politischen Ökonomie illegaler Drogen (Hans Georg Behr, Psychologe und Journalist)
3. Drogen in Strafanstalten – ein behördlich gedeckter Markt (Gabriele Weber, Journalistin)
4. Hamburger Szene – im Gegenlicht
5. Erfahrungen und Ansätze aus der Drogenarbeit

Ort: Uni Hamburg, Phil-Turm, Hörsaal A, Freitag, 20.6., 19 Uhr (Kontakt, Information und Anmeldung zum Arbeitstreffen über „Jugend hilft Jugend“, Max-Brauer-Allee 116, 040/380 95 47)

hallo, ich hab euren artikel im AK 173 – 10.3.80 gelesen + kann nur sagen daß es stimmt, richtig ist, was ihr geschrieben habt.

also genau die praktiken der pig's (herolds analyse), baum's strategie, die der liberalisierung + wie er die verkauft, und wer die eigentlichen drahtzieher sind, die 'macker', die 'oberen' – vernichtenden kapitalisten', von denen eine handvoll. (was fehlt, meine ich, noch genauer zu sagen – wie es genau zu diesem drogendilemma hier in der brd (vergleich usa) gekommen ist. aber später sag ich noch was dazu). das würde heißen + heißt, genau dieses "etwas" zu bekämpfen, überall, also auf allen ebenen.

ihr sagt, eure aufgabe ist/soll sein: information, bewußtsein, widerstand. und ich meine, es ist wahnsinnig schwierig, die betreffenden zu erreichen, die süchtigen! also da genau auch bewegung zu erzeugen. was ihr macht, also öffentlichkeit – finde ich wichtig, ist ne praxis, doch es fehlt ne wirkliche praxis + die kann nur von den betreffenden selbst entwickelt werden, von den süchtigen. sie müssen aufstehen + ihr müßt sie unterstützen.

ich dachte mal vor längerer zeit, die linke müßte genau da ne aufgabe für sich sehen/erkennen... weil genau auch die 'nen bewußtsein von diesem staat haben (nicht mehr alle linke), und genau müssen auch die süchtigen hin – wenn sie hoffnung noch haben – chancen suchen. aber das stimmte so nicht, weil's nicht von außen geschehen kann, weil's dann nichts eigenes, aus der eignen situation heraus ist. ich glaube, und das anhand meiner eignen erlebten/gelebten erfahrungen, daß man diejenigen erreichen kann, die anfangen, in den knästen zu kämpfen, zu begreifen und sich verändern, alle anderen kann man erstmal nicht mehr erreichen, die sind zu weit weg... sind bewußtlos... nicht empfänglich für den AK, ID oder sonstige linke zeitionen.

was baum meint mit 'therapie statt strafe' ist ja ne absolute farce. er meint langfristige verwahrung + gehirnwäsche, anpassung. staatliche therapien produzieren arbeitskräfte – versuchskaninchen in menschenform, für die wissenschaft arbeitsplätze für die wissenschaftler die im staatsdienst forschen für die angiehung. all diejenigen, die nicht bereit sind, sich therapieren zu lassen, werden in neue, extra gebaute drogentrakte gesteckt – sie sollen gebrochen werden. zeigt deutlich, auf welcher linie die brd sich bewegt..

faschismus in subtiler form.. bürger-nah gebracht, so daß niemand den wirklichen staat sehen kann/soll. also verinnerlicht – durch die medien und den ganzen dreck.

noch was zu der aufgabe der linken – zu unterstützen:

es wäre eine aufgabe der linken, wohngemeinschaften offen zu machen, menschen aufzunehmen, die schon nen stück bewußtsein sich erkämpft haben (nicht möglich bei denjenigen, die noch auf der scene rumhängen), sich weiterentwickeln – verändern, den staat begreifen + das, was er aussagt. es wäre eine langfristige aufgabe, mit hingabe + liebe zu den menschen – der freiheit + selbstbestimmung. und es wäre ein weg, wo es ne menge rückschläge gäbe + es gäbe trotz allem ein vorwärts.

ich hab mich oft gefragt, was wäre aus den süchtigen + mir geworden, wenn sie nicht an der nadel, alkohol, pillen hängen würden?

es waren die, die heute auf der straße wären – die demonstrieren würden.

und es wären wohl einige darunter, die bewaffnet kämpfen würden.

genau auch da liegt der punkt – der ansatz...ende der 60er jahre – spaltung – demoralisierung der studentenbewegung. gezielt eingesetzt wurde von den geheimdiensten die droge – um die innere sicherheit nicht zu gefährden, doch das ausmaß war damals nicht errechenbar.

warum ich das alles schreibe: ich war selbst süchtig – 4 jahre lang – habe alles selbst erlebt – besser ge-

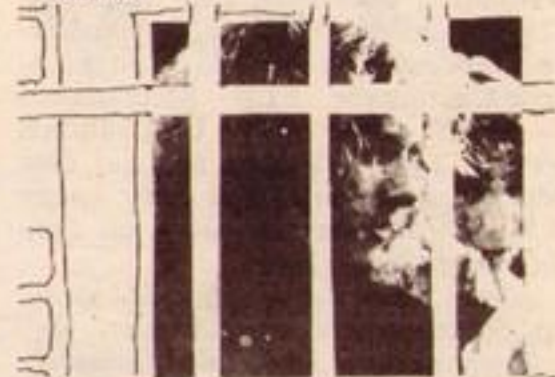
sagt, fast alles. während meiner abhängigkeit suchte ich immer nach auswegen, wohl fühlte ich mich nicht mit meiner sucht. das einzige, was ich hörte, was mir permanent in den ohren hing, war: therapie. ein anderer ausweg/lösung wurde mir erst gar nicht gezeigt – hab ich auch nicht selbst dran gedacht. die therapie unternahm ich mehr oder weniger zwanghaft, nicht freiwillig. anfang 76 für 9 monate, um 180 grad haben sie mich gedreht damals, ne hausfrau und mutter wollten sie aus mir machen + die „wahrheit“ sollte mein oberstes gebot sein. doch wie ich mit dieser wahrheit leben sollte in dieser gesellschaft/system, haben sie mir nicht gesagt – sie haben mir auch nicht gesagt, daß ich isoliert leben muß – wenn ich ein leben ohne ärger leben soll. ohne widerstand. sie haben mir gesagt, daß ich an allem schuld bin, selbst schuld an meinem dilemma – nur ich, und daß ich mich einfügen muß, meinen mann lieben + meine eltern, natürlich mich auch. sie haben mir keine hoffnung auf freiheit + selbstbestimmung gelassen, weil sie sagten: 'das gibt es so nicht, das sind illusionen, du müßt dich fügen'.

ich wußte, daß sie lügen – ich wußte aber nicht, daß die lüge so groß + international ist.

wo ich's begriffen habe, ist/war, genau an dem punkt, wo sie mich brechen wollten – wo ich den knast einfuhr – und offen wurde es im knast. ich will aber nicht alles auseinandernehmen, wie ich was erfahren habe – trägt auch nicht zu dem brief bei.

was ich damit sagen will ist: daß es menschen gibt – ehemals süchtige, die angefangen haben in den knästen – so wie hier in preungesheim, zu kämpfen.

- zu kämpfen gegen die alten verhaltensstrukturen
- gegen die isolation
- gegen die repressionsmaschinerie knast.



und dies aus unserer eignen situation heraus, aus der situation der zerschmetterten. + was wir/ich erfahren haben, ist die stärke – die liebe – und die nur gemeinsam – ist unsere entwicklung – + entschlossenheit, menschen zu werden + auch als menschen zu leben/leben wollen, was heißt: die lebensbedingungen zu verändern + sich selbst in erster linie verändern – die herrschenden zu bekämpfen – diesen vernichtungsstaat bekämpfen – auf allen ebenen, wo es nur möglich ist/sein wird.

- es sind die prozesse der gemeinsamkeit,
- der kritik + selbstkritik, aus der wir unsere stärke ziehen, unsere stabilität.
- und es ist ein langer + schwieriger weg, mensch zu werden.
- es ist die anstrengung der bequemi-lichkeit vorzuziehen
- es ist das permanente denken, lernen, begreifen, entwickeln
- und nicht in isolation zu fallen – denn isoliert sind/werden wir alle anfällig für manipulationen im sinne der herrschenden.

es gibt seit einigen monaten in preungesheim eine selbsthilfegruppe, die durch den letzten hungerstreik im sommer 79 entstehen konnte – von gefangenen frauen (btm) + seit einem monat gibt es eine legale zeitungsredaktion. von dieser SG gibt es ein antitherapiepapier + ne prozessklärung zu nem drogen-prozess.

um noch mal alles ein stück konkreter zu schreiben:

es ist nicht genug, öffentlichkeit zu schaffen – es ist nicht die aufgabe der linke oder sonstigen, die süchtigen auf die beine zu bringen – nur die süchtigen können sich selbst befreien – indem sie anfangen zu begreifen + das geschieht meistens in den knästen..

und da genau kann die aufgabe der linken sein, diese bewußtseinsprozesse zu unterstützen.

diskussionen anfangen – in die knäste reinschauen – aktive praxis nenn ich so was... wohngemeinschaften öffnen. und es wird eine langfristige + demoralisierende arbeit sein, darüber sollten sich alle im klaren sein.

viele grüsse

Anita

Im Knast wird eure Lüge deutlich

Ihr habt mich angeklagt wegen Drogensucht.

Habt mich in den Knast gesteckt.

Wolltet mir, wie Ihr versichert habt,

nur helfen,

mich von der Sucht befreien.

Ich sage Euch:

Eure Hilfe war erfolgreich.

Durch Eisengitter und Beton

habt Ihr Euch offenbart.

Im Knast wird Eure

Lüge deutlich.

Drogen verschleiern den Blick.

Hier steht Ihr nackt vor mir.

Gemeiner und jämmerlicher Anblick.

Ich hab'

das Kotzen

gekriegt.

Aus meinem Hals hab' ich die Sucht gewürgt.

Ich danke Euch.

Ich brauch' keine Droge mehr.

Nackt seid Ihr mir lieber,

Zielscheiben meiner Wut.

Ich sehe Eure Lüge,

ich schmecke, höre, rieche und

fühle sie.

Ich will keine Drogen.

Ich hab' die Wahrheit

gefunden.

Lilly (August 1977)

(aus „Frauen im Knast“ 3, Westberlin, Sept. 79)

Personalienfeststellung festgehalten.

zei ihren Auftrag, vor Rauschgift-

Personalienfeststellung festgehalten.

Dieser Vorfall ging durch die Presse und rief empörte Reaktionen von der ÖTV-VLK-Sozialamt, von Kirchengemeinden u.a. hervor. Die Jusos forderten Schäfers Rücktritt. Die Geschichte kam zur Verhandlung in Senat und Bürgerschaft.

Die CDU stellte sich – wie nicht anders zu erwarten – voll hinter Schäfer. Die FDP bestätigte der Poli-

zei ihren Auftrag, vor Rauschgift-

händlern zu warnen, und die Mit-

schuld der Konsumenten. Die Grü-

nen begrüßten „daß durch die

Aktivitäten des Leiters des Kriminal-

amtes auch in Bremen das Schlaglicht

auf die Problematik des immer

steigenden Drogenkonsums gerichtet

werde. Der Senat entschied, eine

Arbeitsgruppe zu gründen, in der alle

an der Drogenarbeit beteiligten Be-

hörden zusammenarbeiten und ein

gemeinsames Konzept entwickeln

sollten. Schäfer sollte in diese Zusam-

menarbeit „eingebunden“ werden.

Die übelsten Aufkleber von Schäfer

wurden gestoppt; seine weiteren

Pläne sollen auf ihre „Brauchbarkeit“

gemeinsam geprüft werden.

Da angesichts der zunehmenden

Verelendung der Jugendlichen und

angesichts der Sparsamkeit des

Senats im sozialen Bereich das Dro-

genproblem weiter bestehen wird,

wird wahrscheinlich auch Schäfers

„Feldzug“ auf diese Weise kaum zu

stoppen sein. Für eine vernünftige

Drogenarbeit fehlt es an allen Ecken

und Enden.

Jugendliche, die per Gerichts-

beschluß ins Krankenhaus Ost ein-

geliefert werden, müssen aus Platz-

mangel mit psychisch Kranken zu-

sammgelegt werden und erhalten

keine Therapie. Im Krankenhaus

Sebaldsbrück findet lediglich der

körperliche Entzug statt. Für die

anschließend notwendige Langzeit-

therapie stehen im Haus Timmersloh

nur 45 Plätze zur Verfügung. Nach

der Entlassung gibt es nur ein Haus

für die Nachsorge. Für Selbsthilfe-

gruppen und Wohngemeinschaften

ist es fast unmöglich, Wohnungen zu

finden. Für eine Integration ins

Berufsleben fehlen bisher jegliche

Angebote. Ein lange geplantes Kom-

munikationszentrum im Ostertor

konnte bis jetzt nicht eingerichtet

werden, da die städtische Wohnungs-

baugesellschaft (die Bremische) sich

weigert, eins der zahlreichen leerste-

henden Häuser für diesen Zweck

zur Verfügung zu stellen.

KB Bremen

Bremen Krach um Drogenarbeit

„Aggressive Prävention“ nennt Landes-kriminalamtschef Schäfer (siehe Schäfer-Zitat in AK 178) seine nun seit ca. einem Jahr laufende Anti-Drogenkampagne. Seine Aufkleber „Dealer sind Mörder“, „Dealer rrrraus!“, „Fixer sind selber schuld“, „Hascha nicht alle“ haben bei Fachleuten, Jugendverbänden u.a. heftige Proteste hervorgerufen. Kritisiert wurde die individualisierende und grob vereinfachende Schuldzu-schreibung auf den einzelnen Drogen-abhängigen, die dadurch hervorge-rufene Pogromstimmung und Auf-forderung zur Selbstjustiz.

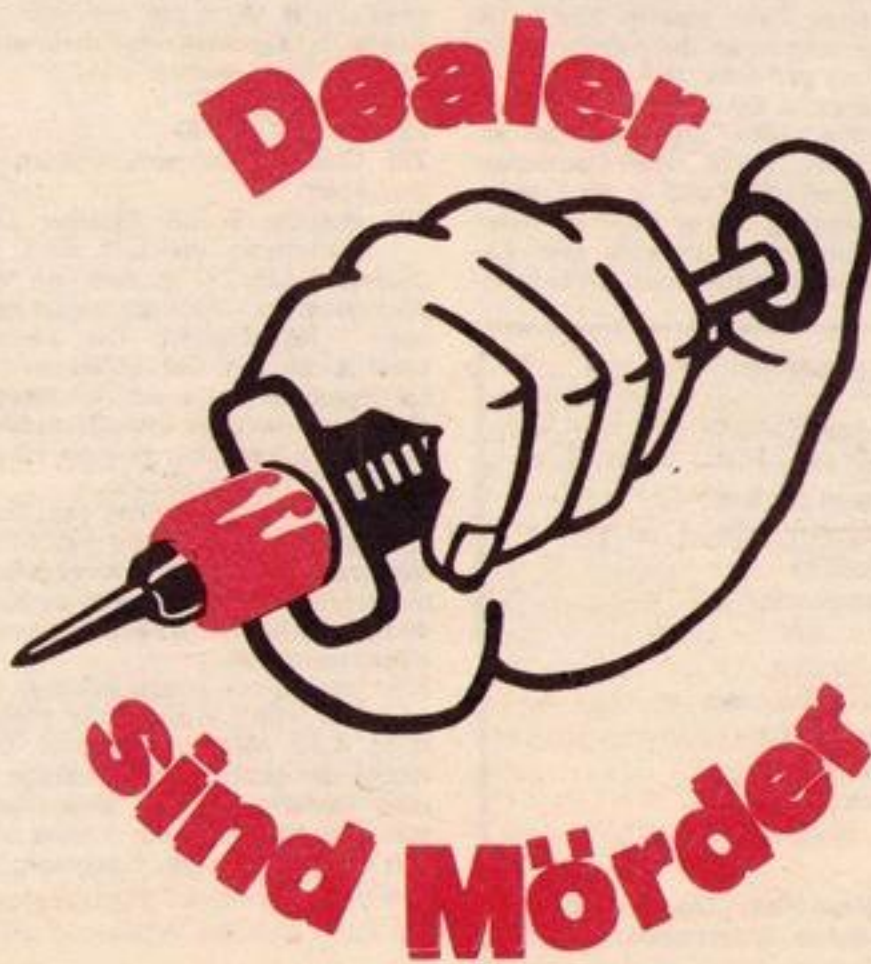
Schäfer ließ sich davon jedoch nicht im geringsten beirren. Er startete eine zweite Phase seines „Feldzuges“, die sich besonders an die Eltern wendet: Er forderte Eltern auf, mit ihm gemeinsam die Scene-kneipen aufzusuchen. Damit will er die „Wachsamkeit von Eltern und gesunden Minderjährigen, die noch nicht psychologisch infiziert sind“, stärken. Mit den Lokalbe-suchen „sollen Eltern zeigen, daß sie zu reagieren bereit sind und sich aus Liebe zu ihren Kindern auch exponieren... Warum sollen Eltern nicht Hilfspolizisten für ihre Kinder sein?“

Die Idee der Hilfspolizei ist als durchaus ernstgemeint zu verstehen. Zumindest in rechten Elternkreisen

(allerdings kaum bei betroffenen Eltern) erfährt Schäfer eine gewisse Unterstützung. Ein Vater: „Mir sind meine gesunden Kinder wichtiger als die 'verseuchten'“.

Für eine dritte Phase plant Schäfer einen Filmspot, der durch alle Bremer Kinos laufen soll.

Bei einer öffentlichen Veranstaltung des Landeskriminalamtes im Rathaus am 6.4.80 kam es zum Eklat. Mitarbeiter der Jugend- und Drogenberatungsstelle hatten am Eingang Flugblätter verteilt, in denen sie über die Beratungsstelle informierten und die Kampagne des LKA-Chefs kritisierten. Als Schäfer dies bemerkte, ging er sofort auf's Ganze: Er forderte die Mitarbeiter der Beratungsstelle auf, binnen 10 Minuten das Haus zu verlassen. Dies sei seine Veranstaltung und er habe das Hausrecht... Andernfalls würde er die Polizei vom 6. Revier rufen. Er drohte mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch, entriß einer Mitarbeiterin die Flugblätter und machte sich an der mitgebrachten Stelltafel zu schaf-fen. Als die Gruppe nicht sofort spurte, trat er bedrohlich nah an eine Flugblattverteilerin heran und drohte ihr, er werde sie mit eigener Kraft aus dem Haus befördern. Wörtlich: „Sie sind nicht die erste Frau, mit der ich mich prügele“. Beim Verlassen des Rathauses wurde die Gruppe von zwei Polizisten zwecks



TRIBUNAL GEGEN § 218 FRAUEN KLAGEN AN

§ 218 ♀



Am 31. Mai und 1. Juni fand in Frankfurt das seit langem von der Frauenbewegung vorbereitete Tribunal gegen den § 218 mit ca. 1500 Teilnehmerinnen statt, die aus der ganzen Bundesrepublik angereist waren (darunter auch ca. 50 Männer!).

An zwei Tagen berichteten die Frauen aus Frauengruppen und Beratungsgruppen sehr ausführlich über die Schikanen, denen die Frauen ausgesetzt sind, die einen Schwangerschaftsabbruch machen lassen wollen und dem Druck, dem fortschrittliche Ärzte und Beratungsstellen ausgesetzt sind. Angeklagt wurden Politiker, Ärzte, Krankenhäuser, die Kirche, Pharmaindustrie und die Medien. Jeder Anklagepunkt war mit einem ca. einstündigen Beitrag vorbereitet und mit lustigen und witzigen Sketschen aufgelockert.

Zwischen den einzelnen Anklagepunkten trug am Samstag eine Frauengruppe aus Mainz Lieder und Gedichte über die Kirche vor und Ina Deter spielte Frauen-Lieder.

Am Sonntagabend fand ein Frauenfest statt, auf dem „Schneewittchen“ und die Frauenrockgruppe „Pimpaprika“ für heiße Frauenrhythmen sorgten – die Stimmung war bombig.

Politiker

Marie-Louise Janssen-Jureit begann diesen Punkt mit einem Referat über den bevölkerungspolitischen Aspekt bei der Frage der Abtreibung bzw. des Kinderkriegens. Dies machte sie auch an Beispielen aus anderen Ländern deutlich. So sei es in den USA für eine schwarze Frau leichter möglich, eine Abtreibung zu bekommen; Indianerinnen werden sogar zwangssterilisiert. Andererseits lasse Carter für die Frauen aus ärmeren Schichten die zusätzlichen Gelder zum Schwangerschaftsabbruch streichen. In der UdSSR laufe derzeit eine stärkere Propaganda für das Kinderkriegen in den nicht-mohammedanischen Gebieten, weil in der Roten Armee schon jeder 4. Soldat Mohammedaner sei.

Für die Bundesrepublik schätzte sie ein, daß die im letzten Jahr von den Rechten angezettelte Kampagne gegen die Abtreibung hauptsächlich bevölkerungspolitische Gründe hätte, die von der CDU/CSU schon in den letzten Jahren unter dem Motto „Die Deutschen sterben aus“ eingeleitet worden war. Dies habe im letzten Halbjahr zu einem Sinken der legalen Schwangerschaftsabbrüche geführt.

In einem zweiten Referat stellte eine Frau anhand von Zitaten aus Bundestagsdebatten dar, daß sich alle Politiker der etablierten Parteien durchgängig als die Beschützer des ungeborenen Lebens „ausgezeichnet“ haben, sie aber die Lage der Frau nicht interessiert.

Sie wies nach, daß in den CDU-regierten Bundesländern nicht einmal

das bestehende Recht zur Anwendung kommt. So wird in Bayern und Baden-Württemberg den niedergelassenen Ärzten verboten, Abtreibungen vorzunehmen. Durch Kreistags- und Landtagsbeschlüsse verfügen die Politiker über die Abbruchgenehmigung in staatlichen Krankenhäusern und verbieten ihnen den Abbruch nach der sozialen Indikation. Die CDU versucht, in ihren Ländern die Pro-Familia-Beratungsstellen finanziell auszutrocknen, indem sie ihnen die Förderung aus Bundesmitteln streicht und stattdessen kommunale Einrichtungen „zum Schutz des Lebens“ finanziert, wie z.B. in Aachen und Lübeck.

Die SPD, die nach dem Scheitern der Fristenregelung beteuerte, daß sie die Frauen nicht im Stich lassen wolle, hat in den letzten Jahren bewiesen, daß sie dort, wo sie die Mehrheit in den Ländern besitzt, keine Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frau beim Schwangerschaftsabbruch trifft. So lehnte sie z.B. in Nordrhein-Westfalen den Antrag der AWO (Arbeiterwohlfahrt) für finanzielle Unterstützung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums in Essen ab.

Medien

Anhand vieler Zitate aus der „Bild“-Zeitung, die Frauen aus Darmstadt abwechselnd vortrugen, machten sie die Kampagne in diesem Schmierblatt deutlich: „Ich will das Kind nicht, weil wir uns ein neues Auto kaufen wollen“. Durch Vokabeln wie „Mord“, „Vernichtung“, „Tötung“ soll suggeriert werden, daß Frauen, die abtreiben lassen, Mörderinnen sind: „Eine Operation mit dem Ziel, Leben zu vernichten“.

Um die Frauen zu überreden, ihr Kind doch auszutragen, werden angebliche Leserinnenbriefe abgedruckt, in denen die „vorbildliche, aufopfern-

de Mutter“ zu Wort kommt, die natürlich heute froh sei, ihr Kind nicht abgetrieben zu haben ...

Die Antwort der Frauen auf diesen Schmierjournalismus: „Treibt die BILD-Zeitung ab!“

Aber auch eine Statistik über die „Frankfurter Rundschau“ machte deutlich, daß hier die Meinung der Betroffenen kaum dargestellt wird. Nur in 15,8 % der zu diesem Thema veröffentlichten Artikel kommen Pro-Familia und ähnliche Einrichtungen zu Wort; Artikel über Erfahrungen oder Initiativen betroffener Frauen kommen so gut wie nicht vor.

Daß die Situation der Frau auch in der Gewerkschaft noch lange Thema bleiben wird und daß die Kampagne gegen die Abtreibung auch dort Fuß fassen konnte, zeigt die Tatsache, daß im letzten Jahr die gesamte Redaktion der gewerkschaftlichen Jugendzeitung „ran“ gekündigt wurde, weil sie eine Karikatur veröffentlicht hatte, in der Maria und Josef eine Abtreibung erwägen.

Ärzte

Bei diesem Anklagepunkt stellten eine Ärztin und eine Frau der Pro-Familia Mainz dar, daß viele niedergelassene Ärzte gegen ihre Sorgfaltspflicht verstößen, wenn hilfesuchende Frauen zu ihnen kommen. So müssen sich die Frauen Beschimpfungen und Demütigungen durch die Ärzte gefallen lassen, z.B.: „Wollen sie denn ein Kind ermorden? Erst haben sie das Vergnügen und dann wollen sie nicht die

wenigen Fällen vorgenommen.“

Einige Ärzte führen den Abbruch nur unter Zwangsbedingungen durch, wenn sich die Frau z.B. eine Spirale einsetzen läßt.

Viele schlagen für sich aus dem Abbruch Profit, indem sie zusätzlich zur kassenärztlichen Abrechnung von den Frauen noch eine Summe z.T. bis zu 600 DM abverlangen.

Neben anderen Beiträgen schilderte Uta König, Redakteurin beim „Stern“, ihre Recherchen über den Abtreibungskandal in Wien: 32 bayrische Ärzte, die vorgeben, strikte Abtreibungsgegner zu sein, schicken hilfesuchende Frauen zu einer Hintertreppenabtreiberin nach Wien und kassieren dafür eine Provision von 300 DM. Ihre „Kollegin“ in Wien selbst nimmt von den Frauen weitere 600 DM.

Abschließend stellten die Frauen fest, daß der „reformierte“ § 218 nicht den Frauen, sondern der Ärzteschaft wie eh und jeh die Machtbefugnis beläßt.

Kirche

Frauen aus Münster hatten den Anklagepunkt „Kirche“ vorbereitet und in diesem Zusammenhang auch solche rechten Verbände wie die international organisierte „Europäische Ärzteaktion“ untersucht. Sie wiesen darauf hin, daß ihnen bei ihren genaueren Recherchen das Ausmaß der reaktionären Hetze erst richtig bewußt geworden sei. In ihren Beiträgen stellten sie verschiedene Zitate und Aktionen

„Embryonalmord“. Die Bevölkerung wird aufgerufen, sich nicht an „Massenliquidationen“ ungeborener Kinder mitschuldig zu machen (ebenso).

Farbige Glanzbroschüren mit Bildern von abgetriebenen Föten (aus Fehlgeburten) werden verbreitet, um die Frauen abzuschrecken und Schuldgefühle zu erzeugen (beispielsweise auch von rechten GRÜNEN auf dem Saarbrückener Parteitag!).

Der Kardinal von Gaalen Kreis zeigte eine Frau an, die Anfang 1979 in einer Sendung der ARD über ihren Schwangerschaftsabbruch berichtet hatte. Theologen, die zum Schwangerschaftsabbruch eine liberalere Einstellung zeigten, wurden exkommuniziert und bekamen Berufsverbot. Es bestehe auch die Gefahr, daß sich die evangelischen Kirchen der katholischen Kirche durch den derzeitigen Druck immer mehr in ihren Äußerungen nähert. Dagegen würden aber aus den eigenen Reihen der evangelischen Kirche Stimmen lauten.

Beratungsstellen

In einem Referat und an Beispielen betroffener Frauen machten Frauen aus Bremen und eine Beraterin aus Mainz den Charakter der Beratung als Zwangsberatung deutlich, die die Frau von einem Abbruch abhalten und zum Kinderkriegen überreden soll. Sie berichteten, daß die Beratungsstellen so überlaufen sind, besonders in ländlichen Gebieten, daß die Frauen dort erst einen Termin bekommen, wenn die 12-Wochenfrist schon abgelaufen ist. Die 3-Tagesfrist, die vorschreibt, daß sich eine Frau mindestens drei

mal bei einer Beratungsstelle melden muß, hat ebenfalls die Funktion, daß es sich die Frau vielleicht doch noch anders überlegt. Durch Erlasse und Richtlinien in einigen Bundesländern, wie z.B. Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland Pfalz, Saarland, Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden die Ziele der Beratung so festgelegt, daß Schwangeren „ihre Verantwortung gegenüber dem ungeborenen Leben“ bewußt gemacht werden soll.

Anders dagegen ist es in der Regel bei den Pro-Familia-Beratungsstellen, die oft versuchen, der Frau eine eigene Entscheidung über Abbruch oder Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermöglichen.

Neben den freien Trägern der Beratungsstellen machen die öffentlichen Träger 40 % der Beratungsstellen aus. Sie sind aber, mit wenigen Ausnahmen, bei anderen Ämtern untergebracht und die Sozialarbeiter sind für die Beratung Schwangerer kaum ausgebildet. Auch hier wird in den ländlichen und konfessionell stark geprägten Gebieten versucht, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu überreden.

Anschließend berichteten die Frauen noch über die Angriffe auf die Pro-Familia-Bremens im letzten Jahr. Da einige Pro-Familia-Beratungsstellen im nächsten Jahr von finanzieller Austrocknung bedroht sind, ruft die Pro-Familia am 20. September zu einem Sternmarsch nach Mainz auf.

Krankenhäuser

Obwohl alle Bundesländer versichern, daß die stationäre Versorgung in Hinblick auf den Schwangerschaftsabbruch sichergestellt sei, bekommen Frauen immer wieder zu hören, daß kein Bett frei sei. In vielen Krankenhäusern wird den Frauen der Abbruch Fortsetzung nächste Seite



Folgen tragen“. Eine andere Methode der Ärzte, die Frauen vom Schwangerschaftsabbruch abzuhalten, ist die Stellung einer Fehldiagnose oder die Verschreibung zahlreicher Hormonspritzen, um sie in den Glauben zu versetzen, daß damit die Schwangerschaft abgebrochen sei.

Die notwendigen Untersuchungen, die ein Arzt zur Feststellung der Schwangerschaft oder zur Vorbereitung eines Abbruchs eigentlich vornehmen müßte, werden auch nur in

von Politikern, Kirchenträgern und Ärzten dar.

Es lief einem kalt den Rücken runter, wenn frau vernahmen mure, Schwangerschaftsabbrüche seien aus Gründen der „Rassenhygiene“ usw. nicht die Handlungen eines Arztes (Europäische Ärzteaktion). Der § 218 sei verfassungswidrig, weil er die „gesetzliche Einbeziehung der Ärzteschaft als Ganzes in den Tötungsprozeß bedeute“ (ebenso). Beim Schwangerschaftsabbruch handle es sich um

Fortsetzung von Seite 25

nach „sozialen“ Indikation verweigert. Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß viele Krankenhäuser, z.B. auch in Nordrhein-Westfalen, der katholischen Kirche gehören. In Essen, so berichteten die Frauen, wurden zwei Ärzte, die in einem katholischen Krankenhaus beschäftigt waren, entlassen, weil sie einen Aufruf für ein Schwangerschaftskonfliktzentrum unterschrieben hatten.

In Bayern und Baden-Württemberg verbieten die Kreistage den Krankenhäusern den Abbruch und unterwandern somit die ohnehin wenigen Möglichkeiten des „reformierten“ § 218. Weiter stellten die Frauen fest, daß Frauen, noch bevor die Indikation überhaupt anerkannt ist, immer wieder zur Voruntersuchung gezwungen werden, die nichts weiter als Schikane bedeutet oder daß Frauen gleichzeitig die Sterilisation aufgezwungen wird.

Ob in den Krankenhäusern der Abbruch vorgenommen wird, hängt in den meisten Fällen von den Launen der Chefarzte ab. Über 60 % der Chefarzte haben Vorbehalte gegen die „soziale“ Indikation. Das bedeutet für viele Frauen, daß sie nach der Indikationsausstellung und dem Beratungsgespräch noch ein drittes Mal ausgefragt und schikaniert werden.

In einem von den Frauen vorgetragenen Fall mußte die Schwangere sich von einem fünfköpfigen Gremium von Ärzten untersuchen lassen — und hinterher war keiner der Ärzte bereit, den Abbruch zu machen. Das Weigerungsrecht der Ärzte geht im Falle des Frankfurter Heilig-Geist-Krankenhauses z.B. soweit, daß der Chefarzt den Abbruch in seinem Haus verbietet. In der Dortmunder Frauenklinik führte die Weigerung des dortigen Chefarztes zu einem Sinken auf 16 Schwangerschaftsabbrüche im letzten Jahr, wäh-

rend 1976 180 Abbrüche vorgenommen wurden.

Durch die Ablehnung vieler Krankenhäuser sind viele Frauen gezwungen, nach wie vor ins Ausland zu fahren oder einen Abbruch in einer Privatklinik machen zu lassen. Um die miese Behandlung der Frauen in den Krankenhäusern deutlich zu machen, zitierten die Rednerinnen Aussagen von Frauen.

Daß viele Ärzte für einen Schwangerschaftsabbruch nicht genügend ausgebildet sind und wie in den Krankenhäusern an den Frauen rumgepfuscht wird, stellte eine betroffene Frau am Beispiel ihrer eigenen Erfahrungen dar. Sie wollte neben dem Abbruch gleichzeitig eine Sterilisation machen lassen. Nachdem sie ohnehin sehr ruppig untersucht worden war und über die Operation gar nicht richtig aufgeklärt wurde, machte der Arzt bei der im 3. Monat Schwangere einen Kaiserschnitt, um so Abbruch und Sterilisation schneller zu erledigen.

Ausgehend von solchen Erfahrungen stellten die Frauen die Forderungen nach ausreichend Ärzten in jedem Krankenhaus, die Abbrüche durchführen, nach genügend Betten für Schwangerschaftsabbrüche, nach ambulanter Anwendung der Absaugmethode und nach Einrichtung von Schwangerschaftskonfliktzentren.

Wahre Begeisterungstürme bei den Zuhörerinnen löste ein Sketsch von Frankfurter Frauen aus, in dem eine Dame der Firma „Lust ohne Last“ ihre verschiedenen Verhütungsmittel vorstellte. Mit viel Ironie machten sich die Frauen über die Eigenarten der Verhütungsmittel lustig. Am Ende warfen sie aus einem Sack lauter grüne und rote Äpfel ins Publikum, mit dem Vorschlag einer neuen Verhütungsmethode „statt dessen“.

Pharmaindustrie

Diesen Punkt hatten Frauen aus Westberlin und Hamburg vorbereitet. Westberlin und Hamburg sind die Hochburgen verschiedener Forschungsreihen mit dem Stoff „Prostaglandine“, das an Frauen, die einen Abbruch machen lassen wollen, ausprobiert wird.

In den verschiedensten Dosierungen mit Prostaglandine an den Frauen herumgepfuscht. Die Frauen stellten den Aussagen der Ärzte, die versuchen, dieses Mittel als Abtreibungsmethode hochzujubeln, die Erfahrungsberichte von Frauen gegenüber, die Opfer dieser Versuche geworden waren.

Sie stellten die Erfahrungen aus



Auftraggeber ist der Schering-Konzern. Die Frauen erklärten, daß die Wirkung dieses Stoffes noch völlig unklar ist. Feststellen ließ sich jedoch bisher, daß Prostaglandine viele negative Nebenwirkungen hat. Prostaglandine ist an Frauen aus der 3. Welt erprobt worden.

In den letzten Jahren wurden auch in der BRD an 60 verschiedenen Kliniken in jeder Art und Weise und

Holland und den USA dar, wo bis zur 16. Woche ein ambulanter Abbruch mit der Absaugmethode ohne medikamentöse Einleitung vorgenommen wird und machen deutlich, daß es keinen Grund gibt, Frauen 10 bis 14 Stunden in wehenartigen Krämpfen mit Nebenwirkungen wie Übelkeit, Kopfschmerzen, Durchfall und Fieber, einen geburtsähnlichen Vorgang erleben zu lassen.

Offensichtlich, so schlußfolgerten die Frauen, verfolgt der Schering-Konzern auch ganz andere Ziele. Da er als König der Hormon-Präparate um das lukrative Pillen-Geschäft bangen muß, bastelt er an einer neuen Verhütungsmethode: die Einmonats-Spritze. Prostaglandin statt Pille. Außerdem dient die Forschung offenbar für kommende Behandlungen von Magen-, Darm-, Asthma- und Herzerkrankungen. So werden wieder einmal Frauen, die in einer besonderen Notlage sind und bei denen es gar nicht um einen Heilprozeß geht, für medizinische Versuche ausgenutzt.

Das Rechtsanwaltsbüro von Alexandra Goy berichtete über den Verlauf der Klage gegen Ärzte in Westberlin. Die Ärzte hatten ein neues Prostaglandine, „Sulproston“, das noch in klinischer Erprobung ist, an Frauen ohne deren Wissen ausprobiert. Die Rechtsanwältin rief dazu auf, daß noch viel mehr Frauen den Mut haben sollten, sich bei ihnen für eine massenhafte Anklage gegen diese Ärzte und die Pharmaindustrie zu melden.

Die Frauen forderten den sofortigen Stop der Anwendung von Prostaglandine.

Um die Debatte „wie geht es jetzt weiter im Kampf gegen den § 218“, fortzuführen schlugen die Frauen, die das Tribunal vorbereitet hatten, vor, sich am 21. September zu einem Beratungstreffen in Mainz mit allen Interessierten wieder zusammenzusetzen. Am 20. September plant die Pro Familia einen Sternmarsch nach Mainz, um für die Weiterfinanzierung ihrer Beratungsstellen zu demonstrieren. Bis zu dem Beratungstreffen im Herbst soll eine Dokumentation über das Tribunal, die dort vorgetragenen Fälle bzw. Anklagepunkte erscheinen.

AG Frauen Hamburg

„Der Schrei aus der Stille“ Diskussion:

mit den Augen und Gefühlen einer Vergewaltigten

Ich bin nicht nur einmal vergewaltigt worden, sondern unzählige Male: ich war gerade 12 Jahre alt, als mein Stiefvater anfang, mich sexuell zu nötigen und ich war fast 17 Jahre alt, als es endlich, endlich zuende war. Die Erinnerung an diese Zeit ist detailliert in meinem Kopf geblieben. Die Diskussion um die Verteidigung von Vergewaltigern im „Arbeiterkampf“ hat mir meine vielen Vergewaltigungen, mehr als mir lieb war, wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Ich bin heute fast 30 Jahre alt und die AK-Artikel zeigen, ich bin immer noch nicht „fertig“ mit meiner Vergangenheit. Manchen AK-Artikel schmeiße ich in die Ecke, ich kann ihn nicht lesen, Tränen in den Augen, nach jedem Absatz könnte ich einen neuen Artikel dazu schreiben. Ich tue es nicht, meine Geschichte ist zu brutal, zu belastend für andere, insbesondere für Frauen, denke ich. Nur wenige Menschen kennen die Details meiner Vergewaltigungsgeschichte, weil ich Angst habe, sie behandeln mich dann anders als jetzt. Meine Erfahrungen zeigten, daß Frauen weinten, wenn ich nur wenige Ausschnitte aus dieser Zeit erzählte. Ich reagierte auf diese Aggressionen ab, indem ich meine Geschichte in vielen Seiten zu Papier brachte.

Meine Erwartungen auf die Diskussion zum Film „Der Schrei aus der Stille“ im AK wurden enttäuscht. Besonders nach dem Leserbrief von Co. denke ich: was ist ihr schon von Vergewaltigung? ... Ehrlich gesagt, empfinde ich eine maßlose Arroganz in Co.'s Artikel gegenüber der vergewaltigten Suzanne des Films. Aber wahrscheinlich habe ich mich in dem Film zu sehr wiedergefunden und ihn mit völlig anderen Augen gesehen, als es je eine nicht vergewaltigte Frau sehen kann.

„Ich finde, der Film stellt die vergewaltigte Frau nicht nur als hilfloses Opfer dar, sondern als Nichts“ (Co., AK 178). Co. meint, frau müßte Suzanne vor der Vergewaltigung gekannt haben, um die Veränderung ihres Lebens nach der Vergewaltigung zu begreifen. Nach meinen Eindrücken schildert der Film sehr genau, was sich verändert hat: die Wohnung verdrückt, Suzanne liegt apathisch auf ihrem Bett, sie hat Angst, unter Menschen zu gehen, geht nicht einmal mehr einkaufen. Die Filmemacherin sagt, daß Suzanne schon mit der Vergewaltigung aufge-

hört hat zu leben und zu lieben. Sind das keine Veränderungen, die von Bedeutung sind? Die Gedanken, ob frau sich hätte wehren können, ob frau durch ihr „Wimmern“ dem Vergewaltiger „Genugtuung“ (Leserbrief A.) verschafft hat, oder gar Aggression gegen Suzanne empfinde ich als der Situation überhaupt nicht angemessen; oder anders: diese Gedanken kann ich gar nicht nachvollziehen.

Die qualvolle Vergewaltigungsszene hat bei mir immerzu den Gedanken ausgelöst: nun mach doch endlich zu, Vergewaltiger, um der Szene ein Ende zu bereiten, weil mir die Situation, in der Suzanne war, ausweglos erschien. Ihr Wimmern empfand ich als unheimliche Beherrschung dem Vergewaltiger gegenüber. Was denkt ihr, was eine Frau alles tut oder tun würde in dieser Situation? Ich kann Euch zwei Beispiele erzählen: Als mein Stiefvater das erste Mal versuchen wollte, in mich einzudringen, es war in unserer Wohnung, fletete ich ihn an unter Tränen, es nicht zu tun. „Heut' bist du dran“, hat er damals gesagt; ich versuchte, mit ihm zu reden, gelobte ihm noch meine Vaterliebe, doch es half nichts; der mehrmalige Versuch zu schreiben oder zur Haustür zu laufen endete mit brutalen Schlägen. Noch vor der Vergewaltigung war meine Nase gebrochen, mein Gesicht dick angeschwollen und meine Arme rot-blau gefleckt. Mein Vergewaltiger zitterte am ganzen Körper vor Erregung und Wut, ich hatte Angst, Angst und nochmal Angst; ich hätte alles getan, um dieser Situation zu entfliehen.

Meine Mittel, ihn aufzuhalten, waren erschöpft und haben die ganze Vergewaltigung nur verlängert, ich war in einer ausweglosen Situation. Er riß mir die Beine auseinander und ich schrie. Warum hört mich keiner, dachte ich immer, doch auch das half mir nichts, er nahm ein Kissen, stülpte es über meinen Kopf und drang in mich ein. Meiner Mutter erzählte er, heute hätte es ihm „gelangt“, ihm sei die Hand ausgerutscht, weil ich frech gewesen wäre. Ich habe viel Schläge, vor allem von meiner Mutter, bezogen und deshalb wenig Vertrauen zu ihr gehabt, doch diesmal erzählte ich es ihr. Mein Stiefvater tat dies als pubertäre Halluzination ab, meine Mutter glaubte ihm. Niemand konnte ich es sonst erzählen, ich dachte nur noch an Selbstmord, aber

wie? und wo? Ich hatte keine Ahnung, ich war erst 15 Jahre alt. Eine andere Vergewaltigung: Ich lebte schon im Heim, meine Mutter war schwanger von meinem Vergewaltiger, er lockte mich unter Vorwänden, sie liege in Wehen, in sein Auto. Als ich merkte, er fährt einen anderen Weg, und sofort aussteigen wollte, war es zu spät, er riß mich an den Haaren nach unten, so daß mich niemand sehen konnte. Erst als wir in einem Waldgelände waren, konnte ich mich wieder aufrichten. Er verlangte, ich sollte mich ausziehen. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich schon ein Kind von ihm durch seine Vergewaltigung. Er würgte mich und schlug immer wieder auf mich ein, ich saß blutüberströmt da. Niemals würde ich mich ausziehen, sagte ich, lieber lasse ich mich totschlagen. Er riß mir die Kleider vom Leib und stieß mich nackt aus dem Auto. Er fuhr weg mit meinen Klamotten. Zehn Minuten kamen mir vor wie Stunden, ich konnte nicht weglaufen, ich wünschte mir, daß er zurückkommt. Er kam, Hose runter, aus dem Auto und wuschte sich zwischen meinen Beinen einen ab. Fast wäre ich ihm noch dankbar dafür gewesen, daß er nicht in mich eingedrungen ist, denn meine Angst, jetzt wieder schwanger zu werden, war unbeschreiblich, mußte ich doch das Kind schon zur Adoption freigeben, weil kein Arzt mir helfen wollte. Danach zog ich mir die zeretzten Kleidungsstücke an, bei der nächstmöglichen Stelle stieg ich aus und fuhr ins Heim. Drei Tage verschloß ich mich in meinem Zimmer und lag wie Suzanne auf meinem Bett, nur konnte ich heulen. Ich schämte mich, weil ich mich schuldig an mir selbst fühlte: alle würden sagen, warum bist du auch so doof und steigst bei dem ins Auto. Die anderen Mädchen wußten sowieso nichts von meiner Geschichte, sie dachten, ich hätte das Kind von irgendeinem Mann, mit dem ich befreundet war, bekommen. Die Heileiterin und die Erzieherin öffneten die Tür und ich erzählte ihnen alles, ich war zu kaputt, ich konnte nicht mehr. Sofort machten sie mit mir eine Anzeige bei der Polizei und ich packte aus. Ist Dir klar, sagte die Polizistin zu mir, daß du deinen Stiefvater damit zehn Jahre ins Zuchthaus bringst? Erschrocken und eingeschüchtert schüttelte ich verneinend den Kopf.

„Die Folge ist, daß vergewaltigte Frauen doch immer ein wenig für ihre Vergewaltigung verantwortlich gemacht werden“ sagt Co. weiter. „Ein wenig“, das hat ja nun gerade die Gerichtsszene im Film gezeigt, daß es die Regel ist, daß Frauen und nicht ihre Vergewaltiger vor Gericht stehen und angeklagt werden. Und nicht zuletzt unsere Auseinandersetzung um die Verteidigung von Vergewaltigern hat dies auch bewiesen. Die vergewaltigten Frauen schämen sich, weil ihre

Fortsetzung nächste Seite

Angst vor Suzanne

Stellungnahme zum Leserbrief von Co. im AK 178.

Co. schreibt, ihre Erwartungen seien wohl zu „hoch geschraubt“ gewesen und der Film hätte sie „eher enttäuscht“. Liebe Co., was hast du für Erwartungen an einen Film, der die Zerstörung einer Frau zeigt? Wie soll der Film dich „richtig“ agittieren? Wann würde der Film dir etwas bringen?? Mir hat der Film eine Nacht gebracht, wo ich im Traum die Vergewaltigung nochmal am eigenen Körper erlebte. Er brachte mir das jahrelang ängstlich verhinderte Hochschwemmen eigener erlebter (softer) Vergewaltigungen. Deshalb empfinde ich deine angebliche Enttäuschung über den Film als dicke Schutzmauern, genauso wie deine anschließenden intellektuellen Distanzierungen. Du schreibst z.B.:

„Der Film stellt die vergewaltigte Frau nicht nur als hilfloses Opfer dar, sondern als ein Nichts. Da ja gerade gezeigt werden soll, wie die Frau sich nicht (nur) als Körper, sondern als Person angegriffen und vernichtet fühlt, müßte die Frau auch als Person gezeigt werden“ (Hervorhebung von mir). Nicht der Film trennt zwischen Körper und Person, sondern Du tust das! Wenn der Körper einer Frau mißhandelt wird, wird damit gleichzeitig die Frau mißhandelt, da gibt es keine Trennung! Ohne daß ich ihren Lebenslauf, Sozialisation etc. kenne, begreife ich die Vernichtung einer vergewaltigten Frau. Ich muß nicht wissen, wie die Frau vorher war, so wie du es forderst; ich weiß daß eine Vergewaltigung - wie es auch die Regisseurin sagt - etwas in mir/dir/uns zerbricht.

Ein hilfloses Opfer ist ein Nichts? Nein!

Eine hilflose Frau, die vergewaltigt wird, die sich nicht wehren kann, ist Ausdruck einer schrecklichen und in diesem Scheiß-System so frauentypische Form des Seins: Ich bin - wenn ich hilflos und ohnmächtig bin. Ein hilfloses Opfer, ein Nichts? Nein!

Suzannes Hilflosigkeit, ihre Lähmung aus Angst, ist „nur“ die Spitze eines Eisberges, und der Eisberg heißt Frau. Ist komprimiert das, was das Leben von Frauen (ich denk z.B. an unsere Mütter) ausmacht: Leiden, genommen werden, mißbraucht werden, benutzt werden, Stück für Stück getötet werden (auf Raten). Suzannes Ohnmacht ist unsere Ohnmacht, ist Frauenohnmacht, ist das „Schicksal“ der meisten Frauen in diesem System. Du sagst - ein Nichts.

Ich sage - sie stellt das dar, was wir sind, bevor wir sind.

Sie ist - wie alle.

Ohnmacht, Hilflosigkeit ist viel, so viel: Angst, Grauen, Entsetzen,

Verzweiflung, Schmerz, Qual, Trauer, Sehnsucht...

Das alles ein Nichts?

Du irrst auch, wenn du behauptest:

„Der Objektcharakter von Suzanne wird noch durch die Kommentare der Filmemacherinnen verstärkt“.

Suzanne wird nicht von den Filmemacherinnen zum Objekt degradiert, sondern vom Vergewaltiger, und das wollen die Regisseurinnen zeigen: daß Suzanne für den Vergewaltiger kein Mensch ist, sondern ein Objekt zum Quälen, zum Demütigen.

Nicht die Frauen, die über die Vergewaltigung reden, degradieren uns, sondern die bürgerliche Familienideologie degradiert uns zum Objekt „Reproduktionsmaschine“, der Mann degradiert uns zusätzlich noch zum Sexualobjekt.

Die Regisseurinnen weisen auch darauf hin, daß Suzannes Vergewaltigung keine Ausnahme ist: nur ein kleiner Schritt, und wir sind beim „normalen“ Mann, der, wie im Film erzählt wird, das Zerschneiden von Suzannes Kleidern sexuell anregend findet.

Also: wer macht hier wen zum Objekt?

Der Vergewaltiger ist für dich eine „schillernde Persönlichkeit“, weil du etwas über ihn erfährst: Mutter- und Frauenhaß, Frauenverachtung, fehlende Liebes- und Vertrauensfähigkeit. Das sind alles „schillernde“, exotische Merkmale bei Männern? Oder steckt das nicht in jedem Mann? Der, der sich z.B. weigert, uns unsere Gleichberechtigung zuzugestehen, bei dem wir um unsere Sexualität kämpfen müssen usw.usw.

Ich behaupte: bei jedem Mann müssen wir gegen (potentielle) Frauenverachtung kämpfen, jeder Mann ist ein (potentieller) Vergewaltiger. Deshalb ist der Vergewaltiger im Film für mich keine „schillernde Persönlichkeit“, sondern Repräsentant für seine Geschlechtsgeossen. Der offene Frauenhaß, den er zeigt, bietet den männlichen Zuschauern geradezu eine Distanzierung an (und das ist m.E. die Schwäche des Filmes).

Der „normale“ Vergewaltiger läßt nämlich durchaus eine Identifizierung zu, denn es ist der Mann von nebenan:

„In nahezu der Hälfte der Fälle kennen Vergewaltiger und Opfer einander. Das fängt in der Familie an. 3/4 der Gewaltverbrechen an Kindern werden von Vater/Onkel/Bruder/Liebhaber der Mutter oder vom Arbeitgeber begangen. Der aktuelle Sexualtäter ist ein langweiliger, banaler Mann und kein Held mit der Ausstrahlung des Robin Hood, von keinem Geheimnis oder Zauber umgeben. Er ist kein Unhold,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 26
mit den Augen ...

Umwelt und die Gesetze unserer Gesellschaft sie nicht unterstützen, sondern sie diskriminieren vergewaltigte Frauen, und durch die Propagierung der Frau als Sexualobjekt wird doch gerade der Vergewaltiger in unserer Gesellschaft produziert. Die Gerichtsszene hat mich besonders beeindruckt, weil sie die Vielseitigkeit der Vergewaltigung (die Ehefrau, die Sekretärin, die Schauspielerin und die vom Vater vergewaltigte Frau) darstellte, andererseits die bürgerliche Gesetzgebung wie ein Hohn wirkte. Eine der Frauen sagte, Männer werden nie verstehen, was es für uns heißt, vergewaltigt zu werden. Das denke ich auch. Die von ihrem Vater vergewaltigte Frau holt viele Kinder aus Heimen in den Gerichtssaal, sie alle sind vergewaltigt worden von ihren Vätern oder Verwandten. Sie sagt: Diese Kinder sind „nicht mehr tragbar“ für die Familien; die Vergewaltigten-Schwänze leben weiter in Freiheit, die Kinder werden eingesperrt. Für meine Gefühle trifft diese Filmszene die Wirklichkeit, ich habe mich unter den Kindern wiedergefunden.

Noch eine Erfahrung, warum ich mich schämte, über meine Vergewaltigung zu sprechen, und was passiert, wenn über eine Vergewaltigung gesprochen wird:

Nach meiner Anzeige bekam mein Vergewaltiger die polizeiliche Auflage, sich nicht mehr in meinem Wohn- und Arbeitsort aufzuhalten; sollte er einen Versuch machen, mich zu sehen, würde er in Untersuchungshaft kommen. Von diesem Zeitpunkt an ließ er mich zufrieden. Doch damit war die Sache nicht ausgedacht: Meine Mutter erzählte überall herum, daß ich meinen Vater verführt hätte, um sich zu rechtfertigen, daß sie immer noch mit ihm zusammenlebt(e). Die Folgen waren für sie sicher nicht nachvollziehbar: Kunden weigerten sich, von mir bedient zu werden, und fragten meinen Chef, ob er nicht auch fände, daß ich geschäftsschädigend sei - es waren Frauen. Und es waren wieder Frauen, die mir auf der Straße sagten: Kein Wunder, wie du herumläufst (Minirock), daß dein Vater scharf auf dich geworden ist! Es waren viele Anmachereien da, und ich konnte mich nicht rechtfertigen, es hat mich auch niemand gefragt, und manchmal glaubte ich selber schon daran, daß alles meine Schuld sei. Nicht zuletzt war dies auch mit ein Grund, warum ich 2 Jahre nach der Anzeige, als der Prozeß anstand, meine Aussage zurückzog. 2 Jahre hatte es gedauert; meine Mutter lehnte mich an, die Aussage zurückzuziehen, weil ihr Mann sonst in den Knast gehen müßte. Der Termin beim Gericht war ein Grauen, der Richter und der Rechtsanwalt waren bereits informiert über meinen Rückzug. Trotzdem wurde alles nochmal ausgewagt. Der Richter meinte, sowas hat es ja schon häufiger gegeben, daß Mädchen in ihrer pubertären Phase die größten Einbildungen haben. Natürlich fragte mich keiner, warum ich den Rückzug angetreten hatte, obwohl es einen Fakt gab, der unbestritten blieb: Ich hatte ein Kind von meinem Vergewaltiger, und er bestritt dies nicht. Das Gericht konnte nicht umhin, gegen ihn wegen Blutschande und Verführung Minderjähriger ein Urteil auf 3 Jahre Bewährung auszusprechen. Ich fühlte mich elend und schuldig gesprochen. Niemand fragte danach, was in mir vorging.

Wie Suzanne habe ich jahrelang nicht richtig leben und nicht lieben können, wie Suzanne habe ich

Schuld- und Schamgefühle meiner Umwelt gegenüber entwickelt, wie Suzanne habe ich an Selbstmord gedacht, nur mit dem Unterschied, daß meine Versuche nicht mit dem Tod endeten. Bin ich deshalb ein „Nichts“ gewesen? Nur weil ich mich nicht mehr gewehrt habe? Das scheint mir der Punkt zu sein, warum Co. sich nicht mit Suzanne oder vielleicht auch mit mir identifizieren kann, warum A. so eine Distanz zu der gezeigten Vergewaltigung aufbaut. Vergewaltigte Frauen wie Suzanne oder ich sind nicht „ein wenig“, sondern tatsächlich im doppelten Sinne hilflose Opfer der Gewalt an Frauen, durch ihre Vergewaltigung und durch unsere menschenfeindliche Gesellschaft. Ich erwarte nicht von anderen Frauen, daß sie wirklich das nachfühlen können, was eine brutal vergewaltigte Frau fühlt, aber ich erwarte von Frauen, daß sie in erster Linie betroffen sind und nicht Wertschätzungen abgeben, wie sich eine Vergewaltigte zu verhalten hat. Der Film hat nach meinem Empfinden in 1 1/2 Stunden viel Stoff zum Nachdenken und zur Aufklärung gegeben, ich erwarte nicht alles von einem Film über Vergewaltigung. Zumal die Filmemacherin in der Diskussion mit einer anderen Frau viele Dinge wie z.B. den Selbstmordschluß zur Diskussion stellt. Die Filmemacherin sagt: Eine Frau, die eine Vergewaltigung überlebt, ist für sie ein Wunder, weil ich es geschafft habe, meine Vergangenheit einigermaßen zu bewältigen, weil ich mich nicht mehr schuldig fühle, weil ich meine Scham in Haß und Abscheu verwandeln konnte, gegen die Vergewaltiger, gegen Ärzte, gegen die Polizei und Justiz in unserem Lande.

Eine Hamburger Genossin

usw., ist eine Folge dieser grundsätzlichen Verachtung gegenüber uns Frauen.

So allgemein gesagt ist das sehr ein-

usw., ist eine Folge dieser grundsätzlichen Verachtung gegenüber uns Frauen.

So allgemein gesagt ist das sehr einleuchtend und keine besonders neue Erkenntnis. Doch diese Erkenntnis mit unserer alltäglichen Erfahrung zu verknüpfen, ist schwieriger. Das bedeutet nämlich, daß wir uns tatsächlich betroffen fühlen müssen und daß wir uns nicht davor fürchten, zu Opfern gemacht zu werden, sondern daß wir erkennen, daß wir schon längst die Opfer sind. Genau das versucht der Film erfahrbar zu machen, deshalb ist er u.E. so wertvoll.

Im Film, insbesondere in der Gerichtsszene - die Co. als eintönig und eher mit einer Bundestagsdebatte vergleicht - wird gezeigt, daß es unmöglich ist, Vergewaltigung strafrechtlich zu definieren, Vergewaltigung als ein abgestecktes Verbrechen zu charakterisieren. Auch Co. sucht nach einer solchen eindeutigen Definition. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen ihrer Schwierigkeit, sich mit einem, in diesem Fall wehrlosen, Opfer (wobei S. versuchte, sich durch Schreien zu wehren) zu identifizieren und gleichzeitig erwartet, sich nach dem Film besser vorstellen zu können, was Vergewaltigung für eine Frau bedeutet. D.h., sie zieht für sich persönlich überhaupt nicht in Betracht, eine Form der aufgezeigten Vergewaltigung erlebt zu haben. D.h., daß sie davon ausgeht, daß sie sich in ihrem ganzen Leben stets gegen jegliche Form von Vergewaltigung gewehrt hat und meistens erfolgreich.

Wenn sie das für sich persönlich geschafft hat, was wir allerdings bestreiten, dann ist sie eine Überfrau. Wir denken da nur an einen AK-Artikel (AK 177, „Bettgeflüster“), der - frau lese und staune - über eine ganze Seite, bis in Details subtile Vergewaltigungen beschreibt, und das von Frauen, die sich als stark und emanzipiert betrachten!

Wir gehen davon aus, daß jede Frau in dieser Gesellschaft vergewaltigt worden ist, in dieser oder jenen Form, mit stärkeren oder schwächeren Auswirkungen, aber letztlich immer mit dem Ergebnis, daß wir täglich Opfer der männlichen Sexualität sind, indem wir in Angst leben, daß wir uns vor unserem Körper und nicht vor seinem Körper ekeln, daß wir Schuldgefühle und Scham empfinden, daß gerade uns das passieren mußte (besonders frauenbewegte Frauen, wie z.B. Co., auch noch damit kämpfen müssen, uns nicht „richtig“ und „stärker“ gewehrt zu haben, was immer das auch heißen mag).

Was heißt das, jede Frau in dieser Gesellschaft ist vergewaltigt worden? An dieser Stelle wollen wir lobend auf den Leserbrief von M., Metallbereich im selben AK verweisen. Wir finden es sehr mutig, daß M. genau erkannt hat, wo er sich als Vergewaltiger wiederfinden muß: er praktiziert wie jeder Mann in dieser Gesellschaft die als einzig gültig erklärte

Fortsetzung von Seite 26
Angst vor Suzanne

kein Schizophrener, der unter Sexualnot leidet und obendrein eine herrschsüchtige Frau und Mutter hat“ (aus dem Filmprospekt). Der Vergewaltiger ist dein Chef, Lehrer, Guru, Psychiater, Arzt, Ehemann, Freund...

Das, was den Filmvergewaltiger in deinen Augen zu einer „schillernden Persönlichkeit“ macht, zu einem „Bilderbuch-Bösewicht“, steckt in jedem Mann. Es geht ja auch soft, oder?

- Erschreckend unsensibel und borniert, in dem ängstlichen Bemühen um Distanz finde ich dein Beschreiben der Gerichtsszene als „so anschaulich wie eine Bundestagsdebatte“. Aber hier treten die Frauen nicht hilflos auf, sondern sie klagen laut und deutlich ihre Vergewaltiger an. Sie wehren sich. Sie analysieren ihre Situation. Sie widerlegen den Richter, der sie anklagen will. Sie sind stark.

Aber auch das paßt dir nicht, welch ein Widerspruch!...

- Weiter beklagst du die „Asexualität der Vergewaltigung“.

Kann denn eine Vergewaltigung anders sein? Wie stellst du sie dir den vor? Sexy?

Dir fehlen ganz „allgemein“ die Auswirkungen von Vergewaltigung bei Frauen.

Ich bitte dich: reicht dir denn die Zerstörung Suzannes nicht? Hast du das nicht gesehen? Sie war arbeitsunfähig, sie konnte nicht mehr essen, sie konnte nicht mehr einkaufen, nicht mehr die Wohnung sauber machen, ihre Blumen waren alle vertrocknet. Sie ging nicht mehr ins Kino, sie ging nicht mal mehr zu Freunden, sie konnte nicht mehr lachen, sie konnte nicht mehr lieben, sie konnte nicht mehr leben.

Und das reicht dir nicht? Auch die Schlusszene hast du nicht verstanden. Es waren keine „typischen einsame Örtlichkeiten“, es waren ganz normale Orte,

Auch die Schlusszene hast du nicht verstanden. Es waren keine „typischen einsame Örtlichkeiten“, es waren ganz normale Orte,

und seit Geburt an gelernte männliche Sexualität.

In einem Gespräch mit der Regisseurin sagt S., daß der Vergewaltiger eine Erektion aus Verachtung und nicht aus sexuellem Verlangen hatte. Das hat für Co. den Anschein von einer nicht gerade typischen Asexualität, denn zwei Aspekte spielen für sie bei Vergewaltigung eine Rolle. 1. Die Vorstellung, eine Frau hat den sexuellen Bedürfnissen des Mannes zu dienen (was Verachtung impliziert) und 2. kann sich der Mann sein „Recht“ durch körperliche Überlegenheit verschaffen. Wäre das alles, so dürften zumindest wir mit unseren Genossen im Bett keine Probleme haben. Schließlich haben die ja eingesehen, daß Frauen gleichberechtigt sein müssen, und in der Regel setzen sie auch nicht ihre körperliche Überlegenheit ein. Warum dann aber ein Artikel wie „Bettgeflüster“, warum dann permanente Diskussionen in Beziehungen darüber, der Mann müsse noch mehr auf die Frau eingehen, selbst wenn sie das schon Jahre probieren, und die Frauen durchgesetzt haben, daß Bumsen nicht mehr das wichtigste sei usw.

Warum ist es dann auch bei uns so, daß nur mit Durchsetzungskraft ein Genosse wie M. „kapiert“, daß frau es auch so meint, wenn sie nein sagt, und selbst dann reagiert er noch, wie er beschrieb, mit „Liebeszug, indem ich mich umdrehte, mich abwendete, sie allein ließ“.

Die Aussage von S. macht doch klar, daß wir es nicht mit einem „natürlichen“ ominösen Sextrieb der Männer zu tun haben, den wir bekämpfen müssen und den Männer zu bezwingen lernen müssen, nachdem sie die Frau als gleichberechtigt anerkannt haben. Vielmehr haben wir es mit einem erlernten männlichen Sexualverhalten zu tun, das einzig und allein auf der Verachtung der Frauen basiert. Gelernt haben Männer nämlich, daß sie nur und auf keinem anderen Weg befriedigt werden können als durch eine Frau und dazu kommt, daß sie noch bestimmte Bedingungen erfüllen müssen, um auch richtig „schwanzficken“ zu können. Dieses kleine, sich selbstständigende Würstchen muß zusätzlich groß und hart sein (kein Mann wird behaupten wollen, daß er nie Probleme mit der Größe seines besten Stücks hatte), und wenn es das dann ist, bleibt als Lösung für den „Druck“ nur noch eins, das Loch zwischen unseren Beinen. Und stellen wir ihnen diese einzige Möglichkeit, ruhig schlafen zu können, aus welchen Gründen auch immer, zur Verfügung, haben wir uns „rumkriegen“ lassen, das Schlimmste, was eine Frau heutzutage tun darf.

Was gesellschaftlich als Abwertung der „reinen“ zur „unreinen“ Frau gilt, warum sollte gerade das vor den

die gezeigt wurden: Straßen, allerdings leere (anormal?), Hauseingänge, Treppenaufgänge, Parkplätze, Garagen, Parks, Wald, geparkte Autos, und alles waren Tag-szenen, nicht eine Nachtaufnahme.

Außerdem gibt es gar keine „typischen“ einsamen Örtlichkeiten (wie du schreibst); die Vergewaltigung findet nicht bei Nacht und Nebel im Wald statt, sondern hier bei uns auf der Straße, nebenan!!

Du irrst dich, wenn du behauptest, in dem Film würde nur über die Scham der Frauen geredet, aber sie würde nicht erklärt. Frauen schämen sich, weil sie die Vergewaltigung für ihr individuelles Problem halten, für ihre individuelle Schuld und Versagen. Indem wir darüber reden, sehen, daß es uns allen gleich geht, daß wir alle bedroht und betroffen sind, begreifen wir die Funktion unseres Schweigens (Scham), sehen, daß es nur dem Schutz der Vergewaltiger dient. Indem wir über unsere Scham reden, erfahren wir ihre Funktion (Isolation) und zerstören sie gleichzeitig!

Du hast Recht, wenn du vermutest, daß deine Distanzierungsmechanismen (Schutzmechanismen) besonders effektiv sind. So effektiv, daß du sogar gegen das Opfer Suzanne Aggressionen entwickelst. Ist Suzanne denn eine so fürchtende Außenseiterin? Ist sie denn anders als du, als ich, als wir? Bedroht sie uns?

Ich bin bestimmt nicht schüchtern, kann mich aber sehr, sehr deutlich (wieder) an Zeiten erinnern, wo ich (du nicht?) genauso hilflos war wie Suzanne.

Warum fühlst du dich durch Suzanne verunsichert? Weil sie ein Stück von uns ist?

Ich bin mir wirklich nicht sicher, ob es sinnvoll war, Co's Leserbrief abzu drucken.

Mit kämpferischen Grüßen
Bx., KB Münster

ob es sinnvoll war, Co's Leserbrief abzu drucken.
Mit kämpferischen Grüßen
Bx., KB Münster

Köpfen unserer Genossen halt machen?

Durch dieses Wissen, ob wir uns dessen nun bewußt sind oder ob wir dem unbewußt ausgesetzt sind, wird in jeder Beziehung unser Verhältnis zu Männern bestimmt und das Verhältnis der Männer zu uns.

In jedem Mann, dem wir nachts begegnen, fürchten wir den möglichen Vergewaltiger; jeder Mann, der uns auszüglich anstarrt, droht uns mit seinem Schwanz (selbst die, die „es gar nicht so gemeint haben“, können für uns nur so eingeschätzt werden); jeder Typ, den wir mit nach hause nehmen, „nach einem guten Gespräch“, verlangt von uns immer wieder aufs Neue eine Entscheidung, ob wir uns auf ihn einlassen oder nicht.

Für uns, also auch für die Genossen, darf der Ansatzpunkt also nicht das rücksichtsvoll oder nicht rücksichtsvoll bis brutal durchgesetzte sexuelle Bedürfnis des Mannes sein. Uns muß klarwerden, daß sich kein Mann dieser Sexualverstellung entziehen kann, und deshalb darf es auch nicht länger nur um die halbe Stunde mehr „Vorspiel“ (das Wort selbst sagt schon genug über das entsprechende Verständnis aus) oder um die Bemühungen der Genossen, uns „auch einen Orgasmus zu machen“ (haben wir selber damit nicht's aktiv zu tun?), gehen ...

Wir müssen lernen, nicht stets hinterher zu sagen: Ich habe ihm ja auch nicht deutlich genug gemacht, was ich will. Die Fortsetzung davon ist, daß wir bei „echten“ Vergewaltigungen denken, „ich hätte spätestens da gehen sollen“, „ich hätte mich gar nicht auf ihn einlassen dürfen“, „ich hätte schreien und schlagen müssen“ und alle weiteren Gedanken, warum diese Vergewaltigung die Konsequenz aus unserem Verhalten war. Wir müssen erkennen, daß wir nicht in die Rolle „wehrlos Opfer“ gedrängt werden, sondern wir werden in die Rolle „wehrlos und schwach“ gedrängt. Laßt uns schlagende und starke Opfer werden, damit wir diesen Verbrechen ein Ende setzen.

In diesem Sinne hat der Film keine Rezepte, um uns vor Vergewaltigung zu schützen und auch keine Lösung, um Vergewaltigung auszurotten. Was er aber klarmacht ist, daß wir lernen müssen, unsere Scham in Aggression umzusetzen, daß wir lernen müssen, jede Art von Vergewaltigung öffentlich zu machen, zu verhindern und zurückzuschlagen, wo wir können und wo es sinnvoll ist. Unser Grundsatz:

Jede Vergewaltigung ist eine persönliche Beleidigung von uns allen Frauen!!!

Dieser Artikel ist das Produkt mehrstündiger Diskussionen von einer KB'lerin, einer KB-Sympathisantin und Sa. aus Frankfurt



»Wir Frauen sind Opfer«

Zunächst möchten wir bemerken, daß wir die begonnene Debatte über den Film „Der Schrei aus der Stille“ und somit über Vergewaltigung nicht nur begrüßen, sondern als unerlässlich betrachten.

U.E. trägt dieser Film - der Inhalt dürfte hinreichend bekannt sein - nicht nur dazu bei, sich über Formen und Tragweite von Vergewaltigung, über das Verhalten vergewaltigter Frauen, über die Angst aller Frauen und über verschiedene Zusammenhänge klarzuwerden.

Zwei wesentliche Aspekte, die bisher noch nicht in ihrer vollen Bedeutung erfaßt wurden, werden in diesem Film aufgegriffen:

1. Wir Frauen werden nicht erst in die Rolle des „wehrlosen Opfers“ gedrängt, sondern wir sind Opfer, und

2. jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger.

Was wir damit meinen, wollen wir einmal durch unsere Teilinterpretation des Films sowie durch eine Kritik am Leserbrief von Co. deutlich machen.

Nachdem wir diesen Film gesehen und ausführlich miteinander diskutiert hatten, begannen wir, alle uns bekannten Frauen und Männer davon zu überzeugen, sich diesen Film anzusehen, was wir auch weiterhin tun werden. Auf eine Argumentation von Seiten der Frauen stießen wir immer wieder: „Dieser Film zeigt Frauen als Opfer. Ich weiß, daß wir zum Opfer gemacht werden, ich kenne das Problem der Vergewaltigung und durch die bloße Darstellung, was mir passieren kann, werde ich nicht weitergebracht, sondern fühle mich noch ohnmächtiger, habe noch mehr Angst. Ich will mich nicht in die Rolle des Opfers drängen lassen“.

Auch Co. beschrieb ihre Schwierigkeiten, sich durch den Film in die Rolle des Opfers gedrängt zu sehen. Sie kann sich nicht mit S., der vergewaltigten Frau, identifizieren, ja reagiert sogar aggressiv auf sie, weil S. sich nicht „stärker wehrte“.

Anders erging es ihr bei dem Film „Messidor“, wo sich die Frauen „stärker“ wehrten, wo sie sich plötzlich durch gleiche Situationen gezwungen sieht, nachzuvollziehen, was in der Frau vorgehen mußte (in beiden Filmen „baden“ sich die Frauen

das Erlebte ab, nur im Film „Messidor“ erscheint Co. das nachvollziehbar).

Co. schreibt: „Das hängt wahrscheinlich mit dem Konflikt zusammen, daß frau sich mit S. identifizieren soll und (im Besitz eines frauenbewegten Bewußtseins) auch will, daß diese aber kein sonderlich verlockendes Identifikationsobjekt darstellt.“

Ich habe den Film mit der Erwartung besucht, mir hinterher besser vorstellen zu können, was eine Vergewaltigung für eine Frau bedeutet, was sie für mich bedeuten würde. Sehr verwundert hat uns dieser Standpunkt nicht nur, weil Co. anscheinend auf gängige Vorurteile und falsche Ansprüche hereinfällt, sondern besonders, weil sie im Absatz vorher scheinbar erkennt, welche Intention der Film hat: aufzuzeigen, wodurch die Scham der vergewaltigten Frauen erzeugt wird, nämlich durch eine „... fiktive Trennung (...) zwischen Frauen, die vergewaltigt werden und Frauen, die nicht vergewaltigt werden“. Nur, im Film wird das anders ausgedrückt: es gibt keine betroffenen und nicht betroffenen Frauen. Es gibt Frauen, die brutaler und offensichtlicher, wie in der extremen Vergewaltigungsszene gezeigt, und Frauen, die subtiler und ohne physische Brutalität vergewaltigt worden sind oder vergewaltigt werden können. Das ist für uns der Grund, warum S. nicht als eine Persönlichkeit dargestellt wurde, die sich von anderen Frauen unterscheidet. Die Persönlichkeit von S. ist beliebig austauschbar.

Im Film liegt nicht der alleinige Schwerpunkt darin, eine brutale Vergewaltigungsszene zu zeigen, wie Co. interpretiert, die zur psychischen und schließlich physischen Zerstörung einer Frau führt, quasi als Schockfilm und so ganz nebenbei, am Rande wird „alltägliche Vergewaltigung“ erwähnt. Das Wesentliche dieses Films ist es, deutlich zu machen, daß es eine grundsätzliche Vergewaltigung gibt, die die gesellschaftliche Rolle der Frau als Objekt ist und deren extremste Form die zu Anfang gezeigte Szene darstellt. Alles, von der Vergewaltigung im Ehebett, durch den Freund, Vergewaltigung im Krieg, durch Klitorisbeschneidung

»Affaire Heidy«:

Polizei hörte ab

Am 21.3.78 wurde Heidy Kempe-Böttcher in Paris in ihrer Wohnung von der Polizei abgehört; einige Stunden später fand sie sich mit schweren Verbrennungen an der Scheide, auf dem Bauch und an den Schenkeln im psychiatrischen Krankenhaus Ste. Anne wieder. An die Zeit, in der ihr diese Verbrennungen zugefügt wurden, hat sie keine Erinnerung. Sie hat Klage erhoben gegen „unbekannt“, wegen vorsätzlicher Körperverletzung, illegaler Verhaftung und willkürlicher Freiheitsberaubung.

In AK 171 wurde Heidys Stellungnahme zum laufenden Ermittlungsverfahren abgedruckt, in der sie die Schikanen darstellte, denen sie aufgrund ihrer Klage ausgesetzt war. Weiteres wurde nun bekannt:

Im vergangenen Jahr wurde Heidys Telefon abgehört. Dies ist von einer Anwältin Heidys entdeckt worden, als sie im Zusammenhang mit einer anstehenden Vorladung sich vorbereiten wollte. Sie stieß dabei mehr zufällig während des Durchblätterns im Dossier auf die Abhörakte. Die Abhörtexte liegen z.T. schriftlich vor.

Aus der Abhörakte geht hervor, daß Heidy vom 14.6. bis 5.7. offiziell abgehört wurde, zu einem Zeitpunkt, als gerichtliche Gegenüberstellungen von Zeugen stattfanden. Gerade in dieser Situation mußte Heidy viel telefonieren. Während dieses Zeitraumes „bespielten“ die Bullen (oder wer auch immer damit beauftragt war) sechs Tonbänder sowie zehn Spezialbänder, die die angewählte Nummer registrieren.

Der Richter behauptet, er wollte den Zeugen Jacques, also Heidys Freund, abhören (die beiden wohnen zusammen). Die Rechtmäßigkeit des Abhörens wird aus dem Umstand ab-

geleitet, daß Jacques Zeuge in einem Ermittlungsverfahren ist. Heidy dagegen darf nur im Beisein des Richters verhört und erst recht nicht abgehört werden. In den schriftlichen Aufzeichnungen, die die Justiz von den Tonbändern anfertigte, sind jedoch keinerlei Aufnahmen von Jacques wiedergegeben, sondern die Telefongespräche, die Heidy vor allem mit den Frauen aus dem Kollektiv führte. Über diesen Punkt befragt, meinte der Richter, er hätte nicht gewußt, daß sie zusammenleben und dasselbe Telefon benutzen! So ein Heuchler...

Es wurde immer nur das notiert, was die Anrufer/innen sagten, die Worte Heidys, die nicht abgehört werden durften, wurden einfach weggelassen - und schon ist alles ganz legal.

Einer der mitbetroffenen Anrufer Heidys, der an dieser Affäre mitarbeitende Schriftsteller Gilles Perrault (der z.B. in seinem Buch „Der rote Pullover“ überzeugend nachwies, daß der zuletzt mit der Guillotine Hingegerichtete in Wirklichkeit unschuldig war) erklärte zu diesen Abhörmethoden und ihren möglichen Folgen: „Das Opfer ist es, das man durchsucht. Sie ist es, der man kündigt. Ihr Freund ist es, den man auf vielfältige Art und Weise provoziert. Sie ist es, die abgehört wird. Und wann ihre Verurteilung?“

DST: jagen, verhören, foltern?

Die medizinischen Untersuchungen und Nachforschungen über den Ursprung von Heidys Verbrennungen spielen in dieser Affäre eine wichtige Schlüsselrolle. So ist denn auch nicht von ungefähr, wenn bei der Niederschrift hauptsächlich solche Gespräche herausgepickt wurden, die

Aussagen über chemische Mittel enthielten. Es handelte sich dabei um Mittel, die Heidy für die Arbeit in einer Druckerei benutzte. Man/frau sprach über „Wasser mit Ätzmittel“, über „die Gebrauchsanweisung der Mittel“, eine Anruferin sagte: „Selbst wenn du seit drei Tagen nicht mehr damit arbeitest, bist du vielleicht dagegen anfällig geworden“. Die Absicht des Richters, diese in den Raum gestellten Satzketten möglicherweise als Beweis zu nutzen, daß Heidy sich die Verbrennungen selbst beigebracht haben muß, liegt sehr nahe. Auf der anderen Seite kennt der Richter natürlich den gesamten Abhörtext, so daß er sehr wohl weiß, in welchem Zusammenhang Heidy gesprochen hat.

Einige Tage vor der Verlesung des Untersuchungsberichtes der Gerichtsmedizin durch den Richter hatte ein Verhör mit dem Bullen Redonet und zwei weiteren Bullen stattgefunden, jedoch ohne Beisein von Heidy und den Anwältinnen. Redonet, im Rang eines Divisionärs und nach dieser Affäre pensioniert, ist jener Bulle, der Jacques auf der Polizeiwache sagte, dabei Heidys Monatskarte („Carte Orange“) in der Hand haltend, die sie Stunden später in der psychiatrischen Klinik Ste. Anne in ihrer Handtasche wiederfand: „Also, Deine Freundin ist eine Linksrädlere, die aus Deutschland geflohen ist ... Sie hat es uns gesagt!“ Dieser Bulle muß auch wissen, wohin Heidy gebracht worden war. Denn auf Jacques' entsprechende Frage hatte er erwidert: „Das geht Dich überhaupt nichts an!“

In der Akte über dieses Verhör ist nun vermerkt, daß er den französischen Verfassungsschutz (RG) verständigt und darüber hinaus den DST eingeschaltet hatte. Der DST ist eine Abteilung des Staatsschutzes, der bei der Terroristenfahndung eingesetzt wird!

Ein Lehrstück der Gerichtsmedizin

Haben Polizei und Justiz sich bei den bisherigen Ermittlungen schon einiges herausgenommen, so sind die Untersuchungsmethoden der Gerichtsmedizin eine direkte Unterstützung der Bullenversion. Herausgekommen ist ein regelrechtes Schmierwerk, das



auf 24 Seiten (von insgesamt 29) die Bullenaussagen enthält, aus denen dann gewissermaßen die „medizinischen“ Schlussfolgerungen abgeleitet werden. Die entwürdigenden Untersuchungen, die Heidy durchmachen mußte (Heidy berichtete darüber im AK 171), dienten dazu, durch Manipulationen diese Schlussfolgerungen noch etwas zu „erhärten“. So wird behauptet:

- in der Wohnung vor Ankunft der Bullen hätte sie Schmerzen gehabt und um Hilfe gerufen;
- sie hätte eventuell Drogen genommen (Redonet behauptete dagegen im Verhör, sie sei betrunken gewesen);
- ihre Erinnerungslücke sei vorge-täuscht: „den Mangel an Erinnerung, den sie zu haben erklärt“, pflegen die Gerichtsmediziner ständig dazu zu sagen; das Wort „Wunden“ setzen sie in Anführungszeichen;
- es wird ausgeschlossen, daß die Verletzungen durch Zigaretten, Säure, einen erhitzten Gegenstand verursacht wurden. Dagegen wird auf die zahlreichen Haushaltsreinigungsmittel ver-

wiesen, die es auf dem Markt gibt und im übrigen im Handel leicht erhältlich seien;

- da die Bullen nicht richtig in ihre Wohnung gekommen seien und sie daher nicht richtig sehen konnten, könnte sie vielleicht schon verletzt gewesen sein, es war nur noch nichts zu sehen, weil die vorerwähnten Haushaltsreinigungsmittel z.B. erst nach einer Stunde ihre Wirkung gezeigt haben könnten!

Die „Untersuchung“ schließt mit der Feststellung: „Es gibt keinerlei Hinweise, die auch nur den geringsten Anschein eines Beweises dafür bringen könnten, daß diese Verletzungen ihr im nachhinein (also nach Abführung durch die Bullen, Anm. Solkol) hätten beigebracht werden können.“

P.S. Merke: Bei Benutzung eines Geschirrspülmittels können eine Stunde nach Gebrauch Verbrennungen schwersten Grades am Geschlechtsteil eintreten.

Heidy-Solidaritätskollektiv

Pressemitteilung

Die Gruppe Schedderhecks, die aus der Spaltung der hannoverschen Theaterwerkstatt hervorgegangen ist, zeigt bald ihr erstes Stück:

Mariechen Marie
Allmählich haben wir diese Trennung überstanden. Wir, das sind Cornelia, Angela und Doris (unsere 4. Frau, Elske, die Gute, ist leider inzwischen weggegangen) haben lange nach einem passenden Namen gesucht und beim Aufzählen der Schimpfwörter für Frauen stießen wir auf „Schedderhecks“: Schedder ist eine alte Schachtel. Hecks (anstatt Hex) ist die ursprüngliche Schreibweise und bezieht sich auf die Frau, die hinter der Hecke, also außerhalb der Dorfgemeinschaft (der Männer), wohnte.

Für dieses Stück haben wir noch einen Mann dazugeholt: Jochen, der auch als Musiker bei der Rocktheatergruppe Megaphon mitmischt.

In unserer Arbeit zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ fanden wir sehr bald unglaubliche aber wahre Begebenheiten, wie sie jeder Frau jeden Tag begegnen: auf der Straße, in der U-Bahn, im Cafe und auch zu Hause. Wo sie erst noch zögert: ist es ein Zufall oder eine Frechheit, daß ein Männerblick an ihr kleben bleibt, daß ihr eine fremde Hand an den Busen fährt, daß ein Mann sie zu etwas zwingt, was sie selber gar nicht will?

Diesen „Alltag“ wollen wir festhalten und Lösungsmöglichkeiten spielerisch zur Schau stellen.

Wir haben eine Moritat in 8 Bildern geschrieben auf die Melodie: „Mariechen saß weinend im Garten“. Mariechen ist die Hauptperson, die

erst leidet, zögert und sich versteckt, um sich schließlich doch zu wehren. Ob diese Marie dann überhaupt nicht mehr leidet, ist nochmal eine andere Frage.

Diese Moritat, mit Halbmasken gespielt und mit Musik vom elektrischen Leierkasten, ist ein richtiges Spektakel für die Straße: manchmal laut und grotesk reizt sie auch, manchmal leise und mysteriös. Sie ist laut und grotesk reizt sie auch zum Lachen. Wie spielen sie dort, wo genau diese Formen von Gewalt gegen Frauen auftreten: auf der Straße, vor Wohnhäusern, Supermärkten und Cafes, auf Festplätzen und auf Feten.

Zum Sommerspektakel werden wir zum ersten Mal auf den Straßen Hannovers zu sehen sein:

Montag 23. Juni, 15-16 Uhr an der Kröpkeuhr
Dienstag 24. Juni, 15-16 Uhr Lister Meile am Taschenbuchrondell

Kontakt: Schedderhecks
b. intern.-buchladen
Königswortherstr. 19
3000 Hannover 1

tel.: Mo-Mi 10-12 Uhr

0511/12496
oder
05109/63546
Postscheckkonto Hannover
1150 60 - 306

P.S.: Wir haben seit einem viertel Jahr (Probenzeit) keine Einkünfte und freuen uns, da wir auch von der Stadt die beantragten Gelder nicht bekommen, dringend über be-z-a-h-l-t-e Auftritte.

Hannover Gelder für autonomes Frauenhaus gestrichen

Am 28.5. führte der Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ eine leider sehr schlecht besuchte (ca. 20 Leute waren da), weil kaum bekannte, Veranstaltung zur aktuellen Lage des Frauenhauses Hannover durch.

Anlaß war die am 2.5. schriftlich mitgeteilte Kürzung der Abschlagszahlung für Mai um die Hälfte der bisherigen Summe. „Durch diese Abschlagszahlungen werden die Gehälter der Mitarbeiterinnen, Mieten und Betriebskosten abgedeckt, sowie die Sozialhilfe für die Bewohnerinnen des Frauenhauses“ (Aus einer Stellungnahme des Trägervereins des autonomen Frauenhauses „Frauen helfen Frauen“).

Damit ist die Existenz des Frauenhauses ernsthaft bedroht. Hintergrund dieses Erpressungsmanövers durch das „Sozial“amt ist ein sogenannter „Verlängerungsbogen“, „in dem die Mitarbeiterinnen den weiteren Aufenthalt der Frauen im Haus rechtfertigen müssen und Daten zur persönlichen Situation der Bewohnerinnen dem Sozialamt mitteilen sollen“ (aus der Erklärung).

Die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses lehnen diese Forderung des Sozialamtes ab, da sie keine Kontrollfunktion über die Bewohnerinnen des Hauses ausüben wollen. Verhandlungen über den „Verlängerungsbogen“ mit den Frauenhaus-Frauen wurden vom Sozialamt mit seiner „Entscheidung über die Benutzung des Formulars als endgültig“ (Sozialamt-Schreiben) beendet.

Was will die Stadt?

Ein Großteil der Kosten soll auf das Land Niedersachsen abgewälzt werden. „Als Voraussetzung dafür müßte unser Frauenhaus mehr Heimcharakter haben. ... Es kratzt die Stadt wenig, daß sie ... die „Selbstständigkeit in Zielsetzung und Durchführung“ der Aufgaben des Trägervereins mißach-

tet, die nach dem BSHG ausdrücklich gefordert werden“ (aus der Stellungnahme). Bereits seit 2 1/2 Jahren startet die Stadtverwaltung immer wieder Angriffe auf das Frauenhaus, die die konzeptionellen Vorstellungen des Vereins einschränken sollen. Die Frauen führen in ihrer Erklärung zwei Beispiele an:

„1. Als im Frühjahr 1978 die anfallende Arbeit aus Spenden und durch ehrenamtliche Kräfte nicht mehr zu leisten war, mußte der Trägerverein die Förderung nach § 72 BSHG akzeptieren. D.h. die hilfesuchenden Frauen werden den gleichen diskriminierenden Bedingungen unterworfen wie Alkoholiker, Strafgefangene, Nichtseßhafte usw. Dies widerspricht unserem Bemühen in der täglichen Arbeit, den mißhandelten Frauen Selbstbewußtsein und Aussicht auf eine eigene Existenz zu vermitteln. Trotz ursprünglicher Zusagen ist die Stadtverwaltung seit Frühjahr 1979 nicht zu Gesprächen über eine andersartige Förderung bereit.“

2. Das am Anfang unserer Arbeit (1977) angemietete Haus in Hainholz wies bauliche Mängel auf und wurde auch von uns nur als Übergangslösung angesehen. Nach mehrfachen Beanstandungen durch Gesundheitsamt, Bauordnungsamt und Feuerwehr setzte uns die Stadt ein Ultimatum: entweder in ein von der Stadt vorgeschlagenes (auch denkbar ungeeignetes) Haus umzuziehen oder die Förderung würde gestrichen! Unbestritten ist, daß wir ohne das Engagement und die tatkräftige Unterstützung eines Wohnungsbauunternehmens (das hörte frau leider sehr selten, die Artikel-Schreiberin) den mißhandelten Frauen heute keine Zufluchtsstätte bieten könnten“ (aus der Stellungnahme). Das neue Haus ist ständig voll belegt.

Der Trägerverein hat neben der Veranstaltung eine Klage gegen die

Stadt angestrengt; das Urteil ist in dieser Woche zu erwarten. Außerdem wurde aufgefordert, Protest in individuellen Schreiben an das Sozialamt auszudrücken.

Spenden nimmt der Trägerverein natürlich auch entgegen.

VOM SELBSTVERWALTETEN FRAUENHAUS ZUM VERWALTENDEN FRAUENHEIM? - NEIN DANKE!

AG Frauen, KB Hannover

SPENDENAUFUF

Da wir seit dem 1. Mai unbezahlt im Frauenhaus arbeiten und die laufenden Kosten nicht erstattet kriegen, bitten wir um finanzielle Unterstützung. (Wir sind pleite und wollen das Frauenhaus weiter bestehen lassen!)

Spendenkonto: Stadtparkasse Hannover, Konto-Nr. 73 22 57 oder: Postscheckkonto Nr.100 278-306



Eventuelle Anfragen an:
Frauenhaus Hannover
Postfach 2005
3000 Hannover 1, oder an
Brigitte und Almut, Tel.: 697801.



Antwort einer feministischen Krüppelin auf den Artikel eines Krüppel-»Frauenfeindes«

Lieber Ch!
Dein Artikel „Kein Chauvi, aber Frauenfeind?“ (AK 177) hat bei mir einige Verwirrung gestiftet. Zunächst einmal habe ich mich mit dir als Krüppel natürlich solidarisiert. Da ich aber eine Krüppelin bin, habe ich zu deiner These, daß du als Krüppel kein Chauvi sein kannst, einige Widersprüche.

Du hast recht wenn du sagst, daß wir Krüppel uns unsere Sexualität erkämpfen müssen, mehr als andere, und daß wir dabei gezwungenermaßen oft sehr taktisch vorgehen müssen. Gezwungenermaßen deshalb, weil wir unter gesellschaftlichen Bedingungen leben, die uns allen (jetzt meine ich auch Nichtkrüppel) eine bestimmte Vorstellung von Frauen- und Männerrolle aufzwingen.

Deshalb habe ich auch in meinem AK-Artikel „Behindert und Frau sein in dieser Gesellschaft“ die bisherigen Anfänge von einer Beziehung zwischen mir und einem Typen so dargestellt: Zuerst kämpfe ich darum, als mögliches Sexualobjekt von dem Typen akzeptiert zu werden, weil ich gegen die Vorstellung vom asexuellen Krüppel ankämpfen muß; sobald ich aber als Sexualobjekt akzeptiert bin, muß ich von meinem emanzipatorischen Standpunkt als Frau aus gegen diese Frauenrolle des Sexualobjekts ankämpfen und mir die Rolle der möglichen (aber auch wirklich nur möglichen) Sexualpartnerin erkämpfen.

Du argumentierst für mich aus der gleichen Ecke, wenn du schreibst, daß du dich zunächst einmal als Chauvi darstellst, um überhaupt als Mann (also ebenfalls als möglicher Sexualpartner) akzeptiert zu werden, um somit die Unterstellung loszuwerden, ein asexueller Krüppel zu sein.

Dabei möchte ich doch noch schnell einwerfen, daß unsere Argumentationsecke doch nicht so ganz die gleiche ist, da du als Mann, auch als Krüppel-Mann, niemals ein Sexualobjekt (eher vielleicht Sozialobjekt) sein wirst (aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen).

Indem du dich in diesem Punkt den Nichtkrüppel-Männern angeglichen hast, war dein Verhalten allerdings sehr chauvinistisch, da du damit impliziert hast, daß Frauen nur mit Männern ins Bett gehen,

wenn sie Chauvis sind. Aber bevor ich anfangen, dich explizit zu kritisieren, möchte ich aufzeigen, an welchen Punkten ich mich in dir wiederfinden konnte (kann), um meine Verwirrung verständlich zu machen.

Auch ich muß mir ab und zu immer wieder eingestehen, daß ich mir mein Selbstbewußtsein immer noch durch meine Beziehungen zu Nichtkrüppel(innen) aufbaue.

Mein Selbstbewußtsein definiert sich also immer noch darüber, daß ich mich nahezu perfekt den Nichtkrüppel(innen) angeschlossen habe. Das soll natürlich nicht heißen, daß die Realität der Nichtkrüppel(innen) keine wünschenswerte bzw. relevante Realität für mich wäre, aber solange sich mein Selbstbewußtsein allein über meine Anpassung an die Nichtkrüppel(innen)-Realität definiert, verhindere ich, daß ich mir ein Krüppelinnen-Bewußtsein bilde und dieses aus Angst vor einer Ghettoisierung verdränge.

Diese Angst vor einer Ghettoisierung, du nennst sie „Verdoppelung des Elends“, hält mich ebenfalls davon ab, mir eine Beziehung zu einem Krüppel bzw. zu einer Krüppelin als wünschenswert vorstellen zu können. Einfach, weil ich dadurch vielleicht einen Teil der Anerkennung seitens der Nichtkrüppel(innen) einbüßen müßte, oder nun nicht mehr genauso wie alle Nichtkrüppelinnen wäre. Obwohl ich es mir eigentlich recht toll vorstellen könnte, auch mal Zärtlichkeiten durch die Füße vermittelt zu bekommen (ich mache das nämlich und habe leider festgestellt müssen, daß die meisten Menschen nur auf ihren Füßen laufen können). Mir ist natürlich klar, daß ich mir durch diese Vorstellung noch keine Krüppelbeziehung wirklich wünsche, z.B. zu einem Rollifahrer oder was es so alles an Krüppelformen gibt.

(Mit anderen Worten, um mal klar zu machen was wir beide hier von uns geben: Wir beide werden uns in nächster Zeit sicher nicht im Bett treffen).

Ich versuche diese Schwierigkeiten immer damit zu vertuschen, daß ich behaupte, mir sei halt noch nicht der richtige Krüppel bzw. Krüppelin begegnet, was ja vielleicht stimmen mag, aber noch lange nicht heißt, daß ich mich so locker

vom Hocker in einen richtigen Krüppel oder eine Krüppelin verlieben könnte. Hierzu kommt noch, daß wir Krüppel keinesfalls davon ausgehen können, daß wir von den Schönheitsidealen unserer Gesellschaft verschont geblieben sind.

Ich stimme dir auch in dem Punkt zu, an dem du die Nichtkrüppelinnen angreifst, wenn sie sich lieber mit dir auf der Ebene des Chauvinismus auseinandersetzen, anstatt ihre eigenen Probleme bezüglich Sexualität mit dir auf den Tisch zu legen.

Ich kenne diese Verdrängungs- bzw. Verschweigemechanismen der Nichtkrüppel ganz genau, wobei sie diese oft dadurch legitimieren, daß sie sich einbilden, sie ja nicht aus eigenen Problemen mit sich selbst her anzuwenden, sondern um uns zu verschonen; da wir ja nicht damit fertig werden würden, wenn uns jemand ins Gesicht sagen würde: Ich habe Probleme, mit dir sexuell zusammen zu sein, weil du ein(e) Krüppelin bist.

Um diese Verdrängungsmechanismen aufzudecken, müssen wir Krüppel(innen) die Forderung an Nichtkrüppel(innen) stellen, daß sie sich auch gefälligst in allen Bereichen mit uns auseinandersetzen; besonders die Nichtkrüppel(innen), mit denen wir zusammenleben. Es genügt halt nicht, wenn Nichtkrüppel(innen) gemeinsam mit uns gegen die Ghettoisierung und Unterdrückung von Krüppel(innen) in diesem Staat kämpfen und gleichzeitig ihre Krüppel-Genoss(innen) dadurch unterdrücken, daß sie sie noch nicht einmal für vollwertig genug betrachten, um mit ihnen ihre sexuellen Schwierigkeiten ihnen gegenüber zu diskutieren. Das ist für mich das gleiche, wie ein Linker, der auf einer Demo „Gegen § 218 – für das Selbstbestimmungsrecht der Frau“ mitläuft, zuhause im Bett aber schwanzfixiert ist.

Aber zurück zu uns Krüppel bzw. zu deinem Artikel:

Du erhebst eigentlich die o.g. Forderung an Nichtkrüppel(innen), wenn du schreibst, daß es „glatter Zynismus“ sei, gegen uns Krüppel unsere z.T. sexuelle Frustration als „Vorwurf“ zu erheben“. Allerdings verhältst du dich zu defensiv, wenn du als „Tatsache“ feststellst, daß Nichtkrüppel(innen) ohne Krüppel



pel(innen) leben können und daraus die Konsequenz zieht, daß wir „Männer – und Frauenfeinde“ sein müssen.

Dazu möchte ich drei verschiedene Sachen sagen:

1. Glaube ich nicht, daß meine Nichtkrüppelfreund(innen) ohne mich leben können nur weil ich eine Krüppelin bin. Schließlich habe ich ja auch noch eine Persönlichkeit (ich weiß, daß diese 2 Sachen nicht unabhängig voneinander bestehen!).

Ich würde eher sagen, daß die Gesellschaft als Ganzes auf uns verzichtet kann, weil wir Krüppel(innen) keine gesellschaftliche Funktion wie z.B. Frauen einnehmen, (obwohl Leute wie Krupp ganz gut durch uns absahnen).

2. bin ich als Krüppelin nicht Männerfeindin, weil sie ohne mich leben können, sondern weil ich von ihnen doppelt unterdrückt werde, einmal sexistisch und einmal als Krüppelin, (natürlich auch noch ökonomisch).

3. wird sich unser Krüppel-Selbstbewußtsein nicht dadurch entwickeln, daß wir „Männer – und Frauenfeinde“ sind, sondern dadurch, daß wir die Forderung an sie stellen, sich mit uns auseinanderzusetzen.

An dieser Stelle möchte ich kurz darauf aufmerksam machen, daß wir leider nicht auf eine breite „krüppelbewußte“ Bewegung zurückgreifen können und wir krüppelbewegte Krüppel(innen) noch viel zu wenige sind. Von daher habe ich auch teilweise Hemmungen, an Nichtkrüppel(innen) die Forderung zu stellen, sich mit allen Krüppeln auf der gleichen Ebene wie mit mir auseinanderzusetzen. Und nun (endlich) komme ich zu meinem Hauptkritikpunkt!

Du sagst, daß du „grundsätzlich als Krüppel kein Chauvi“ sein kannst und begründest es etwas später damit, daß keine Frau sich durch dich als potentiell Vergewaltiger bedroht fühlen wird.

Ein Mann ist für mich aber nicht allein dadurch ein Chauvi, daß er ein potentieller Vergewaltiger ist. Die Koppelung von physischer und psychischer Vergewaltigung ist nur das Höchstmaß an Verachtung, das Männer Frauen entgegenbringen. Es gibt aber auch psychische Vergewaltigungen oder bloße Verachtungshaltung gegenüber Frauen, die sich nur auf ganz subtiler Ebene äußern, wobei

gesagt werden muß, daß es gerade diese Art von Vergewaltigung ist, die für uns Frauen die alltägliche ist.

Die ungleichberechtigte Stellung von Mann und Frau in dieser Gesellschaft manifestiert sich nur am krassen und übelsten in der Sexualität, aber eben auch auf jeder anderen Ebene. Da du selbst in deinem Artikel anfangs bemerkst, daß wir alle in dieser Gesellschaft von klein auf bestimmte Normen bezüglich der Männer- und Frauenrolle erlernen, wirst auch du diese Normen von klein auf gelernt haben. Daß du vielleicht nicht dem „Idealbild“ von Mann entsprichtst und als Krüppel ebenso Unterdrückung erfährst, spricht dich nicht frei von dieser Männerrolle, in der du einfach aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen drinsteckst.

Indem du diese These von der Unmöglichkeit, als Krüppel Chauvi zu sein, aufrecht hältst, machst du dich selbst zum Neutrum, was ja nicht stimmt! Denn die Tatsache, daß dir von Seiten der Gesellschaft eine Geschlechterrolle abgesprochen wird, bedeutet nicht, daß du keine Geschlechterrolle hast.

Am Schluß deines Artikels bringst du noch ein weiteres Argument an, warum du als Krüppel kein Chauvi sein kannst, wobei deine Logik allerdings hinkt. Du sagst, daß Krüppel, gerade weil sie gegen die „Diktatur der Normalität“ angehen, den „Chauvinismus weit radikaler bekämpfen“. Dabei zeigt sich doch eigentlich, daß gerade Männer, die nicht dem „Idealbild“ von Mann entsprechen und/oder Außenseiter sind (z.B. Gastarbeiter, Schwule, Schwarze etc.), sich öfter erst recht chauvinistisch verhalten, indem sie ihre erfahrene Unterdrückung an Frauen weiterleiten. Ich weiß natürlich nicht, ob das auch auf dich zutrifft. Ich möchte hiermit erst einmal nur zeigen, daß deine Schlußfolgerung nicht unbedingt logisch und notwendig ist.

Abschließend verweise ich nochmals darauf, daß ich dieses Papier im AK veröffentlichte, d.h. es ist auch an alle Nichtkrüppel(innen) gerichtet mit der Aufforderung: Mehr Keimform – auch in der Krüppelfrage!

Mit solidarischen Grüßen
Krüppelsympathisantin aus Münster

Mehr Keimform – auch in der Krüppelfrage!

Mit solidarischen Grüßen
Krüppelsympathisantin aus Münster

Traurig – aber wahr!

Ein Erfahrungsbericht

Traurig – aber wahr!

Ein Erfahrungsbericht

Nach einigem Zögern und Überlegen habe ich mich jetzt doch entschlossen, meine Erfahrungen mit Dir, meine Enttäuschungen mit Dir, meine Traurigkeit und meine Konsequenzen aufzuschreiben. Eigentlich weniger, um Dich noch von etwas zu überzeugen (das habe ich in den letzten Tagen aufgeben müssen), sondern mehr, um mir etwas klarzumachen. In vielen Diskussionen mit Frauen ist mir immer wieder deutlich geworden, wieviele Frauen an dem gleichen Problem knacken. So was gehört an die Öffentlichkeit und nicht nur an die Halboffenheit der Kneipen oder WG-Diskussionen.

Nun haben wir zwei Nächte miteinander verbracht, in denen Du mit mir geschlafen hast (und nicht etwa wir beide miteinander). Beide Male wollte ich es eigentlich nicht, habe es letztendlich doch gemacht und mir das eine Mal zu allem Überfluß noch die Angst vor einer Schwangerschaft eingehandelt. Wie oft habe ich mir schon vorgenommen, nie mehr mit einem Mann zu schlafen, wenn ich es nicht will. Die Entscheidung, die Pille nicht mehr zu nehmen, war auch eine Entscheidung für einen Kampf um meine Bedürfnisse, für meine Sexualität. Und jetzt sowas: Nicht nur, daß ich mich Deinen Bedürfnissen untergeordnet habe, sondern auch noch Gefahr lief, schwanger zu sein. Außerdem die Verachtung vor meinem eigenen Körper, das Gefühl, unbedingt duschen zu müssen, der Haß auf Dein Sperma, das ich noch den ganzen Tag in mir spüre...

Warum bloß? Auf jeden Fall war ein bißchen Prostitution dabei. Ich wollte kein Geld, nein, ich wollte Zärtlichkeit, Schmusen, Anerkennung, einfach eine gemütliche Nacht. Mehrmals habe ich Dir gesagt, daß ich nicht mit Dir schlafen will. Und trotzdem hast Du es versucht,

meine Schwankungen nicht aufgenommen und Dich nicht damit auseinandergesetzt, sondern mein Zögern in Deine Richtung gelenkt. Bei der nachfolgenden Diskussion ein paar Tage später mußte ich mir noch den Vorwurf machen lassen, daß ich unselbständig sei, daß ich mich hätte durchsetzen müssen. Du hättest sonst nur mit Frauen zu tun, die wissen, was sie wollen. Du hast dann die Einschränkung gemacht, daß Du es Dir etwas zu leicht gemacht hast, indem Du von den Frauen erwartest, daß sie ihre Bedürfnisse äußern. Immerhin etwas, dachte ich. Ein paar Tage später nochmal dieselbe Situation, die gleiche Enttäuschung, die gleiche Diskussion, die gleichen betroffenen großen schuldbehafteten Augen, der gleiche Vorwurf von Dir, Du seiest davon ausgegangen, daß ich wüßte, was ich will; Du wolltest eine egalitäre (gleichberechtigte - Anm. AK) Beziehung, um mit Deinen Worten zu sprechen, aber das sei mit mir nicht möglich, ich sei noch zu jung (so ein Quatsch!). Damit derartige Situationen entstehen, dazu gehören natürlich immer zwei Leute und auch ich trage meinen Teil Verantwortung dafür, aber nicht nur ich!

In der letzten Zeit mußte ich mir oft von Männern den Vorwurf gefallen lassen, ich würde die Abmachung einer lockeren Beziehung durchbrechen, wenn ich Diskussionen um ihr Verhalten forderte. Ich befand mich immer in einem Rechtfertigungsdruck und möchte hier nochmal in aller Deutlichkeit feststellen: Die Tatsache, daß ich von Dir wissen will, welches Interesse Du an mir hast etc. hat noch lange nichts mit fester Beziehung zu tun. Auf die Frage, wie Du es Dir weiter vorstellst, was Du eigentlich von mir willst, konntest/wolltest Du keine Antwort geben. Das habe ich noch verstanden und wir sind mit der Vorstellung auseinander gegangen, daß

wir noch einmal miteinander darüber reden. Ich war also davon überzeugt, daß Du Dich nochmal um ein Gespräch bemühen würdest. Weit gefehlt! Du hast Dich seit zwei Wochen nicht mehr gemeldet. Es ist ja auch einfacher für Dich. Kaum äußere ich Kritik an Deinem Verhalten, bist Du zwar sehr betroffen und dann verpfeilst Du Dich, ohne noch viel Worte darüber zu verlieren. Ein gutes Beispiel dafür, daß ich mal wieder Opfer meines Anspruchs geworden bin, meine Interessen (wenn auch zu spät) wahrzunehmen. Es ist doch ein Spruch, zu sagen, Du willst mit Frauen zu tun haben, die wissen, was sie wollen. Sei doch ehrlicher: Du willst mit Frauen zu tun haben, die „wollen“, was Du willst.

Das größte Problem für mich ist jetzt, daß ich Dich trotz allem noch mag und auch weiterhin etwas mit Dir zu tun haben möchte. In den letzten Tagen ist mir klargeworden, daß ich mir das abschwächen kann und das hat weh getan. Aber warum eigentlich? An Deinem Verhalten gemessen hätte ich Dich schon längst mit Pauken und Trompeten aus meinem Kopf und meinem Herzen rauschmeißen müssen. Das fällt mir zunehmend leichter.

Es ist nicht die Tatsache allein, daß in den beiden Nächten soviel Scheiße zwischen uns gelaufen ist (dazu gehören tatsächlich zwei), sondern es ist vor allem Dein jetziges Verhalten, Dich sang- und klanglos zu verabschieden. Ich möchte es lernen, daß ich von solchen Männern wie Dir tatsächlich nichts mehr will. Darüber habe ich in den letzten Tagen mit vielen Frauen geredet und wir waren immer wieder fassungslos, wenn wir uns unser Verhalten angeguckt haben. Und wir waren uns einig: So etwas passiert uns nicht mehr!

Eine Genossin

RCDS in Kiel: Neue Spitzenleistung in punkto Frauenfeindlichkeit

Nach dem Wahlsieg einer Basis-Studenten-Liste bei den AStA-Wahlen an der Uni im Februar war die Einrichtung eines Frauenreferats beschlossen worden. 300 Frauen wählten auf einer Frauen-VV die erste AStA-Frauenreferentin. Die Erhöhung der Studentenschaftsbeiträge diente dem RCDS nicht nur zur Gründung einer „Initiative gegen die maßlose Erhöhung des AStA-Beitrages“, sondern schien ihm zusätzlich geeignet, in besonders perfider Art und Weise gegen das Frauenreferat zu schießen. In einem Flugblatt verkündete er, die Beitragserhöhung diene ausschließlich dazu, das Frauenreferat zu finanzieren, wofür natürlich die Reaktionen (aber leider nicht nur die) keinen Pfennig locker

machen wollen. Das Frauenreferat würde darüberhinaus zu einer Lesbengruppe, offensichtlich die schlimmste Beschimpfung, die sich diese Chauvis für Frauen vorstellen können.

Doch damit nicht genug: Als im Zuge der Walpurgisnacht demo auch einige Aufkleber mit dem Notruf für vergewaltigte Frauen auf dem RCDS-Büro landeten, flatterte dem „Frauenzentrum“ ein Brief ins Haus: „(Wir) können ... nicht gestatten, daß Sie unsere Fenster für ihre PR-Zwecke benutzen.“ Für den Wiederholungsfall wurde damit gedroht, die Fenster auf „Ihre Kosten reinigen zu lassen.“

Ein Kieler Genosse

Feminismus? Na ja ...

Den „sowjetischen Feminismus“ haben „Courage“ und „TAZ“ seit einiger Zeit für sich entdeckt. Wirkliche Feministinnen scheint es allerdings in der Sowjetunion entweder nicht zu geben, oder „TAZ“ und „Courage“ sind noch nicht zu ihnen vorgedrungen. Was die „TAZ“ jedenfalls am 12.6. wieder mal als „die Ansichten der sowjetischen Feministinnen“ zum Besten gab, liest sich so: „Wir stehen dem Marxismus absolut negativ gegenüber, weil uns das Beispiel unseres Landes gezeigt hat, daß der Marxismus unfruchtbar und künstlich ist ... Die Frauen müssen aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten gehen und hören auf, Frauen zu sein. Die Män-

ner hören auf, Männer zu sein. Wir müssen den Feminismus christianisieren. Durch Jahrhunderte konnte sich die Frau in Rußland nur über die Kirche selbstverwirklichen ... Die christliche Bewegung im heutigen Rußland ist revolutionär.“

In der „TAZ“ scheint jeder antikomunistische Quark für einen Abdruck favorisiert zu werden. Nach diesem Muster könnte man uns demnächst auch die Erinnerungen einer BDM-Führerin oder das Plädoyer einer afghanischen Moslem-Frau für die Beibehaltung der totalen Frauenunterdrückung als neue, noch interessantere Spielarten des Feminismus zumuten.

Schwule und Lesben Gay Pride Day 1980

AK 179 - 16. Juni 1980 - Seite 30

New York in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni vor elf Jahren: In der Schwulen- und Lesbenkneipe „Stonewall“ in der Christopher Street tobten Bullisten wieder mal ihre Hetero-Verkleinlichkeit aus — „Razzia“ nennen sie dies üble Spiel. In dieser Nacht zogen sich die Lesben und Schwulen jedoch nicht resignierend zurück, sondern sammelten sich protestierend vor der Kneipe. — Die Christopher Street liegt mitten im New Yorker Schwulen- und Lesbenviertel; kein Wunder also, daß sich bald eine ansehnliche Menschenmenge zusammenfand.

Die Bullen, an Widerstand nicht gewöhnt, griffen sich willkürlich einige der Protestierenden heraus. Was ihnen nicht gut bekam: Es kam zur Straßenschlacht, die Bullen verschanzten sich im „Stonewall“ und hatten sich damit — wie's halt manchmal so

kommt — einen reichlich warmen Aufenthaltsort erobert. Die Lesben und Schwulen nämlich stürmten die Kneipe und zündeten sie an. Die Bullen konnten ihre Belagerer erst vertreiben, als sie mit gezogenen Pistolen aus dem Lokal stürmten.

Der 28. Juni ist zum Kampftag der seither entstandenen neuen Schwulen- und Lesbenbewegung geworden. Seither finden regelmäßig Demonstrationen in der Christopher Street statt. Auch in Europa gehen an diesem Tage seit einigen Jahren die Lesben und Schwulen auf die Straße, im letzten Jahr erstmalig auch in der BRD.

Zum diesjährigen Gay Pride Day haben Schwule und Lesben zu Demonstrationen in Hamburg, Westberlin und München aufgerufen. Auch jene, die im Gegensatz zu Lesben und Schwulen (noch) die Mehrzahl der Be-

völkerung ausmachen (ja! die Heteros sind gemeint!) sind aufgerufen, an den Demonstrationen teilzunehmen und sich mit den Forderungen der Schwulen und Lesben zu solidarisieren (oder meint ihr, die Zwangs-Heterosexualität sei nur ein Problem der Lesben und Schwulen??!).

Demonstriert wird gegen Diskriminierung und Unterdrückung, gegen „rosa Listen“, Sexualunterdrückung und repressive Toleranz. Demonstriert wird für die Rechte der Schwulen und Lesben.

Es gilt gestern, heute, morgen:
Macht euer Schwulsein, macht euer
Lesbischsein öffentlich!
Raus aus den Bars und Toiletten,
rein in die Straßen!

Pp, Lesbengruppe des KB

Schwul sein in Moskau

Im Folgenden bringen wir ein Interview, das wir der amerikanischen Schwulenzzeitung „Moving on“ (Dez./Jan. 1980) entnahmen. Das Interview fand im Sommer 1977 in Moskau statt. Der Interviewte ist Sascha, damals 26, der als Ingenieur bei der Stadt Moskau arbeitet. Das Interview gibt einen interessanten Einblick in den Alltag und die Probleme von Schwulen und Lesben im „realen Sozialismus“.

RGW-Kommission

Auf die Frage, was er empfunden habe, als er das erste Mal (1972) mit einem Mann schlief, antwortet Sascha: Ich weiß nicht. Ich weiß nur, daß ich, nachdem ich schon mehrere Male mit ihm geschlafen hatte, mir nicht eingestehen wollte, daß ich schwul war. Russische Männer sind sehr körperlich (zärtlich) zueinander, und ich sagte mir, daß Schlafen mit einem anderen Mann nichts Ungewöhnliches ist.

Frage: Wie wird Homosexualität von der Bevölkerung angesehen?

Sascha: Generell sehr negativ. Bestenfalls ist es eine Krankheit oder eine psychische Störung, schlimmstenfalls ein Symptom bourgeois Degeneration oder ein Verbrechen.

Frage: Schwulsein ist gesetzlich strafbar, nicht wahr?

Sascha: Ja. Schwule Männer - nicht Frauen - können bis zu fünf Jahren Knast kriegen; acht, wenn einer der Partner unter 18 ist.

Frage: Das ist das Gesetz, das Stalin 1934 einführt, oder?

Sascha: Ja. Du weißt, die meisten Schwulen haben keine Ahnung davon, daß während der Revolution 1917 bis 1934 Schwulsein vollkommen legal war.

Frage: Aber wird das Gesetz auch häufig angewandt? Ich meine, lebst Du persönlich in Angst, eingesperrt zu werden?

Sascha: Nun, ich bin natürlich vorsichtig. Ein besonderes Maß an Diskretion ist notwendig. Aber ich kenne nur Einen, der wegen Homosexualität verurteilt wurde, und das war, weil er ein bißchen ein Dissident war. Dasselbe passierte unlängst einem Leningrader Schriftsteller.

Frage: Wie sehr verfolgt die Polizei Schwule?

Sascha: Ich schätze, daß die Polizei darauf vorbereitet wird, ein Auge zuzudrücken, aber dafür sorgen soll, daß wir unter Beobachtung bleiben.

Zum Beispiel scheint die Polizei das Schwulsein innerhalb der eigenen vier Wände zu tolerieren.

Frage: Wo treffen sich die meisten Schwulen - in den Toiletten?

Sascha: Oh nein. Es gibt verschiedene Plätze, wo man andere Schwule treffen kann. In Moskau z.B. treffen sich viele Schwule rund um das Bolschoi-Theater, und Lesben manchmal am Majakowski-Platz.

Frage: Aber es gibt keine (schwulen) Kneipen, oder?

Sascha: Überhaupt keine. Es gibt kaum soziale Einrichtungen, weder für Schwule noch für Heteros. In der Vergangenheit gab es ein oder zwei Cafes, wo sich Schwule trafen, aber sobald das bekannt wurde, schritt die Polizei ein. Ich persönlich versuche, mich mit schwulen Freunden zu Hause zu treffen, denn ich habe zum Glück eine eigene Mietwohnung. Wenn ich die nicht hätte, würde ich es wie jeder andere machen und meine Zeit durch Herumbummeln mit Freunden in der Stadt verbringen; an Sommerabenden ist das gar nicht so schlecht, aber im Winter wird das furchtbar.

Frage: Du sagtest gerade, daß du glücklich bist, eine eigene Wohnung zu haben. Warum?

Sascha: Die Wohnungssituation ist zum Verzweifeln, besonders in den großen Städten Moskau und Leningrad. Ehepaare müssen endlos warten, um eine staatliche Mietwohnung zu bekommen oder müssen astronomisch hohe Preise für ein Zimmer als Untermieter bezahlen.

Frage: Können schwule Paare Wohnungen bekommen?

Sascha: Auf keinen Fall. Sogar Einzelne haben Schwierigkeiten, eine staatliche Wohnung zu kriegen. Die übergroße Mehrheit meiner Freunde lebt entweder bei ihren Eltern oder heiratet - in beiden Fällen wird jedes sexuelle Leben verdrängt.

Frage: Heiraten viele Schwule?

Sascha: Oh ja. Wie du weißt, haben Heiraten aus Bequemlichkeit eine regelrechte Hochkonjunktur. Wegen der Gesetze, die in Bezug auf den Wohnsitz erlassen wurden, mußt du, wenn du in einer Großstadt leben willst, entweder dort geboren sein oder eine besondere Genehmigung aufgrund deines Berufes haben, oder aber jemanden, die dort gemeldet ist, heiraten. Nur wenige Leute leben gern in der Provinz, besonders wenn

Fortsetzung nächste Seite

Meldungen von und für Schwule

Iran

Zwei Richter in Urumieh, der Hauptstadt von Westaserbaidshan, verkündeten, daß jede Person, ob Mann oder Frau, die zum vierten Mal „eines außerehelichen Geschlechtsverkehrs überführt“ wird, genauso wie Homosexuelle und Ehebrecher zum Tode verurteilt wird. (AFP-Meldg. 19.4.80).

ÖTV West-Berlin

Die ÖTV hat auf ihrer Westberliner Bezirkskonferenz beschlossen, in Zukunft „den Problemen der homosexuellen Kolleginnen und Kollegen Rechnung zu tragen“, um so „stärker als bisher... der Ungleichbehandlung dieser Arbeitnehmergruppe in Betrieben und Dienststellen“ zu begegnen. Um sich für die Schaffung eines Homosexuellen-Arbeitskreises stark zu machen, treffen sich inzwischen regelmäßig schwule und lesbische ÖTV-Mitglieder in Westberlin. Außerdem wollen sie sich für die angemessene Darstellung ihrer Probleme in der Westberliner ÖTV-Zeitung „Dialog“ und für die Verbreitung dieser Beschlüsse und Vorschläge auf ÖTV-Bundesebene einsetzen (Nach TAZ, 16.5.).

ALDI kündigt Schwulem

Einem Betriebsrat bei ALDI wurde vor kurzem fristlos gekündigt, weil er schwul ist. Die Supermarktkette ALDI warf ihrem Mitarbeiter in dem Kündigungsschreiben „schwere sittliche Verfehlung“ vor.

Was war geschehen? Ein Kollege hatte sich bei einem Vorgesetzten über den Schwulen beschwert, er habe versucht, ihn zu homosexuellen Handlungen zu verführen; dies habe ihn in seiner männlichen Ehre gekränkt. Der ALDI-Geschäftsleitung kam das gerade recht, denn der schwule Betriebsrat war recht unbequem geworden. Er war von der DAG-Betriebsratsfraktion (die stärkste Hausmacht) in die DGB-Gewerkschaft HBV übergetreten.

Das Arbeitsgericht wies die Kündigung leider nur aus formalen Grund zurück (Fristüberschreitung). Der schwule Gewerkschafter klagt jetzt auf Wiedereinstellung. (Nach „Neue“, 10.5.)

Dachau

Mit einem Gedenkgottesdienst im ehemaligen Konzentrationslager Dachau (bei München) haben Mitte Mai Homosexuelle auf die Verfolgung und Ermordung Hunderttausender Schwuler während der Nazizeit aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende des Münchner „Vereins für sexuelle Gleichberechtigung“, Guido Wahl, erklärte, daß man „mit dem Gottesdienst in der Versöhnungskirche des ehemaligen KZ's einen Schritt in die Öffentlichkeit tun will“. Bis heute erhalten überlebende schwule KZ-Inssassen keine Entschädigung. Der kirchliche Beauftragte für Homosexuelle in der Region München, Pfarrer Philipp Meinte, die Kirchen müßten in einem Gespräch mit diesen benachteiligten Gruppen eine besondere Rolle spielen. Für den Tod der Homosexuellen in den Konzentrationslagern sei nicht zuletzt die „angeblich christliche Moral“ verantwortlich. („SZ“ 12.5.).

N., Nürnberg
Schwulengruppe des KB

Veranstaltungskalender

Westberlin

27.6. 19 Uhr in der AHA
Schwulenfest

28.6. 14 Uhr ab Savigny-Platz
Demonstration
mit anschließendem Picknick
abends: Fete
im Schwuz (Schwulen-Zentrum)

Köln

am 28.6. ist ein Schwulenfest geplant (Ort noch nicht bekannt).

Hamburg

23.6. 20 Uhr Tuc Tuc
Ton-Dia-Show!

Schwule im 3. Reich

19.30 Uhr Audi-Max II
Schwulenfilme

22.30 Uhr Klick-Kino
Schwulenfilme

19.30 Uhr Frauenkneipe
Lesbenfilme

(„Home Movie“ und
„A Comedy in six.unnatural acts“)

24.6. 19.30 Uhr Audi-Max II
Schwulenfilme

22.30 Uhr Klick-Kino
Schwulenfilme

19.30 Uhr Frauenkneipe
Lesbenfilme

(Kate-Millett-Film)

25.6. 19.30 Uhr ESG
Felix Rexhausen liest Satire:

Wolgangs Schleiertanz vor dem
Bundespräsidenten

19.30 Uhr Audi-Max II
Schwulenfilme

22.30 Uhr Klick-Kino
Schwulenfilme

19.30 Uhr Abspielstelle
der HBK, Lerchenfeld

Lesbenfilme (LAZ-Film)

26.6. 19 Uhr Audi-Max

Politisches Hearing

Was haben homosexuelle Männer
und Frauen von den Parteien zu
erwarten (mit Vertretern von
SPD, CDU, FDP, DKP und den
Grünen)

27.6. 18 Uhr Uni-Mensa

Große Schwulenfete

28.6. 11 Uhr ab Hansaplatz

Demonstration

15 Uhr Schanzepark

Picknick für Lesben und Schwule

19 Uhr - noch unbekannt -

Homosexuelle entsprechen nicht
dem Schöpfungsgebot oder ist
Christus der, der den Rosa
Winkel getragen hat (HUK)

20 Uhr Audi-Max

Kulturprogramm und Filme

19 Uhr HBK, Lerchenfeld

Großes Lesbenfest

mit den „Witwen“

München:

28.6., 11 Uhr: Demonstration
am Sendlinger Tor, anschließend
Picknick im englischen Garten

Reutlingen:

12 Uhr Demonstration

Tübingen:

abends Schwulen

Tübingen:

abends Schwulenfete (Ort noch
nicht bekannt)

Leserbrief zur Pädophilie

Es hat mich sehr verwundert, daß die Stellungnahme der „Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie“ (DSAP) im letzten AK unkommentiert abgedruckt worden ist. Ich schließe daraus, daß sich die KB-Schwulengruppe im wesentlichen dieser Position anschließt.

Um welche Pädophilie geht es?

Folgt man/frau der Logik der DSAP, dann geht es bei der Pädophilie-Diskussion allein um die Möglichkeit bzw. Legalisierung von sexuellen Liebesbeziehungen zwischen (schwulen) Erwachsenen und Kindern. Unterschlagen wird dabei - und darauf bezieht sich v.a. die Gegenseite wie A. Schwarzer und Amendt - die massenhafte „Gelegenheits-Pädophilie“, die sich v.a. in der Ausnutzung und Vergewaltigung kleiner Mädchen zeigt (Väter, Kinderstrich etc.). Alice Schwarzer („Emma“ 5/80) macht vom Frauenstandpunkt aus völlig zu Recht diesen Punkt zum Hauptaspekt ihrer Polemik gegen die gegenwärtige Debatte. (Vgl. auch den Erfahrungsbericht einer Frau in „Sexualität - Konkret“) Die Vernachlässigung dieser Seite der Pädophilie ist m.E. nicht zufällig, sondern zeigt, daß die gesellschaftlichen Bedingungen und die Frage der Frauen-/Mädchenunterdrückung systematisch ausgeklammert werden.

Ein Meisterstück an bewußter Verwirrung leistet sich dabei die „Gruppe Z“, die in ihrem Artikel „Die sonderbare Angst des linken Philisters vor der Kinderliebe“ („Z“, 3/4) zu Beginn allgemein von Pädophilie/sexualität spricht, um dann galant zu der Frage überzuleiten

„Wem schadet Päderastie?“ (=Knabenliebe!); natürlich niemandem, denn den „Kindern“ (Zitate von 11 - 15jährigen Jungen!) gefällt es. „Wenn dennoch bei so vielen der falsche Eindruck über die Rolle der Gewalt in der Pädosexualität vorhanden ist, so verdanken wir das einzig den aufgeblasenen Gruselstories der Sensations- und Meinungspresse“. Mit einem simplen sprachlichen Trick wird das Elend tausender Mädchen einfach vom Tisch gewischt!

„Sexualität ist unteilbar“

Die DSAP macht es sich reichlich einfach, wenn sie Unterschiede in der Sexualität von Kindern und Erwachsenen schlicht leugnet bzw. unterstellt, daß nur eine biologische Geschlechtsreife-Theorie einen derartigen Unterschied machen könne. Kinder haben andere Formen der Äußerung und Befriedigung sexueller Bedürfnisse, bzw. von ihnen wird ein viel breiteres Spektrum von Körperkontakten als sinnlich lustvoll erlebt und entdeckt. Wenn der Erwachsene mit seiner viel eingegrenzteren und festgelegteren Sexualität dem Kind mit dem Interesse an einer sexuellen Beziehung gegenübertritt, liegt die Gefahr auf der Hand, daß das Kind - als der schwächere Teil - auf die Wellenlänge der Erwachsenen-Sexualität hin manipuliert wird. Diese Ungleichheit potenziert sich noch, wenn es sich um Mädchen und Männer handelt. Unter dem Aspekt der Entwicklungsmöglichkeit der kindlichen Sexualität mache ich auch einen Unterschied zwischen Kindern und Jugendlichen, da letztere zumindest etwas mehr Möglichkeiten haben, sich gegen Manipulationen durch den Er-

wachsenen zu wehren. Diese Widersprüche lassen sich nicht mit dem Anspruch von „Liebe“ verkleistern - gerade dafür ist die sexuelle Situation von Frauen in Hetero-Beziehungen das beste Beispiel: da Frauen oft schon als Mädchen kaum Möglichkeiten hatten, ihre eigene Sexualität zu entdecken und zu entwickeln, haben sie besondere Schwierigkeiten, sich gegen die Dominanz der Männer-Sexualität zu wehren (Vgl. „Bettgeflüster“). Und das soll jetzt plötzlich zwischen Kindern und Erwachsenen, gar zwischen kleinen Mädchen und Männern, nicht mehr gelten?! Ich halte die Phrase „Sexualität ist unteilbar“ für eine männliche Widerspruchs-Verkleistungs-Doktrin.

Der Paragraph

Die staatliche Sanktion macht keinen Unterschied zwischen den „bewußten Pädophilen“ und den „Gelegenheits-Pädophilen“ - bzw. wir können im Gegenteil davon ausgehen, daß gerade Schwule oder Erzieher/Eltern, die zärtlich mit Kindern umgehen, dem Strafparagraphen eher zum Opfer fallen als der Vater, der sich über seine Tochter hermacht, oder als der Zuhälter, der kleine Mädchen verkauft. Der Staat hat nicht das Interesse, die Kinder oder ihre Sexualität zu schützen, sondern den bürgerlichen Sittenkodex durchzusetzen. Von daher bin ich weit davon entfernt, diesen § zu verteidigen. Der tatsächliche Schutz von Kindern könnte eher durch eine konsequente Verfolgung von Kindesmißhandlung, Vergewaltigung etc. erreicht werden. Ich kann mich aber unter den Vorzeichen, wie gegenwärtig die

Diskussion um Abschaffung des Pado-§ läuft, einer derartigen „Kampagne“ (besser: Trend) nicht anschließen.

Zur gegenwärtigen Diskussion

Mich erinnert diese Diskussion fatal an die Debatte um Sado-Masochismus, wie sie vor ca. einem Jahr im AK begonnen wurde. Auch bei der S/M-Diskussion wurde (von den Schwulen-Genossen der späteren „Z“) gelehrt, daß sich in sadistischen und masochistischen Bedürfnissen auch bürgerliche Ideologien widerspiegeln und daß gerade vom Frauenstandpunkt her S/M nicht neutral-tolerant betrachtet werden kann (Vgl. meinen Leserbrief in AK 167). Auch damals wurden Gegenargumente entweder mit Unterstellungen (Philister, Psychiatrie, jetzt: Biologen, Psychiatrie) oder mit Verklärungen der jeweils propagierten Sexualität schlechthin gekontert: „Gerade S/Mler sind weniger anfällig für faschistoide Ideologie“ hieß es damals. „Wir sind diejenigen, die an ehesten in der Lage sind, sexuelle Verdrängungen bei uns selbst zu erkennen“, schreibt jetzt die DSAP. Dieses Beschwören der Fortschrittlichkeit der eigenen Bedürfnisse paßt zu gut in die gegenwärtige ideologische Entwicklung von Teilen der Linken, besonders der Spontis, die jeglichen Bedürfnissen, werden sie nur „echt“ und „bewußt“ vertreten, ihre Berechtigung verleiht (z.B. das Recht der Männer auf neochauvinistische Bedürfnisse).

Ich bin gegen sexuelle Tabus - aber auch gegen diesen Liberalismus!

cha./AG Frauen Göttingen

Fortsetzung von Seite 30

sie schwul sind, - da es außerhalb der großen Städte wie Moskau, Leningrad oder Odessa eigentlich unmöglich ist, einen schwulen Lebensstil zu praktizieren. Und deshalb versuchen Schwule jemanden, die in der betreffenden Stadt gemeldet ist, zu heiraten. Auf diesem Wege bekommen sie vielleicht eine Wohnung und haben eine Chance, als Schwuler zu leben.

Frage: Aber bringt diese eingebildete Ehe nicht alle möglichen Formen von Unehrlichkeit hervor, z.B. ein Mann verleitet eine Frau durch Täuschung zur Heirat, oder ein Mann heiratet und führt ein Doppelleben?

Sascha: Oh ja, auf jeden Fall. Die ganze Situation ist schrecklich. Natürlich hilft Geld. Wenn Du Glück hast, kannst du eine Wohnung als Einzeln in Zusammenarbeit mit anderen kaufen, aber das ist teuer.

Frage: Ist die Situation für Lesben ähnlich?

Sascha: Ich habe einige lesbische Freundinnen, die bei ihren Eltern leben. Grundsätzlich sind Lesben, glaube ich, schlechter dran als schwule Männer. Letztlich sind schwule Männer anerkannt. Und es gibt ein oder zwei Orte - das Theater oder Ballet sind bekannte Beispiele - wo Homosexualität akzeptiert wird. Aber die Leute weigern sich einzusehen, daß Lesben existieren.

Frage: Wenn also von einer Frau bekannt wird, daß sie lesbisch ist, wäre es sehr unwahrscheinlich, daß sie ihre Kinder behalten darf?

Sascha: Ganz sicher.

Frage: Nachdem ich einige Zeit hier gelebt habe, habe ich den Eindruck, daß das Verhalten Frauen gegenüber generell sehr schlimm ist. Ich meine, Frauen arbeiten den ganzen Tag, gehen nach Hause und kümmern sich um die Kinder und werden unglaublich von den Männern unterdrückt.

Sascha: Nun, wie du weißt, konnte ich lange nicht verstehen, was mit „Sexismus“ gemeint ist. Ich meine, damit, daß wir keinen solchen Begriff in Rußland haben - und daher dachte ich, daß du die wirkliche Stufe der Gleichberechtigung der Frau, die in der Sowjetunion erreicht ist, unterschätzt. Ich beginne jetzt allerdings zu erkennen, auf welche Weise Männer Frauen unterdrücken.

Frage: Was wir u.a. in der Schwulenbewegung im Westen versucht haben, war die Herausforderung des Sexismus und der Stereotypie unter schwulen Männern. Definieren sich Schwule in der Sowjetunion als Tunten oder weiblich und verhalten sich entsprechend?

Sascha: Ja. Und wie du dir wirst denken können, müssen tuntliche Männer nicht nur die Scheißanmachen von Schwulenfeinden, sondern auch von anderen Schwulen über sich ergehen lassen. Mir fällt es ziemlich leicht, als „normal“ aufzutreten, und so vergesse ich häufig, mit wieviel Vorurteilen das Verhalten der Leute belastet ist. Aber einmal hatte ich einen jüngeren Freund, der sehr tuntig war; die Beschimpfungen und das alles gegen ihn war unglaublich. Es ist interessant, daß in Regionen wie Armenien nur passive Homosexualität als unnormal angesehen wird.

Frage: Wußtest du, daß in Stalins Gefangenenlagern, entsprechend Martschenkos „Meine Aussagen“ (vergl. A. Martschenko, Meine Aussagen, Frankfurt 1969 - Anm. AK), obwohl homosexuelle Aktivität sehr verbreitet war, nur Männer bestraft wurden, die eine passive Rolle spielten?

Sascha: Ja, das bestätigt, was ich eben gesagt habe.

Frage: Hast du mal ein „coming out“ erwogen?

Sascha: Auf keinen Fall. Was würde dann passieren? Die Leute würden denken, ich wäre entweder krank oder verrückt: Ich hätte auf jeden Fall meine Arbeit verloren, und vielleicht wäre ich in einer psychiatrischen Anstalt oder im Knast geendet.

Frage: Besteht also keine Möglichkeit für die Entwicklung einer Schwulenbewegung in der UdSSR?

Sascha: In absehbarer Zukunft ganz sicher nicht. Erstens haben wir keine begrenzte schwule Subkultur, wie sie im Westen existiert, und daher ist es für uns sehr schwierig, in irgendeiner Weise eine gemeinsame Identität zu entwickeln, geschweige denn ein Bewußtsein unserer Unterdrückung. Und zweitens: selbst wenn wir eine Solidarität in der Gruppe hätten, wäre es unmöglich, uns in der repressiven politischen Situation zu organisieren. Der Staat spielt in der UdSSR heute eine größere Rolle als in Ländern wie Polen. Wenn eine Arbeiterbewegung einen demokratischen Sozialismus schafft, was wahrscheinlich eher in Polen einsetzt als hier, dann erwarte ich eine Bewegung, die sich mit der Entwicklung einer Sexualpolitik befaßt, in einem anderen der osteuropäischen Länder.

Polizei schützt Neonazis im Bielefelder Rathaus



Antifaschistische Demonstration gegen die DVU

Westberlin: Abfuhr für Neonazis

Unter dem Motto „Der Weg zur Wiedervereinigung“ versucht zur Zeit die DVU (Deutsche Volks-Union) mit Unterstützung der AKON („Aktion Oder-Neiße“) und der VOGA („Volksbewegung für Generalamnestie“) - von Nazi-Verbrechern versteht sich! - eine Vortragsreihe in 14 westdeutschen Städten und in Westberlin durchzuführen.

Am 8. Juni wollte Emil Maier-Dorn zu diesem Thema im westberliner Bezirk Steglitz auftreten. Als die Veranstaltung um 15.00 Uhr beginnen sollte, waren etwa 15 Nazis in das Parkcafé Südende gelangt, und dies auch nur, weil sie bereits rechtzeitig vor den Antifaschisten eingetroffen waren. Etwa 250 Antifaschisten waren zusammengekommen, um den Nazis die Suppe zu versalzen. Vor den Eingängen des Lokals wurden Ketten gebildet, Schilder und Transparente hochgehalten. Nach und nach kamen noch etwa 30 alte und junge Nazis, zum Teil in schwarzer Kluft, mußten aber nach kurzen Rangeleien wieder abziehen. Schließlich holte der Wirt des Lokals die Polizei, die bis dahin die Vorgänge aus der Ferne beobachtet hatte. Acht Mann hoch betraten sie das Lokal, um nach einiger Zeit den Demonstranten mitzuteilen, die Nazis seien bereit, das Lokal zu verlassen und hätten ihre Versammlung bereits aufgelöst. Unter Gejohle und Sprechchören verließen die Nazis die Kneipe durch ein Spalier von Antifaschisten, einige mit zum Nazi-

Gruß erhobener Hand. Die Polizei nahm diese Leute kurz fest.

Der gute Verlauf der Aktion ist umso erfreulicher, als die sehr kurze Mobilisierungszeit ein Gelingen schon ein wenig fraglich erscheinen ließ. Die Jungsozialisten hatten drei Tage, die Alternative Liste zwei Tage und die SEW einen Tag vorher von dem Nazi-Treffen erfahren. Die Zahl der zusammengekommenen Antifaschisten hat alle überrascht, zumal es unter den beteiligten Organisationen kaum Informationskanäle gibt und die vorhandenen schlecht genutzt wurden. Jede Gruppe hat praktisch auf eigene Faust mobilisiert. Außerdem fand zur gleichen Zeit ein von über 20.000 Menschen besuchtes Umweltfest statt. Von vielen Beteiligten wurde die schlechte Koordination bemängelt und man versprach sich, dem in Zukunft abzuwehren. Nötig wäre das unbedingt: Nach offiziellen Schätzungen sind 15% aller westberliner Schüler anfällig gegenüber rechtsradikalem Gedankengut, und auch im Bezirk Steglitz, in dem die Nazis diesmal ihre Veranstaltung abziehen wollten, trifft man in den Straßen immer häufiger auf an die Wand geschmierte Hakenkreuze, „Wiking“-Runen und „Sieg-Heil“-Parolen.

Fast genau vor einem Monat hatten die Nazis sich schon einmal in dieser Steglitzer Kneipe versammelt, und es ist zu befürchten, daß sie es ein weiteres Mal versuchen werden.

KB Westberlin



Spalier für die Nazis

Für den 12.6. hatte die Deutsche Volksunion (DVU), die Aktion deutsche Einheit und die Volksbewegung für Generalamnestie eine Veranstaltung in der Gaststätte „Ratskeller“ im Bielefelder Rathaus angekündigt. Als Hauptredner war Oberst a.D. Walther Dahl eingeladen. Die Bunte Liste Bielefeld hatte nach Bekanntwerden der geplanten Veranstaltung in einem öffentlichen Schreiben den Pächter des „Ratskellers“ aufgefordert, die Veranstaltung nicht in seinen Räumen stattfinden zu lassen, da es sich „bei diesen Organisationen eindeutig um rechtsextreme, neofaschistische Vereinigungen, die teilweise von der inzwischen verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann geschützt worden seien, handle“.

Der Pächter des „Ratskeller“ zog daraufhin seine Zusage für die Bereitstellung eines Saales an die DVU wieder zurück. Die Veranstaltung konnte dennoch stattfinden, da es der DVU gelang, beim Bielefelder Amtsgericht eine einstweilige Verfügung gegen den Pächter des „Ratskellers“ zu erwirken.

Die Bielefelder Polizei hatte es zuvor abgelehnt, nachdem ein entsprechender Antrag von der VVN Bielefeld gestellt worden war, ein generelles Verbot der Nazi-Veranstaltung zu verfügen, mit der sinnigen Begründung: „Sie sei lediglich für Genehmigungen, nicht aber für Verbote von Veranstaltungen zuständig“ („NW“, 11.6.).

Zu Beginn der Nazi-Veranstaltung versammelten sich daraufhin ca. 150-200 Antifaschisten vor dem Rathaus, um gegen die Nazis zu protestieren. Als etwa 40 Demonstranten direkt im Flur vor dem Versammlungsraum in Sprechchören „Nazis raus aus Bielefeld“ forderten und die Veranstaltung durch die Lautstärke etwas gestört wurde, rückten ca. 50 Bullen in Kampfanzüge an und räumten mit Gewalt den Flur. Unter Polizeischutz konnten daraufhin die Nazis ihre Veranstaltung weiterführen. Aus dem Ratskeller ausgesperrt, beschlossen die empörten Antifaschisten, dem zwei Etagen höher gleichzeitig tagenden Stadtrat einen Besuch abzustat-

ten und diesen zu einer Stellungnahme aufzufordern.

Bereits zu Beginn der Stadtratsitzung war ein Dringlichkeitsantrag der Bunte Liste-Ratsfraktion abgelehnt worden, in dem der Rat der Stadt die Veranstaltung der DVU im Ratskeller wenigstens öffentlich verurteilen sollte. Die SPD sah sich „nicht in der Lage, sich so kurzfristig mit dem Antrag zu befassen“ und die FDP hielt sich gar nicht erst für zuständig, da die Verfügung über den Ratskeller nicht dem Stadtrat unterliege. Die CDU lehnte es ab, sich überhaupt mit der Sache im Rat zu beschäftigen (alles sinngemäß nach „NW“, 13.6.).

Die protestierenden Antifaschisten anzuhören, lehnte Oberbürgermeister Schwickert (SPD) ebenfalls kategorisch mit den Worten, „daß man sich hier doch nicht erpressen ließe“, ab und ließ, nachdem die Antifaschisten auf ihrer Forderung bestanden, kurzerhand den Zuschauerraum mit Polizeigewalt räumen. Die Ratsfraktion der Bunte Liste verließ daraufhin unter Protest die Sitzung. Unter Polizeischutz tagten danach die „Volksvertreter“, nun wieder ganz unter sich und ungestört vom Volk, weiter.

Als erfreulich bleibt festzuhalten, daß die ganze Angelegenheit recht starke Beachtung in der Bielefelder Lokalpresse fand, was für die drei etablierten Parteien sicher nicht angenehm sein dürfte.

Erwähnt werden sollte noch eine unschöne Stellungnahme der VVN Bielefeld, mit der sie sich, völlig fehl am Platze, unbedingt von den „Aus-schreitungen“ distanzieren mußte: „Wir wollten ausschließlich eine friedliche Demonstration, aber einige andere Gruppen hängen sich immer mit dran“ („NW“, 13.6.). Mit diesen Gruppen, die „sich immer dranhängen“, meint die VVN leider nicht die Polizei, die für die Ausschreitungen verantwortlich war, sondern die recht zahlreichen Unorganisierten und BuLi-Mitglieder, u.a. auch ein Stadtbezirksabgeordneter der BuLi, die es vorzogen, anstatt auf der gegenüberliegenden Straßenseite vom Rathaus, direkt vor dem Versammlungsort der Faschisten zu protestieren. Wir für unseren Teil freuen uns über alle Antifaschisten und Demokraten, die sich bei einer solchen Aktion „dranhängen“.

gt (KB/Bielefeld)

Elmshorn: Prozeß gegen »Hansa«-Bande

Im Mai fand vor dem Jugendschöffenricht in Elmshorn ein Prozeß gegen Mitglieder der „Hansa“-Bande aus Bokel (bei Barmstedt) statt (vgl. AK 168). Angeklagt waren Ralf Hauschildt (18), Henning Wickhorst (18), Chris Baumann (16), sein Bruder Jörg (18) sowie Jens Bubatz (18).

Die Staatsanwaltschaft warf den Neonazis u.a. Einbruch, Körperverletzung, Diebstahl und unerlaubten Waffenbesitz vor. Außer dem Diebstahl einer Gaspistole bei einem Einbruch in ein Waffengeschäft in Elmshorn durch Henning Wickhorst am 21.6.79 stritt die Bande die meisten Beschuldigungen ab. Als besonderer „Waffennarr“ stellte sich während des Prozesses Henning Wickhorst heraus, bei dem ein Fallmesser, ein Chacko (lebensgefährliches Schlaginstrument), ein (geklauter) Gasrevolver und ein Schlagring beschlagnahmt worden waren.

Die Bande war sichtlich bemüht, die faschistischen Motive ihrer Taten zu vertuschen. So erklärte Ralf Hauschildt u.a., einen Jugendlichen in Elmshorn „völlig grundlos“ zusammengeschlagen zu haben, während er ihn in Wahrheit wegen seines Palästinenser-Tuches und Anti-AKW-Plakette angepöbelte, bevor er ihn zusammenschlug. Von Ralf Hauschildt ist übrigens durch den ZDF-Film „Mit schwarzer Kluft und Knobelbechern“ (gesendet am 3.7.1979) belegt, daß er mit Tibor Schwarz und Christian Worch („Hansa“-Banden-Führer) in Hamburg ANS-Flugblätter verteilte.

Die brutalste Tat der Bande, das Zusammenschlagen und -stechen zweier Gäste einer Bahnhofsgaststätte in Westerhorn (bei Bokel), wobei sie einem jungen Mann mit einer Bierflasche 4 Zähne ausgeschlagen hatten, bleibt ungesühnt. „Während der Beweisaufnahme“ so das „Pinneberger Tageblatt“ am 28.5., „machten mehrere Zeugen keine genauen Aussagen, um nicht Opfer neuer Gewalttaten zu werden.“ Die Frage, ob es sich bei der Bande um eine neonazistische Vereinigung handelt, wurde während des gesamten Prozesses nicht geprüft. Und dies, obwohl

- bei Chris Baumann ein Hakenkreuzkoppel beschlagnahmt wurde;
- bei Henning Eickhorst mehrere Exemplare der illegalen „NSDAP“-Zeitung „Der Sturm“ sichergestellt wurden;
- Ralf Hauschildt in einer Kneipe im Raum Bokel gemeinsam mit Tibor Schwarz mit „Heil Hitler“ begrüßt hatte.

In verblüffender Übereinstimmung bezeichneten die Richter, der Vertreter der Jugendgerichtshilfe, der Staatsanwalt sowie die Bokeler Dorfpolizist die Verbindung der Bokeler Bande zur „Hansa“-Bande (ANS) als „eher zufällig“. Zuvor war am 2. Prozeßtag die Öffentlichkeit (angesichts zahlreicher anwesender Antifaschisten) ausgeschlossen worden.

Fazit: Vier der Angeklagten wurden zu 6-12 Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt, der fünfte Angeklagte kam mit DM 500 Geldstrafe davon. Diese „Verurteilung“ kann nur als neuerliche Ermunterung an die Adresse der Neonazis verstanden werden, ihre Umtriebe („Wehrsport“) etwas unauffälliger (d.h. vorerst ohne spektakuläre Schlägereien) fortzusetzen. Für die Antifaschisten im Kreis Pinneberg gilt es, weiter die Augen offenzuhalten und mit Öffentlichkeits- und Untersuchungsarbeit „am Ball“ zu bleiben.

KB/Pinneberg

Anzeige

Nr. 0 März 1980 DM 2,50

ANTIFASCHISTISCHE INFORMATIONEN



zu beziehen über
Gerd Rübestruck
Laarer Str. 168
49 Herford
Preis: DM 2,50
(+ 1,- Porto im Voraus)
PSchA Essen (A. Berlin)
PSchK Nr. 9137-434

Münchner Dienst - anweisung soll Todesschützen schützen

Anfang des Jahres wurde bekannt, daß es in München eine Dienstanweisung des Polizeipräsidiums gibt, die Folgendes anordnet:

„Wurde bei einem Schußwaffengebrauch eine Person verletzt oder getötet, so ist dem Beamten Gelegenheit zu geben, von dem Vorfall Abstand zu gewinnen. Dabei ist er von seinem Dienstvorsatz, dessen Vertreter oder einem anderen Beamten des gehobenen oder höheren Dienstes zu betreten.“

Der Münchner Polizeivizepräsident hat diese Praxis mit „fürsorglichen“ Erwägungen begründet. Der Schütze müsse Gelegenheit haben, sein Verhalten und den Geschehensablauf in Ruhe zu überdenken, ehe er sich strafprozessual verantwortlich äußert.

Klar dürfte sein, daß sich diese Dienstanweisung in der Öffentlichkeit nur so und nicht anders begründen läßt; oder könnte man von einem CSU-Innenminister erwarten, daß er zugibt, daß die polizeiliche Todesschußpraxis möglichst im Dunkeln und unüberprüft bleiben soll? Gerade München ist in den letzten Jahren durch eine Reihe von besonders fragwürdigen Praktiken dieser Art bekannt geworden. Die „Süd-deutsche“ nennt die Erschießung eines 42-jährigen Exilrussen durch Polizisten; die Schützen waren längere Zeit danach für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen nicht verfügbar.

Aus München ist auch bekannt, daß die Bekanntgabe der Namen von Todesschützen unter Hinweis auf polizeiliche Erwägungen verweigert wurde. Die Konsequenz der Dienstanweisung ist ziemlich offensichtlich: die Schützen erhalten so die Gelegenheit, sich eine Version zu rechtzulegen, wobei kein Mensch mehr sagen oder beweisen kann, daß Abweichungen von tatsächlichen Geschehen vorliegen. Staatliche Stellen sind erfahrungsgemäß nicht an der Aufklärung polizeilicher Todesschüsse interessiert: die Münchner Staatsanwaltschaft hat sich mit der Dienstanweisung deshalb auch in verständnisvoller Weise befaßt. Man beschränkte sich auf die verbale Forderung, die Schützen müßten jederzeit zur Vernehmung zur Verfügung stehen. Ob die Staatsanwälte auch gegen den Willen der Polizeiführung solche sofortigen Vernehmungen durchführen, geht aus der Presse nicht hervor. Anzunehmen ist, daß das nicht der Fall ist. Zivilisten haben in der Praxis keine „Bedenkzeit“, wenn sie einen Menschen mit Schußwaffen verletzen oder töten; würde eine solche Forderung erhoben, so kann man sicher sein, daß alle Rechtsstaatsverteidiger im Chor aufheulen und von Verhinderung züger Ermittlungen usw. reden würden.

IKAH

DAHINTER STECKT
IMMER EIN
KLUGER KOPF!



»SCHARFSCHÜTZE«
DER DEUTSCHEN POLIZEI!

Die Polizei - Dein Freund und Helfer

Fritz Teufels Alibi bestätigt Dennoch keine Haftentlassung!

Das von Fritz Teufel am 27. Mai im Westberliner Lorenz-Drenkmannprozeß vorgetragene Alibi (s. AK 178) ist durch die Aussagen mehrerer Zeugen in allen Einzelheiten bestätigt worden. Der Haftbefehl gegen ihn wegen der Erschießung Drenkmanns, der Entführung Peter Lorenz und diverser Banküberfälle mußte am 11. Juni aufgehoben werden. Um allerdings nicht ganz ohne Hose dazustehen, zimmerte das Gericht flugs einen neuen Haftbefehl zusammen.

Auch wenn die Bundesanwaltschaft anfangs noch versucht hatte, das von Fritz präsentierte Alibi als „Teufels letzte Justizkomödie“ herunterzuspielen, so kann selbst sie inzwischen nicht mehr bestreiten, daß ihre Anklage zusammengebrochen ist, daß ihr bereits gehaltenes Plädoyer (Antrag: 15 Jahre!) nun „aussieht, wie die (kürzlich) eingestürzte, (AK) Kongreßhalle“ (Teufel).

„In Prozessen gegen vermeintliche oder wirkliche Terroristen wird einseitig belastend ermittelt, gilt statt der rechtsstaatlichen Unschulds- die verbotene Schuldvermutung, wird Täter-schaft mehr unterstellt als nachgewiesen ... Die simple Methode mitgefängen, mitgehangen hat sich in politischen Strafverfahren zunehmend breitmacht - wer einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung zuzurechnen ist, muß für die Taten aller Gruppenmitglieder einstehen.“

Für diese Erkenntnis ist der „Spiegel“ (2. Juni - 1. 80) so dankbar, daß er Fritz schließlich noch zum Schützer des Rechtsstaates erklärt: „Was immer der Angeklagte Teufel pexiert

(begangen, AK) haben mag, auf seine Weise hat er sich um den Rechtsstaat verdient gemacht.“

Nachdem am 5.6. die damaligen Arbeitskollegen von Fritz von der Essener Preßwerk AG das Alibi vollauf bestätigt und zwei von ihnen Fritz im Prozeß auch wiedererkannt hatten, beantragten die Anwälte seine Haftentlassung. Fritz ergänzte diesen Antrag um die Forderung, auch die Haftbefehle seiner Mitangeklagten aufzuheben; „in der Tat gerät jetzt, nach Abschluß der Beweisaufnahme, durch sein Alibi nicht nur die Anklage gegen ihn, sondern auch gegen seine Mitangeklagten Andreas Vogel, Till Meyer, Ronald Fritsch und Gerald Kloepper ins Wanken“ („Die Zeit“, 6.6.80).

Daß nicht nur Fritz Teufel Opfer einer Fiktion der Bundesanwaltschaft im Zusammenhang der Lorenz-Drenkmann-„Ermittlungen“ ist, wurde ebenfalls vor Gericht durch zwei Zeugen bestätigt: nach ihren Aussagen war die bisher als Drenkmann-Mörderin gesuchte Juliane Plambeck am Tag der Erschießung Drenkmanns damit beschäftigt, in der Münchner „Blatt“-Redaktion ein Flugblatt zum Tod von Holger Meins zu erstellen.

Am 11. Juni wurde dann mit Spannung der Gerichtsbeschuß zu den Haftentlassungsanträgen erwartet. Das Gericht hob den Haftbefehl gegen Fritz auf, allerdings nicht ohne gleich einen neuen zu präsentieren. Fritz wird nunmehr vorgeworfen, eine „kriminelle Vereinigung“ unterstützt, gegen das alliierte Waffengesetz verstoßen und - jetzt nur noch zwei - Banken überfallen zu haben. Da er

keinen festen Wohnsitz habe (Kunststück: nach 5 Jahren Knast!) und auch heute noch mit dem „terroristischen“ Untergrund sympathisiere, bestehe bei der zu erwartenden Strafe nach wie vor Fluchtgefahr.

Die übriggebliebenen bzw. neuen Vorwürfe gegen ihn würden immer noch für 10 Jahre Knast ausreichen!

Zu Teufels Zusatzantrag bezüglich der Haftbefehle gegen seine Mitangeklagten verlor das Gericht kein Wort.

Zwar gibt es auch für den Vorwurf dieser Banküberfälle (beide Ende Juli 75) noch keinerlei Beweise - aber schließlich auch kein Alibi, denn zu dieser Zeit hat Fritz nicht mehr im Preßwerk gearbeitet, und im Juli hat er auch seine Wohnung in einem Bochumer Studentenwohnheim aufgegeben. Wer glaubte, die Justiz habe von Teufels verdienstvoller Lektion in Sachen „Rechtsstaat“ gelernt, sieht sich getäuscht. Wenn's allerdings auch diesmal schief geht, bleibt immer noch die „Unterstützung einer kriminellen

Vereinigung“ als Joker der Anklage. Unstreitig ist aber letztlich nur, daß Fritz bei seiner Verhaftung bewaffnet war und daß er unter falschem Namen mit gefälschten Papieren gelebt hat. Dafür sitzt er bereits über vier Jahre im Knast, seit Januar dieses Jahres im Hochsicherheitstrakt.

Richter Geus am 11.6. zu einer Zeugin: „Gucken Sie sich Herrn Teufel ruhig an, der beißt nicht, der kann aus seinem Glaskasten nicht raus.“ Daß Fritz Teufel trotzdem beißen kann - und zwar kräftig -, sollte eigentlich auch Herr Geus inzwischen mitbekommen haben. Ob Fritz rauskommt, bleibt abzuwarten; weitere Zeugen sind geladen.

Es wird nicht zuletzt von uns - den Linken „draußen“ - abhängen, ob sich der Staatsschutz das Gano-venstück leisten kann, Fritz Teufel trotz Alibi für lächerliche „Delikte“ für weitere fünf Jahre einzubuchten!

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Der Teufel sitzt im Knast
und draußen ist die
Hölle los!

Fridolin Freigeist: Brief an Fritz Teufel

Lieba Fritz,

was machst du nur für Sachn? Ham nich unsare Olln uns imma jewaant? „Werds nachat scho sehng, wo Euch dös hifüart, jawul, seng werdses, sogi!“, hattet imma jehees. Und nu ham wat jesehn! Bis an de Jundfetzen von Justizens hats jeführt.

Fritze, ach Fritze, schämste Dir denn ma jarnicht? Ooch nich'n klitzekleener bisken? Guck ma, Oller, steht nich schon in dem dicken, schwarzn Band, wir sollten det Alter ehrn? Und wat haste jemacht, Fritze? Vorjeführt haste, Fritze, vorjeführt! Son paar nette altehrwürdige Herrn, vornewecheen schon janz bundeseinfältig, wiese jrade bei warn janz schamhaft det fehlende Untahöschchen unta ihre schwarzn und roten Schabracken mit dem Mantel von der Schuldavmutung zu vaheemlichen.

Fritze, ach Fritze, ick vasteh' Dir ja nich! Läßt Dir anklagen, hättstn Jammerjuchtspräsidenten mit Rosn fürn Staatsanwalt vajfjet; läßt Dir beschuldigen, hättst den Massen ersparrn wolln noch weiter den Anblick von sonem wahlkrampfzambürtn Politigittiker jenießen zu müssen, ihn dieserhalben wechen und auch als Pfand für die vielen Fahlversprechen ausjelihn; läßt ermitteln, übermitteln, aus dem Ärmel schütteln und dann - hättst Dir nich an die Vaspieleireln!

Fritze, ach Fritze, wat soll det teutsche Volk nur von Dir denken? Det wees doch; wo Rauch is da ooch Feuer oder in zeitjemäßer Fassung: Won Bundesanwal, da ooch Mord- und Hochsicherheitstraktstotschlag, und det allet zum Wohl vom Rechts- und Schlechtsstaat. Und dann kommst Du und sacht: allet ma herhörn, heute jibt die Balinfiliale der Karlsruher Pfandrechtstafelrunde een Aschmittwochsball, sacht „April, April, der Bundeseinfalt kann nicht wie er will, ick ha n Alibi.“ Fritze, is det fair, frag ick Dir?

Is nich die Glaubwürdigkeit von Justizens ein Pfeiler des Schlechtsstaates (oder wie det Dingen heest)?

Gloobt nich die janze Nation an sie?

Aba wer kann det nu noch juten Jewissens tun?

Wer schwiegen, wenn wieder ma eener angeklacht und 99 vaurteilt werdn?

Wer noch ruhig schlafen, wennse in der TagesSCHAU ma wieda n Jagdfoto von Liesken Müller, mit der Untazeile „wanted, dead or alive, wegen Vergewaltigung des Papstes, Entführung des Eifelturms und Diebstahl von Schmidichens 3. Zähnen“ zeigen? Muß ma nich jeda und jede zukünftig stutzen, wenn sowat wieda passiert? Müssemse nich dann statt „das

walte Herold, Amen“ denken: „Bundeseinfalt, ick hör dir trappsen!“? Fritze, ach Fritze, aus dem seit Jahrhunderten festjeschriebnem Ritual von Schuld und Sühne machtest Du das Lehrstück Schund und Bühne!

Kein Springer, keine Frankfurter Jewaltjemeine Zeitung und kein Gescheitartikel von Augstein vermögen je wieder jut zu machen watte da anjerricht hast.

Die Blödojes der Bundeseinfalt (oder -einfalt?) sähen nu aus wie die einjestürzte Kon'jreßhalle, haste selbst jesacht, bei Vakündung Deines Alübis. Ach Fritze, wenns nur det wäre. So richtig konnt ma denen eh nie übern Wech traun, nich? Ne, alle Aufführungen des Stücks „Anklageschriften sind jeduldig“, vergangen wie zukünftige, müssen jetzt so jesehen wern: innen hohl und außen nüscht! Det wirdn neuet Motto für Justizens wern, in der Öffentlichkeit. Und Justizens selbst - ick daaf ma jarnich dran denken, Du! Hinrichter, Staatsanwälte, Bundeseinfalte, verlacht, verhöhnt werdense werdn! Entlarvt sindse, demaskiert als Münchhausens Epigonen (nur nich so lustlich!), als Hobbychriftversteller mit Schmalpurphantasie. Und det allet wejen Dir, Fritze!

Fritze, ach Fritze, ick seh Dir einjehn in die Justizjeschichte! Als erster

und einziger, der die Frage aufwar: Wenn schon det Uffstehn im Jerichts-saal nich der Wahrheitsfindung dient, wieso tut's dann nich wenigstens fast 5jäh'jes sitzen? Wieda ma haste selbst, wirste Dir sagen, Jeburthilfe leisten müssen, damit die Wahrheit det schummrige Licht eines teutschen Jerichts-saals erblickt.

Aber Fritze, weeste denn nich, jut Ding will Weile ham und Justizens Mühlen mahlen langsam; müssense ja, wenn Leute wie Du dauernd Sand ins Jetriebe knalln?

Vielleicht hättste fuffzehn Jahre sitzen sollen? Wetten, dann hättense bei Justizens die Wahrheit ausgebrütet jehabt? Aber Du konntest wieda nich warten, oller Revoluzzer! Und nu stehn wa alle da und ham den Glauben an een Pfeiler det Schlechtsstaats valorn! Und Fritze, wo sich een Pfeiler als wacklig erweist, wie isst denn da ej'nlich um die andern bestellt? Am Ende taugt det janze Schlechtsstaatsjebäude nüscht?

Fritze, ach Fritze, welch schreckliche Erkenntnis haste mit Deinem Albi nur heraufbeschwoeren. In diesem Sinne jruß ick Dir, Dein von furchterbaren Zweifeln am Schlechtsstaat (oder wie det Dingen heest) jeplagter

Fridolin Freigeist

Nach Croissant und Groenewold jetzt Ströbele: Anklage wegen Unterstützung der RAF!

Am 27. Mai begann in Westberlin der Prozeß gegen den linken Rechtsanwalt Christian Ströbele. Ihm wird wie auch seinen beiden Kollegen aus dem Stammheimer Verfahren, Croissant und Groenewold, vorgeworfen, mit-



RA Ströbele

tels eines „Info-Systems“ die RAF unterstützt zu haben. Hauptpunkt der Anklage ist demnach auch Verstoß gegen § 129.

Die Staatsanwaltschaft in Westberlin ermittelt gegen Ströbele seit sieben Jahren. So stützt sich auch der größte Teil der Anklage gegen ihn auf tatsächliche und angebliche Ereignisse aus den Jahren 1973/74. Zu der Zeit war die Verteidigung von mehreren Angeklagten in einem Verfahren noch erlaubt und die Blockverteidigung im Stammheimer Verfahren vom Gericht abgelehnt. Die Koordinierung Verteidigung, die von den Gefangenen auch immer als politische Verteidigung begriffen wurde, wird Ströbele jetzt zur Last gelegt. Für besonders verwerflich hält es die Staatsanwaltschaft, daß Ströbele für bessere Haftbedingungen für seine Mandanten gekämpft hat, in diesem Zusammenhang den Aufruf zur Gründung eines „Komitees gegen Folter“ unterstützt, auf Veranstaltungen gesprochen hat und sich um Öffentlichkeit für die Hungerstreiks der RAF-Gefangenen bemühte.

Im Sommer 75 wurde Chr. Ströbele für vier Wochen in Untersuchungs-haft genommen, im Dezember 1977 bekam er ein Berufsverbot für Staats-schutzprozesse, das aber Anfang 1980 wegen unverhältnismäßig langer Ver-

fahrungsdauer wieder aufgehoben werden mußte.

Der größte Teil der Anklage besteht aus Schriftstücken, die die Staatsanwaltschaft bei Mandanten und Anwälten beschlagnahmt hatte, und die jetzt im Verfahren gegen Ströbele öffentlich verlesen werden, obwohl sie nach § 148 der Strafprozeßordnung dem Zugriff der Ermittlungsbehörden ausdrücklich entzogen sind. Wie im Prozeß gegen Croissant und Groenewold soll Ströbele jetzt öffentlich darüber Rechenschaft abgeben, was er mit seinen Mandanten erörtert hat.

Das Verfahren gegen Ströbele hat unter dem Eindruck einer massiven Vorverurteilung begonnen: Das von ihm mitgetragene sogenannte „Info-System“ war schon vor der Verurteilung seiner Kollegen Groenewold und Croissant von der Bundesanwaltschaft und der Bundesregierung als kriminell bezeichnet worden. Die Gerichte segneten das durch die Verurteilung von Groenewold zu zwei Jahren mit Bewährung und Zahlung von 75.000 DM an die Witwen und Waisen der Polizei und Croissant zu zwei Jahren Knast sowie totales Berufsverbot für vier Jahre ab. Das Oberlandesgericht in Hamburg, das Kurt Groenewold verurteilte, bediente sich dabei folgender Konstruktion: die RAF-Gefangenen

im Knast gelten als kriminelle Vereinigung; das „Info-System“ ist dann ebenso kriminell, wenn nicht nur Papieren ausgetauscht werden, „die sich mit den Taten selbst beschäftigen, d.h. als mit der Motivation in der Vergangenheit“ sondern „mit dem Selbstverständnis der Angeklagten zum Zeitpunkt des Prozesses“ (aus der Rede Groenewolds vor dem 3. Internationalen Russell-Tribunal, veröffentlicht im Rotbuch-Verlag, Bd. 4).

Die Chancen für Ströbele in diesem Verfahren freigesprochen zu werden, sind also denkbar schlecht. Es ist kaum zu hoffen, daß sich das Gericht der Meinung von 33 Frankfurter Rechtsanwältinnen anschließt, die in einer Presseerklärung zum Prozeß gegen Groenewold im Sommer 78 erklärten: „Die Tätigkeit des Strafverteidigers ... habe stets den einseitigen Schutz des Beschuldigten zum Inhalt. Sie sei daher stets eine Form von Begünstigung und Unterstützung - legal und jedem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden entzogen“. Dies gelte auch für Strafverfahren - auch für solche, die den Vorwurf „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ zum Gegenstand hätten“ (FR, 1.7.78).

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Scheingefechte um zweiten Hochsicherheitstrakt in Westberlin

Nach den Vorstellungen des Westberliner Justizsenators Meyer (FDP) soll in Plötzensee ein neuer Frauenknast mit 320 Zellen für 95 Mio Mark gebaut werden, zu dem auch ein neuer Hochsicherheitstrakt für Männer und Frauen mit 60 Zellen gehören soll (s. AK 175). Wegen der immensen Kosten, die hauptsächlich durch den Hochsicherheitsbereich so hoch sein werden, machten kürzlich Proteste von SPD und CDU gegen die Pläne Meyers Schlagzeilen in der örtlichen Presse.

Mehrmals trafen sich in der letzten Zeit die Westberliner Senatsparteien, um über den geplanten Knast zu beschließen. Auf die Frage, weshalb diese Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten wurden, antwortete Senatsdirektor von Stahl dem „Spandauer Volksblatt“ (26.4.80), man wisse nie, „was für Fragen kommen“, man könne dann über vertrauliche Dinge „lockerer reden“.

Angabliches Ergebnis dieser geheimen, aber „lockeren“ Unterredungen: um etwa eine Million DM zu sparen, seien nunmehr „nur noch 30 Zellen im neuen Sicherheitstrakt“ geplant („Sp. Volksbl.“, 29.5.).

Mit den 27 Hochsicherheitstrakt-Plätzen in Moabit gäbe es in Westberlin dann 57 Zellen in zwei Trakten — erschreckend genug! Das Märchen von der Notwendigkeit der Hochsicherheitstrakte für die bekanntlich so ausbruchgefährdeten „Terroristen“ glaubt kaum noch jemand. So schreibt die u.a. von der „Humanistischen Union“ unterstützte „Aktion gesetzmäßiger Strafvollzug“ in einem offenen Brief: „Mit dem neuen Hochsicherheitsbereich würden „Überkapazitäten“ geschaffen, die langfristig mit Tätergruppen belegt würden, die heute hierfür noch nicht zur Diskussion stehen“ („Sp. Volksblatt“, 26.4.). Und auch Justizsenator Meyer gibt inzwischen zu, daß die Trakte nicht

„nur“ mit „Terroristen“ belegt werden sollen, sondern auch mit „hochgefährlichen anderen“ Tätern („Sp. Volksbl.“, 26.4.).

Aber immerhin, 30 Trakt-Plätze seien gestrichen — wenigstens ein klitzekleiner Erfolg? Nicht einmal das: „Gestern stellte sich im Hauptausschuß jedoch heraus, daß die 30 Haftplätze doch gebaut werden. Lediglich auf ihre Ausstattung mit Hochsicherheitsanlagen wie Fernsehüberwachung, elektrischer Türanzeige oder Edelstahltoilette wird derzeit verzichtet. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 625 000 DM wurden nicht gestrichen, sondern nur gesperrt. Die Justizverwaltung erreichte auf diese Weise, daß die umstrittenen Sicherheitsplätze im Hinblick auf eine mögliche politische Entscheidung jederzeit aktiviert werden können“ („Tagesspiegel“, 29.5.80).

Ein weiterer „Streitpunkt“ zwischen den Parteien war die geplante Sägezahn-Fassade für 2,4 Mio DM, die es den Gefangenen unmöglich macht, sich zuzurufen und auch mal was zum Nachbarn „rüberzupendeln“. „Um sich nicht erneut dem Verdacht auszusetzen, der Faktor Sicherheit spiele für die Justizverwaltung die alles entscheidende Rolle, betonte Senatsdirektor von Stahl gestern den architektonischen Aspekt der Fassade“ („Tsp.“, 29.5.).

Dies allerdings brachte ihm den Vorwurf der CDU ein, mit „architektonischen Spielen“ Mio verschleudern zu wollen. Dieser naive Vorwurf brachte die Justizverwaltung in peinliche Verlegenheit. Es blieb für die Öffentlichkeit auch nach der letzten Geheiminsitzung verborgen, ob die CDU inzwischen eingesehen hat, daß Justizsenator Meyer und seine Mitplaner unter „architektonischen Aspekten“ etwas ganz anderes gemeint haben.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Knastblatt Nr. 34 beschlagnahmt!

„Am Dienstag, 10.6., meldeten die Bullen in der „Schwäbischen Zeitung“:

„Knastblatt wurde beschlagnahmt“

Aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten wurde am Freitag in Sigmaringen ein sogenanntes Knastblatt [Nr. 34], das der Sigmaringer Jugendzeitung beigelegt war, beschlagnahmt. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet. Es richtet sich wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede gegen den in Berlin wohnhaften Autor und Herausgeber des Blattes“ (Schw.Ztg.).

Schon am Freitag bekam der presserechtlich Verantwortliche der Sigmaringer Jugendzeitung „Wanze“ Nr. 14 „Besuch“ von der Kripo, die ihm die Kopie des Schreibens vom Amtsgericht Tiergarten überbrachte, worin die Beschlagnahme angeordnet wird. Die Beamten forderten ihn zu einem „Gespräch“ bei der Kripo auf.

Auch andere Redaktionsmitglieder

der „Wanze“ wurden am selben Tag von der Kripo heimgesucht und aufgefordert, sämtliche Exemplare des Knastblattes Nr. 34 bei den Bullen abzuliefern.

Es stellte sich heraus, daß Axel Simon, der Herausgeber des Knastblattes, von seinem Glück noch gar nichts wußte! Das Amtsgericht hatte ihn über das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren noch nicht informiert; das ist auch nicht das erste Mal so: ohne sein Wissen wurden schon mehrmals Ermittlungsverfahren eingeleitet und das jeweilige Knastblatt beschlagnahmt worden (bisher waren die Nummern 17, 31 und 33 von einer Beschlagnahme betroffen).

Am 9. Mai fand der (bisher) letzte Prozeß gegen das Knastblatt statt. Ursprünglich lautete die Anklage auf Beleidigung; sie mußte aber wegen eines Verfahrensfehlers zurückgezogen werden. Da die Justiz Axel aber scheinbar unbedingt eins reinwürgen wollte, modelte sie die Anklage auf rein formaler Ebene zurecht: die pres-

serechtlichen Angaben auf dem Blatt seien unvollständig! Der Name des verantwortlichen Redakteurs und der des Druckers mußten angegeben werden.

Am Prozeßtag war der Gerichtssaal gerammelt voll! Und das trug wohl dazu bei, daß Axel von dieser lächerlichen Anklage freigesprochen wurde (der Staatsanwalt hat natürlich Berufung eingelegt).

Diese neue Beschlagnahme kann nur so verstanden werden, daß das Knastblatt kaputtgemacht werden soll. Gleichzeitig bedeutet das letztendlich Kriminalisierung all derer, die das Knastblatt verteilen. Und wie im oben beschriebenen Prozeß können wir uns nur mit breiter Unterstützung durch die Öffentlichkeit gegen Kriminalisierung und die Zerschlagung des Knastblattes wehren!

KB-Sympathisantin und Wanzen-Redaktion aus Sigmaringen

Prinzip V-Mann auch in Santa Fu!

Wurde dem Gefangen Wolf-Dieter S. von dem mitinhäftierten V-Mann R. ein Briefumschlag mit Haschisch untergeschoben, um Wolf-Dieter S., der bisher nichts mit Drogen zu tun gehabt hatte, hochgehen zu lassen? Er steht jetzt als Angeklagter vor Gericht.

Bei diesem Prozeß kam einmal mehr die gerade für die Hamburger Polizei typische völlig „illegale“ Zusammenarbeit mit V-Leuten ans Tageslicht, die erst vor kurzem wesentlicher Inhalt des Hamburger Polizeiskandals war.

Die „Sicherheitsbeamten“ behaupteten vor Gericht, Wolf-Dieter S. habe bei einer „routinemäßigen Untersuchung“ einen Briefumschlag mit Haschisch aus der Unterhose gezogen. Bis dahin habe man nichts von dem Haschisch gewußt. Der Umschlag wurde vom Gericht allerdings vergeblich angefordert: er sei aus „hygienischen Gründen“ weggenommen worden.

Aus der Sicht des Angeklagten sieht das ganz anders aus: Er habe den Umschlag von dem Mithäftling angenommen in der Meinung, es handle sich um Tabletten. Erst später sei ihm klargeworden, daß er auf einen V-Mann hereingefallen sei. Die Beamten bei der Durchsuchungsaktion mußten über den Brief unterrichtet gewesen sein. Einer habe gesagt: „Da ist er

ja“. Der Leiter der Sicherheitsgruppe Klaus Rettinger behauptete vor Gericht, von allem nichts gewußt zu haben. Daraufhin wurde er von einem Gerichtsreferendar, der in Santa Fu sein Praktikum machte, wegen Meinungs und Vortäuschung einer Straftat angezeigt. Rettinger mußte daraufhin zugeben, daß er sich mit K. vor der Leibesvisitation getroffen hatt. Mit dem Angeklagten habe das jedoch überhaupt nichts zu tun. Und V-Mann sei R. natürlich auch nicht.

Dem stehen nicht nur die Aussagen von Wolf-Dieter S. und dem Gerichtsreferendar entgegen, sondern auch die Aussage von Anstaltsleiter Stark. Dieser sagte aus, er wisse von Sicherheitsbeamten, daß im Falle des Angeklagten die angeblich routinemäßige Untersuchung der Zelle nur vorgetauscht worden sei („FR“, 11.6.80). Laut „Mopo“ vom 10.6. habe ihm Rettinger erklärt, daß es sich bei dem Gefangenen R. um einen V-Mann und „Informanten“ handle.

Es bleibt zu hoffen, daß im weiteren Verlauf des Prozesses noch mehr von dem Untergrundapparat, dessen sich Polizei und Vollzugsbeamte offensichtlich gleichermaßen bedienen, ans Tageslicht kommt.

Antifa-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Umschlag von dem Mithäftling angenommen in der Meinung, es handle sich um Tabletten. Erst später sei ihm klargeworden, daß er auf einen V-Mann hereingefallen sei. Die Beamten bei der Durchsuchungsaktion mußten über den Brief unterrichtet gewesen sein. Einer habe gesagt: „Da ist er

von dem Untergrundapparat, dessen sich Polizei und Vollzugsbeamte offensichtlich gleichermaßen bedienen, ans Tageslicht kommt.

Antifa-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Leserbrief an Borvin Wulf

Lieber Borvin,

ich habe deine „Gedanken zu der Präambel einer neuen Magna Carta“ gelesen und wie's so geht, mir sind dazu auch eine Menge Gedanken in den Kopf gekommen, die ich hier aufschreiben möchte.

Lieber Borvin,

ich habe deine „Gedanken zu der Präambel einer neuen Magna Carta“ gelesen und wie's so geht, mir sind dazu auch eine Menge Gedanken in den Kopf gekommen, die ich hier aufschreiben möchte. Vorweg: ich bin nicht im Knast, war nie drin und „kenne“ das, was da abläuft nur aus Briefen, Erzählungen, Berichten und meiner Vorstellungskraft. Trotzdem will ich mir anmaßen, dementsprechend theoretisch, ein paar Punkte aus deinem Papier aufzugreifen und zu kritisieren, die mich wütend gemacht oder verunsichert haben, aber die auch Diskussionen in Gang gesetzt haben, die notwendig sind.

Hauptpunkt ist die Frage im 2. Teil des Papiers: „Was verbindet mich/euch und die sonstigen politischen Gefangenen mit normalen Gefangenen?“

Es folgt eine lange Aufzählung der verschiedensten „Sorten“ von Gefangenen: Nazis, Zuhälter, Mörder, Dealer, Millionenbetrüger, berufsmäßige Einbrecher, Leute, denen nicht über den Weg zu trauen ist, die nur für den eigenen Vorteil kämpfen, wozu ihnen jedes Mittel recht ist, wofür sie den besten Freund verraten, die Frau ausnutzen und die sich auch im Knast einfach nicht bessern wollen. Du scheust es dabei nicht, Delikte als erwiesen hinzustellen, die z.T. noch nicht einmal verhandelt wurden (z.B. der in Santa Fu im Dez. 79) und auch in allen anderen Fällen vertraust du den zuverlässigen Ermittlungsmethoden von Polizei und Justiz. Darüber hinaus - wo bleiben all die Gefangenen, die sich mit ihrer „Schuld“ auseinandersetzen und dabei, wie könnte es anders sein, in die Knie gehen? Ich erinnere mich da an ein Gedicht eines deiner Mitgefangenen, das mit der Zeile endet: „... an den Haß der Menschen auf ihn, auf den Mörder, der selber nicht weiß, warum er einer wurde.“

Aber trotzdem, das Verhalten, von „normalen“ Gefangenen, wie du es beschreibst, ist sicher vertreten - und zwar in dem gleichen Maße, wie es hier draußen ungestraft vertreten ist,

als Grundpfeiler einer unmenschlichen Gesellschaft, in der Millionenbetrügereien, der Deal mit dem Glück, der Mord an geborenem Leben und die Vergewaltigung von der Wiege an die Regel sind. Aber keine Sorge, mir geht's gut, denn es trifft nicht jeden so hart. Und wen es so hart getroffen hat, den findest du meist unter deinen „normalen“ Mitgefangenen wieder, weil er so mit anderen umging, wie mit ihm umgegangen wurde.

Aber du schreibst ja, daß diese Erklärungsversuche nichts an den „manifesten (Un-)Bewußtseinsstrukturen in den Köpfen der Menschen im Knast“ ändern. Sicher nicht. Der Sinn einer Erklärung ist es auch nicht, etwas zu verändern, sondern etwas zu verstehen. Wollte man an Bewußtseinsstrukturen etwas verändern (und das setze ich mal voraus), so käme es wohl auf's Handeln an, auf gemeinsame Erfahrungen, bei denen sich dann zeigen wird, ob wie du schreibst, die „heimliche Verweigerung, die die meisten normalen Gefangenen betreiben“ tatsächlich nicht das geringste mit politisch bewußter Verweigerung zu tun hat, oder ob das ein Anfang sein kann. Und bei solchen Handlungen erst kann es sich zeigen, wer auf welcher Seite steht - das Zitat aus dem „Wochenschauer“ zum Fuhrbüttler Gesuch, demgegen-

über die 320 Gefangenen, die das Gesuch unterschrieben haben, zeigt doch wohl allzu deutlich, daß solche Schreiberlinge nicht das Sprachrohr der Gefangenen sind.

Wenn du schließlich Santa Fu als Pilotprojekt des sog. liberalen Vollzuges darstellst, das „alle negativen, destruktiven Erscheinungen des nunmehr massenhaften Verrats, der Servilität, der Karriere, der Konkurrenz, der modernen Vereinzelung (von unzähligen Klassen in der - einen - Klasse von gut 600 Gefangenen), der Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen und Konflikten Dritter, der gegenseitigen Ausbeutung usw. und einer - rein egoistisch-materialistischen-Konsumentenkultur, wieder zu neuem Leben erweckt hat“ - dann weiß ich nicht, weshalb du nicht lieber deinen Scharfsinn darauf verwendest, die Verantwortlichen eines solchen Vollzuges anzugreifen, statt die Differenzen in den Reihen der Betroffenen in einer Art und Weise festzuschreiben, die keinen gemeinsamen Weg mehr offen läßt und von daher nur im Sinne des Vollzuges sein kann.

Wann du schließlich Santa Fu als Pilotprojekt des sog. liberalen Vollzuges darstellst, das „alle negativen, destruktiven Erscheinungen des nunmehr massenhaften Verrats, der Servilität, der Karriere, der Konkurrenz, der modernen Vereinzelung (von unzähligen Klassen in der - einen - Klasse von gut 600 Gefangenen), der Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen und Konflikten Dritter, der gegenseitigen Ausbeutung usw. und einer - rein egoistisch-materialistischen-Konsumentenkultur, wieder zu neuem Leben erweckt hat“ - dann weiß ich nicht, weshalb du nicht lieber deinen Scharfsinn darauf verwendest, die Verantwortlichen eines solchen Vollzuges anzugreifen, statt die Differenzen in den Reihen der Betroffenen in einer Art und Weise festzuschreiben, die keinen gemeinsamen Weg mehr offen läßt und von daher nur im Sinne des Vollzuges sein kann.

Martina und Angela
Knastgruppe Hamburg
c/o Schwarzmarkt
Bundesstr. 9
2 Hamburg 13

Leserbrief

Wir sind seit einiger Zeit eine/die Gefangenenselbsthilfe (GSH) und beabsichtigen - außer uns bekanntzugeben - Interessierte und Betroffene zu zentralisieren, sprich kooperative Knastarbeit zu leisten... Angesprochen sind alle Einzelpersonen/Kämpfer und Gruppen (sowohl draußen als drinnen), die sich mit uns/Euch zusammentun mit dem Anspruch, die Magna Carta als Ein/Ausgangsbasis zu nehmen. Meldet Euch haufenweise bei: GSH Münster, Postfach 7622, 4400 Münster/Westfalen.

Die GSH hat sich ca vor 7 Monaten aus der Razzia im Münsteraner Knast (die TAZ vom 19.10.79 berichtete darüber) gebildet. Unsere letzten Aktivitäten: am 11.4.80 große GSH-Fete mit vier deutschen Rockgruppen in Münster (ca. 700-800 Leute), am 30.4.80 in der alten Mensa Infostand auf der „Antifa“, am 3.5. Infostand auf dem 2. Friedensmarkt in Münster.

Keinen Knast für Niemand!

Berufsverbotekonferenz:

Die »Liberalisierung« schwächt die Kräfte

Vom 6.-8. Juni fand in Hamburg die diesjährige internationale Konferenz der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ statt. Von der Beteiligung und vom Verlauf markierte diese Konferenz einen relativen Tiefpunkt der Anti-Berufsverbotsbewegung. Zwar nahmen auch an dieser Konferenz wie schon bei den letzten in Oldenburg und Darmstadt ca. 1000 Menschen teil, ein großer Teil davon Berufsverboteopfer, jedoch zeigte sich sehr deutlich, daß hier nicht mehr viel mehr als die DKP und ihr politisches Umfeld repräsentiert waren. So waren z.B. Jusos und Judos, die bei den beiden letzten Konferenzen immerhin ihre Vorsitzenden geschickt hatten, diesmal nur durch die zweite Garnitur vertreten, die auch nicht weiter in Erscheinung trat. Es war weiterhin kein führender Gewerkschaftsfunktionär anwesend (in Oldenburg vor drei Jahren war immerhin noch Detlef Henschke vom IG Druck-Vorstand einer der Hauptredner). Und auch die Beteiligung aus dem Ausland war diesmal mehr als mäßig. Z.B. nahmen aus Holland nur 10 Vertreter teil; in Darmstadt und Oldenburg waren es jeweils ca. 40. Insgesamt waren ca. 70 Ausländer anwesend, davon 22 aus Dänemark. Hinzu kommt, daß die ausländischen Vertreter zum großen Teil Mitglieder der jeweiligen Bruderparteien der DKP waren (PCF, PCI, KPUSA usw.). Das sozialdemokratische Ausland war lediglich durch je einen Europa-Parlamentarier der Labour-Party und der PvdA aus Holland vertreten (in Oldenburg hatte immerhin noch die PvdA-Vorsitzende van Heuvel gesprochen).

Diese Situation spiegelt recht deutlich wider, wie weit die „Liberalisierungs“-Kampagne der Bundesregierung im In- und Ausland verfangen hat. Das Interesse an den Berufsverboten ist zurückgegangen. Teilweise ist dem wohl auch mit entsprechenden Druck nachgeholfen worden (z. B. bei den Jusos).

Die Konferenz lief nach dem gewohnten Schema ab. Der als Eröffnungsredner angekündigte Bernt Engelmann erschien nicht, sondern schickte nur eine Grußadresse im Namen des Schriftstellerverbandes. Dafür sprach als Hauptredner der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing. Thüsing erklärte für einen SPD-Vertreter überraschend deutlich: „Berufsverbote sind lebendig und leben, der Kampf gegen Berufsverbote muß weitergehen ... nur zu oft hat zwar die sogenannte Liberalisierung mehr Flexibilität zur Folge gehabt, aber auch durchaus im Sinne der Interessierten weniger öffentliches Ärgernis...“. Ansonsten brachte die Eröffnungsveranstaltung kaum neue Erkenntnisse. Bemerkenswert war vielleicht nur noch eine Feststellung des Labour-Vertreters Richard Balfe, die den Veranstaltern nicht ganz in den Kram gepaßt haben dürfte: „Lassen Sie mich sagen, daß viele Leute (in Großbritannien) über andauernde Gerüchte besorgt waren und sind, die uns über die Behandlung von Menschen, die aufgrund von Terrorakten gesucht und gefangen gehalten werden, zu Ohren gekommen sind. Ich denke dabei an vieles, insbesondere aber an den Tod von Ulrike Meinhof...“.

Auch aus den zahlreichen Arbeitskreisen ist nichts Interessantes zu be-

richten. Eine Diskussion fand praktisch nirgends statt, obwohl immerhin so interessante Themen wie „Bilanz der sogenannten Liberalisierung“ und „Berufsverbotsverfahren als Gesinnungsjustiz“ anstanden. In letzterem Arbeitskreis wurde alleine eine ganze Stunde (von zwei zur Verfügung stehenden Stunden) von Vertretern ausländischer revisionistischer Parteien allgemeine Beiträge gehalten, die teilweise die gleichen Vertreter auf den vorhergehenden Konferenzen auch schon gehalten hatten. Durch diese von den Veranstaltern natürlich eingeplanten Beiträge wurde von vornherein jeder Ansatz zur Diskussion über die aktuelle juristische Situation der Berufsverboteverfahren im Keime erstickt. Ähnlich lief es auch in den anderen Arbeitskreisen, wo die von der „Initiative“ vorgelegten Thesen durch großenteils längst bekannte Beispiele ergänzt, aber nirgends diskutiert wurden.

Inhaltlich läßt sich zu diesen Thesen sagen, daß sie eine im großen und ganzen realistische Einschätzung der aktuellen Situation der Berufsverbotepraxis geben. Die in Darmstadt noch vorhandenen weitgehenden Illusionen über die damals beschlossene „Liberalisierung“ sind inzwischen vollständig verfliegen.

Abschließend ist noch festzustellen, daß das SB-nahe „Komitee für Demokratie und Menschenrechte“, das kürzlich eine umfangreiche Untersuchung über die Berufsverbotepraxis in den zwei letzten Jahren vorgelegt hatte, zu diesem Kongreß nicht eingeladen war. Offenbar ist die „Initiative“ auch lange nach Abschluß des Russell-Tribunals nicht bereit, ihren Alleinvertretungsan-



spruch in Sachen Berufsverbote aufzugeben. Ein Grund, der sicherlich auch dazu beigetragen hat, daß die nicht-revisionistische westdeutsche Linke auf diesem Kongreß kaum vertreten war. An der auf diesem Kongreß deutlicher gewordenen Isolierung trägt eben nicht nur die SPD,

sondern auch die die „Initiative“ dominierende DKP mit ihrer Abgrenzungspolitik einen wesentlichen Anteil. Aber das wird sie in ihrer Selbstgenügsamkeit kaum kratzen.

Berufsverbotekommission

Disziplinargericht verschärft Radikalenrichtlinien DKP-Mitgliedschaft ist Dienstvergehen

Das Bundesdisziplinargericht hat jetzt wieder ein Urteil gegen ein Mitglied der DKP gefällt. Während die 3. Kammer dieses Gerichts noch vor kurzem den Postbeamten Peter „freigesprochen“ hatte, entschied die 9. Kammer des Gerichts im Verfahren gegen den Bundesbahnbeamten Langmann (Zugführer), dieser sei wegen seiner DKP-Mitgliedschaft aus dem Dienst zu entlassen. Damit ist erstmals ein Lebenszeitbeamter wegen Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Organisation entlassen worden.

Beide Urteile gehen von der ausgesprochenen Voraussetzung aus, daß die DKP eine verfassungsfeindliche Partei ist. In beiden Fällen wird gleichlautend auch für Recht erklärt, daß die „aktive Mitgliedschaft“ (worum jede Tätigkeit für die Organisation, angefangen beim aktiven Eintritt über die aktive Beitragszahlung bis hin zur aktiven Mitarbeit, gefaßt werden kann) ein „Dienstvergehen“ und damit ein Grund zur Entlassung aus dem Beamtenverhältnis ist. Unterschiedlich sind die Urteile in den konkreten, aktuellen Konsequenzen.

Im neuesten Fall, gegen den Bundesbahnbeamten Langmann, entschied das Gericht, „daß der Beamte schon mit seinem Eintritt in die DKP die Schwelle zum pflichtwidrigen Verhalten überschritten habe“ (FAZ, 6.6.80). Dies wird mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 25.5.75 begründet, nach dem jeder Beamte verpflichtet ist, sich „von verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu distanzieren“. D.h. es wird ein aktives Verhalten gegenüber den kommunistischen Organisationen verlangt. Nachdem nun schon der bloße Eintritt in die DKP als „pflichtwidriges Verhalten“ gewertet wurde, kam für den Beamten noch „erschwerend“ hinzu, daß er sich nach seinem Eintritt auch noch aktiv für die DKP engagiert hat: Kandidatur bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen.

Im Grundsatz vom gleichen Standpunkt hatte das Gericht im Fall Peter geurteilt. Seine aktive DKP-Mitgliedschaft verstöße gegen die Beamtenpflichten und sei grundsätzlich ein Entlassungsgrund. Konkret hatte es jedoch dem Antrag des Bundesdisziplinaranwalts auf Entlassung nicht entsprochen, da sich Peter zeitweilig in einem „entschuldbaren Verbotssirtum“ befunden habe. Bis 1975 (BVG-Urteil) habe er sich (irrigerweise, aber entschuldigbar) auf das Par-

teiprivileg berufen können; danach hätte es selbst unter seinen Dienstherren (Bundespostbehörde und Ministerium) unterschiedliche Meinungen gegeben, ob allein die Mitgliedschaft ein Dienstvergehen sei, oder ob dazu die aktive Unterstützung der DKP hinzukommen müsse. Diese „Rechtsunsicherheit“ wurde Peter zugute gehalten. Das Gericht schlug dann noch einen Haken in der Hinsicht, daß seiner Ansicht nach die „bloß inaktive Mitgliedschaft“ noch kein Dienstvergehen sei; dies war jedoch schon insofern reine Spiegelfechterei, da Peter (und allen anderen, deren Fälle zur Entscheidung stehen) konkrete Aktivitäten für die DKP vorgehalten werden.

Wenn auch das Urteil gegen Peter im konkreten Fall positiv ausgefallen ist (keine Entlassung), so unterscheidet es sich im Grundsatz kaum vom Urteil gegen Langmann. Das Gericht machte gegenüber Peter eindeutig klar, daß alle weiteren Aktivitäten für die DKP nicht mehr unter den ihm zugestandenen „Verbotssirtum“ fallen können. D.h. jede weitere Aktivität kann als Entlassungsgrund herangezogen werden.

Interessant ist, daß beide Urteile so gefällt wurden, daß eine Berufung fast zwingend erscheint. Diese Berufung(en) würde(n) vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt werden und damit eine neue Grundsatzentscheidung herbeiführen (danach ist nur noch Verfassungsklage möglich). Im Fall Peter geht das Gericht in der schriftlichen Urteilsbegründung direkt auf die Berufungsmöglichkeit ein und läßt dabei ausdrücklich offen, ob das Bundesverwaltungsgericht seiner Ansicht folgen werde. In Richtung des Bundesdisziplinaranwalts und der Bundesregierung ist die windige Begründung mit dem „Verbotssirtum“ ein Wink mit dem Zaunpfahl, um diese höchst richterlich zu kippen.

Im Fall Langmann ist die Sache noch eindeutiger. Allein die Mitgliedschaft in der DKP schon als Entlassungsgrund anzugeben, ohne die aktive Mitgliedschaft besonders zu werten, zwingt die DKP zum Schutz ihrer eigenen Mitglieder in die Berufung. Von besonderer politischer Bedeutung sind diese beiden Fälle, weil durch die Gerichtsbeschlüsse die Richtlinien für den Radikalenlaß weiter verschärft werden.

Rein juristisch (im Sinne der Buchstaben des Beamtengesetzes)

verhält es sich so, daß eine Nichtverbeamtung leichter durchzusetzen ist als eine Entlassung eines Lebenszeitbeamten. Während bei einem Bewerber fürs Beamtenverhältnis allein „nachgewiesene Zweifel“ genügen, um die Nichteinstellung zu rechtfertigen, müssen einem Beamten (rein rechtlich) schwere Verstöße gegen das Disziplinarrecht nachgewiesen werden, um eine Entlassung herbeizuführen. Nach den geltenden Richtlinien des Radikalerlasses rechtfertigt die bloße Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Organisation jedoch lediglich „Zweifel“ an dem „Treueverhältnis“. Hierin liegt auch der Grund, daß (fast) alle bisherigen Berufsverbote auf der Schwelle zur Verbeamtung (nach dem Referendariat oder nach der Probezeit als Beamter) ausgesprochen wurden. Im einzigen bisher gefällten Berufsverbot gegen einen Lebenszeitbeamten, im Fall Gerd Heide, wurde denn auch nicht die Mitgliedschaft in der „KPD“ zum entscheidenden Kriterium genommen, sondern die angebliche Indoktrination der Schüler, Hausfriedensbruch in der Schule usw. (was natürlich die eigentlichen Gründe nur verschleierte). Auch in dem zweiten Berufsverboteverfahren gegen einen Lebenszeitbeamten, Jens Scheer, wurde nicht mit der „KPD“-Mitgliedschaft argumentiert, sondern ebenfalls mit der angeblichen Indoktrination im Studienbetrieb, Aufruf zu Gewalttaten gegen den RCDS (CDU-Studentenorganisation). Seiner Entlassung wurde aber gerade dann vom Gericht widersprochen, als er sich in seinem Verfahren von früheren politischen Orientierungen der „KPD“ distanzierte. Insofern stellen diese beiden Urteile eine konkrete Verschärfung der Berufsverbotepraxis und -begründung dar.

Ebenso wird damit das Versprechen einer Einzelfallprüfung verworfen. Zwar war diese von der SPD in die Richtlinien eingeführt worden, um die Bewegung gegen die Berufsverbote zu spalten (nach dem Motto: wen es jetzt noch erwischt, ist ein wirklicher „Verfassungsfeind“), aber sie hätte den Gerichten gleichzeitig eine konkrete Beweislast auferlegt. Mit der pauschalen Begründung, daß allein die (aktive) Mitgliedschaft ein „Dienstvergehen“ (und damit ein Entlassungsgrund) ist, wird auch diese einmal als „Reform“ angepriesene Neuregelung des Radikalerlasses von der Wirklichkeit ad absurdum ge-

führt. Man sollte sich nicht einbilden, daß dies jemals anders gedacht gewesen ist, dennoch ist es interessant zu

verfolgen, wie sich der „Rechtsstaat“ Zug um Zug entblättert.
Berufsverbotekommission, Hamburg

Berufsverbot wegen „Ansehensschädigung“

Augsburg — Die 29-jährige Edith Wiese-Liebert war als Beamtin auf Probe bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Augsburg tätig. Am 6.6.80 erhielt sie ihren Entlassungsbescheid, der sofort in Kraft tritt. Als Grund für ihre sofortige Entlassung wird die Kandidatur bei den Kommunalwahlen im März 1978 für die DKP angegeben. Der sofortige Vollzug der Entlassung wird wie folgt begründet: „In Ihrem Fall besteht besonders eine konkrete Gefahr der Ansehensschädigung, weil Ihre verfassungsfeindlichen Aktivitäten bereits in der Öffentlichkeit bekanntgeworden und schon anonyme Protestschreiben bei der Auskunfts- und Beratungsstelle Augsburg eingegangen sind.“

Diese Begründung könnte umstandslos auf alle beruflichen Bereiche übertragen werden. Anonyme Protestschreiben werden beim herrschenden Antikommunismus nicht

schwer zu organisieren sein. Damit wäre ein völlig neues Feld für die Berufsverbotepraxis erschlossen.

Ihr Mann, der Bundesbahnbeamte Gerhard Wiese, erhielt am gleichen Tag seinen Entlassungsbescheid zum 30. Sept. 80. Sein Verfahren zieht sich schon über vier Jahre hin. Ihm werden ebenfalls Kandidatur für die DKP und Teilnahme an Veranstaltungen der VVN als Verstöße gegen seine Treuepflicht als Beamter vorgeworfen.

An diesen Fällen wird deutlich, daß das Urteil des Bundesdisziplinargerichts gegen Hans-Jürgen Langmann keine einzelne „Fehlentscheidung“ einer wildgewordenen Kammer ist. Was sich hier ankündigt, ist eine Ausweitung der Berufsverbotepraxis in großem Stil auf die schon im Dienst stehenden Beamten.

Berufsverbotekommission/KB-HH

Berufsverbot wegen Rock gegen Rechts-Unterstützung?

Seine Qualifikation stand außer Frage, als der ÖTV-Kollege sich beim Jugendamt vorgestellt hatte. Sein Name erschien auch schon im Stellenplanentwurf 1980. Doch die Verwaltung hatte sich über den Bewerber „jetzt informiert“ und zu Tage getreten war ein Flugblatt, welches zur Teilnahme an „Rock gegen Rechts“ im Herbst 1979 aufrief. Damals hatten zahlreiche hannoversche Gruppen wie Falken, Jugendzentren, Antifa-AG, Salvador-Allende-Club und eine Reihe ÖTV-Kollegen und -Funktions-träger zu einer antifaschistischen Aktionswoche und zwei Rock-Konzerten mobilisiert und über 3000 kamen. Dies soll dem Bewerber, wenn

es nach dem Oberkreisdirektor geht, angelastet werden. Angelastet wird ihm, daß im Aufrufflugblatt die Polizeistaatspraxis kritisiert wird und der Regierung vorgeworfen wird, sie betreibe eine Krisenbewältigung zugunsten der Profite des Kapitals.

In ihrem Flugblatt fordert die ÖTV-Vertrauensleitung und die ÖTV-Kreisverwaltung Hannover die sofortige Einstellung des Bewerbers. Während des Misty Roots-Konzerts im UJZ Glocksee informierte ein ÖTV-Kollege über den Vorfall und forderte die Anwesenden zur Unterzeichnung einer Unterschriftenliste auf.

KB/Gruppe Hannover (Antifa-Kom.)

RECHTSsprechung Aussperrung auch weiterhin erlaubt!

Am 10. Juni 1980 gab das Kasseler Bundesarbeitsgericht sein Urteil über die Rechtmäßigkeit von Aussperrungen im Arbeitskampf bekannt:

Das Gericht ging dabei vom Grundsatz des sogenannten „Verhandlungsgleichgewichts“ in Tarifauseinandersetzungen aus. Danach dürfen die Kapitalisten gegen Streiks mit Aussperrung vorgehen, um zu verhindern, daß die Gewerkschaften ein „Verhandlungsübergewicht erzielen“ können. Ausdrücklich heißt es in dem Urteil: „Ein generelles Aussperrungsverbot ist mit den tragenden Grundsätzen des geltenden Tarifrechts unvereinbar und deshalb unzulässig“.

Es wird festgestellt, daß das in der hessischen Landesverfassung von 1947 enthaltene Verbot der Aussperrung nicht mehr gültig sei: „Bundesrecht breche Landesrecht, auch wenn das Bundesrecht nicht ausdrücklich die Aussperrung erwähne, diese vielmehr von der Rechtsprechung als Rechtsfigur entwickelt worden sei“ (FAZ, 11.6.). In verständliches Hochdeutsch übersetzt heißt dies: die angewandte Praxis der Aussperrung durch die Kapitalisten und ihre Rechtfertigung durch bundesdeutsche Arbeitsgerichte hat die Aussperrung heute nahezu in den Rang eines Grundrechts erhoben! Da Recht aber nicht vom Himmel fällt, sondern durch insbesondere reaktionäre Arbeitsrichter gesprochen wird, urteilen diese heute: unsere reaktionäre, unternehmerfreundliche Rechtsprechung der Vergangenheit ist heute eine gefestigte „Rechtsfigur“. Das Bundesarbeitsgericht hat dabei immer eine zentrale Rolle gespielt. Das aktuelle Urteil vom 10.6.80 steht in der Tradition ähnlicher Urteile des BAG von 1955 und 1971.

Kein so schlechtes Urteil?

Seitens der klagenden Gewerkschaften IG Druck und der IG Metall sowie des DGB ist das Urteil „mit Bedauern“ zur Kenntnis genommen worden. Man wolle, so heißt es, weiterhin das Verbot der Aussperrung fordern. Auf der anderen Seite gibt es schon Stimmen, die meinen, man könnte mit dem Urteil

leben. Immerhin, so wird argumentiert, legitimierte das Urteil nur die „Abwehraussperrung“, nicht aber die „Angriffsaussperrung“. Dazu heißt es im Urteil: „Der zulässige Umfang von Abwehraussperrungen richtet sich nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ (FAZ, 11.6.). Danach dürfen Aussperrungen das Ausmaß von Streiks nicht übertreffen. Wie diese „Parität“ aussehen soll, ist im Urteil beschrieben: „Ist der Streik auf weniger als 25 % der Arbeitnehmer des Tarifgebiets beschränkt, so erscheint eine Abwehraussperrung nicht unverhältnismäßig, wenn sie ihrerseits nicht mehr als 25 % der Arbeitnehmer des Tarifgebiets umfaßt“ (FAZ).

Untersagt wird im Urteil die gezielte Aussperrung von Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber Nicht-Organisierten, da dies „eine gegen die positive Koalitionsfreiheit gerichtete Maßnahme“ sei.

Vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen erkannte das Gericht: die Aussperrung im baden-württembergischen Metallarbeiterstreik sei rechtmäßig gewesen. Den Streik von 80.000 Metallern hatten die Unternehmer mit der Aussperrung von 140.000 in Baden - Württemberg beantwortet.

Unrechtmäßig sei hingegen die Aussperrung in der Druckindustrie 1978 gewesen. Während die IG Druck für nur wenige tausend Beschäftigte Schwerpunkstreiks durchführte, antworteten die Druck - Kapitalisten mit der Aussperrung von über 30.000 Beschäftigten bundesweit. Dies, so das Gericht, sei „unverhältnismäßig“ gewesen.

Trotz all dieser Einschränkungen: entscheidend ist, daß das Urteil die Aussperrung als grundgesetzlich legitimiert und die Grenzen allein als Orientierung absteckt, ohne hier feste Vorschriften zu machen.

Stillhalteabkommen des DGB?

Der DGB hat mit dem Urteil eine Niederlage hinnehmen müssen, die abzusehen war. Der juristische Weg war von Anfang an eine Sackgasse. Einzelne Gewerkschaftsführer hatten denn auch in die Diskussion gebracht, zukünftig zwischen den Ge-

werkschaften stärker koordiniert mit Kampfmaßnahmen auf Aussperrungen zu reagieren.

Im Unterschied zum DGB haben die Kapitalistenverbände, die CDU, die FDP und die DAG positiv auf das Urteil reagiert.

Interessant ist das Verhalten der SPD. Sie erklärte zwar, daß sie die Aussperrung auch weiterhin „moralisch“ verurteile. Auf der anderen Seite gab es schon vor der Urteilsverkündung heftige Kontroversen um die Frage des Verbots auf dem Hamburger SPD - Landestag. Die Hamburger SPD und ihr Sozialsenator Ehlers hatten angekündigt, ein Landesgesetz zum Verbot der Aussperrung vorzubereiten. Das ist heftig von Willy Brandt und Herbert Wehner kritisiert worden, die dies „als Spiel mit dem Feuer“ angriffen. Es drohte dann ein „Verbandsgesetz“, das einer politischen Entmachtung der Gewerkschaften insbesondere in der Tarifpolitik gleichkomme. In dieser Frage hat die CDU durchaus Aussichten, die Mehrheit im Bundestag zu bekommen, da auch in der FDP mit ähnlichen Überlegungen geliebäugelt wird. Die Hamburger SPD hat nun auch nach dem Urteil angekündigt, sie werde an dem Gesetzesvorhaben festhalten, allerdings hat Bürgermeister Klose gegenüber der Presse bereits ein Einlenken angedeutet.

Auf dem Hamburger SPD-Landestag machten Wehner und Brandt den Hinweis „auf vorangegangene Gespräche mit der DGB - Spitze im Hinblick auf das bevorstehende Urteil des Bundesarbeitsgerichts und daraus möglicherweise entstehende Vorgänge vor dem Bundesverfassungsgericht“ (FAZ, 9.6.80). Brandt deutete „diskret einen Umschwung bei führenden Gewerkschaftsführern im Sinne von Wehners Besorgnissen“ an (ebenda).

Hier scheint die DGB - Geheimpolitik erneut ein Stillhalteabkommen mit den Kapitalisten anzustreben, das dann eindeutig ein Akzeptieren des gefällten Urteils bedeuten würde. Es wird jetzt wohl nur noch eine Frage der Zeit sein, bis Hamburgs SPD ihre Initiative zurückzieht.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Opel-Rüsselsheim: 8.000 Entlassungen erst der Anfang?

In einer Vollversammlung von IG Metall-Vertrauensleuten am 2. Juni diskutierten die Kollegen die Entlassungspläne der Adam Opel AG. Opel beabsichtigt in Rüsselsheim etwa 8.000 Kollegen auf die Straße zu setzen. 4.000 bis 5.000 Arbeitsplätze sollen innerhalb der nächsten sechs Monate im Stammwerk vernichtet werden. Weitere 3.700 Metalller sollen ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn mit Beginn der Werksferien die Hälfte der Motorenfertigung und die gesamte Getriebeproduktion eingestellt wird.

Auf der Vollversammlung der Vertrauensleute herrschte ein recht kämpferische Stimmung. Nicht zuletzt wohl auch dadurch, daß Kollegen von VFW Fokker als Gäste den Film über ihren Kampf gegen die geplanten Entlassungen bei Speyer vor fünf Jahren vorführten. In vielen Beiträgen wurde der Wille zu Kampfmaßnahmen ausgedrückt. Der Betriebsratsvorsitzende von Opel-Rüsselsheim sagte u.a.: „Wir haben zu entscheiden, ob wir Hammer oder Amboß sein wollen“. An konkreten Schritten wurde eine Massendemonstration der Opelaner und ihrer Familien geplant.

Einige Tage später, in einem anderen Rahmen, hörten sich die Worte des Betriebsratsvorsitzenden allerdings schon anders an. In einem Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion sprach Heller davon, „daß sein Betriebsrat aufgrund der dramatisch verschlechterten Absatzlage für größere Opel-Modelle durchaus einen bestimmten Personalabbau in Kauf nehmen würde, doch gebe es derzeit keinen Konsens mit der von Amerika ferngesteuerten Geschäftsführung. Während der Betriebsrat vorgeschlagen habe, ältere Arbeitnehmer zwischen 59 und 63 Jahren mit einer ausreichenden Ausgleichssumme versehen, vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen, ist die Geschäftsleitung daran interessiert, auch jüngere Arbeitnehmer durch Abfindungen loszuwerden“ („FR“, 6.6.80).

Nichts gegen vorzeitigen Ruhestand, aber so wird man nie Hammer sondern Amboß werden.

Es geht bei dem geplanten Personalabbau in Rüsselsheim nicht allein um die gesunkenen Verkaufszahlen für die Autos der „gehobenen Mittelklasse“. Einen Teil der Entlassungen verdanken die Opel-Kollegen direkt Subventionen für die Schaffung „neuer“ Arbeitsplätze. Das Land Rheinland-Pfalz finanziert nämlich die Erweiterung und Rationalisierung des Opel-Motorenwerkes in Kaiserslautern mit mindestens einem Viertel der Kosten. Kein einziger Arbeitsplatz wird dadurch neu geschaffen.

Die anderen Automobilkonzerne machen es ebenso: Bremen fördert ein Daimler-Zweigwerk mit 250 Mio DM, Ford investierte im Saarland und in Berlin und bekam neben preisgünstigen Bauplätzen noch Millionen aus der Berlin-Förderung, BMW will in Bayern ein neues Zweigwerk errichten und läßt sich vom Land Bayern Standorte und öffentliche Gelder von über 300 Mio DM anbieten (nach „Spiegel“, 9.6.80). Mit diesen Steuer-subsidien schaffen sich die Automobilkonzerne neueste modernste Produktionsstätten, in denen mit weniger Arbeitskräften mehr produziert werden kann.

Für die Opel-Kollegen sind die jetzt anstehenden Entlassungen nur der erste Teil von Veränderungen. General Motors, die Muttergesellschaft der Opel AG, baut zur Zeit drei neue Werke in Spanien, zwei in Österreich, je eins in Nordirland und Frankreich. Wenn die spanischen Werke im August 1982 ihre Produktion aufnehmen, sollen sie jährlich 300.000 Fahrzeuge auf den Markt bringen. Auch diese Werke werden von den Staaten subventioniert, teilweise unter der Bedingung, daß ein Großteil der hergestellten Fahrzeuge exportiert werden, zur Aufbesserung der jeweiligen Zahlungsbilanzen. Was dadurch auf die Opel-Kollegen in der BRD zukommen kann, ist derzeit noch gar nicht abzuschätzen.

Metallkommission

»Innere Sicherheit« als Wahlprüfstein des DGB

Erstmals hat der DGB die Forderung nach „innerer Sicherheit“ zu einer quasi programmatischen Aussage gemacht. In seinen Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 1980 werden im Punkt 1 „Frieden, Entspannung und innere Sicherheit“ in einem Komplex abgehandelt. Wenn auch die DGB-Führung jetzt nach einigem hin und her die Prüfsteine doch verabschiedet hat, so wirkt die Aufnahme des Punktes „Innere Sicherheit“ sowie der Verzicht auf die Forderung nach der 35-Stundenwoche ein bezeichnendes Licht auf die von der DGB-Führung betriebene Ausrichtung.

Anfang Mai beschloß der Bundesvorstand des DGB überraschend, auf die zu den Bundestagswahlen üblichen Wahlprüfsteine, die faktisch jeweils eine Unterstützung der SPD darstellten, erstmals zu verzichten. Offiziell hieß es, man habe ein nagelneues Aktionsprogramm, das die Funktion der Prüfsteine übernehmen könne. Wie unglaubwürdig diese Begründung ist, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß bereits ein Entwurf für die Prüfsteine vorlag, über den es bereits „zu einem umfangreichen Briefwechsel und zum Austausch von Papieren“ („FR“, 9.5.80) zwischen den Führungen von DGB und IG-Metall gekommen war.

Der Verzicht auf die traditionellen Wahlprüfsteine hing wohl eher mit dem der CDU/CSU gegenüber betriebenen Anpassungskurs zusammen. Stoiber hatte ja in seinen berüchtigten „Rohmaterialien“ gefordert, „daß die DGB-Gewerkschaften mit den Parteien vor Landtags- und Bundestagswahlen ein entsprechendes Neutralitätsabkommen schließen“. In einem Gespräch mit dem bayerischen DGB-Landesvorsitzenden hatte Stoiber außerdem damit gedroht, „im Wahlkampf die Erwartungen der Union an die Einheitsgewerkschaften zu formulieren“ („FR“, 16.5.80), also quasi „Gegenprüfsteine“ aufzustellen.

Der Kotau des DGB-Bundesvorstandes stieß bei einigen Einzelgewerkschaften auf recht scharfen Protest. Der IG-Metall-Vorstand beschloß, an den Prüfsteinen festzuhalten. Der Vorsitzende der Drupa, Leonhard Mahlein, sprach von einem „Schwarzen Dienstag“ in der Nach-

kriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaften“ („FR“, 31.5.80); auch die HBV sprach sich für die Prüfsteine aus. Ob dies die DGB-Führung zu einer Änderung ihrer Absichten bewegt hat oder ob es das Wahlergebnis in NRW war, das die Frage des „Auskommens“ mit einem möglichen Kanzler Strauß in der Schärfe nicht mehr stellt, sei dahingestellt.

Jedenfalls konnte die Gewerkschaftsführung bei der endgültigen Beschlussfassung über die Prüfsteine im DGB-Bundesausschuß Anfang Juni die gern zur Schau getragene „völlige Geschlossenheit“ demonstrieren. Einhellig und mit Zustimmung der christdemokratischen Mitglieder des Bundesausschusses - wie Vetter ausdrücklich betonte - wurden die Prüfsteine beschlossen. Wegen seiner öffentlichen Kritik am Vorgehen des DGB handelte sich Mahlein vom DGB-Chef Vetter auch

noch einen Rüffel ein: „Ich habe nicht das geringste Verständnis dafür, wenn einer nach einem einstimmigen Beschluß nach draußen geht und Beschlüsse durch seinen Sermon Lügen straft (...) und mag sein gewerkschaftlicher Bart noch so grau und noch so lang sein“, erklärte Vetter auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag („FAZ“, 10.6.80).

Bemerkenswerteste Formulierung in den verabschiedeten Prüfsteinen ist die positive Bezugnahme auf die „innere Sicherheit“. Erstmals verknüpft damit der DGB seine traditionellen Abrüstungsforderungen mit der Forderung nach „innerer Sicherheit“ und biedert sich damit an die von der SPD („Sicherheit für Deutschland“) und CDU/CSU („Wir

bekennen uns zur Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und kontrollierten Abrüstung. Wir wissen aber auch, daß damit allein

ein Krieg nicht zu verhindern ist“) betriebene Wahlkampfstrategie an.

Mit der Aufnahme der „inneren Sicherheit“ in die Wahlprüfsteine hat die von der DGB-Führung seit längerem betriebene forcierte Identifikation mit diesem Staat und mit seinen unter dem Namen „innere Sicherheit“ durchgeführten antidemokratischen Maßnahmen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Schon beim im vergangenen Jahr verabschiedeten Aktionsprogramm '79 fand diese Entwicklung ihren Niederschlag, als im ersten Satz dieses Aktionsprogramms festgelegt wurde: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften setzen sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein“.

Eine vergleichbare Formulierung hat es in den früheren Wahlprüfstei-

nen oder im DGB-Grundsatzprogramm nicht gegeben. Weiter vorangetrieben wird diese Entwicklung im vom DGB-Bundesvorstand verabschiedeten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, wo es heißt: „Die innere Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit“ (vgl. AK 176, S. 23). Gegen diesen Satz hat es unterdessen vielfältige Proteste gegeben. Mit der Übernahme dieser Aussage in die Wahlprüfsteine macht jetzt die DGB-Führung aus einem zur Diskussion gestellten Satz eine politische Grundausgabe des DGB.

Den Hintergrund dieser Entwicklung hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Helmut Schirmacher, in seinem Bilanzartikel „Die Gewerkschaft der Polizei: zwei Jahre im DGB“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“ 5/80) recht deutlich umrissen. Schirmacher stellt dort fest, daß der DGB durch die Mitwirkung der Polizeigewerkschaft „bei der Mitwirkung am Aktionsprogramm des DGB und seinem Entwurf eines Grundsatzprogramms“ profitiert habe: „So ist der Ausbau der inneren Sicherheit und des Rechtsstaates wesentlicher Bestandteil gewerkschaftlicher Politik“. Schirmacher geht es dabei nicht nur darum, „die teilweise historisch bedingten und teilweise irrationalen Gräben zwischen Arbeitnehmern und Polizei einzuebnen“, nein, er entwirft auch ein umfassendes Konzept der Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Staatsgewalt: „Die Gewerkschaft der Polizei muß davon ausgehen, daß die Aufgaben bei der Polizei in Zukunft eher noch schwieriger zu lösen sind als bisher. Ein nachhaltiger Erfolg polizeilicher Arbeit wird wohl nur dann in Aussicht sein, wenn parallel dazu erkannte Kriminalitätsursachen beseitigt werden. Im gemeinsamen Wirken mit dem DGB und seinen Gewerkschaften sieht die GdP eine erheblich größere Chance für eine zukunftsorientierte Kriminalitätspolitik, die ja als die ultima ratio der Sicherheitspolitik bezeichnet wird“.



Praktizierte „Innere Sicherheit“: Polizeieinheiten begleiten die 1. Mai-Demonstration des DGB in Hamburg

Kommission Betrieb + Gewerkschaft

Bundesregierung versteckt geheimes Gutachten: Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen!

Noch am 3. Juni wußte die bürgerliche Presse zu melden: Arbeitslosenzahl sinkt weiter. 766.000 offiziell registrierte Arbeitslose = 3,3 %. Bürgerliche Politiker und die Medien nehmen dankbar auf, daß der konjunkturelle Zwischenaufschwung die Haupttendenz der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeitweise verdeckt: den ständig ansteigenden Sockel der Zahl der Dauerarbeitslosen, der seine Ursache in der Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere mit der Einführung neuer Technologien (Mikroelektronik) hat.

In der Druckindustrie war es u.a. wegen der Einführung neuer Technologien 1976 zu einem Streik gekommen, der die SPD-Bundesregierung veranlaßte, eine Untersuchung über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit beim Basler Prognos-Institut und dem Münchener Ifo-Institut in Auftrag zu geben. Diese Gutachten werden wegen ihrer unangenehmen Aussage von der Bundesregierung unter Verschluss gehalten.

Das Prognos-Institut rechnet für 1985, daß sich die Arbeitslosenzahl mehr als verdoppelt. Die größten Auswirkungen werden dabei im industriellen Bereich erwartet, da hier der Einsatz der Mikroelektronik bis 1985 am stärksten spürbar sein wird, während die Auswirkungen in den Büros ihren Höhepunkt erst in der zweiten

Hälfte der achtziger Jahre haben werden.

Prognos sagt u.a. vorher, daß die Zahl der Arbeitsplätze für un- und angelernte Arbeiter um 12 % zurückgehen wird. Bei den Facharbeitern wird es insbesondere bei Druckern, Maurern und Bürofachkräften einen Rückgang um fast zehn Prozent geben.

Interessant ist, daß Prognos die Unternehmen vor „wachsenden Gefahren für den Arbeitsfrieden“ warnt, die möglicherweise „negative Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Fortschritt“ haben, obwohl „die Gewerkschaften dem technischen Fortschritt weiterhin nicht unaufgeschlossen gegenüberstehen“.

Wenig passen dürften sowohl der Bundesregierung als auch den Kapitalisten die Prognos-Empfehlungen: — Ausbau des Kündigungs- und Rationalisierungsschutz; — Verkürzung der Arbeitszeit durch Pausenregelungen, Verlängerung des Jahresurlaubs und Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Die Regierung Schmidt scheint vor der Bundestagswahl 1980 krampfhaft bemüht, solche Fakten den arbeitenden Menschen vorenthalten zu wollen. (Angabe nach „Wirtschaftswoche“, 23.5.80 und „FR“, 7.6.80)

Kommission
Betrieb & Gewerkschaft

Mannesmann schert aus der Montan-Mitbestimmung aus

Mit dem 1976 verabschiedeten Mitbestimmungsgesetz mußten die Gewerkschaften in der Bundesrepublik eine Niederlage hinnehmen. Ihr Ziel der paritätischen (gleichberechtigten) Mitbestimmung wurde nicht erreicht. Die Entscheidungsgewalt des Kapitalisten im Aufsichtsrat wurde abgesichert. Den Gewerkschaften blieb die Montan-Mitbestimmung im Bereich der Stahlherstellung und des Bergbaus.

Im Unterschied zum Mitbestimmungsgesetz von 1976 sichert die Montan-Mitbestimmung den Gewerkschaften: — Bei Stimmgleichheit im Aufsichtsrat (10 Arbeitnehmer, 10 Anteilseigner) entscheidet eine „neutrale“ 21. Stimme, während nach dem 76er Gesetz automatisch der Aufsichtsratsvorsitzende (Anteilseigner) den Ausschlag gibt.

— Der Arbeitsdirektor kann nicht gegen den Willen der Arbeiterseite bestimmt werden.

— Es gibt keine Vertretung der leitenden Angestellten.

Auf der Stahlkonferenz der IG Metall im Januar dieses Jahres hatte

— Es gibt keine Vertretung der leitenden Angestellten.

Auf der Stahlkonferenz der IG Metall im Januar dieses Jahres hatte der IGM-Vorsitzende Loderer die Kapitalisten davor gewarnt, die Montan-Mitbestimmung auszuhöhlen und versprochen: „Wir brauchen den Druck der Basis, um die Unternehmer davon abzuhalten, ihre reaktionären Experimente fortzusetzen“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“, 5.80).

Der Druck der Basis scheint vonnöten. Der Mannesmann-Konzern, einer der wichtigsten Betriebe im Montan-Bereich, will jetzt aus dem dort geltenden Mitbestimmungsgesetz ausscheren.

IG Metall „demokratisch“: 11.000 Beschäftigte könnten doch nicht die Mitbestimmungsform für insgesamt 76.000 bestimmen („Welt“, 4.6.).

Freie Hand für weitere Rationalisierungen

Das Vorgehen Mannesmann's ist rechtlich nicht aufzuhalten, es sei denn, die Bundesregierung schafft ein neues Mitbestimmungsgesetz, worauf laut „FR“ vom 7.6. die IGM-Führer hoffen. Mannesmann verspricht sich von seiner Maßnahme Befreiung von der hinfälligen Mitbestimmung, um freie Hand für weitere Rationalisierungen zu haben. Bereits in den letzten 10 Jahren hat Mannesmann 10.000 Beschäftigte im Gesamtwerkzeug wegrationalisiert. In den Hüttenwerken sind 3000 weitere Entlassungen geplant. Durch die Zusammenlegung von Röhren- und Hüttenwerken sollen außerdem im Bereich der Verwaltung Arbeitsplätze eingespart werden, der Konzern veranschlagt jährliche Einsparungen von 50 Millionen DM.

tenwerken sollen außerdem im Bereich der Verwaltung Arbeitsplätze eingespart werden, der Konzern veranschlagt jährliche Einsparungen von 50 Millionen DM.

Vor allem aber holt die Unternehmensleitung jetzt zum nächsten Schlag gegen die kampfstarken Mannesmann-Hüttenwerker aus, nachdem in konzertierter Aktion mit der IG Metall-Führung der fortschrittliche Betriebsratsvorsitzende Herbert Knapp aus dem Betrieb getrieben wurde. Der Betriebsrat der Hütte bestimmte einflußreich die Aufsichtsratsvertreter mit, er hatte darüber hinaus ein starkes Gewicht im Gesamtwerkzeug und stellte den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden. Durch die Änderung der Mitbestimmungsform wäre auch der fortschrittliche Betriebsrat entmachtet, sein Einfluß im Gesamtkonzern würde sinken und die Hoffnung der Unternehmensleitung, daß zukünftig auch bei Mannesmann sozialpartnerschaftlicher Umgang wird, wäre damit nähergerückt.

Der IGM-Stahlexperte Judith äußerte die Befürchtung, daß die Maßnahme einen „Generalangriff auf die Montan-Mitbestimmung unter betriebswirtschaftlichem Glockengeläut“. In der Tat, auch die übrigen Stahlbetriebe sind ähnlich strukturiert wie Mannesmann. Gespannt darf man sein, wie die IGM den Druck der Basis bewerkstelligen will. Immerhin sitzt im Mannesmann-Aufsichtsrat auch Eugen Loderer, der auf der Stahlkonferenz seiner Gewerkschaft noch in hohen Tönen lobte: „Die Montan-Mitbestimmung hat sich bisher bewährt. Sie ist ein Instrument, mit dem auch in schweren wirtschaftlichen Zeiten die Interessen der Arbeitnehmer wie des jeweiligen Unternehmens bestens gewahrt bleiben“ („FR“, 7.6.). Letzteren reicht selbst dieses Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft nicht mehr hin.

Kommission
Betrieb & Gewerkschaft

Arbeitsgericht entscheidet gegen BSE: Kündigung von Ute Nanay zurückgewiesen

Die Strauß-Gegnerin Ute Nanay ist weiterhin bei der IG Bau-Steine-Erden beschäftigt und das Anbringen einer Anti-Strauß-Plakette an der Lochmaschine ist kein Kündigungsgrund — zu diesem Ergebnis kam am 11.6. das Frankfurter Arbeitsgericht in dem Kündigungsschutzprozeß Nanay gegen BSE.

Peinlich für den Vorstand der Bauarbeitergewerkschaft. Er mußte sich vom Gericht nicht nur „schwerwiegende Unterlassungen“ vorwerfen lassen, sondern bekam auch noch das kleine Einmaleins vorgezählt: „Die ordentliche Kündigung vom 1. Januar zum 30. Juni ist schon wegen der fehlenden Anhörung des Betriebsrates nach Paragraph 102 des Betriebsverfassungsgesetzes rechtsunwirksam“. Der Betriebsrat sei nur wegen der Plakette gehört worden, nicht aber wegen anderer Gründe.

Diese anderen Gründe, nämlich „Nichterfüllung von Arbeitspflichten“ seien der Grund für die Entlassung — so argumentierte die Gewerkschaftsführung, als in der Presse bekannt wurde, daß die BSE eine Straußgegnerin gekündigt und sofort mit Hausverbot belegt hat.

Doch selbst wenn die Gewerkschaftsführung zugegeben hätte, daß es ihr im wesentlichen um die ungeliebte Anti-Strauß-Plakette ging, hätte sie den Prozeß verloren. Der Vorsitzende Richter Zweigler würdigte Utes „Kompromißbereitschaft“, als sie auf Druck der BSE am 19. Dezember 79 die Plakette entfernte (Der Vorstand hatte ein allgemeines Plakettenverbot erlassen). Doch „selbst wenn sie sich bis zuletzt geweigert hätte, die Plakette zu entfernen, wäre die Kündigung nicht gerechtfertigt gewesen, weil dies gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel verstoßen hätte. Eine Beendigungskündigung ist nur

Gespräch mit Ute Nanay



AK: Wie hat die Gewerkschaft vor Gericht argumentiert?
Ute: Die BSE hat gesagt, die Lochmaschine gehöre der IBM. Zum anderen wollen sie keine parteipolitischen Aktionen. Allerdings hängen in der Abteilung nebenan SPD-Plakate.

Ich habe darauf verwiesen, daß Gewerkschaftler auf dem 11. BSE-Gewerkschaftstag in Berlin sich auch gegen Strauß geäußert haben.
AK: Hast du den Eindruck, daß die BSE gegenüber dem Gewerkschaftsfeind Strauß auf ein Stillhalteabkommen orientiert?
Ute: Ich finde, die BSE will neutral sein, weil sie auch Mitglieder hat, die in der CDU sind. Im Hauptvorstand sind auch CDU-Mitglieder und sie wollen sich „Jainen“, sich zurückhalten. Ich glaube auch, daß sie sich wegen des Treffens zwischen Vetter und Strauß neutral verhalten.

Die Gewerkschaft will die Wahl abwarten, und wenn Strauß gewinnt, wollen sie es sich nicht mit ihm verschmerzen — das ist mein persönlicher Eindruck. Das ist nicht nur Neutralität, sondern ein Kuschen und Angst haben vor Strauß. Ich finde, gerade Gewerkschaftler sollten gegen Strauß sein.

AK: Wie haben deine Kollegen in der BSE auf deinen Rausschmiß reagiert?
Ute: Die haben erstmal Angst, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren, sie werden von Herrn Elsner unter Druck gesetzt. Für die Solidarisierung mit ihren Vorgesetzten und gegen mich wurden sie auch damit belohnt, daß sie bei meinem Hausverbot vorzeitig nach Hause durften. Viele der älteren Kollegen sind auch für die CDU. Z.B. der BSE-Kollege Helmut

AK: Wie haben deine Kollegen in der BSE auf deinen Rausschmiß reagiert?
Ute: Die haben erstmal Angst, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren, sie werden von Herrn Elsner unter Druck gesetzt. Für die Solidarisierung mit ihren Vorgesetzten und gegen mich wurden sie auch damit belohnt, daß sie bei meinem Hausverbot vorzeitig nach Hause durften. Viele der älteren Kollegen sind auch für die CDU. Z.B. der BSE-Kollege Helmut

Ich bin auch Mitglied in der GLH — da sagen sie sowieso ich sei Kommunist. Du kennst ja die Kommuni-

IG Bergbau startet Angriff auf die HWP

„Immer mehr ins politische Abseits rückt offensichtlich die gewerkschaftsnahe Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), an der einst so namhafte Gewerkschafter wie Walter Arendt, Heinz Oskar Vetter und Heinz Kluncker studiert haben“ — mit diesen Sätzen beginnt in der Zeitung der IG-Bergbau, „Einheit“ (1.6.80), eine Polemik gegen angeblich kommunistische Umtriebe an der HWP. Mit welch jämmerlichen Beleg die „Einheit“ ihren Lesern antekommunistische Gruselstorys serviert, soll im folgenden aufgezeigt werden.

Anlaß für den Artikel der „Einheit“ ist, daß „Anfang Juni an der HWP eine Internationale Konferenz mit dem Thema ‚Freiheit im Beruf — Demokratie im Betrieb‘ stattfindet“ (siehe Bericht hierzu in dieser Ausgabe des AK). Ausführlich wird dann darauf eingegangen, daß dies eine „Volksfront-Initiative“ sei, an der auch DKPler beteiligt sind. Ein kleines Detail teilt die „Einheit“ ihren Lesern allerdings nicht mit: Daß die Konferenz lediglich in den Räumlichkeiten der HWP stattfand, wie auch in der Mensa und im Audi-Max der Hamburger Universität. Wäre es der „Einheit“ darum gegangen, gegen eine Beteiligung von Gewerkschaftern an dieser Konferenz zu polemisieren, so hätte sie schon eher die

stenhetze in Deutschland.

AK: Ute, du hast nicht nur schlechte Erfahrungen gemacht, du hast auch eine Welle von Sympathie und Solidarität erfahren.

Ute: Ja, es haben sich viele mit mir solidarisiert.

Ich habe Briefe und Resolutionen bekommen: von den jungen Metaltern, von der GEW Main-Kinzig, von der Drupa, verschiedenen ÖTP-Gruppen, Aktionsbündnis „Stopp Strauß“, von Angestellten-Fachgruppen der BSE in Berlin, Hannover und Hamburg, von den Grünen/Bundesgeschäftsstelle Bonn, auf dem Programmparteitag der Grünen wurden 500 Unterschriften gesammelt, sogar ein Polizist aus der GdP-Frankfurt hat unterschrieben, die Volksfront, Rote Hilfe und viele andere.

Die 10. Angestelltenkonferenz der IG Metall in München hat ebenfalls eine Resolution verfaßt.

Viele Proteststellungnahmen sind an die BSE gegangen — doch die hat nie geantwortet und nur behauptet, das käme von K-Gruppen. Bisher sind schätzungsweise 6.000 bis 8.000 Unterschriften gesammelt worden und Protestpostkarten geschrieben worden.

AK: Was willst du weiter machen, wenn du nicht mehr an deinen alten Arbeitsplatz kommst?

Ute: Ich weiß noch nicht, was ich beruflich mache. Vielleicht etwas mit arbeitslosen Jugendlichen oder in der „Gegen-Bild-Stelle“ mitarbeiten. Zusammen mit meinem Freund habe ich auch ein Anti-Strauß-Komitee in Frankfurt/Offenbach gegründet.

AK: Was kann deiner Meinung nach in der Gewerkschaft gegen Strauß un-

ternommen werden?

AK: Was kann deiner Meinung nach in der Gewerkschaft gegen Strauß un-

Ute: Nicht einfach die Schnauze halten, wie es z.B. das Nordmark-Schreiben sich wünscht, da sollte man sich widersetzen. Wenn alle Leute Anti-Strauß-Plaketten tragen, könnte man auch die Gerichte lahmlegen.

Da, wo Strauß auftritt, muß man aktiv stören und gegen ihn mobilisieren.

das äußerste Mittel; allenfalls wäre eine Abmahnung mit Kündigungsandrohung für den Wiederholungsfall angemessen gewesen.

Die BSE, die den gerichtlichen Vergleichsvorschlag mit einer Abfindung von 20.000 DM abgelehnt hatte, wurde in der Urteilsbegründung zusätzlich gerügt wegen „grober Nachlässigkeit und ausnehmender Sorglosigkeit bei der Prozeßführung, so das verspätete Vorbringen von Argumenten und die selbstverschuldete mangelhafte Informiertheit des BSE Rechtsvertreters“ — der Anwalt wußte nicht einmal, wann die Plakette an der Lochmaschine befestigt war! Ob der BSE-Vorstand mit einem besseren Anwalt in Berufung geht und sich eine neue Argumentation überlegt, ist noch nicht klar.

Er ist auf jeden Fall jetzt angehalten, das Hausverbot aufzuheben und Ute weiter zu beschäftigen.

Ein schöner Erfolg — zu dem sicher auch die breite Solidarität vieler Gewerkschaftsgruppen beigetragen hat.

Zur Auseinandersetzung zwischen der BSE und Ute Nanay gibt es für 2 DM eine Dokumentation. Zu beziehen über: Erich Ehmes, Auwannenweg 30, 6450 Hanau 9

stenhetze in Deutschland.

AK: Ute, du hast nicht nur schlechte Erfahrungen gemacht, du hast auch eine Welle von Sympathie und Solidarität erfahren.

Ute: Ja, es haben sich viele mit mir solidarisiert.

Ich habe Briefe und Resolutionen bekommen: von den jungen Metaltern, von der GEW Main-Kinzig, von der Drupa, verschiedenen ÖTP-Gruppen, Aktionsbündnis „Stopp Strauß“, von Angestellten-Fachgruppen der BSE in Berlin, Hannover und Hamburg, von den Grünen/Bundesgeschäftsstelle Bonn, auf dem Programmparteitag der Grünen wurden 500 Unterschriften gesammelt, sogar ein Polizist aus der GdP-Frankfurt hat unterschrieben, die Volksfront, Rote Hilfe und viele andere.

Die 10. Angestelltenkonferenz der IG Metall in München hat ebenfalls eine Resolution verfaßt.

Viele Proteststellungnahmen sind an die BSE gegangen — doch die hat nie geantwortet und nur behauptet, das käme von K-Gruppen. Bisher sind schätzungsweise 6.000 bis 8.000 Unterschriften gesammelt worden und Protestpostkarten geschrieben worden.

AK: Was willst du weiter machen, wenn du nicht mehr an deinen alten Arbeitsplatz kommst?

Ute: Ich weiß noch nicht, was ich beruflich mache. Vielleicht etwas mit arbeitslosen Jugendlichen oder in der „Gegen-Bild-Stelle“ mitarbeiten. Zusammen mit meinem Freund habe ich auch ein Anti-Strauß-Komitee in Frankfurt/Offenbach gegründet.

AK: Was kann deiner Meinung nach in der Gewerkschaft gegen Strauß un-

ternommen werden?

AK: Was kann deiner Meinung nach in der Gewerkschaft gegen Strauß un-

Ute: Nicht einfach die Schnauze halten, wie es z.B. das Nordmark-Schreiben sich wünscht, da sollte man sich widersetzen. Wenn alle Leute Anti-Strauß-Plaketten tragen, könnte man auch die Gerichte lahmlegen.

Da, wo Strauß auftritt, muß man aktiv stören und gegen ihn mobilisieren.

IG-Metall eingegangen, „um Oetjen anzuschwärzen“

So skandalös dieser Vorgang, der von Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung an die Öffentlichkeit gebracht wurde, auch ist, so wenig ist die „Einheit“ berufen, sich über derartige DKP-Praktiken zu erregen. Denn immerhin gehört zu einer solchen Denunziation auch die aufnahmebereite Gewerkschaftsführung. Und daß Hinrich Oetjen aufgrund dieser Denunziation öffentliches Rede- und Publikationsverbot erhalten hat (auch dies steht im Flugblatt der Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung, aus dem die „Einheit“ so ausgiebig zitiert) erfährt der Leser der „Einheit“ nicht.

Bleibt noch nachzutragen, daß derartige Artikel von der rechtsbürgerlichen Presse natürlich begierig aufgenommen werden. In der „FAZ“ vom 4.6. gibt deren Gewerkschaftsexperte Ernst Günter Vetter unter der reißerischen Überschrift „Die Bergleute schlagen Alarm. Wie sich die Volksfront im Umkreis der Gewerkschaften formiert“ eine ausführliche Inhaltsangabe des Artikels aus der „Einheit“. Wie einfach sich doch manch bürgerlicher Journalist seine Brötchen verdient ...

Um in diese Richtung Stimmung zu machen, fügt die „Einheit“ dann noch eine Geschichte an, die mit der Berufsverbotekonferenz nichts zu tun hat. Sie berichtet, daß bei der Veranstaltung der IG Druck und Papier mit Hinrich Oetjen im Oktober vergangenen Jahres in den Räumen der HWP (vgl. AK 165, S.18) ein Mitglied des MSB-Spartakus beantragt habe, „für abwesende Kollegen“ die Diskussion auf Tonband aufnehmen zu dürfen. Dieses Tonband sei später anonym beim Hauptvorstand der

Der Trick mit der Umstrukturierung

Der Mannesmann-Konzern ist heute in 7 Hauptbereiche gegliedert, die Stahlproduktion ist dabei nur ein Bereich, andere sind die Weiterverarbeitung und der Handel. In den produzierenden Mannesmann-Hüttenwerken sind etwa 11.000 der insgesamt 76.000 Beschäftigten im Inland tätig. Der produzierende Zweig bestimmt nach dem Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 die Art der Mitbestimmung. Dies wurde 1954 durch ein Ergänzungsgesetz (die „Lex Mannesmann“) bestätigt. Schon damals hatte der Konzern versucht, die Montan-Mitbestimmung zu umgehen. Das Ergänzungsgesetz sieht vor, daß die Montan-Mitbestimmung auch dann gilt, wenn nur ein Hüttenbetrieb im Konzern vertreten ist.

Mannesmann plant nun, die Hüttenwerke in die Mannesmann-Röhrenwerke einzugliedern. Damit würde für den Konzern nicht mehr das Montan-Gesetz, sondern das wesentlich unverbindlichere Mitbestimmungsgesetz von 1976 gelten.

Der Konzernvorstand begründet diese Entmachtung der Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Ein Lebenswerk wird abgesichert Grundig plant die Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen

Dies ist der erste Teil eines Artikels, den uns Grundig-Kollegen geschickt haben. Den zweiten Teil, der die konkreten Rationalisierungen bei Grundig darstellt, veröffentlichen wir im nächsten AK.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Dezember 1978: Die Geschäftsleitung der Grundig AG, „Marktführer der deutschen Unterhaltungselektronik“, gibt in Werk 13 (Vohenstrauß/Oberpfalz) bekannt, daß die gesamte Radio-Rekorder-Produktion abgezogen werden soll. Wohin, wird nicht gesagt. Werk 13 soll auf die Produktion von Lautsprecherboxen umgestellt werden.

Die Kolleginnen und Kollegen in Vohenstrauß sind beunruhigt; sie ahnen zu diesem Zeitpunkt schon, daß Grundig das Werk Vohenstrauß Schritt für Schritt abbauen will. Das würde für die Menschen im Grenzland Umzug oder Dauerarbeitslosigkeit bedeuten. Offizielle Arbeitslosenzahlen vom Januar 1980: Arbeitsamtsbezirk Weiden: 6.887 (10,5 %), Nebenstelle Vohenstrauß: 1.106 (15,6 %).

Die Ereignisse von Vohenstrauß lassen eine „Sanierungsaktion“ des Grundig-Konzerns sichtbar werden, an deren Ende nach den Plänen der Konzernspitze ca. 10.000 (in Worten zehntausend) Kollegen abgebaut sein werden (Gesamtbelegschaft gegenwärtig ca. 36.000, davon 23.600 in der BRD). Eine Katastrophe für die Kolleginnen und Kollegen, die durch aus jedem Vergleich standhält mit der Kahlschlagsanierung, die gegenwärtig bei AEG eingeleitet wird.

Was spielt sich gegenwärtig in der Branche der Unterhaltungselektronik ab?

Wie will der Grundig-Konzern sein „Sanierungskonzept“ gegenüber der Belegschaft durchsetzen?

Wie wird der Konzern gegenwärtig durchrationalisiert?

Kann dieses Programm des Konzerns verhindert werden? Der folgende Artikel möchte darauf Antworten geben.

Chronologie

Im Januar 1979 stellt sich heraus, daß das Werk 22 (Zirndorf) geschlossen werden soll. Die gesamte Fertigung (Lautsprecherboxen) soll nach Vohenstrauß geschafft werden. 400 Arbeitsplätze sind vernichtet. Offizieller Kommentar des Konzerns: „Es wird niemand entlassen“. Die be-
trifft die „Kommunikation des Konzerns“. „Es wird niemand entlassen“. Die betroffenen Kolleginnen sollen in Fürth (Werk 1, 2, 10) sowie in Nürnberg-Langwasser (Werk 11, 21, 9, 16, 20, 18, Zentraler Kundendienst, Zentrales Versandlager) untergebracht werden.

Ende Januar 1979: Die Geschäftsleitung beantragt Kurzarbeit in unterschiedlicher Länge für nahezu den gesamten Konzern.

Werk 3 (Neuburg/Donau) im Bereich Radio-Wecker von Februar bis August 79

Werk 4 (Georgensmünd) im Bereich Lautsprecher- und Holzgehäuse für Fernseher im Februar und März 79

Werk 5 (Augsburg) im Bereich Lautsprecherboxenhaus von Ende Jan. bis Anfang März 79

Werk 6/12 (Landau/Isar) Kurzarbeit im Bereich HiFi-Studios von Februar bis Juni 79; Autoradioproduktion läuft voll weiter!

Werk 7 (Bayreuth) im Bereich Kassetteneckrekorder

Werk 13 (Vohenstrauß) im Bereich Bausteinfertigung für Werk 12 von Februar bis Juni 79

Werk 14 (Miesau/Saarland) im Bereich tragbare Farbfernseher (Portables) mit großen Bildschirmen: Februar und März 1979;

Werk 15 (Karlsruhe) im Bereich kleine Portables: Februar/März 79

Anfang Februar wird Kurzarbeit angemeldet für Werk 9 (Nürnberg-Langwasser) im Bereich Kunststoffspritzerei, Aluminiumspritzerei sowie für Werk 16 im Bereich Farbfernseher mit 66 cm-Bildröhren sowie in den Werken 11 und 21.

Die Kurzarbeit erfaßt nahezu alle Werke, da bei der Verflechtung der Produktion ein Werk das nächste mit „reinzieht“.

„Grundig sichert sein Lebenswerk ab“ - Werkstillegungen im Bayreuther Raum

Der nächste Schlag kommt im Herbst 1979: Während kurz vor der Funkausstellung 1979 bekannt wird, daß der niederländische Philips-Konzern bei Grundig „einstiegen“ will (Presseüberschrift: Grundig sichert sein Lebenswerk ab), sieht es um die Absicherung der Kolleginnen und Kollegen in Bayreuth und Umgebung düster aus. In dieser Grenzregion mit hoher Arbeitslosigkeit ist die Stilllegung des Zweigwerkes Wallenfels (Oberfranken) sowie des Zweigwerkes Nagel (Landkreis Wunsiedel; 90 Beschäftigte) bis zum 31.6.80 beabsichtigt.

Insgesamt sollen bis zum 31.3.80 461 Arbeitsplätze vernichtet werden. Rechnet man die durch Nichtersetzung der sog. „natürlichen Fluktuation“ und Kündigungen verlorengangenen Arbeitsplätze hinzu, so sind dies 630 Arbeitsplätze allein in den Werken Bayreuth, Schwarzenbach/Wald, Wallenfels und Neusorg (aus: Erklärung des Bayreuther Betriebsrates nach „Frankenpost“ vom 5.10.79).

Im März 1980 kann die Geschäftsleitung zum Abschluß des Geschäftsjahres 1979/80 eine erste Bilanz ziehen: Es ist ihr „gelingen“, 10 % der gewerblichen und 2 % der Angestelltenarbeitsplätze zu vernichten, und zwar unwiderbringlich. Das sind ca. 3.600 Arbeitsplätze. Und das Ganze ohne viel Aufhebens, ohne nachhaltigen Protest der Belegschaften. Das Plansoll ist erfüllt!

Es geht weiter: Am 10. April 80 teilt die Geschäftsleitung mit, daß die Belegschaft des Werkes 13 (Vohenstrauß) von gegenwärtig 560 bis August um 113 Kollegen abgebaut werden „muß“, bis Ende März 1981 um insgesamt 160 Arbeitsplätze. Das sind knapp 30 % der Belegschaft. Damit steht ein 1959 mit 880 Arbeitnehmern eröffnetes Radiowerk vor dem Untergang.

Letzte Meldung: Im Werk 3 (Neuburg/Donau), wo HiFi-Geräte gebaut werden, wird auf einer Betriebsversammlung am Freitag, den 11.04.80, der Belegschaft erklärt, daß bis August 80 Kolleginnen und Kollegen „abgebaut“ werden. Angefangen wird mit älteren „Mitarbeitern“ - der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Sie sollen eine Abfindung erhalten, man nennt das „Seniorenprogramm“. 20 Kolleginnen und Kollegen sollen sich gemeldet haben. In der Belegschaft

„bleiben die Kollegen, die sich nicht gemeldet haben. In der Belegschaft geht jetzt die Angst um. Gefürchtet werden Kündigungen wegen Fehlzeiten (Krankheit, Zuspätkommen usw.). Wenn die Leute nicht freiwillig gehen, hilft die Personalabteilung eben etwas nach. Die Werkleitung von Neuburg erklärt, sie könne an der ganzen Sache nichts ändern, das komme von Fürth (Konzernzentrale). Fürth sei der Ansicht, daß das Werk nicht rentabel arbeite. Basta! Die HiFi-Fertigung soll nach Portugal verlegt werden. Die Ereignisse überschlagen sich: inzwischen gibt die Geschäftsleitung bekannt, daß das Werk in Neuburg verkauft werden soll.

Es schält sich heraus: In Bayreuth, Vohenstrauß, Landau, Neuburg/Donau, im Grenzland stehen 3000 - 4000 Arbeitsplätze „zur Disposition“, wenn nicht heute, dann morgen.

„Schwerpunkt“ für das laufende Geschäftsjahr sind die Angestellten. Die Geschäftsleitung kündigte den Abbau von mindestens 650 Angestelltenarbeitsplätzen an, selbstverständlich „zur Sicherung des Unternehmens und der verbleibenden Arbeitsplätze“. Die elektronische Datenverarbeitung macht's möglich, die neue Technik wird in der Hand der Konzernleitung zu einer Waffe gegen die Angestellten.

Firmenzusammenschlüsse in der europäischen Unterhaltungselektronik

Was bei Grundig gegenwärtig abläuft, wiederholt sich bei den anderen Firmen der Unterhaltungselektronik: Die verschärfte Konkurrenz auf dem Markt für Radios, Fernseher, HiFi-Geräte, Videorekorder führt zu Anstrengungen der Kapitalisten, ihre Profite weiterhin zu sichern, auf dem Rücken der etwa 100.000 Beschäftigten der westdeutschen Unterhaltungselektronik (in Westeuropa etwa 500.000), davon gut die Hälfte Frau-

en. Im Zuge des Verdrängungswettbewerbes kommt es zu Firmenzusammenschlüssen bzw. Zusammenschlüssen.

Im August 1979 wurde die schon erwähnte „Zusammenarbeit“ von Philips und Grundig bekannt, wobei Philips mit dem zehnfachen Umsatz von Grundig wohl längerfristig mehr von der „Zusammenarbeit“ haben wird. Technische Zusammenarbeit gab es schon vorher. Ergebnis ist der neue Videorekorder „Video 2x4“, mit dem den japanischen Herstellern auf dem zukunftsreichen Videomarkt entgegengetreten werden soll.

AEG-Telefunken bildete mit dem französischen Konzern Thomson-Brandt eine gemeinsame Gesellschaft zur Produktion von Farbbildröhren: die Produktion in Ulm und in zwei Werken in Frankreich wird koordiniert, Rationalisierungsentlassungen folgen auf dem Fuß.

Jüngster Vorgang: Thomson-Brandt kauft von der US-amerikanischen GTE die Firma SABA. Vorher hatte Thomson-Brandt schon NORDMENDE geschluckt. Deutlicher werden die Konturen von wenigen großen Blöcken, die den U-Elektronikmarkt beherrschen:

I. Philips, Grundig, Loewe-Opta: 50 % Marktanteil

II. Thomson-Brandt, Nordmende, Saba, AEG-Telefunken 30 % Anteil

bleiben noch: Schaub-Lorenz (gehört ITT und wann verkauft ITT?)

Wega (gehört dem japanischen Sony-Konzern)

Siemens (gute Kontakte zu Grundig, einer der Hauptlieferanten von elektronischen Bauelementen)

Körting (gehört einem jugoslawischen Konzern)

Metz in Fürth (der letzte „Selbstständige“)

Die japanische Konkurrenz

Die japanischen Elektronik-Konzerne sind in den letzten Jahren sehr erfolgreich auf dem US- und dem westeuropäischen Markt vorgedrungen. Es zeigt sich folgendes Bild: japanische Firmen sind führend auf dem HiFi-Sektor inklusive Lautsprecherboxen. Jede dritte Bildröhre in einem westdeutschen Fernseher ist japanischer Herkunft. Der Markt für Fernseher mit kleinen Bildschirmen wird von japanischen Firmen kontrolliert. Mit ihren VHS- und Betamax-Geräten haben japanische Firmen auf dem westdeutschen Videomarkt einen Marktanteil von ca. 60 %. Dieser Markt ist besonders begehrt, da die Firmen

„nicht von der US- und der japanischen Konkurrenz bedroht werden.“

Das „Erfolgsrezept“ der japanischen Firmen: Hoher technologischer Stand (vergl. auch Fotoindustrie), rationelle Fertigung in großen Stückzahlen, eine langfristig angelegte „Markteroberungsstrategie“. 2 Phasen sind zu unterscheiden: 1. Warenexportphase: Aufbau bzw. Gewinnung von Vertriebsorganisationen. Hier waren die großen Versandhäuser QUELLE, NECKERMANN sowie die Kaufhauskonzerne sehr hilfreich. 2. Phase: Kapitalexpert, d.h. Errichtung bzw. Übernahme von Fertigungsstätten. Beispiele: Übernahme von Wega durch Sony, Bildröhrenproduktion in Spanien, England, Kürzlich: Eröffnung einer Fabrik für Bauelemente in Landshut durch Sony.

Die europäischen Firmen haben sich nun entschlossen, es den japanischen Konzernen gleichzutun und treten „die Flucht nach vorn“ an. Dazu sollen Technologie und Kapital konzentriert werden, die Fertigung automatisiert, massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden. Die technologisch anspruchsvollen Produkte sollen weiterhin im Inland produziert werden, z.B. Videorekorder; die relativ einfachen Geräte werden im Ausland hergestellt.

Dazu Philips-Vizepräsident Pannenberg lt. Frankfurter Rundschau vom 10.4.80: „Pannenberg rechnet damit, daß in der Unterhaltungselektronik die Arbeitsproduktivität künftig stärker steigt als der Mengenabsatz. So wollen die Niederländer in diesem Jahr bei gleicher Stundenzahl acht Prozent mehr fertigen. Da gleichzeitig der Absatz aber nur schätzungsweise fünf Prozent zunimmt, sind drei Prozent der Belegschaft überflüssig - das sind von derzeit 370.000 rund 11.000 Leute.“ Neben dem angestrebten Personalabbau in diesem Bereich soll die Produktion verstärkt in sogenannte Niedrig-Lohnländer verlagert werden,

wo bereits zehn Prozent der Gesamtbelegschaft arbeiten.“

Besonders beliebt: Taiwans Polzeistaat, Stundenlohn 2,00 DM. Das sagt alles. Hier fühlt auch Grundig sich wohl. „Es wird „ordentlich verdient“, betont Dittner“ (technischer Werkleiter in Grundigs Taiwan-Werk) (nach „Welt“, 3.1.80).

Auch in Portugal ergeben sich nach der Wiederherstellung der „alten Ordnung“ gute Profitchancen, Grundig betreibt in Braga ein großes Werk.

Die „japanische Konkurrenz“, noch dramatischer die „asiatische Konkurrenz“ (die „gelbe Gefahr“) ist heute auf Betriebsversammlungen ein beliebter Buhmann, um den Kolleginnen und Kollegen die Vernichtung ihrer beruflichen Existenz als „notwendig“ erscheinen zu lassen. Der „äußere Feind“ wird aufgebaut, gegen den „Unternehmer und Arbeitnehmer“ sich gemeinsam zur Wehr setzen müssen. Andererseits arbeiten die Elektronik-Konzerne gern mit der gefürchteten Konkurrenz zusammen, wenn für die etwas dabei herauspringt.

+ Hitachi ist der drittgrößte Lieferant von Bauelementen von Grundig;

+ Grundig baut neben Philips auch japanische Bildröhren in seine Fernseher ein;

+ Grundig-„Partner“ Philips schloß mit Sony einen Vertrag über Lizenztausch auf dem Gebiet der Bild- und Schallplattensysteme ab.

+ Und der Knüller aus jüngster Zeit: AEG-Telefunken läßt sich von der „gelben Gefahr“, d.h. vom japanischen Konzern Matsushita im Werk Cella eine komplette Anlage zur automatischen Bestückung von Leiterplatten einbauen!

Diese Anlage wird die Arbeitsplätze nur so fressen. Man sieht, es arbeitet sich gut zusammen mit der japanischen Konkurrenz. Preisfrage: Wann baut Grundig eine automatisierte Anlage gleichen Typs? Wir werden wohl nicht lange darauf zu warten brauchen.

Wo Kapital zusammengeht, geht den Arbeitern die Luft aus

Wo Firmen übernommen werden, folgt die „Strukturbereinigung“ auf dem Fuß. Hier das Beispiel der Übernahme von SABA durch den Konzern THOMSON-BRANDT. Die „Frankfurter Rundschau“ vom 10.4.80 schreibt dazu u.a.: „... in den nächsten Wochen begutachtet eine

Kommission zunächst die Überlebenschancen des Saba-Zweigwerkes in Friedrichshafen (Bodensee). Geklärt werden soll, ob dort eine kostengünstige Produktion von HiFi-Geräten möglich ist.“

Die Zeitung schreibt dann weiter, daß ähnliche Überlegungen auch für das Fernsehwerk in Villingen angestellt werden. Und dann wörtlich: „Arbeitsplätze sind bei Saba gleich aus mehreren Gründen gefährdet. Es ist nicht zu erwarten, daß sich Thomson-Brandt den Luxus leistet, für seine beiden deutschen Töchter Saba und Nordmende getrennte Verwaltungen und Vertriebsorganisationen aufrechtzuerhalten. Die angestrebte Rationalisierung in der Produktion fordert ebenfalls Opfer - falls nicht gleichzeitig die Stückzahlen erheblich ausgeweitet und neue Märkte erschlossen werden. Seit der Berliner Funkausstellung rollt das Übernahmekarussell immer schneller. AEG-Telefunken, Grundig, Saba, Thomson-Brandt sind bereits aufgesprungen. Siemens, so die Gerüchte, will nicht länger beiseite stehen. Wo soviel Kapital zusammenströmt, droht noch mehr Arbeitnehmern die Luft auszugehen. Die Wut der Saba-Beschäftigten, als überflüssiges Inventar mitverschleppt zu werden, ist mehr als verständlich.“

Der Staat soll helfen

In der letzten Zeit ertönt seitens der U-Elektronikindustrie der Ruf nach Unterstützung durch den Staat: die Regierung soll den Unternehmen die japanische Konkurrenz vom Hals halten, nicht etwa, um die Arbeitsplätze zu erhalten, sondern um Zeit zu gewinnen, die Fertigung auf japanischen Standard zu bringen, d.h. die Kolleginnen und Kollegen haben von solch einer Atempause nichts zu erwarten. Die Regierung hat bisher kühl abgewinkt. Sie will keine „Schutzzonen“ schaffen, die Kapitalisten sollen sich „anstrengen“, um es den japanischen Konzernen gleichzutun. Es werden Nachteile für den westdeutschen Export befürchtet (der Exportanteil der westdeutschen U-Elektronikindustrie beträgt ca. 40%, vornehmlich ins europäische Ausland). Andererseits fördert die Bundesregierung mit Steuergeldern neue - automatisierte - Fertigungstechniken; sie betrachtet die Entwicklung zur automatisierten Fertigung als „Modernisierung der Volkswirtschaft“ („Der Gewerkschafter“, Nr. 5/80, S. 16).

HBV-Jugend zeigt Flagge

Am 31. Mai/1. Juni fand in Gelsenkirchen die 6. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) statt. Wie auf den vorangegangenen Jugendkonferenzen anderer Einzelgewerkschaften liefen auch auf dieser Konferenz die Hauptdebatten um die unterschiedlichen Vorstellungen zur gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit, um Strauß, aber auch um die Atomenergie und die Tarifpolitik. Zur Jugendbildungsarbeit setzten sich mehrheitlich Standpunkte durch, wie sie auch auf der IGM - Jugendkonferenz diskutiert wurden, d. h. im wesentlichen die Ablehnung der im Oberurseler Papier entwickelten Vorstellungen. Nach den uns vorliegenden Berichten gab es auch niemanden auf dieser Konferenz, der die Thesen der Oberurseler vertreten hat.

Götz: Die Einheitsgewerkschaft offensiv verteidigen!

In seinem Hauptreferat skizzierte HBV - Vorsitzender Christian Götz die derzeitige politische Situation.

Götz führte aus, daß „der Kapitalismus ... zwangsläufig immer wieder ökonomische und politische Krisen“ produziere. „In und durch Krisen sind elementare Arbeitnehmerinteressen im Kern und prinzipiell bedroht“. Ausdruck der kapitalistischen Krise seien anhaltende Massenarbeitslosigkeit, eine sich ständig verschärfende Rechtsentwicklung, neuer Kalter Krieg, wachsende Unternehmerrmacht, frontale Angriffe auf die Politik und Funktionsfähigkeit der Gewerkschaften. Es sei deshalb „absolut falsch, mit sogenannter Sozialpartnerschaft zu reagieren.“ Im Zusammenhang mit der Friedenspolitik kritisierte Götz F.J. Strauß, aber auch „Verteidigungsminister“ Apel, der vor einigen Wochen in einem Illustrierteninterview erklärt habe, er freue sich über jede 100 Millionen DM, die er zusätzlich für „unsere Bundeswehr“ erhalte. Durch solche Politik, meinte

Götz, werde die Entspannung und friedliche Koexistenz auf's Spiel gesetzt. In diesem Zusammenhang forderte er das Sozialwissenschaftliche Institut des DGB auf, Vorschläge für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf Friedensproduktion zu entwickeln. Weiterhin meinte er, daß der 1. September (Antikriegstag) ebenso wie der 1. Mai ein Tag werden müsse, an dem die organisierte Arbeiterschaft machtvoll für Frieden und Entspannung demonstriere. Die Jugendkonferenz schloß sich dann in der Antragsberatung der Metall- und Postjugend an, die den Friedensforderungen mit einem Protestmarsch Nachdruck verleihen wollen.

Ein weiterer Beschluß der Bundesjugendkonferenz wendet sich gegen die „feierlich - öffentlichen“ Bundeswehrgelöbnisse.

„Die eigentliche Gefahr von rechts geht heute von Franz Josef Strauß aus. Franz Josef Strauß ist der unbestrittene Anführer der sogenannten legalen Rechten.“ Positiv schätzte

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

Götz die Initiative „Gewerkschafter gegen rechts - Stoppt Strauß“ ein. Die Jugendkonferenz will diese Initiative unterstützen und selbst „geeignete Veranstaltungen durchführen“. „Darüberhinaus lehnt die Bundesjugendkonferenz alle weiteren Spitzengespräche mit Franz Josef Strauß über Ziele und Aufgaben der Einheitsgewerkschaft ab.“ Offensichtlich in Anspielung auf gewisse Praktiken der DGB-Führer (wie z.B. das berühmte Nordmark - Papier, in dem eine Mitarbeit als Gewerkschafter in „Stoppt Strauß Initiativen“ praktisch verboten wird) meinte Götz, „es sei skandalös, wenn einige DGB - Kreisvorsitzende“ solche Aktivitäten „zu verhindern suchen.“

Energisch setzte sich Götz auch mit dem Entwurf des DGB - Grundsatprogramms auseinander. Er ging dabei auf Formulierungen wie „Gesamtwohl“ oder „innere Sicherheit“ ein, die sich mit einer konsequenten Gewerkschaftspolitik nicht vereinbaren lassen. Weiterhin meinte er, daß es unredlich sei, den geschichtlichen Ausgangspunkt der Einheitsgewerkschaft (den gemeinsamen antifaschistischen Widerstand von Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten) zu verkürzen und die Kommunisten auszugrenzen.

Debatte über Bildungskonzeptionen: Absage an Oberursel

„Demonstrativ betonten alle Delegierten, (und so stand es auch in allen Anträgen) daß die Grundlagen ihrer innergewerkschaftlichen Jugendarbeit bereits durch den Antrag 300 vom 9. DGB - Bundeskongress 1972 formuliert seien. Nach dem damaligen Beschluß liegt der Schwerpunkt der Jugendarbeit im Betrieb. Ansetzend an den tagtäglichen Erfahrungen sollen dort die Kollegen über die Zusammenhänge aufgeklärt und zu Aktionen mobilisiert werden ... Das Beharren auf Inhalten des Antrags 300 drückt die massive Kritik an den Konzepten der pädagogischen Betreuer der DGB - Bundesschule Oberursel aus. Oberurseler Papiere und Äußerungen des Leiters der Bundesschule, Hinrich Oetjen ... interpretiert die HBV - Jugend als Ausscheren aus gewerkschaftlicher Arbeit und organisatorischem Zusammenhang. In Gelsenkirchen gab es keinen Delegierten, der dies nicht so beurteilt hätte.“ („Neue“, 6.6.80).

Noch deutlicher wurde Götz in seiner Rede: „Karl Schwab und die pädagogischen Mitarbeiter in Oberursel haben uns exemplarisch vor Augen geführt, wie sehr eine prinzipielle Haltung des Antikommunismus im wahrsten Sinne des Wortes den Blick verengt und damit ganz praktisch die Fähigkeit schmälert, tatsächliche Probleme zu erkennen und zu lösen.“

Die einzigen, die hier eine Gegenposition bezogen, waren Delegierte aus Baden - Württemberg, die meinten, „daß gegen eine Klassenanalyse und zu lösen.“

Die einzigen, die hier eine Gegenposition bezogen, waren Delegierte aus Baden - Württemberg, die meinten, „daß gegen eine Klassenanalyse im Prinzip nichts einzuwenden wäre, dies sei jedoch gerade im Dienstleistungsbereich eine übergestülpte Angelegenheit, zu weit weg vom Erfahrungsbereich der Kollegen. Man solle sich auf die Bewältigung betrieblicher Konflikte konzentrieren und daran schulen: praktische Handlungsmodelle an bestehenden Konflikten“ („taz“, 2.6.80). Die

„Neue“ meint, daß diese „Auseinandersetzungen nicht Oberurseler Konflikte reproduzieren. Davon distanzieren sich auch die Baden - Württemberger Kollegen. Da die Diskussionen innerhalb der HBV sehr solidarisch verlaufen, sollte eine Einigung wohl möglich sein“ („Neue“ 6.6.80)

Aus den Beschlüssen: Tarifpolitik

Die Lehrlinge sollen unabhängig von Dritten leben können. Dies soll schrittweise erreicht werden, indem künftig Ausbildungsvergütungen um den gleichen Betrag erhöht werden wie in dem Berufs- oder Tätigkeitsjahr, in das die Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildung übernommen werden.

Ein Baden - Württemberger Antrag forderte eine „besondere Tarifinformation für die Jugend zu erstellen.“ Dem wurde entgegengehalten, daß eine relative Autonomie des Jugendbereichs gegen eine verstärkte Einbindung der Jugendarbeit in die Gesamtorganisation steht.

Übernahme

Die Kapitalisten sollen über tarifvertragliche Vereinbarungen auf bestimmte Ausbildungsplätze - Quoten festgelegt werden, die ihnen vorschreiben, wie viele Ausbildungsplätze geschaffen und wie viele Ausgebildete übernommen werden müssen.

Gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Schwulen

Die Bundesjugendkonferenz protestiert gegen die fristlose Kündigung eines engagierten Westberliner HBV - Betriebsrates bei der Firma Aldi. Die Geschäftsleitung hatte behauptet, er habe homosexuellen Kontakt gesucht. Die Jugendkonferenz fordert u.a. eine öffentliche Entschuldigung der Aldi - Geschäftsleitung sowie die Streichung des Paragraphen 175 StGB.

Kontroverse zur Frage der Atomenergie

Als Kompromiß aus verschiedenen Vorlagen wurde folgendes verabschiedet: „Sofortiger Baustopp und schnellstmöglicher Betriebsstopp aller kerntechnischen Anlagen bis zur Klärung sämtlicher Sicherheitsfragen ...“ Götz betonte zum Abschluß der Diskussion, daß alle den „Einsatz von Kernenergie unter den gegebenen technologischen und gesellschaftlichen Bedingungen ablehnen“ („Neue“ 6.6.80). (Hervorhebung AK)

Internationaler Frauentag

Die Bundesjugendkonferenz verurteilte den Beschluß des DGB - Bundesvorstandes, am Internationalen Frauentag, dem 8. März, keine Veranstaltungen durchzuführen. Der DGB - Bundesausschuß wurde aufgefordert, „den Beschluß zu revidieren und zum Internationalen Frauentag eigene Aktivitäten zu entwickeln und zu unterstützen.“

Lehrlings - Kommission

Die Bundesjugendkonferenz verurteilte den Beschluß des DGB - Bundesvorstandes, am Internationalen Frauentag, dem 8. März, keine Veranstaltungen durchzuführen. Der DGB - Bundesausschuß wurde aufgefordert, „den Beschluß zu revidieren und zum Internationalen Frauentag eigene Aktivitäten zu entwickeln und zu unterstützen.“

Lehrlings - Kommission

Die Bundesjugendkonferenz verurteilte den Beschluß des DGB - Bundesvorstandes, am Internationalen Frauentag, dem 8. März, keine Veranstaltungen durchzuführen. Der DGB - Bundesausschuß wurde aufgefordert, „den Beschluß zu revidieren und zum Internationalen Frauentag eigene Aktivitäten zu entwickeln und zu unterstützen.“

Was das bedeutet, macht vielleicht folgendes klar: Schon seit Jahren stehen in Wolfsburg einige dieser „Punkthochhäuser“. In ihnen müssen die Kollegen teilweise mit vier Personen auf einem Zimmer wohnen! Erst vor wenigen Jahren wurde von VW, nach langen Protesten, ein „Italienerlager“ geschlossen, weil dort absolut unmenschliche Verhältnisse herrschten. Dieses Wohnungsangebot wollten sich die Arbeiter aus der BRD verständlicher Weise nicht zumuten.

Auf die Frage, ob ein Ausländerlager ein neues Ghetto würde, erklärte Ehlers: „Wir haben nämlich festgestellt, daß die italienischen Arbeitnehmer zumindest in der Übergangszeit lieber unter sich sind“ („WAZ“, 28.3.). Frei nach dem Motto, mit denen kann man's ja machen, stimmte auch der Ausländersekretär der IGM zu! Auf daß, wenn auch bei VW der Autoboom vorbei ist, die Kollegen alsbald wieder in ihre Heimat zurück „dürfen“.

Ein Wolfsburger Genosse

Der Rücktritt von Herbert Knapp und die Haltung der Gewerkschaftslinken

Mitte April ist Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender der Hüttenwerke Mannesmann-Huckingen aus der IG Metall ausgetreten und hat im Betrieb gekündigt. Mit Knapp hat ein Exponent der innergewerkschaftlichen Opposition für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik und Verfechter einer konsequenten Arbeiterpolitik aufgegeben. Von daher bedeutet der Schritt Knapps einen schweren Rückschlag für die Arbeiteropposition in der BRD. Im Arbeiterkampf Nr. 175 berichteten wir hierüber ausführlich.

Der Rücktritt von Knapp hat bei Teilen der Gewerkschaftslinken zahlreiche Gerüchte und wilde Spekulationen über die Hintergründe ausgelöst. Wir haben uns entschlossen, die am häufigsten gehandelten Mutmaßungen umfassender vorzustellen, um zu demonstrieren, mit welcher Blindheit und Arroganz teilweise auf den Rücktritt reagiert wurde und um die schädlichen Folgen einer unverantwortlichen Gerüchtemacherei sichtbar zu machen. Gerüchtepolitik und Spekulationen haben dem Ansehen Herbert Knapps schwer geschadet, der jahrelang Symbolfigur für eine kämpferische Arbeiterpolitik war.

Die eigentliche Bedeutung des Rücktritts blieb auf der Strecke und die gewerkschaftliche Auseinandersetzung wurde extrem fehlorientiert. So wird hauptsächlich über Fehlleistungen von Knapp spekuliert und nur noch selten über die reaktionären Manöver der IG Metall-Führung geredet. Diese hatte vor wenigen Monaten ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, um Herbert Knapp aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Die ohnehin nur mühsam angelaufene Solidaritätsarbeit gegen das Ausschlussverfahren, die erst in den letzten Wochen etwas in Schwung kam, wurde ersatzlos eingestellt.

„Revier“ geht auf Distanz

In einer „Revier“-Sondernummer zum Fall Knapp wird unter dem Titel: „Die Entwicklung in der Knapp-Gruppe“ die Arbeit und die Leistung von Knapp total vermissen. Schonungslos werden in dem Artikel die unzähligen „Fehlleistungen“ von Knapp öffentlich gemacht. Danach habe Knapp „eine linke Variante von Stellvertreterpolitik“ praktiziert, autoritäre und undemokratische Umgangsformen im Betriebsrat und der Gruppe zu verantworten und gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie einen isolierten Dauerkonflikt praktiziert.

Nach der Darstellung von „Revier“ bildete sich dadurch eine Art „Inselbewußtsein“ in der Knapp-Gruppe, „ein Gemisch von Stolz und Erbitterung, das nicht selten begleitet war von irrationaler Frontstellung zum Apparat der IG Metall.“

Und „Revier“ weiß weiter zu berichten, daß im Gegensatz zum Knapp-Kurs, die Vertrauenskörperleitung mit dem neuen BR-Vorsitzenden Stommel an der Spitze, „konsequent den Weg aus der Isolierung eingeschlagen“ habe.

Die Abrechnung mit dem Knappschen Konfliktkurs hat sogar zur Folge, daß der Konflikt nach dem Stahlstreik jetzt viel „differenzierter“ betrachtet wird. Plötzlich ist davon die Rede, daß die in den Protesterklärungen auch geforderten personellen Konsequenzen umstritten waren. „Von der DKP ist damals ausdrücklich die Forderung nach personellen Konsequenzen abgelehnt worden.“ Wen wundert dies beim opportunistischen Gewerkschaftskurs der DKP?

Die Beurteilung, es handle sich um die Forderung nach personellen Konsequenzen abgelehnt worden.“ Wen wundert dies beim opportunistischen Gewerkschaftskurs der DKP?

Die Beurteilung, es handle sich dabei um eine falsche Frontstellung, habe sich nach „Revier“ als stichhaltig erwiesen und sei bei Mannesmann zu schnell vom Tisch gewischt worden. Ein bemerkenswerter Sinneswandel bei „Revier“!

„Seine Autorität war unangefochten“

Der zweite von „Revier“ aufgebaute schwere Kritikpunkt betrifft Struktur und Umgangsform in der Knapp-Gruppe, „die ein offenes Austragen von Meinungsverschiedenheiten und kritische Auseinandersetzung behinderte. Herbert Knapp dominierte in der Gruppe eindeutig. Seine Autorität war unangefochten, aber zugleich erdrückend. Vielfach war er Motor

für politische Initiativen, zog aber andererseits auch jede Aktivität an sich. Guter Redner, der er ist, überspielte er oftmals die Mitglieder der Gruppe, die nicht so redigewandt waren.“

Auffällig die extreme Einseitigkeit der Kritik. Für mangelnde Aktivität, mangelnde Selbständigkeit wird allein Knapp verantwortlich gemacht. Ein Kritikanalyse, der innerhalb der Linken aber auf große Resonanz stößt, womit „Revier“ zumindest ein Gespür dafür beweist, was gegenwärtig „ankommt“.

Ein dritter Vorwurf lautet, daß bei Mannesmann unter Knapp „eine linke Variante von Stellvertreterpolitik praktiziert wurde“. Zwar wird anerkannt, daß hier konsequenter für die Kollegen gestritten wurde, daß die Knapp-Gruppe ein hohes Maß an Anerkennung und Zustimmung besaß, doch die Belegschaft sei nicht genügend miteinbezogen worden.

Innerhalb der Gewerkschaftslinken werden hierzu die wüstensten Gerüchte verbreitet. So konnte bei Mannesmann angeblich nur Betriebsrat werden, wer sich mit Knapp arrangierte. Knapp soll die Kandidaten für den Betriebsrat ausgesucht haben und nicht die Belegschaft. Angeblich stand die Personalpolitik im Mittelpunkt der Betriebsratsarbeit.

Als charakteristisch für die Stellvertreterpolitik wird ausgerechnet die Entscheidung genannt, von den Spendengeldern aus dem Stahlstreik 25.000 DM zurückzulegen. Und daß nicht etwa, weil es sich um eine heikle Sache handelt, sondern weil nicht die Belegschaft diesen Beschluß gefaßt habe.

Tatsächlich beweist dieser Vorwurf aber die Blauäugigkeit und Realitätsferne der Kritiker. „Die Schwärze“ der Belegschaft diesen Beschluß gefaßt habe.

Tatsächlich beweist dieser Vorwurf aber die Blauäugigkeit und Realitätsferne der Kritiker. Die Schulmeister sollten vielleicht mal als Fakt zur Kenntnis nehmen, daß eine klassenkämpferische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit von den meisten Arbeitern noch nicht mitgetragen wird, und Maßnahmen wie Anlegen einer betrieblichen Streikkasse bei der heutigen Gewerkschaftspolitik als „gewerkschaftsschädigend“ gilt.

Am Ende des Artikels fällt auf, daß „Revier“ voll auf den neuen Vorsitzenden Stommel setzt, der nach seinen eigenen Worten den alten Kurs beibehalten will. Und unter der Hand wird sogar verbreitet, daß ein Aufatmen im Betriebsrat zu spüren sei, da der persönliche Druck von Knapp nunmehr weggefallen sei. Ebenso soll die Bereitschaft zu verzichten sein,

die Meinungsbildung im BR zu demokratisieren.

Kurswechsel bei der GIM

Sehr anschaulich läßt sich die Wirkung der Gerüchtemacherei an der Berichterstattung in der „Was tun“ aufzeigen. Unmittelbar nach dem Rücktritt erschien ein sehr solidarischer Artikel. Völlig richtig wurde eingeschätzt, daß die Gewerkschaftsbewegung ihren „derzeit wichtigsten Führer verloren“ hat. Weiter wurde vor den Folgen gewarnt, wenn die „Zermürbungstaktik der Bürokratie nicht breiteste Proteste auslöst“. Aufgrund dieser Einschätzung wurde zur uneingeschränkten Solidarität aufgefordert.

Nur drei Wochen später revidiert „Was tun“ die ursprüngliche Sicht der Dinge. Zwar wird im Artikel noch beteuert, sich nicht an der Gerüchtemacherei beteiligen zu wollen, doch an dem Vorwurf „Stellvertreterpolitik“ kommt die GIM nicht vorbei. „Das Scheitern dieser Politik ist der Hintergrund für den tragischen Ausgang des Falls Knapp“.

Express: „Lumpenjournalismus nennt man so etwas gemeinhin.“

Nicht angeschlossen hat sich „Express“ (SB) den allgemeinen Abgrenzungs- und Diffamierungstendenzen. Im Gegenteil: Hiergegen wird in einem Extrablatt unter dem Titel: „Wer hat Angst vor der IG Metall? Betriebsrat Mannesmann-Huckingen opfert seinen Vorsitzenden“ mächtig zur Sache gegangen.

Es ist für „Express“ unbegreiflich, wie einem Kollegen, der als langjähriger aufrechter Gewerkschafter bekannt ist, derart viel „Schmutz und Schlechtigkeiten“ unterstellt werden können. Es wird als unfassbar bezeichnet, daß sich in solcher Situation Kollegen zu Distanzierungen hinreißen lassen.

Gegenüber der „Revier“ wird der Vorwurf des „Lumpenjournalismus“ erhoben. Damit ist insbesondere die Sympathiewerbung für den Nachfolger und die unkritische Rechtfertigung dessen, was passiert ist, gemeint.

Die zynische Antwort von „Revier“

Der Artikel von „Express“ wird mit wüsten Beschimpfungen und Unterstellungen beantwortet. Angeblich versuche „Express“ mit „Ungereimtheiten und Agententheorien“ von den Fehlern in Herbert Knapps Betriebsratspolitik abzulenken“. Und unverschäm wird gemutmaßt, „vielleicht liegt der Niedergang der ‚express‘ auch an solchen Fehlleistungen“.

Und unverschäm wird gemutmaßt, „vielleicht liegt der Niedergang der ‚express‘ auch an solchen Fehlleistungen“.

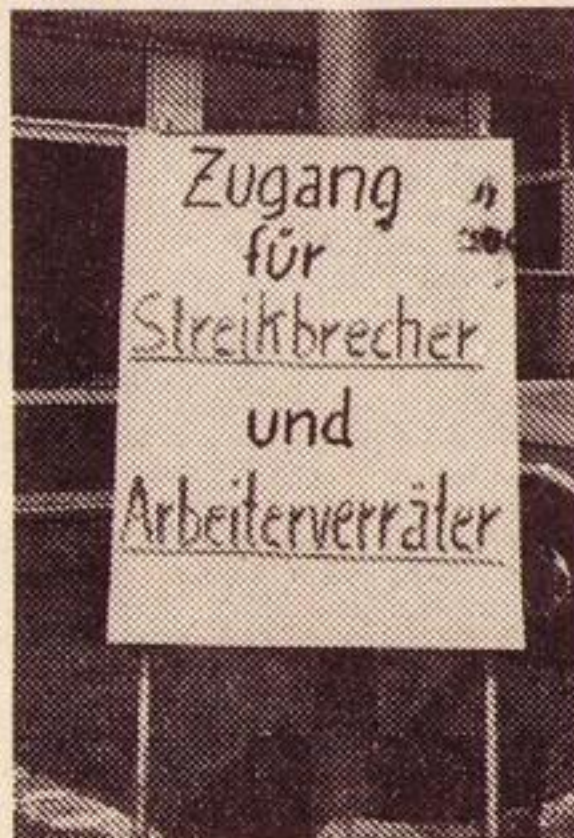
„Revier“ ist vielmehr der Meinung, „daß es im Interesse sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit liegt, solche Fehler offen zu diskutieren, um aus ihnen zu lernen.“

Nun auch wir sind dafür, aus Fehlern zu lernen, allerdings nicht im Sinne von „Revier“. Nach unserer Überzeugung muß die Gewerkschaftslinken unbedingt lernen, gegenüber klassenkämpferischen Gewerkschaftlern wie Herbert Knapp, erheblich mehr Solidarität und ein Mindestmaß an Menschlichkeit aufzubringen.

Die unverantwortliche Gerüchtemacherei stellt dagegen für viele fortschrittliche Gewerkschafter ein abstoßendes Negativbeispiel dar.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Nach 16 Wochen kündigten die Streikenden



Seit dem 7. Februar streikten die Kollegen der Sauerlacher Werkzeugmaschinenfabrik Spinner. Die 43-köpfige Belegschaft kämpfte für die Abschließung eines Werkstarifvertrages (s. AK 175).

Sämtliche Verhandlungstermine ließ Spinner platzen. Auch Versuche des bayerischen Arbeitsministeriums, Vermittlungsgespräche zu vereinbaren, scheiterten. Spinner sagte alle Verhandlungstermine kurzfristig ab. Den letzten Verhandlungstag am 27. Mai setzte dann endlich die IG Metall ab: „jetzt ist es zu spät“. Dafür veranstaltete die IG Metall am gleichen Tag eine Kundgebung vor dem bestreikten Betrieb. Mehr als 600 Kollegen aus Münchner Großbetrieben nahmen daran teil.

Die Streikenden hatten inzwischen dem Firmenchef Spinner ihre schriftlichen fristlosen Kündigungen geschickt, falls nicht doch noch bis zum 30. Mai Verhandlungen möglich seien.

Der Vertreter der Geschäftsleitung erklärte dazu, er nehme die kollektiven Kündigungen an und sehe die Arbeitsverhältnisse als beendet an.

Der Unternehmer Spinner kam zwar nicht zu den angesetzten Verhandlungen, war dafür aber um so öfter beim Arbeitsgericht, um durch einstweilige Verfügungen verbieten zu lassen, daß die IG Metall Spinner einen Patriarch und Ausbeuter nennt. Außerdem wollte Spinner die Plakate mit der Aufschrift „Zugang für Streikbrecher und Arbeiterverräter“ entfernt sehen und hetzte in Flugblättern: „Wir bedauern, daß die Arbeitnehmer ihre Interessen nicht in anständiger Weise wahrnehmen, sondern sich von Lügner und Verleumdern vertreten lassen.“

Die IG Metall behält sich gegen diese und andere Formulierungen rechtliche Schritte vor.

Metallkommission

DGB und „Graue Wölfe“: Steuert der Verfassungsschutz die DGB-Ausländerpolitik?

Das Bemühen des Verfassungsschutzes, die faschistischen „Grauen Wölfe“ (Jugendorganisation der MHP) aus der Türkei zu verharmlosen, ist nicht erst mit dem am 10. Juni veröffentlichten Bericht über türkische Extremisten erkennbar. Am 5. März schrieb die IG Metall in ihrer Zeitung: „In der zweiten Februarwoche luden leitende Verfassungsschützer in der Korrespondenz einer Nachrichtenagentur zu einem ‚Gespräch‘ nach Köln zum Bundesamt für Verfassungsschutz ... Die Hüter der Verfassung beklagten sich über die ‚negative Berichterstattung‘ gegen die türkischen Rechtsradikalen und machten die Aufklärungsarbeit über deren Aktivitäten zur Ursache der politischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen türkischen Gruppen in der BRD. In Zukunft, so die Verfassungsschützer, erwarten sie eine ‚vorsichtige Berichterstattung‘. Wenig später konnte man in den Zeitungen lesen: ‚Es sei der Linken gelungen, die Nationalisten in der Öffentlichkeit als Faschisten und ‚reißende Wölfe‘ hinzustellen‘“ („Metall“, 5/80).

Die Zeitung berichtet außerdem, daß neben den Medien auch die Kirchen vom VS unter Druck gesetzt werden.

Mittlerweile verstärkt sich allerdings der Verdacht, daß entsprechender Druck auch auf die Spitze des DGB ausgeübt wird, und zwar erfolgreich.

An der Spitze: Karl Schwab

Karl Schwab ist nicht nur durch die Auseinandersetzung um die Jugendarbeit als ein besonders reaktionärer Vertreter im DGB-Bundesvorstand bekannt. Schwab ist auch zuständig für die Ausländerabteilung des DGB und verantwortlich für eine Reihe von reaktionären Maßnahmen der letzten Zeit.

In einem Gespräch mit der „Welt der Arbeit“ nimmt Schwab zu den „Grauen Wölfen“ Stellung: „Spezialproblem bei den Türken: Sollen die Grauen Wölfe verboten werden? Diese Frage, jedenfalls wenn sie so gestellt wird, hält Karl Schwab für müßig, denn es gibt keine Organisation der Grauen Wölfe ... Das ist ein Begriff, der zwar aus traditionellen Gründen von rechts bis links verwendet wird, der aber keine organisatorischen Grundlagen hat“ („WdA“, 24.4.80).

Schwab übernimmt damit die Sprachregelung des Verfassungsschutzes und begibt sich damit in Widerspruch zu früheren Aussagen und Forderungen des DGB, sowie insbesondere zur IG Metall.

1976: Verbot der „Grauen Wölfe“ gefordert

Insbesondere 1976 bemühte sich die DGB-Spitze, ein Verbot der „Grauen Wölfe“ zu erreichen. Sehr hautnah erfuhren Gewerkschafter den Terror, den die Faschisten auf türkische Arbeiter, insbesondere Gewerkschafter, ausübten. Der DGB-Bundesvorstand, Abteilung Ausländische Arbeitnehmer, (also auch Karl Schwab) richtete eine Anfrage an das Bundesinnenministerium (am 14.1.76) zur rechtlichen Klärung der Situation der MHP in der BRD - darin heißt es: „Diese Partei ist eine nationalistische Partei und hat zum Vorbild den deutschen ‚Nationalsozialismus‘ ... Die Tätigkeit dieser Partei hier in der BRD wird rassistisch und antisemitisch gefördert und hat zum Vorbild den deutschen ‚Nationalsozialismus‘ ... Die Tätigkeit dieser Partei hier in der BRD wird unzweifelhaft die Ruhe und Ordnung bei den Türken gefährden, denn diese Gruppen wollen ihre politischen Interessen in einem Bericht des DGB-Auslandsreferenten S. Mete Atsu heißt es: „Wie seinerzeit SS und SA hat sie (gemeint ist die MHP) auch Organisationen gegründet, die sich ‚Graue Wölfe‘, ‚Blitzkommandos‘, nennen. Viele politische Morde, Schlägereien, Schießereien in der Türkei gehen auf das Konto dieser Partei. Zuletzt war sie am Tod eines Landwirtschafts-

ingenieurs (Neset Danis ist gemeint) im Mai 1974 in Hamburg beteiligt.“

Ähnliche Aussagen, konkrete Nachweise über Drohungen gegen türkische Arbeiter durch Graue Wölfe, z.B. auch aus dem DGB auszutreten, finden sich aus dieser Zeit häufiger in DGB-Papieren. Gegen Ende 1976 werden dann wohl aufgrund von massivem Protest vom türkischen Verfassungsgericht die Auslandsorganisationen der MHP verboten und deren Auflösung angeordnet.

Dazu wird auf einer Sitzung der „Ständigen deutsch-türkischen Gewerkschaftskommission“ vom 15.-18.11.1976 festgestellt: „Es bestehen jedoch berechtigte Zweifel daran, ob dies (gemeint ist die Auflösung) geschehen ist. Vielmehr vermuten wir, daß die Partei in gewissen nationalistischen Ausländervereinen und Koranvereinen weiterbesteht.“

Vergleicht man das noch einmal mit den neuesten Schwab-Aussagen, dann sind das doch sehr verschiedene Töne, die derselbe Lieder derselben Stelle von sich gibt.

Gewandelt hat sich in dieser Zeit nicht der Einfluß der MHP und ihrer Jugendorganisation „Graue Wölfe“. Es gibt sie nach wie vor - getarnt mehr oder weniger offen als islamisches Kulturzentrum, in Koran- und Karatekursen für Jugendliche, als „Sozialhilfen“ für türkische Arbeiter. Auch die „Grauen Wölfe“ sind nach wie vor militant aktiv - ihr Auftreten ist noch aggressiver und offener geworden.

Stattdessen: Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die FIDEF

Auf der Grundlage eines Geheimdienstdossiers fordert Karl Schwab in einem Rundschreiben vom September 1979 sämtliche Einzelgewerkschaften auf, „jede Zusammenarbeit mit der FIDEF zu vermeiden“. Als Grund wird angegeben, „daß diese Organisation maßgeblich beeinflusst wird durch die türkische kommunistische Partei, die in der DDR ihren Exilort hat... Es ist das Ziel von FIDEF, die Basis der Türkischen kommunistischen Partei in Europa zu verbreitern“ (nach „Neue“, 12.2.1980).

Die FIDEF - vor 4 Jahren gegründet - hat nach eigenen Angaben über 20.000 Mitglieder und ist damit die größte Massenorganisation unter den rund 2,1 Millionen Türken in der BRD. Sie selbst spricht sich für eine

bedingungslose Unterstützung des DGB aus. In dem besagten Verfassungsschutz-Rundschreiben Schwabs wird außerdem - wie könnte es anders sein: links = rechts - auch verboten, mit der ADÜTDF (Föderation demokratischer türkischer Idealistenvereinigungen in Europa) zusammenzuarbeiten. Dazu wird lapidar aus dem VS-Dossier zitiert: „Das Ziel der ADÜTDF ist es, den politischen Einfluß der MHP auf die türkischen Arbeitnehmer in der BRD zu erhalten. Den Mitgliedern und Sympathisanten der Idealistenvereinigungen, die mit dem Namen der MHP-Jugendorganisation „Graue Wölfe“ bezeichnet werden, werden terroristische Aktivitäten vorgeworfen“ (nach „Neue“, 12.2.80).

Unkommentiert gibt Schwab auch folgende Behauptung weiter: „Der wiederholt erhobene Vorwurf, Mitglieder bzw. Sympathisanten der Idealistenvereinigungen üben in der BRD Gewalt gegen Andersdenkende aus, konnte trotz sorgfältiger Nachforschungen der Polizei und der sonstigen Sicherheitsbehörden bisher nicht bestätigt werden“ (nach „Wahrheit“, 23.1.1980).

Damit ist dann der Argumentationsstrang perfekt: faschistische Terrorakte können als „Streitereien zwischen Extremisten“ behandelt werden, damit wird unmittelbar die Gefahr durch faschistische Gruppen heruntergespielt.

Dankbar aufgenommen wurde die FIDEF-Abgrenzung des DGB von der TÜRK-Föderation (eine Tarnstelle der MHP in der BRD). In einem Flugblatt „Wir informieren - Was ist FIDEF?“ wird die Frage, ob es sich um eine „terroristische Tarnorganisation“ handle, mit dem Verfassungsschutzbericht und mit den Distanzierungsbriefen des DGB beantwortet. So schafft man sich Freunde.

Türkische Faschisten verharmlost

Kürzlich erschien eine DGB-Broschüre „Hintergrund türkischer extremistischer islamischer Aktivitäten in Deutschland“ (Herausgeber: die Abteilung Ausländische Arbeitnehmer - Vorsitzender Karl Schwab). Wer nun hofft, über Einflußnahme, Vorgehen türkischer Faschisten, über ihre Verbindungen, Zusammenhang, Zusammenarbeit etwa mit islamischen Sekten etwas zu erfahren, der hat zumindest mit dieser Broschüre ins Leere gegriffen.

Zwar werden hier brauchbar die verschiedenen islamischen Sekten beschrieben - besonders auch die „Süleymanlik“, die den größten Einfluß in der BRD haben. Sie sind Träger des islamischen Kulturzentrums in Köln. Die MHP und die „Grauen Wölfe“ verfügen hier über einen großen Einfluß (wozu in der DGB-Broschüre allerdings nichts steht). Die Süleymanlik ist eine Sekte, die den Islam besonders fanatisch auslegt. Sie erkennt als Gesetz nur den Koran an, als Hauptkampf führt sie den Kampf gegen den „Laizismus“ in der Türkei (Laizismus ist die Trennung des öffentlichen und staatlichen Lebens von jeder religiösen Bindung oder auch Staatsreligion, sie möchten diese Reform - in den 20er Jahren von Kemal Atatürk eingeführt - wieder rückgängig machen).

Etwa eine Viertelseite (von 20) ist der MHP gewidmet - hier die wichtigsten Aussagen: „Anhänger der MHP gründeten Organisationen wie ‚Türkischen Kulturverein‘, ‚Türkisches Kulturzentrum‘, ‚Idealistischer Arbeiterverein‘ und als Dachorganisation die ‚Demokratische Föderation des Idealistischen Arbeitervereine‘. Diese Organisationen werden in der BRD häufig als „Graue Wölfe“ bezeichnet. Gelegentlich versuchten diese MHP-orientierten Vereine, Koranränge zu eröffnen. Ein dauerhafter Erfolg blieb bislang aus ... Die MHP-Anhänger suchen immer wieder die religiösen Ansichten der türkischen Bevölkerung für ihre politischen Ziele zu mißbrauchen. Es ist bekannt ..., daß sie versuchen, in den religiösen Organisationen politische Propaganda zu machen, in den Vorstand dieser Organisation zu gehen, um die Führung zu übernehmen und die Möglichkeiten dieser Organisationen für ihre Zwecke zu nutzen.“

Das sind doch sehr vorsichtige Äußerungen - denkt man an die be-



Im Gegensatz zum Kurs der DGB-Führung: Titelbild der „Metall“ 2 vom 23.1.80.

kannten Fakten, die etwa bereits von Jürgen Roth veröffentlicht wurden und auch in der DGB Ausländerabteilung bestens bekannt sind. Entsprechend verharmlosend sind dann auch die Ergebnisse und Forderungen, zu denen die DGB-Broschüre kommt. „Die Tatsache, daß die Süleymanisten sich nach außen hin als überparteilich darstellen, ist der einzige Grund, warum sie bei der türkischen Bevölkerung in der BRD ziemlich großen Anklang gefunden haben. Die Türken in der BRD, die religiös überhaupt nicht betreut werden, sind froh, eine Moschee gefunden zu haben, deren Träger nach außen hin immer wieder sagt, daß er mit keiner politischen Partei zu tun haben will. Sie sind allerdings nicht in der Lage, die wahren Ziele des Süleymanismus bzw. der islamischen Kulturzentren zu durchschauen“. Daraus resultiert dann für den DGB: „Der Süleymanismus hat sich besonders bei den in der BRD lebenden Türken verbreitet. In Belgien und Österreich gibt es solche Probleme nicht ... Das kommt daher, weil die beiden Länder den Islam als Religion offiziell anerkennen und eine zuständige Organisation gegründet wurde“.

Der DGB sieht also in der Anerkennung und einer zuständigen Organisation gegründet wurde.

Der DGB sieht also in der fehlenden religiösen Betreuung den Grund, weshalb es den „extremistischen islamischen Sekten“ gelingt, Einfluß zu nehmen, und fordert entsprechend diese religiöse Betreuung - in Absprache mit den türkischen Behörden. Damit wird dann das gesamte Problem des Einflusses der türkischen Faschisten zum einen auf die Religion geschoben, zum anderen soll als Alternative eine eigene Religionsbetreuung angeboten werden. Das gesamte politische Problem wird so umschifft, abgeleugnet, verharmlost. Es läßt sich zwar feststellen, daß die hier lebenden Türken aufgrund ihrer Isolation und Ghettosituation sich stärker an die Religion gebunden fühlen. In der Türkei selbst lebt etwa nur ein Viertel der Bevölkerung nach den islamischen Regeln.

Der Einfluß der türkischen Faschisten muß also in ganz anderen Erscheinungen gesucht werden, als in der Forderung des DGB nach unabhängigen religiösen Institutionen. Dazu kommt noch, daß seit der Regierungsübernahme durch das reaktionäre Demirel-Regime, das sich auf 17 Parlamentsabgeordnete der MHP stützt, die offiziellen türkischen Behörden kein Garant für „Unabhängigkeit“ sind.

Mit dieser Sicht der Dinge leistet der DGB letztendlich der Verschleierung der faschistischen Aktivitäten Vorschub. Dazu muß man wissen, daß von Seiten der Bundesregierung alles getan wird, um die wahren Verhältnisse zu verleugnen. Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Immer wurden zwar „verstärkte Islamisierungstendenzen“ festgestellt, aber eine „Verbindung zu den Grauen Wölfen könne nicht nachgewiesen werden“, und - „es gibt zur Zeit keine Anhaltspunkte dafür, daß die

türkischen Koranschulen in der BRD illegale Aktivitäten betreiben oder mit rechtsextremistischen türkischen Gruppen zusammenarbeiten.“ („taz“ 21.4.80).

Von Seiten der CDU/CSU wird sogar eine öffentliche Anerkennung der islamischen Kulturzentren als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ unterstützt. Die Süleymanlik hatten diesen Antrag gestellt, sie könnten dann offiziell Kirchensteuer einziehen. Das würde ihnen etwa 200 bis 300 Mio. DM im Jahr einbringen.

Der politische Hintergrund liegt in der engen Unterstützung der Türkei durch BRD (NATO-Ausbau und OECD-Beschlüsse, danach erhält die Türkei eine hohe Unterstützung, allen voran von der BRD). Der BRD-Imperialismus stützt sich dabei auch auf die türkischen Faschisten.

Wann legt sich Schwab mit der IG Metall an?

Die staatsreue DGB-Führung scheint auch im Fall der „Grauen Wölfe“ der Staatsraison gefolgt und sich der Entwicklung in der Türkei und der damit verbundenen Interessen des BRD-Imperialismus angepaßt zu haben.

In Westberlin traten Funktionäre verbundenen Interessen des BRD-Imperialismus angepaßt zu haben.

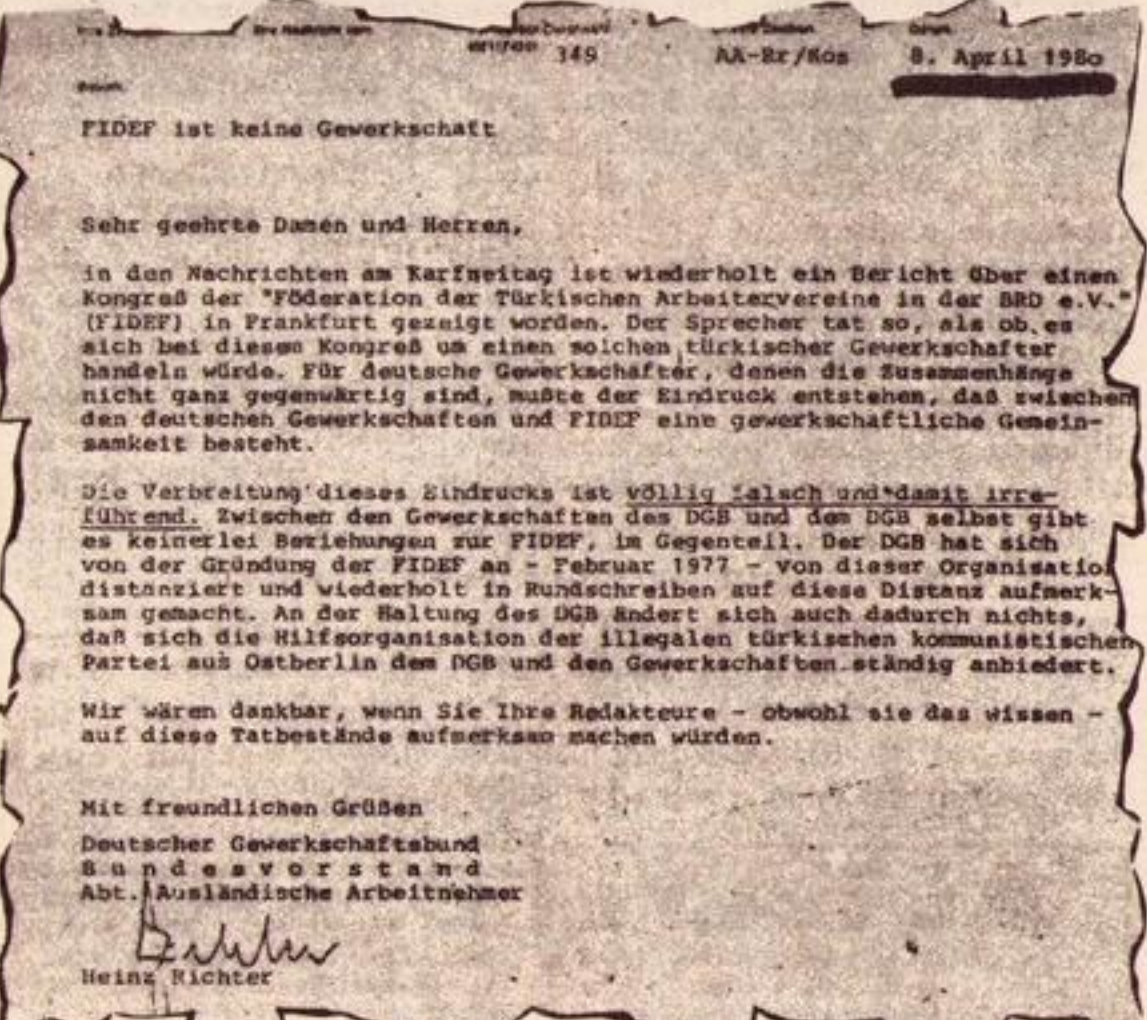
In Westberlin traten Funktionäre verschiedener Gewerkschaften an den DGB-Landesvorstand heran, um ihn zur Unterstützung einer Unterschriftensammlung für „wirksame Maßnahmen zur Durchsetzung eines Verbots aller türkischen faschistischen Vereinigungen einzuleiten“ aufzufordern.

1000 Gewerkschaftsmitglieder, darunter hauptamtliche Funktionäre, hatten diese Resolution nach der Ermordung des Lehrers Celalettin Kesim durch türkische Faschisten unterschrieben. DGB-Sekretär Stransfeld antwortete auf der Verfassungsschutzlinie: „Es gelte, alle extremistischen Aktivitäten zu verbieten und nicht nur die von rechts... Die Mehrheit der ausländischen Arbeiter will von dem ganzen Quatsch, den die wenigen - allerdings sehr aktiven - Extremisten machen, nichts hören“ („Tagesspiegel“, 24.2.80).

Erfreulich hebt sich von Schwab's und der Westberliner DGB-Linie die Arbeit der IG Metall ab. Sie forderte ein Verbot der „Grauen Wölfe“ und betreibt vor allem über ihre Zeitung intensive Enthüllungsarbeit über die faschistischen Aktivitäten und die Verbindung der MHP zur CSU/CDU, insbesondere zu Strauß. Jürgen Roth konnte in der „Metall“ enthüllen, daß im letzten Jahr über 100 türkische „Grauen Wölfe“ Mitglied im CSU-nahen Christlichen Metallarbeiterverband geworden sind.

Die „Metall“-Zeitung nannte Türk, den MHP-Führer und Strauß-Freund, einen Faschisten und konnte vor Gericht durchsetzen, daß sie dies auch weiterhin schreiben darf. Interessant dürfte es in dem Fall werden, wenn es innerhalb des DGB zu einer offenen Debatte und Kontroverse um die Unterstützung der Faschisten durch den DGB-Apparat kommt.

Eine Hamburger Lehrergenossin



DGB-Beschwerde an die ARD. Als Beweis für „terroristische Aktivitäten“ der FIDEF von der MHP-Tarnorganisation „Türk-Föderation“ veröffentlicht.

Die Unterdrückung der türkischen Frau in Westberlin

Ideologische Begründung: Der Koran

Ein Kernstück der faschistischen Propaganda der „Grauen Wölfe“ ist die Frauenfrage. In diesem Punkt deckt sich ihre Ideologie im Wesentlichen mit der der Islam-Fanatiker. Der Koran, der ursprünglich eher „mäßigend“ wirkte (verglichen mit den vorgefundenen v o r - islamischen Zuständen), indem er konkrete Verhaltensregeln gegen völlige Willkür festlegte, muß heute herhalten, um religiöse Begründungen für die gesellschaftliche und private Unterdrückung der Frau zu liefern:

Sure 4, Vers 38: „Die Männer stehen über den Frauen durch das, was Allah den einen vor den anderen gegeben hat, und weil die Männer ihre Güter verkaufen, um den Frauen die Mitgift zu geben. Die tugendhaften Frauen sind gehorsam und unterwürfig; sie bewahren sorgfältig während der Abwesenheit des Mannes, wie Allah befohlen hat. Harte Maßnahmen sollt ihr ergreifen gegen die, von denen ihr Ungehorsam befürchtet; verbannt sie in die Schlafgemächer und schlagt sie“.

Die Erlaubnis zur Gewaltanwendung, die der Koran gibt, wird in einem Verhaltensmaßregel-Buch noch etwas genauer definiert: „Der Mann darf seine Frau nicht ins Gesicht schlagen, ihr keine Knochen brechen und ihr keine offenen Wunden schlagen“. Im Islam werden der Frau auch Verhaltensmaßregeln vorgeschrieben, die sie zum Gegenstand machen, zum Eigentum des Mannes. „Die Weiber sind euer Acker; geht auf euren Acker, wie und wann ihr wollt“ (Sure 2, 223). — „Die islamische Frau muß aus einer edlen Familie kommen, denn

wie bei Pferden und Hunden, wo auch nur die gute Rasse zur Zucht geeignet ist, ist eine unreine Frau auch nicht für die Gründung einer Familie geeignet“.

Oberstes Gebot ist absoluter Gehorsam gegenüber dem Mann, sie darf nicht ohne seine Erlaubnis das Haus verlassen, denn „die Frau ist die Falle des Teufels, sie ist die verkörperte Versuchung“ (Zitate: CIBEDO — Christlich-Islamische Begegnung -Dokumentations-Leitstelle, Nr. 6/7 1980). Sie muß sich bedecken (Kopftuch, lange Hose), ihre Hände und Füße darf sie nur ihren Verwandten zeigen. Die Frau soll mit dem Haus und den Kindern beschäftigt sein, sie darf fremde Männer nicht ansprechen und überhaupt nur mit Erlaubnis ihres Mannes sehen. Wenn sie zum Einkaufen das Haus verläßt, muß sie sich verschleiern und darf kein Parfüm benutzen. Wenn ein Mann sie anspricht, wird dies dem Ehebruch gleichgesetzt. Auch in der Gesetzgebung legt der Islam Regeln für die Frau fest:

- Die Aussage einer Frau gilt halb soviel, wie die Aussage eines Mannes.
- Mädchen erben nur halb soviel wie Jungen.
- Der Mann kann sich scheiden lassen, die Frau höchstens durch ihren Vater.
- Für das gebrochene Bein einer Frau gibt es nur halb soviel Entschädigung wie für das gebrochene Bein eines Mannes.
- Ehebrecherinnen werden mit dem Tode bestraft.

Auf der anderen Seite stellt der Islam die Frau als etwas Edles, Heiliges dar. Ihr Schleier ist Symbol des Islams, die Mutterschaft ist ihr größtes Privileg und ihre größte Ehre.

... gegen die „westliche Emanzipation“

In Westberlin benutzen die Islam-Fanatiker die westlichen Frauenprobleme für ihre Propaganda. Sie rechtfertigen ihre Frauenunterdrückung mit dem Argument, daß die westlichen Frauen zur gesellschaftlichen Spielpuppe und zum Sexualobjekt gemacht wurden. Das zerstörerische Element, das die westliche Emanzipation mit sich bringe, sei die übergroße Freiheit, die man den Frauen zugestehen würde. Das Resultat sei: Prostituierte, zahlreiche unverheiratete Mütter, illegitime Kinder, Abtreibung und Sexualverbrechen. Die westliche Emanzipation der Frau sei in Wirklichkeit nur Ausbeutung der Frau.

Eine ökonomisch vom Mann unabhängige Emanzipation der Frau sei in Wirklichkeit nur Ausbeutung der Frau. Eine ökonomisch vom Mann unabhängige Frau zerstöre die Rolle des Mannes als Haupt der Familie. Die Frauen könnten keine Achtung erfahren, wenn sie sich als Lustobjekte hergeben; sie werden nur dann respektiert, wenn sie „gute“ Töchter, Frauen und Mütter sind.

Dies zeigt z.B. ein Flugblatt der Mevlana-Moschee, in dem die türkischen Frauen als „Dienerinnen des Imperialismus“, als Opfer einer „affenähnlichen Nation“ bezeichnet werden. Die Islam-Fanatiker rufen die muslimischen Frauen auf, sich aktiv gegen diejenigen zu wehren, die sie „durch Zivilisation und Revolutionsgerede von ihren Eigenschaften entfernen wollen“. Da wird gesagt: „Gib deinen Schlag denen, die deine Ehre mit bösen Blicken beschmutzen wollen! Deine Verschleierung ist ein Gebot unseres Gottes! Dein Schleier ist unsere Fahne, unsere Waffe, unsere Ehre! Du bist das Symbol des Islams, die Frau des Paradieses, die Königin deines Heimes! Dein Schleier ist die Ehrenflagge, die dem Geist des heiligen Willens sich unterworfen hat“. Durch diese Argumentation fordern die Islam-Fanatiker die islamischen Männer auf, ihre Frauen noch mehr von ihrer Umwelt zu isolieren und benutzen ihre Frauen, sich selbst für die Versklavung der türkischen Frauen einzusetzen.

„Graue Wölfe“ gegen Frauen

Daß sich besonders die „Grauen Wölfe“ des islamischen Frauenbilds bemächtigen, beweist der Westberliner faschistische türkische Frauenverein, der im Dez. 78 gegründet wurde. Die Vorsitzende ist Zümrüt Turan, die zusätzlich noch ein Dolmetscherbüro besitzt. Ziel dieses Frauenvereins ist es, die türkischen Frauen vor den bis

jetzt bestehenden Frauengruppen und -Vereinen zu „bewahren“. In einem Zeitungsartikel schreibt sie: „Da die bisherigen Frauenorganisationen fremde Ideologien und imperialistische Ideen verbreiteten, konnten sie die Probleme unserer Frauen nicht lösen. Wir als wirklich aufgeklärte Frauen werden uns dieser Probleme annehmen. Die wichtigste Aufgabe einer Frau ist es, Mutter zu sein. Beim Kampf für die Rettung der türkischen Gesellschaft aus ihrer Wurzellosigkeit kommt den türkischen Müttern eine große Bedeutung zu“ („Hürriyet“, 12/78).

Diese Kriterien zur „Bewertung“ der Frauen erinnern an Hitlers Wertmaßstäbe, deren Schwerpunkt auch Ehe und Mutterschaft waren. So schrieb Faschisten-Chef Türke in einer türkischen Frauen-Zeitung: „Eine Frau ist unheilig, wenn sie keine Kinder hat. Wenn sie weniger als 5 Kinder hat, hat sie ihre Aufgabe als Frau nicht erfüllt.“

Eine Frau, die nur Mädchen gebiert, ist unheilig. Eine unverheiratete Frau ist keine gute Frau. Schweigen ist gut, Reden und Lachen verringert den Wert der Frau“.

Gewalt gegen Frauen durch religiöse Fanatiker

Wenn sich die türkischen Frauen nicht dieser ihnen vorgeschriebenen Rolle anpassen, sich wehren und „wie deutsche Frauen“ leben, werden sie oft dazu gezwungen, wie es der Fall einer türkischen Sozialdemokratin zeigt: Diese Frau lebt mit ihren drei Kindern alleine, trägt kein Kopftuch und schickt ihre Kinder nicht in die Koranschule. Ihr Nachbar, ein Islam-Fanatiker, lauerte ihr ständig im Hausflur auf und beschimpfte sie: „Du stinkst wie eine deutsche Frau! Du schickst deine Kinder nicht in die Koran-Schule! Du bist keine Türkin mehr! Du trägst kein Kopftuch! Ich werde dich umbringen, wenn du dich weiter so anziehst und deine Kinder nicht in die Moschee schickst“ („taz“, 27.8.79).

Als er sie eines Tages als Nutte bezeichnet, wehrt sich die Frau, worauf er auf die damals Schwangere mit der Faust auf Arme und Augen schlägt und mit den Füßen in den Bauch tritt. Zwei Tage später hat sie eine Fehlgeburt. Nach diesem Vorfall hat sie gegen den Mann Anzeige erstattet. Doch durch diese Maßnahmen ließ sich der Islam-Fanatiker nicht einschüchtern: er ging dazu über, die Frau nicht nur physisch,

sondern auch psychisch fertig zu machen. In Unterschriftensammlungen im Haus wurde sie dazu aufgefordert, aus ihrer Wohnung auszuziehen.

„Graue Wölfe“ und religiöse Fanatiker gemeinsam gegen Frauen

Wie mittlerweile bekannt ist, verbreiten die Islam-Fanatiker, wie auch die „Grauen Wölfe“, nationalistische, rassistische Propaganda. Eine Zusammenarbeit von Islam-Fanatikern und „Grauen Wölfen“ läßt sich auch im Bereich „Frauen“ feststellen, was an folgendem Fall anschaulich wird:

Die 17-jährige Tochter eines Funktionärs der „Grauen Wölfe“ lief Anfang Oktober 79 von zu Hause weg, da ihr Vater sie bedroht hatte und sie in die Türkei zum Heiraten verschleppen wollte. Sie hatte Kontakt zu linken türkischen Vereinen, und ihr Vater fand in ihrem Zimmer linke Flugblätter. Sie wendete sich an das Bezirksamt, Abt. Jugend und Sport und bekam von einem Sozialarbeiter einen Heimplatz vermittelt. Aufgrund der von dem Mädchen glaubhaft behaupteten Bedrohung durch ihren Vater wurde den Eltern das Aufenthaltsbestimmungsrecht entzogen. Zwei Monate später erschien in der faschistischen Zeitung „Tercüman“ ein Artikel von ALTAN DELIORMAN (Redakteur der Zeitung in der Türkei) — „Die entführten türkischen Mädchen“ — der sich direkt auf die Sache bezog. In dem Artikel fragte A. Deliorman demagogisch: „Werden Mädchen in der BRD/Westberlin entführt, um als Werkzeuge des Marxismus zu dienen? ... Wird den Eltern dieses von seinem Elternhaus fortgerissenen Kindes, zur Last gelegt, Nationalisten zu sein. Wird in

den Bezirksamtern marxistische Propaganda verbreitet, bspw. durch den türkischen Gewerkschaftsbund „Disk“?“

Als Reaktion auf diesen Artikel wurde von der Hagia-Sophia-Moschee der berühmt-berüchtigte „Aufruf an die Welt des Islam“ verbreitet, der inhaltlich dasselbe aussagt, wie dieser „Tercüman“-Artikel, nur noch detaillierter.

Kurz danach erschien in der „Tercüman“ nochmals ein Artikel von Altan Deliorman, der diese Reaktion begrüßte und zur weiteren Bekämpfung dieses „sozialen Problems“ aufrief. Aufgrund einer Klage der „Arbeiterwohlfahrt“ verfaßte die Hagia-Sophia-Moschee einen Widerruf, indem sie abstritt, diesen Aufruf verfaßt zu haben.

Als die Sache öffentlich wurde, bekam eine fortschrittliche Türkin, die sich mit der Sache beschäftigte, einen Drohbrief, in dem ihr geraten wurde, die Finger von dieser Sache zu lassen ...

Bedrohung von Frauenvereinen

Die Bedrohungen wenden sich nicht nur gegen Einzelpersonen; auch fortschrittliche Frauenvereine, die sich für türkische Frauen einsetzen, werden bedroht. So wurden Ende letzten Jahres die Scheiben des „Treff- und Informationsortes für türkische Frauen“ eingeworfen. Die „Grauen Wölfe“, deren Büro direkt um die Ecke ist, beobachten ständig, wer dort ein- und ausgeht. Die beiden türkischen Mitarbeiterinnen wurden telefonisch bzw. schriftlich bedroht: Der einen Frau wurde nahegelegt, die Hände von der Ehre türkischer Frauen und Mädchen zu lassen; die andere bekam einen Drohbrief, in dem ihr „empfohlen“ wurde, sich von ihrem Mann zu trennen, der ein armenischer Glaubensabtrünniger sei (Armenier sind für türkische Faschisten, was Juden für deutsche Faschisten sind). Falls sie diesem „Rat“ nicht folgen würde, würde sie ihnen „leid tun“.

Diese Beispiele zeigen, daß die „Grauen Wölfe“ erkannt haben, daß die zunehmende Emanzipation und demokratische Politisierung der türkischen Frauen, insbesondere der Mädchen, die hier aufgewachsen sind, eine Gefahr für sie sind, die sie durch Einschüchterungen im Keim zu ersticken versuchen.

Bedrohung deutscher Frauen

Während die „Grauen Wölfe“ sich bisher ausschließlich gegen fortschrittliche türkische Frauen gewandt hatten, beginnen sie seit einiger Zeit auch, deutsche Frauen, die in der antifaschistischen Arbeit tätig sind, anzugreifen. Dies ist z.B. bei einer deutschen Antifaschistin, die sich schwerpunktmäßig mit türkischen Frauen beschäftigt, der Fall: Anfang dieses Jahres erkannten zwei „Graue Wölfe“ sie auf der Straße; sie konnte nur knapp einer Schlägerei, bzw. einer Vergewaltigung entgehen. Auf einer Veranstaltung mit Mitgliedern der „Islamischen Föderation“ wurde sie, nachdem sie einige kritische Fragen gestellt hatte, als Frevlerin bezeichnet, die die Rache Allahs treffen würde.

Bedrohung deutscher Frauen

Während die „Grauen Wölfe“ sich bisher ausschließlich gegen fortschrittliche türkische Frauen gewandt hatten, beginnen sie seit einiger Zeit auch, deutsche Frauen, die in der antifaschistischen Arbeit tätig sind, anzugreifen. Dies ist z.B. bei einer deutschen Antifaschistin, die sich schwerpunktmäßig mit türkischen Frauen beschäftigt, der Fall: Anfang dieses Jahres erkannten zwei „Graue Wölfe“ sie auf der Straße; sie konnte nur knapp einer Schlägerei, bzw. einer Vergewaltigung entgehen. Auf einer Veranstaltung mit Mitgliedern der „Islamischen Föderation“ wurde sie, nachdem sie einige kritische Fragen gestellt hatte, als Frevlerin bezeichnet, die die Rache Allahs treffen würde.

Frauen als Einnahmequelle

Bisher unbekannt ist noch ein Gebiet, wo Frauen für die „Grauen Wölfe“ sehr nützlich sind: Die Prostitution.

Bekanntlich hat der Dachverband der „Grauen Wölfe“ verschiedene Einnahmequellen. Das sind neben Heroinhandel, CIA, Erpressung der Arbeiter in Betrieben eben auch die Frauen. Es werden Busse mit Prostituierten von Frankfurt z.B. nach Hannover oder ins Ruhrgebiet gebracht und z.B. bei Fabriken abgestellt. Wenn sie nach 1—2 Tagen wieder zurückfahren, fließen ca. 50000 bis 100000 DM in die Kasse der faschistischen „Türk Federation“. Während die „Grauen Wölfe“ ihre Landsleute aufhetzen und ihnen erzählen, die Kommunisten trieben ihre Mädchen und Frauen in die Prostitution, unterhalten sie eigene Zuhälterorganisationen.

Eine Genossin der Antifa-Kommission Westberlin

Faschisten verstärken Terrorwelle

Gün Sazak, ideologischer Kopf der Faschisten erschossen

Am 27. Mai wurde Gün Sazak, der ideologische Führer der faschistischen MHP und zweiter Vorsitzender dieser Partei vor seinem Haus erschossen.

Von Gün Sazak wird vermutet, daß er aufgrund seiner zahlreichen Besuche in der BRD gleichzeitig der zuständige Organisator für die „Grauen Wölfe“ in Europa war. Die faschistische MHP nahm dies zum Anlaß, ihren Terror zu verstärken und drohte damit, daß ihre Parlamentsabgeordneten das Mandat niederlegen würden, um den „Kampf auf den Boden der Nation zu tragen“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 9.6.80). Diese unverhohlene Drohung zu einer erneuten faschistischen Terroroffensive war begleitet von Drohungen gegenüber der sozialdemokratischen CHP, die in letzter Zeit verstärkt zur Zielscheibe der iaschistischen Mordkommandos geworden ist. Türke, der Führer der MHP, erklärte den ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit (CHP) zum „geistigen Mörder“ von Sazak (ebenda).

Schon einen Tag nach der Erschießung wurde diese Offensive eingeleitet. In allen Städten der Türkei kam es zu Überfällen faschistischer „Grauer Wölfe“, wobei 16 Menschen getötet wurden. Allerdings treffen die Faschisten heute auf einen Volkswiderstand, der sich mehr und mehr im Laufe der letzten Monate organisiert hat.

In Cumra, Gölcük, Yozgat (praktisch unter Okkupation der Faschisten), Fethiye, Karabük, Ayvalık und Konya haben die Faschisten die Parteibüros der CHP, fortschrittliche Zeitungen und Organisationen überfallen. Gegen diese Angriffe haben sowohl die Anhänger der CHP als auch alle sonstigen demokratischen Kräfte in selbstorganisierter Form die Gebäude und sich selbst geschützt.

In Kilimli wollten die Faschisten eine Demonstration durchführen, die aber von der Bevölkerung verhindert wurde. Als die Faschisten in Kadiri und Balıkesir zum Angriff auf die Bevölkerung übergingen, kam es zu nicht unerheblichen Auseinandersetzungen. Dabei wurde in Kadiri ein rechtsgerichteter Fanatiker getötet und in Balıkesir ebenfalls eine rechtsorientierte Person verletzt.

Nachdem die Faschisten in Sivas zu Protestkundgebungen aufgerufen hatten und in Balıkesir ebenfalls eine rechtsorientierte Person verletzt.

Nachdem die Faschisten in Sivas zu Protestkundgebungen aufgerufen hatten, kam es zu Zusammenstößen, so daß der Gouverneur eine Ausgangssperre verhängte. Die Schulen wurden vom 28.4. bis 4.6.80 geschlossen.

In Corum überfielen die Faschisten Arbeitsplätze und Wohnungen von fortschrittlich und revolutionär eingestellten Bewohnern. Daraufhin wurden in vielen Stadtteilen Barrikaden zur Verteidigung errichtet. Das Parteibüro der MHP wurde zerstört. Der Gouverneur ordnete daraufhin die Schließung der Schulen sowie eine Ausgangssperre an. Trotzdem blieb die Bevölkerung hinter den Barrikaden, da sie auf den Einsatz der Sicherheitskräfte nicht vertrauen konnte. Bei den Kämpfen wurden zwei Polizisten, die sich gegen die faschistischen Angriffe stellten, von den Faschisten erschossen.

Obwohl die Faschisten in den darauffolgenden Tagen ihre Anstrengungen verstärkten, gelang es ihnen nicht, die Barrikaden zu überwinden. Es fielen bis zum 6.6.80 noch fünf Bürger den Kämpfen zum Opfer, aber diese Art von Terror reichte den faschistischen Kräften nicht. Schließlich überfielen sie Gebäude und Arbeitsplätze von Angehörigen der AP und MSP, die zusammen mit der MHP die Nationale Front gebildet hatten. Höhepunkt ihrer Menschenverachtung war jedoch, daß sie das Trinkwasser der Stadt vergifteten. Die dadurch in der Bevölkerung entstandene Aufrührerstimung kann durch eine Militäraktion, ähnlich wie in Tarsis/Izmir, provoziert werden, das Volk wird seinen gerechten Kampf jedoch nicht aufgeben.

Nach den Auseinandersetzungen, die sich aufgrund der faschistischen Überfälle entspannten, wurde auch in Merzifon eine Nachtaussgangssperre verhängt und die Schulen bis zum 5.6.80 geschlossen. Ähnliche Vorkommnisse werden aus vielen größeren und kleineren Orten der Türkei gemeldet.

Fortsetzung nächste Seite



Die Initialen der faschistischen MHP-Partei am Laden des Treff- und Informationsorts für Frauen aus der Türkei



Vor der Mevlana-Moschee in Kreuzberg

Fortsetzung von Seite 40

Die sozialdemokratische CHP und der Widerstand

Inzwischen sind auch Funktionäre der Republikanischen Volkspartei (CHP) zur Zielscheibe des Terrors der „Grauen Wölfe“ geworden. Das Ziel dieser Angriffe ist, die Basis der Partei, die zum größten Teil antifaschistisch ist, einzuschüchtern. Obwohl die Führung der CHP immer wieder betont, daß es gilt, den Rechts- und Linksterrorismus zu bekämpfen, schließen sich immer mehr Mitglieder den Widerstandsgruppen der Linken an, zum einen aus der Erkenntnis, daß nur der gemeinsame Widerstand etwas nützt, zum anderen aber auch, weil der faschistische Terror die Linken einfach dazu zwingt.

Von folgenden Anschlägen der letzten Wochen waren Mitglieder der CHP betroffen:

— Der Mitte April durch einen faschistischen Überfall schwerverletzte CHP-Vorsitzende Ahmet Albay in Adana ist am 3. Mai seinen Verwundungen erlegen.

— Am 8. Mai wurde der CHP-Vorsitzende Mustafa Kulkuloglu in Kayseri von Faschisten ermordet.

— Am 12. Mai wurde der juristische Berater der CHP in Trabzon durch 14 Schüsse umgebracht.

— Am 19. Mai wurde Jusuf Bakir, Vorstandsmitglied der CHP, in Tokat an seinem Arbeitsplatz von zwei Faschisten erschossen.

— Am 20. Mai wurde der Generalsekretär der CHP in Usak, Ethem Kaya, von zwei Faschisten namens Murat Sönmez und Mustafa Alta durch Maschinengewehrfeuer umgebracht. Die Faschisten wurden mit ihren Waffen festgenommen.

— In Ordu und Kirschr wurden die Parlamentarier der CHP von Faschisten angegriffen.

Nach diesen Angriffen konnte Ecevit nicht mehr Zurückhaltung üben. So sprach er davon, daß „der faschistische Terror sich zum Massenterror ausgeweitet“ habe. Einige Tage später warnte er: „In einigen Gebieten der Türkei hat der Bürgerkrieg begonnen“. Innenminister Orhan gab in seiner Antwort an Ecevit an, wie die rechtskonservative Regierung zum Terror der Faschisten steht. „Es ist richtig, daß die CHP-Mitglieder ermordet wurden. Aber die Ermordeten können nicht als normale CHP-Mitglieder betrachtet werden“. Also mit anderen Worten: Die Ermordung von Antifaschisten und linken CHP'ern geht schon in Ordnung.

Für die CHP steht die Frage des Widerstands dringender denn je im Vordergrund. Von der Parteiführung a la Ecevit ist nicht viel zu erwarten, da er trotz einiger markiger Worte den „Dialog“ mit dem Führer der rechtsgerichteten Gerechtigkeitspartei (AP), Demirel, den Vorrang gibt. Für die Basis aber wird die Frage des Widerstands zur Überlebensfrage!

Deshalb muß die Parole des Rechts/Links-Terrors fallen, weil diese Parole den faschistischen Terror deckt und den Widerstand kriminalisiert. Dieser Kriminalisierung können sich auch die CHP-Mitglieder nicht mehr entziehen, es sei denn, sie ziehen den Tod vor.

Türkei-Kommission

**Solidarität mit den fortschrittlichen türkischen Lehrern**

Seit dem Regierungswechsel im Oktober 1979 in der Türkei (der erzkonservative Demirel übernimmt die Regierungsgewalt, er stützt sich dabei auch auf 17 Parlamentsabgeordnete der MHP - faschistische Partei von Türkei) ist die linke Lehrerbewegung wie die gesamte demokratische Öffentlichkeit massiven Angriffen ausgesetzt. Das dehnt sich immer mehr auch auf die BRD aus: fortschrittliche türkische Lehrer in der BRD werden von türkischen Rechtsradikalen unter Druck gesetzt, der politische orientierte, religiös verbrämte Nachmittagsunterricht (die sog. Korankurse) wird ausgebaut. Offiziell zuständig ist das türkische Erziehungsministerium; der Minister wird zwar von der AP (Gerechtigkeitspartei Demirels) gestellt, der gesamte Beamtenapparat ist aber von MHP-Mitgliedern durchsetzt. Systematisch und konsequent werden sich hier immer wieder neue Methoden überlegt, um linke Lehrer einzuschüchtern, zu schwächen oder schlicht „auszumerzen“, fast täglich werden fortschrittliche Lehrer in der Türkei ermordet.

„Turnusmäßiger“ Austausch oder massive Einschüchterung

Unter der Überschrift „Die Türkei will nur regimetreue Lehrer in Deutschland haben“ erschien am 4.6. in der FR ein Artikel: Nach einer Meldung der rechtsstehenden türkischen Zeitung „Hürriyet“ sollen über 3000 türkische Lehrer von BRD-Schulen in die Türkei „zurückbeordert“, überprüft und gegebenenfalls gegen „regimetreue“ Lehrer ausgetauscht werden. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß den Kindern zu

wenig Nationalgefühl vermittelt wird, daß die hier arbeitenden Lehrer „Linksideologien“ verbreiten würden. Inzwischen haben sich die Meldungen wieder relativiert - die angekündigten Maßnahmen sind bislang für die meisten türkischen Lehrer leere Drohungen geblieben. „Lediglich“ 85 Lehrer der 624 von türkischen Behörden angestellten Lehrer (insgesamt arbeiten 2475 türkische Lehrer im BRD-Schuldienst - davon sind aber 1851 bei den BRD-Behörden angestellt) müssen in die Türkei zurück. Da sie immer nur 6-Jahres-Verträge haben, die für die 85 Lehrer 1980 abgelaufen sind, ist diese Maßnahme so gesehen wirklich „turnusmäßig“. Nach Pressemeldungen sollen dafür 150 neue (wahrscheinlich „regimetreue“) Lehrer kommen.

Allerdings besteht kein Grund zur Beruhigung. Die Meldung der „Hürriyet“ zeigt, welche Absichten die türkische Regierung und die MHP haben. Entsprechender Druck auf fortschrittliche Lehrer ist zu erwarten. Zwar hat die SPD auf die Meldung ablehnend reagiert, da „hier offenbar ‚Rechtsradikalismus‘ und ‚religiöser Fanatismus‘ durch einschlägig vorbelastete Erziehungskräfte in deutsche Schulen hineingetragen würde“, (so der niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Wernstedt, laut FR, 4.6.80). Auf der anderen Seite hat die Bundesregierung sich zur massiven Unterstützung des reaktionären Regimes in der Türkei entschieden und wird mit Sicherheit von diesem mit entsprechenden Forderungen zur „Betreuung“ der in der BRD arbeitenden Türken konfrontiert.

Auch bisher hat die SPD herzlich wenig zum Schutz fortschrittlicher Lehrer aus der Türkei getan. Wesentlich weitergehend sind da die Forderungen von Teilen der GEW:

- Protest gegen das Rotationssystem,
- öffentliche Ausschreibung der Stellen für ausländische Lehrer, gegen eine Beteiligung des türkischen Konsulats und gegen ihre Prüfungsverfahren, die eine politische Überprüfung bedeuten,
- Angleichung der Bezahlung an die BRD-Tarife (die türkischen Kollegen erhalten ein wesentlich niedrigeres Gehalt),
- Übernahme aller türkischen Lehrer, die sich „bewährt“ haben, durch die BRD-Behörden.

Auf jeden Fall müssen die zurückbeordneten Lehrer vor dem reaktionären Zugriff geschützt werden. Was ihnen im Heimatland blüht, zeigen die Übergriffe der Demirel-Regierung und der MHP gegen demokratische und fortschrittliche Lehrer in der Türkei.

Situation der fortschrittlichen Lehrer in der Türkei

„TÖB-DER“ ist der linke türkische Lehrerverband; er ist der Ersatz für eine gewerkschaftliche Organisation, die den Lehrern in der Türkei verboten ist. In der TÖB-DER sind etwa 200 000 von 300 000 Lehrern organisiert; es arbeiten alle linken Gruppen von der sozialdemokratischen CHP (Vorsitzender Ecevit) bis zur linken „Devrimci Yol“ mit.

Seit dem 24.12.79 ist der TÖB-DER allerdings jegliche Aktivität verboten. Anlaß war ihr Aufruf zu einem (von der Demirel-Regierung verbotenen) Streik anlässlich des Jahrestages des Massakers von Kahramanmaraş. (In Kahramanmaraş wurde ein Trauerzug anlässlich einer Beerdigung eines fortschrittlichen Lehrers von Faschisten überfallen; 1 000 Menschen wurden ermordet.)

Demirel ließ sofort 11 000 Lehrer verhaften, 5000 Lehrer wurden entlassen, bei 10 000 Lehrern wurden die Bezüge auf etwa ein Drittel gekürzt. Der gesamte Vorstand der TÖB-DER wurde verhaftet - in türkischen Gefängnissen sind übrigens Folterungen „normal“ (lt. ai-Bericht - siehe FR, 10.6.80).

Zum Jahresende gab es normal 14 Tage Ferien, die aber schlicht wegen Lehrermangel auf 5 Wochen ausgedehnt werden mußten. In manchen Schulen wurde mehr als die Hälfte des Kollegiums entlassen.

Seit Anfang des Jahres gibt es eine weitere Methode, mit der fortschrittliche Lehrer fertig gemacht werden sollen: die Verbannung - „Sürgün“. Engagierte linke Lehrer werden aus ihrem Wohnkreis versetzt, oft über 1000 Kilometer entfernt, mit Vorliebe in faschistische Hochburgen, wo sie isoliert von Freunden und Familie wehrlos dem faschistischen Terror ausgeliefert sind.

Dazu berichtet der TÖB-DER-Präsident Gaziolu: „Yozgat ist eine faschistische Stadt. Die Faschisten hatten bereits aus Ankara die Information, mit welchem Autobus der Lehrer ankommen würde, holten ihn gleich von der Bus-Station ab, fragten ihn, was er hier wolle, kontrollierten den Paß, verprügelten ihn und zwangen ihn zur Rückkehr“ (nach TAZ 28.5.80).

Auch die Kontrolle der Lehrer durch Inspektoren, die nach dem Regierungsantritt Demirels frisch eingesetzt wurden, wurde verstärkt; an den Schulen sind zumeist rechte Rektoren eingesetzt.

Die türkischen fortschrittlichen Lehrer brauchen unsere Solidarität.

Eine Hamburger Lehrerengossin

Aufruf für eine Alternative Türkeihilfe

Für eine „Türkei-Hilfe“, die vor allem der unterdrückten und armen Bevölkerung zugute kommt, wollen sich die SPD-Abgeordneten Manfred Coppel, Klaus Kirschner und Klaus Thüsing sowie die Schriftsteller Jürgen Roth, Günther Wallraff und Gerhard Zwerenz einsetzen.

In einer gemeinsamen Erklärung schreiben sie, „daß die Mehrheit der türkischen Bevölkerung fast nichts

von der Türkeihilfe der OECD-Staaten, insbesondere der BRD, erhalten werde. Vielmehr werde mit den versprochenen Panzern und Waffen künftig in noch stärkerem Umfang die leidgeprüfte Bevölkerung unterdrückt werden. Täglich verlören Eltern ihre Kinder durch Terroranschläge, würden die Ernährer von Familien ermordet. Die Familien lebten ohne Unterstützung in unerträglicher Not“ (FR 10.6.80).

**FÜR EINE ALTERNATIVE „TÜRKEI-HILFE“**Spendenkonto Jürgen Roth Bankleitzahl: 500 700 10
Deutsche Bank, Frankfurt Kontonummer: 401 23 57/01**Folter in der Türkei**

Wie wir bereits berichtet haben, ist die Folter ein immer stärker angewandtes Mittel der faschistischen Polizeischergen der Demirel-Regierung.

So hat Amnesty International jetzt einen Bericht veröffentlicht, der aufgrund von Untersuchungsergebnissen in der Zeit vom 19. bis 30.5.80 in der Türkei entstand. Nach Angaben von ai gehören Elektroschocks, Schläge auf alle Körperteile, auch auf Genitalien sowie Vergewaltigungen zu den Foltermethoden. Die meisten Gefangenen, die nach den Bestimmungen des Kriegsrechts in Haft gehalten werden, würden der Folter unterworfen, die „in einigen Fällen zum Tode geführt hat“.

Folter: Tägliche Verhörpraxis in der Türkei

Am 7. Mai 1980 hat die Rechtsanwaltsvereinigung von Istanbul Folterpraktiken in der Türkei veröffentlicht und der Presse eine Liste gefolterter Personen übergeben. Der Pressekonferenz wohnten einige betroffene Opfer bei, die über Foltermethoden aus eigener Erfahrung berichteten.

Der Präsident der Rechtsanwaltsvereinigung Orhan Apaydin: „In unseren Gefängnissen befinden sich tausende politische Gefangene. Niemand

weiß, wieviele Personen vor ein Gericht gestellt wurden, wieviele freigelassen wurden. Verwandte erfahren nichts über den Aufenthaltsort der Gefangenen. Wir haben zahlreiche Hinweise, die belegen, daß die Verhöre der politischen Häftlinge mit Foltermethoden durchgeführt werden. Nach Zeugenaussagen werden Häftlinge völlig unbekleidet auf den Fußboden gelegt und mit kaltem Wasser übergossen. Sodann werden Elektroden an ihre Genitalien, am Kinn oder Ohrflüppchen angebracht. Zigaretten werden auf der Haut der Häftlinge ausgedrückt. Es ist sogar vorgekommen, daß die Folterer Schlagstöcke in den Anus des Opfers einführen. Das Schlagen auf die entblößten Fußsohlen ist noch die harmloseste Foltermethode. Diese unmenschlichen Folterpraktiken werden solange fortgeführt, bis der Häftling eine vorgefertigte Erklärung unterzeichnet. Weigert sich das Opfer zu unterzeichnen, so drohen die Folterer mit Erschießung oder Hinauswerfen aus dem Fenster. Diese Drohung wird wahrgemacht; es sind bereits Tote auf dem Boden der Gefängnishöfe gefunden worden. Die Polizei spricht in solchen Fällen vom Selbstmord des Opfers.“

(Nach Info-Türk-Bulletin, Mai 1980).

Hamburg:

3000 gegen Graue Wölfe

Für Samstag, 7.6.80, hatten die Grauen Wölfe zu einer Demonstration in Hamburg aufgerufen, nachdem ihr Mitglied Yussuf Kaya, der am 28.5. an der Osterstraße angeschossen worden war (vgl. AK 178), im Krankenhaus gestorben war.

Auf dem Spritzenplatz in Altona, dem Ziel der Grauen-Wölfe-Demonstration, sammelten sich schon am Samstagvormittag eine Reihe türkischer und westdeutscher Antifaschisten. Voll wurde es und Stimmung kam auf, als Hunderte von Fahrradfahrern/innen, die morgens an der großen Fahrraddemo teilgenommen hatten, auf dem Spritzenplatz ankamen. Angesichts dieses Kräfteverhältnisses wurde die Demonstration der Faschisten von der Polizei zur Osterstraße umgeleitet. Daraufhin setzten sich die Antifaschisten von Altona in Richtung Osterstraße in Marsch. 2 - 3000 Fußgänger und Fahrradfahrer demonstrierten im Eiltempo Richtung Eimsbüttel, mit einem kämpferischen Block türkischer An-

tifaschisten vorneweg und ständigen Parolen: „Hoch die internationale Solidarität“, „Graue Wölfe raus aus Hamburg“, usw. Das Eiltempo der Demonstration konnte jedoch nicht verhindern, daß die Polizei sämtliche Zufahrtsstraßen und auch kleine Wege zur Osterstraße dicht gemacht hatte, um ein „Zusammentreffen“ von Grauen Wölfen und Antifaschisten zu verhindern. Nach kurzer Besetzung der Kreuzung Fruchtallee/Weidenallee/Eppendorfer Weg beendet eine Abschlussskundgebung an der Sternschanze die Aktion.

Zwar konnten die etwa 500 Grauen Wölfe, die offensichtlich in Norddeutschland und Westberlin mobilisiert hatten, ihre Demonstration und Kundgebung durchführen, dies aber nur durch kurzfristige Änderung ihrer Route und durch massiven Polizeischutz.

Daß praktisch aus dem Stand, d.h. in 1-2 Tagen, knapp 3000 Menschen gegen die türkischen Faschisten mobilisiert werden konnten, ist ein guter Erfolg.

Kurznachrichten

Türkei-Informationen:
Die Ausgabe Nr. 3/Juni 1980 der „Türkei-Informationen“ ist brandneu raus. Sie kostet eine Mark. Sie berichtet über Geschehnisse in der Türkei und über den Widerstand gegen die „Grauen Wölfe“ in der BRD. Außerdem ein Interview mit dem Frankfurter Schriftsteller Jürgen Roth.

Zu bestellen über:
Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei,
Kajen 22, 2000 Hamburg 11
Arbeiter-Jugendverein,
Kottbusser Damm 79, 1000 Berlin 61
Kulturzentrum der Türkei e.V.,
Frankfurter Str. 44, 6100 Darmstadt

Die Schwarzen warten auf die Erfüllung ihrer Forderungen

Die Feuer sind erloschen und vorläufig, so scheint es, ist die Ruhe in Liberty City wieder eingekehrt. Doch viele rechnen mit neuen Ausbrüchen, wenn sich nicht bald grundsätzlich etwas an den Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung ändert, wenn nicht bald die Asylfrage für die Haitianer gelöst wird.

Anfang Juni besuchte eine Regierungsdelegation Miami, um sich die Sorgen der schwarzen Bevölkerung anzuhören. In aller Klarheit wurde ihnen von der schwarzen Bevölkerung vermittelt, daß, wenn sich nicht bald etwas ändere, die Revolte erneut ausbrechen würde.

Bereits im letzten ARBEITER-KAMPF berichteten wir über die Forderungen der schwarzen Gemeinde von Miami (z.B. gerechte Gerichtsverfahren, Entlassung verhafteter Personen bei Justiz und Polizei usw.). Bisher zeigt sich jedoch nicht der geringste Ansatz zur Erfüllung dieser Forderungen. Im Gegenteil, die umstrittene Staatsanwältin Janet Reno befindet sich weiterhin im Amt, auch wurden bislang keine Untersuchungen gegen das Amt des Staatsanwalts eingeleitet. Die Forderung nach Amnestie für alle am Aufstand beteiligten Verhafteten wird nicht erfüllt, stattdessen hat man fünf Schwarze verhaftet — darunter zwei 16-jährige Jugendliche, die angeblich an der Tötung von Weißen beteiligt gewesen sein sollen. Bei der Verfolgung von Verdächtigen für die Morde an den 13 Schwarzen, die im Aufstand getötet wurden, tut sich die Staatsanwaltschaft allerdings schwer: hier sind bisher noch keine Verhaftungen durchgeführt worden. Auch der Polizist, der den 22-jährigen Larry Shockey erschossen hat, soll trotz Entlassungsempfehlung eines Gerichts auf Wunsch des Polizeichefs von Miami weiterhin im Amt verbleiben.

Der Forderung, Miami zu einem Krisengebiet zu erklären und durch besondere Finanzspritzen für die schwarze Bevölkerung aufzupäppeln, wurde seitens der Regierung bisher nicht entsprochen. Um die zerstörten Häuser wieder aufzubauen, liegen zwar etliche Bestimmungsvorschläge vor, doch keiner entspricht den Wünschen der schwarzen Bevölkerung, ihre Forderung ist: „Besteuert die Reichen und nicht die Armen“.

Jüngst bequemt sich der lächelnde Erdnußfarmer auch zu einem „Armen“.

Jüngst bequemt sich der lächelnde Erdnußfarmer auch zu einem Public-Relations-Besuch nach Miami, allerdings konnte er sich nicht zu klaren Entscheidungen in Bezug auf Unterstützung der Regierung für die betroffene Bevölkerung durchringen. So mußte ihm dann die betroffene Bevölkerung in klaren Taten zeigen, wie der Hase läuft: Man bewarf seinen Wagen kurzerhand mit Steinen und Flaschen.

Es wurde aber durch den Aufstand von Miami auch die militante Rechte auf den Plan gerufen. Wurde bereits während der Unruhen wahl-

los auf Schwarze geschossen, so wurde in der letzten Zeit auch zu weiteren Angriffen übergegangen. Am 30. Mai wurden von bislang unbekannten Tätern die Büros der Urban League in Miami in Brand gesteckt. Bereits am 5. Juni war von ebenfalls unbekannten Tätern Vernon Jordan, der Direktor dieser Organisation, angeschossen worden. Daß man sich hier gerade die rechte schwarze, von Rockefeller unterstützte, Organisation als Ziel für Feme-Attentate herausgesucht hat, zeigt, daß es für die Rassisten keinen Unterschied zwischen den Schwarzen gibt.

Auf der anderen Seite hat der Aufstand von Miami auch Zeichen für die schwarze Bewegung gesetzt. Hatte unlängst die Southern Christian Leadership Conference nach den Morden von Greensboro ein nationales Anti-Klan-Netzwerk initiiert, geht man jetzt auch von anderen Teilen der Bewegung dazu über, neue Ansätze zu schaffen. Einer dieser Ansätze ist die

Black United Front

Repräsentanten der fünf lokalen „Black United Front“ (BUF)-Organisationen wollen sich vom 26. bis zum 29. Juni in New York City treffen. Die BUFs sind vor etwa fünf Jahren aus dem Kampf um wichtige Probleme der schwarzen Bevölkerung in den Großstädten entstanden. Sie engagieren sich gegen den Polizeiterror, für eine bessere Erziehung der schwarzen Jugend, für die Wohnregistrierung, gegen Wohnungsnot und Diskriminierung bei der Arbeitsplatzvergabe. Insbesondere in den letzten Jahren haben die BUFs häufig militante Demonstrationen und Boykotts zur Durchsetzung ihrer Forderungen organisiert, dadurch konnten sie innerhalb der schwarzen Bewegung ein beträchtliches Ansehen gewinnen. Über diese Aktivitäten hinaus haben sie sich aber auch noch in der anti-imperialistischen Bewegung engagiert; hier hat sich ganz besonders die New Yorker Gruppe hervorgetan.

Die anstehende Konferenz soll die Gründungsversammlung für eine nationale Organisation sein. Eingeladen sind alle Aktivisten der schwarzen Bewegung und man erwartet über 500 Teilnehmer.

Die Ziele dieser neuen nationalen Organisation umreißt Herbert Daughtry von der New Yorker BUF

Die Ziele dieser neuen nationalen Organisation umreißt Herbert Daughtry von der New Yorker BUF so: „Die nationale BUF soll eine Avantgarde bei der Mobilisierung des schwarzen Volkes auf örtlicher und nationaler Ebene werden. Unsere Organisation wird sich hauptsächlich aus Leuten aus dem Volk, den Graswurzeln, zusammensetzen. Die nationale BUF soll eine Strategie entwickeln, die das schwarze Volk in die Lage versetzt, die Gesellschaft radikal umzustrukturieren“ („Guardian“, 11.6.80).

USA Kommission



„Schickt sie nach Hause“ — mit diesem Ausruf reagierte der Fraktionsvorsitzende der Demokratischen Partei im Senat auf die Protestaktionen von Kubafüchtlenden. In einem Lager mit 19 000 Flüchtlingen wurden täglich 100 Personen nach allen Regeln der Bürokratie abgefertigt. Das erregte den Unmut der Kubaner, die sich von ihrer Ausreise nach den USA etwas ganz anderes vorgestellt hatten. Hunderte griffen die Militärpolizei an und brannten später die Behelfsbehaltungen nieder. Die Amerikaner reagierten „empört“ wie der oben zitierte Senator: Wer schon in die USA flüchtet, hat gefälligst den Mund zu halten.

Wahlen in Peru: Niederlage der Linken

Mit den Wahlen in Peru vom 18.5. ist die „Institutionalisierung“ und die „Rückkehr zur Demokratie“ in einem weiteren Land Lateinamerikas fortgesetzt worden.

Die Vorbereitung der Wahlen war von besonderem Interesse, weil die Linke bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 1978 über 30% der Stimmen erhalten hatte und weil die revolutionäre Linke hier einen ernsthaften Versuch zur Bildung eines breiten Wahlbündnisses gemacht hatte. Durch den Ausstieg der Trotzlisten war das Bündnis wenige Monate vor den Wahlen gesplatzt (vergl. AK 176).

Wahlsieger mit überraschend deutlicher Mehrheit wurde Belaunde Terry mit seiner bürgerlichen Partei Acción Popular. Sein Hauptkonkurrent, die ehemals antiimperialistisch ausgerichtete APRA, die aber seit Jahren immer mehr nach rechts abgedriftet ist und die Militärdiktatur teilweise unterstützt hat, verlor fast 10 % ihrer Stimmen (siehe Kasten). Übereinstimmende Einschätzung, auch aus der bürgerlichen Ecke, ist, daß der hohe Wahlsieg Belaundes die breite Ablehnung der Militärs und ihres Regimes zum Ausdruck bringt und daß zugleich die APRA durch ihre Taktikerei mit den Militärs und die teilweise faschistoiden Züge ihrer Politik (militante Überfälle gegen Linke, gegen Landbesitzer etc.) zunächst ihren Kredit verspielt hat. Belaunde war 1968 von den reformistischen Militärs unter Velasco Alvarado gestürzt worden, lebte einige Zeit im Exil, lehnte 1978 die Beteiligung an den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung ab, weil er in keiner Weise Schachfigur für die Militärs spielen wollte (so die offizielle Begründung). Kurzum, Belaunde konnte mit dem Image des seriösen, demokratischen und integren Politikers auftreten, der zudem noch über Erfahrung verfügt, weil er bereits Präsident war. Allerdings dürfte es ihm schwerfallen, dieses Image mittelfristig zu halten; dazu ist der wirtschaftliche Druck auf die Massen mit 70% Inflationsrate und einer verdeckten und offenen Arbeitslosigkeit von 50% zu groß. Dazu ist auch die Machtposition der Militärs zu gestiegen; vereinbart wurde bereits die „absolute Autonomie“ der Streitkräfte, was z.B. ihren Haushalt, Waffenkäufe etc. anbelangt. Zwar ist damit zu rechnen, daß Belaunde zunächst Kredite und internationale Hilfe bekommt, um seine Regierung

stabilisieren zu können, dies kann aber nur kurzfristige „Beruhigung“ bringen.

Schwere Niederlage aller Linken

Die gesamte Linke hat im Vergleich zu den Wahlen 1978 die Hälfte ihrer Wähler verloren. Über 80% aller Stimmen wurden für die 3 großen bürgerlichen Parteien abgegeben. Die Verluste aller Parteien, einschließlich der linken, gingen geschlossen an Belaunde Terry.

Mehrere Aspekte sind für diese drastische Niederlage der Linken ausschlaggebend:

- Ganz wesentlich ist sicherlich der Zerfall des Wahlbündnisses ARI und die schließlich völlig zersplitterte Kandidatur der Linken in 5 verschiedenen Blöcken.

- Diese zersplitterte Linke war für die Massen keine Alternative mehr in dem Sinne, daß sie nicht nur programmatisch, sondern auch personell einen Garant gegen die Militärdiktatur darstellen könnte. Offensichtlich haben viele (auch linke) Wähler Belaunde als das kleinere Übel gegenüber der APRA gewählt. Dies zeigt sich z.B. daran, daß die Linke für das Parlament einige % mehr erhielt als für die Präsidentschaftskandidaten (es wurden gleichzeitig der Präsident, Parlamentsabgeordnete und Senatoren gewählt).

- Die Situation heute läßt sich nicht direkt mit 1978 vergleichen. Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (wie 1978) haben einen anderen Stellenwert als Präsi-

Fortsetzung nächste Seite

Ergebnisse der Wahlen in Peru

	1978	1980
Belaunde Terry Accion Popular	nicht beteiligt	43,6%
Villanueva APRA	35,3%	26,5%
Luis Bedoya Christdemokraten (PPC)	23,8%	11,2%
Revisionistischer Block PSR und PCP	12,5%	2,8%
revolutionäre Linke insgesamt (1978: 2 Blöcke, 1980: 4 Blöcke)	16,9%	11,9%

Wahlergebnisse der 5 linken Blöcke in Lima

	1978	1980
UDP	4,5%	5,5%
PRT (Trotzkisten mit Hugo Blanco)	11,1%	5,0%
FOCEP (Ledesma) (2)	1,6%	1,3%
Revi-Block (KP und PSR)	13,4%	4,1%
UNIR (ML-Block) (1)	—	4,8%

(1) Ein Teil der ML-Organisationen hatte '78 mit der UDP zusammen kandidiert, ein Teil war für Wahlboykott.
(2) Ledesma hatte 1978 unter dem Namen FOCEP mit Hugo Blanco in einem Bündnis kandidiert. Die FACEP war dann auseinandergebrochen, Ledesma versuchte ein Zusammengehen mit der KP und kandidierte schließlich doch allein mit einer kleinen Rest-FOCEP. 1978 hatte er zusammen mit Hugo Blanco 12,7%, Erststimmen für Ledesma waren allerdings nur 1,6%

nächst Kredite und internationale Hilfe bekommt, um seine Regierung

12,7%, Erststimmen für Ledesma waren allerdings nur 1,6%



Wahlveranstaltung von UNIR mit Haracio Zaballos, Vorsitzender der Lehrergewerkschaft Sutep (Foto aus: Amauta)

El Salvador-Veranstaltung am 19. Juni im Hamburg-Haus Eimsbüttel

Seit Anfang des Jahres bilden die Guerilla-Organisationen zusammen mit der KP eine gemeinsame Koordination, seit Anfang des Jahres sind die revolutionären Massenorganisationen El Salvadors ebenfalls eng zur „Revolutionären Koordination der Massen“ (CRM) zusammengeschlossen. Hunderttausende Demonstranten bewiesen seitdem den politischen Rückhalt der radikalen Linken in der Bevölkerung, ungezählte Entführungen einflussreicher Politiker und Industriemanager, ja Besetzungen ganzer Ortschaften demonstrierten ihre militärische Schlagkraft. Seit April dieses Jahres gibt es die „Demokratische Revolutionäre Front“ (FDR), in der sich jetzt, vielleicht vergleichbar mit Nicaragua kurz vor dem Sturz Somozas, die gesamte Opposition gegen die Diktatur zusammengeschlossen hat, also auch Sozialdemokraten, Christdemokraten und Vertreter des kleinen Unternehmertums. Gemeinsames Ziel ist es, die Macht der Militärs, der Oligarchie und des US-Imperialismus möglichst noch in diesem Jahr durch einen allgemeinen Aufstand zu stürzen.

Kaum jemand in El Salvador glaubt seit den Erfahrungen der letzten Monate mehr daran, daß dieses Ziel auf friedlichem Wege erreicht

werden kann. Seit Anfang des Jahres wurden rund 2000 Gewerkschafter, Guerilleros und Priester (unter ihnen der Erzbischof), Landarbeiter und Politiker von den Militärs, der Polizei und den paramilitärischen rechten Terrororganisationen ermordet. Mit wohlwollender Unterstützung Carters stellen die Rechten in den Nachbarländern Guatemala und Honduras Armeeeinheiten auf, um den Aufstand des Volkes mit einem „Blutbad der Hunderttausend“ zu ertränken.

Auf der Veranstaltung am 19. Juni werden mehrere Vertreter der „Revolutionären Koordination der Massen“ (CRM) über die Entwicklung in El Salvador berichten. Möglichkeiten für Fragen und Diskussion sind gegeben.

Veranstalter: AELA (Lateinamerikanischer Studentenverband)
Die Veranstaltung wird unterstützt von: El-Salvador-Solidaritätskomitee, Informationsbüro Nicaragua e.V., KB, GIM, MIR-Chile, PS-CNR (Chile), Gesellschaft für bedrohte Völker, PST (Argentinien).
Hamburg-Haus Eimsbüttel: Doormannsweg 12, 2 Hamburg 19
zu erreichen mit U-Bahn U 2, Eimsbüttelstr.; Bus 113, Schnellbus 34, Haltestelle Fruchttal

Fortsetzung von Seite 42

Wahlen in Peru: Niederlage der Linken

deutschtumsfragen, wo viele ihre Stimme nicht an zersplitterte, aussichtslose Gruppierungen „verschicken“ wollen. Wichtiger ist aber noch, daß 1978 die Massenkämpfe stärker entwickelt waren. Die Wahlen fanden damals praktisch auf dem Höhepunkt des Lehrerstreiks, der Solidarität im ganzen Volk gefunden hatte, statt. In diesem Jahr wurde in einer Situation gewählt, die durch eine Reihe von Niederlagen und eher einen Abschwung der Kämpfe gekennzeichnet ist.

Die Frage der Wahlbeteiligung (in etwa 50%) und das Wahlverhalten der Analphabeten (die erstmalig wählen durften) lassen sich noch nicht beurteilen, weil noch keine Zahlen vorliegen. Die Stimmanteile aller linken Blöcke haben sich (abgesehen von Focpe) weitgehend angehoben. Keine der linken Gruppen kann von sich heute behaupten, die führende Kraft oder die Alternative zu sein (vergl. Tabelle).

Auffällig dabei ist das relativ gute Ergebnis der UNIR, des Blocks der Chinaorientierten ML-Organisationen (vergl. Tabelle).

Auffällig dabei ist das relativ gute Ergebnis der UNIR, des Blocks der Chinaorientierten ML-Organisationen, die erstmalig in dieser Zusammensetzung kandidiert haben. Ihren Einfluß haben sie vor allem in der Lehrergewerkschaft SUTEP. Unter anderem durch die ausdauernden und militanten Lehrerstreiks haben sie auch in anderen Bevölkerungsschichten Ansehen und Einfluß gewonnen. Die beiden größten Organisationen von UNIR (Patria Roja und PCR-CO, revolutionäre kommunistische Partei-Arbeiterklasse) verfolgen bislang einen „undogmatischen“ chinesischen Kurs. Eine offensive Zusammenarbeit mit den reaktionären bürgerlichen Kräften haben sie sich bisher angesichts der Klassenkampfsituation in Peru nicht leisten können. Auffällig ist auch, daß die UDP (Hauptkräfte: Vanguardia Revolucionaria und MIR) ihre Stimmenanteile weitgehend halten oder etwas verbessern konnte. Die UDP hatte am meisten unter dem Zerfall des Wahlbündnisses ARI gelitten. Die PCR-CO war nach dem Zerfall aus der UDP ausgetreten und hatten den ML-Block mit Patria Roja gegründet; der bekannte Spitzenkandidat der UDP, Barrantes, hatte sich von der Wahlbühne zurückgezogen und die UDP verlor ihre Wahlkampfkonzepktion. Sie hatte die gesamte Wahlkampagne auf das Bündnis ARI abgestimmt. Daß trotz dieser Einbrüche die Stimmenzahl in etwa gehalten werden konnte, spricht für die Verankerung der Hauptkräfte MIR und Vanguardia Revolucionaria. Die meisten Federn lassen mußten der revisionistische und der trotzkistische Block. Möglicherweise sind die Einbußen der Revis unter anderem auf ihre Abwiegel bei gewerkschaftlichen Kämpfen und ihre zeitweisen Flirts mit der APRA zurückzuführen. Andererseits sind die Verluste des revisionistischen Blocks aber nicht der revolutionären Linken

zu Gute gekommen und geben von daher keinen Anlaß zu klammheimlicher Freude. KP-Chef del Prado schätzte ein, daß viele KP-Wähler ihre Stimme Belaunde Terry als „kleinem Übel“ gegen die APRA gegeben haben und beklagt dann noch die Zersplitterung der Linken. Dabei war es die revisionistische KP, die von Anfang an auf einen eigenen Block (zusammen mit der PSR, Partei der Reform-Militärs) gesetzt und die nie einen ernsthaften Versuch der Zusammenarbeit mit der revolutionären Linken unternommen hat.

Die Trotzkisten schätzen ihr Wahlergebnis als Erfolg ein. Die Verluste gegenüber 1978 seien deswegen nicht wichtig, weil damals im Wahlbündnis opportunistische Kräfte mitmachten, während die heutigen Stimmen ein klares Votum für eine Arbeiter- und Bauernregierung und eine entschiedene Absage an alle bürgerlichen Kräfte seien. Außerdem sei es in der Wahlkampagne gelungen, die Partei (die PRT von Hugo Blanco) aufzubauen und zu verankern. Die Stimmen, die der trotzkistische

Wahlkampagne gelungen, die Partei (die PRT von Hugo Blanco) aufzubauen und zu verankern. Die Stimmen, die der trotzkistische Block diesmal erhielt, seien als sehr bewußte Stimmen für die Partei zu werten, gerade wegen der Kampagne der anderen Linken, die die Trotzkisten als Spalter des Bündnisses ARI diffamiert hätten.

Wie es jetzt mit der revolutionären Linken weiter geht, ist noch völlig offen. UNIR hat den Vorschlag gemacht, ein Koordinationsgremium einzurichten, um das Vorgehen der linken Abgeordneten im Parlament abzusprechen. Dies ist sicher das Minimum, was in der nächsten Zeit erreicht werden muß. Die APRA, die bereits angekündigt hat, daß sie sich in keinem Fall an einer Regierung Belaunde beteiligen wird, wird wohl versuchen, sich aus der Oppositionsrolle heraus wieder ein radikaleres Image zuzulegen und etwas Einfluß in den Massen zurückzugewinnen. Dabei ist allerdings der rechte (oder noch rechtliche) Flügel, der sich gegen diese Linie ausspricht, noch nicht endgültig überstimmt. (Informationen aus Amauta, 23.5. und 29.5.80 und Perugruppe Hamburg)

Lateinamerikakommission

5. Juli 1980 Mensa der Universität Hamburg

Javier Diez Canseco, führender Vertreter der UDP und von Vanguardia Revolucionaria und Vanguardiener im neugewählten Parlament berichtet über die Wahlen und die weitere Entwicklung in Peru.
Javier Diez Canseco war schon einmal in Hamburg, wir druckten ein ausführliches Interview mit ihm in AK 148 und 149 ab.

Bolivien: Frauen im Kampf Interview mit Domitila

Domitila ist die Frau eines Bergarbeiters und hat 1975 als einzige Frau aus der Arbeiterklasse an dem Tribunal des Internationalen Jahres der Frau in Mexiko teilgenommen. Sie lebt in dem größten Minenzentrum Boliviens, in Siglo XX. (20. Jahrhundert), das eine sehr kämpferisch-revolutionäre, aber auch blutige Vergangenheit hat.

Sie, ihr Mann und ihre 10 Kinder wohnen in zwei Zimmern, ohne fließend Wasser, ohne Toilette, ohne Heizung. Die Minenarbeiter haben eine Lebenserwartung von 35 Jahren, bis sie an der „Minenkrankheit“ (Staublung) sterben. Die Frauen und ihre Kinder müssen dann die „Wohnung“ innerhalb von 90 Tagen verlassen, was bedeutet, daß sie auf der Straße leben müssen.

60% aller Devisen in Bolivien stammen aus dem Bergbau.

Ein Bergarbeiter verdient im Durchschnitt 1 US-Dollar am Tag. Wenn er stirbt, werden seine Söhne seinen Platz im Stollen einnehmen.

Domitila hat ein Buch geschrieben: „Wenn man mir erlaubt zu sprechen...“. „Weil es ein Zeugnis geben muß“, erklärt sie. Ihre Lebensgeschichte, die sie beschreibt, ist die Geschichte ihrer Klasse, die in dem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung eine lange Tradition hat.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Interview mit Domitila, das im Sommer 1979 entstand.

Frage: Wie und wann wurde das Hausfrauenkomitee, die Organisation der Bergarbeiter-Frauen, gegründet?

Domitila: Ja, das Hausfrauenkomitee wurde am 20. Juni 1961 gegründet. Das geschah auf Grund von Repressionsmaßnahmen: Alle Gewerkschaftsführer waren damals verhaftet und es war keiner da, der für die Arbeiter und ihre Familien eintrat. So fuhren die Frauen nach La Paz, aber da sie allein so gut wie gar nichts ausrichten konnten, beschlossen sie, ihre Forderungen gemeinsam vorzutragen. So traten sie in einen Hungerstreik und gründeten daraufhin das Hausfrauenkomitee.

Frage: Wie ist das Komitee organisiert?

Domitila: Das Hausfrauenkomitee ist genauso organisiert wie die Gewerkschaft. Es verfügt auch über alle Ressourcen wie eine Gewerkschaft, wie Generalsekretär, Beziehungen, Konflikte, Buchhaltung, Finanzen, gewerkschaftliche Verbindungen, Organisation, Presse und Propaganda. Das Komitee existiert in allen Minenarbeitergebieten, z.Zt. sind wir in 26 Distrikten organisiert. Wir möchten recht bald einen nationalen Kongreß durchführen, um eine nationale Hausfrauenföderation zu bilden.

Frage: War das Komitee Repressionsseits der Regierung ausgesetzt?

Domitila: Früher sind wir vielen Repressalien ausgesetzt gewesen, genauso wie die Gewerkschafter. Viele Genossinnen wurden festgenommen, andere wurden gefoltert, bei anderen wiederum wurden die Ehemänner arbeitslos, nur weil ihre Ehefrauen im Komitee arbeiteten.

Anzeige: wiederum wurden die Ehemänner arbeitslos, nur weil ihre Ehefrauen im Komitee arbeiteten.

Frage: Sie haben an dem Tribunal des Internationalen Jahres der Frau teilgenommen, das in Mexiko im Jahre 1975 von den Vereinten Nationen organisiert wurde. Welche Erfahrungen haben Sie während des Kongresses gemacht und bis zu welchem Punkt ist Ihre Position zu der der Feministinnen unterschiedlich?

Domitila: Das war für mich eine wichtige Erfahrung. Bis zum Tage der Konferenz wußte ich noch nicht, daß die Frauen diese feministischen Positionen vertreten.

(Sie übt dann insbesondere an den nordamerikanischen Genossinnen Kritik.)

Lateinamerikatage der Fachschule für Sozialpädagogik

Die Dritte-Welt-Gruppe der FSP führte vom 5. bis 7. Juni Solidaritätstage mit Lateinamerika durch. Es gab einen Informationsabend über Peru und Nicaragua und eine Veranstaltung über die emanzipatorische Erziehung des Brasilianers Paulo Freire. Den Abschluß bildete das Solidaritätsfest in der HfBK mit Los Kipus, Druckknöpfe, Steve Peinemann, N. Neutert, Buzz, Zippo und Frank und den Spalding Sisters. Leider kamen zu allen Veranstaltungen weniger Leute als erwartet, obwohl die Mobilisierung gut geplant und organisiert war. Hauptgrund dafür waren wohl die zahlreichen anderen Aktionen, die ausgerechnet in dieser Woche liefen: Gorleben-Solidarität, Anti-Graue-Wölfe-Aktion, Fahrraddemo etc. und

In der Position, wie sie sich dort darstellte, war der Mann der Verursacher allen menschlichen Übels, so daß man (frau) gegen ihn zu kämpfen habe. Zu Anfang sagten einige Genossinnen (...), daß, wenn der Mann zehn Liebhäberinnen hätte, wir auch das Recht hätten, Liebhaber zu haben. Wir glauben jedoch, daß wir nichts erreichen, wenn wir uns in der gleichen Art und Weise degenerieren wie der Mann und seine Macken imitieren. (...) Wir wollen die Befreiung unseres Volkes und müssen uns daran von unserem Klassenstandpunkt beteiligen, deswegen kann ich weder den Chauvinismus noch den Feminismus billigen, weil beides Waffen des Imperialismus zur Bremsung der Volkskämpfe darstellen.

Frage: Was halten Sie von der feministischen Bewegung in Europa?

Domitila: Ich kenne von dieser Bewegung sehr wenig, aber ich habe den Eindruck, daß die Frauen auf der ganzen Welt für ihre Gleichberechtigung kämpfen, dafür, daß sie als Menschen anerkannt werden, daß man ihnen in allen Gesellschaften die gleichen Rechte einräumt und sie die gleiche Bezahlung wie der Mann erhalten. Wenigstens ich halte das für das Ziel, für das wir kämpfen. Wir müssen den Kampf aufnehmen für unsere wirkliche Gleichberechtigung, für unsere wirkliche Emanzipation, aber ohne den Chauvinismus des Mannes und ohne den Feminismus gegen den Mann. (...) Bolivien ist ein unterdrücktes Land, ein Land, das Rohstoffe produziert, aber dessen ganzer Gewinn ins Ausland geht. Es sind Ausländer, die sich auf unsere Kosten bereichern, während wir unter sehr miserablen Bedingungen leben. Deswegen glauben wir, daß Bolivien seine ganze Misere nur überwinden kann, wenn es den Sozialismus anstrebt. Dafür müssen wir Frauen an der Seite unserer Männer kämpfen, zusammen mit ihnen, wie es unsere Theorie sagt: Für den Sozialismus ist die aktive und militante Beteiligung der Frauen notwendig.

wohl auch das gute Wetter.

Wegen des nicht so guten Besuchs der Veranstaltungen kam nur ein Überschuß von 400 DM zusammen, der zur Hälfte für die Alphabetisierungskampagne in Nicaragua, zur anderen Hälfte für eine autonome Bauerngewerkschaft in Peru gedacht ist.

Ihr könnt die Sache noch nachträglich unterstützen, wenn ihr die Ansteckbuttons kauft, die wir hergestellt haben. Darauf ist eine Faust abgebildet, die eine Cola-Dose zerdrückt. Der Button – es gibt davon noch reichlich – kostet 1,- DM.

Nach einem Bericht der Dritte-Welt-Gruppe der FSP

Nach einem Bericht der Dritte-Welt-Gruppe der FSP

LATEINAMERIKA TAGE '80

VERANSTALTER: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V., Savignyplatz 5 1000 Berlin 12, Tel. 030/3135065

SCHIRMHERRSCHAFT FÜR DIE LATEINAMERIKA TAGE '80 HABEN ÜBERNOMMEN: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin (GEW), Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (ASF), Ausländerzentrum der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), Tageszeitung Die Neue, illustrierte Stadtzeitung „zitty“

VERANSTALTUNGSKALENDER

DISKUSSIONSVORANSTALTUNGEN IM HAUS DER KIRCHE Goethestr. 27-30, Charlottenburg

Lateinamerika und Gewerkschaftliche Solidarität am Freitag, 20.6., 19 Uhr mit: Manuel Dinamarca (CUT/BRD), Tili Liebertz-Groß (GEW Berlin), Prof. Dr. Heinrich Strothmann (Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bei Mannesmann), Detlef Prinz (DGB-Jugend), Hans-Böckler-Stiftung Hamburg, ein KWU-Betriebsrat, Frederico Füllgraf (Brasilien/FDCL)

Die Außenpolitik der BRD in Lateinamerika am Montag, 23.6., 19 Uhr mit: Helmut Frenz (amnesty international), Osvaldo Bayer (argentinischer Journalist), Manfred Coppik (SPD-Bundestagsabgeordneter), Gerold Dieke (Friedrich Naumann Stiftung/FDP), Dr. Urs Müller-Plantenberg (FDCL)

„Multis“ und Entwicklung in Lateinamerika am Dienstag, 24.6., 19 Uhr mit: Heinz Brandt (Gewerkschafter/Aktionskreis Leben), Kurt Rudolf Mirow (brasilianischer Kartelllexperte und Unternehmer), Roland Voat (Vorstand BBÜ), ein KWU-Betriebsrat, Frederico Füllgraf (brasilianischer Journalist/FDCL)

Wo ist meine Tochter? Frauen aus Chile, Argentinien und Uruguay berichten über ihren Kampf für die Befreiung ihrer Familienangehörigen. Mittwoch, 25.6., 19 Uhr

Literatur und Befreiung am Donnerstag, den 26.6., um 19 Uhr mit: Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller), Antonio Skarmeta (chilenischer Schriftsteller), Inaebora Drezwitz (PEN-Zentrum), Curt Meyer-Clason, Hermann Schulz (Peter Hammer Verlag), Rotbuch Verlag.

SOLIDARITÄTS-KONZERT in der Eisbahnhalle Freitag, den 27. Juni um 19.00 Uhr (Einlaß ab 18.30). Es singen: Bettina Wegner, Walter Mossmann, Los Olimareños, Isabel und Angel Parra (Karten an den bekannten Vorverkaufsstellen, beim FDCL, bei der GEW)

Theatermanufaktur: „MURIELA“ von Otto Zonschitz nach Pablo Neruda. Aufführungen: Quartier Latin Potsdamer Str. 96 am 22.-26./28./29. Juni, 20 Uhr, Sondersondertermine für Schulklassen am 25. und 26. Juni, 10 Uhr 30

Dichterlesung Wilhelm Menné (Schaubühne) u.a. Schauspieler lesen lateinamerikanische Dichtung am Sonntag, 29. Juni, 20 Uhr, Freie Volksbühne (Kassenhalle), Berlin 31, Ruhrstr. 6

Chilenische Peña Folklore- und Kulturbund des MIR/Chile im Gemeindehaus, Thielallee 1-3, Berlin 33 am 21.6., 19 Uhr mit den Gruppen: Quarteto Retorno, Sierra Maestra, Cona Sur

Woche des Lateinamerikanischen Films im Kino Arsenal, vom 17.-25. Juni, 18 Uhr 30 und 20 Uhr 30 Welsersstr. 25, Berlin 30

Podiumsdiskussion zum Thema: „Kuba – Muster ohne Wert?“ mit C. Guggomus, U. Müller-Plantenberg, Be Ruys u.a. am Donnerstag, den 19.6., um 18.30 Uhr im Hörsaal 104 der TU, Straße des 17. Juni. Veranstalter: Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba und Internationalismus-AG.

Zentraler Lateinamerika-Abschluß-Gottesdienst am 29. Juni, 10 Uhr, in der Jesus-Christus-Kirche, Dahlemer, Hittorfstr. 21. Im Anschluß an den Gottesdienst: Lateinamerika-Fest und Kinderfest rund um die Jesus-Christus-Kirche

Pressefest der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Samstag, den 28. Juni, um 19 Uhr in der Alten Mensa der TU

Pressefest der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Samstag, den 28. Juni, um 19 Uhr in der Alten Mensa der TU

16. – 29. JUNI IN BERLIN

»Palästina soll leben«

Zur Zeit herrschen in den besetzten Gebieten kriegsähnliche Zustände — bewaffnete zionistische Siedlergruppen verüben Anschläge gegen die palästinensische Bevölkerung, diese wehrt sich mit Generalstreik, Barrikaden, Sit-ins und Demonstrationen, wobei die einzigen Waffen in der Regel Steine sind. Höhepunkt der bisherigen Aggression gegen die Palästinenser war am 2.6. der Bombenanschlag gegen die Bürgermeister von Nablus, Bassam Shaka'a, von Ramallah, Karim Khalaf und von El-Bireh, Ibrahim Tawil. Bassam Shaka'a wurden beide Beine abgerissen, er befindet sich in Lebensgefahr — die Ärzte vermuten, daß der Sprengsatz an seinem Auto vergiftet (!) war, da sich ein Wundbrand entwickelt hat. Am gleichen Tag waren bei einer Explosion in Hebron sieben Palästinenser verletzt worden.

Shaka'a, Khalaf und Tawil gehören mit den vor einem Monat ausgewiesenen Bürgermeistern von Hebron und Halhul zu den führenden Kräften des „Nationalen Führungskomitees“, einer politischen Organisation der Palästinenser in den besetzten Gebieten, deren Einfluß auf diese Weise geschwächt werden soll.

Shaka'a äußerte seine Überzeugung, daß die Bombenanschläge offiziell veranlaßt wurden bzw. zumindest nicht genug von der israelischen Militärregierung zu ihrer Verhinderung getan wurde. Dafür gibt es Anzeichen genug.

- Die israelische Regierung selbst hatte den betroffenen Bürgermeistern mit Ausweisung gedroht, wenn in ihren Städten Unruhen ausbrächen (SZ, 7.5.80) — im Wissen, daß diese ständig von den zionistischen Terrorgruppen provoziert werden.
- Schon am 10. Juni wurden in Jerusalem 120 Kilo Sprengstoff, dazu Granaten und Schußwaffen, in einem Yehive (Thora-Schule) gefunden, die aus israelischen Militärbeständen stammen. Zwei Soldaten wurden verhaftet. Die Polizei konnte angeblich keine Verbindungen zwischen diesen und Gush Emunim oder anderen Terror-Gruppen feststellen! (FAZ, 21.5.80)
- Auch der bei Attentaten verwendete Sprengstoff stammte laut den israelischen Sicherheitsbehörden aus Militärbeständen.
- Rabbi Meir Kahane, Führer der „Jüdische Verteidigungsliga“ und der KACH-Bewegung, der die israelische Regierung aufgefordert hatte, eine „jüdische Terrorgruppe“ zu gründen, um „Bomben und Granaten auf Araber (zu) werfen“, wurde am 20.5. endlich für 3 Monate in Vorbehaft genommen; sein Gesinnungsfreund Yossi Dayan („Das ist nur der Anfang. Der Gott Israels ist der Gott der Rache...“) wurde nach seiner Festnahme am 4.6. gleich wieder freigelassen. Seit längerem wird geduldet, daß die Siedlergruppen private Waffenlager anlegen; allein die linke israelische „Sheli“-Fraktion und die Bewegung „Frieden jetzt“ fordern deren Auflösung.
- Telefonanrufer von „Zions Söhne“ und „Anti-Terror-Einheit“ kündigten bei israelischen Zeitungen weitere Anschläge an. Die Gruppen haben dennoch weiter volle Bewegungsfreiheit.
- Zynischerweise wurde als Warnung gegen voreilige Schlüsse (!) auf die Täter ins Spiel gebracht, die Bombenanschläge auf die Bürgermeister könnten die Folge interner PLO-Kämpfe sein! (NZZ, 5.6.80)

Während die zionistischen Siedlergruppen weiterhin freie Hand haben, wird die Bewegungsfreiheit und Gegenwehr der palästinensischen Bevölkerung vollends unterdrückt, nachdem schon am 2. Mai die Bedingungen total verschärft worden waren. Die Militärregierung setzte verstärkt Patrouillen in den besetzten Gebieten ein, um jede Protestaktion zu verhindern. Die seit einem Monat ständig streikenden Geschäftsleute wurden zur Öffnung ihrer Läden gezwungen oder verhaftet, auf Demonstranten wurde geschossen, Demonstrationen mit Tränengas aufgelöst. Zwei der drei wichtigsten arabischen Zeitungen wurden am 2. Juni verboten, nachdem sie bisher schon strengster Zensur unterlagen.

Seit dem 2. Mai ist die Situation der palästinensischen Bevölkerung unerträglich geworden: Städte wie Hebron, die von der Außenwelt abgeschnitten waren, Ausgangssperren bis zu 22 Stunden täglich, Verhaftungen von demonstrierenden Schülern, Zerstörung von Häusern, deren Bewohner Steine auf israelische Militärfahrzeuge geworfen haben (in zwei Fällen wurden aus diesem Grund ganze Familien von Tätern in fast ausgestorbene Flüchtlingslager verfrachtet) — in den besetzten Gebieten kocht es! Der wachsende Widerstand gegen die zionistische Besatzungspolitik, gegen die immer weitergehende Kolonisation der besetzten Gebiete, Kampf und Proteste gegen den Terror rechtsradikaler Siedler scheinen der Anfang sehr viel schwererer Auseinandersetzungen zu sein. Der Terror der rechtsextremistischen zionistischen Gruppen ist aber auch ein Ausdruck der ständig innerhalb des Staates Israel gewachsenen Widersprüche. Innerhalb der israelischen Bevölkerung wächst der Widerstand gegen die aggressive und teure Siedlungspolitik, die das wirtschaftliche Chaos nur vergrößert. Die Inflationsrate beträgt weit über 100 % im Jahr, die Einwanderung nach Israel ist seit drei Jahren rückläufig. Auch dieser Entwicklung sollten die Camp-David-Abkommen und die Friedensverträge mit Ägypten auf Kosten der Palästinenser entgegenwirken. Derzeit hat sich die israelische Regierung — das Scheiternlassen der Autonomieverhandlungen sind davon ein deutlicher Ausdruck — auf die Politik der totalen Konfrontation festgelegt: Der Plan einer endgültigen Annexion der besetzten Gebiete (Jerusalem-Beschluß!) soll vor jedem weiteren Ausgleich mit den arabischen Staaten zur vollendeten Tatsache werden. Ständige Provokationen, brutale Einschüchterung, Vertreibung und nach Möglichkeit Ausrottung des palästinensischen Volkes, Schaffung vollendeter Tatsachen und nicht den leinsten Kompromiß — das war die bisher erfolgreiche Politik der Zionisten bei der Schaffung des Staates Israel. Ob diese offen brutale Politik wirklich geeignet ist, eine reibungslose Annexion der besetzten Gebiete zu gewährleisten, oder ob sie nicht langfristig den zionistischen Staat schwächt, hat auch zu Differenzen innerhalb der rechtsradikalen Regierung geführt. Der Rücktritt von Verteidigungsminister Weizmann ist nicht nur machtpolitische Poker vor dem Hintergrund einer weitgehend abgewirtschafteten Regierung, sondern bringt reale Differenzen in der Taktik der zionistischen Politik zum Ausdruck. Weizmann setzt auf die in den Camp-David-Abkommen festgelegten Vorstellungen einer Autonomie in den besetzten Gebieten: Bei scheinbaren Zugeständnissen für die Palästinenser soll die militärische Kontrolle der besetzten Gebiete aufrechterhalten und die zionistische Siedlungspolitik fortgesetzt werden — Annexion, möglichst ungestört. Diese Autonomie wird von allen Palästinensern strikt abgelehnt. Schon Camp David und die Autonomieangebote haben Proteste in den besetzten Gebieten hervorgerufen. Die Konfrontations- und Provokationspolitik der jetzigen Regierung und der von ihr gestützten Banden haben die besetzten Gebiete in ein Pulverfaß verwandelt. Außerordentlich interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen der Palästinenserin Raymonda Tawil, auch in der Bundesrepublik bekannt durch ihr Buch „Mein Gefängnis hat viele Mauern“ (Verlag Neue Gesellschaft, 1979), die in den letzten beiden Wochen ihr Buch in verschiedenen Städten der Bundesrepublik vorstellte (wiederholt hatte diese Veranstaltungsreihe abgesagt werden müssen, weil Raymonda Tawil vom israelischen Militärgouverneur keine Ausreisegenehmigung erhielt).

Am 5.6. fand eine solche Veranstaltung in der ESG Hamburg statt. Besonders sympathisch war, daß nicht das Buch, sondern die palästinensische Sache in den Mittelpunkt der Veranstaltung gestellt wurde. Raymonda Tawil vertrat sehr engagiert und mitreißend die gerechten Forderungen der Palästinenser vom bürgerlichen Standpunkt aus. Nach sehr kurzer Lesung und kurzem Referat beantwortete Raymonda Tawil ohne jede Einschränkung (oder gar vorheriger Zensur, wie wir sie auf Veranstaltungen mit den offiziellen PLO-Vertretern hierzulande gewohnt sind) offen alle Fragen aus dem Publikum. Leider war die Übersetzung der in englischen Sprache gemachten Ausführungen Raymonda Tawils schlecht bis verfälschend. Wir haben sie deshalb noch einmal vom Tonband übersetzt und drucken nachfolgend die interessantesten Stellen ab.

Nahost-Kommission

Raymonda Tawil: Zum zionistischen Terror in den besetzten Gebieten

„In der Vergangenheit haben wir gegen die israelische Armee gekämpft. Sie vertrieben, sie folterten, sie zerstörten Häuser, sie verübten alle Grausamkeiten.“

Nicht genug, daß unsere Menschen täglich von der Armee angegriffen werden, — wenn ihr heute die Nachrichten gehört habt — die Flüchtlingslager in Beirut wurden bombardiert. Jeden Tag werden die Flüchtlingslager in Beirut bombardiert. Nicht genug, daß unsere Menschen in Beirut getötet werden, nun haben die Siedler unsere Flüchtlingslager, unsere Dörfer und Städte eingekreist in Palästina und begehen Verbrechen gegen unsere Menschen. Es entwickelt sich ein Bürgerkrieg in Palästina. Wir befinden uns im Kriegszustand.

Wenn du deinen Feind kennst, dann kannst du ihn bekämpfen. Aber wir wissen heute nicht, wer unser Feind ist.

Es wurde gegen drei Bürgermeister ein Anschlag verübt: Khalaf, Tawil und Shakah. Bisher war es die Militärbesetzung, gegen die sich unser Kampf richtete. Inzwischen haben sich diese zionistischen Gruppen eingeschaltet. Die Regierung kann sich nach außen von ihnen distanzieren, aber sie können überhaupt nur solche Anschläge verüben, weil sie z. B. Waffen haben. Woher bekommen sie die Waffen? Offensichtlich von der Armee. Sie können Dinge, wie die Attentate auf die drei Bürgermeister, nur durchführen in Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen. Diese Anschläge fanden statt zur gleichen Zeit — ungefähr um 10 Uhr am Montag früh — an drei verschiedenen Plätzen. Daß der eine Bürgermeister entkommen ist, ist ein Zufall, weil er den Wagen nicht selbst geöffnet hat, sondern eine israelische Sprengstoffexperte, der dabei beide Augen verloren hat. Daß es nicht einzelne Individuen sein können, die solche Anschläge verüben, wird aus einer wichtigen Tatsache deutlich, die als kleine Meldung in der israelischen Zeitung „Maariv“ gestanden hat. Ein paar Stunden vor den Anschlägen wurden in der Nacht bei allen drei Bürgermeistern die Telefone gekappt. Wer konnte das tun? Das ist eine große Frage, die sich hier stellt. Ist es nicht eine Verschwörung? Wer konnte das tun, wenn nicht die Regierung? Könnt ihr als einzelne hingehen

und das Telefon von z. B. Bradl abschalten?

Die Situation ist sehr gefährlich. Es ist keine normale Situation. Die Siedler sind bewaffnete Leute und Gangster.

Die Israelis sagen, wir seien Terroristen, weil wir in Hebron religiöse Studenten getötet hätten. (R.T. schildert die Ursache für die schweren Auseinandersetzungen in Hebron.) Das ist eine vollständige Verfälschung der Tatsachen. Der Mann, der getötet wurde (Name unverständlich) war, nach Aussage des CIA in Amerika und nach Berichten der Zeitungen überall in den USA und in Israel, der Chef einer Bande, die Greuel in Vietnam verübt hat. Er schnitt Leuten die Augen heraus und Ohren ab, hackte ihnen die Beine ab und beging andere grausame Verbrechen. Sogar seine Eltern, die zu seiner Beerdigung nach Israel kamen, sagten, „unser Sohn war ein Ungeheuer“. Er war ein Verbrecher. Dieser Mann wurde getötet und die palästinensischen Kämpfer, die ihn getötet haben, wußten, wen sie töteten. Sie töteten keine Gläubigen, denn wir respektieren den jüdischen Glauben und wir respektieren die Religion. Er wurde getötet, weil er palästinensische Studenten in Hebron und Halhul umgebracht hatte. Kalten Blutes hat er amerikanischen Journalisten erklärt, daß er seine Hunde auf Palästinenser abgerichtet habe. Er war ein Krimineller und niemand kann das leugnen. Wie kommt es, daß die Israelis diesem Verbrecher erlauben, in den besetzten Gebieten sein Unwesen zu treiben? Oder, frage ich euch, könnt ihr mir irgendeine andere Tatsache dieser Politik rechtfertigen?

Das Attentat auf die drei Bürgermeister war nur der erste Akt. Dies geht weiter und es ist sehr gefährlich.“

Zur Siedlungspolitik

„Ich möchte eine Sache berichten, die die Lage verdeutlicht. Vor zwei Wochen saß ich mit Frau Hiller und machte ein Interview. Da kam der Milchmann und zeigte mir ein Papier, das er erhalten hatte. Es war eine Konfiszierung seines Landes. Ich versuchte dann herauszufinden, wo dieses Land liegt und um welches Gebiet es sich handelt. Es war ein Schock, ein wirklicher Schock. Es ist die größte

Landenteignungsaktion seit 1967. Wir kamen nach Betunia, einem Dorf bei Ramallah. Der Milchmann hatte, wie alle anderen Bürger, das Schreiben mit der Konfiskation am Morgen per Einschreiben mit der Post erhalten. Es ist eine ganze Schneise von Betunia bis in die Nähe von Tel Aviv. Nicht ein Acker oder ein Berg, sondern ein ganzes Gebiet wurde in einer Nacht enteignet. Die Leute in zwölf Dörfern erhielten einfach die Mitteilung, daß sie sich ihre Entschädigung abholen können. Die kriegten ein paar Tausend Mark. Nur, es sind Bauern. Die können nicht das Geld nehmen und davon leben, weil sie keine Arbeit finden. Das heißt, indem man sie aus ihrem Boden entwirzelt, müssen sie eigentlich gehen, weil sie keine Lebensgrundlage mehr haben.“

Sie sind dabei, die Westbank zu zerschneiden. Dies ist der Scharon-Plan, die Westbank in zwei Teile zu schneiden, um die Bildung eines Westbank-Staates unmöglich zu machen. Die Bulldozer waren schon an der Arbeit und die Landenteignung geht von Tel Aviv bis zum Toten Meer. Das beweist, daß die Israelis einen Westbank-Staat fürchten, sogar in Jericho. Denn das würde das Ende des zionistischen Traums bedeuten.

Und hier liegt die Gefahr. Es ist keine Besetzung. Wenn es eine Besetzung wäre, würden wir wissen, daß es eine ist. Es ist sehr viel mehr. Es ist eine Kolonialisierung. Sie wollen uns unseres Landes berauben.“

Zur Opposition in Israel

„Die oppositionelle Gruppe in Israel ist eine Minderheit, eine sehr dünne Minderheit, und wir hoffen, daß diese Minderheit eine Mehrheit werden wird.“

In Israel gibt es die Friedensbewegung, die stärker wurde, als Sadat nach Israel kam. In der ersten Zeit nach dem Besuch von Sadat gingen mehr als 300.000 „Peace“-Menschen auf die Straße und forderten Frieden. Aber welche Art von Frieden? Sie hatten keine politische Plattform, sie wollten die PLO nicht, sie wollten keinen palästinensischen Staat, die Mehrheit der Friedensbewegung wollte nichts anderes als Frieden.

Die Vertreter der Friedensbewegung, die in Israel gegen die Sied-

lungspolitik gearbeitet haben, sind von den (palästinensischen) Bürgermeistern gerne empfangen worden. Ich könnte euch Geschichten erzählen, mit welcher Freude sie begrüßt worden sind. Mag sein, daß die israelische Presse dafür gesorgt hat, daß diese Geschichten bei euch nicht bekannt sind. Es ist schlimm und traurig, daß die Israelis nun niemand mehr haben werden, zu dem sie sprechen können. Denn es ist sehr gefährlich und wird heute immer gefährlicher, daß wir nicht wissen, wer unser Feind ist (Anspielung auf die zionistischen Terrorgruppen).

Die anderen zionistischen Parteien, die Shelli-Partei, die jetzt sehr aktiv

ist, und die Rakach (revisionistische KP) fordern die Zwei-Staaten-Lösung, einen israelischen Staat und einen palästinensischen Staat.

Und es gibt die Matzpen-Gruppe, und dies ist ebenfalls eine sehr dünne Minderheit. Gerade heute gab es eine große Demonstration von Matzpen-Leuten in Tel Aviv. Die Leute von Matzpen haben eine Ideologie entsprechend den Forderungen der PLO, nämlich das Ziel eines demokratischen säkularen Staates.

Es gibt viele Israelis, die überhaupt nicht der Meinung sind, daß Israel ein zionistischer Staat sein sollte, denn sie

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 44

fürchten den zionistischen Staat. Sie wissen, daß ein zionistischer Staat nicht lange überleben wird.

Nach dem, was in den Westbanks geschehen ist, erwarten wir, daß etwas Großes in Israel passieren wird. Es wird eine Explosion geben ...

Letzte Woche gab es einen Leserbrief, der von mehreren israelischen Soldaten unterschrieben war. Natürlich wollten sie nicht, daß ihre Namen veröffentlicht werden. Die Namen waren dem Knesseth-Mitglied Avnery bekannt. Sie traten an die Öffentlichkeit und sagten: „Wir können nicht noch mehr Grausamkeiten begehen. Während der Ausgangssperre in Hebron wurden wir gezwungen, Taten gegen die Menschenrechte und unser Gewissen zu begehen“. Und sie sagten alles, wozu sie gezwungen worden waren, z. B. Foltern von Menschen ...“.

Zur Zwei-Staaten-Lösung

„Die PLO hat mehrmals erklärt, daß wir bereit sind, zwei Staaten in Palästina zu akzeptieren, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit aufgebaut sind, obwohl Israel darauf keinen Rechtsanspruch hat. Die Juden haben bei uns keinen Rechtsanspruch. Aber es ist eine Politik der vollendeten Tatsachen gemacht worden, wir müssen sie akzeptieren. Der jüdische Staat existiert. Die PLO sagte, daß wir die Existenz anerkennen werden, unter der Bedingung, daß der jüdische Staat die Existenz des palästinensischen Staates anerkennt.“

Dieser Teil war das Ende des Referates von Raymonda Tawil. Sie wurde darauf umgehend (und recht scharf) vom Vertreter des Palästinensischen Studentenverbandes in Hamburg zurechtgewiesen, sie sei falsch informiert (!!!), die PLO sei gegen die Zwei-Staaten-Lösung und für einen säkularen, demokratischen Staat in ganz Palästina, in dem Christen, Moslems und Juden zusammenleben können.

Tatsächlich hatten Führer der PLO immer wieder ihre Bereitschaft zur Anerkennung des Staates Israel und zur Zwei-Staaten-Lösung (Mini-Staat-Lösung) geäußert. Bekanntlich waren diese Standpunkte von den palästinensischen Organisationen innerhalb der PLO, die zur Ablehnungsfront gehören, z. B. von der PFLP, schärfstens kritisiert worden. Bekanntlich hatten die PLO-Vertreter in Bonn, die ja päpstlicher als der Papst sind, dies immer schärfstens abgestritten, um die von ihnen vertretene Politik eines Teils der PLO jeder Diskussion, geschweige denn Kritik zu entziehen. I. mußte sich belehren lassen:

„Mein Freund I. spricht von einem demokratischen Staat in ganz Palästina, das ist die ideale Lösung, ohne Zweifel. Ich meine, daß das kein rassistischer Staat sein wird, in dem Juden, Moslems und Christen zusammen leben werden. Das ist die ideale Lösung.“

Aber Yassir Arafat hat gesagt, als er zur UNO gegangen ist: „Wir akzeptieren die Zwei-Staaten-Lösung, wir lösen.“

Aber Yassir Arafat hat gesagt, als er zur UNO gegangen ist: „Wir akzeptieren die Zwei-Staaten-Lösung, wir akzeptieren einen Staat aus Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem.“ Und das ist heute der Standpunkt der PLO.

Aber das bedeutet nicht, daß sich die Lage in Zukunft nicht ändert. Die Lage wird sich ändern. Wie? sie wird international sein. Sie wird so sein, daß die beiden Elemente, der israelische Staat und der palästinensische Staat einen demokratischen Staat in Palästina bilden werden.

Aber ich weiß, daß die Position der PLO, und auf der Westbank kennen wir alle die Position der PLO, jetzt die Zwei-Staaten-Lösung ist: die Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem. Abu Iyad sagte in seinem Buch im letzten Kapitel: „Wir akzeptieren den Staat Israel de facto“. Das ist, was wir wissen. ...

... die ideale Lösung ist die Ein-Staaten-Lösung, weil sie demokratischer wäre, sie wäre nicht rassistisch, sie würde nicht auf Religion basieren ... Aber international, in der gegenwärtigen Situation unter den gegenwärtigen Bedingungen hat alle Welt den Staat Israel anerkannt. Wir brauchen Anerkennung, als Palästinenser brauchen wir Anerkennung.

Wenn der Staat Israel die Tatsache zweier Staaten anerkennt, bedeutet das, daß er nicht länger ein zionistischer Staat ist, weil Zionismus Expansion bedeutet, mehr Land zu besitzen. Sie müssen sich vollständig verändern. Um in diesem Gebiet leben zu können, mit den Menschen in diesem Gebiet, müssen sie ein Teil des Nahen Ostens werden. Die Anerkennung kann nicht von außen kommen ... Dies ist mit Sicherheit der erste Schritt. Aber der zweite Schritt, einen demokratischen und säkularen Staat zu haben, muß aufgrund der Zustimmung des jüdischen Staates und des palästinensischen Staates erfolgen.“

In den beiden letzten Monaten kam es in Algerien zu den schwersten Unruhen und Auseinandersetzungen seit seiner Unabhängigkeit. Gerade die Berber hatten den algerischen Befreiungskampf entscheidend mitgeführt, die kulturelle Unterdrückung blieb. Die in den letzten Monaten geführten Arabisierungskampagnen arabischer Studenten, die sich gegen die bisherige Vorherrschaft der französischen Sprache richtete, verschärften den Kulturkampf: Die Berber forderten ebenfalls – entsprechend der Staatsverfassung – die Berücksichtigung ihrer Sprache als zweite Landessprache und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Kultur.

Während die Demonstrationen der arabischen Studenten von der Regierung geduldet und ihre Forderungen teilweise eingelöst wurden, wurden die Protestaktionen der berberischen Studenten blutig unterdrückt. In der Kabylei-Region unterstützte die Bevölkerung die Forderungen der Studenten durch einen Generalstreik. Bei den wochenlangen Auseinandersetzungen wurden 32 Menschen getötet, viele Studenten wurden verhaftet.

Die schweren Auseinandersetzungen führten auch zu heftigen Kontroversen auf der dritten Sitzung des

Die Berber oder IMAZIRREN (zu deutsch: freie Männer), wie sie sich in ihrer eigenen Sprache nennen, sind die Urbevölkerung des nordafrikanischen Raumes. Die antiken Historiker bezeichneten sie als „Numider“, im Mittelalter war die Bezeichnung „Mauren“ für sie geläufig. Im 7. sowie im 11. bis 14. Jahrhundert wurden ihre Wohngebiete von arabischen Einwanderungswellen überflutet. Obwohl sich seither viele Gruppen nahezu vollständig an das Arabertum assimiliert haben, konnten 6 bis 7 Millionen Berber ihre Kultur und Sprache auf unterschiedlich großen Volksstammesinseln von Ägypten bis Mauretanien bis auf den heutigen Tag bewahren.

Seit alters her kämpften die Berber gegen fremde Besatzer. Im Altertum gegen Karthager, Römer und Wandalen, im Mittelalter gegen die Araber, in der Neuzeit gegen die französischen Kolonisten. Bedeutende Persönlichkeiten der islamischen Geschichte wie der Feldherr Al Tarik, der im Jahre 711 an der Spitze von 7.000 Berbern und 5.000 Arabern Spanien eroberte, sowie Emir Abdulkader, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Aufstand gegen die französischen Kolonisten in Algerien anführte, sind Berber gewesen.

Der größte Teil der Berber lebt heute in Marokko mit 40% und in Algerien mit einem Anteil von 35% der

sen. Der größte Teil der Berber lebt heute in Marokko mit 40% und in Algerien mit einem Anteil von 35% der Gesamtbevölkerung. Bei den algerischen Berbern unterscheidet man zwischen den Kabylen im Norden, den Mozabiten in der Zentralregion und den Tuareg im Süden des Landes.

Viele Berber zählten zu den Vorkämpfern der algerischen Revolution. In der Kabylei wurden auf einem Kongreß im Jahre 1956 die Grundsätze der Revolution festgelegt, ihre Ziele formuliert und ihre führenden Organe geschaffen. Keine Region Algeriens hat im Freiheitskrieg so viele Opfer an Menschenleben, zerstörten Dörfern, gefällten Obstbäumen und verbrannten Ernten gebracht. Noch heute ist die Mehrzahl der Bauernfamilien für ihren Lebensunterhalt auf die Ersparnisse ihrer als Arbeitsemigranten in Frankreich, Belgien und Deutschland tätigen Verwandten angewiesen. Für die tiefliegenden strukturellen Probleme dieses Gebietes hat die algerische Republik bis jetzt keine Lösung gefunden. Auch auf kulturellem Gebiet hat die algerische Revolution den Berbern nicht die erhoffte Freiheit gebracht. Zur schwierigen ökonomischen Lage in den armen Bergregionen kommt die alltägliche Diskriminierung ihrer Sprache und Kultur. Die kulturelle Unterdrückung seitens der Regierung nahm im Laufe der Jahre immer größere Ausmaße an. Berberische Schulen sind verboten, den Kindern wird das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Arabertum vermittelt. Bewerber für Positionen im Staatsdienst sind gezwungen, ihr Berbertum zu verleugnen. Die Erstellung und Verbreitung von Literatur in berberischer Sprache ist verboten, Schallplatten mit berberischer Musik werden in Frankreich hergestellt, ihre Verbreitung ist in Algerien stark eingeschränkt. In gleicher Weise werden Rundfunk- und Fernsehsendungen

Zentfalkomitees der FLN. Mehr als 160 Mitglieder sprachen sich für Freiheit des Ausdrucks und Demokratie aus.

24 Studenten wurden inzwischen vor den Staatssicherheitsgerichtshof gestellt. In einem Kommuniqué des Justizministers hieß es, die 24 seien wegen „Zugehörigkeit zu geheimen Organisationen“ angeklagt („Le Monde“, 17.5.80). Die Namen der Angeklagten wurden allerdings nicht genannt. Ait Ahmed, Vorsitzender der „Front der Sozialistischen Kräfte“, der in Europa lebt, erklärte, daß zu den Verhafteten weder die Eltern noch die Rechtsanwälte gelassen würden.

Aus Protest gegen diesen Geheimprozeß wurde in Tizi-Ouzou am 18.5. erneut ein Generalstreik durchgeführt. An den Universitäten in Algier finden seit dieser Zeit laufend Protestaktionen und Auseinandersetzungen zwischen berberischen Studenten und „nationalistischen“ Studenten, die sich auf den Arabismus und Islam berufen, und Polizei statt („Le Monde“, 21.5., 27.5.). Der folgende Artikel berichtet über die Hintergründe dieser Auseinandersetzungen.

Nahost-Kommission

zensiert. Die Sendezeiten in berberischer Sprache wurden vom Tag der algerischen Unabhängigkeit bis heute kontinuierlich gekürzt. 1973 wurde Mouloud Mammeri, dem bedeutendsten berberischen Literaten der Gegenwart, untersagt, an der Universität von Tizi-Ouzou, der Hauptstadt der Kabylei, weiterhin in berberischer Sprache zu unterrichten. Die repräsentative Kulturpolitik der Regierung hat dazu geführt, daß die berberischen Revolutionsführer aus der Staatsführung ausgeschieden sind und als mehr oder minder aktive Oppositionelle in Frankreich oder andernorts im Exil leben.

Die Berberische Gesangsgruppe „Imazirren Imula“ hat die Situation der Berber in Algerien in einem Lied ausgedrückt. Es heißt darin: „Die Schönheit der Berge ist so schön wie der Hunger. Zu allem was unsere Vorfahren gesungen haben, bleibt eines noch zu sagen: die Schönheit gehört den Steinen, der Hunger den Bergbewohnern. Das Unglück liegt die Bergbewohner bis zum Tod. Es liegt sie, weil sie für andere sterben, für ihre Ausbeuter, damit die Bergbewohner stellvertretend für sie kämpfen und erobern, was verloren ging.“

Der Kulturkonflikt mußte sich in Algerien zwangsläufig verschärfen angesichts der in den letzten Monaten namentlich von den arabischen Studenten gegen die bisherige Vorherrschaft der französischen Sprache

angesichts der in den letzten Monaten namentlich von den arabischen Studenten gegen die bisherige Vorherrschaft der französischen Sprache getragenen Arabisierungskampagne, in deren Verlauf die Arabisierung aller öffentlichen Funktionen, des kulturellen Lebens und des Pressewesens gefordert und auch teilweise verwirklicht wurde. Am 10. März dieses Jahres sollte in Tizi-Ouzou unter dem Vorsitz Mouloud Mammeris ein Kongreß über die berberische Dichtung stattfinden. Dieser Kongreß wurde von der Regierung kurzfristig verboten. Die Studenten, die sich mit dem Verbot nicht abfinden wollten, starteten eine Aktion, die auf die Rücknahme der Anordnung und eine öffentliche Kenntnismachung der Unterdrückung der berberischen Kultur abzielte. Einige Hundert Studenten zogen am 7. April in einem Demonstrationsszug von Tizi-Ouzou nach Algier zum Platz des 1. Mai. Auf ihren Spruchbändern stand zu lesen: „Volkskultur“, „Freiheit“ des Ausdrucks“, „kulturelle Demokratie“ und „Ist das Berberische nicht eine algerische Sprache?“. Die Demonstration wurde von der Polizei blutig niedergeschlagen, zahlreiche Demonstranten erlitten schwere Verletzungen. Das Verhalten der Polizei gegenüber den berberischen Studenten stand in auffälligem Gegensatz zu dem Verständnis und dem Wohlwollen, das den Demonstrationen der arabischen Studenten im Rahmen der Arabisierungskampagne entgegengebracht wurde. Am Dienstag, dem 8. April, besetzten die berberischen Studenten die wirtschaftswissenschaftliche und philosophische Fakultät der Universität von Algier. Sie riefen Parolen wie „Für einen echten Sozialismus“ und „Es lebe der Generalstreik“. Die Protestaktion wurde am folgenden Tag fortgesetzt. Die Studenten forderten in Übereinstimmung mit der Staatsverfassung die Berücksichtigung des Berberischen als

zweite Landessprache und die vermehrte Beachtung ihrer unterdrückten Kultur. Die Studenten erklärten, daß sie keine Feindschaft gegen die arabische Sprache hegten, sondern nur sichergestellt wissen wollten, daß es sich um ein volkstümliches Arabisch handele und nicht um einer Version, die der Mehrheit der Bevölkerung unbekannt sei. In diesem Zusammenhang wurde der Vorwurf erhoben, die französisch gebildete Oberschicht Algeriens habe sich dem Volk längst entfremdet. Die Studenten wiesen des weiteren die Vorstellung zurück, daß der Islam unbedingt mit der arabischen Sprache liiert sein müsse und wiesen auf Länder wie die Türkei und den Iran hin, die eine ei-

„die Achtung unserer Kultur“ und „Einheit ja, Vereinheitlichung nein“.

Zusätzlich zu den Studenten traten auch die Lehrer in den Streik. Sie forderten den Abzug der Polizeikräfte und die öffentliche Diskussion des Anliegens der Berber, das bisher totgeschwiegen wurde. Der Minister für Bildung verlangte ultimativ die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes bis zum Samstag. Falls dies nicht geschehe, so ließ er verlauten, nehme er an, daß die Studenten auf ihr Studium und ihre Abschlüsse verzichtet hätten. In einer Vollversammlung wiesen die Studenten diese Forderung zurück und stellten folgende Bedingungen:



gene Sprache haben. Letztlich forderten sie, den kulturellen und sprachlichen Pluralismus in Algerien zu einem politischen Anliegen zu machen. Entschieden wandten sich die Sprecher gegen die Behauptung, der Kampf für die berberische Sprache werde nur unter dem Vorwand geführt, die Position des Französischen zu erhalten. Einige der Sprecher forderten abschließend die Gründung eines von der Staatspartei unabhängigen repräsentativen und demokratischen Syndikates.

Die Studenten in der Kabylei haben schnell die Unterstützung der Schüler gefunden. 700 Schüler der kabylischen Stadt Ain-al-Mammam veranstalteten einen Demonstrationsszug nach Arba-Ait-Irathen, einer Stadt 20 km in Richtung Tizi-Ouzou entfernt. Die Schüler der drei Gymnasien von Tizi-Ouzou sind nach dem zug nach Arba-Ait-Irathen, einer Stadt 20 km in Richtung Tizi-Ouzou entfernt. Die Schüler der drei Gymnasien von Tizi-Ouzou sind nach dem Vorbild der Studenten in den Streik getreten. Die Regierung reagierte mit einer Verstärkung des Polizeiaufgebotes und mehreren Festnahmen unter dem Vorwand, die Demonstranten gefährdeten die Staatssicherheit. Allein in Dna-al-Mizau wurden 70 Schüler nach einer Demonstration verhaftet.

Die Studenten von Tizi-Ouzou haben am 11. April die Vorlesungen wieder besucht, aber sie erklärten auch, daß ihr Streik täglich wieder aufgenommen werden könne und die Bewegung für die Gleichberechtigung der berberischen Kultur und allgemein für die Freiheit des Ausdrucks und der Information fortgesetzt werde. Auch die berberischen Studenten der Universität Algier bekräftigten ihren Entschluß, ihre Protestaktion fortzusetzen.

Die Bewegung für die Gleichberechtigung der berberischen Kultur hat nicht nur die Zentren, sondern auch die Dörfer berührt. In einem Dorf wurde ein Konzert der Gruppe „Imazirren Imula“ und des Sängers Ferhat verboten. Am Mittwoch, dem 16. April hat die Bevölkerung der Kabylei einen Generalstreik durchgeführt. Die Streikbewegung erfaßte auch die größten Unternehmen der Region, wie den Textilkomplex von Dra-Ben-Khedda mit 4.000 und ein Elektrowerk mit 1.000 Arbeitern. Die Belegschaften beider Werke sandten eine Abordnung zu den Studenten von Tizi-Ouzou, um ihre Unterstützung zu bekräftigen. „Wir wollen zeigen“, sagte einer der Arbeiter, „daß die Studenten nicht von der Bevölkerung isoliert agieren, wie manche glauben machen wollen.“ Überall in der Kabylei konnte man Gruppen von Männern im traditionellen weissen Burnus sehen. Auf Spruchbändern standen Parolen wie: „Wir for-

– Freilassung aller bei den bisherigen Auseinandersetzungen verhafteten Personen,
– Einstellung der polizeilichen Verfolgungen,
– Verbreitung der ganzen Wahrheit durch die offiziellen Medien.

Aus Vertretern der Studenten, des Universitätspersonals sowie der Arbeiter und Angestellten der lokalen Betriebe wurde ein Koordinationskomitee zur weiteren Durchführung des Streiks gegründet. Die algerische Regierung nahm den Streik der Lehrer zum Anlaß, am 20. April die Besetzung und Schließung der Universität Tizi-Ouzou sowie eines Krankenhauses vorzunehmen, dessen Belegschaft aus Sympathie mit den Studenten gestreikt hatte. Nach der Schließung der Universität kam es zu

legschaft aus Sympathie mit den Studenten gestreikt hatte. Nach der Schließung der Universität kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei, bei denen 32 Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Nach Angaben der algerischen Nachrichtenagentur ist eine nichtgenannte Anzahl von Personen in Tizi-Ouzou festgenommen worden. 21 Personen wurden zu Haftstrafen in Höhe zwischen zwei und acht Jahren sowie Geldstrafen verurteilt.

Westliche Journalisten bezeichneten den Generalstreik in der Kabylei als den schwersten inneralgerischen Konflikt seit der Unabhängigkeit des Staates. Das Gewicht, das man den Auseinandersetzungen beimißt, wird nicht nur durch das Sperren der Kabylei für ausländische Journalisten deutlich. Der algerische Staatspräsident Benjedid selbst war anlässlich einer Debatte über Wirtschaftsplanung auf die Vorgänge eingegangen. Er machte sich die Sache freilich sehr einfach. Die Frage, arabisch zu sein oder nicht, stelle sich nicht mehr in Algerien. Algerien sei ein „arabisches, muslimarisches, algerisches“ Land, und er betrachte es als Schande, daß jemand noch zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit derlei Fragen stelle.

Das „Komitee zur Verteidigung der kulturellen Rechte in Algerien“ protestierte in einem Kommuniqué gegen die blinde Unterdrückung, deren Opfer nicht nur die Bewohner Algiers und der Kabylei sind, sondern auch jene von Batna, Sidi-Bel-Abbes, Oran und anderen Regionen. Das Komitee hob hervor, daß es sich zum Ziele gesetzt habe, gemeinsam mit allen Algeriern einen Prozeß der Demokratisierung im Lande in Gang zu setzen, dessen kultureller Aspekt nur eine Komponente sei (Nach Berichten von „Le Monde“, „Neue Zürcher Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“ und „Tageszeitung“).

Herbert Saure

Südkorea: Das Militär baut seine Macht aus

Nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in der Provinz Cholla Namdo hat die militärische Führung jetzt begonnen, ihre Macht auch institutionell abzusichern. Am 31.5. wurde ein sogenannter „Oberster Rat für Nationale Sicherheit“ gebildet, der nichts anderes als eine Militärjunta darstellt. Vorsitzender ist der neue „starke Mann“ Südkoreas, Chon Du Hwan, dessen Hinrichtung eine der wichtigsten Forderungen der Aufständischen von Kwangdschu gewesen war. Mit ihm sitzt im „Ständigen Ausschuss“ der Junta Generalmajor Chung Ho Young, Kommandant der durch ihre Brutalität in Kwangdschu hervorgerufenen Spezialkampftruppe.

Auch nach der Militäraktion von Kwangdschu gehen die Repressionen gegen die Bevölkerung und alle oppositionellen Kräfte weiter. Auf der einen Seite wird die in der Ära des letzten Jahr getöteten Diktators Park gepflegte Tradition des Spitzelwesens neu belebt. So hat der koreanische Geheimdienst KCIA inzwischen in zahlreichen Städten sogenannte „antikommunistische Informationszentren“ errichtet, unter anderem auch in Kwangdschu. Dort sollen Leute, die als Spione verdächtigt werden, angezeigt werden. Allein das bisher in der Hauptstadt Seoul bestehende derartige „Zentrum“ hat seit Februar 1978 4.000 „Fälle“ behandelt (Radio Seoul, 27.5.80).

Besondere Sorge scheinen der Militärjunta die Aufständischen zu machen, die sich mit Waffen ins Umland von Kwangdschu abgesetzt haben. Hier erweist sich der obligatorische Militärdienst für alle Studenten, gegen den diese in der Vergangenheit des öfteren protestiert hatten, als Bumerang für das Regime. Außerdem sind nach offiziellen Meldungen bisher erst 80 % der von den Aufständischen erbeuteten Waffen sichergestellt worden, so daß diese mindestens noch über etwa 1.000 verfügen („FR“, 3.6.80).

Da wird wohl auch die „Kriegsrechtsinformation Nr. 18“ wenig nützen, die allen, die ihre Waffen abliefern, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Straffreiheit versprechen. Seit Kwangdschu wissen die Koreaner(innen), was sie von solchen Worten zu halten haben. Auch hier sollen deshalb wieder Denunziationen belohnt werden: „Diejenigen, die von anderen berichten, die Waffen besitzen oder verstecken, werden nicht erfaßt. Sie werden angemessen belohnt. Mit Ablauf der Frist für freiwillige Abgabe werden Durchsuchungen und Verhöre weitergehen. Wer nach dieser Frist verhaftet wird, wird vom Kriegsrechtsanwalt verfolgt und hart bestraft“ (Radio Seoul, 28.5.80).

Gezielte Schläge gegen jede Opposition

Nach der Niederschlagung des Aufstands wurde der Oppositionspolitiker und ehemalige Vorsitzende der „Neuen Demokratischen Partei“, Kim Dae Dschung, als Drahtzieher der Unruhen bezeichnet. Nach offiziellen Angaben wurden seit Ausbruch der Unruhen 1.740 Personen verhaftet, von denen noch 730 „verhört“ werden – wie das in den Folterkellern des KCIA aussieht, ist bekannt! Die Zahlen dürften zudem stark untertrieben sein.

Der besondere Haß des Regimes richtet sich gegen diejenigen, die versucht haben, die Zensur zu durchbrechen und wahrheitsgemäß über das Massaker der Regimetruppen gegen die Aufständischen zu berichten. So wurden acht Journalisten festgenommen, die berichtet hatten, daß „ein Kraftfahrer, der vier Tote der Kämpfe ins Krankenhaus gebracht habe, von Soldaten dort erschossen worden sei, daß Soldaten vor ihrem Eingreifen gegen Demonstranten in Kwangdschu Aufputschmittel erhalten hätten“ (dies hatte übrigens eine Untersuchungskommission des katholischen Rates in Japan ermittelt)



Wie hier vor der Fernsehstation in Seoul sind im ganzen Land vor allen öffentlichen Gebäuden und an allen „strategischen Punkten“ demonstrativ schwerbewaffnete Militäreinheiten aufgezogen, um das verschärfte Kriegsrecht notfalls auch mit Brachialgewalt durchzusetzen.

„und daß eine Studentin von Soldaten verstümmelt worden sei“ („SZ“, 10.6.80). Nach dem Vorsitzenden der südkoreanischen Journalistenvereinigung wird gefahndet.

In Seoul wurde das Büro der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo geschlossen und ihr Leiter ausgewiesen wegen angeblicher „übelwollender, verzerrter und falscher Berichterstattung“ (südkoreanische Nachrichtenagentur „Hapdong“, 2.6.80). Auch mit den militanten Streikenden der letzten Wochen soll jetzt abgerechnet werden. So wurden sieben Stahlarbeiter in Pusan zu bis zu sieben Jahren (!) Haft verurteilt, weil sie eine verbotene Demonstration von Stahlarbeitern angeführt hatten, bei der einige Bullen verletzt und einige Papiere des Unternehmens vernichtet worden waren.

Aufgrund der massiven Repression sind mehrere hundert Oppositionelle in den Untergrund gegangen, insbesondere diejenigen, die in der Phase

der teilweisen Liberalisierung nach Park Jung His Tod amnestiert worden waren.

Die US-Regierung wie immer auf Seiten der Mörder

Wir hatten schon im letzten AK auf die Rolle des US-Imperialismus in Südkorea hingewiesen. Alles Gerede über Menschenrechte hat ein Ende, wenn ein US-höriges Regime am Wackeln ist. Auch das Gejammer, die Militärs hätten die US-Botschaft nicht rechtzeitig über ihre Maßnahmen unterrichtet, können eines nicht aus der Welt schaffen: „Die Entsendung eines Elitetruppenteils zur blutigen Unterdrückung der Demonstrationen von Kwangdschu und zur anschließenden Eroberung der Stadt nach einem neuntägigen Aufstand wurde von dem amerikanischen Oberkommandierenden, General John Wickham, gegengezeichnet“ („FR“, 4.6.80).

Und auch US-Präsident Carter hat die amerikanischen Garantien für das südkoreanische Militärregime bekräftigt, denn „die USA könnten die Beziehungen zu ihren Alliierten nicht abbrechen, nur weil diese den Menschenrechten nicht den gleichen Rang zumessen wie wir“ („FR“, 3.6.80).

Um so erfreulicher ist es, daß die Regierung der Seychellen am 28. Mai die diplomatischen Beziehungen mit Südkorea abbrach, um die Solidarität mit allen freiheitsliebenden Koreanern auszudrücken.

Weitere Solidaritätsaktionen gab es in Japan, wo ca. 600.000 Koreaner(innen) leben. Auch in Westberlin fand erstmalig eine Demonstration von über 200 Koreanerinnen und Koreanern statt, trotz permanenter Bespitzelung durch Agenten des koreanischen CIA.

Asien-Australien-Kommission

Noch einmal: Das Regime Pol Pot

Anderthalb Jahre sind seit dem Sturz des Pol Pot Regimes in Kampuchea vergangen. Die offizielle „Regierung“ Pol Pots genießt immer noch die Anerkennung fast der gesamten imperialistischen Welt. Inzwischen haben die begonnenen Untersuchungen und deren Ergebnisse (Massengräber, Todesregistrierungen, Gefangenensfotos u.ä.) deutlich gemacht, daß damit eines der brutalsten und grausamsten Regimes der Nachkriegszeit internationale Ehrung erfährt.

Wir selber sind von den Enthüllungen schockiert, haben dieses Ausmaß

an Terror selbst nach dem Sturz des Regimes für undenkbar gehalten. Heute läßt sich aufgrund der Enthüllungen und der ersten systematischen Untersuchungen einiges mehr über die Pol Pot Zeit sagen, als von einem Jahr.

Die Opfer des Terrors

Es gibt bis heute keine exakten Zahlenangaben über die Todesopfer unter dem Pol Pot Regime. Fest steht lediglich, daß von den 7 - 8 Mio Menschen Kampuchea 3 - 4 Mio Menschen das Leben lassen mußten. Nach

„allgemeiner“ Einschätzung kam ein Teil dieser Menschen durch Hungersnöte, Epidemien u.ä. um. Über die Opfer der Massaker gibt es nur unvollständige Angaben, Mutmaßungen soweit es die Massengräber, die gefundenen Dokumente zulassen. Lediglich über das KZ Tuol Sleng in Phnom Penh (Tuol Sleng war ein politisches Gefängnis unter direkter Kontrolle der Pol Pot Regierung. Ca. 20.000 Menschen wurden hier umgebracht) gibt es aufgrund der bürokratisch genauen „Buchführung“ der Pol Pot Truppen einigermaßen genaue Aussagen.

Die Opfer des Terrors sind nach den vorliegenden Berichten und den „Tuol-Sleng-Dokumenten“ in erster Linie Menschen aus dem Bereich der „Intelligenz“ im weitesten Sinne. Einige Beispiele:

- von 36 Archäologen leben heute noch drei in Kampuchea, 21 wurden ermordet;
- von 70 Professoren leben heute noch sieben;
- von über 500 Ärzten haben sich bis heute nur 56 gemeldet;
- von 1356 Arbeitern der Textil-Fabrik Kampong Tscham haben sich 410 gemeldet, von den 37 Technikern haben vier überlebt (nach „Ich höre noch Schreie in der Nacht“, Reportage von Tiziano Terzani über Kampuchea im „Spiegel“ vom 14. und 21.4.80). Diese Zahlen decken sich mit anderen Angaben, auch mit den offiziellen Zahlen. Die zahlreichen, z.T. dubiosen Berichte über die Pol Pot Zeit sprechen allesamt von einer enormen Verfolgung aller Menschen, die in irgendeiner Weise „Bildung“ besaßen, das ist sozusagen der rote Faden, der sich durch sämtliche Berichte durchzieht. Bekannt ist, daß ein Großteil der heutigen Schwierigkeiten Kampuchea dem absoluten Mangel an Fachkräften geschuldet ist. Die Registrierungskarten, Tötungslisten u.ä. aus dem KZ Tuol Sleng beweisen dies mindestens für den dort ermordeten Teil der Gefangenen. Unter ca. 1.000 ausgewerteten Personenkarten aus Tuol Sleng sind „324 Arbeiter aus verschiedenen Fabriken, 206 Offiziere der Sihanouk- und Lon Nol Armee, 113 Lehrer und Professoren, 87 Ausländer, 148 aus dem Ausland zurückgekehrte Elite-Khmer, 194 Studenten sowie Ärzte und Ingenieure“ (Anthony Barnett in „New Statesman“, 2.5.80).

Neben der Verfolgung und teilweise Ermordung der „Intelligenz“ wurde die politische Opposition – ebenfalls im weitesten Sinne – in Kampuchea verfolgt und liquidiert. In Tuol Sleng wurden zum großen Teil politische Opponenten gefangengehalten und liquidiert, darunter einige Minister der alten FUNK-Regierung (bis 1976) sowie Minister der ersten Pol Pot-Regierung: 1977 wurde Hu Nim (Propagandaminister) exekutiert, 1976 Koy Thun und bereits 1975 Hou Youn („New Statesman“, 2.5.80). Diese Namen sind in den Listen von Tuol Sleng mit Datum etc. enthalten. Nicht nur prominente Opponenten, auch „einfache“ Widersacher – Soldaten beispielsweise – wurden massenhaft hingerichtet! „Die beiden höchsten Totalangaben (Tagesexekutionen lt. den Listen aus Tuol Sleng) sind von Soldaten der ‚Roten Khmer Armee‘ aus den östlichen, an Vietnam grenzenden Regionen“ („New Statesman“, 2.5.80). Hier hatte es mehrfach militärische Erhebungen gegen Pol Pot gegeben. „Der Aufstand ... schlug fehl. Truppen, die Pol Pot ergeben waren, umzingelten die Rebellen ... und brachten auf Pol Pots Befehl systematisch alle seine (So Phim, Führer des Aufstandes, Red.) Anhänger und deren Familien um“ („Spiegel“, 21.4.80). Dies deckt sich mit den Angaben aus Tuol Sleng.

Neben der Verfolgung der politischen Opponenten und der Intelligenz als möglicherweise potentielle Opponenten fielen eine Großzahl von Menschen offenbar einfachsten „Fehlern“ zum Opfer. Unter den Gefangenen und Ermordeten von Tuol Sleng sind ca. 2000 Kinder gewesen („New Statesman“, 2.5.). Terzani belegt die Kindermorde im „Spiegel“ mit einem Auszug aus dem Photoalbum des Tuol-Sleng-Gefängnisses (siehe nebenstehendes Foto). In den Massengräbern wurden ebenfalls unzählige Kinderschädel und –skelette gefunden. Diese belegten Massaker lassen nur zwei Versionen zu: entweder, das Pol Pot Regime versuchte tatsächlich über eine grausame Modifizierung der Sippenhaft mit der vermeintlichen und tatsächlichen Opposition fertig zu werden oder die Berichte über Exekutionen wegen kleinster Verfehlungen gegen die Disziplin stimmen.

Das angebliche Chaos

Eine Version der Erklärungen für den Terror unter dem Pol Pot Regime erklärt die Massaker mit einer angeblichen Unkontrollierbarkeit der Pol Pot Truppen. Diese hätten – losgelöst von zentralen Kommandostrukturen – auf eigene Faust Vernichtungsfeldzüge geführt. Einer solchen Sichtweise widerspricht die exakte Buchführung, die peinlichst genaue Registrierung aller Exekutierten in den zentralen Gefängnissen bis hin zu Fotografien von Gefangenen vor und nach Folterungen. Ein solch bürokratischer Apparat läßt sich nur über zentrale administrative Strukturen erklären. Einer solchen These widerspricht aber auch der schnelle Truppeneinsatz bei militärischen Aufständen in entfernten Regionen (wie 1977 in den Ostprovinzen). Vor allem widerspricht dem auch die bis zum Ende aufrechterhaltene Struktur der Pol Pot Truppen sowie das relativ geringe Überlaufen dieser Truppen. Es spricht vielmehr vieles dafür, daß ganze Terror wohlorganisiert und zentral gelenkt wurde. Die jetzt nach und nach ans Licht kommenden Dokumente über die Massenmorde, den Terror usw. der Pol Pot Truppen (z.T. ja unangreifbare Originaldokumente, Listen, Registrierkarten des Regimes selbst) erklären neben der schockierenden Erkenntnis der Pol Pot Greuel als Tatsache aber auch, daß es keineswegs eine gradlinige Entwicklung von der FUNK zu Pol Pot gegeben hat.

Im Gegenteil: Die jetzt bewiesenen Massenhinrichtungen von politischen Opponenten in Tuol Sleng, die bewiesene Hinrichtung, 1 i n k e r FUNK-Kader (z.B. Hu Nim) erhärten die These von der Zerschlagung der kampucheanischen Volksmacht (FUNK) durch Pol Pot und seine Anhänger. Die Massenhinrichtungen aufständischer Soldaten 1977 bezeugen indirekt ebenfalls die These vom Putsch der Pol Pot Truppen zu dieser Zeit (oder einer putschartigen endgültigen Machtergreifung). Kurze Zeit später begannen die umfassenden Provokationen gegen Vietnam, wurde die 1977 frisch aus der Taufe gehobene Pol Pot „KP Kampuchea“ zum obersten Machtzentrum.

Asien-Australien Kommission

Bureaucracy of death

Number	Original names	Other names	Previously Position	Entry date
123	Phouk Chay	Yench	Office 870 K.S.	14.2.77
124	En Chou	Gay	Division	17.2.77
125	Hu Nim	Phouk	320 Information	16.4.77
126	En	Yen	Division	17.2.77
127	Phouk Chay	Gay	480 Deputy Secretary	14.2.77
	Choum	Gay	Staff officer's office	

Issued on 7.7.77
Illegible signature

Prisoners crushed to bits on 6.7.77

Inside we look at the 'confessions' extracted from Hu Nim.

Die „Buchführungs“-Listen der KZ-Henker (aus „New Statesman“, 2.5.)

Die Kommunistische Partei Thailands und die Indochinakrise

- Hat sich die CPT mit Peking und Pol Pot gegen Vietnam verbündet?
- Ist die CPT zu einem Burgfrieden mit dem Regime in Bangkok bereit, um eine vermeintliche vietnamesische Invasion abzuwehren?
- Hat sich die CPT in einen pro-chinesischen und einen pro-vietnamesischen Flügel gespalten?

Das sind die etwas provozierenden Fragestellungen, deren vorsichtige Beantwortung in diesem Artikel versucht werden soll, soweit unser augenblicklicher Informationsstand dies erlaubt. Denn nicht nur auf Seite der thailändischen Regierungspropaganda sind während der letzten 1 1/2 Jahre die wildesten Spekulationen aufgetaucht, auch in den Reihen linker Organisationen und Solidaritätsgruppen herrscht Unsicherheit und Verwirrung. So hat z.B. der Arbeiterkampf (Nr. 163, 1.10.79) unter der Überschrift „KP-Thailand - Burgfrieden mit dem Imperialismus“ die CPT bereits abgeschrieben und hofft darauf, Richtung Vietnam schießend, „daß sich in Thailand eine neue Kraft formiert, die den Widerstand gegen das faschistische Regime fortführt ...“ Ähnlichen Inhalts, wenn auch zurückhaltender geäußert, ist der Artikel aus der TAGESZEITUNG vom 28.6.79: „Thailand - Antivietnamesisches Bündnis der CPT mit der Militärregierung?“ Es muß allerdings einschränkend gesagt werden, daß eine endgültige Antwort auf die gestellten Fragen erst dann möglich sein wird, wenn die CPT sich selbst in grundlegender und eindeutiger Weise hierzu äußert, was bisher noch nicht geschehen ist.

Entwicklung der Beziehungen der CPT zu den kommunistischen Parteien in den Nachbarländern

1942 gegründet, seit 1965 bewaffnet kämpfend, ist es der CPT während der letzten 10 Jahre gelungen, einen großen Teil der ländlichen Bevölkerung zu organisieren oder zumindest ideologisch zu beeinflussen, ebenso die Sympathie und die Unterstützung der fortschrittlichen Teile der Arbeiter und der städtischen Intelligenz zu erlangen. Nach dem Militärputsch vom 6. Okt. '76 flohen mehrere tausend Studenten in den Dschungel zu den Basen der Volksbefreiungskräfte, die mit 15 Sitzen im Parlament vertretene SPT (Sozialistische Partei Thailands) und die ebenfalls parlamentarisch repräsentierte Sozialistische Frontpartei gingen mit dem größten Teil ihrer Anhänger in den Untergrund und schlossen sich dem Befreiungskampf der CPT an. Gemeinsam gründeten sie das CCPDF, ein Komitee zur Koordinierung der Aktivitäten aller am Widerstandskampf beteiligten Gruppen, Organisationen und Parteien. Heute sind die laut Regierung offiziell geschätzten 12000-14000 bewaffneten Kämpfer (3) der PIAT (Thailändische Volksbefreiungsarmee) im ganzen Land präsent, in mehr als 40 Provinzen (von 72) unterhalten sie befreite Zonen oder Stützpunkte.

Nach außen hatte die CPT sichtbaren Erfolg in der Bewahrung guter Beziehungen zu allen kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern der Region. Offiziell unterstützt durch die VR-China und in Opposition zur UdSSR, erhielt die CPT den größten Teil ihrer Unterstützung durch Vietnam und Laos. Ihre Guerillakräfte und Propagandaeinheiten vertrauten fest auf ihre Lager in Laos und Kampuchea, während ihre Radiostation „Stimme des thailändischen Volkes“ (VOPT) aus Südchina sendete. Parteikader reisten regelmäßig auf ihrem Weg nach Peking durch Laos und Vietnam.

Solange sich alljene Parteien und Staaten in einem gemeinsamen Kampf gegen die Vormachtstellung des US-Imperialismus befanden, ließen sich ihre Differenzen untereinander überdecken. Als dann aber die Annäherung der VR-China an die USA die Form einer grundlegenden Allianz annahm, gleichzeitig Vietnam durch seinen Beitritt zum COMECON sich in starke Abhängigkeit von der Sowjetunion brachte, verlor die Auffassung darüber, einen gemeinsamen Kampf zu führen, an Bedeutung.

Mit der Entwicklung der gegenwärtigen Indochinakrise kam es dann zu größeren Debatten innerhalb der CPT. (Vergl. 1) Es ging dabei um Vietnam, die pro-amerikanische Tendenz in der chinesischen Außenpolitik und das Wesen der innerchinesischen Entwicklungen nach dem Tode Maos. Besonders aus den Reihen unterer Kader und jüngerer Mitglieder soll es innerhalb der CPT und der mit ihr verbündeten Frontorganisationen zu Kritiken an China gekommen sein. Jenen Quellen zufolge (1) nahmen die Parteiverantwortlichen diese Bedenken zur Kenntnis, rieten aber zur Geduld und zum Vertrauen auf Chinas ehrenvolle und lange revolutionäre Geschichte.

Noch während die internen Auseinandersetzungen andauerten haben sollen, begann die CPT im Januar 1979 mit Veröffentlichungen von Erläuterungen zu ihrem 1976 verbreiteten 10-Punkte-Programm. Darin wird der Aufbau einer breiten Front propagiert und die Einbeziehung aller Kräfte befürwortet, ausgenommen jene innerhalb der herrschenden Clique, die ihre Interessen fest mit denen des ausländischen Kapitals verbunden haben. Es wird die Einführung demokratischer Rechte gefordert, sowie eine Verteilung des Bodens an jene, die ihn bebauen. Als die zentralen Feinde werden die thailändische Kompradorenbourgeoisie und der US-Imperialismus genannt, daneben wird auch vor den Einmischungsversuchen der Sowjetunion gewarnt. China, Laos, Vietnam und Kampuchea finden als fortschrittliche und antiimperialistische Staaten Erwähnung. (1)

Am 17. Mai 1979 wird in Sendungen der VOPT die Hanoi Regierung zum ersten Mal wegen ihrer Flüchtlingspolitik, ihrer Invasion in Kampuchea und wegen ihrer Rolle als Stellvertreter Moskaus kritisiert. Am 7. Juni 1979 wird Vietnam dann in einer Rede des offiziellen Sprechers der CCPDF und Führungsmitglieds der SPT, SRI INTHAPANTI, frontal angegriffen. (3) Betitelt mit „Thailand steht heute einer realen Gefahr gegenüber“ beginnt die Erklärung mit einer Anklage gegen die KRIANGSAK-Regierung, bei der angemessenen Vorbereitung zur Verteidigung Thailands versagt zu haben. Es werden Stellungnahmen rechts-extremer Generäle wiedergegeben, in denen Vietnam beschuldigt wird, zu einer wirklichen Bedrohung für Thailand geworden zu sein. Die Erklärung zweifelt an dem Versprechen der Vietnamesen, Thailand nicht anzugreifen, und verweist darauf, daß just 2 Wochen vor dem Einfall der vietnamesischen Armee in Kampuchea Vietnams Außenminister noch jegliche Pläne für eine Invasion im Nachbarland abgelehnt habe.

Des weiteren wird die UdSSR angeklagt, in ihrem Streben nach Vorherrschaft und Ausweitung ihrer Einflußzonen weltweit Unruhe zu schüren. Sie habe zusammen mit Hanoi in Kampuchea ein Marionettenregime errichtet, um die militärische Aggression Vietnams zu verhüllen. Im Gegensatz zur KRIANGSAK-Regierung, die auf Rettung durch die USA hofft, würden die Patrioten in den revolutionären Basen ihre Gewehre fest in den Händen halten und jedem entgegenzutreten, der es wage, in Thailand einzufallen. Es folgen dann eine Anzahl konkreter Anklagepunkte:

1. Vietnamesische Truppen entlang der Grenze zu Thailand seien „bereit, jederzeit einzumarschieren“
2. Hanoi habe den Versuch unternommen, in Thailand eine Marionettenfront und-armee aufzustellen
3. Die SU dränge bestimmte Fraktionen innerhalb des Militärs zu putschen
4. Die Behauptung, POL-POT-Kräfte würden von thailändischem Boden aus unterstützt, diene nur als Vorwand, um im Fall eines Angriffs auf Thailand eine Entschuldigung parat zu haben.

Aber das thailändische Volk, so fährt die Erklärung fort, werde vereint kämpfen und „wird niemals seine Unabhängigkeit aufgeben, wenn auch das herrschende Regime besiegt werden mag.“ Die Regierung habe andererseits „9/10 ihrer Truppen“ dazu verwendet, „das Volk zu unterdrücken, während nur 1/10 der Truppen zur Sicherung der Grenzen dienen.“ In ihrer Schlußfolgerung ruft die Erklärung zur inneren Einheit auf angesichts der „Situation auf Leben und Tod“, während gleichzeitig gesagt wird, daß „nur durch den revolutionären Krieg die ständige Ermordung thailändischer Patrioten durch die herrschende Klasse unterbunden werden kann.“ Sie schließt mit dem Vertrauen darauf, „daß wenn auch immer die SU, Vietnam und ihre Lakaien einen Invasionskrieg beginnen... die thailändische Befreiungsarmee und alle Patrioten, Freiheit, Demokratie und Würde liebenden Menschen werden Seite an Seite die Feinde bekämpfen, bis der Sieg über sie erreicht sein wird.“

In auffälliger Abweichung von Äußerungen der Vergangenheit findet in dieser Erklärung die USA als Bedrohung keine Erwähnung mehr. Die Charakterisierung der Außenpolitik der SU, die Kennzeichnung Vietnams als ihr Lakaien-Regime und das Verschweigen der Rolle des US-Imperialismus ist dem offiziellen Vokabular Pekinger Propaganda entlehnt und ist direktes Resultat der chinesischen sog. „Theorie von den drei Welten“. (Während übrigens Vietnam bezichtigt wird, in Thailand eine Marionettenfront ins Leben rufen zu wollen, wird tunicht die Rolle Chinas beim Aufbau einer Anti-Regierungsfront in Laos - verkündet durch Peking im Mai '79 - und ihre Unterstützung für die rechtsextremen Guerillakräfte dort verschwiegen).

Die CPT und Vietnam

Es stellen sich nun die folgenden Fragen:

1. Wie ist diese Wende in der Politik der CPT zu verstehen, die in der Vergangenheit darin bestand, erfolgreich Beziehungen zu China wie auch zu Vietnam zu unterhalten?
2. Wie haben die seit längerer Zeit schon bestehenden Meinungsverschiedenheiten der CPT zu Hanoi zu einem offenen Bruch führen können?
3. Hat die CPT ihren bisherigen Kurs, auf der Basis einer Analyse der thailändischen Gesellschaft eine von äußeren Doktrinen unabhängige Politik zu verfolgen, aufgegeben und sich dem Diktat der chinesischen Außenpolitik unterworfen?

Beginnen wir mit Frage 1 und 2. In früheren Jahren erhielt die CPT wesentliche Unterstützung durch China, diese Hilfe umfaßte Ausbildung und auch Waffenhilfe. Nach 1975 konzentrierte die Pekinger Regierung ihre Aufmerksamkeit dann mehr auf die Errichtung ihrer neuen Botschaft in Bangkok, und die materielle Hilfe Chinas verringerte sich zu unwesentlichen Quantitäten. Zur gleichen Zeit boten die gerade befrei-

ten indochinesischen Länder ihre Unterstützung an, u.a. die Nutzung von Gebieten entlang der thailändischen Grenze für Basen und Trainingslager, militärische und politische Ausbildungsstätten, sowie Kommunikationsverbindungen nach außerhalb wie auch nach Thailand selbst.

Diese unter thailändischem Kommando stehenden Lager und auch die Kommunikationsverbindungen waren besonders nach dem Militärputsch 1976 in Thailand von großer Wichtigkeit, weil angesichts der entfesselten antikommunistischen Repressionswelle mehrere tausend Anhänglinge in den Lagern der Guerillabewegung aufgefangen werden mußten. Laos wurde zu einem wichtigen Platz für propagandistische und erzieherische Aktivitäten der CPT, die sowohl auf thailändisches als auch auf ausländisches Publikum zielten; Kampuchea wurde vermutlich zu einem wichtigen Stationierungsfeld für militärische Aktivitäten. (1)

Trotz der Inanspruchnahme dieser Unterstützung war die CPT nicht bereit, ihre öffentlich verkündete pro-chinesische Linie bezüglich internationaler Angelegenheiten zu revidieren oder ihre Angriffe auf die SU einzustellen.

Im Laufe des Jahres 1978, mit zunehmend sich enger gestaltenden Beziehungen zwischen der SU und Vietnam, müssen für Hanoi diese antisowjetischen Positionen immer peinlicher geworden sein.

Mitte 1978 geriet das Hanoi Regime in immer größere Schwierigkeiten. Der Druck der chinesischen Regierung nahm zu, Peking stellte die dringend benötigte wirtschaftliche Hilfe an Vietnam ein und fuhr darin fort, die POL-POT-Regierung in ihrem Grenzkrieg mit Vietnam zu unterstützen. Die einsetzende Flucht hunderttausender Chinesen aus Vietnam führte zum Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige. Im Sommer unternahm Vietnam dann einen letzten Versuch, in der Unterstützung gegen die VR-China seine Abhängigkeit von der SU zu durchbrechen, indem es sich bemühte, eine Normalisierung seiner Beziehungen zur USA durch Verzicht auf die geforderte Nachkriegs-Wiederaufbauhilfe zu beschleunigen. Der Vertrag über „Freundschaft und gegenseitigen Beistand“ mit der SU besiegelte das Scheitern dieser Versuche und brachte Hanoi endgültig an die Seite Moskaus.

Während sich dieses Drama auf globaler Ebene abspielte, reiste der vietnamesische Premierminister PHAM VAN DONG durch die ASEAN-Staaten in der Absicht, der zunehmenden Isolation seines Landes entgegenzuwirken. Während seines Aufenthaltes in Bangkok erklärte er, daß Vietnam nicht länger mehr die „Bewegung der Aufständischen“ in Thailand unterstützen werde. In der Tat stellte Vietnam während der nächsten Monate seine Unterstützung an die CPT ein, wie nicht nur Geheimdienstberichten entnommen werden konnte. CPT-Anhänger wurden fortan von der vietnamesischen Propaganda als Terroristen bezeichnet (1). Noch ernster aber war die Tatsache, daß im Januar 1979 die Regierung von Laos - eng verbündet mit Hanoi - die CPT darüber informierte, daß sie bis Ende des Jahres

alle ihre Lager und Büros in Laos zu räumen und alle Aktivitäten einzustellen habe. Im April unterzeichnete der Premier von Laos KAYSONE PHOMVIHANE ein Abkommen mit KRIANGSAK, in welchem beide Seiten versprechen, scharf gegen all jene vorzugehen, die das Territorium eines Landes benutzen, um in das andere „Unruhe hineinzutragen“. Tatsächlich tauchen seitdem regelmäßig Berichte über Schikanen der laotischen Regierung gegenüber der CPT auf, etliche ihrer Anhänger versuchte man gewaltsam an ihrer Rückkehr nach Thailand zu hindern. Berichten zufolge diene der laotischen Regierung angeblich privat geäußerte Kritik einiger Kader der thailändischen Widerstandsbewegung an der vietnamesischen Invasion in Kampuchea und an der Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Laos als Vorwand für jene Maßnahmen. (3)

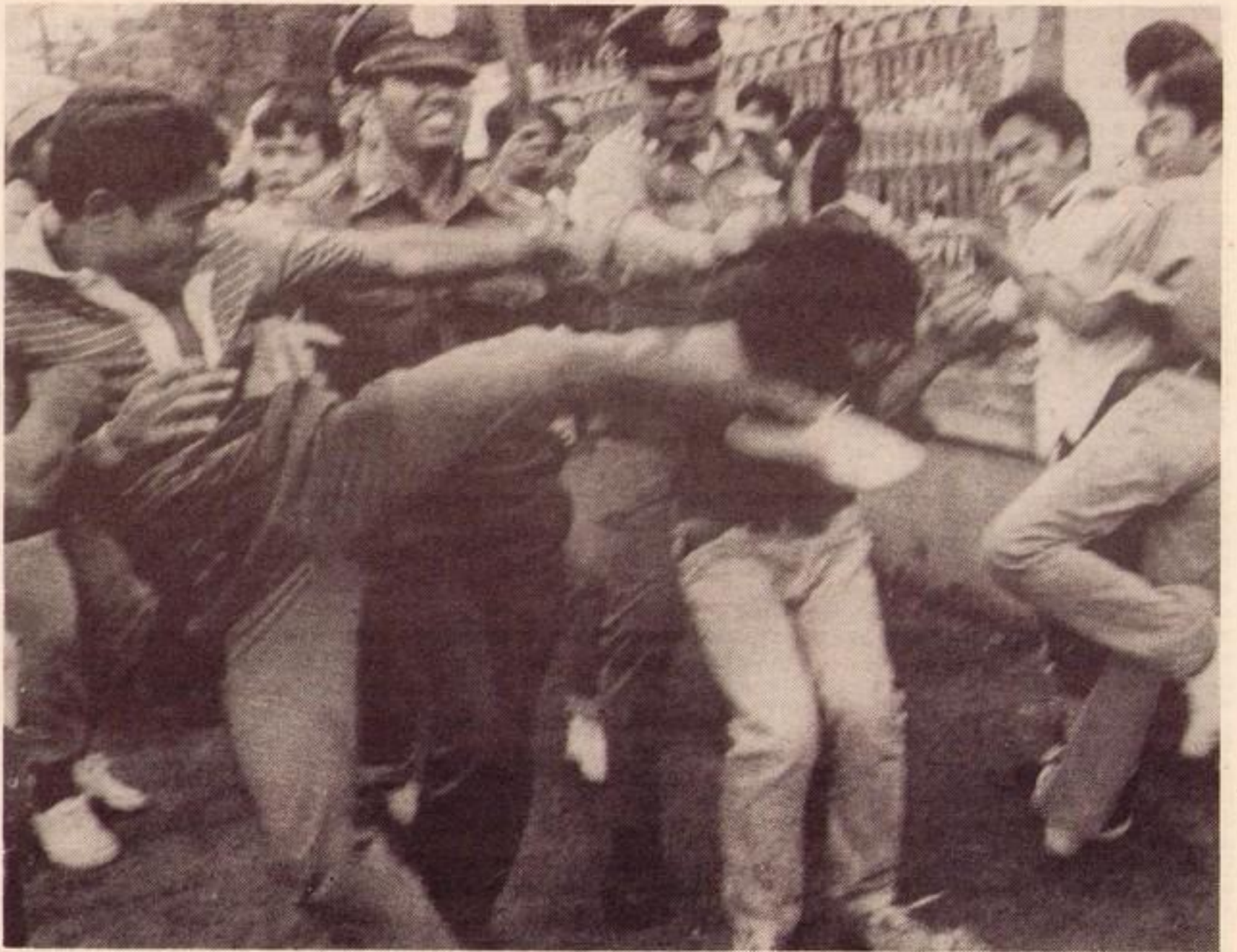
Zu jener Zeit begann China mit seinem 1-Monats-Krieg gegen Vietnam, nachdem Peking und Washington zuvor ihre diplomatischen Beziehungen normalisiert hatten.

Dies ist der Hintergrund, auf dem der Bruch der CPT mit Hanoi beurteilt werden muß. Ihr langes Zögern, öffentlich Position zu beziehen, legt die Vermutung nahe, daß ihre Angriffe gegen Vietnam eine Reaktion waren auf die einseitigen Maßnahmen der Regime in Hanoi und Vientiane, die ja nicht bloß in einer Einstellung der Hilfeleistungen bestanden, sondern vielmehr in Angriffen auf allen Ebenen, bis hin zu Verfolgung, Entführung und praktischer Auslieferung von thailändischen Freiheitskämpfern an das Bangkok-Militär, indem man der thailändischen Regierung diskrete Hinweise über jene zukommen ließ, die nach Thailand zurückkehrten. Die Repressionswelle gegen insbesondere Anhänger der CPT in Vietnam und Laos sowie im besetzten Kampuchea lief bereits seit einem halben Jahr auf vollen Touren, ehe sich die CPT entschloß, Hanoi öffentlich zu attackieren.

Befragt dazu, wie sich die Verschlechterung in den Beziehungen der CPT zu Vietnam und Laos auf den thailändischen Befreiungskampf auswirke, antwortete ein führender Kader der CPT in einem Interview gegenüber dem finnischen Journalisten TAPIO SJÖBLOM:

„Sie wirken sich tatsächlich nachteilig aus, denn wir waren gute Freunde, sogar Bruderparteien. Wir haben uns immer einander geholfen. Doch die Beziehungen zwischen uns und der vietnamesischen Partei verschlechterten sich entgegen unserem Wunsch. Trotzdem haben wir uns lange zurückgehalten, um die guten Beziehungen zu erhalten. Vietnam hat uns dann angeboten, seine Streitkräfte zu unserer Unterstützung im Kampf gegen die herrschende Klasse zu schicken. Wir aber waren der Meinung, daß Vietnam beabsichtigt, über uns und das thailändische Volk Einfluß zu gewinnen, wie dies in Kampuchea geschehen ist.“

Wenn man zu kämpfen bereit ist, soll man nicht durch auftauchende Schwierigkeiten die Richtung des Kampfes bestimmen lassen. Man soll nicht jeweils dem leichtesten Pfad folgen. Deshalb haben wir dieses Angebot abgelehnt. Das ist unser Standpunkt zu dieser Frage. ... Wenn die



CPT mit Vietnam zusammenarbeitete, so hieß das, unser Volk verkaufen zu wollen." (7)

Eine Anzahl von Berichten und Ereignissen des letzten Jahres legen die Vermutung nahe, daß die CPT zu folgender Auffassung gelangt ist: Sollte den Vietnamesen eine Konsolidierung ihrer Herrschaft über Kambuchea glücken, so würden sie nicht länger eine wirklich unabhängige kommunistische Bewegung in Thailand dulden. Es ist heute ein offenes Geheimnis, daß Vietnam von der CPT die Anerkennung des HENG SAMRIN-Regimes in Kambuchea gefordert hatte und — bei Fortsetzung der Unterstützung — der vietnamesischen Ansprüche einer von Hanoi gelenkten „Indochinesischen Föderation“ auf den Nordosten Thailands (Isan). In der Tat ist die Bevölkerung jener Provinzen ethnisch sehr heterogen mit mehr traditionellen und kulturellen Bindungen an die laotische als an die Bevölkerung Zentralthailands. Angesichts des tiefen sozialen und ökonomischen Gefalles zwischen Bangkok und jenen ärmsten Teilen des Landes, in denen 1/3 der thailändischen Bevölkerung lebt, ist hier die Tradition eines politischen und militärischen Widerstands am lebendigsten. Hier fanden die ersten bewaffneten Operationen statt, hier verfügt die CPT über wichtige Stützpunkte. Was zunächst als Version des militärischen Geheimdienstes in Umlauf gesetzt wurde, gilt heute als offiziell: Der Versuch der Gründung einer vietnamhörigen „Thailändischen Front zur Befreiung des Nordostens“ aus dissidenten Anhängern der CCPDF. Von dieser Front wird berichtet, sie zielt offen auf eine Abtrennung des Nordostens Thailands und dessen Eingliederung in das vietnamesische Projekt „Indochinesische Föderation“. Dies soll in Zusammenarbeit und unter Anleitung vietnamesischer und laotischer Offiziere bewerkstelligt werden. Mit militärischen Aktionen soll aber erst dann begonnen werden, wenn die Vietnamesen ihre Eroberung Kambuchas abgeschlossen haben.

In der letzten Zeit tauchen immer wieder Berichte über angebliche vietnamesische Soldaten auf, die in Grenzprovinzen Thailands gesichtet worden seien und die sich als Mitglieder jener Partei ausgegeben hätten. (9) Andererseits darf auch nicht vergessen werden, daß Ereignisse wie das Entstehen rivalisierender Parteien, die Schließung der Radiostation und das offensichtliche Andauern der internen Auseinandersetzungen innerhalb der CPT einen vorzüglichen Nährboden abgeben für Gerüchte, Spekulationen und Mutmaßungen aller Art. Besonders die Bangkok Militärgarde hat angesichts der zunehmenden Erfolge der Befreiungsbewegung allen Grund, entmutigende Berichte über Schwierigkeiten und ernste Spannungen innerhalb der CPT zu übertreiben oder selbst in Umlauf zu setzen. Daher sind all jene Berichte — meist aus Militärquellen stammend — über prominente Widerstandskämpfer und ehemalige Studentenführer, die sich nach dem Putsch 1976 dem Befreiungskampf angeschlossen hatten und die nun angeblich zur Aufgabe bereit seien oder die sich der pro-vietnamesischen Front angeschlossen hätten, mit Vorsicht zu bewerten.

Als ziemlich gesicherte Information kann dagegen gelten, daß BUNYEN WOTHONG (ehemaliger Dozent und 2. Vorsitzender der SPT) und THERDPHUM CHAIDEE (ehemaliger Gewerkschaftsführer), beides Mitglieder des 9-köpfigen CCPDF-Exekutivkomitees, und TONGPAK PIANGKET (ehemaliger Abgeordneter der SPT) zusammen mit 50-60 Anhängern der gemeinsamen Widerstandsfrente den Rücken gekehrt haben. Die im allgemeinen gut informierte FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW schreibt hierzu:

„Bestimmten Quellen zufolge muß die Abkehr im Zusammenhang mit zahlreichen persönlichen Ambitionen und anderen Dingen gesehen werden. Wenn auch jedes Sich-Lossagen als ein Rückschlag für die CPT angesehen werden muß, so handelt es sich doch nicht um jenen Erdrutsch, den Bangkok Zeitungen an die Wand malten. Ebenso wenig wie ihre Anhänger waren BUNYEN und THERDPHUM Parteimitglieder, und es gibt Belege für die Vermutung, daß sie nicht aus Sympathie für die UdSSR oder Vietnam abtrünnig geworden sind, sondern einzig deshalb, weil sie darin die einzige Alternative für sich selbst sahen.“ (3)

Jenen Berichten zufolge ist es im Politbüro und im ZK der CPT zu keinen Abweichungen in den strittigen Fragen gekommen. Die Führung habe kürzlich ihren Kadern Instruktionen ausgehändigt, in denen erneut versichert wird, bei der Befreiung des Landes an der Linie MAOTSE-TUNGs festzuhalten.

Pro-vietnamesische und pro-sowje-

tische Kräfte können seit einiger Zeit in Thailand ungehindert Propaganda betreiben, und ihre Zeitschriften genießen sogar die finanzielle Unterstützung bestimmter Militärkreise. Wie aus folgendem Zitat hervorgeht, werden sie im Augenblick vom thailändischen Regime als relativ ungefährlich eingestuft.

In einer Rede während eines Seminars in der Militärakademie von Bangkok führte Generalmajor HAHN LIENANON, Chef der strategischen Abteilung der Armee und persönlicher Berater des Präsidenten PREM, am 24. April '80 aus:

„Die Partei, die für uns am gefährlichsten ist, ist die CPT chinesischer Richtung. Sie besteht seit langem und verfügt über große taktische Erfahrungen. Sie unterhält in verschiedenen Teilen des Landes rund 10.000 bewaffnete Kämpfer, die mit leichten Waffen ausgerüstet sind. Zur Zeit schicken sie Kader in die Städte zur politischen Arbeit unter den Intellektuellen. Sie betreiben ihre Agitation von Mann zu Mann. Beweise für politische Tätigkeiten unter Arbeitern fehlen bisher. Die pro-sowjetischen Kommunisten sind in der Phase der Ausbildung ihrer Kader, sie verfolgen noch die Entwicklung der Situation. Bislang haben sie offiziell noch keine Partei gegründet. Sie stellen für uns noch keine Gefahr dar.“ (6)

In als pro-vietnamesisch geltenden Zeitungen wird die Gründung einer „Isan-Front“ geleugnet. Am 14. April '80 brachte das thailändische Magazin SUWA-NAPHUM einen Bericht über Gespräche mit den angeblichen Führern dieser Front. Sie dementieren darin die Gründung dieser Front und bezeichnen sich als eine lose Gruppe von Leuten, die nicht einverstanden seien mit der Politik der CPT. Die „Isan-Front“ sei ein Produkt chinesischer Propaganda. Auch für eine Parteigründung sei die Unterstützung der Massen Voraussetzung, diese müsse erst geschaffen werden.

Da jedoch die Dementis relativ spät erschienen, wird vermutet, daß Versuche in diese Richtung bislang fehlgeschlagen sind. So ist z.B. TONGPARK nach Bangkok zurückgekehrt, und man bezichtigt ihn heute der Zusammenarbeit mit der Regierung. Er soll sogar Kontakte zu Geheimdienstkreisen und zu dem Generalmajor SUDSAI HASDIN, dem Chef der faschistischen Terrororganisation „Rote Büffel“ unterhalten. (8) Wohl gelang es Vietnam, einige Anhänger aus der gemeinsamen Front CCPDF bzw. aus den Reihen der SPT herauszubrechen, nicht aber aus der CPT, geschweige denn eine Spaltung dieser wichtigsten Kraft des thailändischen Widerstands zu erzwingen.

Die CPT und China

Nun zur Frage Nr. 3.

Trotz des unüberhörbaren Tenors chinesischer Regierungspropaganda in der oben erwähnten Radiosendung halten wir, wie weiter unten ausgeführt, die Behauptung für voreilig, die CPT tanze nun nach der Pfeife Pekings.

Andererseits glauben wir nicht, daß zum augenblicklichen Zeitpunkt Vietnam für Thailand eine Bedrohung darstellt, noch halten wir es für richtig, ein faschistisches Kompradorenregime dazu aufzurufen, seine Verteidigungsanstrengungen zu erhöhen. Auch kann die Erklärung durchaus verstanden werden im Sinne eines Angebots an die damalige KRIANGSAK-Regierung, eine gemeinsame Front gegen die vietnamesischen Aggressoren zu bilden. Dies würde bedeuten, daß die CPT ihre grundsätzlich feindselige Haltung dem Bangkok Regime gegenüber aufgeben müßte. Es steht nicht zu erwarten, daß irgendjemand aus der thailändischen Regierung auf ein solches Angebot eingehen würde, noch könnte die CPT daraus irgendeinen Nutzen ziehen. Im Falle einer äußeren Aggression setzt die thailändische Bourgeoisie auf Unterstützung seitens der USA, Chinas und evtl. der ASEAN-Staaten. Auch ist ein solches Angebot wenig dazu geeignet, die Unterdrückungsmaßnahmen des thailändischen Militärs gegenüber der Befreiungsbewegung zu mildern — eher würde ein solches Angebot dazu führen, die Unterstützung der CPT zu untergraben, die sie bislang von einem großen Teil der anti-imperialistischen und demokratischen Kräfte des Landes erhält.

Trotz dieser Ungereimtheiten in jener Erklärung vom 7. Juni '79 scheint sie unserer Auffassung nach nicht einer blinden Loyalität einer von Peking diktierten internationalen Linie zu entspringen. Wer dies behauptet, leugnet die Tatsache, daß die CPT zu ihrer anti-vietnamesischen Position aufgrund der repressiven Politik Vientianes und Hanois ihr gegenüber gezwungen wurde.

Im Gegenteil scheint die CPT in verschiedenen Punkten dem fraglos

bestehenden Druck seitens der VR China Widerstand entgegengesetzt zu haben. So tauchten die offiziellen Anklagen gegen Vietnam erst 4 Monate nach dem chinesischen Überfall auf Vietnam auf. Als die Erklärung schließlich herauskam, wurde sie nicht im Namen der Partei, sondern im Namen der vereinten Front veröffentlicht, wodurch es der Partei leichter möglich ist, sich später davon zu distanzieren. (10) Mehr noch: Die CPT hat niemals offen die chinesische Invasion in Vietnam gutgeheißen.

Am 20. Oktober 1979 sagte der chinesische Vizepremier JI PENGFEI gegenüber dem Herausgeber der BANGKOK POST, daß die CPT, um der „vietnamesischen Hegemonie“ entgegenzutreten, sich mit der KRINGSAK-Regierung verbinden sollte. (2)

Bislang aber halten die militärischen Operationen der CPT gegen die Regierungstruppen unvermindert an. Ein paar Tage, bevor JI jenes äußerte, meldete sich ein bis dahin unbekannter Sender und verlas zwei CPT-Botschaften. Die eine enthielt eine Aufzählung der militärischen Aktionen gegen die Regierungstruppen, die andere eine Erinnerung an den Aufstand vom 14. Oktober 1973 und den Putsch vom 6. Oktober 1976. Beide Berichte bezogen strikte Positionen gegen das Bangkok Regime und gegen die USA und riefen zu einer Fortsetzung des Volkskrieges auf. Vietnam blieb darin unerwähnt. (2)



aus: FAZ

Diese grundsätzliche Haltung wird auch in einer weiteren Erklärung der CPT vom 1. Dezember '79, verbreitet über VOPT News Agency, bekräftigt. Darin heißt es: „Die Kommunistische Partei Thailands wird darin fortfahren, am bewaffneten Kampf festzuhalten, an der Einkreisung der Städte vom Lande her, als dem grundsätzlichen Weg zur Erringung der Staatsmacht. ... Die prinzipielle Linie ist unabhängig von irgendwelchen Wünschen. Sie ist das Resultat der Erfahrungen, welche die Partei gesammelt hat, nachdem sie ihre Fehler in Linie und Politik der Vergangenheit überwunden hatte.“ (5)

Auch einige weitere Verlautbarungen aus Kreisen der CPT sprechen gegen die These, die thailändische Widerstandsbewegung sei angesichts der Bedrohung seitens Vietnams zu einem Burgfrieden mit ihrem Hauptfeind, dem Bangkok Regime, bereit. So heißt es in einem Interview mit einem Sprecher der CPT gegenüber der VOPT News Agency, verbreitet am 4. Dezember '79 über den Sender der Malay'schen Revolution (stationiert ebenfalls in Südthailand): „Unsere Partei hat die Entwicklung (in Indochina, d. Übers.) von Angebinen an genau verfolgt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht unser Land nach wie vor unter dem Einfluß des US-Imperialismus, der versucht, diesen Einfluß auch zu behalten. Auf der anderen Seite forcieren der sowjetische Sozialimperialismus und Vietnam ihre Einschüchterungsversuche gegenüber Thailand. Unser Volk muß sich dieser Gefahr bewußt und darauf vorbereitet sein, jedweden Möglichkeiten wirkungsvoll begegnen zu können. Unsere Partei arbeitet mit allen Patrioten zusammen, um die Versuche der SU und Vietnams anzuprangern und zu bekämpfen, unser Land zu unterminieren und zu erobern. Falls sie es wagen sollten, eine Aggression gegen Thailand zu beginnen, wird unsere Partei und das Volk kämpfen. Wir sind bereit, uns mit allen politischen Parteien, Gruppen und Patrioten zu verbünden, um die Aggressoren aus unserem Land zu werfen und unsere geliebte Heimat zu verteidigen.“

Direkt befragt zur Einschätzung der Verteidigungsbereitschaft KRIANGSAKS, antwortete er:

„Einige Individuen innerhalb der herrschenden Klasse haben den Mut, einen Aggressor zu bekämpfen, KRIANGSAK hat versprochen, einen Aggressor zu bekämpfen, aber gleichzeitig richtet er die Unterdrückung gegen sein eigenes Volk. Noch schlimmer, er benutzt gegenwärtig die Hilfe Vietnams und Laos, um die thailändischen Volksstreitkräfte zu zerstören. Er setzt seine Hoffnungen auf Polizei, Militär und ausländische Hilfe. Er setzt bei der Bekämpfung des Feindes nicht auf das Volk. Im Gegenteil, er und seine Clique fürchten und behindern jede patriotische Bewegung unter dem Volk und berauben es seiner Rechte und Freiheiten. Dies ist eine Politik, die einer Aggression nicht wirkungsvoll Widerstand leisten kann. Aufrichtige Patrioten müssen sich auf das Volk stützen und mit allen patriotischen Kräften zusammenarbeiten, die den Kampf für demokratische Rechte des Volkes unterstützen und sich einer Politik widersetzen, die einer Solidarität des Volkes entgegensteht, um einen machtvollen und siegreichen Kampf gegen den Feind sicherzustellen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wenn das Land sich in einer Krise befindet, nur das Volk entschlossen den Aggressoren bekämpfen kann, um die nationale Unabhängigkeit zu bewahren. Das Volk muß kämpfen.“ (5)

Was die Schließung der Radiostation VOPT anbetrifft, so wird in Kreisen thailändischer Oppositioneller hierzu die Vermutung geäußert, daß der Druck seitens Pekings auf die CPT, eine Politik der Versöhnung und Annäherung an die thailändische Militärgarde einzuschlagen, die CPT dazu zwang, den alten Sender VOPT, in Süchina stationiert, zu räumen. Es wird dabei betont, daß insbesondere seit dem offenen Ausbruch der Indochinakrise die VR China stark um freundschaftliche Beziehungen zu Thailand bemüht ist. Diese Mutmaßungen werden indirekt bestätigt in dem oben erwähnten Interview des finnischen Reporters mit einem führenden Kader der CPT. Angesprochen auf die Schließung des Senders, antwortete dieser:

„Früher war der Sender VOPT in Süchina stationiert. Doch gegenwärtig möchte China eine gemeinsame Front mit dem US-Imperialismus bilden. Nach chinesischer Interpretation der Weltlage ist der Feind Nr. 1 für China und die gesamte Welt der US-Imperialismus. Für uns, die CPT, bleibt aber der US-Imperialismus der Hauptfeind. Wir können uns nicht wie China verhalten, die Situation und die Etappe unserer Revolution sind eine andere. Es ist klar, daß die CPT der KP Chinas nicht mit geschlossenen Augen folgen kann. Die chinesische Regierung drückt dem US-Imperialismus die Hände, wir tun das nicht. Dies ist die Politik der chinesischen Regierung — doch unsere Beziehungen von Partei zu Partei bestehen weiter. Es ist daher so, daß wenn wir den US-Imperialismus und seine Marionettenregierung befehlen weiter. Es ist daher so, daß wenn wir den US-Imperialismus und seine Marionettenregierung KRIANGSAG angreifen, wir Rücksicht auf unser Gastgeberland nehmen müssen. Unsere Partei hat daher das Angebot gemacht, den Sender in unsere Heimat zu verlegen. Doch es ist sehr schwierig, einen solchen Sender in Thailand verborgen zu halten. Doch erst dann werden wir wirklich unabhängig sein und auf beiden Beinen stehen.“ (7)

Seit Einstellung der Sendungen des alten VOPT tauchen gelegentlich in und außerhalb Thailands mehrseitige Schriften auf, die Meldungen einer VOPT News Agency enthalten (Siehe oben).

Die SPT und Vietnam

Anfang Januar 1980 bezog die Sozialistische Partei Thailands erstmals offiziell zur Indochinakrise Stellung (11).

Ihr Sprecher UDORN TONGNOI, ehemaliges Parlamentsmitglied, verteilte in einem Interview den Entzug der Anerkennung der POL-POT-Regierung durch England als ein Schlag ins Gesicht all jener Länder, die die Prinzipien friedlicher Koexistenz und territorialer Integrität anerkennen. Der Kampf des demokratischen Kampuchas gegen die vietnamesische Vorherrschaft sei ein gerechter Kampf und diene als Bollwerk gegen die Aggression der SU und Vietnams gegenüber anderen Ländern. Er fuhr fort:

„In Wahrheit wird kein Patriot untätig zusehen, wenn sein Land überfallen wird. Vietnam hat die Souveränität der Nation bedroht. Seine Truppen haben vorsätzlich ihr Feuer über die Grenze hinweg nach Thailand gerichtet und dabei den Tod vieler Thailänder verursacht. Es ist die Pflicht eines jeden Patrioten, die Souveränität des Landes zu verteidigen.“

Während er die SU und Vietnam anklagte, warnte er gleichzeitig die USA vor jedem Versuch, die Situation dazu auszunutzen, die Militärhilfe an das KRIANGSAK-Regime zu erhöhen. In gleichem Maße sei die Tatsache von Bedeutung, so fügte er hinzu, daß das KRIANGSAK-Regime die Grenzkonflikte hochspiele, um von seinem Versagen bei der Lösung der ökonomischen Probleme des Landes abzulenken.

Schlußfolgerungen

In Abwägung all dieser Informationen sind wir der Auffassung, daß sich an der grundsätzlichen Linie und Orientierung der thailändischen Widerstandsbewegung nichts geändert hat und in naher Zukunft auch nichts ändern wird. Die manchmal unklaren Stellungnahmen reflektieren zweifellos vorhandene Differenzen über den einzuschlagenden Weg angesichts der neuen Bedrohung durch Vietnam. Diese Meinungsverschiedenheiten bestehen eher in den Reihen der SPT als in denen der CPT. Eine „Burgfriedenspolitik“ mit den faschistischen Generälen in Bangkok halten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ebenso ausgeschlossen, wie wir die Pläne Hanois für eine Spaltung der thailändischen Widerstandsbewegung für gescheitert ansehen.

Sicher wäre es zu begrüßen, wenn die CPT in umfassender Weise einmal ihre grundsätzlichen Positionen zu den aktuellen Geschehnissen bekannt machen, ihre Prioritäten definieren und ihre vermutete anti-vietnamesische Linie begründen würde. Erst dann wäre Gerüchten und Spekulationen endgültig der Nährboden entzogen, und die Solidaritätsarbeit zu Thailand wäre weniger belastet durch Zweifel und Vorbehalte. Doch damit ist nicht zu rechnen. Ganz im Gegenteil scheint sich unter den kommunistischen Parteien Südostasiens angesichts der zunehmenden Komplexität der Situation mehr und mehr eine Tendenz durchzusetzen, die darin besteht, sich zu Angelegenheiten außerhalb des eigenen Landes nicht mehr zu äußern.

Aus unserer Sicht bleibt jedenfalls festzuhalten: Die mit dem Imperialismus verbündete herrschende Klasse aus Militärs, Landlords, Königshaus und Kapitalisten ist nach wie vor der Hauptfeind des thailändischen Volkes, jede grundlegende gesellschaftliche Veränderung hat deren Sturz zur Voraussetzung. Die USA sind noch immer die wichtigste ausländische Macht in Thailand, und eine Orientierung des Befreiungskampfes in der Hauptsache gegen Vietnam oder die UdSSR würde die Aufmerksamkeit von den gegenwärtigen Absichten des US-Imperialismus ablenken. Über das Elend der Kampuchea-Flüchtlinge ebenso wie durch die Unterstützung anti-vietnamesischer Kräfte in Kambuchea versucht das Pentagon, verlorenes Terrain in Indochina wiedergutzumachen. Unter dem Vorwand, das thailändische Regime zu einer Abwehr einer möglichen vietnamesischen Invasion zu

ter dem Vorwand, das thailändische Regime zu einer Abwehr einer möglichen vietnamesischen Invasion zu befähigen, wird modernstes Kriegsgesetz geliefert. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Anti-Guerilla-Waffen für den Einsatz gegen die eigene Bevölkerung.

Frankfurt/M. Südostasien Gruppe Frankfurt 1.6.80

Quellen:

- 1 H. CHAUNECEY, „Crisis for revolutionaries“, aus SOUTHEAST ASIA CHRONICLE, Issue No. 69, Jan./Febr. 80, Berkeley, Calif.
- 2 M. WINNACKER, „Another view of the crisis“, aus: ebenda
- 3 FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW, July 27, 1979, Hongkong
- 4 THAI INFORMATION BULLETIN, No. 25, Paris
- 5 Thai Information Center, TIC NEWS, Vol. 3, No 5-6, Malmö, Los Angeles
- 6 SENTANG, 28. April 80, Bangkok
- 7 MATHUPUM, 18.1.80, Bangkok
- 8 SIAM NIKOAN? 10.5.80, Bangkok
- 9 TIC NEWS, Vol. 3, No. 11, a.a.O.
- 10 TIC NEWS, Vol. 3, No. 4, a.a.O.
- 11 TIC NEWS, Vol. 3, No. 7, a.a.O.

Anmerkung der Asien-Australien-Kommission:

Leider war es uns nicht möglich, bereits für diesen Arbeiterkampf auf die im Artikel dargestellten Überlegungen zu antworten. Wir werden das nachholen.

Nur soviel in Kürze: Die an der Politik der KP Thailands von uns kritisierten Erscheinungen und Aussagen werden von den Verfassern des Artikels weder bestritten noch widerlegt. Im Gegenteil widerlegen sie selbst diese Punkte als unrichtig. Was die Verfasser machen, ist unserer Meinung nach sehr gewagte Interpretation und teilweise Entschuldigung dieser tatsächlichen Politik der KP Thailands mit dem Druck seitens der SR Vietnam bzw. der VR China. Abgesehen davon, daß hier mit einer gehörigen Portion Vermutung und Spekulation (vermeintliche Schikane seitens Laos gegen die KP Thailands z.B.) gearbeitet wird, erscheint es uns fragwürdig, so an die Beurteilung der Politik der KP Thailands heranzugehen. Burgfrieden bleibt Burgfrieden!

Zur Problematik der „Revolution“ in Afghanistan

Wie es die Revisionisten sehen

Die Intervention sowjetischer Truppen in Afghanistan ist selbst innerhalb des realsozialistischen Lagers nicht einhellig begrüßt worden. Einige „eurokommunistische“ Parteien verurteilten den Einmarsch, und selbst Fidel Castro hielt sich bislang zurück.

Mal wieder „fest an der Seite“ der Sowjetunion steht die SED-Führung, die die sowjetische Politik gegenüber Afghanistan rückhaltlos unterstützt und wirtschaftliche Hilfe leistet. Aber auch in der DDR scheint es vor allem unter der Bevölkerung Kritik an dem sowjetischen Einmarsch zu geben; es sollen zahlreiche schriftliche Anfragen von DDR-Bürgern an die lokale Presse ergangen sein. Um weitere „Unklarheiten“ auszuräumen, reagierte die SED-Führung prompt mit der Herausgabe eines Heftchens mit dem Titel „Revolutionäres Afghanistan“, das immerhin von der „Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ verfaßt worden ist und somit einer hochoffiziösen Stellungnahme der Parteiführung gleichkommt.

Die April-Revolution von 1978

In der erwähnten Schrift heißt es einleitend, daß die April-Revolution vor allem von „patriotischen Offizieren und Soldaten, unterstützt von der Mehrheit des afghanischen Volkes und geführt von der Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ ausging. Es wird dann der politisch-gesellschaftliche Hintergrund beleuchtet und die besonderen Schwierigkeiten in diesem Land, das auf einem „sozio-ökonomischen Entwicklungsniveau“ stehe, das „im Wesentlichen durch feudale und in weiten, wirtschaftlich fast unerschlossenen Gebieten sogar durch vorfeudale Produktionsverhältnisse geprägt wurde“. So wird u.a. angeführt, daß in Afghanistan rund 85 % der Bevölkerung Bauern bzw. Landarbeiter sind, daß eine ausgeprägte Industrie fehle und somit auch die Arbeiterklasse sehr schwach sei, daß das Land kaum über eine Infrastruktur verfüge, die Alphabetenquote bei 90 % liege usw. Daraus folgern die SED-Autoren, daß dieses „praktisch die Möglichkeit ausschloß, die ... unterworfenen Schichten in breitem Maße politisch zu organisieren und zum Kampf für die soziale Befreiung zu mobilisieren“. Hier wird ein Widerspruch in der Argumentation deutlich:

+ Einerseits erklären die SED-Autoren, daß der bewaffnete Aufstand vom 27. April 1978 vom „überwiegenden Teil des afghanischen Volkes“, von der „Mehrheit unterstützt“ worden sei.

+ Andererseits wird gesagt, daß die „Armee den Stoßtrupp“ der Revolution bildete. Das „gesellschaftliche Bewußtsein eines Teils der Bevölkerung“ habe „noch nicht die Stufe erreicht, den sozialen und politischen Inhalt der Ziele der Revolution zu erkennen“. Die „gesamtnationale Krise“ hätte noch „keine zuge-spitzten Formen angenommen“ und es „war noch nicht die Situation gegeben, in der die Volksmassen im ganzen Lande den aktiven Kampf um Ziele aufnehmen, die sie begreifen und die ihnen klar verständlich sind“.

An anderer Stelle bemerken die SED-Autoren, daß die „noch junge Partei“, die „Demokratische Volkspartei“ (DVPA), noch „nicht in der Lage war, politische Stützpunkte in ausreichender Zahl auf dem Lande zu schaffen“.

Offen gestehen die Revisionisten auch ein, daß sich die DVPA hauptsächlich auf die „städtische nichtadlige Intelligenz“ und auf das junge Offizierskorps der afghanischen Armee stützen konnte. Dazu wird angeführt, daß „die afghanische Armee dank ihrer traditionellen Beziehungen zur Sowjetunion weit weniger dem imperialistischen Einfluß ausgesetzt war“. Daraus wiederum schlußfolgern die SED-Autoren, daß die DVPA die „Armee zum Hauptinstrument der revolutionären Umstürze“ machen konnte, um damit den Weg „zur eigentlichen Revolution ... zu bahnen“.

Läßt man/frau die Floskeln beiseite, so bestimmen die SED-Autoren die afghanische April-Revolution im wesentlichen als eine Militärrévolution, die sich kaum auf die unterdrückten Volksmassen stützen konnte. Es liegt auf der Hand, daß sowohl

die afghanische Revolution als auch die weitere Entwicklung in Afghanistan ohne direkte oder indirekte Unterstützung der Sowjetunion wohl kaum längere Überlebenschancen gehabt hätten.

Die Kernpunkte der Taraki-Regierung im Sinne einer „progressiven Umgestaltung“ waren die Bodenreform, die Alphabetisierungskampagne und die Industrialisierung des Landes.

Die demokratische Bodenreform

Die erste Maßnahme der Taraki-Regierung bestand darin, die Großgrundbesitzer zu enteignen und das Land an die armen Bauern und Landarbeiter zu verteilen. Besondere Bedeutung kam dabei dem „Dekret Nr. 6“ zu, der „Aufhebung der Landnechtschaft“, die darin bestanden hatte, daß die Gutsbesitzer Land an die armen Bauern und Landarbeiter verkauften und dafür einen „Zins“ verlangten. Insgesamt 285.000 Bauern erhielten über 600.000 Hektar Land. Offensichtlich ist die Taraki-Regierung bei ihrer Land- und Bodenreform noch nicht weit vorangekommen. So stockte diese Reform u.a. nach Angaben der SED-Autoren:

- am kleinbürgerlichen Bewußtsein der Bauern, deren privater Besitz an Boden und einigen Produktionsmitteln die „Triebkraft der Produktion“ blieb,
- am „Einfluß der alten feudalen Kräfte und der Religion“ und am Alphabetismus,
- an den „psychologischen Barrieren der Angst bei den afghanischen Bauern, da er seit Jahrhunderten gezwungen war, den Rücken vor dem Zamin-dar zu beugen“,
- am „energischen Widerstand der reaktionären Kräfte gegen die Bodenreform“,
- an der mangelnden „intensiven politischen Aufklärungsarbeit“ der DVPA und ihrem schwachen Einfluß gegenüber „reaktionären islamischen Geistlichen“, und
- an den „beträchtlichen ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten“ seitens islamischer Geistlicher und feudaler Gutsbesitzer „zur Beeinflussung der Dorfbewohner gegen die Revolution“.

In diesem Zusammenhang wird der frühere Präsident Amin kritisiert, er habe „Überspitzungen“ bei der Durchführung der Bodenreform betrieben und damit zur Verschärfung der Situation auf dem Lande beigetragen. Wenn die SED-Autoren schreiben, daß „gegenwärtig“ (Anfang 1980!) die „ersten Schritte“ zur „Verwirklichung einer demokratischen Bodenreform“ getan werden, so ist das u.a. „gegenwärtig“ (Anfang 1980!) die „ersten Schritte“ zur „Verwirklichung einer demokratischen Bodenreform“ getan werden, so ist das gleichsam das Eingeständnis, daß die bisherige Reform gescheitert ist. In der Tat entspricht das Programm der neuen Regierung unter Karmal in etwa dem ersten Bodenreform-Programm von Taraki, allerdings mit dem Unterschied, noch wesentlich „sensibler“ und vorsichtiger, auf Traditionen und Religionen der Bauern und Landarbeiter Rücksicht nehmend, vorzugehen.

Bei der tatsächlich vorhandenen Rückständigkeit auf dem Lande mußten zu schnelle Schritte und rigide Maßnahmen zwangsläufig den Widerstand der Bauern und Landarbeiter hervorrufen, was natürlich die Gutsbesitzer und der Imperialismus für sich auszunutzen versuchen.

Die Alphabetisierungskampagne

Nach der April-Revolution gehörte die Alphabetisierungskampagne neben der Bodenreform zu den wichtigen Säulen der neuen Regierung. Ziel war es zunächst, innerhalb von zwölf Monaten einer Million Afghanen das Lesen und Schreiben beizubringen und bis 1983 alle Afghanen zu alphabetisieren.

Auch von diesem Programm mußte abgegangen werden. Statt der erhofften einen Million Menschen ist nur etwa die Hälfte alphabetisiert worden; den endgültigen Abschluß der Alphabetisierungskampagne könne man wohl erst bis „zum Anfang der neunziger Jahre“ bewerkstelligen — so die Aussagen der afghanischen Erziehungsministerin. „Trotz großer Anstrengungen“ besuchen erst 15 % der Kinder die Schule, und es mangle überall an Lehrern, Lehrbüchern, finanziellen Mitteln und auch Schulen.

Außerdem existieren die Schulbücher nur in den beiden Hauptsprachen Dari und Paschtu — in den übrigen Sprachen gibt es praktisch nichts.

Vor dem Hintergrund dieser von den SED-Autoren selbst genannten Schwierigkeiten kann und muß geschlüsselt werden, daß die „April-Revolution“ im wesentlichen als gescheitert zu betrachten ist. Es gelang weder Taraki noch später Amin, die afghanischen Bauern und Landarbeiter, die Frauen usw. für die fortschrittlichen Maßnahmen zu gewinnen. Als Ursache dieses Scheiterns führen die SED-Autoren besonders den Einfluß des Islam an. Die Verfasser schreiben, daß „reaktionäre Kräfte ... den Islam in Afghanistan als Waffe der Konterrevolution zu nutzen“ versuchen, was „ihnen zum Teil auch gelingt“. Das „gesellschaftliche Bewußtsein eines Teils der Bevölkerung“ habe „noch nicht die Stufe erreicht, ... den sozialen Inhalt der Ziele der Revolution zu erkennen“. Jene „Gläubigen dem Einfluß der politischen Reaktion zu entreißen, die ihr noch folgen, das ist eine komplizierte und langfristige ... Aufgabe“.

Zur Rolle der „Demokratischen Volkspartei“

Die SED-Autoren wissen zu berichten, daß die DVPA im Jahre 1965 gegründet wurde („unter Führung des Genossen Taraki“) und sich „zum Marxismus-Leninismus“ bekannte. 1967 zerfiel die DVPA in zwei Gruppierungen, nämlich in die Gruppe „Khalq“ (Volk) und die Gruppe „Parcham“ (Fahne). Die SED-Autoren schreiben zu den Meinungsverschiedenheiten nur, daß sich beide Parteien zum „Marxismus-Leninismus“ bekannten, aber „unterschiedliche Positionen in taktischen Fragen bezogen ... wie der Haltung zur Regierung des ehemaligen Präsidenten Daud“. Während dieser Spaltung „wuchsen Verstimmung und persönliche Vorbehalte“ — die tatsächlichen Differenzen werden nicht erwähnt — bis beide Parteien 1977 ihre Absicht bekundeten, „alles Trennende zurückzustellen ... und die Einheit der Partei ... wiederherzustellen“. Interessant ist der Hinweis, daß die Parteileitungen paritätisch besetzt wurden, die Parteizellen in der Armee aber nebeneinander bestehen blieben — dies macht die scharfen Differenzen zwischen Amin (Präsident nach Taraki und Mitglied der „Khalq“-Gruppe) und Karmal (Mitglied der „Parcham“-Gruppe und während der Amtszeit Amins auf einen Botschafterposten in der CSSR abgeschoben) deutlich und erklärt die vielfachen „Säuberungen“ in der Armee. Schließlich ließ Amin seine „Parcham“-Konkurrenten zu Tausenden enteignet und erklärt die vielfachen „Säuberungen“ in der Armee. Schließlich ließ Amin seine „Parcham“-Konkurrenten zu Tausenden einkerkern, um sich die Macht zu sichern.

Die Rolle Amins

Der Sturz der Regierung Amins durch Karmal mit massiver Unterstützung der Sowjetunion wird im nachhinein damit gerechtfertigt, Amin sei „Agent der CIA“ gewesen, habe eine „militär-bürokratische Diktatur“ über das Land ausgeübt usw., während eben dieser Amin noch kurz vor dem Putsch als „Patriot“ und Freund der Sowjetunion gepriesen wurde. Hintergrund des Sturzes von Amin waren augenscheinlich interne Machtkämpfe innerhalb der DVPA und innerhalb der Armee. Die SED-Autoren führen dazu aus, daß vor dem Hintergrund der „außerordentlich komplizierten ... sozialökonomischen Bedingungen“ die Arbeiterklasse „als politische Basis der Partei ... erst im Entstehen begriffen“ war.

Auch die „Formierung marxistisch-leninistischer Parteien in ökonomisch rückständigen Ländern ... ist immer mit komplizierten Problemen verbunden“. Die „Proklamation des Marxismus-Leninismus ... erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die Mehrheit der Mitglieder der Partei keine oder nur sehr geringe und vereinfachte Vorstellungen vom wissenschaftlichen Sozialismus hat“. Es fehle überall „an Kadern“, und die „Leninischen Normen des Parteilebens“ entwickelten sich nach der April-Revolution „nur langsam“.

Diese Eingeständnisse scheinen schon eher der Realität zu entsprechen, obgleich die SED-Geschichtsschreiber einige Seiten vorher von der



DVPA als Partei auf „marxistisch-leninistischer Grundlage“ sprechen.

Außerdem bestand die Besonderheit der DVPA vor allem darin, daß unter den „Bedingungen des bewaffneten Kampfes ... besondere, stabsmäßige Formen der Tätigkeit der Partei- und Staatsorgane erforderlich“ waren. „Alle Kräfte“ war „auf die militärische Sicherung der Volksmacht ... konzentriert“.

Vor diesem spezifischen Hintergrund einer starken militärischen Komponente in der DVPA nicht nur hinsichtlich des Kampfes gegen die Konterrevolution, sondern aus der sozialen Zusammensetzung der Partei selbst — sie rekrutierte ihre Kader vornehmlich aus der Armee, und die Armee war die „soziale Hauptstütze“ der afghanischen Revolution — sind die Machtkämpfe innerhalb der DVPA zu erklären.

Nachdem Karmal mit sowjetischer Hilfe Amin beseitigt hatte, ging es darum — so die SED-Autoren — „Verzerrungen der Politik in den letzten Monaten zu korrigieren“.

Offensichtlich wird damit, daß die Sowjetrevisionisten es vorziehen, die afghanische Revolution „behutsamer“ zu unterstützen, mehr Rücksicht auf die (Unter)entwicklung des Landes und das Bewußtsein, die Traditionen usw. der afghanischen Völker zu nehmen. Dem stehen natürlich die sowjetischen Panzer buchstäblich im Wege, die eine „behutsame“ Lösung geradezu ad absurdum führen.

Die Industrialisierung

Die Schaffung einer Infrastruktur und der Aufbau einer Industrie gehörten zum Kern des Revolutionsprogramms, will sich doch die DVPA vornehmlich auf die sich noch erst entwickelnde Arbeiterklasse stützen. So kommt aufgrund „der noch relativ engen Massenbasis ... der qualitativen und quantitativen Entwicklung der Partei ... größte Bedeutung zu“. Dazu gehört zum einen „die Stärkung der eigenen Reihen“, die „Entwicklung der Fähigkeit, weite Kreise der gesellschaftlichen Kräfte in die politische Arbeit einzubeziehen“ als „unabdingbare Voraussetzungen für die Stabilität der neuen Ordnung“, und „in erster Linie“ die Orientierung der DVPA auf „die junge, in einigen bare Voraussetzungen für die Stabilität der neuen Ordnung“, und „in erster Linie“ die Orientierung der DVPA auf „die junge, in einigen Zentren der industriellen Produktion im Wachstum begriffene Arbeiterklasse als der führenden Kraft ... bei der gesellschaftlichen Umgestaltung“. Flankierend dazu „werden überall im Land Gewerkschaften gegründet“.

Kernstück der Industrialisierung ist der seit 1979 bestehende Fünfjahresplan, um „mittelalterliches Erbe“ überwinden zu können.

Im Mittelpunkt dieses Plans steht „die Einleitung einer staatlich geplanten, nichtkapitalistischen Entwicklung“ — ein geradezu klassisches Beispiel einer typisch revisionistischen „Entwicklungspolitik“, die mit allerlei theoretischen Floskeln („dritter Weg in den Sozialismus“, „nichtkapitalistischer Weg“, diverse „Übergangsetappen“ etc.) versehen werden muß, um damit besser zu kaschieren, daß nicht dem „nichtkapitalistischen“ Weg nichts anderes betrieben wird, als den Kapitalismus — speziell den staatlichen Sektor — aufzubauen bzw. ihn zu stärken. 97 % der Investitionen „sind für den staatlichen Sektor als der künftigen ökonomischen Basis vorgesehen“. Das Hauptaugenmerk gilt dabei der Ausbeutung der Bodenschätze, wofür 28,8 % der Investitionen des Fünfjahresplanes vorgesehen sind. Es geht vor allem um die Erkundung bzw. Gewinnung von Steinkohle, Erdgas, Salz, Gips, Berrit, Kupfer, Edel- und Halbedelsteinen, Erdöl und Eisenerz. Die Industrieproduktion soll bis Ende des Fünfjahresplans um das 1,6fache gesteigert werden.

Die wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion

Das Ausmaß der sowjetischen wirt-

schaftlichen Hilfeleistungen für Afghanistan ist überragend. Die wichtigsten seien hier kurz genannt:

- Die SU „gewährt Afghanistan ... freien und unverzollten Transit für alle Waren“, im Im-wie-Export nimmt die SU „den ersten Platz“ ein;
- die SU „leistet ... bei der Errichtung von 115 industriellen, energetischen und landwirtschaftlichen Objekten Hilfe“. 70 dieser Vorhaben wurden bereits übergeben;
- „Zwei Drittel der für das geplante hohe Wirtschaftstempo benötigten Mittel“ kommen aus der Sowjetunion;
- „besondere Bedeutung“ erhält dabei die „Entwicklung des Kupferbergbaus“ sowie der „Aufschluß von Erdöl- und Erdgasvorkommen“.

Zusammenfassend wird festgestellt, daß „sich die Unterstützung der UdSSR für das revolutionäre Afghanistan auf alle Gebiete des Lebens erstreckt“. Daß diese sowjetische Unterstützung allerdings als „auf der Basis der Gleichberechtigung“ und der „gegenseitigen Achtung“ bezeichnet wird, ist Augenwischerei.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß die Revisionisten mit ihrer Industrialisierung einmal das Ziel verfolgen, „ihrer“ Revolution eine „soziale Basis“ zu geben, die die noch zu entwickelnde Arbeiterklasse darstellen soll. Der zweite Punkt ist, daß die afghanische Revolution ohne die massive wirtschaftliche sowjetische Hilfe, vor allem beim Industrialisierungsprogramm, gar nicht existenzfähig wäre.

Damit drückt die Sowjetunion dank ihres massiven Einflusses der afghanischen Revolution i h r e n Stempel des „real existierenden Sozialismus“, i h r e s speziellen friedlichen Weges des Sozialismus mit der besonderen Note einer „nichtkapitalistischen Entwicklung“ auf.

Die sowjetische Intervention ...

... wird von den SED-Autoren und auch von sowjetischer Seite damit begründet, daß sich „die neue Volksmacht“ mit einer „grobem Einmischung von außen ... konfrontiert“ sah; es bestand die „reale Gefahr“, daß Afghanistan in „ein Aufmarschgebiet des Imperialismus gegen die UdSSR verwandelt wird“. Außerdem habe „die Regierung der UdSSR ... daß Afghanistan in „ein Aufmarschgebiet des Imperialismus gegen die UdSSR verwandelt wird“. Außerdem habe „die Regierung der UdSSR ... von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß die einzige Aufgabe, die vor den zeitweilig nach Afghanistan entsandten sowjetischen Kontingenten steht, die Unterstützung der Afghanen bei der Abwehr der von außen kommenden Aggression ist“.

Der immer wieder genannte Hinweis, die Sowjetunion sei praktisch einem konterrevolutionären Putsch des Imperialismus zuvorgekommen, ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen; schon zu Zeiten Tarakis prophezeite z.B. die „Frankfurter Allgemeine“ der Sowjetunion ein „Vietnam“ in Afghanistan.

Auf jeden Fall aber ist das nur die halbe Wahrheit: legen doch die SED-Autoren in ihrer Broschüre selbst dar, daß die Gefährdung der Revolution nicht nur von „außen“, sondern auch von innen besteht. Würde es sich nur um eine Bedrohung von außen handeln, wäre auch sicher nicht die Besetzung aller größeren Städte und Ortschaften erforderlich.

Tatsächlich erfolgte die Intervention hauptsächlich deshalb, weil die afghanische Revolution aus den dargelegten Bedingungen ernsthaft (von „innen“ und „außen“) gefährdet war und ist, ohne sie damit zu rechtfertigen. Daß die Intervention der Sowjetunion auch aus „strategischen“ Erwägungen nicht unangelegen erscheint, soll nicht geleugnet werden, obgleich Afghanistan derzeit eher ein willkommenes „Horchposten“ in der Golfregion ist, aber als „sowjetisches Aufmarschgebiet“ schon allein wegen fehlender Infrastruktur vorerst nur von geringem Wert ist.

Ein Westberliner Genosse

Trotzki:

»Verratene Revolution«

Eine Buchbesprechung

Leo Trotzki: Verratene Revolution
intarlit, 300 Seiten, 8.80 DM,
ISBN 3-88191-003-4

Das Buch „Verratene Revolution“, das Trotzki 1936 schrieb, hat den Untertitel „Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?“

Die „Verratene Revolution“ entstand kurz nach Verabschiedung der neuen Verfassung, die den endgültigen Sieg des Sozialismus in der SU proklamierte und kurz vor den Moskauer Pro- bzw. Exzessen.

Bürokratie oder Neue Bourgeoisie?

Trotzki vertritt die Auffassung, daß in der Sowjetunion „eine sehr privilegierte Schicht vorhanden ist, die sich den Löwenteil auf dem Gebiete des Verbrauchs aneignet“ (S. 23). Gleichzeitig betont Trotzki, daß es „in der UdSSR keine besitzenden Klassen (gibt), deren Verschwendung durch einen Unterverbrauch der Volksmassen auszugleichen wäre“ (S. 22). Trotzki zweifelt daran, daß die Bürokratie, „in deren Händen Macht und Reichtum liegt“, gewillt ist, friedlich in den Sozialismus hineinzuwachsen.

Herrsche in der Stalinischen Sowjetunion bereits eine Neue Bourgeoisie, deren Klasseninteresse dem des Proletariats unversöhnlich gegenübersteht? Die Bürokratie ist für Trotzki einerseits „Schiedsrichter zwischen den Klassen“ (S. 91), gleichzeitig aber auch eine „neue herrschende Schicht, die sich von den alten Grundsätzen (der Bolschewiki — Anm. AK) und der Massenkontrolle zu befreien trachtet“ (S. 93).

Trotzki stellt „das soziale Interesse der herrschenden Schicht an der Ausweitung des bürgerlichen Rechts“ fest (S. 150). Ferner konstatiert Trotzki in der SU „verschleierte Aneignung fremder Arbeit. Eine privilegierte Minderheit der Aktionäre lebt auf Kosten der übervorteilten Mehrheit“ (S. 234).

Die Sowjetbürokratie sei „die einzige im vollen Sinne des Wortes privilegierte und kommandierende Schicht der Sowjetgesellschaft“ (S. 242). Ist die Bürokratie folglich die herrschende Klasse? Scheinbar nicht, denn Trotzki schreibt: „Unter keinem anderen Regime außer dem der U.S.S.R. hat die Bürokratie einen solchen Grad der Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse erlangt“ (S. 242). Für Trotzki sind offenbar die Arbeiter und Bauern auch in der Stalinischen SU die herrschende Klasse, und das, obwohl die Bürokratie die Bauern ausbeutet (S. 130) und im Gegensatz zu den Werktätigen in den Genuß von Extraläden und Limousinen kommt.

Angesichts dieser von Trotzki angerichteten Konfusion kann ich nur Lenin zustimmen, der einmal über Trotzki schrieb: „Mit Trotzki kann man nicht prinzipiell diskutieren, denn er hat keine festen Anschauungen“ (1).

Zur „Bürokratie“ zählt Trotzki alle, die „nicht unmittelbar produktive Arbeit“ (S. 136) leisten, mit Ausnahme der Lehrer und Gelehrten. Das sind fünf bis sechs Millionen Menschen, davon als „kommandierende Spitze“ rund 400.000 (S. 134).

Trotzki wendet sich gegen die Charakterisierung der UdSSR als „staatskapitalistisch“, da die Bürokratie „weder Aktien noch Obligationen“ habe. „Der einzelne Beamte kann seine Anrechte auf Ausbeutung des Staatsapparates nicht weitervererben“ (S. 243). Mit Staatskapitalismus hat die SU also trotz „Aneignung eines enormen Anteils am Volkseinkommen durch die Bürokratie“ (S. 243) nichts zu tun. Die UdSSR ist für Trotzki vielmehr „eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehende, widerspruchsvolle Gesellschaft“ (S. 248). Die Oktoberrevolution sei „von der herrschenden Schicht verraten, aber noch nicht gestürzt worden“ (S. 245). Die Sowjetunion, deren herrschende Bürokratie „in bürgerlichen Verhältnissen“ (S. 237) lebe, bereite „die kapitalistische Restauration vor“ (S. 238). Eine weitere Isolierung der Sowjetunion „müßte unweigerlich nicht in einen Nationalkommunismus, sondern in der Restauration des Kapitalismus ausmünden“ (S. 292).

Mehrfach begibt sich Trotzki in „Grauzonen des Antikommunismus“, so, wenn er die UdSSR als „totalitär-bürokratischen Staat“ (S. 107) be-

zeichnet und schreibt: „Viele der pädagogischen Aphorismen (knappe, einprägsame Sätze — Anm. AK) und Vorschriften der letzten Zeit könnten von Goebbels geschrieben sein, wenn dieser sie nicht selbst in hohem Maße bei Stalins Mitarbeitern abgeschrieben hätte“ (S. 158). (Belege für diese gewagte Behauptung bringt Trotzki nicht!). Trotzki versteigt sich sogar zu der These: „Stalinismus und Faschismus stellen trotz der tiefen Verschiedenheit ihrer sozialen Grundlagen symmetrische Erscheinungen dar. In vielen Zügen sind sie einander erschreckend ähnlich“ (S. 270).

Besonders seltsam sind derartige Äußerungen Trotzkis angesichts der Tatsache, daß er die UdSSR als „bürokratischen Arbeiterstaat“ ansieht.

Ökonomismus

„Der Marxismus“, so Trotzki, „geht aus von der Entwicklung der Technik als Haupttriebfeder des Fortschritts und baut das kommunistische Programm auf der Dynamik der Produktivkräfte auf“ (S. 47). Diese Auffassung Trotzkis ist Ökonomismus reinen Wassers. Der Marxismus geht davon aus, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, d.h. die Widersprüche zwischen den Klassen sind die Triebfeder des menschlichen Fortschritts.

Die Position Trotzkis führt in der Praxis dazu, von einem Primat der Ökonomie gegenüber der Politik auszugehen, was sich konkret negativ auf dem Gebiet der Arbeiterrechte niederschlägt. So trat Trotzki kurz nach der Oktoberrevolution gegen das Streikrecht auf und wollte die Gewerkschaften zu „Vollstreckern der Arbeitsdisziplin“ (3) machen. Lenin erklärte demgegenüber: „Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomie. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen“ (4).

Lenin trat energisch als Verteidiger des Streikrechtes gegen Trotzkis Vorstellungen auf, charakterisierte die Sowjetrepublik 1920 als „Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“ und betonte: „Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß ...“ (5).

Interessanterweise befindet sich Trotzki mit seinen ökonomistischen Positionen in verblüffender Übereinstimmung mit Stalin, der schrieb, „daß die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft vor allem die Entwicklungsgeschichte der Produktionsweisen, die einander im Laufe der Jahrhunderte ablösen, die Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse der Menschen“ (7) sei.

Bei Stalin heißt es u.a. „... daher verändern und entwickeln sich zugleich mit der Veränderung und Entwicklung der Produktionsinstrumente auch die Menschen“ (8). Und bei Trotzki: „Eine vergesellschaftete Wirtschaft, die technisch dem Kapitalismus überlegen ist, könnte in der Tat vollkommen, sozusagen automatisch ihrer sozialistischen Entwicklung sicher sein...“ (S. 50).

Der Klassenkampf als Haupttriebfeder des Sozialismus fällt sowohl bei Stalin als auch bei Trotzki unter den Tisch.

Außenpolitik und Abrüstung

„Zur Komintern verhielt er (Stalin — d. Verf.) sich wie zu einem unvermeidlichen Übel, das nach Möglichkeit zu Zwecken der Außenpolitik auszunutzen ist“ (S. 97), schreibt Trotzki. Die Kommunistische Internationale (Komintern) stelle „einen ganz und gar gehorsamen und allezeit zu jedem beliebigen Zickzack bereiten Apparat im Dienste der Sowjetaußenpolitik dar“ (S. 183).

Die Richtigkeit dieser Einschätzung zeigte sich besonders deutlich 1943, als Stalin die Komintern seinen „westlichen“ Verbündeten zu Gefallen auflöste.

Trotzki kritisierte die von den Komintern-Parteien betriebene „Volksfront“-Politik und prognostiziert, sie werde „den Sieg der Reaktion“ in Spanien und Frankreich sichern (S. 281). In der Tat ist festzustellen, daß die „Volksfront“-Linie der Komintern tendenziell, am ausgeprägtesten in Frankreich, ein Burg-

frieden-Angebot an die Bourgeoisien außerhalb Nazi-Deutschlands und Italiens beinhaltete, wobei der Grad, in dem die KPen den Klassenkampf noch vorantrieben, sich in erster Linie aus dem wechselvollen Verlauf der Beziehungen des jeweiligen Landes mit der Sowjetunion ergab. Mitte der 30er Jahre revidierte die sowjetische Führung (stillschweigend) die These Lenins, daß Kriege unvermeidlich sind, solange der Imperialismus existiert. „Ich bin der Meinung“, antwortete Stalin am 1. März 1936 auf die Frage, ob ein neuer Krieg vermeidbar sei, „daß die Positionen der Friedensfreunde sich festigen: die Friedensfreunde können offen arbeiten, sie stützen sich auf die Macht der öffentlichen Meinung, es stehen ihnen Instrumente zur Verfügung wie beispielsweise der Völkerbund“ (S. 194).

Zu den „Friedensfreunden“ zählten die Stalinisten damals u.a. die Tschechoslowakei, ja sogar das imperialistische Frankreich. So schrieb die KPD-nahe „Volksillustrierte“ 1938: „Zusammen mit den mächtigen Verbündeten im Osten und Westen, gestützt auf die Verteidigungsbereitschaft der demokratischen Volksmassen, hatte, die tschechoslowakische Armee in diesen Tagen voller Unruhe eine große Aufgabe zu erfüllen als Friedenswacht im Herzen Europas, im Mittelstück der Friedensfront Paris-Prag-Moskau“ (9).

Beachtenswert ist auch Trotzkis Gegenüberstellung der Leninschen und Stalinschen Haltung zu dem (auch damals schon) von den imperialistischen Mächten organisierten „Abrüstungs“-Schwindel. „Losungen des Pazifismus, der internationalen Abrüstung unter dem Kapitalismus“ wurden in dem von Lenin ausgearbeiteten KP-Programm als „direkter Betrug an den Werktätigen“ bezeichnet (S. 185).

Trotzki dazu: „Das Programm der ‚Abrüstung‘ bei Erhaltung der imperialistischen Gegensätze ist die schädlichste aller Fiktionen... Die Imperialisten führen nicht Krieg, weil sie Waffen haben, sondern umgekehrt: sie schmieden Waffen, weil sie Krieg führen müssen... Der Gedanke der sogenannten ‚allmählichen Abrüstung‘ ist nur ein Versuch, in Friedenszeiten die über das Maß der Kräfte gehenden Militärausgaben herabzuschrauben: es ist eine Frage der Kasse und nicht der Friedensliebe. Doch auch dieses Vorhaben erweist sich als undurchführbar“ (S. 196).

Wesentlicher Ausdruck des (Rechts-)Schwenks der Außenpolitik unter Stalin war nach Trotzki bereits der Eintritt in den „Völkerbund“ am 18. September 1934. Zur Zeit Lenins war der „Völkerbund“ (Vorläufer der UNO) als Instrument der Imperialisten bezeichnet worden, das seine „nächsten Anstrengungen darauf richtet, die revolutionären Bewegungen zu unterdrücken“ (S. 190).

Streiflichter auf die Restauration

Trotzki schildert, wie die Sowjetführung 1935 eine Offiziershierarchie in der Sowjetunion einführt. Er bringt Belege für die z.T. katastrophale Wohnsituation von Arbeitern in der SU (S. 125) sowie für die Zunahme der Prostitution (so meldete die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ im Herbst 1935 die Verhaftung von 1000 Prostituierten allein in Moskau) (S. 145).

In dem Zusammenhang kritisiert Trotzki das Verbot der Abtreibung in der UdSSR. Dieses Verbot wurde von Vertretern der Bürokratie damit begründet, daß „die Frau kein Recht habe, auf die ‚Mutterschaftsfreuden‘ zu verzichten“ (S. 147). Selbst die „Prawda“ mußte aber zugeben: „Die Geburt eines Kindes ist für viele Frauen eine ernste Bedrohung ihrer Lage...“ (S. 146). Ferner zeigt Trotzki den Umfang der „sozialistischen“ Inflation in der UdSSR auf (S. 71) und macht deutlich, daß die „Stachanow-Bewegung“ faktisch eine Kopie der kapitalistischen Akkordarbeit darstellte (S. 82). (Der Bergmann Alexei Stachanow hatte 1935 in einer Schicht 102 Tonnen Kohle abgebaut und damit die gewöhnlichen Normen der Kohleförderung um 1300 Prozent übertroffen.) Die „Stachanow-Bewegung“ wurde von Stalin in den höchsten Tönen gepriesen: Sie bringe „... einen neuen Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbs, eine

neue, eine höhere Etappe des sozialistischen Aufbaus zum Ausdruck...“ (11).

Außenminister Molotow brachte das Wesen der „Stachanow-Bewegung“ viel ungeschminkt auf den Punkt: „Der unmittelbare Antriebs zu hohen Arbeitsleistungen bei den Stachanowisten ist das einfache Interesse an der Vergrößerung ihres Verdienstes“ (S. 123).

Trotzki kritisiert die auch auf kulturellem Gebiet stattfindende Restauration in der Sowjetunion. Zur Zeit Lenins war im Kulturbereich die Linie des, um es mit Mao zu sagen, „Hundert-Blumen-Blühen-Lassen“



Plumpe revisionistische Geschichtsfälschung: Auf dem Originalfoto (oben) lehnt Trotzki rechts an der Rednertribüne, auf der Lenin spricht. Auf der Fälschung (unten) wurde er wegetuschelt — „ausgelöscht“

vorherrschend, was u.a. die berühmten Filme (z.B. Panzerkreuzer Potemkin von S.M. Eisenstein) ermöglichte. Zu Zeiten Stalins wurde hingegen phantasieloser Kitsch favorisiert, Jazz als „entartet“ diffamiert u.ä.m.

Trotzki polemisiert gegen „Beschränkungen“ und für „Freiheit“ auf kulturellem Gebiet, ist aber nicht in der Lage, auch nur ansatzweise Kriterien für revolutionäre Kultur zu formulieren. Das ist kein Zufall. So schrieb er 1923: „Eine proletarische Kultur und Kunst wird es nie geben ... Die Kunst muß ihren eigenen Weg finden ... Die Methoden des Marxismus sind nicht ihre Methoden“ (12).

Demokratie in der KPdSU

„Die GPU (Geheimpolizei — Anm. des Verf.) wurde der ausschlaggebende Faktor im Leben der Partei“ (S. 100). Offene Fraktionskämpfe fanden nicht mehr statt, weil „die Meinungsverschiedenheiten heutzutage durch automatisches Eingreifen der politischen Polizei entschieden werden. Die bolschewistische Partei ist tot, und keine Kraft wird sie wieder zum Leben erwecken“ (S. 100).

Trotzki propagiert deshalb den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei. „Selbständige Charaktere und selbständiges Denken können sich ohne Kritik nicht entfalten“, schreibt Trotzki (S. 158). Daher verurteilt er auch, daß die Stalinisten das in der Situation des Bürgerkrieges entstandene Verbot der Bildung von Fraktionen in der Kommunistischen Partei unbegrenzt ausdehnten.

„Wie könnte eine echte revolutionäre

näre Organisation, die sich zum Ziel setzt, die Welt aus den Angeln zu heben, und um ihr Banner verwegene Verneiner, Auführer und Kämpfer scharf, auch leben und sich entwickeln ohne Ringen der Ideen, ohne Gruppierungen und zeitweilige Fraktionsbildung?“ (S. 95).

Resümee

Insgesamt stimme ich dem Genossen Ralf Fücks von den Komitees für Demokratie und Sozialismus zu, daß Trotzki's Buch ein „erheblich realistischeres Bild der sozialen und politischen Verhältnisse (der UdSSR — Anm. des Verf.) liefert als die offiziellen Historiengemälde vom Schlage des ‚Kurzen Lehrgangs‘ der Geschichte der KPdSU“ (13).

Es ist aber auch festzuhalten, daß Trotzki, wie der Titel seines Buches bereits vermuten läßt, die Entwicklung der Sowjetunion in der Hauptseite nicht als Ergebnis komplizierter Klassenkämpfe begreift, in deren Verlauf eine neue Bourgeoisie an die Macht gelangt, sondern als Ergebnis des „Verrats“ einiger Führer. Damit steht Trotzki in methodischer Hin-

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

- 1) W.I. Lenin, Werke, Band 17, S. 351
- 2) entfällt
- 3) Leo Trotzki: Kommunismus und Terrorismus, Hamburg 1920, S. 90
- 4) W.I. Lenin, Werke, Band 32, S. 73
- 5) W.I. Lenin, Werke, Band 32, S. 6f
- 6) entfällt
- 7) J.W. Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus, in: Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, Dortmund 1976, S. 52
- 8) ebenda, S. 155
- 9) Volksillustrierte, Nr. 23, 8.5.1938
- 10) entfällt
- 11) J.W. Stalin, zitiert in: siehe 7, S. 421
- 12) Leo Trotzki: Literatur und Revolution, zitiert in: Isaac Deutscher: Trotzki II, Der unbewaffnete Prophet, Stuttgart 1962, S. 188f
- 13) Heft für Demokratie und Sozialismus, Nr. 1/79, S. 45

SEW-Streit nun auch in der »Neuen«

Eine Gruppe von rund 30 Mitgliedern der SEW hat kürzlich ihren Parteiaustritt erklärt. Unter ihnen befinden sich auch zwei Mitglieder des SEW-Parteivorstands. Weitere SEW-Dissidenten wollen vorerst in der Partei bleiben.

Die heftig geführten Auseinandersetzungen in der SEW haben in der „NEUEN“ naturgemäß ein starkes Echo gefunden, da diese Tageszeitung bzw. ein großer Teil ihrer Mitarbeiter, der SEW und DKP in vielen Fragen eng verbunden ist. Die „NEUE“ hat in diesem Streit relativ ausführlich die Standpunkte der SEW-Dissidenten dargestellt, z.T. auch dokumentiert. In Kommentaren der „NEUEN“ wurde die Reaktion der SEW auf die Dissidenten (Diffamierung als Agenten des Verfassungsschutzes usw.) kritisiert.

Die Antwort gaben zahlreiche Leserbriefe von SEW- und DKP-Mitgliedern an die „NEUE“, die mit wenig inhaltlichen Argumenten und umso größerer Entschiedenheit formuliert waren: Daß die „NEUE“ ihrem „Anspruch nicht gerecht“ werde, weil sie „opportunistisch“ an nicht-kommunistische Bewegungen herangehe (4.6.), gehörte noch zum Mindesten. Ein SEW'ler beispielsweise behauptete, in der „NEUEN“ würden „die SEW-Genossen als Agenten der DDR und als vaterlandslose Gesellen angeschwärzt“. Und: „Um das zu erfahren, benötige ich die 'NEUE' nicht, da genügt die Lektüre des Verfassungsschutzberichtes in einer beliebigen bürgerlichen Zeitung“ (4.6.).

Ernst als solche verbalen Tobereien dürfte die Stellungnahme der „SEW-Betriebsgruppe in der NEUEN“ (1.6.) zu werten sein, da diese Konfrontationen in der Zeitungsmannschaft selbst signalisiert. Der Ton der Stellungnahme („Endlich Klarheit schaffen!“) ist anmaßend und eindeutig drohend: Es dürfe „nicht übersehen werden“, daß die „Anti-SEW-Kampagne“ von einem Teil der „NEUEN“ unterstützt werde. Diese Leute wollten die Zeitung

„für ihre dubiosen Zwecke mißbrauchen und stellenweise zu einem Anti-SEW-Kampfblatt umfunktionieren, ohne den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb Mitsprache zu gewähren“. Die Stellungnahme schließt mit der Aufforderung: „Wir bitten alle Leserinnen und Leser, es künftig in kleinen Gruppen nicht zu gestatten, die NEUE in Ermangelung eines anderen Organs als Aushängeschild zu benutzen, um Bündnisbewegungen zu torpedieren“.

Der Betriebsgruppen-Vorsitzende und ein weiteres Mitglied der Gruppe distanzieren sich von dieser Stellungnahme (ebenfalls 1.6.).

Anscheinend blieb die Stellungnahme der „SEW-Betriebsgruppe in der NEUEN“ nicht ohne Wirkung: Gleich am 1.6. gab es in der Rubrik „Zur Sache“ eine redaktionelle Stellungnahme, die ein Kuschen vor der SEW signalisierte: „Bekanntlich gehören zur NEUE-Belegschaft auch eine Reihe von SEW-Mitgliedern...“. Das gelte ebenso „für viele Leser oder Abonnenten der NEUEN, auch hinsichtlich der DKP“. Die „NEUE“ dürfe deshalb „nicht als Förderer von Spaltungstendenzen in Linksparteien“ mißbraucht werden.

Die Reaktionen der SEW dokumentieren ihre Nichtbereitschaft und völlige Unfähigkeit, überhaupt argumentativ auf die Kritiker zu reagieren. SEW-Vorsitzender Horst Schmitt hielt hierzu im Parteivorstand eine Rede, die sich stellenweise wie ein Text der KPD/ML oder einer ähnlichen durchgeknallten Sekte liest: „... Einige kleinbürgerliche Elemente“ seien „in die Partei eingedrungen“ (zwei der Ausgetretenen gehörten immerhin seit 1970 bzw. 1972 dem SEW-Parteivorstand an!). „Die Angriffe auf die Einheit der Partei“ würden „nicht zufällig zu einem Zeitpunkt erfolgen, da sich die Partei immer enger mit den Massen im Kampf ... verbindet...“. Das hat natürlich den Klassengegner auf den Plan gerufen“ („NEUE“, 10.6.). Daß die SEW mit solch demagogischen Tiraden selbst ihr gefährlichster Gegner ist, scheint ihr nicht bewußt zu sein.

amnesty international: Politische Gefangene in der UdSSR

Einen guten Überblick über die gesamte Palette der behördlichen Maßnahmen gegen Oppositionelle in der Sowjetunion gibt der neue „Amnesty“-Bericht über politische Gefangene in der UdSSR, der für 7,80 DM als Fischer-Taschenbuch erhältlich ist. Der Bericht enthält zahlreiche Beispiele über Bestrafungen von „Dissidenten“ verschiedenster Richtungen.

Die offizielle staatliche Rechtsauffassung wird in einer für Laien leicht verständlichen Weise an Hand von Zitaten aus dem sowjetischen Strafrecht dargestellt. Zu kurz kommen dabei jedoch die inhaltlichen bzw. politischen Auffassungen der bestraften Oppositionellen (gruppen). Es wird zwar deutlich, daß es sich bei der Religionsgemeinschaft „Pente Costal“ offensichtlich um eine reaktionäre Gruppe handelt, bei den anderen Gruppen bleiben die politischen Beweggründe allerdings im Dunkeln. Dennoch bringt der Bericht viele wichtige Informationen, so, daß in der Sowjetunion zur Zeit Lenins das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus religiösen Gründen bestand (S.85), während Kriegsdienstverweigerer heute (bzw. seit Stalin) in der Regel 3 bis 4 Jahre Knast bekommen (Das Recht auf KDV ist auch in der sowjetischen Verfassung nicht enthalten). Dargestellt wird auch die wechselvolle Geschichte der Todesstrafe in der UdSSR (mehrmals abgeschafft und wieder eingeführt, seit 1950 kontinuierlich in ihrem Anwendungsbereich erweitert). Interessant ist auch der Wortlaut des Paragraphs „Rowdytum“ im sowjetischen Strafrecht, den das Buch im Wortlaut wiedergibt. (Der „Rowdytum“-Paragraph kann schon angewandt werden, wenn jemand „eine offensichtliche Mißachtung der Gesellschaft zum Ausdruck bringt“, dementsprechend gelten in der SU Streiks als „Rowdytum“ ...). Beachtenswert sind darüberhinaus Informationen über die Probleme nationaler Minderheiten wie der Krimtataren, die Überwachung entlassener politi-

scher Gefangener, Mißhandlungen in den Strafanstalten. Sehr interessant ist das Kapitel über die „Besserungsarbeitskolonien“, die Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion. Das Verständnis der Herrschenden der SU von „humanem“ Strafvollzug charakterisiert folgendes Zitat aus der sowjetischen Zeitung „Kasachstanskaja Prawda“ vom 14.3.1973: „Die von Gefangenen verrichtete Arbeit ist im wesentlichen Schwerarbeit und die Produktionsnormen sind maximal. Aber daran ist nichts zu ändern. Eine Arbeitskolonie ist kein Erholungsheim. Sie ist ein Ort an dem man seine Strafe verbüßt. Hier muß gearbeitet werden. Im Schweife des Angesichts“ (S.200). Der „Amnesty“-Bericht belegt mit Hilfe offizieller sowjetischer Quellen, daß Gefangene dieser Arbeitslager bis zu 15 Tagen in Strafsolozellen eingesperrt werden können, wobei Hofgang, Rauchen, Karten- und Brettspiele sowie Paketempfang für diese Häftlinge verboten sind. Zudem erhalten sie „gekürzte Verpflegungsrationen“ (S.169). Lesenswert ist auch der Abschnitt über den Mißbrauch der Psychiatrie in der UdSSR.

Obwohl Amnesty bei der Erstellung des Berichts sichtlich bemüht war, möglichst viele sowjetische Originalquellen zu zitieren, greift der Bericht vielfach auf persönliche Schilderungen von Angehörigen Gefangener zurück, wobei naturgemäß die Gefahr der Einseitigkeit besteht. Jedoch kann dies nicht Amnesty zum Vorwurf gemacht werden, da diese persönlichen Berichte z.T. die einzige Möglichkeit sind, Informationen über das konkrete Schicksal einzelner Gefangener zu erhalten. Positiv hervorzuheben ist, daß die Autoren des Berichts auf antikommunistische Propaganda verzichtet haben. Kurz gesagt kann man das übersichtlich gegliederte 300-Seiten-Taschenbuch durchaus zur Lektüre empfehlen.

U., RGW-Kommission

Polen: Opposition und Repression

Am 26. Mai stand in der südpolnischen Stadt Sandomierz (ca. 150 km südöstlich von Warschau) der Bauer und Bürgerrechtler Jan Kozłowski vor Gericht, weil er angeblich einen anderen Bauern geschlagen hatte. Zuvor hatten sich sieben ehemalige Aktivisten der Bauernbewegung und der frühere Generalstaatsanwalt Andrzej Burda mit ihm solidarisiert.

Während des Prozesses nahm die Polizei 50 Dissidenten, die als Zuschauer gekommen waren, fest, nachdem sie die Identifizierung eines „agent provocateur“ der Polizei gefordert hatten („FAZ“, 27.5. und 28.5.).

Seit den Wahlen zum polnischen Parlament („Sejm“) im März ist sowohl eine etwas schärfere Gangart gegen die Opposition, als auch eine Verbreiterung des Protestes festzustellen.

Die bürgerlich-nationalistische Oppositionsgruppe ROPCO hatte bereits im November zum Boykott der Wahlen aufgerufen: „Über die Wahlurne ist es den Polen nicht möglich, zu zeigen, ob wir den Kommunismus wollen oder nicht“, so ROPCO-Sprecher Andrzej Czuma („SZ“, 13.11.79). In den Tagen vor der Wahl am 23. März tauchten in verschiedenen Städten Polens, in Warschau sogar auf einer der belebtesten Geschäftsstraßen, Flugblätter auf, die zum

Wahlboykott aufriefen. Daraufhin nahm die Polizei in mehreren Städten eine Reihe von Dissidenten fest, u.a. das prominente Mitglied des sozialdemokratisch orientierten „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ (KOR), Jacek Kuron („FR“, 24.3.). Von den Wählern machten nur relativ wenige von der Möglichkeit Gebrauch, einzelne Kandidaten zu streichen, in einem Warschauer Wahlbezirk aber immerhin 15%.

Nach der auch hierzulande bei den Herrschenden beliebten Devise „Nach den Wahlen kommt das Zahlen“ nahm die polnische Polizei am 25.3. neben Jacek Kuron auch Mirosław Chojecki, Mitglied des KOR und Leiter des Untergrundverlages

„Nowa“, fest. Unter dem Vorwurf, einen Vervielfältigungsapparat gestohlen zu haben, saß er bis zum 12. Mai im Knast. Mitte April machte er einen Hungerstreik („FAZ“, 8.5. und „FR“, 13.5.). Ebenfalls am 25. März wurden in Gdansk fünf Mitglieder der „Freien Gewerkschaften“ festgenommen. Am 12. April nahm die Polizei in Warschau zehn Mitglieder des KOR, darunter Adam Michnik und erneut Jacek Kuron, während eines Treffens in einer Privatwohnung fest.

Am 3. Mai nahmen in Gdansk mehrere Tausend Menschen an einer Demonstration teil, zu der die „Freien Gewerkschaften“ aufgerufen hatten.

Die Demonstranten gedachten der fortschrittlichen Verfassung von 1791. (Diese Verfassung schränkte den Einfluß des Großadels, der Magnaten, ein und räumte dem Bürgertum gewisse Rechte ein. Die Magnaten ließen daraufhin einen „Hilferuf“ an die russischen Zaren los, was zur zweiten polnischen Teilung und damit zur Unterdrückung weiter Teile Polens durch den Zarismus führte). Das Anliegen der Demonstranten war also durchaus kein „rein Historisches“, wie man voreilig vermuten könnte...

Obwohl die Demonstranten Plakate wie „Freiheit für Polen, Demokratie für die Polen“ und „Erziehung ohne Lügen“ trugen, schritt die Polizei nicht ein.

Mitte Mai führten 18 Dissidenten in einer Warschauer Kirche einen Hungerstreik durch, um gegen die Inhaftierung von Regimekritikern in Polen und anderen RGW-Ländern zu protestieren. Sehr sauer reagierte darauf der katholische „Sejm“-Abgeordnete Zygmunt Pilecki, der sich darüber beschwerte, daß „kleine, geräuschvolle Gruppen“ die „Autorität der Kirche für Abenteuer“ ausnützten, und dadurch die „zügige Entwicklung“ der Beziehungen zwischen Kirche und Staat behinderten („FR“, 12.5. und „FAZ“, 27.5.).

U., RGW-Kommission

»Wir sind nicht so, Frau Fleischmann, wie Sie schreiben«

So lautet würdevoll und knapp ein im „Stern“ (15/80) abgedruckter Kommentar einer Leserin zum Buch von Lea Fleischmann „Dies ist nicht mein Land“.

Bissig und schlaue fragt eine andere Frau, diesmal in der April-Ausgabe der „Emma“: „... Es wäre ja mal ganz interessant, etwas aus diesem moralischen Munde über die Palästinenser zu hören. Oder schweigt Lea?“ In der gleichen „Emma“-Ausgabe teilt eine andere Frau ihr „Entsetzen“ über das Buch mit. Denn es würden „grundsätzliche Unvereinbarkeiten zwischen Deutschen und Juden konstruiert“ (die Anführungszeichen bei Juden im Original) — worüber sich Juden im Original) — worüber sich Hitler, würde er noch leben, nur „freuen“ könnte.

Im „Pflasterstrand“ Nr. 79, der sich ansonsten gern als Verkünder eines „neuen Antifaschismus“ profiliert („Ob Hess, ob Heinrichsohn — wir alle sind Menschen“), ziehen Dtlf Claussen (im übrigen Mitarbeiter der SB-Zeitschrift „links“) und Susan Heenen über das ach so „triviale“ Bändchen her.

Insbesondere bemängeln sie die „unwissenschaftlichen“ Emotionen von Lea F.

„Das Bändchen spekuliert mit Gefühlen“, Lea „kokettiert mit ihrer jüdischen Herkunft“ (es hat nicht ein jeder dieses verdammte Glück, Jude in Deutschland zu sein). Kurz: „Das Thema ist viel zu ernst, um ihm mit Erzählungen aus dem Alltagsleben beizukommen“.

Gefühle seien zwar „legitim“ (na immerhin! — könnten aber, so die beiden, „ins falsche Bewußtsein umschlagen, wenn sie zu historischen Belegen umfunktioniert werden“). „Gerade aufgrund der Leidenserfahrungen hätte sich der Leser vielleicht gewünscht, daß nicht nach Nazimannier grundsätzliche Unvereinbarkeiten zwischen Deutschen und Juden konstruiert werden“ [Hervorhebung von uns]. Zwar habe das Bändchen in

so manchem liberalen Herzen „Betroffenheit ausgelöst — diese sei allerdings „fragwürdig“, weil sie eine typische Erscheinung des „deutschen masochismus“ sei.

Was heißt hier „deutscher Masochismus“? Gar typischer?! Klingt ja direkt nach nationalsozialistischer Rassenstheorie? — (Bekanntermaßen bezeichnet z.B. die NPD jede selbstkritische Reflexion über die Nazi-Verbrecher als „typisch deutscher Masochismus“ ...).

Die obligate Frage zum Schluß dürfte auch im „Pflasterstrand“ nicht fehlen:

Wie hält es Lea mit Zionismus, Antizionismus und der Palästinenservertreibung?

Vermißt habe ich allerdings eins: den geistvollen Hinweis, im Ausland sei es ja nun auch nicht besser, Repression, Antisemitismus usw. usf. seien ja „gar nicht typisch deutsch“.

Nun gut, das Buch also „spielt erfolgreich mit Schuldgefühlen; die deutsche Sentimentalität — wie furchtbar doch alles war — kommt wieder mal auf ihre Kosten“. Eine faszinierende wissenschaftliche Analyse:

— Lea unterstellt man, sie beschreibe „die“ Deutschen als „die Autorität der Welt“; das sei „Rassismus“.

— Claussen und Heenen schreiben, „die“ Deutschen seien „masochistisch“ und „sentimental“. Das ist aber dann was ganz Anderes, das ist objektiv und wissenschaftlich. Peinlich, denn daran wird das Unternehmen etwas durchsichtig. Das „nationale Gefühl“ muß wieder gestärkt werden. „Schuldgefühle“: weshalb? wieso? Andere gehen da noch ein Stück weiter und sagen einfach: Schuldgefühle brauchen wir sowieso nicht zu haben — denn KZs waren fröhliche Workshops.

Eine obendrein pikante These: Wetten, daß diejenigen, die gestern in

KZs saßen, ebenso wie diejenigen, die heute in bundesdeutschen Knästen sitzen und beispielsweise als „Kanaken“, „Spaghettis“, „Kümmeltürken“ u.a. behandelt werden, noch nie so recht in den Genuß sentimental deutschen „Masochismus“ gekommen sind?

Lea und andere sollen bitte nicht mit Gefühlen, mit Alltagsgeschichten ankommen, das ist unfair (zum Schluß ist man womöglich noch betroffen!). Um allerdings das Phänomen der Neonazis zu „erklären“, können sich so manche Linke nicht genug über Sozialisationsbedingungen, Familienstrukturen etc. pp den Kopf zerbrechen. In den gleichen Organen („TAZ“, „PS“ und „links“), wo der Artikel von Claussen und Heenen abgedruckt worden ist ...

Vielleicht meinen aber die beiden unter Masochismus etwas anderes: wenn hier andere diesen Staat, diejenigen, die ihn tragen, von den vielen anonymen ex-NSDAPlern bis zum Präsidenten Carstens oder Kanzlerkandidat Strauß, oder die herrschende Ideologie in Presse, Rundfunk, Fernsehen, in Büros, Fabriken und auf der Straße angreifen, dann fühlen sich oft westdeutsche Linke oder Demokraten wie von der Tarantel gestochen.

Ist es denn unser Staat, sind es denn unsere Leute, ist es unsere Ideologie, die da angegriffen wird?

Wieso also diese Selbstquälerei, dieser Masochismus?

Gibt es denn in der deutschen Geschichte nur die Periode des Nationalsozialismus und diese BRD? Könnte man sich nicht viel eher beziehen — als Linker — auf die Räterepubliken, auf die Impulse, die mal von der deutschen Arbeiterbewegung ausgegangen sind?

E., KB/Gruppe Frankfurt

KB und »Z« im Spiegel des VS

„... Die Abwehrhaltung der demokratisch eingestellten Kernkraftgegner habe jedoch bewirkt, daß Radikale, die Zentrumsfraktion des Kommunistischen Bundes (KB) ausgenommen, in der Anti-Atom-Bewegung nur noch eine untergeordnete Rolle spielen...“! (Niedersächsischer VS-Bericht, laut „Hannoversche Allgemeine“, 4.6.80).

„... Relativ eisen an Gewalt festzuhalten scheint von den K-Gruppen heute nur noch die sogenannte Mehrheitsfraktion des KB (Kommunistischer Bund)“.

(Thomas Meyer in der „FAZ“ vom 9. 6., unter Bezugnahme auf VS-Analysen).



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich / wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Cooperative GmbH, Hamburg, den von mir / uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ARBEITERKAMPF bei Fälligkeit zu Lasten meines / unseres* Girokontos abzubuchen.

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den.....
Unterschrift
* Nichtzutreffendes bitte streichen

NEUE AUFKLEBER!

Atomanlagen + Atomwaffen



gemeinsam abschaffen!

3-farbige
PVC-Kleber
schwarz/rot/grün
12 x 16 cm
DM 1,50

2-farbige PVC-Kleber
lila/lila
in 11 cm
DM 1,-



2-farbige PVC-Kleber
schwarz/rot
Format: 23 x 7 cm
DM 1,-

STOPPT STRAUSS solange es noch geht!



In zwei verschiedenen
Schriftzügen:
Krieg dem Krieg!
und -
3. Weltkrieg - ohne mich!
3-farbig blau/türkis/orange
DM 1,-

Alle Aufkleber sind zu beziehen über die KB-Büchertische und über den linken Buchhandel. Einzelbestellungen an den Verlag nur gegen Vorauszahlung durch Verrechnungsschecks, Wert in Briefmarken. Dabei Rückporto nicht vergessen: Per 5 Aufkleber jeweils DM 1,- zusätzlich!

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Vereinigte Deutsche Studentenschaften Gegen Hochschulformierung Stoppt Strauß - Gemeinsam gegen Rechts für Frieden und Abrüstung



Eine Woge der Begeisterung geht durch die gesamte westdeutsche Studentenschaft. 25.000 demonstrierten in Mainz, 50.000 beteiligten sich am Festival der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS). „Ein echtes Volksfest... eine gigantische Zeltstadt... ein Festival der Massen...“ Die Studentenbewegung lebt! Und wer's immer noch nicht wahrhaben will, dem sagen wir es noch mal: Sie lebt, sie lebt und hat gerade wieder erfolgreich einen ihrer Höhepunkte hinter sich gebracht. Hunderte von Studenten auf den Diskussionsveranstaltungen, „tausende Studenten(!)“ im Frauenzelt. Natürlich sollten die lieben männlichen Mitstreiter von den Diskussionen im Frauenzelt nicht ausgeschlossen sein - hier hatten sie die einmalige Gelegenheit, aktiven Kommilitoninnen solidarisch bei ihrer Jazzgymnastik zuzuschauen. Hitzige, aber immer solidarische Diskussionen zu den verschiedensten Fragen bestimmten die Atmosphäre. „Es ist unmöglich, die Vielfalt des Festivals und die Begeisterung (auch vormals skeptischer) Teilnehmer in einem Flugblatt zu schildern.“ Es war einfach toll, toller, am tollsten!

Vielleicht kommt der eine oder andere auf den Gedanken, es handle sich hier um eine Satire - es ist lediglich ein kleiner Ausschnitt aus dem ersten Auswertungsflugblatt des AStA der Uni Hamburg (getragen von MSB, Jusos, SHB) zum Studentenfestival am 7./8. Juni in Mainz.

Das Prinzip, auf Demonstrationen die Beine der Teilnehmer zu zählen, hat der MSB aufgegeben. Das Doppelte der wirklichen Anzahl ist nicht mehr sensationell genug, nun müssen auch noch die Arme einzeln gezählt werden. Tatsächlich haben sich an der Demonstration 6000-7000 Student/innen beteiligt, am Festival 20000-25000 Menschen. Es liegt mir fern, der Studentenbewegung eine Massenveranstaltung nicht zu gönnen, nur weil sie von „gewerkschaftlich-orientierten“ Kräften organisiert wurde. Es liegt mir ebenso fern, der VDS anzulasten, daß sich an dieser bundesweiten Demonstration nicht mehr als 7000 Kommiliton/innen beteiligt haben. Die relativ geringe Mobilisierung ist leider nur Ausdruck der momentanen Schwäche der studentischen Bewegung. Doch eine Politik, die nicht diese reale Situation, sondern Wunschträume zur Grundlage erklärt, kann für die fortschrittliche Bewegung an den Hochschulen keinen Nutzen bringen. Eine kleine Anekdote in diesem Zusammenhang kann ich mir nicht verkneifen: Ein Mitglied des MSB und des Hamburger Uni-AStA antwortete - angesprochen auf sein Zählergebnis - „dies könne er leider noch nicht sagen, da er es vorerst seinen Genossen mitzuteilen habe... Die von vornherein vorhandene Absicht, mit dem zentralen Festival große Aktivitäten vorzuspielen, die an der Basis kaum vorhanden sind, wird mit dieser Lügenpropaganda nur konsequent weiterverfolgt.“

Mit der Vielfältigkeit und der „Einheit der Linkskräfte“ war es auch nicht so weit her. Die Vielfältigkeit erschöpfte sich weitgehend in DKP- und MSB-Bierständen, in vielfältigen Beiträgen „gewerkschaftlich orientierter“ Redner, ab und zu unterbrochen durch einen Einwand des LHV. Auch die Einheit beschränkte sich auf diese Organisationen, hatten sich doch Vertreter anderer politischer Strömungen, insbesondere des Basisgruppenspektrums nicht an der Durchführung des Festivals beteiligt. Aber durch solch kleine Streitigkeiten lassen sich MSB, SHB und Jusos ihre Einheit nicht vermiesen.

Es war von vornherein beschlossen, daß dies die größte Aktion werden würde, die jemals von der Linken auf die Beine gestellt worden ist, denn Jusos und MSB leben in der Gefahr, daß ihnen andere Bewegungen den Rang ablaufen. So unterblieb denn auch nicht der Versuch, die Eingangs demonstration durch Absprachen hinter den Kulissen noch zur nationalen Protestdemonstration gegen die Räumung von Goerben hochzustilisieren. Peinlich war dann aber doch, daß auf der ganzen Demo ganze z w e i Transparente zu diesem Thema zu finden waren.

Noch hat sich die Studentenbewegung kaum von ihrer Begeisterung erholt, doch schon wartet sie mit Spannung darauf, welcher Höhepunkt ihr im nächsten Semester präsentiert wird.

Eine der 50.000 Festivalbesucher

Der diskrete Charme der Bourgeoisie

In würdiger Atmosphäre wurde den „Bürgern wie du und ich“ (= Vorstandsmitglied der Hoechst A.G., Metallgesellschaft Degussa u.a.) der Titel eines „Ehrensensors“ der Uni Frankfurt verliehen (siehe AK 178). Noch bevor Unipräsident Kelm die Einleitungsrede halten konnte, drückten die Musiker, die eigentlich den schöngestigen Rahmen mit Vivaldis Musik gestalten sollten, ihre Mißbilligung und ihren Unwillen über diese Veranstaltung aus, an der sie leider teilnehmen mußten.

Besonders Herr Karry (FDP, Wirtschaftsminister von Hessen) fand diese Distanz der Musiker bedauerlich, gehörten sie doch nicht zu den „üblichen Protestlern“ (= chaotische, opponierende Minderheit, Kelm).

Nicht weniger festlich ging es vor der Paulskirche zu. In der Tradition von 1848 (bürgerl. Revolution) versammelten sich (diesmal noch) vorwiegend Student/innen zu einem gastlichen Stelldichein, das mit Hilfe von Farbbeuteln, Eiern und viel Mainwasser (von Hoechst „veredelt“) zu einem bunten Happening geriet. Das Wasser wurde in einer langen Kette mit Eimern (so wie früher gelöscht wurde) herangeschafft und vor die Paulskirche geschüttet.

Einige übereifrige Zivile, die nicht den rechten Spaß an diesem Treiben entwickeln konnten, konnten an der Ausführung ihrer Dienstpflicht gehindert werden - im Eifer des Gefechtes gingen sie zu Boden.

Eine mutige Aktion der 700 Kollegen in Uniform verschaffte ihnen wieder Luft. Das allerneueste „supermoderne“ Spielzeug der Frankfurter Polizei (natürlich Mercedes) konnte bei dieser Gelegenheit der staunenden Öffentlichkeit vorgestellt werden (Wasserwerfer mit Spritzkanone und Rundumverglasung) - einziges Pech - er blieb im Verkehrschaos stecken. Zur Freude der Demonstranten ließ sich das Chaos auch durch wirklich ernste Bemühungen (Stockschläge

auf unwillige Autos) nur mühsam auflösen, so daß sowohl die neue Attraktion als auch die kampfgeprobten alten Karren liebevoll mit Eiern und viel Farbe eingedeckt werden konnten.

Gegen Mittag zog man/frau sich in die Uni zurück, um sich an der (auch) vom AStA organisierten Gegenveranstaltung zu beteiligen, die mit ca. 1000 Besuchern ebenso erfolgreich war. Hervorzuheben ist noch die wirklich einfallreiche und tolle Vorbereitung der ganzen Aktion, die

nachahmenswert ist. Auf eine Uni-VV ist mit bestem Straßentheater eine Ehrung von Gegenkandidaten durchgeführt worden, die bei den etwa 800 Anwesenden echte Begeisterungstürme auslöste. Getrübt wurde dies alles dann (leider) doch noch durch einen kaum verständlichen, ellenlangen, verlesenen Vortrag, dessen unideutsch ungenießbar und abschreckend war - das hätte wirklich nicht sein müssen

Unigruppe/KB-Frankfurt

Was ein richtiger Bulle ist, den kann rein gar nichts bei der Pflichterfüllung stören!



Absender:

(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir wollen der ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50 ☐
jährlich - DM 55,- ☐

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten!).
oder wird überwiesen auf das Konto der
HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-
KOOPERATIVE,
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20,
Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50